Wiener Stadtbibliothek

57291 F

Dez. 1963

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Franz Jonas:

Umleitungsplan Lastenstraße hat sich bewährt!

Imponierender Bericht über die bisherigen Verkehrsbauten der Gemeinde Wien

2. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 1. Dezember, über die großen Verkehrsbauten der Gemeinde Wien.

Der Bürgermeister führte aus: "In der abgelaufenen Woche führte mich eine Dienstreie in drei große europäische Städte. Ich fühlte mich dort gleich wie zu Hause. Aufgegrabene Straßen, Verkehrsumleitungen, verstopfte Parkplätze und zu den Verkehrsspitzen der übliche Verkehrssalat. Ich konnte also mit gutem Grund meinen ausländischen Freunden sagen, daß mir ihre Stadt so bekannt vorkommt. Vor meiner Abreise von Wien wurde gerade die Ringstraße vor der Oper in beiden Richtungen für den Verkehr freigegeben, da die Arbeiten an der Albertina-Passage plangemäß gediehen waren, dafür wurde aber die Lastenstraße in einer Richtung schon gesperrt. Diese Sperre und die damit zusammenhängenden Verkehrsumleitungen mußten durchgeführt werden, weil nun ebenso plangemäß mit den Arbeiten zur unterirdischen Führung der Zweierlinie begonnen wurde. Alle verantwortlichen Stellen der Gemeindeverwaltung wissen, daß diese Verkehrsänderungen sehr einschneidend sind, aber angeordnet werden mußten, um die Umbauarbeiten überhaupt in Angriff nehmen zu können. Die zuständigen Magistratsstellen und die Polizei haben die Öffentlichkeit rechtzeitig über die bevorstehenden Maßnahmen informiert und dank dem Verständnis der Verkehrsteilnehmer sind die Verkehrsbeschränkungen bisher ohne

./.

wesentlich nachteilige Folgen geblieben. Ein Teil der Tagespresse hat sich in Würdigung der zu erwartenden Vorteile des großen Verkehrsbauwerkes zu den Verkehrsbeschränkungen durchaus positiv eingestellt, die Bevölkerung wurde sachlich informiert und dadurch allen ein guter Dienst erwiesen. Allerdings haben es andere Zeitungen leider unterlassen, ihre Leser objektiv zu unterrichten, dafür haben sie aber den Zusammenbruch des Verkehrs und ein riesiges Chaos vorhergesagt. Daß dies meistens jene Berichterstatter waren, die in den letzten Jahren nicht oft und nicht laut genug nach einem Verkehrsmittel in zweiter Ebene verlangt haben, sei nur nebenbei erwähnt. Sie haben auch mit Vorwürfen wegen angeblicher Planlosigkeit und Rückständigkeit nicht gespart und dadurch ihren Lesern ein völlig verzerrtes Bild der Lage vermittelt. Heute, nachdem die Verkehrsbeschränkungen schon eine ganze Woche in Kraft sind, kann man sagen, daß die Verkehrsteilnehmer viel vernünftiger sind und sich durch solche sensationell aufgebauschte Nachrichten weder beeinflussen noch stören lassen.

Es ist ganz gut, wenn man liest, mit welchen Knalleffekten einige Zeitungen operierten. So hieß es zum Beispiel: 'Wiener Innenstadt und Teile des Bezirkes Neubau drohen in einem totalen Verkehrschaos zu versinken!' Oder: 'Jetzt drei Jahre lang Verkehrschaos im Bereich der Wiener Lastenstraße!' Eine dritte Zeitung schrieb: 'Wien droht ein Verkehrschaos, wie man es wahrscheinlich noch nie gekannt hat!' Besonders aufgeregt war eine andere Zeitung, als sie ihren Lesern mitteilte: 'Verkehrschaos: Wien empört! Jahrelang wird sich jetzt die Konzeptlosigkeit der Wiener Stadtverwaltung an tausenden Geschäftsleuten, Autofahrern und Touristen grausam rächen. Eine Lawine von Protesten, weil die Gemeinde nicht rechtzeitig und nicht ausreichend vorgesorgt hat. Das Dreihundertfünzig-Millionen-Projekt einer U-Straßenbahn beschwört nun eine Katastrophe herauf.' Und die nächste Zeitung wieder schrieb: 'Lastenstraßenchaos wird immer größer!' Eine Wochenzeitung berichtete gar: 'Dreihundertfünzig Millionen in den 'Tunnel' geworfen! Gewaltiges Verkehrschaos durch Umbau der Zweierlinie zu erwarten!'

Wohlgemerkt, diese Zeitungsmeldungen erschienen noch bevor die Verkehrsbeschränkungen in Kraft traten. Allerdings, wenige Tage später, als man schon die Auswirkungen einigermaßen über-

./.

sehen konnte, mußten sich die gleichen Zeitungen zu einer etwas objektiveren Berichterstattung entschließen und so konnte man dann lesen: 'Verkehrschaos ist ausgeblieben' oder 'Premiere gelungen, Verkehr funktioniert'. Eine andere Zeitung teilte mit: 'Das Verkehrschaos blieb aus, ein befürchtetes Verkehrschaos scheint in Wien ebensowenig Wirklichkeit zu werden wie angesagte Revolutionen'. Die nächste Zeitung schrieb: 'Lastenstraße: Verkehrschaos nicht eingetreten! Sorgfältige Planung bewährte sich! Innerhalb weniger Tage hat der große Umleitungsplan, der durch die Absperrung der Lastenstraße notwendig wurde, bereits seine Feuerprobe bestanden!' Jedenfalls mußten jetzt auch die ärgsten Pessimisten feststellen, daß die aufregenden Schlagzeilen mancher Zeitungen völlig unbegründet waren.

Ich höre manchmal Vorwürfe, daß die Gemeinde sich nicht zu großzügigen Verkehrsbauten entschließen könne, und daß sie alles zu spät mache. Jetzt aber tut die Gemeinde etwas, und dafür wird sie auch wieder kritisiert. Es hat nun den Anschein, als ob die gleichen Leute Angst vor der eigenen Gourage hätten, denn sie sollten doch wissen, daß große Verkehrsbauten zwangsläufig mit Verkehrsbeschränkungen und Umleitungen verbunden sein müssen. Entweder man will Verkehrsbauten, dann muß man vorübergehend die Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen, oder man scheut die Unannehmlichkeiten, dann muß man eben auf moderne Verkehrseinrichtungen verzichten. Es scheint Menschen zu geben, die nicht wissen, was sie wirklich wollen.

Ich bin aber immer gerne bereit, mich mit einer sachlichen Kritik auseinanderzusetzen, und deshalb will ich auf jenen Vorwurf eingehen, den ich wörtlich aus einer Zeitung zitiere. Es heißt dort: '...daß das Einsetzen wirklich großzügiger Verkehrsbauten um zwei, drei oder mehr Jahre zu spät kommt!' Nun, bei oberflächlicher Betrachtung könnte es wirklich so aussehen, als ob die Gemeinde sich Zeit gelassen hätte. Wenn man sich aber in Erinnerung ruft, wie die Gemeinde Wien Jahr für Jahr und systematisch das wichtigste Gebiet des Wiener Verkehrs, nämlich die Ringstraße, umbaute, dann wird man erkennen, daß hinter den vielen, anscheinend zusammenhanglosen Arbeiten doch ein großer Plan steht. Aber dieser Plan muß sich auf längere Zeit verteilen, nicht nur aus finanziellen und technischen Gründen, sondern allein

./.

schon deshalb, weil man nicht die ganze Ringstraße und die ganze Innere Stadt auf einmal für den gesamten Verkehr sperren kann. Auch wenn gebaut wird, muß das Leben weitergehen können. Und nun rufe ich Ihnen in Erinnerung, was nach dem Krieg auf der Ringstraße alles gemacht wurde. Vielleicht entsinnen Sie sich noch, daß die Ringstraße nur vor dem Rathaus eine Asphaltstraße war und alle übrigen Teile aus Granitpflaster bestanden. In wenigen Jahren wurde die ganze Ringstraße als Asphaltstraße umgebaut. Im Jahre 1954 wurde ein zweites markantes Bauprogramm begonnen, und zwar die Errichtung von Fußgängerpassagen an jenen Stellen, wo die Zufahrtsstraßen und die Straßenbahn täglich viele zehntausende Menschen an die Ringstraße heranbringen. Damals wurden als vorbereitende Arbeiten für die Opernpassage die Kanäle und alle Rohrleitungen umgebaut und im nächsten Jahr wurde in der kurzen Zeit von nur acht Monaten die Opernpassage errichtet. Aber in der gleichen Zeit wurden alle Straßen in der Umgebung der Oper ebenfalls umgebaut und modernisiert. Natürlich waren diese Arbeiten mit sehr vielen Verkehrsbeschränkungen verbunden. Hätte man noch eine zweite Baustelle an der Ringstraße begonnen, wäre es tatsächlich zu einer schweren, ja vielleicht unerträglichen Behinderung des Verkehrs gekommen.

Schon in den Jahren vorher wurden die Lastenstraße und ihre Kreuzung mit der Alser Straße umgebaut. Während dieser Zeit war der Verkehr auf der Lastenstraße blockiert und deshalb durfte auf der Ringstraße nicht gearbeitet werden. Nach der Opernpassage wurde die Ringturmkreuzung als Anschlußstelle zwischen Ringstraße und Franz Josefs-Kai umgebaut, nachdem vorher schon die Anschlußstelle auf der anderen Seite der Ringstraße, nämlich der Aspernplatz, erneuert worden war. Dann folgten fast gleichzeitig die Babenberger-Passage, die Bellaria-Passage und das große Verkehrsbauwerk der Schottenpassage vor der Votivkirche. Diese Bauten waren selbstverständlich immer wieder mit Verkehrsbeschränkungen verbunden, und es wäre unsinnig zu glauben, daß man zur gleichen Zeit auch noch andere Verkehrsbauten im Bereiche des ersten Bezirkes hätte durchführen können.

Im vergangenen Jahr wurde mit den Vorarbeiten für die Albertina-Passage begonnen und heuer sind die Tiefbauarbeiten und Brückenarbeiten bereits soweit gediehen, daß der Verkehr

./.

auf der Ringstraße nach beiden Richtungen freigegeben werden konnte. Der innere Ausbau der Albertina-Passage wird allerdings erst im nächsten Jahre beendet sein. Auch jetzt hört man den Vorwurf, daß die Gemeinde es seinerzeit verabsäumt habe, die Opernpassage und die Albertina-Passage zur gleichen Zeit zu bauen. Aber dieser Vorwurf ist nicht begründet, denn die gleichzeitige Sperre der beiden Ein- und Ausfallstraßen beiderseits der Oper hätte eine weitgehende Blockierung der Inneren Stadt zur Folge gehabt. Außerdem muß ich daran erinnern, daß im Jahre 1955 nicht nur an der Opernpassage, sondern auch an der Staatsoper, an dem Wiederaufbau des Opernringhofes und des Gebäudes an der sogenannten "Meinl-Ecke" gearbeitet wurde. Die gleichzeitige Durchführung dieser vier großen nebeneinanderliegenden Bauvorhaben hat an die gemeinsame Planung und Organisation durch das Wiener Stadtbauamt die größten Anforderungen gestellt.

Ich verstehe, daß jemand die Einzelheiten und die zeitliche Reihenfolge dieser Arbeiten vergißt, vielleicht gerade deshalb, weil in wenigen Jahren so viele neuartige Verkehrsbauwerke geschaffen wurden, die nach ihrer Fertigstellung des uneingeschränkte Lob aller unserer Mitbürger gefunden haben. Wer aber glaubt, die Durchführung dieser Arbeiten kritisieren zu müssen, der sollte sich doch vorerst besser informieren und die gegebenen Tatsachen gründlich prüfen.

Aber selbst wenn wir annehmen, ich könnte alle diese Vorwürfe nicht entkräften und ich müßte den Kritikern recht geben, die sagen, die Gemeinde habe sich bei ihren Verkehrsbauwerken zu lange Zeit gelassen, so muß ich doch fragen, ob das ein Grund dafür wäre, daß man die notwendigen Arbeiten auch jetzt nicht durchführt, sondern sie wieder auf einen späteren, unbestimmten Zeitpunkt verschiebt. Ich glaube, daß eine solche Haltung erst recht den Widerspruch aller Interessenten hervorrufen würde. Wie immer es auch sein mag, ob nun der jetzige Zeitpunkt für diese Arbeiten richtig oder falsch gewählt wurde, so darf man - ich sage das noch einmal - vor den unangenehmen Begleiterscheinungen nicht zurückschrecken, wenn man das großzügige Bauwerk haben will. Dabei muß ich unsere Mitbürger schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Umbau der Lastenstraße noch lange nicht die letzte Arbeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens ist, ja ich glaube sogar sagen zu müssen, daß diese Arbeiten die Wiener Be-

völkerung noch sehr, sehr lange belasten werden. Nicht deshalb, weil es irgendeiner der Stadtväter auf seinem Arbeitstisch so ausklügelt, sondern weil es von der modernen Entwicklung, an der wir alle teilhaben, so erzwungen wird.

Ich bin mir darüber im klaren, daß die Verkehrsschwierigkeiten beim Umbau der Lastenstraße noch lästiger werden können, als sie in den ersten Tagen waren. Der Verkehr nimmt bei gewissen Anlässen einen gigantischen Umfang an, wie zum Beispiel bei der Wiener Messe und anderen Großveranstaltungen. Wir müssen auch solche Schwierigkeiten in Kauf nehmen, damit ein neuer Abschnitt des technischen Fortschrittes in unserer Stadt erreicht werden kann. Ich freue mich, daß wir in der gegenwärtigen Situation wieder mit dem Verständnis der Bevölkerung rechnen können und daß, wie es im Bericht der Verkehrspolizei heißt, 'die Wiener Kraftfahrer, was ihre Disziplin und ihre Verständnisbereitschaft anlangt, sich wieder von ihrer besten Seite gezeigt haben'. Ich danke Ihnen allen und bitte insbesondere die Polizeiorgane, uns weiterhin mit ihrer wertvollen Hilfe zur Seite zu stehen."

\- - -

Schmücke Deine Stadt mit Blumen!

Elisabeth Thalmayr vom BRG VIII als beste im Aufsatzwettbewerb

2. Dezember (RK) Gestern Sonntag, bei der Abschlußfeier der Aktion "Wien im Blumenschmuck" im Gartenbaukino wurden die preisgekrönten Arbeiten des Aufsatzwettbewerbes für unsere Schuljugend zu diesem Thema verlesen. Baustadtrat Heller, Dipl.-Ing. Ihm von der Österreichischen Gartenbaugesellschaft und Stadtgartendirektor Ing. Auer konnten der glücklichen Elisabeth Thalmayr aus der 4 a-Klasse des Bundesrealgymnasiums für Mädchen, 8, Lange Gasse, gratulieren, weil die Jury ihren Aufsatz als den besten bezeichnet hat. Elisabeth schrieb:

"Ist es nicht so, daß der Mensch Sorgen und drückende Gedanken beim Anblick schöner Blumen leichter erträgt? Wird nicht unser Leben von der Wiege bis zum Grabe immer von Blumen begleitet? Ich denke da an den Geburtstag, an die Braut, an den Tag der Mutter und an den Blumenkranz am Grab.

In meinem Zimmer kann ich nie genug Blumen haben und ich bin immer traurig, wenn ein Blatt zu welken beginnt. Es kommt mir oft vor, als ob meine Blumen ganz mit mir lebten und Geschöpfe seien, vor denen ich kein Geheimnis haben sollte. Sie sind meine besten Vertrauten, die mir Freude, Trost und Hoffnung bringen.

Und so geht es wohl auch den meisten Menschen, besonders aber jenen, die in einer Stadt wohnen, fern der Natur mit ihren Wiesen, Feldern und Wäldern. Wie erfreut uns der Glanz einer Blume, die vom Fenster eines Hauses winkt, wenn wir im dichten Häusermeer der Großstadt dahineilen! Wie sehnlich erwarten wir doch jedes Jahr den Frühling in unserer Stadt! Wenn im Volksgarten hunderte von Rosen ihre Knospen öffnen, im Rathauspark die Pfingstrosen in ihrer Farbenpracht erstrahlen, uns auf Schritt und Tritt blühender Flieder und Goldregen begleiten, im Stadtpark sich Blüte und Strauch im dunkelgrünen Wasser spiegeln, dann hat unsere Stadt ihr schönstes Kleid angelegt. Und wenn ich noch an Schönbrunn denke! Wie ein kunstvoller Teppich sind da hunderte von Blumen zu Ornamenten vereinigt; sie sind tausendmal schöner in ihren leuchtenden Farben als totes Gewebe.

Je mehr sich unser Auge an den unendlich vielen Blumenfarben erfreut, umso größer wird die Sehnsucht in uns, immer und überall

./.

von Blumen umgeben zu sein. Ich glaube, auch wir selbst könnten dazu beitragen, unsere Stadt noch mehr mit Blumen zu schmücken. Ob im Zimmer oder am Fenster, ob im Hausflur oder im Garten, überall kann selbst das kleinste Blümchen ein Menschenauge erfreuen.

An die Liebe zur Blume, an das Behüten und Pflegen von Blumen und an die Freude, die sie uns bereiten, soll ja auch der Tag der Blume erinnern.

Wir sollten aber nicht vergessen, wie vieler Arbeit, Mühe und Sorge es bedarf, all diese öffentlichen Gärten mit ihren tausenden von Blumen zu betreuen und wieviel Geld dazu notwendig ist. Erst, wenn wir dies bedenken, erkennen wir, wie großherzig und menschenfreundlich gedacht wurde, wenn mitten in unserer Stadt nun ein neuer großer Blumengarten, der Donaupark, ersteht. Wir freuen uns, daß schon in kurzer Zeit dieser Park eröffnet werden wird, der ganz besonders der Blume gewidmet ist."

Zehn Jahre Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien

Bürgermeister Jonas überreichte Vera Ferra-Mikura, Fritz Habeck, Romulus Candea und Wilhelm Jaruska die diesjährigen Preise

2. Dezember (RK) "Nur ein wissender Mensch wird unsere Welt begreifen und wird mithelfen können, sie besser zu gestalten, als sie heute ist. Dabei soll ihm das Buch schon von Jugend an ein treuer Helfer und Begleiter sein. Sehen wir zu, daß dem Buch in jeder Familie eine geistige Heimstadt beschieden sei." Mit diesen Worten überreichte heute vormittag Bürgermeister Jonas die diesjährigen Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien. Den Kinderbuchpreis erhielt Vera Ferra-Mikura, den Jugendbuchpreis Dr. Fritz Habeck; der Illustrationspreis wurde zu gleichen Teilen Romulus Candea und Professor Wilhelm Jaruska zuerkannt.

Vera Ferra-Mikura, die bereits im vergangenen Jahr den gleichen Preis für ihr Buch "Der alte und der junge und der kleine Stanislaus" erhalten hatte, wurde heuer für ihr Werk "Unsere drei Stanisläuse" ausgezeichnet. Der Autorin wurden außerdem für ihre Bücher "Das rosa Haus in der Entengasse" und "Peppi und die doppelte Welt" zwei Anerkennungsurkunden überreicht. Dr. Fritz Habeck erhielt seinen Preis für die historische Erzählung "Der einäugige Reiter". Romulus Candea wurde der Preis für die beste Illustration zu dem Buch "Unsere drei Stanisläuse" und Professor Wilhelm Jaruska für die Bilder zu dem Buch "Alle meine Pferde" von Alexis Steiner zuerkannt.

Der feierlichen Überreichung der Preise, die im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses stattfand, wohnten Landtagspräsident Marek, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bauer, Koci, Lakowitsch und Sigmund, Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer sowie zahlreiche Persönlichkeiten des österreichischen Kulturlebens und des Wiener Verlagswesens bei. Musik von Josef Haydn, gespielt vom Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien, leitet die Feier ein. Anschließend ergriff Vizebürgermeister Mandl das Wort. Er sagte:

"Es ist mir eine besondere Freude feststellen zu können, daß in diesem Jubiläumsjahr des Wettbewerbes um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien ein überaus großes Interesse an diesem Wettbewerb durch die erfreulich hohe Zahl eingereichter Werke

./.

aus Wiener Verlagen bekundet wird. Von acht Wiener Verlagen wurden 33 Werke von 26 Autoren eingereicht und von der Jury beurteilt.

Seit Jahren kann bei diesem Anlaß gesagt werden, daß die literarische Qualität und künstlerische Ausgestaltung der österreichischen Kinder- und Jugendbücher sehr gut geworden ist und sich ständig verbessert.

Diesen bisher so erfolgreichen Beitrag zur österreichischen Buchkultur unterstützt die Stadt Wien durch den 1954 erstmals vergebenen Jugendbuchpreis, der seit 1960 als Kinder- und Jugendbuchpreis vergeben wird. Wir vergeben diesen Preis heuer zum zehnten Male. Die Wiener Verleger und ihre Autoren haben in diesem Zeitraum dem österreichischen Jugendbuch auch im Auslande zu Ansehen und Anerkennung verholfen.

Die Statuten über die Vergebung der Preise bestimmen für die preisgekrönten Autoren von Kinder- und Jugendbüchern neben der Vergebung der Diplome einen Geldpreis von je 10.000 Schilling sowie die Zuerkennung eines Geldpreises und eines Diploms an den Illustrator einer hervorragenden Illustration eines auch von der Jury als Kinder- und Jugendbuch mit literarischen und ethischen Qualitäten anerkannten Werkes. Für den Ankauf der preisgekrönten Kinder- und Jugendbücher wurde von diesem Jahre an die Summe auf 35.000 Schilling erhöht.

Wie jedes Jahr werden daneben die Wiener Städtischen Büchereien für ihre 50 Zweigstellen die erforderliche Anzahl von Exemplaren ankaufen. Auch der Stadtschulrat für Wien wird für die Einstellung der preisgekrönten Werke in die Schülerbüchereien eintreten.

Um auf ihren preisgekrönten Werken das offizielle Wertkennzeichen sichtbar zu machen, sind die Verlage dieser preisgekrönten Bücher ermächtigt, diese mit einem Umschlagstreifen zu versehen, die den in den Bestimmungen festgesetzten Text tragen müssen.

Zur gediegenen und objektiven Beurteilung der eingereichten Bücher habe ich eine Jury von zehn Fachleuten bestellt, die am 25. Oktober über die Vergebung der Preise entschied. Am Wettbewerb haben folgende Verlage teilgenommen: Verlag Wilhelm Braumüller, Verlag Julius Breitschopf jun., Verlag Herder, Verlag für Jugend und Volk, Verlag Jungbrunnen, Österreichischer Bundesverlag, Verlag Styria, Verlag Carl Ueberreuter.

Der Kinderbuchpreis der Stadt Wien wurde an Vera Ferra-Mikura für ihr im Verlag Jungbrunnen erschienenes Werk "Unsere drei

./.

Stanisläuse" vergeben. Ich darf Sie daran erinnern, daß der gleichen Autorin im vergangenen Jahr der gleiche Preis für das Werk "Der alte und der junge und der kleine Stanislaus" zuerkannt wurde.

Der Jugendbuchpreis der Stadt Wien wurde an Dr. Fritz Habeck für seine historische Erzählung "Der einäugige Reiter vergeben, die im Verlag für Jugend und Volk erschienen ist.

Die Jury war in diesem Jahr der einhelligen Auffassung, den Illustrationspreis zu teilen und ihn zu gleichen Teilen an Romulus Candea für die Bilder zu dem preisgekrönten Kinderbuch "Unsere drei Stanisläuse" und an Professor Wilhelm Jaruska für die Bilder zu dem Buch von Alexis Steiner "Alle meine Pferde" (erschienen im Verlag für Jugend und Volk) zu vergeben.

Mit Rücksicht auf die große Zahl empfehlenswerter Kinder- und Jugendbücher hat die Jury vorgeschlagen, folgenden Werken Anerkennungsurkunden zuzuerkennen: Winfried Bruckner, "Die toten Engel" (Verlag Jungbrunnen); Vera Ferra-Mikura, "Das rosa Haus in der Entengasse" (Verlag Jungbrunnen); Vera Ferra-Mikura, "Peppi und die doppelte Welt" (Verlag für Jugend und Volk); Othmar Franz Lang, "Großes Glück mit kleinen Finken" (Österreichischer Bundesverlag); Wilhelm Meissel, "Der große Kiongozi" (Verlag Wilhelm Braumüller); Peter Müller, "Flugplatz über den Wolken" (Verlag für Jugend und Volk); Käthe Recheis, "Der kleine Biber und seine Freunde" (Verlag Herder); Alexis Steiner,"Alle meine Pferde" (Verlag für Jugend und Volk); Karl Wawra, "Brigittes Probemonat" (Verlag für Jugend und Volk).

Den am zehnten Wettbewerbevertretenen Verlagen möchte ich meinen herzlichen Dank für ihr Interesse aussprechen, das sie mit der Teilnahme an diesem Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien bekunden. Das Amt für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wird ihre Bemühungen um die Herausgabe wertvoller Jugendbücher immer mit regem Interesse verfolgen und den Verlagen die verdiente Förderung nicht versagen.

Das Bundesministerium für Unterricht hat für das Jahr 1963 die Staatspreise für Kleinkinderbücher und Jugendliteratur gleichfalls an Frau Vera Ferra-Mikura und an Dr. Fritz Habeck verliehen. Durch diese zufällige Übereinstimmung wird nicht nur den beiden Wiener Autoren für ihre hervorragenden Arbeiten, sondern auch den beiden Verlagsanstalten Jungbrunnen und Verlag für Jugend und

./.

Volk eine überaus große und gerechtfertigte Anerkennung ausgesprochen. Beharrliche Bemühung um gute Kinder- und Jugendliteratur und geeignete Autoren hat sich im Dienste der guten Sache gelohnt.

Den Damen und Herren der Jury darf ich für ihr schwieriges, manchmal vielleicht auch mißverstandenes Amt meinen herzlichen Dank aussprechen und den Preisträgern zu ihrem schönen Erfolg gratulieren.

Ich hoffe, daß dem Wettbewerb um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien im Jahre 1964 wieder ein so reges Interesse beschieden sein wird und bitte nun den Herrn Bürgermeister, die Preise zu überreichen."

Nach diesen Worten nahm Bürgermeister Jonas die Überreichung der Urkunden an die Preisträger vor. Er dankte dabei der Jury und allen Teilnehmern an der heuer zum zehnten Male durchgeführten Aktion, beglückwünschte die Preisträger und sagte:

"In einer Zeit täglicher Hast und Unrast, in der uns allen viele Sorgen aufgebürdet werden und in der auf einer geängstigten Menschheit eine Welt voll Verantwortung lastet wie nie zuvor, ist mir jedes Jahr die Übergabe unserer Kinder- und Jugendbuchpreise eine festliche Vorbereitung auf das weihnachtliche Friedensfest.

Wir vergeben heuer diesen Kinder- und Jugendbuchpreis zum zehnten Male. Zehn Jahre Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien berechtigen uns auch zum Rückblick und zu der Frage, ob denn die mit der Stiftung des Preises verbundenen Absichten und Erwartungen erfüllt worden sind. Erinnern wir uns noch, wie es 1954 im Roten Salon begann. Damals konnte ich an Karl Bruckner für sein Buch "Giovanna und der Sumpf" den ersten Preis dieser Stiftung vergeben. In der Zwischenzeit sind 20 Kinder- und Jugendbücher mit dem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet worden. Wenn man die vielen, mit Anerkennungsdiplomen bedachten Werke dazu zählt, ergibt das allein schon eine beachtliche Leistungsschau verlegerischer und schriftstellerischer Bemühungen.

Dieser Wettbewerb soll unter anderem auch als ein Beitrag zu einer natürlichen und positiven Konkurrenz der Jugendbuchverleger untereinander verstanden werden. Diese Konkurrenz sollte sie, wie bisher, so erfolgreich anspornen, in der Auswahl der Manuskripte weiterhin sorgsam und verantwortungsbewußt vorzugehen, wie das nun so sichtlich auch in der äußeren Ausstattung der Bücher im Sinne

./.

der großen kulturellen Verpflichtung unserer Stadt in Erscheinung tritt.

Aber allen verlegerischen und fördernden Bemühungen wäre nur der halbe Erfolg beschieden, wenn nicht wir alle unseren Teil zur Propagierung dieser wertvollen schönen Jugendbücher beitrügen. Hier geht meine Bitte in erster Linie an die Eltern, an die Lehrer und an alle, denen die Erziehung unserer Jugend anvertraut und Herzenssache ist. Meine Bitte geht in gleichem Maße an die Damen und Herren der Presse, im Rahmen des Möglichen der Besprechung wertvoller Bücher, nicht nur zur Weihnachtszeit, in ihren Zeitungen einen Platz einzuräumen. An die Buchhändler appelliere ich, sie mögen in der weihnachtlichen Ausgestaltung ihrer Schaufenster den in Österreich mit Jugendbuchpreisen ausgezeichneten Werken den ihnen gebührenden Ehrenplatz einräumen. Nur in der Zusammenfassung aller positiven Kräfte kann den Bemühungen um die Erziehung jeder jungen Generation Erfolg beschieden sein. Nur ein wissender Mensch wird unsere Welt begreifen und wird mithelfen können, sie besser zu gestalten, als sie heute ist. Dabei soll ihm das Buch schon von Jugend an ein treuer Helfer und Begleiter sein. Sehen wir zu, daß dem Buch in jeder Familie eine geistige Heimstatt beschieden sei."

Dr. Fritz Habeck dankte sodann im Namen aller Preisträger für die Ehrung. Schauspieler Erich Margo las anschließend aus den beiden preisgekrönten Werken. Mit einem Mozart-Streichquartett fand die stimmungsvolle Feier ihr Ende.

\- - -

Antrittsbesuch beim Bürgermeister

2. Dezember (RK) Der neuernannte israelische Botschafter Dr. Michael Simon stattete heute Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

\- - -

Nach Erdbeben Achtung auf Leuchtgasgeruch!

2. Dezember (RK) Nach dem Erdbeben in den heutigen Morgenstunden wird die Bevölkerung ersucht, schon bei der geringsten Vermutung oder Wahrnehmung eines Gasgeruches unverzüglich die Gebrechenmeldestelle der Gaswerke unter der Telefonnummer 42-16-16 anzurufen. Diese Nummer ist außerdem an jeder Haustafel angeschrieben.

\- - -

Keine Erdbebenschäden:

Alle Wiener Häuser sind erdbebensicher

Auch der Donauturm hat nicht gewackelt

2. Dezember (RK) Alle Wiener haben heute früh das Erdbeben gespürt. Es begann um 7.49 Uhr und es gab zwei Erdstöße von der Stärke 5, die zusammen insgesamt 15 Sekunden dauerten. Der Herd des Bebens lag südöstlich von Wien, ungefähr in der Gegend von Grammatneusiedl. Es handelte sich um ein tektonisches Beben; irgendeine vulkanische Tätigkeit hat also mit dem Erdbeben nichts zu tun. Immerhin waren die Erdstöße die stärksten, die seit 1938 in Wien verzeichnet wurden.

Nach den in der Stadtbauamtsdirektion eingelaufenen Berichten sind erfreulicherweise in unserer Stadt keine Gebäudeschäden aufgetreten. Auch die Feuerwehr meldet nur herabgefallene Ziegel und ähnliches, also Schäden, die bei einem Sturm viel stärker sind. Überdies kann allen Wienern beruhigend versichert werden, daß sämtliche Neubauten der Gemeinde Wien für unsere Breiten erdbebensicher sind. Das gleiche gilt auf Grund der strengen Bestimmungen der Bauordnung auch für alle anderen Privatbauten. Eine wirkliche Erdbebenkatastrophe ist also nach menschlichem Ermessen für unsere Stadt ausgeschlossen.

Auch der Donauturm hat mit dem Erdbeben seine Bewährungsprobe glänzend bestanden. Die Arbeiter an der Spitze des Turmes wurden erst von der Bauleitung auf das Beben aufmerksam gemacht; sie hatten dort oben in luftiger Höhe überhaupt nichts bemerkt.

\- - -

Sitzung der Verkehrsbetriebe-Kommission:

Bisherige Rationalisierungsmaßnahmen brachten 82 Millionen Ersparnis

2. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Gemeinderat Adelpoller fand heute vormittag im Beisein von Stadtrat Schwaiger eine Sitzung der Verkehrsbetriebe-Kommission statt (Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe).

Die Verkehrsbetriebe erstatteten dabei einen Bericht über die in der letzten Zeit durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen. Bis 1960 konnten bereits 52 Millionen Schilling jährlich eingespart werden. Die seit 1961 bis jetzt neuerlich durchgeführten Maßnahmen bringen ein weiteres jährliches Ersparnis von 30 Millionen Schilling. Unter anderem können 270 Bedienstete eingespart werden. Ein Bericht an den Wiener Gemeinderat über die bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen wird demnächst erstattet.

Außerdem ist schon in der nächsten Zeit mit Einsparungen durch Rationalisierungen bei den Werkstätten zu rechnen sowie mit einiger betrieblichen Maßnahmen, die zusammen neuerlich 2,470.000 Schilling Einsparungen bringen.

In der nächsten Zukunft soll durch die Einführung der sogenannten Totmann-Einrichtung auf der Stadtbahn und durch die Einführung des schaffnerlosen Beiwagens eine weitere Personalverminderung erreicht werden. Für 1964 sind zur Einführung der Totmann-Einrichtung und für die damit notwendige Umstellung von Signalanlagen zehn Millionen veranschlagt, im Jahr darauf weitere zwölf Millionen Schilling. 100 Bedienstete weniger brauchen nach der voraussichtlichen Inbetriebnahme der Totmann-Einrichtung im Jahre 1966 eingesetzt werden, was wiederum ein jährliches Ersparnis von 4,5 Millionen Schilling bringen wird. Beim schaffnerlosen Beiwagen gibt es noch einige Probleme zu lösen, da hier zusätzliche Sicherheitseinrichtungen notwendig sind. Auch einige Organisationsfragen sind hier noch offen. Man rechnet derzeit damit, daß die Indienststellung von zunächst 20 solcher Wagen jährlich den Verkehrsbetrieben jedenfalls ein Ersparnis von 600.000 Schilling bringen könnte. Man wird aber dabei zunächst auch erst Erfahrungen sammeln müssen.

./.

Die Straßenbahn und die WIG 64

Der Kommission wurden auch die Pläne für die Verkehrsbedienung anläßlich der Wiener Internationalen Gartenschau im kommenden Jahr vorgelegt. Zur Verfügung stehen die Linien 16 (Praterstern-Stadlau), 24 (Ringturm-Kaisermühlen), 25 (Praterstern-Kagran) und 25 R/k (zu den Spitzenverkehrszeiten Ring-Kai-Kagran). Außerdem werden die Verkehrsbetriebe während der Gartenschau in der Zeit von 8 bis 20 Uhr die Linien B und Bk direkt bis Kaisermühlen führen. Ferner soll eventuell eine Autobusverbindung vom Praterstern zum Donaupark geschaffen werden. Schließlich steht den WIG-Besuchern auch die Schnellbahnhaltestelle Hubertusdamm zur Verfügung. Von dort aus werden Privatautobusse zu den Eingängen der Gartenschau fahren.

\- - -

Buch- und Filmabend des Landesjugendreferates

2. Dezember (RK) Das Landesjugendreferat des Kulturamtes der Stadt Wien veranstaltet gemeinsam mit der Landesstelle Wien des "Österreichischen Buchklubs der Jugend" am Dienstag, den 3. Dezember, um 18.30 Uhr, im Festsaal des Gewerkschaftshauses 4, Treitlstraße 3, einen Abend für alle Wiener Elternvereinsfunktionäre, der unter dem Motto: "Kind, Buch, Film im Jahresablauf" steht.

Schulinspektoren, ein Funktionär des Buchklubs der Jugend und die Leiterin des Landesjugendreferates werden in Vorträgen über die Gegenwartsbeziehung der Wiener Kinder zu Buch- und Filmproduktion Stellung nehmen. Die neuen Lehrpläne, die eine planmäßige Erziehung der Kinder zum kritischen Lesen von Büchern und zum kritischen Werten von Filmen erfordern, finden dabei Berücksichtigung.

Anschließend wird ein Filmstreifen als Beispiel für jene Filme gezeigt, die von den Elternvereinen ausgeborgt werden können.

Die Veranstaltung in der Treitlstraße ist außerdem als Einführungsabend in die derzeit in allen städtischen Schulen veranstaltete Weihnachtsbuchausstellung gedacht. Die Wiener Elternschaft soll aufgerufen werden, den Buben und Mädchen altersgemäße Bücher zu kaufen und mit ihren Kindern geeeignete Filme zu besuchen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Veranstaltung am 3. Dezember, um 18.30 Uhr, im Festsaal des Gewerkschaftshauses 4, Treitlstraße 3, einen Vertreter zu entsenden..

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 2. Dezember

2. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 92 Ochsen, 181 Stiere, 806 Kühe, 175 Kalbinnen, Summe 1.254; Polen 10 Kühe; Ungarn 14 Ochsen, 21 Stiere, 49 Kalbinnen, Summe 84. Gesamtauftrieb: 106 Ochsen, 202 Stiere, 816 Kühe, 224 Kalbinnen, Summe 1.348. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 11 bis 13.60 S, extrem 13.80 bis 14.20 S, Stiere 11 bis 13.80 S, extrem 13.90 bis 14 S, Kühe 9 bis 11 S, extrem 11.20 bis 12 S, Kalbinnen 11 bis 13.60 S, extrem 13.70 bis 13.80 S; Beinlvieh Kühe 7 bis 9 S, Ochsen und Kalbinnen 8.50 bis 11 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 27 Groschen und ermäßigte sich bei Stieren um sieben Groschen, bei Kühen um fünf Groschen und bei Kalbinnen um 31 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Ochsen 11.88 S, für Stiere 12.69 S, für Kühe 9.45 S, für Kalbinnen 11.87 S; Beinlvieh notierte unverändert.

Ausländische Rinder notierten: Polen Kühe 9.20 S, Ungarn Ochsen 13 bis 14 S, Stiere 12.30 bis 13.40 S, Kalbinnen 12.60 bis 13.50 S.

In der Woche vom 23. bis 29. November wurden 252 Rinder außer Markt bezogen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

"Unvergängliches Wien" für Bürgermeister Jonas

3. Dezember (RK) "UNVERGÄNGLICHES WIEN - Ein Gang durch die Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart" heißt das prachtvolle Buch, das soeben als gemeinsames Produkt des Europaverlages und des Forumverlages erschienen ist. Der Herausgeber des Bandes, Prof. Dr. Karl Ziak, hat heute früh in Begleitung der beiden Verlagsdirektoren Bürgermeister Jonas im Rathaus das erste Exemplar überreicht. Der Bürgermeister wünschte dem interessanten Buch, das in seiner Art bisher auf dem Büchermarkt gefehlt hat, einen guten Verkaufserfolg.

Das Buch ist 480 Seiten stark und mit mehr als 400 Bildern im Text und mit 16 Farbbildern auf Tafeln, Format 17x24 Zentimeter, ausgestattet. Es kostet, in Leinen gebunden, 248 Schilling.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

3. Dezember (RK) Mittwoch, den 4. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

\- - -

Gesperrt bis 18 Uhr:

"Das gute Bild für jeden in Favoriten"

3. Dezember (RK) Heute abend wurde am Arthaberplatz in der Volkshochschule Favoriten die Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien "Das gute Bild für jeden in Favoriten" eröffnet. Ähnlich wie in der Exposition, die derzeit im Französischen Saal des Künstlerhauses gezeigt wird, hat das Kulturamt gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft für Favoriten eine eigene Schau organisiert, um dadurch der Bevölkerung der umliegenden Wohnviertel den Weg ins Stadtzentrum zu ersparen. Auch die Ausstellung in Favoriten soll mithelfen, für den Schmuck der Wiener Wohnungen künstlerisch hochwertige Geschenke zu einem mäßigen Preis anzuschaffen. Am Arthaberplatz werden sowohl Aquarelle und Zeichnungen wie auch Druckgraphiken verkauft. Die von der Jury des Kulturamtes der Stadt Wien bereitgestellte Reserve sorgt dafür, daß das Angebot auch bei größerem Andrang sofort ergänzt werden kann.

Anläßlich der Eröffnung des "Guten Bildes für jeden in Favoriten" sprach Bezirksvorsteher Wrba Begrüßungsworte. Senatsrat Dr. Gapp befaßte sich in einer Rede mit den Bemühungen des Kulturamtes zugunsten der Kunstförderung in Wien. Anschließend führte Kunstreferent Dr. Waissenberger durch die Ausstellung.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 21 Uhr geöffnet, am Samstag durchgehend von 10 bis 18 Uhr. Ausstellungsschluß ist Freitag, der 13. Dezember.

\- - -

Kunstwerke für städtische Bauten

3. Dezember (RK) Zahlreiche zeitgenössische Bildhauer- und Mosaikarbeiten ließ das Kulturamt der Stadt Wien auch heuer wieder zur Ausgestaltung öffentlicher Wohnhausanlagen und Kindergärten aufstellen.

Eine freistehende Wand mit Mosaiken von Carl Unger vor dem Gemeindebau in Wien 2, Vorgartenstraße 166, findet dabei ebenso großes Interesse wie sechs Mosaike (Erde, Feuer, Luft, Wasser, Gestirne, Mensch) von Romulus Candea für die Wohnhausanlagen im 10. Bezirk, Laaer Berg-Straße, Schrankenberggasse-Feuchterslebengasse-Laimäckergasse. Bemerkenswerte Arbeiten sind ferner die Natursteinplastik "Familie" von Hannes Haslecker, die in der Römersthalgasse im 11. Bezirk aufgestellt wird, die Plastik "Mann mit Kalb" von Gabriele Waldert in der Ruckergasse im 12. Bezirk, das Mosaik "Darstellung des alten Schottenhofes" von Erwin Lang und der "Ringbrunnen" von Franz Mynni im 16. Bezirk, Starkenburggasse-Sandleitengasse sowie eine Brunnenschale mit drei Reliefs ("Reiter") von Franz Fischer im 19. Bezirk, Döblinger Hauptstraße-Währinger Gürtel. Nördlich der Donau, im 22. Bezirk, Wagramer Straße - Anton Sattler-Gasse ist die Plastik "Aufspringendes Pferd" von Gabriele Waldert besonders erwähnenswert, und im Süden Wiens, im 23. Bezirk, in der Steinergasse in Atzgersdorf, die neue Spielplastik "Spielbaum" von Ilse Pompe.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir bitten Sie, sich der folgenden Notiz im Interesse der Wiener Bevölkerung besonders anzunehmen. Vor allem sind die Einzelheiten über die Impfzeiten und die Impforte wichtig!

Die Kinderlähmungs-Impfaktion

3. Dezember (RK) Im Hinblick auf zahlreiche Anfragen über Einzelheiten der jetzt laufenden Schluckimpfung gegen Kinderlähmung gibt das Gesundheitsamt der Stadt Wien nochmals bekannt:

Zur Impfung zugelassen ist jede Person, die noch an keiner bisherigen Schluckimpfung gegen Kinderlähmung teilgenommen hat. Besonders empfohlen wird die Impfung für Kinder und Jugendliche.

Geimpft wird in den Bezirksgesundheitsämtern (Montag und Donnerstag von 14 bis 15.30 Uhr, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag von 8.30 bis 11 Uhr);

in den Volksschulen (erste und zweite Klasse);

in den Mutterberatungsstellen;

in den Kindergärten;

in den Kinderambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse.

Die Impfung ist kostenlos. Letzter Impftag ist Samstag, 14. Dezember.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Mittwoch, den 4. Dezember, um 17.24 Uhr, auf dem Rathausplatz die feierliche Entzündung der Lichter des Burgenländischen Weihnachtsbaumes stattfindet. Die Landeshauptleute Jonas und Lentsch werden dabei sprechen.

\- - -

Personalnachrichten

3. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Slavik hat heute der Wiener Stadtsenat Obermagistratsrat Dr. Josef Iselstöger (M.Abt. 58) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen. Magistratsrat Dr. Gustav Beier (M.Abt.58) wurde zum Obermagistratsrat, Veterinärrat Dr. Walter Jurcik (M.Abt. 60) zum Oberveterinärrat, Amtsrat Josef Blazsovsky (M.Abt. 11 - Jugend am Werk) zum Oberamtsrat und der technische Amtsrat Ing. Friedrich Liebentritt (M.Abt. 26) zum technischen Oberamtsrat befördert.

Anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand wurden dem Senatsrat Dipl.-Ing. Alfred Fimpel (E-Werke) Dank und volle Anerkennung, den Oberamtsräten Friedrich Beiler, Karl Breit und Ing. Gustav Hein sowie dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Dr. techn. Kurt Drögsler Dank und Anerkennung ausgesprochen. Aus dem gleichen Anlaß wurde dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Karl Kreutzer (E-Werke) der Titel Senatsrat und dem Amtsrat Karl Kaiser (Kontrollamt) der Titel Oberamtsrat verliehen.

\- - -

Wiener Landesregierung bewilligte 102 Millionen Wohnbau-Darlehen

3. Dezember (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Jonas abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurde auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik die Gewährung von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in der Höhe von 102,942.700 Schilling genehmigt. Damit wird der Bau von 920 Wohnungen und Eigenheimen ermöglicht. Die meisten Darlehen entfielen auf gemeinnützige Bauvereinigungen.

Neue kulturelle Subventionen der Wiener Landesregierung

In der gleichen Sitzung der Wiener Landesregierung wurden auf Antrag von Vizebürgermeister Mandl Subventionen für kulturelle Zwecke in Höhe von insgesamt 164.000 Schilling bewilligt.

Die Künstlervereinigung Wiener Secession erhält für die Ausstellung "Graphik aus dem Kreis der Wiener Secession", die in den letzten Wochen in Warschau zu sehen war, 30.000 Schilling. Die Ausstellung umfaßte 93 Arbeiten von 30 Wiener Künstlern, unter denen sich auch Josef Dobrowsky, Kurt Moldovan, Sergius Pauser und Fritz Wotruba befanden.

Ebenfalls 30.000 Schilling erhält der"Verein der Freunde des Wiener Kammerorchesters" zur Fortsetzung seiner künstlerischen Tätigkeit in dieser Saison. Das neue Konzertprogramm läßt wieder die künstlerischen Ambitionen des Orchesters erkennen.

Der Katholischen Filmkommission für Österreich wurden zur Durchführung der VIII. Internationalen Filmfestwoche des religiösen Films 18.000 Schilling zugesprochen.

Außerdem wurden 86.000 Schilling zur Durchführung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" bewilligt. Diese Weihnachtsverkaufsausstellung wird nun schon seit 1950 alljährlich veranstaltet. Im vorigen Jahr wurden 438 Werke mit einem Gesamtbetrag von 237.000 Schilling und bei einer Parallelausstellung im Freizeitheim Jedlesee elf Arbeiten um 4.840 Schilling verkauft. Wie bereits mitgeteilt, findet heuer die Hauptausstellung - so wie im vorigen Jahr - wieder im Künstlerhaus statt, während die Parallelausstellung im Volksbildungshaus Favoriten, Arthaberplatz, abgehalten wird. In den Ausstellungen werden auch wieder Naturholzrahmen zum Verkauf angeboten. Bei der vorjährigen Ausstellung wurden 102 solcher Rahmen verkauft.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 4.535; Polen 2.192, Ungarn 1.800. Gesamtauftrieb: 8.527. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 15.30 bis 15.70 S, 1. Qualität 15 bis 15.30 S, 2. Qualität 14.30 bis 15 S, 3. Qualität 13.50 bis 14.30 S, Zuchten extrem 12.90 bis 13 S, Zuchten 12.30 bis 12.80 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.50 bis 14.40 S, Ungarn 13.10 bis 14.40 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 22 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.42 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um elf Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.89 S.

In der Woche vom 23. bis 29. November wurden 2.744 Schweine außer Markt bezogen.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 121 Stück, hievon zwei Fohlen. Als Schlachttiere wurden 93 Stück, als Nutztiere 16 Stück verkauft, unverkauft blieben 12 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 81, Oberösterreich 19, Burgenland 14, Steiermark 1, Kärnten 5, Tirol 1.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 S, Pferde extrem 7.60 bis 7.90 S, 1. Qualität 7.20 bis 7.50 S, 2. Qualität 6.60 bis 7 S, 3. Qualität 5.90 bis 6.50 S, Nutztiere Pferde 6.bis 8.20 S.

Auslandsschlachthof: 213 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.50 S, 12 Stück aus der CSSR unverkauft; 14 Stück aus Ungarn, 6 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um fünf Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 1.61 Schilling je Kilogramm. Er beträgt: für Schlachtpferde 7.01 S, für Schlachtfohlen 14 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.09 S, für Pferde und Fohlen 7.01 S.

\- - -

Letztes Konzert im Zyklus "Meisterorchester spielen Meisterwerke"

3. Dezember (RK) Am kommenden Sonntag, dem 8. Dezember, findet um 11 Uhr in der Halle D der Wiener Stadthalle das vierte und letzte Konzert im Zyklus "Meisterorchester spielen Meisterwerke" statt: Hans Swarowsky dirigiert die Wiener Symphoniker, die Otto Nikolais Ouverture zur Oper "Die lustigen Weiber von Windsor", die Haffner-Symphonie von Mozart und die Erste Symphonie in C-moll, op. 68, von Brahms zur Aufführung bringen.

Mit diesem Konzert schließt das Konzertabonnement der Stadt Wien in der Stadthalle für die Saison 1963/64 ab. Restliche Karten sind an den Kassen der Wiener Stadthalle erhältlich.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Jonas eröffnet am Samstag:

Ein neuer Kindergarten im 23. Bezirk

4. Dezember (RK) Samstag, den 7. Dezember, um 11 Uhr, wird Bürgermeister Jonas einen neuen Kindergarten der Stadt Wien im 23. Bezirk, Atzgersdorf, Lastenstraße 15, eröffnen. Der Bau des Kindergartens wurde infolge der regen Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien notwendig. Die Kosten betrugen 5,1 Millionen Schilling.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, an der Eröffnung des Kindergartens teilzunehmen. Straßenbahnlinie 62, KÖB-Autobus ab Philadelphiabrücke bis Haltestelle Atzgersdorf-Apotheke.

\- - -

Die Statistiker wollen wissen:

Was gibt der Wiener für den Haushalt aus?

4. Dezember (RK) Vor zehn Jahren ist eine Konsumerhebung durchgeführt worden, die nunmehr im Jahre 1964 wiederholt werden soll, weil sich im Verlauf der letzten zehn Jahre die Konsumstruktur der österreichischen Bevölkerung grundlegend geändert hat und die aus der letzten Erhebung gewonnenen Erkenntnisse nicht mehr den derzeitigen Gegebenheiten entsprechen. Die Ergebnisse einer derartigen Erhebung bilden die Grundlage für die Bearbeitung einer Reihe volkswirtschaftlicher Probleme.

Durch ein zufallsgesteuertes Auswahlverfahren wurden für Wien für jeden Monat des Jahres 1964 rund 330 Haushalte ausgewählt.

Das Österreichische Statistische Zentralamt und das Statistische Amt der Stadt Wien bitten nun die so ausgewählten Haushalte, einen Monat lang ein Haushaltsbuch zu führen. Der Erfolg der Erhebung hängt von der freiwilligen Mitarbeit der angesprochenen Haushalte ab, die für die ordnungsgemäße und wahrheitsgetreue Ausfüllung des Haushaltsbuches für einen Monat eine Prämie von 150 Schilling erhalten. Die strengste Geheimhaltung sämtlicher Angaben in diesem Haushaltsbuch ist selbstverständlich zugesichert!

Da mit der Durchführung dieser Erhebung in Wien das Statistische Amt der Stadt Wien betraut ist, wird ein Beauftragter dieses Amtes bei den jeweils für einen Monat ausgewählten Haushalten vorsprechen, um ein vorgedrucktes Haushaltsbuch einschließlich aller Beilagen zu übergeben und alle noch gewünschten Auskünfte zu erteilen.

\- - -

Kein Alkohol bei Wochenendausflügen in die CSSR

4. Dezember (RK) Viele Wiener benützen die erleichterten Einreisebestimmungen, um in die CSSR zu fahren. Dazu macht das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten darauf aufmerksam, daß in der Tschechoslowakei das Verbot des Lenkens von Kraftfahrzeugen nach Alkoholgenuß in der Regel besonders rigoros gehandhabt wird. Alkoholtests werden in der Tschechoslowakei nicht nur bei Unfällen vorgenommen, es ist vielmehr durchaus üblich, daß Personen, die ein Gasthaus verlassen, noch vor dem Besteigen ihres Autos von der Polizei auf das Vorhandensein von Alkohol im Blut durch den bekannten Atemtest untersucht und bei Feststellung eines noch so geringen Alkoholgehaltes bestraft werden.

\- - -

Generalversammlung der Standortberatungsstelle

Umbenennung auf "Wiener Institut für Standortberatung"

4. Dezember (RK) Gestern nachmittag fand im Wiener Rathaus die Generalversammlung des Vereines "Standortberatungsstelle für Wien" statt. Der Obmann des Vereines, Wiens Baustadtrat Heller, erstattete den Bericht. Die Generalversammlung genehmigte den Voranschlag für das Jahr 1964 mit einer Budgetsumme von 1,4 Millionen Schilling. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, die Standortberatungsstelle umzubenennen in "Wiener Institut für Standortberatung".

Den Statuten entsprechend, übergab Stadtrat Heller den Vorsitz in der Generalversammlung an Präsident Ing. Rudolf Sallinger, der im kommenden Jahr der Obmann des Vorstandes sein wird. Parallel vollzieht sich damit der Wechsel in folgenden Funktionen: Der Schriftführer (bisher Gemeinderat Lanc) wechselt mit dem Kassier (bisher Gemeinderat DDr. Prutscher) und der Vorsitzende des Leitungsausschusses, Gemeinderat DDr. Strunz, übergibt seinen Vorsitz an Obersenatsrat Dr. Steiner.

Die bisherige Tätigkeit

Im Jänner 1963 wurde die Standortberatungsstelle für Wien gegründet. Die Stadt Wien hat sich mit einem Mitgliedsbeitrag in der Höhe von 500.000 Schilling an der Errichtung dieser für die Wiener Wirtschaft und damit für Wien überaus wichtigen Institution beteiligt.

Die Standortberatungsstelle hat ein Jahr des Aufbaues hinter sich, konnte aber schon erste Ergebnisse ihrer Tätigkeit vorlegen. Die vom Österreichischen Institut für Raumplanung erarbeiteten Eignungsuntersuchungen der Wiener Randbezirke bilden neben vielen anderen Strukturdaten eine gute Beratungsunterlage für Industrie und erzeugendes Gewerbe. Überall dort aber, wo keine Unterlagen vorhanden sind, hat die Standortberatungsstelle eigene Grundlagenforschung betrieben. Es wurden die Versorgungslage der Bevölkerung, die Einkaufsgewohnheiten in ausgewählten Wiener Wohngebieten, der Einzugsbereich von Handelsbetrieben, die Zuordnung von Gewerbetrieben zu neuen Wohngebieten, die Isochronen des Individualverkehrs untersucht. Die

Erfassung der wichtigsten Wohnbauvorhaben in Wien und störender Betriebe im dicht verbauten Gebiet sowie anderer für eine Beratungstätigkeit wichtiger Unterlagen ist im Gange.

Die Standortberatungsstelle hat in den zehn Monaten ihrer Tätigkeit 15 Gutachten und gutachtliche Stellungnahmen für verschiedene Firmen und Stellen fertiggestellt. Sie hat damit beratend oder gutachtlich zum Standort von rund 80 Betrieben in irgendeiner Form Stellung genommen. Die überwiegende Mehrzahl der Fälle betraf Handelsbetriebe und kleinere Gewerbebetriebe. In drei Fällen handelte es sich um Industriebetriebe.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch andere Städte erwägen, ein Institut nach dem Vorbild der Wiener Standortberatung zu errichten.

\- - -

Präsident und Vizepräsident des Stadtschulrates bei Landeshauptmann Jonas

4. Dezember (RK) Der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Dr. Neugebauer, und der Vizepräsident des Stadtschulrates, Landtagsabgeordneter Bezirksschulinspektor Regierungsrat Ullmann, stellten sich heute im Rathaus Landeshauptmann Jonas offiziell vor. Nationalrat Dr. Neugebauer und Regierungsrat Ullmann wurden in der konstituierenden Sitzung des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien am 20. November zum Amtsführenden Präsidenten bzw. zum Vizepräsidenten gewählt. Präsident des Stadtschulrates ist nach dem Gesetz Landeshauptmann Jonas.

\- - -

Wien bekommt Lobauer Wasser

Oberste Wasserrechtsbehörde gab grundsätzliche Bewilligung

4. Dezember (RK) Gestern wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft - Oberste Wasserrechtsbehörde eine wasserrechtliche Verhandlung über das Projekt des geplanten Grundwasserwerkes in der Unteren Lobau durchgeführt. Das Ergebnis trägt den natürlichen Verhältnissen und den neuesten Erkenntnissen der Grundwasserforschung Rechnung.

Auf Grund des Gutachtens der Amtssachverständigen, denen alle Ergebnisse der vorhergegangenen Untersuchungen zur Verfügung standen, ist die Behörde in der Lage, den Bau des Grundwasserwerkes grundsätzlich zu bewilligen, wobei noch nicht eine zahlenmäßig begrenzte Entnahmemenge festgesetzt zu werden braucht.

Da die Entnahmemöglichkeit im Grundwasser weitgehend von den natürlichen Schwankungen abhängig ist, und die Pumpversuche nur mit den beiden Versuchsbrunnen und nur bei mittleren und niedrigen, zeitweise sogar niedrigsten Wasserständen durchgeführt werden konnten, ist es derzeit noch nicht möglich, die Belastungsfähigkeit des Grundwasserfeldes in seiner ganzen Ausdehnung und bei allen Grundwasserständen zu ermitteln. Die Beobachtungen werden daher fortgesetzt.

Während der Zeit, die der Bau des Behälters, des Hebewerkes und der Zubringerleitung zum Stadtgebiet erfordert, soll ein dritter und eventuell ein vierter Brunnen errichtet und ein Pumpversuch mit allen Brunnen durchgeführt werden, sodaß der Bereich ermittelt werden kann, innerhalb dessen sich die jeweilige Entnahmemenge bewegen darf, ohne daß Raubbau am Grundwasser betrieben wird.

\- - -

Der Burgenland-Weihnachtsbaum leuchtet auf dem Rathausplatz

4. Dezember (RK) Heute abend wurden auf dem Rathausplatz die Lichter des diesmal vom Burgenland für Wien gespendeten Weihnachtsbaumes feierlich entzündet. Der Landeshauptmann des Burgenlandes Lentsch übergab den Weihnachtsbaum offiziell und enthüllte die Widmungstafel, auf der es heißt: "Das Burgenland widmet der Bundeshauptstadt diesen Weihnachtsbaum als Zeichen herzlicher Verbundenheit und wünscht allen Wienerinnen und Wienern ein gesegnetes Fest und ein glückliches Neues Jahr." Bürgermeister Jonas dankte in einer kurzen Ansprache.

An der Feier nahmen Mitglieder des Wiener Stadtsenates und der Burgenländischen Landesregierung teil. Auch viele Wiener hatten sich auf dem Rathausplatz eingefunden, die vor dem feierlichen Akt den Klängen des Rathausglockenspiels lauschten. Dann konzertierte die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien unter der Leitung von Otto Wacek abwechselnd mit dem Burgenländischen Arbeitermusikverein Neufeld/Leitha unter der Leitung von Franz Schitzhofer. Der Haydn-Chor Eisenstadt unter seinem Dirigenten Otto Strobl brachte Weihnachtslieder zu Gehör.

Landeshauptmann Lentsch führte in seiner Rede aus: "Wir sind heute zu Ihnen gekommen, nicht nur weil es schon Tradition geworden ist, daß in der Vorweihnachtszeit ein Bundesland den Christbaum für Wien bereitstellt. Wir wollen auch unserer Verbundenheit mit der Bundeshauptstadt Ausdruck geben. Zehntausend Burgenländer haben in Wien eine neue Heimat gefunden und viele tausende wirkten als Wanderarbeiter am Wiederaufbau der österreichischen Bundeshauptstadt mit.

Mit dem Weihnachtsbaum wollen wir aber auch Freude bringen. Weihnachten ist ja das Fest des Friedens und des guten Willens. Dieser Christbaum aus dem Burgenland soll dazu beitragen, in den Herzen der Wiener den wunderbaren Weihnachtsgedanken vom guten Willen wachzurufen. Allen Wienern, so schloß der burgenländische Landeshauptmann, ein recht gesegnetes Weihnachtsfest, und möge ihnen auch ein gesegnetes, frohes Neues Jahr beschieden sein!"

Hierauf wurde die Widmungstafel enthüllt, und es erklang die burgenländische Landeshymne "Mein Heimatvolk".

./.

Bürgermeister Jonas verwies darauf, daß bisher die Bundesländer Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Salzburg einen Weihnachtsbaum für Wien gespendet haben. Heuer haben wir nun die große Freude, daß uns das Burgenland aus seinen Wäldern einen herrlichen Baum schickte. Das Burgenland ist das jüngste Bundesland Österreichs, und wir wissen, daß gerade dieses Land in den Jahren des Krieges und auch noch nachher schwer zu leiden hatte. Mit umso größerer Freude können wir dem Burgenland herzlich gratulieren zu den großen Erfolgen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung.

Bürgermeister Jonas begrüßte dann die Repräsentanten des Burgenlandes, unter ihnen auch Bürgermeister Horvath von Lackenbach, aus dessen Gemeinde der Baum stammt. Bürgermeister Jonas gab seiner Freude Ausdruck, daß die Burgenländer nicht nur den Baum geschickt haben, sondern auch die Sendboten ihres kulturellen Wirkens: den Haydn-Chor und die Arbeitermusikkapelle. Im Namen der Wiener Bevölkerung sagte er herzlichen Dank für den schönen leuchtenden Gruß aus dem Burgenland und bat Landeshauptmann Lentsch, der gesamten burgenländischen Bevölkerung die herzlichsten Glückwünsche anläßlich der Feiertage zu übermitteln.

\- - -

August Siccard von Siccardsburg zum Gedenken

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 150. Geburtstag des Architekten August Siccard von Siccardsburg.

Er wurde in Budapest geboren, studierte in Wien und entschloß sich, mit seinem Freund Eduard van der Nüll zusammenzuarbeiten. Ihr erstes gemeinsames Werk war das Ständehaus in Budapest. In Wien bauten sie das Sofienbad und das Carl-Theater. Auch am Bau des Arsenals waren sie beteiligt. Van der Nüll entwarf die ornamentale Ausschmückung der gemeinsamen Projekte, Siccardsburg war für deren technische Durchführung verantwortlich. In den Jahren 1861 bis 1868 entstand ihr berühmtestes Werk, die Wiener Oper, zugleich der tragische Abschluß ihrer Freundschaft und Zusammenarbeit. Aus Kränkung, daß der Opernbau von der Mehrheit des Publikums einer gehässigen Kritik unterzogen wurde, die die Ursache für den Freitod van der Nülls war, starb Siccardsburg zwei Monate nach seinem Freund am 11. Juli 1868.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Arbeitstagung des Verbandes Österreichischer Volksbüchereien

5. Dezember (RK) Der Verband Österreichischer Volksbüchereien, 8, Schmidgasse 18, hält vom 9. bis 11. Dezember eine Arbeitstagung ab, bei der über interessante Themen des Büchereiwesens referiert werden wird.

Am Montag, dem 9. Dezember, werden nachmittag folgende Vorträge gehalten: Dr. Michael Stickler, Wien: "15 Jahre Verband Österreichischer Volksbüchereien"; Dr. Richard Szerelmes, Wien: "Volksbüchereien in Niederösterreich" (mit Lichtbildern). Am Dienstag, dem 10. Dezember, referieren vormittag Dr. Rudolf Müller (der Geschäftsführende Obmann des Verbandes Österreichischer Volksbüchereien) über "Raum und Einrichtung der Büchereien"; Dr. Stefanie Kern-Lutter und Karl Adjovic, Wien, über "Preisgekrönte Kinder- und Jugendbücher". Nachmittag berichtet Dr. Karl Gutkas, St. Pölten, über "Volksbüchereien in der Sowjetunion". Am Abend findet eine Dichterlesung von Christine Busta statt. Am Mittwoch, dem 11. Dezember, spricht vormittag Dr. Gertrud Vetter, Wien, über "Berufsbild und Ausbildung des Volksbibliothekars". Anschließend wird eine Diskussion über aktuelle Büchereifragen abgehalten. Am Nachmittag besichtigen die Tagungsteilnehmer die Bücherei Eisenstadt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Vertreter zur Arbeitstagung zu entsenden. Die Tagung findet im Jugendgästehaus Ober-St. Veit der Stadt Wien, 13, Schloßberggasse 8, statt (Stadtbahn-Endstation Hütteldorf). Anfragen über das genaue Tagungsprogramm können an das Sekretariat des Verbandes, 8, Schmidgasse 18, Telefon 42-61-63 und 42-61-64, gerichtet werden.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 9. bis 15. Dezember

5. Dezember (RK)

Montag, 9. Dezember:

18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Ada Roland (Bach, Haydn, Mozart, Beethoven, Chopin, Casella, Kabalewsky)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des Richard Wagner-Festkonzertes anläßlich des 150. Geburtstages; Wiener Männergesangverein, Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Sängerknaben vom Wienerwald, Dr. Rudolf Zimmer (Baß), Dirigent Karl Etti

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus XV; Ensemble "Die Wiener Solisten", Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wilfried Böttcher (Vivaldi: Concerto grosso; J.S. Bach: Suite Nr. 1; Corelli: Concerto grosso; Mozart: Klavierkonzert Es-dur KV 271)

Dienstag, 10. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: 2. Abend "Das österreichische Lied"; Klasse für Lied und Oratorium Robert Schollum (Haydn, Brahms, Wolf, Schönberg, Berg, Einem, Jelinek, Schollum)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus XII (Voraufführung des 3. Konzertes der GdM); Musikvereinsquartett (Mozart, Prokofieff, Bruckner)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Chansonabend Greta Keller "Internationale Chansons" (Wiederholung vom 29. November 1963)

19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal: Klavierabend Gerda Streicher (Werke von Franz Schubert)

Mittwoch, 11. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: ÖVP-Frauenbewegung: Weihnachtskonzert; Chorvereinigung "Jung Wien", Leitung Leo Lehner

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Abend des Musikvereinsquartettes (Mozart: Dissonanzenquartett C-dur KV 465; Prokofieff: 1. Streichquartett; Bruckner: Streichquintett F-dur)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Hans Kann (Carl Czerny: "La Ricordanza" Es-dur op. 33; 1. Sonate As-dur op. 7; aus op. 299 und 740; Toccata C-dur op. 22; Valses di Bravura op. 35)

19.30 Uhr, Schubertsaal (KH): Akademie für Musik u.d.K.: Vortragsabend der Gesangsklasse Ilse Rapf-Katschinka (Bach, Donizetti, Mozart, Rossini, Verdi, Kreutzer, Nicolai, Schumann, Debussy, R. Strauss)

./.

Donnerstag, 12. Dezember:

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Opernfragmente-Abend der Klasse KS Peter Klein; Musikalische Leitung Karl Hudez

19.30 Uhr, Gr. M.V.Saal: ÖVP-Weltbewegung der Mütter: Wohltätigkeitskonzert; Neuer Wiener Konzertverein, Trautte Skladal (Sopran), Dirigent Erwin Czeppe

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Cornelis van Dijk, am Flügel Kurt Rapf (Schubert, H. Wolf, Verdi, R. Strauss)

Freitag, 13. Dezember:

19.00 Uhr, Musikakademie, Orgelsaal 17: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Alois Forer (Lübeck, Bach, Vivaldi-Bach, Mozart, Franck)

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Wiederholung des Opernfragmente-Abends der Klasse KS Peter Klein; musikalische Leitung Karl Hudez

19.30 Uhr, VHS Wien-Nord, Freizeitheim Jedlesee, 21, Prager Straße 31: Kulturamt - Verband Wiener Volksbildung: Zyklus "Konzerte in Volkshochschulen"; Annemarie Steffens, Sopran - Heinz Medjimorec, Klavier (Mozart, Schubert, Mendelssohn, Grieg, Debussy, Granados, Marx)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs - Radio Wien: 3. Konzert der MJ-Zyklen V und VIII B; Wiener Rundfunkorchester, Viktor Conrad Braun (Bariton), Dirigent Hermann Scherchen (Schönberg: Variationen op. 31; Webern: Sechs Orchesterstücke op. 6; Mahler: Lieder aus "Des Knaben Wunderhorn"; Berg: Adagio aus der "Lulu"-Suite)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartettes (Mozart, Prokofieff, Bruckner)

19.30 Uhr, Gr.K.H.Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus VII; Wiener Symphoniker, Wiener Singakademie, Wiener Kammerchor, Lucia Popp und Laurence Dutoit (Sopran), Kunikazu Chashi (Baß-Bariton), Dirigenten Anton Heiller und Hans Gillesberger (Hindemith: Messe für gemischten Chor a cappella; Heiller: 37. Psalm für Chor und Orchester; J.N. David: Oratorium "Ezzolied" op. 51)

Samstag, 14. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Chor-Orchesterkonzert; Madrigalchor St. Veit, Haydn-Orchester Wien, Annelies Hückl (Sopran), Rose Bahl (Alt), Klaus Herbolth (Tenor), Franz Wimmer (Baß), Dirigent Xaver Mayer (Haydn: Theresien-Messe; Brahms: Marienlieder; Bruckner: Motetten; Beethoven: Dona nobis pacem).

./.

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend Mitsuko Uchida, Tokyo--Klasse Richard Hauser (Bach: Toccata D-dur; Beethoven: Sonate F-dur op. 10/2; Debussy: Aus den Etuden; Chopin: Sonate h-moll op. 58)

Sonntag, 15. Dezember:

10.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Kammerorchester: 3. Konzert im Matinéen-Zyklus; Isolde Ahlgrimm (Cembalo), Herbert Reznizek (Flöte), Hubert Jelinek (Harfe), Dirigent Harald Goertz (M. Haydn: Sinfonia D-dur; D.V. Puccini: Cembalo-Konzert B-dur; Mozart: Konzert für Flöte, Harfe und Orchester C-dur KV 299 und Divertimento F-dur KV 247)

11.00 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Riccardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Kurt Brass (Mendelssohn: Hebriden-Ouverture op. 26; Pfitzner: Violinkonzert h-moll op. 34; Dvořák: 2. Symphonie d-moll op. 70)

16.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; Hilde Zadek (Sopran), Dirigent Robert Heger (Haydn: Symphonie "Die Uhr"; R. Strauss: Hölderlin-Hymnen; Brahms: 1. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus XIV; Klavierabend Alfred Brendel

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Wiener Beethoven-Gesellschaft: Gedenkfeier anläßlich des Geburtstages von Ludwig van Beethoven; mitwirkend Günther Pichler (Violine), Heinz Medjimorec (Klavier), Vortrag Kpm. Ralf Weikert

\- - -

Glückwünsche für Dr. Gebauer

5. Dezember (RK) Zum 85. Geburtstag von Ministerialrat i.R. Dr. Ing. Franz Gebauer hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar auf schriftlichem Wege gratuliert.

Dr. Gebauer, der als hervorragender Fachmann auf dem Gebiet des Brückenbaues und des Verkehrswesens gilt, entwickelte die Funktionstheorie des Eisenbetonbalkens. Seine akademische Lehr- und Forschungstätigkeit ist in allgemeiner Erinnerung.

\- - -

Wien in Wort, Bild und Zahl

"Jahrbuch der Stadt Wien 1962" soeben erschienen

5. Dezember (RK) Wieder ist ein Band des vom Magistrat der Stadt Wien alljährlich herausgegebenen "Jahrbuches der Stadt Wien" erschienen. Der neue Band besteht aus einem ersten Teil, dem Verwaltungsbericht, und einem zweiten, statistischen Teil, dem Statistischen Jahrbuch.

Der Verwaltungsbericht beginnt mit einer Rückschau auf die Geschichte und die Tätigkeit des nun seit 100 Jahren bestehenden Statistischen Amtes der Stadt Wien, als dessen Geburtstag der 18. Februar 1862 gilt. Es folgt eine gedrängte Darstellung der Geschichte und der Bedeutung des Theaters an der Wien, seiner Erwerbung durch die Stadt Wien und seines Umbaues.

Nach diesen beiden einleitenden Artikeln bringt das Jahrbuch Angaben über Veränderungen in den Vertretungskörpern, zählt die Delegationen und Persönlichkeiten auf, die vom Bürgermeister empfangen wurden, führt die bedeutenden Tagungen und Kongresse an, die in Wien stattfanden, und nennt die Namen von Persönlichkeiten des öffentlichen und künstlerischen Lebens, deren Wirken mit Wien eng verbunden ist, die öffentlich geehrt wurden oder die in Wien verstarben.

Ferner befaßt sich das Jahrbuch mit Änderungen der Rechtslage und Neuerungen auf dem Gebiete des Personalwesens im Jahr 1962, mit dem gesamten Finanzwesen unserer Stadt, mit der umfangreichen Tätigkeit der Stadtverwaltung auf den Gebieten der Kultur und Volksbildung, dem Museums- und Ausstellungswesen, dem Musikleben und den Festwochen, dem Fremdenverkehr und der Sportförderung, den Empfängern der Literaturpreise, mit Theater- und Filmangelegenheiten usw. Aus dem Gebiet des Wohlfahrtswesens berichtet das Jahrbuch über die Jugendfürsorge, die Erwachsenen- und Familienfürsorge, die Altersfürsorge und das Anstaltenwesen.

Besonders umfangreich sind die Berichte aus den Geschäftsgruppen, die sich mit dem Bauwesen im engeren und weiteren Sinn befassen: Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung, die

Vorbereitungsarbeiten für die Wiener Internationale Gartenschau 1964, das städtebauliche Grundkonzept, die Planung einer vierten Donaubrücke, das umfangreiche Wohnbauprogramm, die Verkehrsplanung, die Arbeiten an der Albertina-Passage und vieles andere mehr. Berichte aus den Gebieten des Wirtschaftswesens, der allgemeinen Verwaltung und der Städtischen Unternehmungen schließen den Verwaltungsbericht ab.

Der statistische Teil des Jahrbuches der Stadt Wien gibt ein Bild von Wien in der oft als trocken bezeichneten Sprache der Zahlen. Wer sich jedoch in die Tabellen des Buches vertieft, findet sicher manches, was er bisher nicht gewußt hat.

Jeder kennt Wien als Stadt im Grünen; daß jedoch drei Viertel des Stadtgebietes auf Wälder, Wiesen, Äcker und Gärten entfallen, ist vielleicht doch überraschend. Die Lobau allein ist größer als sämtliche Bezirke innerhalb des Gürtels. Die Länge der Wiener Straßen zusammengenommen, entspricht der Entfernung Paris-Belgrad; ihre Fläche würde den ganzen 19. Bezirk bedecken.

Diese Fläche benützen fast 300.000 Kraftfahrzeuge, davon 180.000 Personenkraftwagen und 50.000 Mopeds. An einem Freitag im Jänner wurden am Südtiroler Platz 50.000 Fahrzeuge gezählt. Bei dieser Verkehrsdichte nimmt es nicht wunder, daß jeder zwölfte Personenkraftwagen während des Jahres 1962 in einen Verkehrsunfall verwickelt war. Etwa 20.000 Wiener bestehen jedes Jahr die Lenkerprüfung, wobei derzeit bereits jeder dritte Prüfling eine Frau ist. Noch vor fünf Jahren war nur jeder vierte Führerscheinbesitzer weiblichen Geschlechts.

Die Wiener benützen jedoch noch immer in überwiegendem Maß ihre öffentlichen Verkehrsmittel. Aus der Statistik der Wiener Verkehrsbetriebe kann man entnehmen, daß fast jeder Erwachsene im Durchschnitt täglich einmal die Straßenbahn, die Stadtbahn oder die städtischen Autobusse benützt. Durch die Eröffnung der Schnellbahn Anfang 1962 hat sich die Zahl der auf den Wiener Bahnhöfen der Bundesbahn verkauften Karten um mehr als vier Millionen gegenüber dem Jahr 1961 erhöht.

./.

Aus einer anderen Statistik ersehen wir, daß etwa die Hälfte der Einwohner Wiens berufstätig ist; ein Viertel sind Angehörige der Berufstätigen und werden von ihnen erhalten, ein weiteres Viertel sind Pensionisten und deren Angehörige.

Trotz des hohen Anteils nicht mehr im Erwerbsleben stehender Personen ist Wien keine "sterbende Stadt". Seit nunmehr acht Jahren kommen jedes Jahr durchschnittlich tausend Kinder mehr zur Welt. Etwa 50.000 Personen kommen jedes Jahr aus den österreichischen Bundesländern nach Wien, um sich hier dauernd niederzulassen. Da diese Zahl um mehr als 20.000 über jener der Abwandernden liegt, ergibt sich auch hieraus ein dringendes Problem der Wohnraumbeschaffung.

Über die Wiener Wohnverhältnisse und die Bautätigkeit unterrichten zahlreiche Tabellen des Jahrbuchs. Von den weiteren Abschnitten des Jahrbuchs seien noch das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, öffentliche Versorgungseinrichtungen, Preise und Löhne, Unterricht und Bildung, Sport, Verwaltung, Rechtspflege und Finanzen erwähnt.

Das Jahrbuch der Stadt Wien ist zum Preis von 100 Schilling durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag für Jugend und Volk, Wien 1, Tiefer Graben 7/9, zu beziehen. Es ist in Halbleinen gebunden und enthält 274 Text-, 56 Bild- und 330 Tabellenseiten.

\- - -

Kanalarbeiter gesucht

5. Dezember (RK) Der Magistrat der Stadt Wien sucht ab sofort Kanalarbeiter sowie ungelernte Arbeiter für Dauerverwendung. Bewerber melden sich im Büro der Geschäftsgruppe I, Rathaus, Stiege 6, Hochparterre, Zimmer 106.

\- - -

Eduard Leisching zum Gedenken

5. Dezember (RK) Auf den 7. Dezember fällt der 25. Todestag des Kunsthistorikers Dr. Eduard Leisching.

Er wurde am 26. November 1858 in Wien geboren, studierte Philologie, Geschichte und Philosophie und trat 1885 als Sekretär des k.k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie in den Staatsdienst. Von 1909 bis 1925 stand er dem Institut als Direktor vor. Daneben war er auch als Dozent für Kunstgeschichte an der Kunstgewerbeschule tätig. Das Museum nahm unter seiner Leitung einen großen Aufschwung. Die Sammlungen wurden neu aufgestellt, erweitert und wissenschaftlich ausgewertet. Die Zeitschrift des Museums "Kunst und Kunsthandwerk" entwickelte sich zu einem führenden Organ des deutschen Sprachraums. Sorgfältig aufgebaute Ausstellungen erzielten starke Breitenwirkung. Als Fachsshriftsteller verfaßte Leisching zahlreiche grundlegende Arbeiten und gab auch verschiedene Publikationen heraus. In seinem Schaffen nimmt die Tätigkeit auf dem Gebiet der Wiener Volksbildung gleichfalls einen wichtigen Platz ein. Als 1885 der Volksbildungsverein für Niederösterreich ins Leben gerufen wurde, war er unter den gründenden Mitgliedern. Ein Jahr später regte er die Errichtung eines Wiener Zweigvereins an und trat 1917 als Obmann an dessen Spitze. Ihm ist es mitzudanken, daß das Volksbildungswesen in Wien hohes Niveau erreichte. Von 1926 bis 1934 war Eduard Leisching auch Kunstberater der Gemeinde Wien.

\- - -

Schluckimpfung

5. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien weist neuerlich darauf hin, daß alle Personen, die sich zur Schluckimpfung gegen Kinderlähmung angemeldet haben, keine schriftliche Aufforderung erhalten, sondern sich bis zum 14. Dezember 1963 bei den zuständigen Stellen zur Impfung einfinden mögen.

\- - -

Rindernachmarkt vom 5. Dezember

5. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 11 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 13; Polen 32 Kühe. Gesamtauftrieb: 43 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 45. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Inländische Rinder notierten zu Hauptmarktpreisen. Polnische Kühe notierten 9 ' bis 9.50 S (11.90 S).

\- - -

Schweinenachmarkt vom 5. Dezember

5. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 109, Polen 169. Gesamtauftrieb: 278 Stück. Verkauft wurde alles. Polnische Schweine notierten 13.50 S.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 5. Dezember

5. Dezember (RK) Inland kein Auftrieb: Auslandsschlachthof: 12 aus der CSSR unverkauft. Neuzufuhren: 31 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.80 S, 24 Stück aus Rumänien 6.70 bis 7 S.

\- - -

Ab morgen Freitag:

Liechtensteinstraße wieder durchgehend befahrbar

5. Dezember (RK) Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten wird die Liechtensteinstraße im 9. Bezirk von der Viriotgasse bis zum Liechtenwerder Platz am Freitag, dem 6. Dezember, um 9 Uhr vormittag für den Verkehr freigegeben. Damit ist die Durchfahrt von der Alserbachstraße zur Heiligenstädter Straße in beiden Fahrtrichtungen wieder geöffnet.

Vor Beginn der eigentlichen Straßenbauarbeiten am 7. Oktober 1963 mußten die Schienen der Straßenbahnlinie D erneuert und außerdem die Wasser- und Gasrohre neu verlegt werden.

Die Fahrbahn außerhalb der gepflasterten Gleiszone wurde in einer Breite von je 3.30 Meter mit einem modernen Hartguß-Asphaltbelag versehen.

\- - -

Angelobung eines Bezirksrates

5. Dezember (RK) Heute wurde von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Karl Blasenbauer (23. Bezirk) als neu berufener Bezirksrat angelobt. Obermagistratsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gold für Anday, Zekert und Farkas

6. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an Kammersängerin Rosette Anday, Univ.-Prof. Mr.Ph. Dr. Otto Zekert und Karl Farkas zu verleihen. Die feierliche Überreichung der hohen Auszeichnung findet Mittwoch, den 11. Dezember, um 17 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses statt.

\- - -

Lechthalergasse bis zur Maurerberg-Siedlung verlängert

6. Dezember (RK) Der Kulturausschuß hat beschlossen, eine Verkehrsfläche im 23. Bezirk, die in der Verlängerung der Lechthalergasse liegt, amtlich in diese miteinzubeziehen. Die derart verlängerte Lechthalergasse bildet nun die Zufahrtsstraße zu einer neuen Flachwohnbausiedlung am Maurerberg, die kurz vor der Fertigstellung steht und zum Teil schon bezogen ist. In dieser Siedlung, die bisher noch keine Anschrift hatte, können nunmehr die Orientierungsnummern vergeben werden.

Die Lechthalergasse, die von der Josef Bühl-Gasse abzweigt, führt nunmehr entlang des zur Breitenfurter Straße geneigten Hanges bis ins eigentliche Siedlungsgebiet, wo sie in einer Umkehrung endet.

\- - -

Wiener Gemeinderat - Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zu den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1964

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Fr. 6.12.	General-u. Spezialdebatte z. GeschGr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Mühlhauser	Bock
VBgm. Slavik Sa. 7.12.	SpezDeb. GeschGr.I	Maller	Dr.Schmidt	Dr.Marga Hubinek Wohlmuth	Rösner Weisz
VBgm. Mandl Mo. 9.12.	SpezDeb. GeschGr.III	Lauscher Maller	Peter	Ullmann Dkfm.Dr. Ebert Bittner Eleonora Hiltl	Dr.Stemmer Kaps Liwanec Pfoch Planek Gertr. Sandner
Maria Jacobi Di.10.12.	SpezDeb. GeschGr.IV	Lauscher	Nesset	Eleonora Hiltl Kabesch Dr. Marga Hubinek	Leopoldine Schlinger Gratzl Maria Hlawka
Dr.Glück Mi.11.12.	SpezDeb. GeschGr.V	Maller Hausner	Dr.Schmidt	Josef Bauer Dr.Habl Dipl.-Ing. Blaschka Dr.Helene Stürzer	Dr.Gisel Lanc
Heller Do.12.12.	SpezDeb. GeschGr.VI	Hausner Lauscher	N Nesset	Dipl.-Ing. Hauschka Dipl.-Ing. DDr.Strunz Ing.Lust Dkfm.DDr. Prutscher	Dipl.-Ing. Witzmann Helene Potetz
Lakowitsch Fr.13.12.	SpezDeb. GeschGr.VII	Hausner	Nesset	Bolaffio Walzer Josef Bauer Ing.Lust	Billmaier Herbert Mayr Binder
Koci Sa.14.12.	SpezDeb. GeschGr.VIII	Maller	Peter	Dkfm.Dr. Ebert Dipl.-Ing. Blaschka Dipl.-Ing. DDr.Strunz Walzer	Hans Mayr Schreiner

./.

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet			
		KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Glaserer Mo.16.12.	SpezDeb. GeschGr.IX	Hausner Maller	Dr.Schmidt	Wagner Dr.Helene Stürzer Hahn	Windisch Dr.Bohmann
Bauer Di.17.12..	SpezDeb. GeschGr.X	Lauscher	Peter	Haim Dr.Weninger Krobot Dipl.-Ing. Dr.Hengl	Jodlbauer Maria Hirschler Binder
Sigmund Mi.18.12.	SpezDeb. GeschGr.XI	Hausner	Nesset	Kowarsch Wagner Dr.Habl Bittner	Nimmer- richter Srp
Schwaiger Do.19.12.	SpezDeb. GeschGr.XII	Maller	Peter	Kabesch Kowarsch Haag	Adelpoller Maria Hirschler Liwanec

Die Reihenfolge der Redner bestimmt der Vorsitzende.

\- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

6. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute der Wiener Gemeinderat zusammen. Es lag ein Antrag der SPÖ vor, betreffend "Benützung der dritten Donaubrücke und der neuen Straßenbrücke zwischen Gürtel und der Adalbert Stifter-Straße für ein öffentliches Verkehrsmittel".

Vorschüsse für die städtischen Bediensteten

Ohne Debatte wurde vom Gemeinderat ein Antrag angenommen, an die städtischen Bediensteten für den Monat Jänner 1964 Vorschüsse auf die Bezüge zu gewähren, wie sie nach der 23. Dienstrechtnovelle zu erwarten sind.

Die Abwicklung der Budgetdebatte

Zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1964 teilte Bürgermeister Jonas folgendes mit: Wie in den letzten Jahren wird zuerst die Generaldebatte verbunden mit der Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II (Finanzwesen) durchgeführt und anschließend über die Ansätze der Gruppe II abgestimmt.

Morgen, Samstag, wird über die Geschäftsgruppe I (Personalwesen) verhandelt. In weiterer Folge werden die Geschäftsgruppen III bis XI jede als eigene Beratungsgruppe behandelt. Nach der Beschlußfassung über die Ansätze der Gruppe XI wird über Bilanz und Bedeckung abgestimmt werden. Im Anschluß an den Voranschlag der Hoheitsverwaltung werden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen beraten.

Generaldebatte und Spezialdebatte II

Hierauf leitete der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) die Beratungen über das Budget 1964 ein. In seinem Referat führte der Vizebürgermeister aus, daß er heute das siebente Mal die Ehre habe, dem Gemeinderat den Voranschlag für das kommende Jahr zu unterbreiten. Das Budget lag wie jedes Jahr den Vorschriften entsprechend zur öffentlichen Einsicht auf, und zwar heuer vom 28. November bis 5. Dezember.

./.

39 Wiener prüften das Budget

Von dem Recht zur Einsichtnahme in den Voranschlag haben 39 "Gemeindemitglieder" Gebrauch gemacht, und zwar 29 Männer und zehn Frauen. 25 von ihnen haben sogenannte Erinnerungen abgegeben. Nach Berufen gegliedert waren es 18 Arbeiter und Angestellte, zwei Selbständige, ein Angehöriger freier Berufe, 16 Pensionisten, ein Student und ein Wiener ohne Berufsangabe.

Zur Gruppe I (Personal) wurde eine Erinnerung über den Ausbau von zwei Magistratsabteilungen abgegeben.

Gruppe II (Finanzen) zwei Erinnerungen für die Finanzverwaltung. In einer wird dabei Kritik an der Einrichtung der öffentlichen Einsicht in den Budgetentwurf geübt. Es sei kaum eine wirkliche Kontrolle des Budgets möglich. Natürlich ist es schwierig, betonte der Vizebürgermeister, einen Voranschlag in kurzer Zeit so zu überprüfen, daß man wirklich die Zusammenhänge erkennen kann. Das ist aber mit der "öffentlichen Einsicht" nicht beabsichtigt Die Auflegung soll vielmehr die Möglichkeit geben, das herauszusuchen, was für den Betreffenden interessant ist.

Zur Gruppe III (Kultur) wurden zehn Erinnerungen abgegeben. Drei über Kinderspielplätze, vier über den Bau von Schulen, eine über die bessere Qualität der Lehrmittel, eine über die Errichtung von Heimschulen und eine über die Schaffung einer Filmstelle im Kulturamt der Stadt Wien.

Gruppe IV (Wohlfahrtswesen) zwölf Erinnerungen, und zwar neun über die Errichtung von Kindergärten und Jugendhorten, eine über die Pensionistenklubs, eine über den Ausbau der Heimhilfe und eine über besseren Jugendschutz.

Gruppe V (Gesundheitswesen) sechs Erinnerungen, und zwar eine über den Ausbau der Krebsbekämpfung, eine über den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, drei über Spitalsbauten und eine zur Lärmbekämpfung.

Gruppe VI (Bauwesen) acht Erinnerungen, und zwar drei über die Schaffung von Parkanlagen, fünf über den Bau von Straßen und Gehsteigen, drei über Verkehrsbauten, eine über die Beseitigung eines Ölteiches, eine über die Aufstellung eines Generalverkehrsplanes, eine über die Sanierung der Alten Donau, eine über die Planierung einer Schottergrube, zwei über Umwidmungen und eine über die Einrichtung von Lagerwiesen.

./.

Gruppe VII (Baubehörde) elf Erinnerungen, und zwar eine über den Stadlauer Friedhof, vier über die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, drei über automatische Lichtsignalanlagen, eine über öffentliche Uhren, eine über Fahrverbote für bestimmte Wege, eine über Verkehrsregelungsfragen.

Gruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) acht Erinnerungen, und zwar eine über die Verbesserung der Schneeräumung, eine über die Errichtung eines Pumpwerkes, eine über die Errichtung einer Sauna, eine über die Herstellung von Kanalanschlüssen, eine über die Keimfreimachung des Trinkwassers, eine über den Anschluß an das Wasserleitungsnetz, eine über die Ausbaggerung der Eßlinger Furt und Schaffung eines Badeplatzes, eine über die Anbringung von Straßentafeln.

Gruppe IX (Wohnungswesen) sieben Erinnerungen, und zwar zwei über die Wohnungsvergebung, eine über Ersatzwohnungen für Delogierte, zwei waren persönliche Wohnungsansuchen, eine über Wohnungen für junge Ehepaare und eine über die Einweisung in leerstehende Wohnungen.

Gruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) drei Erinnerungen, und zwar eine über die Errichtung von Märkten, eine über die Aufstellung von Milchautomaten, und eine über die Umgehung der veterinäramtlichen Untersuchung bei Schlachtvieh.

Gruppe XI (Allgemeine Verwaltung) drei Erinnerungen, und zwar über die Übernahme der Freihofsiedlung in die Verwaltung der Stadt Wien, über eine Antwort über eine abgegebene Erinnerung, und über die Namensgebung für städtische Bauten.

Gruppe XII (Unternehmungen) 18 Erinnerungen, und zwar neun über den Ausbau von Straßenbahn und Autobus, drei über die Errichtung neuer Autobuslinien, drei über die Erweiterung des Schnellbahnnetzes, eine über Zonengrenzen, eine über die Entgiftung von Leuchtgas und eine über die Errichtung von Wartehäuschen.

Vizebürgermeister Slavik bezeichnete es als erfreulich, daß ein großer Teil der Erinnerungen sich mit Wünschen beschäftigt, die schon im Voranschlag 1964 zur Erfüllung vorgesehen sind. Er stellte dann den formellen Antrag, daß die Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen beziehungsweise den Stadträten zur Behandlung zugewiesen werden mögen.

./.

Wiens Optimismus war gerechtfertigt

Vizebürgermeister Slavik schilderte dann den Werdegang der Budgeterstellung. Die Beratungen haben fünf Monate gedauert. Alle Dienststellen und alle Bezirke haben zuerst ihre Wünsche bekannt. gegeben. Diese Wünsche wurden auf die technische Durchführbarkeit geprüft und dabei auch auf die gerechte Verteilung der Gelder auf ganz Wien Rücksicht genommen. Auch wurde die Verteilung der Gelder in sachlicher und fachlicher Hinsicht erwogen. Die Erfüllung aller Wünsche hätte ein Defizit von eineinhalb Milliarden ergeben, sodaß noch einmal auf Beamtenebene das Budget geprüft und der Rahmen festgelegt wurde. Die Schlußbesprechungen wurden mit den Stadträten geführt und mit ihnen gemeinsam der Rahmen jeder Geschäftsgruppe festgelegt.

Vizebürgermeister Slavik dankte in diesem Zusammenhang allen Mitarbeitern am Budget und den Mitgliedern des Stadtsenates. So wie bisher ist es gelungen ohne Lärm und damit ohne Beunruhigung der Bevölkerung viele Probleme zu lösen. Er halte dies, sagte der Vizebürgermeister, für eine gute Methode.

Überlegt man sich die Ausgangsbasis, dann kommt man zu einigen sehr erfreulichen Feststellungen. Vor einem Jahr gab es in Österreich eine außerordentlich pessimistische Stimmung hinsichtlich der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung. Überall hörte man damals, daß die Aufträge weiter zurückgehen, die Beschäftigtenzahl nicht aufrecht erhalten werden könne und man werde daher Einschränkungen machen müssen. Kurz, es war ein düsteres Bild. In den Chor der Pessimisten hat der Wiener Gemeinderat nicht mit eingestimmt. Wir haben bei der Aufstellung des Budgets für 1963 wieder mit einer Vollbeschäftigung gerechnet. Obwohl es ein harter und schwerer Winter war, und sich dadurch das Anlaufen der wirtschaftlichen Tätigkeit verspätete, konnten wir von Quartal zu Quartal feststellen, daß sich die Wirtschaft im Laufe des Jahres erholt hatte und neue Rekorde in der Beschäftigtenzahl erreicht wurden. Wir und die ganze Wiener Bevölkerung dürfen sich freuen, daß nicht die Pessimisten recht behalten haben, sondern unsere Schätzungen richtig gewesen sind. Der Beschäftigtenstand liegt wieder um 6.000 höher als im Vorjahr. Allein in der Privatwirtschaft und den gemeinwirtschaftlichen Be-

./.

trieben wurden 40 Milliarden Schilling investiert. Damit wurde eine weitere Steigerung der Produktion und der Produktivität erreicht. So dürfen wir auch für das kommende Jahr wieder optimistisch sein. Wir stehen diesmal nicht allein in dieser optimistischen Einschätzung.

Noch etwas hat die Aufstellung des Budgets erleichtert. Diesmal war auch das Bundesbudget fertig! Wir haben damit Klarheit gewonnen über die Belastungen, die uns aus dem Bundesbudget treffen, aber auch Klarheit darüber, was aus dem Bundesbudget für die Länder und Gemeinden zu erwarten ist. Es gibt diesmal kein Notopfer. Wir kennen die Entwicklung der Personallasten im kommenden Jahr und konnten daher schon in unserem Budget auf die Entwicklung Rücksicht nehmen. Wir wissen auch, wie sich die Fondsmittel aus der Landeswohnbauförderung und aus dem Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds entwickeln werden, wir wissen was der Bund in Wien tun wird, wir kennen die Investitionen der Bundesbahn.

Vizebürgermeister Slavik entwarf dann ein Bild von der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Die Zahl der Beschäftigten betrug im vergangenen Jahr 2,394.000. In diesem Jahr wurde mit 2,400.388 die höchste Beschäftigtenzahl seit dem Bestehen unserer Republik erreicht.

Eine unerfreuliche Erscheinung auf dem Investitionssektor ist die Entwicklung des Baukostenindex. Er stand im vergangenen Jahr auf 1.202 und steht heuer auf 1.292. Diese Preiserhöhungen müssen uns selbstverständlich belasten.

Ein anderes Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung: das Bruttonationalprodukt ist in den Jahren 1958 bis 1962 von 136 Milliarden auf 186 Milliarden gestiegen, also um 37 Prozent. Das Volkseinkommen ist von 106 Milliarden auf 142,8 Milliarden gestiegen, um 34 Prozent.

Und nun die Wiener Beschäftigtenzahlen, jeweils im Oktober, sie betrugen 746.887 im Jahr 1958 und 782.236 im Jahr 1962.

Zum Vergleich noch die Wiener Voranschlagssummenentwicklung von 1958 bis 1962: 1958 betrug die Budgetsumme 4,4 Miliarden, 1964 ist der Ausgabenrahmen mit 7.585,000.000 Schilling festgesetzt. Die Steigerung beträgt also 3.185 Millionen Schilling. Die Entwicklung der Einnahmenseite hält mit den Ausgaben Schritt. Der Abgang für 1964 beträgt nur 2,7 Prozent der gesamten Ausgaben; auch das ist ein neuer Rekord.

Von 1958 bis 1962 wurden 28 Milliarden Schilling eingenommen. Die Rücklagen betrugen Ende 1962 738 Millionen, das heißt also, daß von 28 Milliarden Einnahmen rund 27,9 Milliarden wieder ausgegeben wurden. Viel genauer wird man kaum mehr die wirtschaftliche Entwicklung abschätzen können. Dies zeigt jedenfalls, wie genau der Gemeinderat seiner Verpflichtung nachkommt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wie günstig sich die Arbeit der Stadtverwaltung auch auf die Wiener Wirtschaft ausgewirkt hat, zeigt die geringe Zahl an Arbeitslosen. Hatten wir im Jahre 1958 in Wien 28.460 Arbeitslose, so gab es im Jahre 1963 bei einem neuen Beschäftigtenrekord nur mehr 12.118. Wir haben damit einen hohen Grad der Vollbeschäftigung erreicht, was für die gesamte Bevölkerung außerordentlich erfreulich ist. Es ist nun die Aufgabe der Stadtverwaltung, für diese seit einigen Jahren so günstige wirtschaftliche Entwicklung auch im Budget des Jahres 1964 die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir haben das Glück, in einer schönen Zeit zu leben, in der man unerhört viel leisten kann für die Gegenwart und für die Zukunft. Wir haben durch die Konjunktur die Möglichkeit der hohen Einnahmen und damit der starken Investitionen. Wir können große Leistungen vollbringen, wie sie in der Geschichte Wiens erst zweimal möglich waren, nämlich bei der Schleifung der Glacis und bei der Verlegung der Gasrohre. Auch damals mußten alle Straßen aufgerissen werden. Diese starke Investitionstätigkeit ist aber auch mit Schwierigkeiten verbunden. Wenn gearbeitet wird, wird es aber immer Schwierigkeiten geben. Wenn wir Straßen bauen, wird es Aufgrabungen geben und wenn wir Häuser bauen, wird es Baustellen mit Straßenengen geben. Aber wir alle sollen uns darüber freuen, daß wir viel arbeiten können zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bevölkerung. (Allgemeiner Beifall.) Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und wir sollen zur Kenntnis nehmen, daß auch eine Vollbeschäftigung ihre Probleme hat, die aber weitaus weniger traurig sind, als jene, die durch Arbeitslosigkeit verursacht werden. Wir haben uns 1959 ein Programm gestellt und an seiner Erfüllung erfolgreich gearbeitet. Das Jahr 1964 ist für uns das letzte Jahr der Bewährung in dieser Periode und dann haben sich die bisherigen Mandatare wieder den Wählern zu stellen, die sie bestätigen oder ablehnen können.

./.

Die Wähler werden zu prüfen haben, ob der Wiener Gemeinderat seine Aufgaben erfüllt hat oder nur Versprechungen abgab, die er nicht einhielt. Wenn wir die vergangenen vier Jahre betrachten und die Ansätze des Budgets 1964 mitberücksichtigen, kann man mit ruhigem Gewissen der Wiener Bevölkerung entgegentreten und sagen, daß alles, was im Jahre 1959 versprochen wurde, mit dem Ablauf der Legislaturperiode seine Erfüllung gefunden haben wird. (Allgemeiner Beifall.) Bis jetzt sind bereits 80 Prozent des Vorhabens erfüllt, es wurden aber darüber hinaus noch viele Leistungen erbracht, die sich erst im Laufe dieser vier Jahre als notwendig erwiesen haben. Bei manchem dieser Probleme mußten erst große technische Schwierigkeiten überwunden werden. Bei allem Optimismus während der vergangenen Jahre waren wir bei der Erstellung des Voranschlages immer lieber etwas pessimistisch, haben Vorsicht walten lassen und immer eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben gelassen. Viele Aufgaben erstrecken sich natürlich über viele Jahre, manche sogar über Jahrzehnte, sodaß sie erst der kommenden Generation zugute kommen werden. Man sollte daher gerade den jungen Menschen immer wieder vor Augen halten, daß gerade sie keinen Grund zum Raunzen hätten, denn alle Maßnahmen, die heute gewisse Behinderungen verursachen, werden eben erst diesen jungen Leuten im besonderen zugute kommen.

Zu den großen Problemen, deren Lösung sich auf Jahrzehnte erstreckt, gehört die ständige Sorge um unser Wasser. Wir freuen uns, daß es gelungen ist, zumindest in einem Werk einen entscheidenden Fortschritt zu erzielen, nämlich daß dem Wasserwerk Lobau Wasser entnommen werden darf. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieses Wasser zu den Verbrauchern gebracht werden kann. Die Finanzverwaltung ist bereit mitzuhelfen, daß diese Arbeiten so rasch als möglich durchgeführt werden können.

Zu den ständigen Aufgaben gehört auch der Ausbau des Straßennetzes und der Brücken. Hier sind wir mitten in der Arbeit. Es ist nicht abzuschätzen, wann dieses Problem zum Stillstand kommen wird. Die derzeitige Entwicklung auf dem Verkehrssektor wird immer neue Forderungen an uns herantragen. Der Straßenbau erfordert aber auch viele andere Umstellungen. Noch nicht gelöst ist zum Beispiel in diesem Zusammenhang das Problem des Naschmarktes.

./.

Großes Augenmerk muß auch der Entwicklung der Stadtwerke zugewendet werden. Die Anforderungen sowohl an die Gas- als auch an die E-Werke werden immer größer. Auch die Verkehrsbetriebe müssen leistungsfähiger gestaltet werden. Das erfordert viele Mittel, viel technisches Können und Wissen. Wir haben bereits einen Investitionsplan mit 1.250 Millionen Schilling und ein Schienenbremsenprogramm mit 450 Millionen Schilling durchgeführt und schon wieder stehen wir vor neuen Aufgaben auf diesem Sektor. Wir haben das Problem des absoluten Hochwasserschutzes zu lösen und für die Modernisierung und den Ausbau unserer Spitäler zu sorgen. Das Schulmodernisierungs- und Renovierungsprogramm soll 1964 zum Abschluß kommen. An der Spitze des Schwerpunktprogrammes steht natürlich der Wohnungsbau. Wien hat auf diesem Gebiet sein eigenes Problem, das nicht im direkten Mangel an Wohnungen liegt, sondern in der Qualität der Wohnungen. Wir haben aus der Vergangenheit als Erbe hunderttausende Wohnungen übernommen, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Es gibt in Wien rund 215.000 Wohnungen, die aus der Zeit vor 1916 stammen. Wir müssen also trachten, so rasch als möglich Ersatz für diese ungesunden veralteten Wohnungen zu schaffen. Hier wäre nicht damit gedient eine Mietzinserhöhung durchzuführen. Es geht vielmehr darum, neuen Wohnraum anstelle des alten zu schaffen. Zur Forcierung des Wohnungsbaues hat die Gemeinde Wien vor einigen Jahren mit dem Montagebau begonnen, dessen Vorteile uns jetzt erst nach der Lösung vieler technischer Schwierigkeiten zugute kommen werden. Im kommenden Jahr ist der Bau von 5.000 Gemeindewohnungen geplant, 1.000 davon sollen Montagebauwohnungen sein. Gefördert wird der Bau von 4.500 Wohnungen, sodaß mit einem Aufwand von mehr als einer Milliarde Schilling 5.000 Wohnungen gebaut und 4.500 Wohnungen gefördert werden. (Allgemeiner Beifall.) Es wird jedoch auch noch eine große Zahl von Wohnungen dazu kommen, deren Bau durch die neue Wiener Wohnbauaktion gefördert wurde. Die Gemeindeverwaltung wird immer Wege suchen, alles für den Wohnungsbau zu tun, denn jede Wohnung, die in Wien gebaut wird, wird dazu beitragen, eine Familie glücklicher zu machen. Je mehr glückliche Familien es aber in Wien gibt, umso mehr Zufriedenheit werden wir bei unserer Bevölkerung finden.

./.

Mehr als 300 Millionen Schilling sind für den Verkehr, Straßen- und Brückenbau vorgesehen. Ein Betrag,der sich beim Verkehr günstig auswirkt, der aber natürlich auch zu Aufgrabungen und Umleitungen führt.

Auch beim Spitalsbau haben wir es mit einem Programm zu tun, das sich über viele Jahre erstreckt. Endlich rührt sich auch beim Allgemeinen Krankenhaus etwas. Ein Teil der alten Objekte wird bereits weggerissen und im kommenden Jahr wird mit dem Bau von 700 Schwesternwohnungen begonnen werden können. Bis jetzt haben Bund und Gemeinde mehr als 200 Millionen bereitgestellt. Im Wilhelminenspital ist der Neubau mit 560 Betten fast fertig. Es ist daran gedacht, einen weiteren Bau mit mehr als 100 Betten zu errichten. Geplant ist, die Rudolfstiftung neu zu bauen und verschiedene Erweiterungsbauten in anderen Spitälern vorzunehmen.

1964 wird die Wiener Internationale Gartenschau veranstaltet werden. Man rechnet mit Kosten von rund 190 Millionen Schilling. Diese Kosten und der Wert der Veranstaltung wurden bereits verschiedentlich kritisiert. Diese Kritik wäre vielleicht am Platze, hätte die Stadtverwaltung die WIG nur allein der Veranstaltung wegen beschlossen. Wir hatten aber in diesem Gebiet eine Müllablagerungsstätte, die irgendwie planiert werden mußte. Auf abgelagertem Müll kann man jedoch keine Bauten errichten. Es war also selbstverständlich, daß dort eine Parkanlage entstehen mußte. Dies hat man dann gleich dazu benutzt, um dem langen Drängen, eine internationale Gartenbauausstellung auch in Wien durchzuführen, nachzugeben. Wir müssen daher von den Kosten,die uns die WIG verursacht, jenen Betrag in Abzug bringen, den wir für die Errichtung einer Parkanlage auf diesem Platz gebraucht hätten. Außerdem wird die WIG auch Einnahmen erzielen, die mit 20 bis 30 Millionen geschätzt werden. Darüber hinaus wird sie nicht nur für die Wiener sondern auch für viele Fremde ein Anziehungspunkt sein. Wenn also nur 100.000 Fremde wegen der Gartenbauausstellung nach Wien kommen und pro Kopf 2.000 Schilling für ihren Aufenthalt ausgeben, werden za 200 Millionen Schilling hereinkommen, von denen die Gemeinde rund 70 Millionen Schilling an Steuereinnahmen erhält. Bei all diesen Überlegungen kommt man darauf, daß die Mittel für die WIG gar nicht so hoch sind. Der Donauturm selbst wird nicht von der Stadtverwaltung gebaut, sondern von einer Gesellschaft, die der

./.

Gemeinde jährlich etwa 140.000 Schilling Zins für das Grundstück, auf dem der Turm errichtet wird, bezahlt. Eine ständige Sorge ist natürlich die, daß wir für alle diese Vorhaben viel Boden brauchen.

Zur Frage der Bodenbeschaffung rügt Vizebürgermeister Slavik mit aller Schärfe die Tatsache, daß es noch immer kein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in Österreich gibt. Diese Tatsache sei ein Skandal! Dieser Zustand schaffe die besten Voraussetzungen für ungeheure Spekulationsgewinne. Was bereits von In- und Ausländern durch Bodenspekulationen an Gewinnen erzielt wurde, sei ungeheuerlich. Daß es bisher noch immer nicht gelungen sei, diesen Zustand abzuschaffen, gereiche Österreich nicht zur Ehre. Umso mehr sehe sich die Stadtverwaltung verpflichtet, trotz allen Einwendungen alljährlich neue Mittel für die Bodenbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Für das nächste Jahr seien dafür 180 Millionen vorgesehen.

Zum Kapitel Fürsorge erklärte der Vizebürgermeister, daß von Jahr zu Jahr die Schaffung zusätzlicher Kindergärten, Altersheime usw. notwendig sei. Damit würden naturgemäß auch die Ausgaben immer größer. Er sei jedoch der Meinung: Wenn es uns immer besser geht, dann soll es auch unseren Alten und Befürsorgten immer besser gehen. Daher sei es notwendig, einen möglichst großen Teil unserer Einnahmen für die Fürsorge aufzuwenden.

Dies bedinge, so fährt der Berichterstatter fort, eine einfache Verwaltung. Aus dieser Überlegung heraus habe er eine Untersuchung darüber durchführen lassen, wie viel wir für die Verwaltung ausgeben. Die Ergebnisse hätten gezeigt, daß bei einem Gesamtaufwand von 11.1 Milliarden Schilling (einschließlich Stadtwerke) nur 586,2 Millionen für Verwaltungsangelegenheiten ausgegeben werden; das seien lediglich 5,3 Prozent. Alle Kritiker und alle jene Personen, die sich immer wieder über angeblich hohe Verwaltungsausgaben aufregen, seien hiemit eingeladen, in ihren eigenen Unternehmen solche Untersuchungen anzustellen. Und nur wenn die Verwaltungskosten in ihren Betrieben weniger als 5.3 Prozent ausmachen, hätten sie das Recht, die Stadtverwaltung auf diesem Gebiet anzugreifen.

Bei der Vereinfachung der Verwaltung könne natürlich nirgendwo auf der Welt der Idealzustand erreicht werden. Wenn immer wieder gesagt werde, daß es unter den rund 53.000 Beschäftigten in der

./.

Hoheitsverwaltung und in den Stadtwerken zahlreiche Personen gäbe, die wenig oder gar nichts arbeiten, dann könne dazu nur gesagt werden, daß in Wahrheit weit über 90 Prozent aller städtischen Bediensteten ihre Aufgaben ausgezeichnet und vorbildlich erfüllen. Anders wäre es gar nicht denkbar, daß wir weit unter den durchschnittlichen Personalkosten aller anderen Verwaltungen liegen.

Im Budget 1964 zeige sich gegenüber jenem des vergangenen Jahres eine leichte Verschiebung, die darauf zurückzuführen sei, daß im Voranschlag für 1964 bereits die letzten Lohnerhöhungen enthalten seien. Für Investitionen in der Stadtverwaltung und den Stadtwerken seien im Budgetvoranschlag 1964 3.6 Milliarden Schilling vorgesehen. Dies stelle einen weiteren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung dar. Im folgenden führt Slavik die wichtigsten Ziffern aus dem Voranschlag für 1964 an:

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung rechnet mit Einnahmen von 7.3 Milliarden Schilling und Ausgaben von 7.5 Milliarden Schilling.

Bei den Einnahmen erwartet man 2.7 Milliarden Schilling (37.3 Prozent) aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, 1.5 Milliarden (21.6 Prozent) aus den städtischen Steuern und Abgaben, 926 Millionen (12.7 Prozent) aus den Verwaltungsabgaben, Verbrauchsgebühren usw., 1.4 Milliarden (19.2 Prozent) aus verschiedenen Einnahmen, 673 Millionen (9.2 Prozent) aus Wertdurchführungen, die kassenmäßig unwirksam sind. Dazu kommen noch weiterzugebende Darlehen mit 60 Millionen Schilling für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, die schon zugesagt wurden und jetzt realisiert werden müssen. Es werde jedoch notwendig sein, für die Wiener Stadtwerke auch im kommenden Jahr weiter Vorsorge zu treffen.

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 1963 beträgt: 6.6 Prozent bei den Ertragsanteilen, 3.7 Prozent bei den städtischen Steuern und Abgaben, 11.5 Prozent bei den Verwaltungsabgaben, Verwaltungsgebühren usw., 9.7 Prozent bei den verschiedenen Einnahmen und zehn Prozent bei den Wertdurchführungen.

Bei den Ausgaben wird der Personalaufwand 2.2 Milliarden Schilling (30 Prozent gegenüber 28.7 Prozent im Voranschlag 1963) ausmachen. Der Sachaufwand steigt von 2.4 Milliarden auf 2.5 Milliarden Schilling (34.3 Prozent gegenüber 34.8 Prozent). Für

./.

Investitionen sind 2.1 Milliarden Schilling (28.4 Prozent) vorgesehen, gegenüber 2.1 Milliarden (30 Prozent) im Voranschlag 1963. Die Darlehen steigen von 459 auf 547 Millionen Schilling (von 6,5 auf 7.3 Prozent).

Bei den eigenen Einnahmen werden folgende Steigerungen erwartet: Bei der Gewerbesteuer von 730 auf 750 Millionen, bei der Lohnsummensteuer von 330 auf 350 Millionen, bei der Vergnügungssteuer von 71 auf 75 Millionen, bei der Getränke- und Gefrorenessteuer von 159 auf 164 Millionen, bei der Anzeigenabgabe von 45 auf 50 Millionen, bei der Ankündigungsabgabe von 15 auf 20 Millionen usw.

Im Rahmen der Gebühren und sonstigen Einnahmen sind bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten 492,7 Millionen Schilling eingesetzt. Dieser Betrag sei deshalb höher, weil mit der Sozialversicherung eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach der Ersatz von Verpflegskosten von 86 auf 94 Schilling steigt. Dementsprechend wurden auch die Gebühren bei den Krankenanstalten verändert.

Für das Baugewerbe und Baunebengewerbe werden 2.7 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Das ist gegenüber dem Vorjahr (2.5 Milliarden Schilling) eine nicht unbeträchtliche Steigerung. Für den Wohnhausneubau sind 821 Millionen Schilling und für sonstige einmalige Bauvorhaben 1.026 Milliarden Schilling vorgesehen.

Bei der Verwaltungsgruppe II (Finanzen) sind vorgesehen: für Darlehen und Betriebskredite 68 Millionen Schilling, für Beteiligungen 33,5 Millionen, für zinsenfreie Instandhaltungsdarlehen 130 Millionen, für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 249 Millionen, für sonstige Wohnbauförderungsdarlehen 140 Millionen, für den Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen 2 Millionen, für Darlehen zur Aufschließung von Industriegelände 9,9 Millionen, für Subventionen rund 15 Millionen.

Wie Vizebürgermeister Slavik ferner feststellt, wird die Gemeinde Wien natürlich auch die Förderungsmaßnahmen für das Gewerbe fortsetzen. Dazu stehen wieder die verschiedensten Gewerbeförderungskredite zur Verfügung. Sie ermöglichen Gewerbe und Industrie die Durchführung zahlreicher Investitionen.

Hierauf stellt Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge und erklärt abschließend:

"Wir haben uns bemüht, den Voranschlagsentwurf 1964 so zu gestalten, daß wir allen an uns herangetragenen Aufgaben und Pro-

./.

blemengerecht werden. Wir haben uns bemüht, den Voranschlagsentwurf 1964 so zu gestalten, daß er gleichzeitig auch wieder eine wesentliche Unterstützung von Industrie, Gewerbe und Handel in unserer Stadt mit sich bringen wird. Wir haben ihn so gestaltet, daß wir einen Beitrag leisten für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in unserer Stadt und gleichzeitig einen Beitrag für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich.

Wir haben den Voranschlagsentwurf 1964 so gestaltet, daß wir wieder einen Schritt weitergehen können im Aufbau und im Ausbau unserer geliebten Heimatstadt Wien. Ich hoffe, daß uns die Durchführung des Voranschlagsentwurfes und die Durchführung der Investitionen, die uns mit dem Voranschlagsentwurf 1964 gewährleistet und gesichert sind, einen Schritt weiterbringt bei der Verschönerung unserer Stadt und auf dem Weg, unsere Stadt immer schöner zu machen, damit sie für alle Wienerinnen und Wiener die Möglichkeit bietet, in ihr ein schönes und glückliches Leben zu führen! (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Generaldebatte

Als erster Redner in der folgenden General- und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II spricht Gemeinderat Lauscher (KLS).

Er kritisiert, daß die Budgetsumme wieder höher sei, aber keine höheren Leistungen erwartet werden könnten. Das Budget sei ein Beweis dafür, daß der Schilling wieder kleiner geworden sei.

./.

Vor allem seien in dem Voranschlag keine Bestrebungen sichtbar, mehr Gemeindebauten zu errichten. Wenn es im Jahr 1957 trotz dem auch damals herrschenden Bauarbeitermangel möglich war, 6.081 Gemeindewohnungen fertigzustellen, müßte es doch jetzt möglich sein, 6.000 Wohnungen nach der herkömmlichen Bauweise und 1.000 Wohnungen nach der Fertigteilbauweise zu schaffen. Im Voranschlag würden jedoch insgesamt nur 5.000 Wohnungen versprochen - und ob diese 5.000 auch fertiggestellt werden können, sei ebenfalls fraglich. Nach Schätzungen seiner Fraktion, so erklärt der Debattenredner, werden lediglich 3.200 Wohnungen fertiggestellt werden können.

Die Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau bezeichnet GR. Lauscher als recht ungünstig, da sie nicht allen jenen zugute kämen, für die sie gedacht seien. Problem Nummer eins auf dem Wohnungssektor seien die jungen Ehepaare, von denen fast zwei Drittel unter menschenunwürdigen Umständen hausen. Nur 17 Prozent von ihnen hätten bisher eine Gemeindewohnung erhalten. Die Einkommensverhältnisse dieser jungen Leute ließen es nicht zu, sich bei der Beschaffung einer Wohnung dem genossenschaftlichen Sektor oder dem Eigentumssektor zuzuwenden. Gerade diese Leute seien daher auf die Gemeindewohnungen angewiesen. Aus diesem Grund erhebe seine Fraktion erneut die Forderung nach einer Kreditaktion zur Wohnungsbeschaffung für junge Eheleute. Bisher sei diese wiederholt vorgetragene Forderung jedoch stets abgelehnt worden. Wenn dem Gastgewerbe zinsenfreie Kredite eingeräumt werden könnten, dann müßte dies auch für junge Eheleute zur Beschaffung von Wohnungen möglich sein.

Ferner fordert GR. Lauscher wirksame Maßnahmen gegen den Wohnungsschacher, die sogenannten Wohnungsablösen und andere Mißstände auf dem Wohnungssektor.

Auch bei der Lösung der Verkehrsprobleme habe die Rathausmehrheit zu wenig getan. Die Straßenbahnen seien noch nicht ausreichend mit Schienenbremsen ausgestattet und die Probleme der Verkehrsstoßzeiten seien ungelöst. Obwohl die Verkürzung der Schnellbahnintervalle von 15 auf siebeneinhalb Minuten als notwendig bezeichnet worden ist, konnte sie aus Mangel an Zugsgarnituren noch nicht durchgeführt werden. Auch der Ausbau des Eisenbahnnetzes, insbesondere die Einbeziehung der Vorortelinie

-/-

und Ländebahn sei noch nicht durchgeführt. Auf eine Anfrage bezüglich der Schnellbahn sei der KLS-Fraktion die Antwort zuteil geworden, daß noch umfangreiche Studien dazu nötig seien. Derzeit liege jedoch noch nicht einmal ein Zwischenbericht vor. Eine ähnliche Antwort habe die Fraktion schon 1962 erhalten. Der Redner stellte die Frage, warum die dringlichen Probleme solange im Stadium des Studiums verbleiben und kritisierte. das Zaudern und die Kleinlichkeit der Rathausmehrheit. Hinsichtlich der Teilung der Schnellbahneinnahmen zwischen Gemeindeverwaltung und den Österreichischen Bundesbahnen sei es auch nur bei einer Klage des Finanzreferenten geblieben. Im Jahre 1961 habe der Stadtplaner die Verlängerung der Stadtbahn bis Siebenhirten als derzeit dringlichstes Problem bezeichnet. Jedoch sei im Budgetansatz für 1964 hierfür nichts vorgesehen.

Eingehend auf das Verkehrskonzept der Wiener ÖVP, wie dieses in einer Pressekonferenz zum Ausdruck gekommen sei, führte der Redner aus, daß die meisten dieser ÖVP-Vorschläge von der KLS-Fraktion bereits in Antragsform eingebracht, seinerzeit aber auch von der ÖVP-Fraktion abgelehnt worden seien. Der Redner gab der Vermutung Ausdruck, daß die neuen Vorschläge der ÖVP im Hinblick auf das bevorstehende Gemeinderatswahljahr gemacht worden seien und der ÖVP jede Demagogie erlaubt erscheine.

Zur Situation der Wiener Stadtwerke wies der Redner auf die Abschöpfung von 60 Millionen Schilling an Gebrauchsgebühren durch die Hoheitsverwaltung hin. Jedoch sollten die Stadtwerke nicht isoliert betrachtet werden, da sie keinen Fremdkörper in der Gemeindeverwaltung darstellten.

Zum Grundsatz des Finanzreferenten, man müsse sich "nach der Decke strecken" sei zu sagen, daß eben eine größere Decke notwendig ist, da Wien als Bundeshaupt-, Kongreß- und Messestadt besondere Verpflichtungen habe und auch Opfer zugunsten finanzschwacher Gebietskörperschaften auf sich nehmen müsse.

Der Redner widersprach der Meinung des Finanzreferenten, daß es beim Finanzausgleich so zugehen müsse, daß, wenn einer mehr bekomme, der andere weniger erhalte. Die Situation müsse vielmehr im Gesamtrahmen der Staatsfinanzen betrachtet werden. Durch Subventionen und Stützungsfonds werden dem Gewerbe und der Industrie, besonders aber den Gutsbesitzern und Adeligen, große

./.

finanzielle Zuwendungen zuteil. Die Stadt Wien soll mehr bedacht auf die Abschöpfung der Gewinne und Übergewinne nehmen, wobei besonders der Grundstückwucher und der Wohnungsschacher, der den Hausherren ein jährliches unversteuertes Einkommen von 300 Millionen Schilling einbringe, ins Auge zu fassen sei.

Der Redner widerspricht dem Wunsch des Finanzreferenten, nach Verlängerung des Finanzausgleiches, weil durch diesen wirkliche Lösungen immer wieder hinausgeschoben werden müßten. Die Gemeindeverwaltung habe auf 40 Prozent aus den Gewerbesteuereingängen - das sind 500 Millionen Schilling - zugunsten des Bundes verzichtet, dafür aber nur kleine Vorteile eingehandelt. Das Notopfer jedoch muß vom Finanzminister abgebaut werden. Aus alledem zieht der Redner den Schluß, daß der Finanzausgleich derzeit für die Bundeshauptstadt Wien nicht günstig sei, und zitiert den Bürgermeister, der von einer Benachteiligung Wiens gesprochen habe.

Bürgermeister und Finanzreferent beklagen den Umstand, daß dem Bund enorme Beträge aus der Mineralölsteuer von Wiener Gemeindebürgern zufließen, während er nur für 15 Kilometer Bundesstraßen gegenüber 2.000 Kilometer Landesstraßen in Wien zu sorgen habe. Diese Schwierigkeit könne auch nicht dadurch behoben werden, daß der Bund einen größeren Anteil des Straßennetzes übernehme, weil er sich erfahrungsgemäß um die Erhaltung der Straßen zuwenig kümmere. Die Lösung liege vielmehr in einem erhöhten Anteil der Stadt Wien an den Einnahmen aus der Mineralölsteuer und dem Zuschlag zur Mineralölsteuer.

Der Redner richtete die Anfrage an den Finanzreferenten, wie hoch die Rücklagen der Gemeinde Wien zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien, da nur der Rücklagenstand von Ende 1962 genannt worden sei. Ferner fragte er an, wie hoch die Gesamtschul der Stadt Wien aus Anleihen und Kreditoperationen sei. Die diesbezüglichen Angaben werden wohl im Rechnungsabschluß aufscheinen, seien aber dann schon zeitlich überholt.

Jedenfalls bedürfe Wien einer stärkeren Unterstützung von Seiten des Bundes. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche sei eine andere Sprache gegenüber dem Bund und ein entschiedeneres Eintreten für die Interessen der Stadt Wien nötig.

./.

In diesem Zusammenhang zitiert der Redner auch einen Antrag der ÖVP-Fraktion im Wiener Gemeinderat beim letzten ÖVP-Bundesparteitag in Klagenfurt. In diesem sei nämlich ebenfalls eine intensivere Förderung der Stadt Wien durch den Bund verlangt worden. Dies sei hoffentlich nicht nur ein Alibiantrag der Wiener ÖVP gewesen. Der Finanzreferent sollte diese Stellungnahme der ÖVP-Fraktion dazu benützen, um die Forderungen der Stadtgemeinde Wien gegenüber dem Bund mit größerer Entschiedenheit zu vertreten.

Für die Bevölkerung Wiens ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Vollbeschäftigung und der Aufschwung der Wiener Wirtschaft gesichert werden. Hier gibt es jedoch gewisse Gefahren, die im Zusammenhang mit der EWG bestehen. Wenn Österreich ein Anhängsel der EWG werden sollte, würde Wien in eine extreme Randlage gedrängt, seine Wirtschaft würde stagnieren, unsere Stadt wäre zu einer zunehmenden Provinzialisierung und Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die große Chance Wiens liegt in seiner Brückenfunktion zwischen West und Ost, und das gilt sowohl in wirtschaftlicher wie auch kultureller und politischer Beziehung. Die Gemeinde Wien ist mit ihren Unternehmungen und ihrer Beteiligung an vielen bedeutenden Gesellschaften ein Wirtschaftsfaktor erster Ordnung. Sie kann daher zur Stärkung dieser Wirtschaft, zur Strukturverbesserung und damit zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der Erhöhung des Lebensstandards wesentlich beitragen. In krassem Widerspruch zu diesen Möglichkeiten und Verpflichtungen fördert jedoch die Gemeindeverwaltung durch die Erhöhung der Tarife und Gebühren die Teuerung, trägt sie dazu bei, daß gemischtwirtschaftliche Unternehmungen heruntergewirtschaftet werden, und nun soll sogar das gemeindeeigene blühende Unternehmen Gewista reprivatisiert werden.

Namens seiner Fraktion bringt er einen Resolutionsantrag ein, in dem der Wiener Gemeinderat aufgefordert wird, eine aus Mitgliedern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien bestehende Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, Vorschläge für eine Demokratisierung der Wiener Wahlordnung, für größere Betätigungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen sowie auch für ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Wiener Bevölkerung in wichtigen Fragen auszuarbeiten. Alle unsere Bemühungen um den wirtschafltichen, politischen und kulturellen Fortschritt, alle unsere Opfer für den Wiederaufbau unserer Stadt und unseres Landes wären in Frage gestellt,

./.

gelänge es nicht, die Politik der Entspannung und der Verständigung in der Welt zur Erhaltung und Sicherung des Friedens fortzusetzen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß hinter den vom Finanzreferenten angeführten Millionenbeträgen die gewaltige Arbeitskraft und die enorme finanzielle Leistungskraft der Wiener Bevölkerung steckt, die die Gemeindeverwaltung erst in die Lage versetzen, die von ihr geplanten Projekte durchzuführen. Die FPÖ-Gemeinderäte können allerdings den vom Finanzreferenten zur Schau getragenen Optimismus nicht teilen, daß die angestiegene Budgetsumme der Ausdruck einer gestiegenen Produktivität wäre. Ihrer Auffassung nach ist die Budgeterhöhung eher ein Zeichen der anhaltenden Kostensteigerung und der Geldverdünnung, denen nunmehr Rechnung getragen werden muß. Wenn die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer für 1964 nur mehr mit einem Plus von 20 Millionen gegenüber 90 bzw. 40 Millionen im heurigen Jahr angesetzt wurden, wenn der Ansatz bei der Grundsteuer lediglich ein Plus von vier Millionen gegenüber 30 Millionen im Jahre 1963 aufweist, dann tritt in dieser geringen Annahme der Steigerung eigentlich die ganze Skepsis des Finanzreferenten gegenüber der wirtschaftlichen Situation zutage, wenn er auch einen rosaroten Optimismus zu verbreiten suchte.

Die Ziffern der Einnahmenseite des Budgets erweisen, daß die Wirtschaftskraft Wiens, des wirtschaftlichen Schwerpunkts Österreichs, nicht im Steigen begriffen sei. Das dürfe einen aber nicht wundernehmen bei der konzeptlosen Wirtschaftspolitik, die der Bund betreibt, bei der Politik der vielen ungelösten Probleme, wie der schleichenden Inflation, des ungenügenden Wirtschaftswachstums, der Wohnungsnot, des Notzustandes unserer Wissenschaft und der Verschuldung des Staates. Wie sehr auch die Wiener Kommunalverwaltung unter dem Preisauftrieb leidet, kann man immer wieder in den Ausschußsitzungen erleben, wo zahlreiche Krediterhöhungen und Kreditüberschreitungen zur Kenntnis genommen werden müssen, die vom Berichterstatter mit dem stereotypen Satz kommentiert werden: "Infolge der und der Kostenerhöhungen hat sich diese und jene Überschreitung ergeben!"

./.

Es ist daher auch kein Zufall, wenn die Kosten für den Wohnungsbau um 70 Millionen höher angenommen werden als 1963, die Zahl der geplanten Wohnungen jedoch die gleiche bleibt. Das Wiener Budget zeigt durch Teuerung aufgeblähte Ansätze, und die erwartete Kostensteigerung ist bereits einkalkuliert, auf dem Wohnungssektor etwa im Ausmaß von 13 Prozent.

Mit dem Teuerungsbudget des Bundes für 1964 ist unser Voranschlag durch den Finanzausgleich auf das engste verbunden. Der Redner wendet sich deshalb gegen die Abhängigkeit des Gemeindebudgets von der Finanzpolitik des Bundes. Im Vorjahr, so erinnert er, mußten die Länder und Gemeinden die Finanzpleite des Bundes durch das Notopfer egalisieren. Auf Wien entfielen damals 109 Millionen Schilling.

Aber auch die Rathauskoalititon hat nichts getan um den Preisauftrieb zu dämpfen. Im Gegenteil, die Gemeinde ist in vielen Fällen sogar Schrittmacher auf diesem Gebiet gewesen. Der Redner erinnert an die Erhöhung der Kanalgebühren oder in jüngster Zeit an die Erhöhung der Kindergartenbeiträge.

GR. Dr. Schmidt beschäftigt sich dann mit verschiedenen Problemen, die, wie er sich ausdrückt, noch immer einer Lösung harren. Er nennt das Wohnungsproblem, den Verkehr, die Gesundheit und die Trinkwasserbeschaffung.

Zum Wohnungsproblem: Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen bleibt stets hinter der geplanten Zahl zurück. 1962 zum Beispiel waren 4.000 Wohnungen geplant, aber nur 3.507 wurden gebaut. Innerhalb von fünf Jahren waren 23.000 Wohnungen geplant, aber diese Zahl wird nicht erreicht werden.

Überraschend ist die geringe Dotierung des Straßenbaues. Für heuer waren 172,7 Millionen veranschlagt, für 1964 nur 163,7 Millionen. Das sind um neun Millionen weniger ohne Berücksichtigung der zehnprozentigen Teuerung. Aber nicht nur aus diesem Budget sondern auch an den Voranschlägen der vergangenen Jahre wird ersichtlich, daß die Rathauskoalition nicht in der Lage ist mit den Problemen des Großstadtverkehrs fertigzuwerden. Wie lange hat es zum Beispiel gedauert, bis sich die notwendige zweite Verkehrsebene bei den Verantwortlichen durchgesetzt hat. Es wird auch immer vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr geredet. Was wir aber bauen dient alles vornehmlich dem Individualverkehr.

./.

Auch beim Umbau der Zweierlinie ergibt sich für die Straßenbahn nur eine zehnprozentige Steigerung der Reisegeschwindigkeit. Dabei hat Wien ohnehin eine der langsamsten Straßenbahnen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Ausscheiden von Stadtplaner Professor Rainer, dessen Ratschläge man aus Gründen der Optik und der Propaganda oft nicht hören wollte.

Endlich hat man heute auch davon gehört, daß mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses begonnen wird. Es sei aber unbegreiflich, daß man noch so große Mittel für Investitionen der alten Gebäude aufwendet, wo diese doch in den nächsten Jahren abgerissen werden sollen. Der Redner begrüßt es, daß auf dem Spitalssektor große Mittel für Modernisierungen vorgesehen sind. Dringend notwendig wäre es, den Bund dazu zu verhalten, mehr für die Wiener Krankenanstalten zu tun.

Als eines der ungelösten Probleme unserer Stadt bezeichnet der Redner die Wiener Wasserversorgung. Es gibt fast keine Jahreszeit mehr, zu der wir nicht mit dem Wasser sparen müssen. Sicherlich ist an dem steigenden Verbrauch nicht das Komfortbedürfnis der Wiener allein schuld, sondern der steigende Industriebedarf. Leider haben wir bei der Lösung unserer Probleme keine Rangordnung. Es sei nämlich bedeutend lebensnotwendiger, ausreichend Wasser zur Verfügung zu stellen, als ein Museum oder eine Stadthalle zu bauen. Sicherlich sind auch derartige Bauten notwendig, aber erst dann, wenn alle dringenderen Probleme gelöst sind. Die Differenzen zwischen dem "roten" Wien und dem "schwarzen" Niederösterreich tragen wahrscheinlich auch nicht zur Lösung des Wasserproblems bei.

Für die Durchführung der kommenden Gemeinderatswahlen sind sechs Millionen Schilling im Budget veranschlagt. Aufgabe der Gemeindeverwaltung wäre es, für eine gerechtere Auswertung der Stimmen vorzusorgen. Die Gemeinde Wien hat mit der Demokratisierung des Wahlrechtes durch die Einführung der Fünf-Prozent-Klausel bereits einen ersten Schritt getan. Diesem ersten Schritt müßte nun ein zweiter folgen.

Viel wäre über die Wiener Stadtwerke zu sagen. Die FPÖ-Fraktion ist der Meinung, daß es unüberlegt war, im Jahre 1949 die vier Unternehmungen zusammenzupferchen. Damit sollte das Defizit des einen durch Überschüsse des anderen verschleiert werden. Die Gas- und E-Werke müssen durch diese Maßnahmen aber

./.

ihre Investitionen zurückschrauben, was nicht im Interesse dieser Werke und ihrer Abnehmer liegt. Die Sozialtarife bei den Verkehrsbetrieben müßten von der Hoheitsverwaltung getragen werden. Es sei auch nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, sich an verschiedenen Unternehmungen zu beteiligen und damit die Privatwirtschaft zu konkurrenzieren.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das vorliegende Budget und die ganze Politik der Gemeinde Wien kaum dazu geeignet seien dem dringenden Personalmangel abzuhelfen und die Sorgen und Probleme unserer Stadt zu lösen. Seine Fraktion könne ihm daher auch nicht die Zustimmung geben.

GR. Mühlhauser (ÖVP) bezeichnet das Budget 1964 als ein Rekordbudget, sowohl an Einnahmen als auch an Ausgaben. Die Budgetausweitung ist einerseits ein Ausdruck des Wirtschaftswachstums und der Leistungsfähigkeit unserer Stadt, andererseits aber das Ergebnis einer langsamen Geldwertverdünnung. Von einigen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, wie etwa die Subventionierung höchst zweifelhafter Stadthallenfilme, wirtschaftlichen Fehlleistungen bei den Wiener Fleischwerken und ähnlichen Dingen, kommt man jedoch zur Überzeugung, daß die Gemeinde Wien die Steuergelder ihrer Bürger ordentlich verwaltet hat. Das Vermögen der Stadt ist gewachsen, die Verschuldung im Vergleich zu anderen Städten gering, wir verfügen sogar über beachtliche Rücklagen.

Das Problem Nummer eins sei das Wohnungsproblem. Die wirtschaftliche Integration Europas und ihre Folgeerscheinungen für Österreich, die Erhaltung der Vollbeschäftigung, der Lebens- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft seien das zweite große Anliegen. Dieser Problemkreis hänge wieder eng mit dem Verkehrsproblem unserer Stadt zusammen. Bei der Lösung der Verkehrsprobleme zeige sich, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Wien begrenzt ist. Trotzdem leiste sich die Stadtverwaltung manche Dinge, die nicht unbedingt notwendig und unmittelbare Aufgabe einer Stadtverwaltung sind. Es müßte also an der Rangordnung in unserer Kommunalpolitik manches geändert werden.

./.

Auf dem Wohnbausektor sind für das kommende Jahr Mittel für den Bau von 5.000 Wohnungen eingesetzt. Erwartet man sich angesichts der nicht sehr erfreulichen Erfahrungen der letzten Jahre und der ständig zurückgegangenen Wohnbauleistung tatsächlich einen solchen Sprung nach vorne? Oder will man nur mit besonders eindrucksvollen Zahlen aufwarten, weil das Jahr 1964 ein Wahljahr ist? Noch 1957 hat die Gemeinde Wien jährlich rund 6.000 Wohnungen gebaut. 1960 und 1961 konnte die Wohnbauleistung immerhin noch bei rund 4.000 schlüsselfertig übergebenen Wohnungen bleiben. Seither ist sie noch weiter zurückgegangen und dürfte heuer bei 3.200 bis 3.300 Wohnungen angelangt sein. Tatsache ist, daß jedoch der private Wohnbau trotz aller Schwierigkeiten durch Arbeitskräftemangel usw. seine Baukapazität ausweiten konnte. Auch andere, ähnlich große Städte des Auslandes, bauen entscheidend mehr als Wien. Auch die österreichischen Landeshauptstädte schneiden bei einem Vergleich weitaus günstiger ab. Diesen in- und ausländischen Städten gemeinsam ist jedoch, daß die Stadtverwaltung selbst keinen eigenen Wohnbau oder fast keinen eigenen mehr betreibt, dafür aber auf breitester Basis den gemeinnützigen Wohnbau fördert. Vielfach sind die Stadtverwaltungen selbst Träger einer oder mehrerer Genossenschaften. Offenbar kommen die Genossenschaften und andere gemeinnützige Wohnbauträger mit der Materie Wohnbau besser zu Rande. Sicherlich müssen alle die Wohnbauleistungen der Gemeinde Wien in den Nachkriegsjahren anerkennen, ebenso jene der Zwischenkriegszeit. Nur haben sich die Verhältnisse seit damals grundlegend gewandelt. Man müßte sich einmal auf fachlicher Ebene mit den geänderten Verhältnissen auseinandersetzen und das Wohnbauproblem gründlich durchleuchten. Wenn es schon auf der Bundesebene bisher nicht möglich war, wäre es vielleicht auf Landesebene möglich, die sehr kritische Frage des Wohnungsneubaues einer zeitgemäßen Lösung zuzuführen.

GR. Mühlhauser stellt sodann den Antrag, im Lauf des Jahres 1964 eine Enquete "Wohnungsbau in einer Millionenstadt" abzuhalten.

./.

Diese Enquete, die vom Magistrat der Stadt Wien unter Teilnahme aller in Frage kommenden Wohnbaufachleute durchgeführt werden sollte, hätte sich mit Fragen der Wohnbaufinanzierung, der Schaffung möglichst gleicher Voraussetzungen für die Wohnungsuchenden, den Mindestanforderungen an eine moderne Großstadtwohnung, mit Problemen des Einfamilienhauses sowie den Grundlagen einer zeitgemäßen Bodenpolitik und der Bereitstellung von Bauland zu befassen.

Zum Thema Wohnungsproblem bedauert GR. Mühlhauser ferner, daß verschiedene Anträge seiner Fraktion bezüglich einer gerechteren Vergabe von Gemeindewohnungen bisher stets abgelehnt worden seien. Zur Bodenfrage erklärt der Redner, daß auch die ÖVP-Fraktion die berechtigte Forderung nach einem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz anerkennt. Es werde jedoch immer zu wenig berücksichtigt, daß die Verhältnisse in Wien ganz anders seien als in den übrigen Bundesländern. Die Praxis habe gezeigt, daß die Organe der Stadt Wien oft nicht bereit seien, den gesetzlich gegebenen Weg einzuschlagen, wenn es gelte, allgemeine Interessen gegenüber Einzelinteressen durchzusetzen. Für Verkehrs- und Schulbauten bietet die Wiener Bauordnung grundsätzlich jede Möglichkeit zu einer zwangsweisen Enteignung. Das Kernproblem sei also die Beschaffung von Bauland für Wohnbauten. Auf diesem Gebiet fordert GR. Mühlhauser eine richtige Baulandpolitik, für die sich vor allem in den Bezirken 10, 11, 21, 22 und 23 die besten Möglichkeiten bieten würden. Erworbene große Flächen müßten aufgeschlossen und dann auf den kommunalen, aber auch auf den genossenschaftlichen und privaten Wohnbau aufgeteilt werden. Die ÖVP biete in dieser Beziehung ihre Mitarbeit an, verlange aber absolute Sachlichkeit und den Verzicht auf Demagogie und parteipolitische Effekte. Vor allem aber fordere sie dabei den Schutz des Privateigentums vor willkürlichen Eingriffen.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Assanierungsgesetz stellt der Debattenredner die Frage, ob es nicht zweckmäßiger wäre, ein solches Gesetz auf der Ebene des Landes Wien zu beschließen. Ferner sei auch die Schaffung eines Komassierungsgesetzes notwendig. Ein solches Gesetz habe die ÖVP-Fraktion schon mehrmals urgiert.

./.

GR. Mühlhauser befaßt sich sodann mit der Forderung, die Wirtschaft in Wien "europareif" zu machen. Um die Grundlagen dafür erarbeiten zu können, bringt er einen Antrag ein, wonach der Magistrat der Stadt Wien beauftragt werden soll, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Organisationen im Rahmen einer Enquete Richtlinien und Empfehlungen für eine Wirtschaftsförderung im Hinblick auf eine europäische Wirtschaftsintegration auszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen dann im Rahmen einer Spezialdebatte vom Wiener Gemeinderat behandelt werden.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich GR. Mühlhauser mit einigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Wien. Eines der Hauptkennzeichen dieser Schwierigkeiten seien die alten und zu klein gewordenen Werkstätten und Betriebe in den alten Stadtteilen. Ferner fehle es den Wiener Gewerbe- und Industriebetrieben an ausreichenden Lagerplätzen. Daher müsse Vorsorge für den Raumbedarf der Wirtschaft getroffen werden. Diese Forderung sei zwar bereits im Rahmen des städtebaulichen Grundkonzeptes gestellt worden, man müsse jedoch bedenken, wie schwierig es für einen Gewerbetreibenden sei, seine veraltete Betriebsstätte aufzugeben und in den "zukunftsträchtigen" Randgebieten unserer Stadt eine neue aufzubauen. Dies übersteige in den meisten Fällen seine Kraft.

Da die vorgesehenen Hilfsmöglichkeiten auf diesem Gebiet keineswegs ausreichend seien, stelle er den Antrag, der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen möge mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien Kontakt aufnehmen, um gemeinsam Möglichkeiten für die Förderung von Betriebsneu- und Ausbauten nach modernsten Gesichtspunkten und im Hinblick auf eine wirtschaftliche Integration Europas zu besprechen.

Österreich und seine Volkswirtschaft, so stellt GR. Mühlhauser weiter fest, seien auf Gedeih und Verderb mit der Wirtschaft Westeuropas verbunden. In diesem Zusammenhang gäbe es jedoch für den Wiener Unternehmer zahlreiche Nachteile, vor allem auf dem Gebiet des Transportwesens. So müßten zum Beispiel die Transportverhältnisse nach Westeuropa verbessert werden, unter anderem zum Beispiel durch den forcierten Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals. Auf dem Gebiet der Donauschiffahrt habe Wien jedenfalls viel nachzuholen.

./.

Im weiteren kommt GR. Mühlhauser auf die Verkehrslage in Wien selbst zu sprechen. Er stellt fest, daß Wien beim Ausbau der Straßen trotz allen Anstrengungen der Stadtverwaltung einer Verkehrskatastrophe entgegengehe. Die bisherigen großen Verkehrsbauten der Stadtverwaltung bezeichnet der Debattenredner als ungenügend und erklärt, daß zahlreiche Unterlassungssünden begangen wurden und es noch immer an einem Konzept für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel mangle. Als Beispiele für die bei den Verkehrsbauten fehlende Großzügigkeit zählt GR. Mühlhauser die Ringturmkreuzung, die Babenbergerkreuzung und die Schottenkreuzung an. Bei allen diesen Projekten sei versäumt worden, die voraussichtliche Verkehrsentwicklung miteinzuplanen.

Zum Problem des Ausbaues der Autobahn-Zu- und Abfahrtsstraßen im Raum Wien erklärt der Debattenredner, er verstehe nicht ganz die Haltung der Sozialisten in der Finanzierungsfrage. Diese Haltung sei inkonsequent.

GR. Mühlhauser verweist sodann darauf, daß über Initiative der ÖVP-Gemeinderatsfraktion der ÖVP-Abgeordnete Dr. Fiedler im Zuge der heutigen Behandlung der Budgetgruppe Handel im Nationalrat einen Antrag einbringen wird, in dem der Handelsminister ersucht wird, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, durch die jetzt schon die künftig durch Wien führenden Autobahnstraßen festgelegt werden, und im neuen Finanzausgleich Wien durch Übernahme einzelner Wiener Landesstraßen zu entlasten. Es ist zu hoffen, daß dieser Durchbruch auf Bundesebene gelingt und die Interessen der Gemeinde Wien entsprechend berücksichtigt werden.

Aber auch zum weiteren Ausbau der Schnellbahn könnte der Bund manches beitragen. Der Wiener Finanzreferent möge daher mitteilen, ob er in den letzten zwei Jahren vom Verkehrsministerium um eine Vorfinanzierung ersucht wurde, ob er selbst dazu Schritte eingeleitet habe und wie er die Frage einer weiteren Vorfinanzierung des S-Bahn-Ausbaues beurteile.

Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Verkehrsbetrieben eingehend, dankt der Redner zunächst deren Direktion und Bediensteten dafür, daß es ihnen durch Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen gelungen ist, ein Jahreserspärnis von 52 Millionen Schilling zu erzielen. Die Situation auf diesem Sektor sei allerdings trostloser denn je. Die Betriebseinnahmen

./.

der Verkehrsbetriebe reichen nicht einmal mehr aus, um die Kosten für Löhne, Gehälter und Pensionen decken zu können. Wie lange will man der Leitung dieses Betriebes mehr oder weniger aufzwingen, daß sie fortgesetzt Handlungen setzen muß, die in anderen wirtschaftlichen Bereichen als fahrlässige Krida beurteilt würden? Man wird endlich mit der unverdienten Degradierung der Verkehrsbetriebe und aller bei ihnen Beschäftigten Schluß machen müssen.

Unter Hinweis darauf, daß nach dem Subsidiaritätsprinzip die öffentliche Hand nur jene Aufgaben übernehmen sollte, die von privater Seite oder von zwischengeschalteten Gliedern nicht mehr erfüllt werden können, stellt GR. Mühlhauser einen Antrag, in dem das Kontrollamt der Stadt Wien beauftragt wird, zu untersuchen, inwieweit eine Beteiligung der Stadt Wien an gemeinwirtschaftlichen Betrieben, wie an der Wien-Kredit und den Wiener Fleischwerken, im öffentlichen Interesse ist, welche betriebsmäßig geführten Magistratsabteilungen sich in eine Betriebsform überführen ließen, die jener der Stadtwerke entspricht, und welche steuertechnischen und budgetären Auswirkungen sich durch den Einbau der Wasserwerke, der Müllabfuhr, Müllverbrennung und Fernheizung in eine selbständige Stadtwerke-Gesellschaft ergäben. Weiter bringt er die ÖVP-Forderungen nach Maßnahmen zur Förderung von Garagebauten, einem Generalverkehrsplan, dem Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigungen und nach kostenloser Beistellung der Lernmittel auch für Schüler privater Pflichtschulen, deren Bestand der Gemeinde Wien viele Millionen Schilling einsparen hilft, in Erinnerung und setzt sich neuerlich für die Demokratisierung der Verfassung der Stadt Wien ein.

Die Wassermisere Wiens werde in den nächsten Jahren nur noch ärger werden. Das Grundwasserwerk Lobau gestattet nur eine kleine Atempause. Die Stimmung in der Bevölkerung lasse sich in einem Satz wiedergeben: "Einen Donauturm bauen's, aber Wasser haben wir keines!" Man muß sich wirklich fragen, ob wir in unserer Kommunalpolitik eine echte Rangordnung haben. Alle jene Wiener, die zuletzt Wasser schleppen mußten und es nun wieder tun müssen, pfeifen auf solche "Gspassettln" wie die für die WIG errichteten elektronisch gesteuerten Brunnen, Wasserspiele usw., sie wollen ihr Wasser haben.

Die Wiener ÖVP stehe dem vom Magistrat ausgearbeiteten Schulprogramm sowie auch dem Programm auf dem Spitalsektor durchaus

./.

positiv gegenüber. Wo aber bleiben ähnliche Pläne auf allen anderen Gebieten der Gemeindeverwaltung?

Den Volksvertretern obliege es, Beschlüsse zu fassen, damit sparsam verwaltet, gut und zweckmäßig für unser Wien gearbeitet wird. Wir dürfen aber nicht nur an das Heute denken. Unsere Sorge muß auch jenen gelten, die vordem für uns gearbeitet und sich nach einem arbeitsreichen Leben einen sorgenfreien Lebensabend verdient haben. Für diese Menschen müßte ein Alten-Plan geschaffen werden. Der größte Teil der Arbeit des Gemeinderates wird aber der Jugend zugute kommen. Sie benötigt vor allem mehr Jugendzentren, mehr Jugendklubs und vor allem viel mehr Sportplätze. Aber auch für eine bessere Freizeitgestaltung der Jugend wird ein entsprechender Beitrag zu leisten sein.

Wir wollen, schließt GR. Mühlhauser, mit diesem Budget nicht ein fiskalisches Denkmal setzen, sondern es als einen Baustein für die Zukunft unserer Stadt, die Zukunft unseres Landes betrachten. In diesem Sinne wird die ÖVP-Fraktion den Ansätzen die Zustimmung geben.

Als nächster Debattenredner meldet sich GR. Bock (SPÖ) zu Wort. Er führte aus: Ich danke dem Präsidenten Mühlhauser, daß er uns das Wahlkonzept der ÖVP für die kommende Gemeinderatswahl verraten hat! Offenbar hat sich die Erziehungsarbeit der SPÖ durchgesetzt und der Grundsatz, daß nur echte Leistungen anerkannt werden. Ein Verdienst daran kommt auch dem auf der Galerie anwesenden Herrn Platzer zu, der die "neue Welle" der ÖVP publizistisch vertrat.

Ich möchte zum materiellen Inhalt des Budgets nicht Stellung nehmen, was der Spezialdebatte vorbehalten sei, sondern zum ideellen Inhalt. Jedes Budget des Wiener Gemeinderates beeinflußt die Entwicklung der Stadt außerordentlich. Darum ist es wichtig, daß es im Einklang mit den grundsätzlichen Vorstellungen von der kommunalen Lage und mit dem Ziel des Arbeitsprogrammes des Gemeinderates erstellt werde. Die kommunale Lage und das Programm des Gemeinderates sind Kulisse und Bühnenbild der nüchternen Zahlen des Budgets.

Das Budget 1964 gewinnt als letztes Budget der laufenden Legislaturperiode naturgemäß besondere Beachtung. Zwei Fragen sind in den Vordergrund zu stellen:

./.

1. Was kennzeichnet unsere kommunale Situation?

2. Sind alle Vorkehrungen getroffen, um der zukünftigen Entwicklung gerecht zu werden?

Zum ersten Punkt: Die kommunale Lage ist die Summe der gelösten und ungelösten Probleme der Stadtverwaltung. Sollten die ungelösten die gelösten überwiegen, würde ich von Mißerfolg oder Krise sprechen. Der Rückblick auf die Zeit nach 1945 zeigt uns jedoch, daß dies nicht der Fall ist. Wien hat nie kapituliert und resigniert vor den Problemen der Gegenwart. Wir sind mit der Nachkriegszeit, den Besatzungsschwierigkeiten und dem Tiefstand der Wirtschaft fertig geworden. Wir denken an den Aufstieg nach dem Staatsvertrag und daß sich das Antlitz der Stadt von Jahr zu Jahr ändert, vor den Augen aller Bürger und nun auch der ÖVP.

Freilich gibt es noch ungelöste Probleme, die ich in fünf große Gruppen einteilen möchte.

Erstens: das Wohnungsproblem! Eine Zeitung kritisierte heuer, daß Wien eine Rangordnung fehle. Eine solche ist formell freilich nicht aufgestellt. Jedoch im Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre kann man feststellen: der Wohnungsneubau war immer Problem Nummer eins der Wiener Kommunalpolitik. Es wird auch das Vorrangsproblem bleiben müssen, solange, bis jeder Wiener Bürger eine den heutigen Anforderungen entsprechende Wohnung besitzt. Ob im Wohnungsneubau das kommunale oder das genossenschaftliche Prinzip zur Anwendung gelangt, wird von der Entwicklung abhängen. In jedem Fall aber - und das ist entscheidend - muß es ein sozialer Wohnbau sein.

Wie ist die Wohnungslage in Wien? Wohnungssorgen gibt es überall in der Welt, für die vor allem drei Faktoren verantwortlich sind: einmal das ungeheure Wachstum der Städte. Dieses Problem ist für Wien zunächst noch nicht brennend, da sich die Wachstumsbeschwerden in erträglichen Grenzen halten. Einem jährlichen Zuzug von 100.000 Einwohnern steht ein jährlicher Abgang von 75.000 gegenüber. Die verbleibende Differenz ruft noch nicht solche Beschwerden hervor, wie etwa in Mailand oder München. Wird das aber so bleiben?

In Deutschland rechnet man noch mit einer Landflucht von zwei Millionen. Für Österreich sind keine Berechnungen vorhanden. Es wird aber auf eine Landflucht von 150.000 bis 200.000 Personen geschätzt. Der zweite Faktor ist der Trend zur Auflockerung.

./.

Der dritte die Qualitätsverbesserung der Wohnungen.

Dieser letztere Gesichtspunkt ist für Wien die entscheidende Frage: Eine Statistik hat für Wien einen Fehlbestand von 14.000 Wohnungen festgestellt, während der sogenannte qualitative Fehlbestand mit 150.000 berechnet wurde.

Hätten wir keinen Krieg und keine faschistische Epoche gehabt, wäre es bei uns anders. Die fehlenden 15 Jahre gehen uns ab. Das ist der Tribut der Stadt Wien an die beiden Faschismen, die wir gehabt haben. Hoffentlich stehen uns nunmehr lange friedliche Zeiten für den Neuaufbau bevor.

Zweitens: Das Problem der Bodenbeschaffung! Wer Grund und Boden besitzt, bestimmt die Entwicklung der Städte. Diesen Grundsatz hat auch Adenauer als Oberbürgermeister vertreten. Wer den Grund besitzt bestimmt nicht nur die Art, sondern auch das Tempo der Entwicklung einer Stadt. Die ÖVP ist wohl nicht dieser Meinung, denn das "Volksblatt" vom 22. November kritisiert die Erhöhung des Grundankaufsbudgets der Gemeinde Wien auf 180 Millionen Schilling und greift den Finanzreferenten Slavik wegen der Grundankäufe der Stadt Wien aus Steuergeldern an. 50 Prozent des Wiener Bodens seien im Besitz der Stadtgemeinde. Wie liegt nun die Sache wirklich? Wien umfaßt 41.409 Hektar. Davon sind 17.477 Hektar in Gemeindebesitz. Das sind 42 Prozent der Fläche. Jedoch muß man bedenken, daß der Grundbesitz der Stadt Wien vorwiegend aus Wäldern, Parkanlagen und Grünflächen, Straßen, Friedhöfen und dergleichen besteht. Entscheidend ist ja nur der Besitz des Baugrundes. Hier kann man fragen: Kaufen wir teuer? Nationalrat Prinke hat im Parlament behauptet, Wien treibe die Preise in die Höhe. Damit wird merkwürdigerweise nicht dem Verkäufer, sondern dem Käufer die Schuld an den hohen Preisen gegeben. Viele Gründe, die die Gemeinde Wien nicht hatte kaufen wollen, weil sie zu teuer waren, haben dann andere gekauft. (Zwischenruf StR. Sigmund, SPÖ: "Wir kaufen, wo wir bauen müssen.-Zwischenruf ÖVP: "Kost's was Kost'!")

Schuld am Preisauftrieb ist vielmehr das Fehlen eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Diesbezügliche Entwürfe dienen oft nur der Optik. Entscheidend ist aber, daß wir ein brauchbares Gesetz bekommen.

Grund und Boden ist aber nicht nur teuer sondern auch knapp. Überall werden die Gemeindegrenzen von der Entwicklung gesprengt.

./.

auch der Lebensraum in Wien wird eng werden und eine Stadterweiterung wird sich einmal als nötig erweisen. Dieses Problem ist vielleicht noch nicht brennend, aber es steht uns bevor. Ein Einverständnis mit dem Nachbarland Niederösterreich und den betroffenen Bewohnern wird hergestellt werden müssen.

Drittens: Die Frage der Wasserversorgung. Dazu gehört die Frage des Trinkwassers, der Abwässer und des totalen Hochwasserschutzes. Diesbezügliche Pläne sind ja bekannt, nicht aber die Schwierigkeiten ihrer Realisierung. Trotz Erklärung der NEWAG und des Landeshauptmannes Figl, sage ich: Man hat Wien diskriminiert. Aktenläufe werden verzögert und Äußerungen nicht unbedeutender Politiker haben eine andere Meinung gezeigt, als die Landeshauptmann Figls. Wir nehmen aber zur Kenntnis: Niederösterreich will keinen Wasserkrieg.

Schuld an dem Wassermangel des Jahres 1963 war die Trockenheit und nicht die Gemeindeveraltung. Viele Stimmen sagten aber, die Gemeinde habe versagt, und man sprach sogar von einem "einzigartigen Skandal". Einzigartig ist nur die Benachteiligung Wiens in dieser Frage. Wien hat 1951 126 Millionen Kubikmeter Wasser geliefert, 1962 dagegen 161 Millionen Kubikmeter. Diese enorme Leistung wird oft verschwiegen. Aber wenn Schwierigkeiten auftreten, kommen die Schreier und Giftspritzer. Ich möchte zwei Beispiele bringen: GR. Leinkauf forderte, daß die Gelbkreuzgranaten in Steinfeld, die das Wasser vergiften könnten, von der Gemeinde entfernt werden sollten. Wir standen damals auf dem Standpunkt, dies sei Bundessache. Der Bund hat sich der Sache bereits angenommen, und die Gemeinde hat dadurch Millionenbeträge erspart. Zweites Beispiel, die Lobau: GR. DDr. Strunz wollte schon Wasserrohre legen lassen, kann er aber auch den Konsens und die Zustimmung der Wasserbehörde garantieren? (Zwischenruf StR. Schwaiger, ÖVP: "Vom Gaswerk verlangt aber der Kollege Heller, daß ma' schon vorher die Röhrln legen!" - GR. Adelpoller: "Es wird nie verboten werden, daß in diesen Rohren Gas strömt!"

Viertens: Das Problem der Wasserschutzbauten. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft veröffentlicht sehr schöne Grundsätze vom "gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse" der Wasserschutzbauten. Für Wien sind jedoch noch sehr wenige Leistungen erbracht worden. Die Wasserschutzbauten sind ein Beispiel der Benachteiligung Wiens.

./.

Fünftens: Verkehrsprobleme. Wien hat aus den Irrwegen der amerikanischen Städte den richtigen Schluß gezogen und deren Fehler vermieden. Der Verkehr soll nicht aus der Rolle des Dienens in die Rolle des Tyrannen aufsteigen. Mit dem Automobil ist es wie mit der Taubenplage: Je mehr man die Tauben füttert, desto mehr vermehren sie sich. Viele dieser wesentlichen Fragen sind für Wien aber tabu. Ich möchte vier Grundsätze aufstellen:

Der Massenverkehr muß Vorrang haben.

Die Innenstadt soll nicht autogerecht, sondern geschäftsgerecht sein.

Wien braucht ein Netz von leistungsstarken Straßen zur Entlastung der Innenstadt.

Der Fußgänger soll langsam wieder zu seinem Recht kommen.

Der Verkehr wird sich weiter verdichten, bis auf ein Kraftfahrzeug pro Haushalt. Sünden in der Verkehrsplanung von heute werden sich bitter rächen.

Bock sagte weiter, er bewundere die guten Beziehungen Stadtrat Schwaigers zur Bundesbahn, denn das meiste von dem, was er in der Pressekonferenz angeregt hat, ist schon im neuen Investitionsprogramm der Bundesbahn enthalten. Es wäre aber besser gewesen, Stadtrat Schwaiger hätte gesagt, die Wiener ÖVP werde mit aller Kraft dafür eintreten, daß das neue Zehnjahresinvestitionsprogramm des Bundes verwirklicht wird. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung für die Durchführung der Schnellbahnpläne. (Stadtrat Schwaiger: Das wurde von mir bei der Pressekonferenz gesagt!) Warum schreiben es dann die Zeitungen nicht?

Es wurde schon gesagt, daß die Wiener Innenstadt nicht autogerecht sondern geschäftsgerecht sein müsse. Eine Sperre der Inneren Stadt für den Autoverkehr hieße jedoch gegenwärtig, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Erst wenn wir leistungsfähige Umfahrungsstraßen besitzen, kann vielleicht dieser Augenblick kommen.

./.

Trotzdem könnten wir heute heute schon gewisse Maßnahmen treffen. Es gilt die Dauerparker und den Durchzugsverkehr wegzubringen. Der Redner tritt für eine Ausweitung der Blauen Zone auf die gesamte Innenstadt ein, wobei dann umgekehrt nur für gewisse Gebiete eine Dauerpark-Erlaubnis gegeben werden dürfte. Ferner vertritt er ein Einbahnsystem für die gesamte Innenstadt und Fußgängerzonen, zumindest zu gewissen Zeiten und zu gewissen Tagen. Allgemein bemerkt GR. Bock, man sollte aufhören, die Verkehrsprobleme zu verpolitisieren.

Eingehend beschäftigt sich GR. Bock mit der finanziellen Lage Wiens. Die Wiener Finanzpolitik hat einen guten Ruf in der Welt. Wir hatten nie Budgetkrisen, wir leben nicht über unsere Verhältnisse, wir haben sogar als fast einzige Stadt Reserven angelegt. Nach deutschen Zeitungsberichten ergibt eine Zusammenfassung von 14 deutschen Großstädten mit acht Millionen Einwohnern eine Schuldenlast von 3.530 Schilling pro Kopf. Der Redner nannte einzelne Beispiele. In Frankfurt beträgt die Schuldenlast pro Kopf 7.644 Schilling, das Steueraufkommen nur 2.718 Schilling. München hat eine Schuldenlast von 3.241 Schilling und Einnahmen von 2.016 Schilling. Nach einer Statistik des Österreichischen Städtebundes hat zum Beispiel Amstetten 2.481 Schilling Schuldenlast, aber nur 703 Schilling Einnahmen. Ähnliches gilt für alle übrigen österreichischen Städte. Für Wien beträgt die Schuldenlast pro Kopf nur 240 Schilling, die Steuereinnahmen machen jedoch 2.496 Schilling aus. Selbst wenn man die Schuldenlast der Stadtwerke dazurechnet, ergeben sich pro Kopf nur 1.180 Schilling gegenüber - wie schon gesagt - 2.496 Schilling Einnahmen. Dies ist wohl das beste Zeugnis dafür, daß wir eine gesunde Finanzpolitik betreiben. Diese Finanzpolitik gibt uns die Sicherheit, daß wir auch in den kommenden Jahren unsere Aufgaben erfüllen werden. Wir haben das Programm erfüllt, das unser Bürgermeister in seiner Antrittsrede der Wiener Bevölkerung verkündet hat, ja wir haben darüber hinaus weitere Leistungen gesetzt. Trotzdem tauchen Spekulanten auf, die nachweisen wollen, daß die Sozialisten ihr Programm nicht erfüllen. Der Redner versichert, daß die Sozialisten ihr Versprechen einlösen werden.

./.

Der Generalredner der Sozialisten wendet sich dann der Arbeit im Wiener Gemeinderat zu. Er vertritt die Meinung, daß die Sitzungen des Gemeinderates durchaus eine demokratische Gesinnung in sich tragen. Es gibt die Möglichkeit einer echten Diskussion in diesem Haus. Wenn GR. Lauscher jedoch eine Aufwertung des Gemeinderates fordert, so bedeutet es sicher keine Aufwertung, wenn die Debattenredner vorlesen. Dann könnten wir uns ja gleich unsere Konzepte zur Begutachtung zuschicken. Im übrigen verbietet die Geschäftsordnung dem Debattenredner die Verlesung seiner Rede.

Trotzdem: das Klima im Wiener Gemeinderat ist an und für sich gut. Beschlüsse über Ausgaben werden fast immer einhellig gefaßt. Wenn es aber um die Einnahmen geht, sieht es mit der Einigkeit schon etwas schlechter aus. Wenn es zum Beispiel nach den Kommunisten ginge, würde die Straßenbahn noch immer 35 Groschen kosten. Die FPÖ hat noch keine große Erfahrung, sie enthält sich meist der Stimme. (GR. Schmidt, FPÖ: Gibt es gar nicht, kennt die Geschäftsordnung nicht! - Stadtrat Sigmund, SPÖ: Außigehen ist dasselbe!)

Anders bei der ÖVP. Mit den Herzen sind sie bei Tariferhöhungen nicht dabei. (GR. Mühlhauser, ÖVP: Tariferhöhungen macht man auch nicht mit dem Herzen, sondern mit dem Verstand!). Die ÖVP, repliziert GR. Bock, stimmt im Gemeinderat zu, in ihren Zeitungen wird es aber dann so dargestellt, als ob die Sozialisten die Tariferhöhungen allein beschlossen hätten.

GR. Bock begrüßt jedoch, daß sich anscheinend bei der Wiener ÖVP der Wille durchgesetzt habe, gegen die Benachteiligung der Bundeshauptstadt durch den Bund aufzutreten. Er hoffe, daß die Sozialisten nun endlich einen Partner gefunden haben, der sich dafür einsetzt, daß sich die Benachteiligung Wiens aufhört. GR. Mühlhauser hat ein Bekenntnis zu Wien abgelegt, und wir wollen es glauben.

Für uns Sozialisten, schließt der Redner, ist Wien nicht nur die Stadt in der wir leben, in der wir arbeiten und in der wir wirken, ist nicht nur die geliebte Bundeshauptstadt unserer Republik Österreich. Wien ist viel mehr: Wien ist für uns Sozialisten eine Idee und ein Ziel für das wir uns stets mit all unserem Können einsetzen wollen! Der Stadt Wien zu dienen ist uns Schicksal! Deshalb stimmen wir dem Budget für 1964 zu. (Beifall bei der SPÖ.)

./.

GR. Peter (FPÖ) erklärt, daß ihn die Ausführungen des GR. Bock zur Wortmeldung veranlaßt haben. So verwies dieser darauf, daß Wien für seine Ausdehnung Raum braucht. Selbstverständlich braucht Wien diesen Raum, aber waren es nicht gerade die beiden Koalitionsparteien, die sich zerrissen haben, um Wien wieder in seine alten Grenzen einzuengen und die verschiedenen Gemeinden gegen den Willen ihrer Bevölkerung wiederum Niederösterreich einzugemeinden? Heute wollen es nun jene wieder rückgängig machen, die diese Ausgemeindung damals selber forcierten. Hätte man damals eine Volksabstimmung gemacht und dem Willen des Volkes Rechnung getragen, wäre es nie zu dieser Einengung unserer Stadt gekommen.

Mit Stolz hat GR. Bock auch auf die Reserven verwiesen, über die Wien verfügt. Er hat aber anscheinend übersehen, daß diese Reserven von Jahr zu Jahr geringer und daher auch einmal aufgebraucht sein werden.

Zur Stimmenthaltung: Vom Standpunkt der Regierungsparteien aus gesehen hat es die Opposition sicherlich leichter. Von ihrem eigenen Standpunkt aus jedoch keinesfalls. Sie ist aber eine notwendige Einrichtung der Demokratie. Wenn darauf angespielt wurde, daß die Freiheitlichen manchmal in den letzten Jahren bei Abstimmungen den Saal verlassen haben, dann muß gesagt werden, daß dies immer nur bei der Beschließung von Ehrenzeichen, Plaketten oder sonstigen Würden an Politiker der Fall war, für die die Freiheitlichen eben keine Sympathien hegten. Sie verließen den Saal nur aus dem Grunde, damit der Beschluß dann "einstimmig" gefaßt werden konnte, denn letzten Endes sieht das doch schöner aus.

Die Budgetdebatte bezeichnet der Redner als den größten Rahmen im Laufe eines Jahres, in dem man auch allgemeine Dinge besprechen kann, die in den einzelnen Sitzungen nicht untergebracht werden können. Leider wird aber den Budgetberatungen von Seiten der Bevölkerung nicht das entsprechende Interesse entgegengebracht. Eine Ursache liegt vielleicht darin, daß ein Großteil der Bevölkerung eine Aversion gegen Politiker hat. Man wirft ihnen die Immunität, den Klubzwang, die Bezüge und alles mögliche vor. Letzten Endes hat aber das Volk seine Vertreter gewählt und sie damit beauftragt, in seinem Interesse zu wirken. Ist das aber immer der Fall?

./.

Der Redner stellt fest, daß er stets bemüht ist, im Gemeinderat gerade das zu sagen, was der einzelne Bürger hier in diesem Saal gern sagen würde. Wenn er das aber auf volkstümliche Art tut, wird ihm das vielfach übel genommen.

Der Redner tritt für die Einführung einer Fragestunde ein, die große Vorteile hätte. Heute werden eingebrachte Anfragen auf schriftlichem Wege beantwortet, die Öffentlichkeit erfährt also nichts davon. In einer Fragestunde müßte eine Anfrage aber gleich beantwortet werden. Wir wollen schließlich, daß die Demokratie vervollkommnet wird und die Bevölkerung und die Öffentlichkeit nicht berechtigte Kritik an ihr üben können. Gleichheit müßte bezüglich der Meinungswertung geschaffen werden. Die Meinung der Opposition müßte ebensoviel gelten, wie die Meinung der Koalititonsparteien. Leider ist aber diese Gleichheit nicht einmal im Wahlgesetzt gewährleistet. Ein Mandat einer Oppositionspartei kostet ungleich mehr Stimmen als ein Mandat einer großen Partei. Eine Änderung der Wahlgesetze wäre daher dringend notwendig. Als ungerecht bezeichnet es der Redner auch, daß die Koalitionsparteien ihre Redner immer am Schluß der Debatte haben. Die Oppositionsredner haben daher keine Möglichkeit mehr, zu den Ausführungen Stellung zu nehmen. Man hat auch nicht die Möglichkeit, auf die zur Beratung stehenden Anträge Einfluß zu nehmen. Man kann zu ihnen zwar Stellung nehmen, aber selbst berechtigsten Anregungen wird nie Rechnung getragen.

Vizebürgermeister Slavik sagt in seinem Schlußwort:

Zur Preisentwicklung: Sie liegt bei 2.4 Prozent und ist daher von 1963 auf 1964 günstiger als im Jahr vorher. Über die Frage der Leistungsfähigkeit der Bauindustrie wird zweckmäßiger beim Kapitel VI zu diskutieren sein.

Was die Sperren bei den Wiener Verkehrsbetrieben und den Stadtwerken anlangt, kann man rückblickend sagen, daß sie in den meisten Fällen zur Gänze oder zum größten Teil im Laufe des Jahres aufgehoben wurden. Zur Kritik, daß manches zu lange studiert werde, ist zu sagen, daß es notwendig ist, die Probleme gründlich zu überlegen, bevor man sie verwirklicht. Es sei nicht unsere Aufgabe, durch voreilige Entscheidungen zu Fehlentscheidungen zu kommen. Wir dürfen nur das beschließen, von dem wir überzeugt sind, daß es auch richtig ist. Durch die zinsenfreien Kredite wurden 2.822 Häuser repariert und 1.194

./.

Kanalanschlüsse finanziert. Insgesamt wurde über 830 Millionen Schilling der Beschluß gefaßt. Rückgeflossen sind bis jetzt 742.807 Schilling.

Dem Verzicht auf 40 Prozent Gewerbesteuer stehen nicht nur einige unbedeutende Erhöhungen bei anderen Steuern gegenüber, so etwa bei der Mineralölsteuer und bei der Umsatzsteuer, die allerdings sehr bedeutende Steuern sind, es ist auch die Aufhebung des Notopfers und vor allem die Übernahme des Bundes für die Ausgleichszulage nach dem ASVG. und dem GSPVG. Man kann also die Rechnung anstellen und wird daraufkommen, daß der Finanzausgleich gut durchgerechnet war und für die Partnerländer und Gemeinden keinen schlechten Abschluß bedeutet hat.

Die Verzögerungen bei der Lösung der Verkehrsprobleme entstünden vor allem dadurch, daß natürlich zuerst gründlich beraten werden müsse, bevor man zu Entschlüssen komme. Der Umbau des Karlsplatzes könne deshalb noch nicht begonnen werden, weil gegenwärtig in diesem Raum bekanntlich bereits an anderen großen Projekten, wie zum Beispiel am Umbau der Lastenstraße, gearbeitet werde. Zusätzliche Umleitungen, wie sie ein Umbau des Karlsplatzes mit sich bringe, wären in der gegenwärtigen Situation keineswegs tragbar.

Bei der Schätzung der Einnahmen im Voranschlag sei er keineswegs skeptisch gewesen, wie man erklärt habe, sondern nur optimistisch und vielleicht vorsichtig. Diese Vorsicht habe sich jedoch stets bewährt. Daß es im Zusammenhang mit der Lohnsummensteuer eine Lücke im Gesetz gibt, sei dem Magistrat bekannt. Im Wiener Landtag werde man sich in Kürze mit einer Vorlage darüber beschäftigen. Im Wohnungsbau habe man gründlich dafür vorgesorgt, daß die von ihm angegebene Zahl an Wohnungen finanziert werden kann. Wieweit die Fertigstellung der Wohnungen möglich ist, hänge nicht von der Finanzverwaltung ab.

Zu den Vorwürfen, daß die Stadtverwaltung mit den Problemen des Großstadtverkehrs nicht fertig werden könne, meinte Vizebürgermeister Slavik, er kenne keine Großstadt der Welt - vielleicht mit Ausnahme von Brasilia, wo es noch keinen Verkehr gibt -, in der man mit diesen Problemen fertig wird.

./.

Überall dort, wo jeder Einwohner das Recht hat, sich so viele Autos zu kaufen wie er will und kann, wird es immer Verkehrsprobleme geben.

Zum Thema Stadtwerke könne er nicht in den allgemeinen Trauerchoral einstimmen, erklärte der Vizebürgermeister. Immerhin sei ja der Abgang der Stadtwerke von 424 Millionen Schilling im Jahr 1957 auf nicht ganz acht Millionen Schilling im Jahr 1962 gesunken. Zur Frage der privatwirtschaftlichen Betätigung wiederholt der Referent die Grundsätze und Auffassungen, die in der Stadtverwaltung darüber herrschen.

Anschließend kommt er nochmals auf den Wohnungsbau zu sprechen, der großen Raum in der Diskussion eingenommen habe. Er erklärt, daß in Wien beim Wohnungsbau durchaus alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. In Wien gäbe es zum Unterschied von allen anderen Bundesländern sogar zwei separate Aktionen auf dem Wohnbausektor, nämlich die Neue Wiener Wohnbauaktion und den kommunalen Wohnungsbau.

Zu den Vorwürfen der ÖVP über die Enteignungsfrage stellt er fest, daß bei Enteignungsvorschlägen die größten Schwierigkeiten gerade durch die ÖVP gemacht würden. Wenn die heutige Ankündigung der ÖVP eine Änderung in dieser Haltung bedeute, würde dies alle nur freuen. Bei der Enteignung gehe es um nichts anderes als um die Frage, wieweit der Private das Recht haben darf, die Allgemeinheit schamlos auszubeuten. Was die Draschegründe betreffe, sei man schon längst dabei, die Aufschließung durchzuführen.

Über die vorliegenden Anträge im Zusammenhang mit den Integrationsvorbereitungen der Wiener Wirtschaft stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß auf diesem Gebiet schon seit langem Untersuchungen durchgeführt werden und auch schon ein umfangreiches Programm aufgestellt wurde. Es liegen sogar schon Teilergebnisse vor, die Untersuchungen gehen jedoch weiter. Es stimme also nicht, daß auf diesem Gebiet nichts getan werde, es geschehe im Gegenteil sehr viel.

./.

Ebenso studiere man schon seit langer Zeit die Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals ergeben. Die Förderung der Donauschiffahrt sei ein altes Anliegen der Stadtverwaltung, und gerade deshalb werde der Donauhafen ausgebaut und gerade deshalb sei die Hafenbetriebsgesellschaft gegründet worden. Auch hier habe man also nicht geschlafen.

Als "ganz neu" bezeichnet Vizebürgermeister Slavik ironisch die Feststellung, daß es im Straßenverkehr in den Spitzenzeiten zu Stauungen komme. Solche Stauungen gebe es zu diesen Zeiten in allen Großstädten, sogar in Moskau. Bisher sei es noch niemandem gelungen, hier eine Besserung herbeizuführen. Wollte man dies nämlich tun, müßte man die Kapazität der Straßen etwa um das Fünffache verstärken, damit sie den Spitzenverkehr reibungslos aufnehmen können.

Stellungnehmend zur Anfrage über den Ausbau der Schnellbahn beantwortet Vizebürgermeister Slavik die Frage, ob eine Vorfinanzierung des Projektes durch die Gemeinde Wien vorgesehen sei, dahingehend: Das Bundesministerium für Finanzen konnte einer Vorfinanzierung durch die Gemeinde Wien nicht zustimmen, weil nach Ansicht des Rechnungshofes auch eine solche Vorfinanzierung eine Art der Verschuldung des Bundes sei. Dieser Standpunkt ist verständlich, jedoch wird das Finanzministerium nirgends so billige Kreditmittel wie durch eine Vorfinanzierung der Gemeinde Wien beschaffen können.

Zu einer weiteren Anfrage, ob schon Schritte eingeleitet wurden, um den Ausbau der Schnellbahn durchführen zu können, meint der Redner: Natürlich sind Überlegungen angestellt worden, ob eine Finanzierung des Projektes durch die Gemeinde Wien möglich wäre, wobei dann die Österreichischen Bundesbahnen eine vertraglich festzusetzende Benützungsgebühr für die Anlagen zu bezahlen hätten. Ob dieses Projekt durchführbar sei, könne der Redner nicht beurteilen.

Auch die dritte Anfrage, wie die Gemeindeverwaltung eine weitere Vorfinanzierung des Schnellbahnausbaues beurteile, sei in der Beantwortung der ersten Frage schon enthalten, wobei noch hinzugefügt wird, daß diesbezüglich Verhandlungen mit den Bundesdienststellen im Gange sind.

Assoziierung mit der EWG: Auf die diesbezügliche Anfrage teilt Vizebürgermeister Slavik mit, daß eine Untersuchung im Gange

./.

sei, die die Auswirkung einer Assoziierung auf alle Gemeinden feststellen soll.

Das Verhältnis zu den Wiener Stadtwerken: Der angestellte Vergleich, daß sich die Wiener Stadtwerke zur Gemeindeverwaltung verhielten, wie die Österreichischen Bundesbahnen zur Republik, stimmt nicht ganz. Der wesentliche Unterschied liegt darin, daß das Budget der ÖBB in den Staatshaushalt eingegliedert ist, während die Wiener Stadtwerke eigene Budgethoheit besitzen, selber budgetieren und darüber Beschluß fassen.

Die Wasserfrage: Der Wunsch nach Wasser ist ein allgemeiner. Eine diesbezügliche Pressekonferenz hat viele Unklarheiten beseitigt. Auch Spezialisten konnten dabei Neues lernen und viele Schwierigkeiten wurden verständlich gemacht. Ein besonderes Problem liegt in der Abhängigkeit vom Bundesstrombauamt, das beispielsweise eine Verletzung der Grasnarben zur Rohrverlegung am Schutzdamm nicht erlaube.

Der Mut, zu sagen, was nicht geht: Betreffend die Grünanlagen im 6., 7. und 8. Bezirk gebe es die Möglichkeit, Häuser wegzureißen oder auf eine zweite höhere Bauebene auszuweichen. In allen diesen Fragen muß man jedoch den Mut haben, der Bevölkerung zu sagen, was geht und was nicht geht. Man könnte technisch auch die Kärntner Straße auf das Doppelte verbreitern, was aber sicher nicht im Sinne der Bevölkerung wäre. Überhaupt: "Die Bevölkerung!" Man sagt immer das, was man selber sagen will und behauptet, die Bevölkerung habe es gesagt!

Die Bevölkerung sagt sehr deutlich bei den Wahlen, was sie will. Und das ist das Entscheidende. Die Oppositionsparteien wollen die meisten Leistungen selber erbracht haben. Sogar in der ÖVP bekennt man sich zur Planwirtschaft.

Daß man die "Jugend nicht belügen" dürfe ist richtig. Das dazu beigebrachte Beispiel war jedoch schlecht. Denn die Gemeinde ist bei der Subventionierung wertvoller Filme sogar soweit gegangen, daß sie allen Kinos, denen es wirtschaftlich gar nicht gut geht, eine Steuerermäßigung gewährt. (Zwischenruf ÖVP: Es geht ja um den guten Film.)

Vizebürgermeister Slavik stellte fest, daß zum Budget kein Abänderungsantrag eingebracht wurde. Er sehe dies als einen Beweis dafür an, wie gründlich das Budget vorberaten und erstellt

./.

sei. Freilich verändert sich auch im Laufe des Jahres noch sehr viel. Denn jeder Antrag bringt ja eine Veränderung mit sich. Dies trägt zwar manchmal eine Kritik der Finanzverwaltung durch den Rechnungshof ein, es geschieht aber immer alles auf Beschluß des Gemeinderates.

Die Wiener Gemeindegrenzen: Man hört die Behauptung, die Koalitionsparteien hätten Wien kleiner gemacht. Der Rückgriff auf die alten Grenzen, die nicht 26 Bezirke, sondern nur 21 umschlossen, war aber durch die Besatzungsmächte bedingt. So haben die Russen die Ausdehnung der Zonen der Westmächte nur bis zu den alten Stadtgrenzen erlaubt. Es war auch verständlich, daß Niederösterreich bestrebt war, sein altes Gebiet wieder zu bekommen. Zur Durchführung der Wahlen von 1945 war jedoch eine Einigung zwischen Wien und Niederösterreich unbedingt erforderlich und so kam es zu dem Kompromiß der 23 Bezirke, weil die Durchführung der Wahl damals wichtiger war, als alles andere. Die Koalitionsparteien haben keineswegs mit Begeisterung einer Verkleinerung des Stadtgebietes zugestimmt.

Die Höhe der Rücklagen: Wenn behauptet wird, die Rücklagen der Gemeinde Wien seien zurückgegangen, so stimme dies betragsmäßig nicht. Wertmäßig allerdings schon. Daher müsse in den nächsten Jahren an eine Aufstockung der Rücklagen gedacht werden, was dann sicher auch wieder Kritik hervorrufen wird.

Es ist auch nicht richtig, daß Teile der Wiener Bevölkerung nicht berücksichtigt werden. Vielmehr werden alle Wiener gleich behandelt und die Leistungen der Stadtgemeinde kommen allen gleich zugute.

Keine Änderung des Wahlgesetzes: Der Antrag von GR. Lauscher auf Änderung der Wahlordnung kann nicht unterstützt werden. Wir wollen im Gemeinderat keine kleinen Splittergruppen, weshalb die Fünf-Prozent-Klausel gerechtfertigt erscheint. Auch darf man nicht bei jeder Wahl eine neue Wahlordnung verlangen. Sie soll so bleiben, wie sie ist. Es wird daher der Antrag gestellt, den Antrag des GR. Lauscher abzulehnen.

Zu den weiteren vier vorliegenden Resolutionsanträgen könnte man sagen: "Und hier beginnt der Wahlkampf." Es soll aber nicht weiter darauf eingegangen werden. Es wird eine Zuweisung der vier Resolutionsanträge an die zuständigen Ausschüsse und Körperschaften beantragt.

./.

Vizebürgermeister Slavik schloß seine Ausführungen mit einem Dankeswort an den Wiener Gemeinderat für die Form der heutigen Diskussion. Diese sei lebhaft gewesen, was eine gründliche Auseinandersetzung und Beschäftigung mit den zur Debatte stehenden Problemen beweise.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes (Finanzen) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der Referenten über die Erinnerungen wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der KLS wird mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Die Anträge des ÖVP-Debatteredners werden einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Fürstenhofer (SPÖ) unterbricht die Sitzung, um mitzuteilen, daß die Beratungen über den Voranschlag 1964 morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform, fortgesetzt werden. Referent ist Vizebürgermeister Slavik für den erkrankten Personalstadtrat Riemer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Bürgermeister Jonas an den neuen Vorstand der Auslandspresse

6. Dezember (RK) Anläßlich der Neuwahl des Vorstandes des Verbandes der Auslandspresse in Wien hat Bürgermeister Jonas an den Verband folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet:

"Dem neugewählten Vorstand des Verbandes der Auslandspresse meine besten Glückwünsche. Die bisher gute Zusammenarbeit zwischen den Auslandjournalisten und dem Rathaus möge erhalten bleiben und immer besser werden. Franz Jonas. Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien."

\- - -

"Wirtschaft und Stadtplanung"

Vortrag von Architekt Conditt in der Hochschule für Welthandel

6. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 11. Dezember, hält um 18 Uhr im Auditorium Maximum der Hochschule für Welthandel, 19, Franz Klein-Gasse 1, der Leiter der Magistratsabteilung 18 (Landes- und Stadtplanung), einen Vortrag über das Thema "Wirtschaft und Stadtplanung". Veranstalter des Vortrages ist die Österreichische Gesellschaft für Wirtschaftsraumforschung an der Hochschule für Welthandel.

\- - -

Das gute Bild für jeden:

100.000 Schilling in der ersten Woche

6. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft im Französischen Saal des Wiener Künstlerhauses veranstaltet wird, gestaltet sich auch heuer überaus erfolgreich. Bis heute früh wurden Werke im Wert von insgesamt 100.000 Schilling verkauft. Besonderes Interesse erregten die Ölbilder, da diese Schöpfungen zeitgenössischer Künstler sehr preiswert angeboten werden. Die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" ist täglich, auch Sonntag, in der Zeit von 10 bis 20 Uhr, geöffnet.

\- - -

Kommenden Dienstag:

Verkehrsübergabe der Prager Straße

6. Dezember (RK) Die Straßenbauarbeiten in der Prager Straße im 21. Bezirk von der Voltagasse bis Autokaderstraße sind nun soweit, daß diese 1.5 Kilometer lange Strecke in beiden Fahrtrichtungen wiedergeöffnet werden kann.

Bürgermeister Jonas wird Dienstag, den 10. Dezember um 8.20 Uhr bei der Hopfengasse die Fahrbahn für den Verkehr freigeben.

Die Kosten dieses umfangreichen Straßenbaues, der die Herstellung einer 16 bis 23 Meter breiten Fahrbahn mit 22.000 Quadratmeter Hartgußasphalt umfaßt (einschließlich Verlegung der Straßenbahn in die Straßenmitte, Erneuerung der Wasser- und Gasrohrleitungen, Umlegung der E-Werks- und Telefonkabel, Herstellung einer neuen Straßenbeleuchtung sowie einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Koloniestraße), belaufen sich auf 35 Millionen Schilling.

Mit der Verkehrsübergabe dieses Teilstückes der Prager Straße wird die seit April 1962 bestehende Umleitung des stadteinwärts gerichteten Verkehrs über Johann Knoll-Gasse - Jedleseer Straße, auf die wesentlich kürzere Strecke Voltagasse - Jedleseer Straße, umgelegt.

\- - -

Der Nikolo im Pensionistenheim Stadlau

6. Dezember (RK) Gestern abend hat Stadtrat Maria Jacobi mit einem Nikolo das neuerbaute Pensionistenheim in Stadlau besucht. Im Rahmen einer kleinen Feier wurden an die Insassen kleine Geschenke verteilt, die auch jene bekamen, die durch Krankheit nicht an der Feier teilnehmen konnten.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Jonas eröffnete neuen Kindergarten in Atzgersdorf

7. Dezember (RK) Heute vormittag eröffnete Bürgermeister Jonas den neuen Kindergarten der Stadt Wien in Atzgersdorf, an der Lastenstraße. Der Kindergarten ist in dieser Gegend dringend notwendig geworden, da in den letzten Jahren wegen der regen Bautätigkeit der Gemeinde Wien viele neue Wohnhäuser entstanden sind. Der alte Kindergarten in der Hauptschule Steinergasse erwies sich damit als nicht mehr ausreichend.

Der Neubau des Kindergartens kostete 5,1 Millionen Schilling. Mit dem Bau wurde im März 1962 begonnen. Die Fertigstellung verzögerte sich durch den ungewöhnlich langen und strengen Winter. Der Kindergarten ist ein ebenerdiger Bau mit teilweiser Unterkellerung. Es gibt einen fußbodengeheizten Gruppenraum für Säuglinge, eine Kleinkinderkrippe und weitere Gruppenräume. Selbstverständlich hat der Kindergarten auch einen Garten mit Spielhügel, Plantschbecken, Brause, Sandkiste und als besondere Attraktion für die Kinder ein Knusperhäuschen. Weiter wurde in dem Garten ein Wasserspieltisch aus Beton von der akademischen Malerin Helene Hädelmayer geschaffen, eine Bronzeplastik "Hahn mit Hennen" vom akademischen Bildhauer Alfred Gillesberger und eine Plastik "Spielbaum" von der akademischen Bildhauerin Ilse Pompe-Wiederführ. Das gesamte Projekt stammt von Architekt Dipl.-Ing. August Kastner.

Bei der Feier in Atzgersdorf konnte Bezirksvorsteher Suttner zahlreiche Ehrengäste, darunter mehrere Mitglieder des Wiener Stadtsenates begrüßen. Nach der Ansprache von Stadtrat Maria Jacobi sprach Bürgermeister Jonas, der den Kindergarten offiziell seiner Bestimmung übergab.

\- - -

Wiener Theaterarchitekten durch Gassennamen geehrt

7. Dezember (RK) Zwei Verkehrsflächen im 22. Bezirk, Eßling, werden das Andenken an zwei bedeutende Wiener Theaterarchitekten verewigen.

So erhält eine Verbindung zwischen der Eßlinger Hauptstraße und der Gartenheimstraße den Namen "Fellnergasse". Damit wird Architekt Ferdinand Fellner geehrt, der von 1847 bis 1916 lebte und an Bau von insgesamt 48 Theatern in Mitteleuropa und den Balkanländern beteiligt war. Ferdinand Fellner vereinigte sich 1872 mit seinem Mitschüler, dem Architekten Hermann Helmer, der von 1849 bis 1919 lebte, zu gemeinsamer Arbeit. An Hermann Helmer erinnert nunmehr die "Helmergasse", die östlich der Fellnerstraße gelegen ist und von der Tauschinskygasse zur Gartenheimstraße führt.

Beide Architekten haben gemeinsam oder im Rahmen der von ihnen geschaffenen Firma das Deutsche Volkstheater in Wien, das Ronachergebäude, das Konzerthaus, die Wiener Sternwarte, das Palais Lanckoronski sowie mehrere Wiener Kaufhäuser und Hotelbauten errichtet. Bei ihrer Arbeit, die durch Renaissance- und Barockformen betont waren, strebten sie stets auch nach einer Verbesserung des Grundrisses und der Raumgestaltung.

\- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

7. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Montag, 9. Dezember:

18.00 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

Dienstag, 10. Dezember:

18.00 Uhr, Wieden, Preßgasse 24, 1. Stock,
17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11,
17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

Donnerstag, 12. Dezember:

16.00 Uhr, Neubau, Hermanngasse 24-28, 2. Stock,
15.00 Uhr, Döbling, Gatterburggasse 14/1

\- - -

Karl Domanig zum Gedenken

7. Dezember (RK) Auf den 9. Dezember fällt der 50. Todestag des Kunsthistorikers Dr. Karl Domanig.

Er wurde am 3. April 1851 in Sterzing, Tirol, geboren und studierte in Innsbruck und Rom Rechtswissenschaft, Sprachen und Kunstgeschichte. Seit 1881 lebte er in Wien, wo er Kustos im kaiserlichen Münzen- und Antikenkabinett, später Direktor des Kunsthistorischen Museums wurde. Seine bedeutendste Facharbeit ist das heute noch grundlegende Werk "Die deutsche Medaille in kunst- und kulturhistorischer Hinsicht". Domanig ist auch als Tiroler Heimatdichter, Epiker und Dramatiker sehr bekannt geworden. Der Gipfel seines dramatischen Schaffens ist die Trilogie "Tyroler Freiheitskampf". Karl Domanig ist in St. Michael bei Bozen gestorben.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Personal der Stadt Wien

7. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute vormittag die Beratungen über das Budget der Bundeshauptstadt Wien fortgesetzt. Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte für den erkrankten Personalreferenten Stadtrat Riemer.

Der Vizebürgermeister beschäftigte sich eingangs mit allgemeinen Problemen der Wiener Personalpolitik. Er betonte, daß die Stadt Wien auf diesem Gebiet keineswegs tun kann, was sie will. In der Praxis besteht ein Zusammenhang mit den Bundesangestellten, man muß Rücksicht nehmen auf die Bundesländer und auf die 4.000 österreichischen Gemeinden. Dadurch ergeben sich verschiedene Schwierigkeiten, denn man kann den Gemeindesekretär eines kleinen Ortes und die Probleme der Bediensteten in der Millionenstadt Wien nicht vergleichen. Wir in Wien stehen überhaupt auf dem Gebiet der Personalpolitik im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Zur Lösung der Personalprobleme gehört aber natürlich der gute Wille auf beiden Seiten.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf das Personal im öffentlichen Dienst. Es hat eine Zeit gegeben - ich wünsche sie mir nicht wieder - da war man jahrelang vorgemerkt und sehr glücklich, wenn man nur den schlechtesten Posten im öffentlichen Dienst bekommen konnte. Damals war die Zeit der großen Arbeitslosigkeit, und nichts war wichtiger als die Dauerbeschäftigung und damit die gesicherte Existenz.

Heute besteht die Möglichkeit überall unterzukommen. Wir stehen daher im Konkurrenzkampf mit allen anderen Teilen unserer Wirtschaft um das Personal. Wenn gejammert wird, daß bei uns heute Posten unbesetzt sind, so ist das in vielen Zweigen des Gewerbes und der Industrie ebenso.

Wir haben aber auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wir mit den Arbeitern und Angestellten, die uns zur Verfügung stehen, alle Aufgaben lösen können. Das heißt, wir müssen umorganisieren, wir müssen rationalisieren und die Verwaltung vereinfachen, soweit dies uns die Bundesgesetzgebung gestattet.

Umso bemerkenswerter ist die Entwicklung des Personalstandes in den letzten zehn Jahren. Wir hatten im Jahre 1953 in der

./.

Hoheitsverwaltung 33.623 aktive Bedienstete und hatten 1962 - 33.602 Bedienstete. Es sind also in den letzten zehn Jahren um 21 Aktive weniger geworden. In diese Zeit fällt auch die Einführung der 45-Stunden-Woche. Wir dürfen mit Dank und Anerkennung feststellen, daß unsere Bediensteten Wort gehalten haben. Sie haben in der 45-Stunden-Woche zumindest das gleiche geleistet wie früher in 48 Stunden. (Allgemeiner Beifall.) Dazu kommt, daß wir in diesen Jahren noch zusätzliche Aufgaben übernommen haben. Man denke nur an die Krankenhäuser und die Fürsorgeanstalten, die mehr Leute brauchen als vor zehn Jahren. Wenn wir nun dort einige hundert Leute mehr haben, so muß das von den anderen Bediensteten eingebracht werden.

Bei den Hauptbezügen ist seit 1953 eine Steigerung von rund 90 Prozent erfolgt. Die Nebenbezüge weisen eine Steigerung von 300 Prozent auf. Das heißt aber nicht, daß die einzelnen Zulagen so sehr gestiegen sind, sondern daß neue Zulagen geschaffen und die bereits bestehenden nachgezogen wurden. Die Problematik des Schemas liegt ja darin, daß es etwas Fixes ist und jeder genau alle zwei Jahre vorrückt, es also kaum irgendwelche Variationsmöglichkeiten gibt. Es gibt aber doch immer Unterschiede in der Tätigkeit der Bediensteten und diese sollen durch Zulagen abgegolten werden. In der Zahl der Pensionisten ist ein regelmäßiges Steigen zu verzeichnen, und zwar von 13.691 im Jahre 1953 auf 16.556 im Jahre 1962.

Ein Vergleich der Personalkosten und des Personalstandes: Im Voranschlag 1963 waren für Hauptbezüge 1.209 Millionen Schilling veranschlagt, für Nebenbezüge 161,7 Millionen. 1964 sind für Hauptbezüge 1.329,2 Millionen und für Nebenbezüge 215,4 Millionen Schilling eingesetzt. Nach dem Dienstpostenplan hatten wir 1963 34.520 Arbeiter und Angestellte, 1964 34.682. Es sind aber sowohl bei der Hoheitsverwaltung als auch bei den Betrieben Posten frei.

Vizebürgermeister Slavik kommt sodann auf Verhandlungen zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden einerseits und den vier Gewerkschaften andererseits zu sprechen, die im Laufe dieses Jahres wegen der Lohnerhöhungen geführt wurden. Es ist natürlich immer schwierig, zu einer einheitlichen Personalpolitik zu kommen. Von den Gemeinden selbst können ja nur Spezialprobleme gelöst werden.

./.

Im Grundsatz kam man bei diesen Verhandlungen zu dem vorläufigen Ergebnis einer Lohnerhöhung um sieben Prozent, mindestens aber um 150 Schilling. Diese Regelung ist beim Bund, den übrigen Ländern und meisten Gemeinden mit 1. Oktober in Kraft getreten. Wien und ein Teil der österreichischen Gemeinden, die dem Österreichischen Städtebund angehören, haben diese Regelung zum Vorteil ihrer Bediensteten bereits mit 1. Mai 1963 getroffen. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat die Gemeinde Wien dann auch die Zulagen im gleichen Ausmaß erhöht und für die ersten vier Monate des Jahres den Bediensteten anstelle einer Nachzahlung der Zulagen einen Abstattungsbetrag gezahlt.

Für 1964 ist nun eine weitere Stufe vorgesehen. Ab 1. Jänner 1964 tritt eine neunprozentige Lohnerhöhung ein. Das heißt aber nicht, daß die Gehälter neuerlich um neun Prozent erhöht werden, sondern die Bezüge vom 1. Jänner 1963 nun nicht wie ursprünglich beschlossen um sieben, sondern um neun Prozent erhöht werden. Die Erhöhung muß mindestens 200 Schilling pro Monat ausmachen und nicht wie bisher 150 Schilling. Sowohl bei der Hoheitsverwaltung als auch bei den Stadtwerken ist für diese Steigerung der Personalkosten im Voranschlag vorgesorgt. Sie wurde in den unvorhergesehenen Ausgaben untergebracht.

Bei der Hoheitsverwaltung wurden heuer 2.364 Personen aufgenommen, 2.079 Bedienstete sind jedoch ausgeschieden, größtenteils durch Pensionierungen. Wir haben bei der Hoheitsverwaltung also ein Plus von 285 Bediensteten, dem jedoch ein Minus der Stadtwerke von 269 Bediensteten gegenübersteht.

Der Referent verweist auf die Schwierigkeit, in Berufen, die eine Spezialausbildung erfordern, die geeigneten Kräfte zu bekommen. So brauchen wir Kindergärtnerinnen, die geschult sind und Pflegepersonal für unsere Kranken- und Wohlfahrtsanstalten. Es muß hier immer wieder versucht werden, einen Ausweg zu finden. Das Problem existiert ja nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich, ja sogar in der ganzen Welt. Es hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß heute die Pflege in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten weitaus intensiver ist als früher einmal und daher mehr Personal benötigt wird.

Natürlich ergeben sich auch auf anderen Gebieten des Personalsektors die verschiedensten Probleme, so zum Beispiel bei den Lehrern. Es wurden die neuen Schulgesetze beschlossen, und wir

./.

alle sind froh darüber, daß eine Einigung über ein dringendes Problem erzielt werden konnte. Aber gerade durch diese neuen Gesetze ergeben sich auch neue Aufgaben. So werden zum Beispiel durch die Einführung des neunten Schuljahres mehr Klassen und damit auch mehr Lehrer benötigt.

Die Gemeinde bemüht sich, ihren Angestellten immer wieder eine Freude zu bereiten - auch was die Feiertage betrifft, die man feiern soll, wann sie fallen. Es ist ein schöner Erfolg, wenn in einem einzigen Jahr insgesamt 2.332 städtische Bedienstete ihr Dienstjubiläum feiern und von ihrem Dienstgeber geehrt werden konnten. Von dieser Zahl ware 1.359 Magistratsbedienstete und 973 Bedienstete der Stadtwerke. Dieser hohe Anteil an Dienstjubiläen ist wieder ein Beweis dafür, welch große Zahl von Bediensteten der Stadtverwaltung jahrzehntelang die Treue hält.

Solange die Zeit der Vollbeschäftigung anhält, wird es auch einen Mangel an Dienstnehmern in der Stadtverwaltung geben. Gegenwärtig fehlen hier 1.300 Personen. Trotzdem konnten alle Aufgaben erfüllt werden - und das ging nur deshalb, weil unsere Angestellten durch Mehrleistung und Überstundenarbeit auch die Arbeit der Fehlenden durchgeführt haben.

Vizebürgermeister Slavik betont erneut, daß von den 33.000 Angestellten in der Hoheitsverwaltung nur ein geringer Teil mit direkten Verwaltungsangelegenheiten betraut ist. Der Großteil von ihnen ist mit Arbeiten beschäftigt, die durchwegs im Interesse der Wiener Bevölkerung liegen. Der Berichterstatter streicht sodann das gute Verhätlnis heraus, daß zwischen der Bevölkerung und den Dienstnehmern der Gemeinde Wien herrscht. Wir hoffen, so sagt er, daß die Bevölkerung weiterhin so großes Verständnis für die Tätigkeit der städtischen Bediensteten zeigt wie bisher.

Abschließend sagt der Berichterstatter: Wenn auch im Lauf des Jahres viele Diskussionen auf dem Personalsektor geführt werden und darin manchmal auch harte Worte fallen, so möchten wir jetzt betonen, daß wir die großartigen Leistungen der Gemeindebediensteten für die Stadt Wien anerkennen. Dafür möchten wir allen herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Debatte über das Personal

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) befaßt sich mit Problemen der weiblichen Bediensteten in den Sozial- und Heilberufen. Man unternimmt zwar verschiedene Schritte, um den entsprechenden Nachwuchs für diese Frauenberufe zu finden, aber relativ wenig, um diese Berufe aufzuwerten und finanziell attraktiver zu gestalten. Angesichts der zunehmenden physischen Belastung, die aus dem Personalmangel rekrutiert, bedarf es sehr viel Idealismus und Enthusiasmus für diese Berufswahl. Die Nachtdienstzulage von 40 Schilling für die Krankenschwestern ist zu gering.

In einem Resolutionsantrag verlangt die Rednerin, daß Fürsorgerinnen mit Vollmatura oder Beamtenmatura ausnahmslos in die Verwendungsgruppe B überstellt werden und jene Fürsorgerinnen, die keine Reiferprüfung nachweisen können, jedoch die entsprechende Ausbildung haben, eine in die Pension anrechenbare Zulage erhalten sollen. Der Vorschlag der Verwaltung, die Beamtenmatura nur bei einer durchschnittlich guten Leistung anzuerkennen, wäre ein gefährlicher Numerus clausus. Die Kindergärtnerinnen erhalten als einzige Bedienstetengruppe keine Zulage.

Schließlich ersucht die Rednerin erneut, die Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung zu überprüfen, und fragt, welche Vorschläge die Verwaltung in dieser Richtung vorlegen kann.

GR. Maller (KLS) beklagt, daß bisher die Forderungen der Gemeindebediensteten gar nicht oder nur in ungenügendem Ausmaß erfüllt worden seien. Man spricht von einer Bezugserhöhung um neun Prozent gegenüber dem 1. Jänner 1963, verschweigt aber, wie gering die Bezugsangleichung seit 1955 ist. Die Gemeindebediensteten verspüren die Teuerungswelle deshalb so sehr, weil sie mit ihren Bezügen um mindestens 20 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind. Mit dieser Unterbezahlung müsse endlich Schluß gemacht werden. Die Gemeinde Wien sollte Schrittmacher auf dem öffentlichen Lohnsektor sein; dies wäre nur eine Fortsetzung der Praxis der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien aus der Ersten Republik.

Der Personalmangel, desses Ursache die schlechte Bezahlung sei, wirke sich zum Schaden der Wiener Bevölkerung aus. Schon darum wäre es an der Zeit, mit der Gewerkschaft eine Vereinbarung über die Nachziehung der Bezüge zu treffen.

./.

Im Dienstrecht wimmelt es von Ermessens- und Kann-Bestimmungen. Bei der schlechten Anrechnung von Privatdienstzeiten entschließt sich ein 35- bis 40jähriger kaum, in den Gemeindedienst einzutreten.

Den Straßenbahnern, die einen anstrengenden Dienst verrichten, nützen Lobesworte nichts, wenn sie ständig von Strafbestimmungen bedroht sind, die aus dem "Jahre Schnee" stammen und noch den Geist von Habsburg atmen. Darum muß man das Disziplinarrecht, das heute schlechter ist als in der Ersten Republik, demokratisieren. Auch die Rechte der Personalvertretung waren in der Ersten Republik besser als heute. Laut Verfassungsgerichtshof hätte das Land Wien volle Autonomie bei der Schaffung eines Personalvertretungsgesetzes.

Das Einstufungsschema ist veraltet und entspricht nicht immer der Qualifikation, Leistung und Verantwortung. Unerträglich ist es, daß gewisse Berufe nur deshalb unterbewertet werden, weil es Frauenberufe sind. Die Fürsorgerinnen und Krankenschwestern haben ein Anrecht auf die Verwendungsgruppe B. Falsch eingestuft sind auch die Kindergärtnerinnen, die Amtsgehilfen, die Kanzleidienst leisten, und andere Gruppen. Überhaupt seien die Stellenpläne veraltet. Es müßten gleiche Voraussetzungen für den Aufstieg gegeben und sachliche Gesichtspunkte bei der Beförderung maßgebend sein. Das Pensionsrecht der Gemeindebediensteten, das einmal ein Vorbild für das Pensionsrecht der Privatwirtschaft war, sei heute in manchen Fragen hinter der Entwicklung zurückgeblieben.

Da in Wien jedwedes Verständnis für die Sorgen und Nöte des Personals fehlt, werden die Kommunisten dieser Budgetgruppe nicht zustimmen.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Rösner (SPÖ). Er korrigierte die Ausführungen von GR. Maller (KLS) bezüglich der Parallelen zu der Zeit vor 1934, denn damals war der Beruf eines Gemeindeangestellten vor allem wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit gesucht, wogegen heute Vollbeschäftigung herrscht.

Die Gemeinde Wien kann auch etwa die Praxis der Abwerbungen, wie sie in der Privatwirtschaft vorkommen, nicht mitmachen. Ferner bedingt der kontiniuierliche Betrieb der Stadtwerke ohne langes Wochenende die mangelhafte Nachfrage nach diesen Posten.

./.

Als Konsequenz daraus erhöhte die Gemeinde Wien zunächst die Anfangsgehälter beträchtlich. Im Schema I Gruppe 6 von 1.050 auf 1.350 Schilling (32 Prozent) in Gruppe 5 von 1.100 auf 1.453 Schilling (32 Prozent) in Gruppe 4 von 1.150 auf 1.518 Schilling (32 Prozent). Im Schema II Gr. E von 1.020 auf 1.432 Schilling (40.3 Prozent), Gr. D von 1.060 auf 1.575 Schilling (48.5 Prozent), Gr. C von 1.110 auf 1.671 Schilling (50.5 Prozent). Hierbei ist das 14. Gehalt noch nicht eingerechnet.

Auch das Zulagensystem wurde ausgebaut. Das Gesamtbild ergibt somit, daß die Gemeindebediensteten doch nicht so schlecht bezahlt sind und die Ursache für den Personalmangel nicht nur in der Höhe der Bezüge zu suchen ist. Es muß ja auch die mit der Dienstpragmatik verbundene Sicherheit einkalkuliert werden.

Die von Frau GR. Dr. Hubinek (ÖVP) auch heuer wieder angeschnittene Frage der Halbzeitbeschäftigung hat in der heutigen Zeit sicher etwas Bestechendes. Jedoch muß man dabei bedenken, daß der Magistrat Wien rund 18.000 Frauen gegenüber 17.000 Männern beschäftigt. (Bei den Stadtwerken: 2.642 Frauen und rund 16.000 Männer). Davon sind in der Hoheitsverwaltung zirka 450 Frauen in führenden Positionen.

Es stimmt auch nicht, daß viele Frauen nur aus Langeweile in den Gemeindedienst eintreten. Es sind vielmehr materielle Notwendigkeiten dafür maßgebend.

Hingewiesen sei auf eine andere Art der Familienförderung: Die Schulgeldzuschüsse an städtische Forstbedienstete, deren Kinder außerhalb des Wohnortes die Schule besuchen. Im Zulagensystem, das einen Umfang erreicht hat, in dem man sich als Außenstehender nicht zurecht findet, wäre eine Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit wünschenswert.

Zu der Kritik des Vorredners an den Bestimmungen über die Hilflosenzuschüsse sei bemerkt, daß der Bürgermeister eine analoge Erhöhung zum ASVG angeordnet hat. Die Sätze sind von 300 beziehungsweise 400 Schilling auf 600 beziehungsweise 800 Schilling erhöht worden, ebenso die Höchstgrenze der zulagenfähigen Pensionen auf 2.600 beziehungsweise 3.000 Schilling.

./.

Insgesamt erhalten bei den Stadtwerken 790 und beim Magistrat 287 Personen Hilflosenzuschüsse, deren jährlicher Gesamtaufwand 6,5 Millionen Schilling erreicht hat.

Es wird begrüßt, daß neuerdings zu den Verabschiedungsfeiern der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Beamten und Bediensteten jetzt auch die Vertragsbediensteten eingeladen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werde, daß sich die Gemeinde in der Personalpolitik um die Herstellung einer menschlich inneren Gemeinschaft bemüht. Die SPÖ-Fraktion wird darum den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Dr. Schmidt (FPÖ). Der Redner weist einleitend noch einmal auf die Gesamtsumme der Budgetansätze hin. Er sieht in der Erkärung des Finanzreferenten bezüglich der Erhöhungen ab 1964 eine gewisse Diskrepanz zum Wortlaut der Einleitung des Budgetentwurfes.

In der Erhöhung des Personalbudgets um 12.3 Prozent gegenüber dem Vorjahr spiegle sich die Unruhe auf dem Lohn- und Preissektor. Dennoch müsse gesagt werden, daß die Erhöhungen der Bezüge in gewissen Sparten mit den Preissteigerungen nicht konform gehen. Das sehe man an dem Personalmangel in verschiedenen Sparten. Beispielsweise seien in den städtischen Krankenhäusern wegen Mangel an Bedienungspersonal 800 Betten nicht belegbar.

Unserer Meinung nach muß es Aufgabe der Personalverwaltung sein, die Stadtverwaltung mit möglichst gut qualifiziertem Personal zu versorgen. Wir glauben nicht, daß hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Entscheidend bleiben, um den Personalmangel zumindest abzuschwächen, zwei Dinge: die Bezahlung und der Dienst an sich. Hier zeige sich nun, daß die Personalverwaltung in vielen Fällen sehr engherzig sei. So darf es nicht wundern, daß gerade bei den Krankenschwestern und bei den Verkehrsbetrieben die Dienstesentsagungen so häufig sind.

Der Redner zählt dann einige Beispiele auf. Er nennt die kleinliche Urlaubsberechnung und die unzureichende gesundheitliche Überwachung bei strahlengefährdetem Personal. Auch die Geräte werden nicht regelmäßig auf die Intensität der Ausstrahlung geprüft. (GR. Dr. Bohmann, SPÖ: Was Sie erzählen, das stimmt zum größten Teil nicht? Vizebürgermeister Slavik, SPÖ: Er läßt sich von Vertretern informieren!)

./.

Auch für das Personal der Verkehrsbetriebe seien die Bezahlung aber auch das Betriebsklima entscheidend dafür, daß es einen Personalmangel gibt. Der Dienst des Schaffners ist sehr schwer, und es ist deshalb nicht notwendig, den Dienst durch zahlreiche Kleinigkeiten noch schwerer zu machen. Der Redner nennt die kurzfristige Dienstplanaufstellung, die Versetzungen für Aushilfsdienst und den Sonntagsdienst, und meint, daß hier die Freunderlwirtschaft und die politische Protektion große Blüten treiben. Das Kontrollsystem arte beinahe schon zu einem Spitzelsystem aus. So wurden Schaffner angezeigt, weil sie schon bei null Grad geheizt haben.

Abschließend erklärt der Redner, daß die FPÖ-Fraktion aus all diesen Gründen den Ansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen könne.

GR. Schiller (SPÖ) unterzieht die Pensionistenzahlen einer näheren Untersuchung. Er verweist darauf, daß in diesen Zahlen - 16.800 Pensionsparteien bei der Hoheitsverwaltung und 19.300 bei den Stadtwerken - nicht nur die tatsächlichen Pensionisten sondern auch eine große Zahl von Witwen und Waisen enthalten ist, die nach unserer Dienstordnung keine "Pension", sondern einen sogenannten Versorgungsgenuß erhalten. Bei der Hoheitsverwaltung sind es zum Beispiel 6.400 Versorgungsbezugempfänger, bei den Stadtwerken sogar 9.100 Witwen und Waisen. Diese Zahlen sollte man bei der Budgeterstellung besser trennen. Dann würde endlich das Gerede verstummen, daß wir mehr Pensionisten als aktive Gemeindebedienstete haben. Diese Zahlen zeigen aber auch, wie schwer die Dienstleistung bei den Stadtwerken ist. Die Pensionisten dort sterben früher als die Pensionisten der Hoheitsverwaltung.

Im weiteren nimmt GR. Schiller zu Pressemeldungen über eine von der Gemeinde Wien dem Wiener Sozialwerk gewährte Subvention von 1,5 Millionen Schilling Stellung. Er zitiert aus einem Artikel des "Wiener Montag", in dem behauptet wurde, daß die Subvention der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zugeführt worden sei. GR. Schiller betont, daß dies völlig falsch ist. Die Subvention sei keineswegs der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sondern dem Sozialwerk der Gemeindebediensteten zugute gekommen. Dieses Sozialwerk aber ist eine von der Gewerkschaft völlig unabhängige Einrichtung und eine rein soziale Fürsorgemaßnahme. Solche Tatsachenfälschungen ./.

würden aber nicht nur von der einen zitierten Zeitung, sondern immer wieder auch von anderen sogenannten überparteilichen Blättern vorgenommen, die dem Österreichischen Gewerkschaftsbund eins auswischen wollen.

Im folgenden befaßt sich der Debattenredner mit einem anderen Fall, der in der Presse ebenfalls falsch dargestellt wurde. Es handelt sich dabei um ein Darlehen von einer Million Schilling, das die Sozialistische Fraktion des ÖGB im Jahr 1961 dem belgischen Gewerkschaftsbund für eine Streikunterstützung gewährt hat. Die Zeitungen hatten damals geschrieben, daß dieses Darlehen vom ÖGB selbst gegeben worden sei. Tatsache jedoch war, daß der ÖGB sich nicht entschließen konnte, ein solches Darlehen zu gewähren. Daraufhin habe die Sozialistische Fraktion des ÖGB den Beschluß gefaßt, dieses Darlehen den Belgiern zukommen zu lassen.

Aber noch etwas anderes sei an diesem Fall bemerkenswert, fährt GR. Schiller fort. Obwohl nämlich im Jänner 1961 die Sozialistische Fraktion des ÖGB dem Finanzamt auf eine Anfrage mitgeteilt hatte, daß es sich bei dem Betrag von einer Million Schilling um ein Darlehen und nicht um ein Geschenk gehandelt habe, hat das Finanzamt im März 1963 der SPÖ-Fraktion die Zahlung von mehr als 339.000 Schilling Schenkungssteuer vorgeschrieben.

Die Fraktion bezahlte diesen Betrag, legte jedoch Berufung gegen die Vorschreibung ein und forderte die Rückzahlung. Das Finanzamt gab der Berufung zwar statt, zahlte den Betrag jedoch nicht der SP-Fraktion, sondern dem ÖGB zurück. Der Gemeinderat betont, daß man mit solchen Mätzchen die Gewerkschaft nicht mundtot machen könne.

Als nächster Debattenredner beschäftigt sich GR. Hahn (ÖVP) mit der Frage der Überreihung der Gemeindebediensteten in die einzelnen Verwendungsgruppen. Er kritisiert, daß das Schema einige krasse Ungerechtigkeiten mit sich bringt und macht den Vorschlag, sich dieses Schema daraufhin genauer anzusehen und die Ungerechtigkeiten abzustellen.

./.

Sodann kommt GR. Hahn auf die Richtlinien für die Strafbehandlung bei den Verkehrsbetrieben zu sprechen. Diese Richtlinien seien im Jahr 1909 entstanden, das letzte Mal aber 1941 geändert worden; seither habe man allerdings keine Änderungen mehr vorgenommen. Die Richtlinien sehen 383 Möglichkeiten zur Bestrafung vor. Die Strafsummen sind in Einheiten eingeteilt, wobei eine Einheit sieben Groschen beträgt. Die geringste Strafe umfaßt dabei 5 Einheiten (also 35 Groschen), die höchste 100 Einheiten (also sieben Schilling). GR. Hahn fordert eine Vereinfachung und Vereinheitlichung dieses Systems und zeigt an einigen Beispielen auf, daß die Bestrafung nach dem jetzt geltenden System eigentlich gar nicht so hoch sei, wie man sie dargestellt habe.

Der Redner verweist darauf, daß die beiden Abschlagszahlungen in ganz Österreich sozialversicherungspflichtig waren, nur in Wien unterlagen sie der Beitragspflicht nicht. Der Bund hat bei der ersten Zahlung den Dienstnehmer- und den Dienstgeberbeitrag übernommen. Bei der Gemeinde war dies nicht der Fall. Dadurch sind auch der Krankenfürsorgeanstalt, die ohnedies ein Defizit hat, Einnahmen entgangen. Der Redner ersucht den Referenten, dieses Problem im nachhinein zu regeln und damit eine Vergrößerung des Defizits der KFA zu verhindern.

GR. Wohlmuth (ÖVP) verweist darauf, daß bei Dienstjubiläumsfeiern immer davon gesprochen wird, welch große Leistungen die derzeitige Generation der Beamtenschaft erbracht hat. Es wird aber auch die kommende Generation vor große Aufgaben gestellt, wenn wir dem Fortschritt der Technik auf allen Gebieten Rechnung tragen wollen. Die Leistung und die Arbeit der Beamten müßte dann aber auch entsprechend gewertet werden. Die Bediensteten hätten ein Anrecht auf eine gerechte Einreihung und es müßte ihnen die Möglichkeit geboten werden, bereits in jungen Jahren entsprechende Positionen zu erreichen. Großes Augenmerk müßte weiterhin der Modernisierung und Ausgestaltung der Arbeits- und Aufenthaltsräume zugewendet werden. Obwohl auf diesem Gebiet bereits viel geschehen ist, gibt es noch Dienststellen, die einer modernen und gesunden Verwaltung nicht entsprechen.

Als ein besonderes Problem bezeichnet der Redner das Zulagensystem. Seit November 1962 wurden Zulagen in einem Ausmaß bewilligt, wonach umgerechnet pro Kopf auf einen Beamten ungefähr

./.

1.500 bis 1.600 Schilling kommen. Es kommt aber oft vor, daß zwei Beamte dieselbe Tätigkeit haben, der eine die Zulage bekommt, der andere aber nicht, da das Zulagensystem vollkommen unübersichtlich ist. Eine derartige Unsicherheit trägt jedoch keinesfalls zur Hebung des Betriebsklimas bei. Der einzelne Beamte müßte so eingestuft werden wie es seiner Tätigkeit und Leistung entspricht. Die derzeitige Gehaltspolitik benachteiligt aber auch ihre Pensionisten, da die Zulagen in die Pensionsbemessungsgrundlage nicht eingerechnet werden. Nach dem ASVG sind jedoch sämtliche Zulagen und Überstunden in die Bemessungsgrundlage einzurechnen.

Bedauerlich ist, daß auch unser Stellenplan den Erfordernissen der Zeit keinesfalls Rechnung trägt. Man hat den Eindruck, daß er jedes Jahr nur abgeschrieben wird. Bei einzelnen Magistratsabteilungen und beim Kontrollamt sind besonders im technischen Dienst zu wenig Posten vorgesehen. Auch einzelne Magistratische Bezirksämter, besonders jene in den Außenbezirken in denen große Wohnviertel entstanden, können mit dem geringen Beamtenstand nicht mehr das Auslangen finden. Im Interesse der Bevölkerung wäre es gelegen, verschiedene Agenden, die nicht zentral verwaltet werden müßten, hinaus in die Bezirksämter zu verlegen.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß der Referent nichts über bereits erfolgte oder geplante Maßnahmen im Zuge der Verwaltungs- und Betriebsreform gesagt hat. Es sind nicht nur die großen Reformen notwendig, sondern auch viele kleine Dinge könnten geändert werden. So ist es kaum einzusehen, daß ein Bediensteter, dem nach einer Krankheit ein Krankenurlaub oder Kuraufenthalt verordnet wurde, die amtsärztliche Genehmigung, die ohnedies nie verweigert wird, einholen muß. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß an für den Parteienverkehr bestimmten Tagen Dienstbesprechungen angesetzt werden.

Die Frage des Zusatzurlaubes müßte gleichfalls zur Gänze geklärt werden, damit nicht einzelne Gruppen einen solchen Urlaub bekommen, andere ebenso gefährdete Bedienstete aber wieder nicht.

Bei der Gewährung von Vorschüssen, die der Bedienstete zur Schaffung von Wohnraum beantragt, dürften keinesfalls Zinsen von dem Betreffenden eingehoben werden. Dafür, daß er mit eigenen Mitteln für eine Wohnung aufkommen will, soll er nicht noch bestraft werden.

./.

Abschließend ersucht der Redner, seine berechtigten Forderungen zu überprüfen und günstig zu erledigen. Die ÖVP-Fraktion werde den Ansätzen zustimmen.

GR. Weisz (SPÖ), der als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung nimmt, betont zunächst die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Personal, das keinen regelmäßigen Dienst und keine Fünf-Tage-Woche hat. Ein Mangel an Krankenpflegepersonal besteht in allen Staaten, und in den deutschen Zeitungen findet man viele Inserate für das Spitalspersonal. In München macht man jetzt einen Versuch mit türkischen Krankenschwestern. In Wien werden derzeit 25 Krankenschwesternschülerinnen aus Entwicklungsländern ausgebildet, die demnächst auch ans Krankenbett kommen. Man weiß noch nicht, wie die Bevölkerung auf den Einsatz schwarzer Krankenschwestern reagieren wird. (VBgm. Slavik: Wieder mehr "Schwarze"! - Heiterkeit.) Das geringe Interesse für den Beruf der Fürsorgerin ist nicht allein auf die Bezahlung zurückzuführen. Für den verwandten Beruf der medizinisch-technischen Assistentin besteht nämlich großes Interesse. (Dr. Marga Hubinek: Die sind schon in B! Das Rezept hat sich anscheinend bewährt!) Das hat eben die Gewerkschaft durchgesetzt. Die Forderungen der Fürsorgerinnen wurden teilweise schon erfüllt, zum anderen Teil laufen jetzt Verhandlungen, die den Fürsorgerinnen bedeutende finanzielle Verbesserungen bringen werden.

Die kommunistische Behauptung, daß die Bezüge der Gemeindebediensteten um 20 Prozent zurückgeblieben seien, entbehrt jeder Grundlage. Die Gemeinde Wien ist in den Besoldungsfragen immer Schrittmacher gewesen, aber auch die Gewerkschaft ist daran interessiert, daß bei einer Neuregelung die Gemeindebediensteten in den Bundesländern nachgezogen werden können. Es ist allein die Schuld der kommunistischen Fraktion, daß die Personalvertretungsvorschrift in Wien keine gesetzliche Gültigkeit hat, weil sie auf Grund eines kommunistischen Antrages aufgehoben wurde. Gewerkschaft und Personalvertretung sorgen aber dafür, daß die Bediensteten der Gemeinde Wien ausreichend geschützt sind.

Die Anfangsbezüge haben in den letzten Jahren eine wesentlich stärkere Erhöhung erfahren als die anderen Bezüge. Eine Krankenschwester, die aus der Schule kommt, erhält zum Beispiel sofort 1.797 Schilling; dazu kommen die Erschwerniszulage von 234 bis 270 Schilling, die Überstundenzulage von 225 Schilling, die Nachtdienst- und Nachtpflegezulage beträgt 46.50 Schilling, außerdem gibt es noch verschiedene Gefährdungszulagen sowie Bereitschaftsdienstzulagen.

./.

Das Zulagensystem ist sicherlich keine ideale Lösung, hat aber den betroffenen Kollegen und Kolleginnen immerhin eine entsprechende Besserstellung gebracht. Darüber hinaus ist im öffentlichen Dienst zu bedenken, daß die Bediensteten weitgehende Vorrückungsmöglichkeiten haben. Schrittmacherdienste leistete die Gemeinde Wien auch bei der 50prozentigen Überstundenentlohnung, während alle anderen Gebietskörperschaften und auch die Privatwirtschaft lange Zeit für die 46. bis 48. Stunde nur einen 25prozentigen Zuschlag gegeben haben.

Die Disziplinarvorschriften sind sicherlich verbesserungswürdig, die darin enthaltenen Strafbestimmungen treffen aber nur eine ganz dünne Schicht von Bediensteten, während der größte Teil der Straßenbahner voll und ganz seine Pflicht erfüllt.

Der Stellenplan der Gemeinde Wien ist auf einem realen Personalstand aufgebaut, wogegen der Dienstpostenplan des Bundes für 1964 beispielsweise 4.000 neue Lehrerposten enthält, obwohl Fachleute wissen, daß man nur 1.000 bis 1.500 zusätzliche Lehrer wird finden können.

Durch weitere Verhandlungen sollen Verbesserungen für die Gemeindebediensteten erreicht werden. An vielen Beispielen ist ersichtlich, daß die Gemeinde Wien sozialer gehandelt hat als es dem Bund möglich war.

Über eine Pensionsrechtsnovelle beziehungsweise eine Neufassung des Pensionsgesetzes sind Verhandlungen noch im Gange. Eine Reform ist hier höchst notwendig. Darum hat das Parlament schon am 7. Dezember 1956 die Regierung zur Vorlage eines neuen Pensionsgesetzentwurfes aufgefordert. Übrigens wird in dem neuen Entwurf der Hilflosenzuschuß der Gemeinde Wien als sogenannte Pflegezulage enthalten sein. Auch hier wieder ist also die Gemeinde Wien Wegbereiterin von Verbesserungen auch für die Bundesbediensteten.

Es sei darauf hingewiesen, daß trotz der gewaltigen Aufbauarbeit der letzten Jahre eine Erhöhung des Personalstandes nicht erfolgt ist. Dies ist ein Beweis für die anerkennenswerte Leistung der Gemeindebediensteten.

Zum Schluß sei noch all jener Gruppen gedacht, die auch ohne Aussicht auf weitere Aufstiegsmöglichkeit voll und ganz ihre Pflicht erfüllen, wie etwa die Friedhofs- oder Koloniaarbeiter und andere. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

./.

Nach Schluß der Debatte ergreift Vizebürgermeister Slavik als Referent das Wort:

Nach dem Gesamteindruck der Debatte könnte man Minderwertigkeitskomplexe bekommen, denn gegenüber dem Negativen ist das Positive zu wenig zum Ausdruck gekommen und es wurden Dinge in den Vordergrund gerückt, die nicht ausschlaggebend sind.

So ist beim öffentlichen Dienst nicht die Bezahlung das eigentliche Problem, sondern die Arbeitszeit. Wer arbeitet schon gerne am Sonntag oder am Samstag. (Zwischenruf Gr. Frau Dr. Stürzer ÖVP "Die Gemeinderäte!") Man denke an das aktuelle Problem des Dienstes am Heiligen Abend. Die Fünf-Tage-Woche ist im öffentlichen Dienst eben nicht überall möglich.

Auch in der Privatwirtschaft zeigt sich Personalmangel, aber dort hat die Handelskammer zu dessen Behebung noch nie eine Erhöhung der Löhne gefordert.

Zu der angeschnittenen Frage der Fürsorgerinnen sei gesagt, daß es nicht angeht, daß eine Beschäftigungsgruppe ihre Vertreter zu allen Parteien in den Gemeinderat schickt, um ihre Forderungen durchzusetzen. Auf diese Art kann man nicht verhandeln. Bei den Fürsorgerinnen muß genauso wie bei anderen Berufsgruppen die Frage der Vorbildung bei der Entlohnung eine Rolle spielen. Man kann nicht eine Gruppe isoliert betrachten. Die Probleme liegen im einzelnen sehr kompliziert. In jedem Fall müssen gerechte Lösungen gefunden werden, daß nicht durch Bevorzugung einer Gruppe alle anderen verärgert werden. Es wird daher dem Gemeinderat empfohlen, den vorliegenden Antrag der Gemeinderäte Dr. Hubinek und Wohlmuth abzulehnen.

Die vom Gemeinderat Dr. Schmidt erwähnten periodischen Untersuchungen werden ohnehin durchgeführt, ebenso gibt es bereits Gift- und Gefahrenzulagen. Auch ist ab 1. Jänner 1964 eine Erschwerniszulage für Kindergärtnerinnen und Kindergartenhelferinnen sowie eine Erhöhung der Leiterinnenzulage vorgesehen.

Zur Frage der Krankenschwestern sei bemerkt, daß die Zulagen der Ärzte mit denen der Schwestern nicht vergleichbar sind. Auch die Frage eines Schwestern- Revierements ist eine sehr

./.

schwierige. Es müssen hier noch Verhandlungen auf Gewerkschaftsebene durchgeführt werden.

Auch kann man das Einkommen der Gemeindebediensteten mit dem in der Privatindustrie nicht vergleichen. Man muß vielmehr den Anfangs- und den Endbezug ins Auge fassen und daraus einen Lebensdurchschnitt berechnen.

Hier gilt es immer wieder einen Weg zu finden, den man als halbwegs gerecht bezeichnen kann.

Ich habe nicht gesagt, daß wir nur auf die Lage des Bundes Rücksicht nehmen. Was wir anstreben, ist eine möglichst einheitliche Regelung für ganz Österreich! Das schwierigste Problem ist dabei die Einstufung einheitlich zu regeln.

Die Gemeinde soll Schrittmacher sein - wenn Sie die Zeitungen genau lesen, werden Sie sehen, wo wir vorausgegangen sind und wo wir nicht vorausgehen konnten.

Disziplinarstrafen: Wir haben als Gemeinderäte nicht nur auf die Angestellten Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die Interessen der Wiener Bevölkerung. Und bei Alkoholdelikten tun wir Recht daran, wenn wir streng sind, weil eine Gefahr für die Bevölkerung damit verbunden ist, wenn zum Beispiel ein Straßenbahnfahrer alkoholisiert hinter dem Führerstand steht.

Die Rechte der Personalvertretung: Ich glaube, daß die Personalvertreter bei uns mehr Rechte haben als dort, wo sie gesetzlichen Schutz genießen. Im übrigen soll der Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes bereits vorhanden sein; doch ist dies Sache des Bundes.

Ich soll gesagt haben, Geld spielt keine Rolle - so einen Finanzreferenten gibt es auf der ganzen Welt nicht, der das sagt.

Gehälter nur im Nachziehverfahren: das ist der alte Streit, wer war früher da, das Ei oder die Henne? Was aber die öffentlich Bediensteten anlangt, speziell die Gemeindebediensteten, schauen wir uns doch die Gehaltssummen an und wie die Gehälter in den letzten Jahren gestiegen sind.

./.

Zu den Dienstesentsagungen bemerkt der Referent, daß es tatsächlich nur 400 waren. Und hier muß man auch sehen, welcher Art diese Dienstesentsagungen gewesen sind: wenn eine Frau ein Kind bekommt und zu Hause bleiben will, dann kann sie selbstverständlich des Dienstes entsagen, ebenso kann eine Frau innerhalb von zwei Jahren nach der Eheschließung des Dienstes entsagen und bekommt noch eine Abfertigung. Und dann schließlich gibt es die Fälle, wo Menschen Posten finden, die ihren Wünschen besser entsprechen.

Was die Untersuchungen bei unseren Röntgengeräten anlangt, versichert der Referent, daß die Verpflichtung zur regelmäßigen Untersuchung da ist, und daß auch untersucht wird. Wie dies geschieht, müsse er jedoch den Ärzten überlassen.

Freunderlwirtschaft und Protektion - das lese ich immer in der Zeitung. Was soll ich tun? Das hören Sie überall!

Eine wirkliche Schwierigkeit ist eine Lösung für die freien Tage bei den Verkehrsbetrieben. Aber auch hier gibt es kaum eine Lösung, mit der alle zufrieden sind.

Die Trennung Pensionisten - Versorgungsfälle wird im Voranschlag 1965 vorgenommen werden.

Was die Strafrichtlinien anlangt, ist zu sagen, daß es bei Straffreiheit auch eine Prämie gibt. Daß die Höhe der Strafe nicht mehr entspricht ist richtig. In Zukunft wird es Ermahnungen und Ordnungsstrafen geben. Diese neuen Strafrichtlinien sollen Anfang des Jahres 1964 in Kraft treten.

Daß ein Bediensteter für eine Arbeit eine Zulage bekommt, ein anderer für die gleiche Arbeit aber nicht, ist nicht glaubhaft. Es sei denn, daß die Einreihung eine andere ist. So kann zum Beispiel ein Leiter, auch wenn er selbst maschinschreibt, keine Maschinschreibzulage erhalten.

Der Stellenplan ist sicherlich nicht sehr praktisch. Nach den Stellungnahmen kommt man aber zur Ansicht, daß man vielleicht 15 Magistratsdirektor-Posten und 200 Obersenatsratsposten haben möchte. Sicherlich könnte man dann so manche Wünsche erfüllen. "Es wäre ja schön, lauter Leiter zu haben, aber schließlich brauchen wir auch ein paar Leute, die etwas arbeiten können", bemerkte scherzhaft Vizebürgermeister Slavik. Tatsächlich ist es so, daß auch bei der Gemeinde die tüchtigen und fleißigen Beamten vorwärtskommen. Die Auswahl bei Beförderungen erfolgt

./.

nicht nur durch den Abteilungsleiter, sondern im Zusammenwirken mit dem Vertrauensmann.

Was die KFA anlangt und die Leistung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Abschlagszahlungen, wird man vor einer Entscheidung noch beraten müssen.

Im übrigen bittet der Referent den Ansätzen die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Verwaltungsgruppe I mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Beschlußantrag der Gemeinderäte Dr. Marga Hubinek und Wohlmuth wurde gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ und KLS abgelehnt.

Die Beratungen über den Voranschlag 1964 werden Montag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt werden. Referent ist Vizebürgermeister Mandl (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes).

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Kulturleben in Wien

9. Dezember (RK) Am dritten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) behandelt. Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Ich darf zum 15. Male das Budget der Verwaltungsgruppe III vorlegen. Meine Mitarbeiter und ich feiern also heute ein kleines Jubiläum und begehen dies in dem Gefühl der Dankbarkeit und Genugtuung darüber, daß wir mithelfen konnten, unserer Stadt auch im kulturellen Bereich die Wunden des Krieges zu heilen und Impulse für ein neues Leben in einer neuen Zeit zu geben.

Die Ansätze des Jahres 1964 betragen 443,621.000 Schilling, sind also um 65,347.000 Schilling höher als die des Jahres 1963. Von diesem Gesamtansatz entfallen auf den Kultursektor 162,715.000 Schilling, das sind rund 15,6 Millionen Schilling mehr als wir in diesem Jahr verfügbar hatten. Die Mittel für das Schulwesen betragen 280,905.000 Schilling, zeigen also eine Erhöhung um rund 49,700.000 Schilling.

Das Budget hat sich damit gegenüber dem des Jahres 1963 um 17 Prozent erhöht.

Idole statt Ideale

Wir leben in einer Zeit, in der durch die rasante Entwicklung aller Kommunikationsmittel unser gesamtes Leben einer grundlegenden Wandlung unterworfen ist. Man überbrückt riesige Entfernungen, und dies in einem Tempo, wie das vor 20 Jahren noch unvorstellbar

./.

gewesen wäre. Atomgetriebene Schiffe können monatelang ohne Treibstoffaufnahme die Meere befahren, man arbeitet an Flugzeugen, die uns in zwei Stunden von Europa über den Atlantik nach Amerika bringen, und es ist heute gar nicht auszudenken, welche Überraschungen uns in den nächsten 20 Jahren die Entwicklung der Raketentechnik noch bescheren wird.

Daß diese Gegebenheiten nicht ohne Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Leben und seine Struktur bleiben können, ist wohl selbstverständlich. Distanzen, die uns noch vor 100 Jahren zwangen, nur in waghalsigen Expeditionen Kenntnis von anderen Völkern und ihrem Leben zu erlangen, sind heute zu Nichts zusammengeschrumpft, diese Völker selbst haben Jahrhunderte der Entwicklung übersprungen - ihre Probleme sind auch die unseren geworden, ob wir dies wahrhaben wollen oder nicht.

Bei der Schwerfälligkeit der Einrichtungen unseres gesellschaftlichen Lebens, dem starken Trägheitsmoment, das alte Formen des Zusammenlebens und der Wirtschaft nur ungerne aufgibt - man denke nur an die Schwierigkeiten, die sich der so notwendigen Integration Europas entgegenstellen -, wird die Kluft zwischen gesellschaftlichem und technischem Fortschritt immer größer. Die Menschen sind in eine Unsicherheit geraten, die im geistigen Bereich unserer Gesellschaft immer mehr wirksam ist.

Altgewohnte Gesetze gesellschaftlichen Lebens brechen zusammen, für den einzelnen und die Gemeinschaft haben Jahrhunderte alte Leitbilder ihre Gültigkeit verloren - und neue Vorbilder werden gesucht. Ideologien gehen verloren, Idole treten an ihre Stelle. Die Massenmedien Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen sorgen dafür, daß diese Idole und das um sie herum aufgezogene Geschäft mit den primitiven Instinkten der Menschen im Wege einer raffinierten Zweckpsychologie als moderne Propaganda an die Massen herangebracht werden.

./.

Dies alles führt zu einer vollkommenen Umkehrung der Werte in unserem gesellschaftlichen Leben. Eine Nitribitt, eine Keeler, ein manchmal unter Doping stehender, siegreicher Sportler werden zu Weltstars, bevölkern die Titelseiten der Zeitungen, erscheinen in Überlebensgröße auf der Breitwand der Kinos, werden von Zehntausenden mit Jubel empfangen, obwohl ihr Tun ohnehin einen mehr als ausreichenden Lohn findet. Ich werde nie vergessen, wie die "Sieger von Cortina" auf dem Westbahnhof von einer zehntausendköpfigen Menge empfangen wurden und fast zur gleichen Stunde unser berühmtestes Orchester - das mindestens ebensoviel zur Weltgeltung Österreichs beigetragen hat - unbeachtet den gleichen Bahnhof verließ.

Der Bürgermeister hat vor kurzem die Preisträger und ausgezeichneten Bürger der Stadt Wien empfangen. Es war die geistige Elite unserer Stadt im Rathaus versammelt. Niederschlag in der Presse vier Zeilen - ich möchte fast sagen, unter "Allfälligem". Dieses Hochspiel gewisser, nicht immer einwandfreier Mitglieder der Gesellschaft führt zur Grundhaltung einer Gemeinschaft, die in unserem Lande - um nur ein Beispiel zu nennen - zu einer starken Unterbewertung der geistigen Arbeit und des kulturellen Erlebnisses geführt hat.

Sport:Konzert = 68.5:8

Die Arbeiterkammer Wien hat in einer Freizeituntersuchung festgestellt, daß 68.5 Prozent der Arbeiter zwischen 18 und 30 Jahren Sportveranstaltungen besuchen, aber nur acht Prozent von ihnen waren im Berichtsjahr in einem Konzert, fünf Prozent besuchten eine Volkshochschule.

Von 1.000 Einwohnern studieren bei uns fünf an Hochschulen, während es in der Sowjetunion mehr als 25 und in den Vereinigten Staaten 22 sind.

Darüber hinaus fasziniert das Phänomen einer in Österreich nie erlebten Konjunktur die Menschen und trägt mit dazu bei, die Wertskala im sozialen Geschehen zu verändern.

./.

Wir haben im vergangenen Jahr acht Milliarden vertrunken und 3.6 Milliarden verraucht, 393 Millionen Schilling werden als Eingänge bei Glückspielen wie Toto und diversen Lotteriespielen erwartet. Aus den 4.000 Musikautomaten in Österreich werden zum Beispiel 144 Millionen jährlich "erspielt".

Nun gehen anscheinend die schon erwähnten Bestrebungen, den Menschen von heute an Stelle der alten Ideale praktischer Ersatzbilder zu geben, Hand in Hand mit einer gewissen Wohlstandspassivität, die wie eine schleichende Krankheit den Menschen erfaßt. Wir haben heute schon Mangel an Kräften in allen Bereichen des wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens. Die Konserve, serviert von den Massenmedien, erstickt die eigene Aktivität.

Wir freuen uns unseres Fortschrittes in allen Bereichen der Zivilisation und merken in diesem Sattsein gar nicht, wie sehr unser geistiger Standard zu sinken droht.

Ich würde den Kulturredakteuren unserer Presse raten, einmal zu untersuchen, wie sehr Echtes und Wertvolles hinter einer gewissen Kulturfassade abzubröckeln beginnt und wie oft Kulturnachrichten-nicht Kulturskandälchen und Intrigen-Schlagzeilen in ihren Zeitungen bringen.

Technische Perfektion ist nicht Kulturelle Leistung

Das Wiener Musikleben wird nicht getragen von einigen hundert auserwählten Besuchern der Philharmonischen Konzerte, sondern von den tausenden begeisterten jungen Menschen, die die Konzerte der Musikalischen Jugend besuchen und die letzten Endes über die Schülerkonzerte den Weg zur Musik fanden und in den Musikschulen aktiv Musikpflege betreiben.

./.

Und das Wesen echter kultureller Leistung ist nicht die technische Perfektion. Es kann sein, daß bei einer Opernaufführung, bei der dem Dirigenten ein Subdirigent, dem Souffleur ein Subsouffleur und dem Friseur ein Subfriseur beigegeben werden, eine solche technische Perfektion erreicht wird, daß das Publikum in den Jubelschrei ausbricht: Großartig! Fast so gut wie eine Schallplatte! Aber diese Perfektion macht nicht die Kultur eines Volkes aus, auch wenn sich noch so viele Kulturredakteur die Finger wund schreiben. Ich bin für Spitzenleistungen. Sie sind nötig. Aber wenn sich die Basis für diese Spitze immer mehr zu verkleinern beginnt, wird langsam nurmehr die glänzende Fassade als Rest einstiger Größe übrig bleiben.

In unserer Staatsoper manifestiert sich der letzte Traum von der einstigen Großmacht Österreichs. Es ist nicht der schlechteste Zug an uns, Großmachtträume im Kulturellen zu träumen, aber es ist doch ein sehr aus der Vergangenheit genährter Traum. Weltgeltung zum Beispiel für unser Schulwesen und die Wiener Universität zu erreichen, erschiene mir, bei aller Wertschätzung der Oper, doch mehr in die Zukunft zu weisen und vermöchte vielleicht eine neue, gute Grundlage für unser zukünftiges Leben zu schaffen.

Um ein neues Kulturbewußtsein

Hier liegt auch eine große Aufgabe der Volksbildner, der Bildungsfunktionäre der Parteien, der Erziehungsorganisationen und all derer, die im kulturellen Leben dieser Stadt aktiv tätig sind. Deshalb sehen auch wir es selbst als Verpflichtung an, alle kulturpolitischen Maßnahmen in den Dienst der Volkserziehung und Volksbildung zu stellen. Wir bemühen uns, ein neues Kulturbewußtsein im Rahmen unserer Gemeinschaft zu wecken, und benutzen jede Gelegenheit dazu, dies zu tun. Ich möchte dabei nicht verkennen, daß die von mir kritisierten Massenmedien auch einzigartige Instrumente der Volksbildung und der Information sein können - wenn sie sich dieser wichtigen Funktion mehr als bisher bewußt werden und wir sie zu diesem Zwecke benützen.

Es ist daher selbstverständlich, daß wir allen Volksbildungsinstitutionen größte Hilfe angedeihen lassen, soweit dies nur möglich ist.

./.

Der Verband der Wiener Volksbildung erhält im kommenden Jahr eine Subvention von 2,6 Millionen Schilling, wir konnten ihm damit seit 1950 mehr als 20 Millionen an Unterstützungen geben und die jährliche Subvention innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppeln.

Im kommenden Jahr wird auch das 1959 begonnene großzügige Bau- und Renovierungsprogramm abgeschlossen, das Mittel in der Höhe von rund 60 Millionen erfordert. Das ist eine auch international gesehen bedeutende kommunalpolitische Leistung. Der Abschluß dieses Bauprogrammes schafft einen guten, zeitgemäßen äußeren Rahmen, der nun der Ergänzung auf pädagogischem Gebiete dringend bedarf. Wir werden uns darüber mit den Funktionären der Wiener Volksbildung beraten müssen.

Im Juni 1964 wird auch der Bau des Wiener Planetariums abgeschlossen werden, das einen Kulturfilmsaal und das Pratermuseum beherbergen wird. Die Gesamtkosten des Planetariums samt Einrichtung betragen 22,3 Millionen Schilling.

Einen sehr wesentlichen Beitrag zur Volksbildung leisten unsere Städtischen Büchereien, deren 48 Zweigstellen und sechs Sonderbüchereien über das ganze Stadtgebiet verstreut sind.

Die Zweigstellen wurden in den letzten Jahren einer gründlichen Renovierung unterzogen und präsentieren sich in bestem Zustand.

Jeder der 48 Zweigstellen ist eine Kinderbücherei angegliedert, in denen der Kampf gegen das Schundbuch durch Hinleiten zum guten Buch in positiver Form geführt wird.

1964 wird in der neuen Hauptschule 16, Grundsteingasse, eine weitere Zweigstelle der städtischen Büchereien errichtet.

Wir zählen in den Städtischen Büchereien fast 60.000 Leser mit 1,469.686 Entlehnungen. Der Aufwand für die Städtischen Büchereien beträgt rund 13 Millionen Schilling.

Für die Förderung der österreichischen zeitgenössischen Literatur steht ein Betrag von rund 700.000 Schilling zur Verfügung.

Unsere Maßnahmen zur Förderung der Wissenschaften werden wie jedes Jahr fortgesetzt. Im Oktober dieses Jahres wurde das Internationale Studentenheim der Stadt Wien seiner Benützung übergeben. Wir haben im Studentenheim 260 inländische Studenten und 104 Ausländer aus 25 Nationen.

./.

Für die Förderung des Notrings der Wissenschaften, des Österreichischen College (Alpbach), der Akademie der Wissenschaften, der Internationalen Stiftung Mozarteum, der Biologischen Station Wilhelminenberg, des Institutes für Wissenschaft und Kunst, zur Gewährung von Zuschüssen für Forschungsreisen und für weitere Subventionen an wissenschaftliche Gesellschaften sowie zur Herausgabe der "Wiener Schriften" stehen 1964 1,1 Millionen Schilling zur Verfügung.

Der Wiener Gemeinderat hat am 1. Juli 1960 das Stipendienwerk der Stadt Wien beschlossen, das damals mit 2,2 Millionen Schilling dotiert war und 1963 einen Betrag von 4,5 Millionen Schilling zur Verfügung hatte.

Am 16. Oktober 1963 hat der österreichische Nationalrat das Studienbeihilfengesetz verabschiedet, das jedem Studenten, dessen soziale Verhältnisse und Studienerfolge den Bestimmungen entsprechen, einen gesetzlichen Anspruch auf ein Hochschulstipendium gibt.

Der Nationalrat hat damals den einzelnen Ländern, Gemeinden und Körperschaften empfohlen, die nun freiwerdenden Summen nicht einzubehalten, sondern der Förderung des Mittelschulstudiums, besonders der technischen Richtung und der Hilfen für den zweiten Bildungsweg zu widmen.

Wir in Wien werden diesem Wunsch voll und ganz entsprechen und die Mittel des Stipendienwerkes auch für die Studenten an den zu schaffenden pädagogischen Akademien freihalten.

Gegenwärtig wird auch überprüft, wieweit die Vergabe von Arbeitsstipendien für Forschungsaufträge an junge Wiener Gelehrte durchführbar ist.

Wiener Kunstleben

Dem Kunstleben Wiens gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir helfen, wo wir helfen können, und sind ehrlich bestrebt, den rechten Weg zu finden. Leider stoßen wir hier oft in ein dichtes Gestrüpp von Intrigen, zu dem die Presse manchmal ihr gut Teil beiträgt.

Oft scheint es mir, daß allein die Geisteskraft, die hierzulande darauf verwendet wird, Bonmots über andere zu erfinden, oder geschickte Stolperdrähte zu legen, positiv angewandt ausreichen würde, das Kulturleben einer mittleren Kleinstadt aufrechtzuerhalten. Ich habe mir aber erzählen lassen, es sei anderswo nicht anders.

./.

Wir tragen weiterhin zur muskalischen Erziehung unserer Jugend bei und veranstalten im kommenden Jahr wieder unsere Schülerkonzerte. Es wird Sie interessieren, daß die Stadt für jeden Schüler 16 Schilling pro Konzert ausgibt und daß wir seit Einführung der Konzerte im Jahre 1951/52 rund 700.000 Schüler erfaßten.

Die ersten Früchte dieser Arbeit zeigen sich bei der Musikalischen Jugend, die in dieser Saison allein das Wiener Konzertleben mit 139 Konzerten bereichert.

Den Hauptanteil an der musikalischen Erziehung unserer Jugend im Rahmen der Stadtverwaltung tragen wohl die Musiklehranstalten, an denen gegenwärtig 9.311 Schüler von 195 Lehrkräften unterrichtet werden.

In den letzten Wochen ist über die Wiener Symphoniker in einzelnen Blättern geschrieben und von einer Krise bei diesem Orchester berichtet worden.

Die Wiener Symphoniker sind der wesentlichste Faktor im Wiener Konzertleben, das ohne sie gar nicht denkbar wäre. Sie haben also eine spezifische Aufgabe und sind in dieser Hinsicht mit den Philharmonikern nicht zu vergleichen, die ja im Hauptberuf Staatsopernorchester und in ihrer Freizeit als Mitglieder des Vereines Wiener Philharmoniker auftreten. Sie haben eine andere Aufgabe - das bedingt, daß sie auch eine andere Organisationsform haben müssen.

Die Symphoniker haben für 1964 einen Subventionsbedarf von 11,700.000 Schilling, von dem die Stadt Wien 7,800.000 Schilling leistet und der Bund 3,900.000 Schilling beiträgt.

Direktor Kolisko, der im nächsten Jahr in den Ruhestand tritt und dem wir für seine Arbeit herzlich danken (er hat im Jahre 1961 die Ehrenmedaille der Stadt Wien erhalten), soll nun einen Nachfolger bekommen. Das scheint wieder Anlaß genug zu sein, mit einem in Wien üblichen Intrigenspiel zu beginnen. Wir werden auch diese "Direktionskrise" lösen, allerdings nicht so, wie sie uns manche Presseleute einreden wollen.

Im Feber 1964 werden die **Wiener Symphoniker ihre erste Amerikatournee** absolvieren. Sie umfaßt in fünf Wochen 32 Konzerte, in New York, Washington, Chicago, Detroit, Bosten usw. Um diese Tournee zu ermöglichen, haben wir einen Amerikafonds geschaffen, zu dem die Stadt Wien 450.000 Schilling als außerordentliche einmalige Zuwendung beiträgt und der in der Gesamtsumme 1,195.134.65 Schilling beträgt.

./.

Wenn in unserer Stadt neben der Musik auch die Bildende Kunst wieder zu Ehren gekommen ist, so verdankt sie das in großem Maße der Förderung durch die Stadtverwaltung.

Wir fangen, wie immer, schon bei der Jugend an, um sie in Kontakt mit dem guten Bild zu bringen.

Wir haben derzeit 30 Schulgalerien in unseren öffentlichen Pflichtschulen und 29 Galerien in Volkshochschulen, Jugendgästehäusern, Krankenhäusern, Altersheimen und jetzt im Internationalen Studentenheim. Wir denken nun daran, eine geeignete Auswahl unserer Ankäufe als "Galerie der Malerei der Gegenwart" zusammenzustellen und in einzelne Bezirke auf Wanderschaft zu schicken.

Für Aufträge an Künstler und Ankäufe steht ein Betrag von rund vier Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Bildhauerwerkstätten, die wir vor zwei Jahren eröffnen konnten, erfreuen sich einer guten Frequenz, der Verband der Wiener Bildhauer hat sie in treuhändige Verwaltung übernommen.

Für das Jahr 1964 ist als Abschluß der Ausstellungsreihe "Bahnbrecher der modernen Malerei", die 1958 mit Van Gogh begann und über Munch, Gauguin, Cézanne und Hodler im Vorjahr in die Secession führte, eine Großausstellung "Wien um die Jahrhundertwende" geplant. Die Hauptschau wird in der von der Stadt Wien um rund 6,5 Millionen Schilling nach den Plänen Olbrichs umgebauten Secession eingerichtet und damit dieses Gebäude nach dem Umbau wieder seiner Bestimmung übergeben.

Die wirtschaftliche Situation der Wiener Privatbühnen hat sich nur insoferne verändert, als ihr Zuschußbedarf weiter gestiegen ist. Wenn diese hohen Zuschüsse, die vor 1938, in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise merkwürdigerweise nicht gegeben wurden, wegfielen, so wäre das gleichbedeutend mit der Schließung dieser Bühnen.

Insgesamt werden von der Stadt Wien im kommenden Jahre rund 10,500.000 Schilling für die Unterstützung der Wiener Theater ausgegeben werden.

Die Zahl der Besucher ist fast unverändert geblieben. Jedem dieser Besucher, der eine Karte an der Kasse kauft oder seinen Abonnementsitz bezieht, legt die Stadt Wien unsichtbar beim Volkstheater 13.88 Schilling, bei der Josefstadt 16.90 Schilling und beim Raimundtheater 17.99 Schilling dazu.

./.

Es müßte sich jede Karte um diesen Betrag verteuern, würde der Etat der Bühnen von ihren Besuchern getragen. An der Kasse beim Kartenkauf steht aber nicht nur der städtische Steuerzahler, sondern auch der staatliche und legt über die Bundessubvention und aus sonstigen Quellen weitere Mittel zu. Im österreichischen Durchschnitt wird jede Theaterkarte etwa zu 60 bis 70 Prozent von der Öffentlichkeit subventioniert.

Die Verwendung des Theaters an der Wien hat sich noch nicht ganz eingespielt. Im Jänner dieses Jahres fanden Verhandlungen mit der Bundestheaterverwaltung statt, in denen diese als ihren Bedarf für 1963/64 rund 170 Termine im Theater an der Wien fixierte. Am 8. November wurde die Direktion verständigt, daß die Bundestheater das Theater an der Wien für 1963/64 nicht mehr bespielen würden. Durch diese plötzliche Absage entstand ein nicht mehr zu füllendes Vakuum und dem Haus ein Verlust von 1,6 Millionen Schilling. Ich hoffe, daß meine Gespräche mit dem Herrn Bundesminister für Unterricht eine Erleichterung der Situation herbeiführen werden.

Erfreulich ist, daß nun die Verhandlungen über die Gestion des Theaters der Jugend zum Abschluß gelangt sind.

Wir werden alles tun, um nun in der Spielzeit 1964/65 zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Theater der Jugend zu kommen, und wir wissen genau, daß wir dazu auch finanziell beitragen müssen. Aber es wäre doch schön, wenn es gelänge, in Wien das erste Jugendtheater Westeuropas zu etablieren.

Das Archiv der Stadt Wien hat die Übersiedlung seiner Bestände in das Archivgebäude Kandlgasse zu einem Großteil abgeschlossen. Es zählt mit 31. Oktober 10.971 Urkunden, 46.812 Aktenfaszikel, 39.434 Buchhandschriften-Bände und 5.882 Pläne.

Die Stadtbibliothek konnte ihr für die Musiksammlung schon dringend notwendig gewordenes Notendruck-Depot fertigstellen und die Übersiedlung der Bestände durchführen.

Die Leserzahl beträgt mit Ende Oktober 19.420, die Zahl der entlehnten Werke 28.626 in 49.364 Bänden.

Auch das Museum der Stadt Wien hat seine Bestände in den letzten Jahren um wertvolle Einzelstücke und Sammlungen erweitern können. Es ist gerechtfertigt, wenn man die Behauptung aufstellt, daß der Wert der Bestände des Museums sich im letzten Jahrzehnt fast verdoppelt hat.

./.

Die Wiener Schulen

Ich komme zu einem sehr wesentlichen Kapitel meines Arbeitsbereiches, dem Wiener Schulwesen.

Für die Wiener Pflichtschulen sind im Budget des Jahre 1964 280,905.900 Schilling eingesetzt, das ist eine Steigerung gegenüber 1963 um 49,700.000 Schilling.

Im Schuljahr 1963/64 gibt es in Wien 312 öffentliche Volks-, Haupt- und Sonderschulen mit 2.786 Klassen und 76.457 Schülern. Das sind wieder um 19 Klassen und 651 Schüler weniger als im Vorjahr.

Der Schülerdurchschnitt beträgt pro Volksschulklasse 30.66, pro Hauptschulklasse 28.45.

Damit ist aber auch der Tiefpunkt in der Zahl der Wiener Pflichtschüler erreicht.

Entsprechend der Steigerung der Geburtenzahlen wird sich auch die Schülerzahl in den nächsten Jahren erhöhen. 1967/68 ist mit rund 100.000 Pflichtschülern zu rechnen, ohne die Schüler des neunten Schuljahres, die ungefähr 4.500 bis 4.800 betragen dürften.

Ich habe schon im Vorjahr anläßlich der Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß wir in den nächsten Jahren immer wieder gezwungen werden, neue Schulhäuser zu bauen, und dafür drei Gründe angegeben:

Das Abwandern der Bevölkerung aus den Innenbezirken in die großen Siedlungsgebiete am Stadtrand.

Die Einführung des neunten Schuljahres, das uns zusätzlich rund 4.500 bis 4.800 Schüler bringt; und

Das Sterben der oft mehr als 100 Jahre alten Schulgebäude.

Wir werden uns mehr als bisher mit dem Bau von Schulen aus Fertigteilen beschäftigen müssen, da sie rasch errichtet, verhältnismäßig billig und in der Ausstattung sehr ansprechend sind.

Die Stadt Wien hat seit 1945 insgesamt 38 Schulneubauten fertiggestellt. Ich darf wohl sagen, daß noch nie in so kurzer Zeit so viele Schulbauten errichtet wurden. Wir haben für Schulneubauten seit 1955 rund 400,000.000 Schilling ausgegeben.

Die Modernisierung der alten Schulhäuser wird fortgesetzt. Allein 1963 waren 27 Pflichtschulgebäude in Arbeit und sind zum Großteil fertiggestellt.

1964 werden die restlichen Schulgebäude überholt und damit das Generalrenovierungsprogramm abgeschlossen.

./.

Daneben laufen die Aufwände für den Schulbetrieb, die ebenfalls bedeutende Geldmittel verschlingen. Was für die Hand des Schülers bestimmt ist und anderswo von den Eltern beizustellen ist, erreichte in zehn Jahren einen Betrag von fast 70 Millionen Schilling.

Die Beratungen mit dem Stadtschulrat für Wien über den Bedarf an Schulraum für das polytechnische Schuljahr, das ja 1966/67 eingeführt werden soll, sind im Gange. Unsere Arbeit wird nur sehr erschwert, weil wohl allgemeine Vorstellungen über dieses neunte Schuljahr existieren, aber die Lehrpläne, auf die unsere Arbeit erst aufgebaut werden kann, noch nicht vorliegen.

Ich habe schon im Vorjahr erwähnt, daß wir in Wien das polytechnische Jahr womöglich in eigenen Gebäuden absolvieren lassen wollen.

Die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen haben in diesem Schuljahr 1963/64 35.846 Schüler in 1.096 Klassen.

Diese Schülerzahl wird in den nächsten Jahren stark absinken. Der Rückgang wird besonders stark in den Jahren 1966/67 bis 1968/69 sein, wenn durch die Auswirkungen des neunten Schuljahres nur jeweils zwei Jahrgänge die Berufsschulen besuchen werden.

Die Modeschule der Stadt Wien hat ihre führende Position innerhalb gleichgearteter Schulen weiter ausgebaut. Sie hat in der Fachwelt guten Ruf und wer ein wenig in der einschlägigen Fachliteratur nachliest, findet dies auch bestätigt.

Die Erfolge der Schule bei nationalen und internationalen Wettbewerben sind bekannt. Ich erinnere an den Bewerb um die "Goldene Bayer-Schere", in dem die Modeschule gegen die Konkurrenz von zehn anderen europäischen Modeschulen den ersten Preis errang.

Ich erinnere daran, daß die Uniformen der weiblichen Heeresangestellten, der Hostessen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien und der Kindergärtnerinnen im Weltausstellungspavillon Brüssel von der Modeschule entworfen wurden.

Auch in diesem Jahr war die Modeschule bei einem Internationalen Wettbewerb in der Schweiz wieder erfolgreich.

Die Landesbildstelle ist in ihr neuadaptiertes Gebäude eingezogen und hat dort den Betrieb aufgenommen. Die Gesamtkosten dieser Adaptierung betrugen 4,8 Millionen Schilling.

.//.

Für die außerschulische Betreuung der Wiener Jugend sorgt das Landesjugendreferat der Stadt Wien.

Es arbeitet mit dem Stadtschulrat für Wien und den Organisationen des Bundesjugendringes zusammen und führt die kulturellen Jugendzentren. Wir zählen zu den Modell- und Versuchseinrichtungen das Zentrum in Erdberg und das Haus in der Zeltgasse.

In Erdberg sind derzeit 45 Jugendgruppen untergebracht. Es wurde Ende 1959 eröffnet und erwartet im kommenden Jahr 40.000 Besucher. Das Haus in der Zeltgasse zählt derzeit 92 Gruppen und erwartet im nächsten Jahr den 60.000. Besucher. Wir werden 1964 in der Nähe des Matzleinsdorfer Hochhauses ein drittes Gebäude seiner Bestimmung übergeben, das vier Klubräume und einen Mehrzwecksaal enthalten wird.

Die Stadt Wien ist in diesem Jahre erstmalig an ihre Jungbürger herangetreten, hat sie zu einer Jungbürgerfeier eingeladen und ihnen ein Jungbürgerbuch geschenkt.

Wir haben gewußt, daß wir damit eine Reihe von Risken eingehen, denn die Erfahrungen, die man mit Jungbürgerfeiern in einer überschaubaren kleinen Gemeinde gemacht hat, und schon dort nicht immer die besten waren, lassen sich nicht auf die Anonymität einer Großstadt übertragen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Jungbürger, soweit sie befragt werden konnten, zu 93 Prozent die Veranstaltung und zu 86 Prozent das Jungbürgerbuch positiv aufgenommen haben.

Wir beschäftigen uns schon jetzt mit der Jungbürgerfeier und dem Jungbürgerbuch 1964 und werden die Erfahrungen dieses Jahres als Grundlage unserer Arbeit nehmen.

Lassen Sie mich nun über die Sportförderung durch die Stadt Wien sprechen.

Wir haben den Sportorganisationen insgesamt 95 Sportanlagen und Spielplätze im Ausmaß von 2,2 Millionen Quadratmeter gegen eine Miete von zwei bis vier Groschen pro Quadratmeter und Jahr zur Verfügung gestellt und betreiben 468 Spielplätze mit einer Fläche von rund 600.000 Quadratmeter in Eigenregie.

Wir haben dazu in diesem Jahre zwei Anlagen fertiggestellt. Wir haben vier Großanlagen in Bau.

Neben diesen Baustellen werden im kommenden Jahr noch zwölf Bauvorhaben begonnen. Für die Fortsetzung der Renovierungsarbeiten

./.

im Wiener Stadion sind sieben Millionen und für den Bau des Radstadions als erste Baurate 2,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Förderung des Amateursportes beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Bau neuer Sportanlagen oder die Vermietung von Grundflächen. Die Sportverbände und Sportvereine erhalten noch eine mannigfache Unterstützung für ihren Sportbetrieb. 3,97 Millionen Schilling flossen 1963 den Sportverbänden allein aus dem Sportgroschen zu, 270.000 Schilling erhielten die Verbände zur Förderung des Kinderturnens.

Von den 314 Turnsälen in den Schulen Wiens wurden 248 an Sportvereine zur Verfügung gestellt.

Mehr als 11.000 Schüler werden beim Schülerschwimmen erfaßt.

Wie beliebt die Kinderspielplätze bei Kindern und Jugendlichen sind, mögen Sie daraus ersehen, daß im Jahre 1963 ungefähr 400.000 Kinder diese Spielplätze besuchten. Auf den städtischen Natureislaufplätzen wurden an durchschnittlich 52 Schleiftagen rund 105.000 Besucher gezählt.

Die Olympischen Spiele

Die Stadt Wien hat sich um die Olympischen Spiele 1968 beworben.

Obwohl diese Bewerbung, entsprechend den olympischen Regeln, rechtzeitig überreicht wurde, lehnte sie das Exekutivkomitee des IOC ab, obwohl dieses Forum für die Annahme oder Ablehnung einer Bewerbung um die Durchführung olympischer Spiele überhaupt nicht zuständig ist.

Diese Vorgangsweise, die auch der Präsident des österreichischen olympischen Komitees, Bundesminister für Unterricht, verurteilt, ist nicht in Einklang zu bringen mit den Grundsätzen der Fairness, die gerade dort Geltung haben sollten, und kennzeichnet die Situation im Internationalen Olympischen Komitee.

Ob wir nach dieser sehr merkwürdigen Vorgangsweise des olympischen Komitees jemals eine neuerliche Bewerbung einbringen werden, sei dahingestellt.

Festwochen

Den Höhepunkt im kulturellen Leben der Bundeshauptstadt bilden die Wiener Festwochen, die im kommenden Jahr in der Zeit vom 23. Mai bis 21. Juni ablaufen werden. Das Programm der Wiener Festwochen wurde vor kurzem der Wiener Presse bekanntgegeben.

./.

Es spannt mit seinem Motto "Anbruch unseres Jahrhunderts - Kunst und Kultur nach der Jahrhundertwende" einen weiten Bogen über alle Zweige unseres kulturellen Lebens, von dem gleichermaßen die Musik, das Theater wie die Bildende Kunst eingeschlossen werden.

Ich darf sagen, daß sich die Vielfalt der Wiener Festwochen noch nie so geschlossen einer gemeinsamen Devise untergeordnet hat wie diesmal, und ich glaube mit Genugtuung vermerken zu können, daß kaum eine Stadt der Welt imstande ist, ein ebenso reichhaltiges Programm aus eigener Kraft zu verwirklichen.

Das Programm wurde vom Intendanten der Wiener Festwochen, Staatsoperndirektor Dr. Hilbert geformt. Es werden seine letzten Festwochen sein, zu denen er als Intendant verpflichtet ist. Er hat es in den drei Jahren seiner Tätigkeit verstanden, die Wiener Festwochen von einem gewissen Schematismus im Programm zu befreien und klar zu machen, daß sie ein Gesamtkonzept haben müssen, in das sich einzuordnen alles bestrebt sein muß, - dafür haben wir ihm herzlich zu danken.

Wir haben rechtzeitig dafür gesorgt, daß ein geeigneter Nachfolger bestellt werden kann, sodaß sich der Übergang in Gestaltung und Durchführung dieser Großveranstaltung nahtlos vollziehen kann. Herr Baumgartner, der neue Intendant, konnte in einem kleineren Bereich beweisen, daß er eigene Ideen hat.

Das Europa-Gespräch 1964 hat sich als Thema gstellt: "Europa im Werden - Entwicklung und Stand der europäischen Integration." Es ist auf einen besonderen Wunsch des Bürgermeisters gewählt worden, der die augenblickliche Krise in den Integrationsbestrebungen für den richtigen Zeitpunkt hält, gerade auf Wiener Boden wieder einmal manch heißes Eisen anzufassen.

Fremdenverkehr

Lassem Sie mich zum Abschluß noch über den Wiener Fremdenverkehr berichten. Ist es doch so, daß der Besuch einer Stadt durch in- und ausländische Gäste einen gewissen Wertmaßstab für die Stadt selbst, für ihre Anziehungskraft, für ihre Wertschätzung im Vergleich zu anderen Städten ist. Wien hat heute wieder eine Faszination in der Welt erreicht, die es zu einem der bedeutendsten internationalen Fremdenverkehrszentren macht.

./.

Wir hatten 1962/63 957.255 Besucher, um 29.445 mehr als im Vorjahr. Der Besuch Wiens nimmt zu, der Inländerreiseverkehr ist allerdings ein wenig zurückgegangen, was durch die steigende Motorisierung erklärbar ist. Die Zahlen des Inländerreiseverkehrs sind überhaupt ein wenig problematisch, da nur jene Besucher gezählt werden, die in Wien nächtigen, während der Tagesgast in der Statistik nicht aufscheint. Der Besuch an ausländischen Gästen ist weiterhin angestiegen. Die Aufenthaltsdauer der Besucher beträgt im Durchschnitt drei Tage. Das kann sowohl bei den Beherbergungsbetrieben, wie in den Jugendgästehäusern und auf den Campingplätzen festgestellt werden. Das ist sehr erfreulich.

In Innsbruck zum Beispiel beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zwei, in Salzburg 2.5, in Zürich 2.5, in Mailand 2.3, in Florenz 2.4, nur Rom kann sich mit Wien messen.

Auch die Zahl der Besucher unserer Jugendgästehäuser und Campingplätze ist weiter angestiegen.

In diesem Fremdenverkehrsjahr zählten wir in den Jugendgästehäusern 46.186 Jugendliche mit 153.862 Nächtigungen, wir erwarten im Jahre 1964 den 500.000. Besucher. Die Campingplätze waren von 150.679 Motortouristen besucht, die es auf 417.113 Nächtigungen brachten.

Für das kommende Jahr ist mit einer weiteren Steigerung des Ausländerbesuches zu rechnen.

Vor wenigen Tagen wurde von der tschechischen Botschaft in Wien bekanntgegeben, daß sich der spärliche und einseitige Grenzverkehr mit der Tschechoslowakei nun doch zu einem echten Reiseverkehr wandeln, und daß auch tschechischen Staatsbürgern die Reise nach Österreich ermöglicht werden soll. Wenn diese Entwicklung in den Ostländern anhält, dürften sich für Wien im Laufe der Jahre sehr interessante Perspektiven eröffnen.

Sehr zu begrüßen ist die Verteilung der Reisenden auf die einzelnen Monate des Jahres. Hatten wir 1955 nur im Juli, August, also in zwei Monaten mehr als 200.000 Nächtigungen pro Monat zu verzeichnen, so hat sich die "Hochsaison" heute schon auf die Monate Mai bis Oktober erweitert. In den Monaten Juni, Juli, August, September erreichen wir sogar mehr als 300.000 Nächtigungen.

Es gibt einen in ganz Österreich anerkannten Schlüssel, nach dem die Erträgnisse im Fremdenverkehr errechnet werden. Diesen

./.

Berechnungen nach würde das Erträgnis des Fremdenverkehrsjahres 1962/63 für Wien die Summe von zirka 770 Millionen Schilling ergeben.

Die Stadt Wien tut, was möglich ist, um besonders die Hauptreisezeit, in der unsere Theater gesperrt und unsere Orchester auf Festspielreisen sind, zu beleben.

Da sind vor allem die 18 Arkadenhofkonzerte, die fast immer vor ausverkauftem Haus, also vor jeweils 3.000 Besuchern stattfinden, da sind die Konzerte im Burggarten und im Garten des Belvederes (bei Schönwetter gibt es dort bis 1.000 Besucher), die 27 Konzerte in Wiener Palais mit zusammen rund 5.300 Besuchern, und da sind vor allem die 20 Aufführungen einer klassischen Operette, 1963 "Eine Nacht in Venedig", die 17.000 Besucher zählte, und 1964 "Der Graf von Luxemburg". Daneben subventionieren wir die Kammeroper, die im Schönbrunner Schloßtheater spielt. Die 56 Konzerte in den Parkanlagen erfreuen sich größten Zuspruchs jener Wiener, die "Urlaub in Wien" machen müssen.

Wir fördern durch Subventionen auch die Fremdenverkehrsbetriebe, die Salonmusikkapellen beschäftigten, mit einem 40prozentigen Beitrag zu den Kosten der Musiker und geben, wie schon gesagt wurde, zinsenfreie Darlehen an Beherbergungsbetriebe und Gaststätten für Renovierung der Betriebe.

Der Wiener Verkehrsverein, der, wieder aktiviert, unsere beiden Jugendgästehäuser, das Internationale Studentenheim, die drei Campingplätze, die Stadtherberge im Esterhazybunker, die Auskunftsstellen Purkersdorf, Inzersdorf und Donaudampfschiffahrt führt und verwaltet, nimmt eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung.

Wir können mit der Aufwärtsentwicklung im Wien-Reiseverkehr zufrieden sein. Sie kann aber nur fortgesetzt werden, wenn die Beherbergungsbetriebe Preisdisziplin halten. Wir haben heute in vielen Fällen in unserer Hotellerie die Weltmarktpreise erreicht, bieten aber nicht immer den internationalen Standard in Ausstattung und Führung. Das gilt auch für die Gaststättenbetriebe. Wir werden in Wien sehr darauf zu achten haben, daß nicht nur durch die überhöhten Forderungen einzelner der Wiener Fremdenverkehr schwer geschädigt wird und haben die Absicht, in solchen Fällen sehr scharf zu reagieren.

./.

Hier auch noch eine Bitte an unsere Techniker und Ingenieure: Schont unser Stadtbild, das so tiefen Eindruck auf unsere ausländischen Gäste macht! Sie wollen Gebäude, altehrwürdige Kulturbauten gleichermaßen wie die Bauten der neuen Stadt sehen - und sie photographieren - nicht Drähte, Masten, Verkehrsschilder und Mehrfachampeln. Es muß auch anders gehen und es geht auch anders, wenn mit Herz und Liebe zur Stadt ans Werk gegangen wird. Technik haben alle anderen auch - es geht um die Schönheit und Eigenart unserer Stadt, die wir den Wienern und ihren Gästen erhalten wollen.

Ich möchte meine Ausführungen beenden, obwohl noch viel zu sagen wäre, denn ich habe nicht gesprochen über die Fragen des Films, das 4. Filmfestival der Heiterkeit 1964, über unsere Ehrenpensionen und Preise - es wird Ihnen ein Antrag auf Verdoppelung des Stiftungsbeitrages für die Renner-Preise vorgelegt werden -, über die konzessionsrechtlichen und behördlichen Angelegenheiten, die Rundfahrten "Neues Wien", das Jugendabonnement, die Denkmalpflege, den Naturschutz usw.

Mögen Sie daraus ersehen, wie vielfältig verzweigt das Leben einer modernen, vorwärtsstrebenden Gemeinschaft ist und sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegelt."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Silber für Minkowitsch, Polnauer und Schönherr

9. Dezember (RK) Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber werden nach einem einstimmigen Beschluß des Gemeinderates Robert Minkowitsch, Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer und Prof. Max Schönherr erhalten. Die feierliche Überreichung der hohen Auszeichnung durch Bürgermeister Jonas findet Donnerstag, den 12. Dezember, um 17 Uhr, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses statt.

\- - -

Weitere Subventionen aus Mitteln der Vergnügungssteuer

9. Dezember (RK) Das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester erhält nach einem Beschluß des Kulturausschusses 34.200 Schilling als Förderungsbeitrag aus Mitteln der Vergnügungssteuer. Auch dem Gesangverein Österreichischer Eisenbahner, der Kulturgemeinschaft "Der Kreis", dem Musikverein "Haydn" und dem "Orchesterverein Ottakring" wurden kleinere Subventionsbeträge aus dem Vergnügungssteuererträgnis bewilligt.

Der Kulturausschuß setzt damit die Unterstützung des Wiener Kulturlebens aus dem Erträgnis der für Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen und sonstige kulturell wertvolle Veranstaltungen abgeführten Vergnügungssteuerbeträge des Vorjahres fort.

Bekanntlich besteht diese Finanzierungsmöglichkeit außerhalb der aus Budgetmitteln und aus dem Erträgnis des Kulturgroschens zur Verfügung stehenden Subventionsbeträge. 1963 wurden damit bereits verschiedene Privattheater, sowie wissenschaftliche, volksbildnerische und sportliche Institutionen beteilt.

\- - -

Achtung Terminänderung:

Geehrte Redaktion!

Die Freigabe der Prager Straße für den Verkehr durch Bürgermeister Jonas findet morgen Dienstag, den 10. Dezember, nicht wie ursprünglich angekündigt wurde um 8.20 Uhr statt, sondern um 8.45 Uhr. Wir bitten Sie, diese Terminänderung in ihrem Kalender zu berücksichtigen.

\- - -

Tödlicher Unfall in der Mariahilfer Straße

9. Dezember (RK) Heute um 7.45 Uhr früh, ist die 58jährige Ludmilla Lindner, 21, Floridsdorfer Hauptstraße 12, in der Mariahilfer Straße nach dem inneren Gürtel von einem stadtwärts fahrenden Zug der Linie 52 niedergestoßen worden. Sie geriet unter den Wagen, erlitt eine Schädelzertrümmerung, eine Abtrennung beider Beine und war sofort tot. Der Unfall ereignete sich, als Frau Lindner hiter einem aus der Haltestelle ausfahrenden Gegenzug hervorlief, um das Gleis zu überqueren.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Kultur-Debatte

9. Dezember (RK) Als erster Debattenredner zum Thema Kultur beschäftigt sich GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) zunächst mit den allgemeinen Aufgaben der kulturellen Verwaltung einer Stadt, zu deren Erfüllung es zahlreiche Möglichkeiten gibt. Im Zusammenhang mit der Jugenderziehung betont sie die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiet des Neubaues und der Modernisierung von Schulen und hebt die Bedeutung der neuen Schulgesetze hervor, die die Grundlage für eine gut ausgebildete Jugend auch schon im Hinblick auf ihr Berufsleben bilden. Auf einem sehr wichtigen Gebiet werde jedoch ihrer Meinung nach etwas zu wenig getan, nämlich auf dem Gebiet der kaufmännischen Schulen. Es wäre notwendig, diese Schulen etwas mehr zu fördern, da gerade hier mehr und mehr Anforderungen an die Jugend gestellt werden.

Zur Frage der Erwachsenenbildung, also der Volksbildung, sagt die Debattenrednerin, daß diesem Gebiet in unserer sogenannten Konsumgesellschaft besondere Bedeutung zukommt. Die Volksbildung soll vor allem dazu dienen, Versäumnisse in der Allgemeinbildung nachzuholen, Anregungen für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu geben und die Grundlagen für einen weiteren Bildungsgang zu schaffen. Die Leistungen unserer Volksbildungshäuser sind in dieser Hinsicht ganz gewaltig. Um ihre Aufgaben umfassend zu erfüllen, benötigen sie natürlich immer wieder materielle Unterstützung, da es hier unmöglich ist, kostendeckend zu arbeiten. Vor allem muß die Leistung der Dozenten an den Volksbildungshäusern hervorgehoben werden, die für ihre Tätigkeit eine gehörige Portion an Idealismus mitbringen müssen, da ihre Besoldung trotz einer erfreulichen Erhöhung der Dozentengebühren noch immer zu gering ist. Die großen Subventionen der Gemeinde Wien für den Betrieb der Volksbildungshäuser müssen besonders herausgestrichen werden, verbunden mit der Bitte an die Stadtverwaltung, weiter so großzügige Hilfe zu leisten.

Eine schöne und große Aufgabe der Kulturverwaltung unserer Stadt ist es ferner, die Jugend an die Kunst heranzuführen. Dafür gibt es zahlreiche anerkennenswerte Einrichtungen, wie zum Beispiel die Jugendkonzerte, Dichterlesungen in den Schulen usw.

./.

In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, die Jugend mit dem guten Buch bekanntzumachen. Um die Jugendlichen vor verderblichen Einflüssen auf diesem Gebiet zu bewahren, ist es notwendig, ihnen möglichst viele gute Bücher zur Verfügung zu stellen. Ausgezeichnete Arbeit leistet dabei der Buchklub der Jugend, aber vor allem die Leistungen der Städtischen Büchereien müssen hier hervorgehoben werden. Diese Büchereien können auf eine großartige Entwicklung zurückblicken, es wird aber immer wieder notwendig sein, neue Zweigstellen zu schaffen. Sehr gut ist auch die Einführung der Büchereiautobusse, die überall dort eine wichtige Aufgabe erfüllen, wo es noch keine Büchereien gibt.

Im weiteren hebt GR. Hiltl die verantwortungsvolle Tätigkeit der Bibliothekare und die Probleme ihrer Ausbildung hervor. Während geplant ist, in Zukunft nur Maturanten zu Bibliothekaren auszubilden, ist die Lage heute noch immer so, daß zahlreiche Bibliothekare keine abgeschlossene Mittelschulbildung aufweisen. Da aber auch sie den großen Anforderungen, die man an die Bibliothekare stellt, durchaus genügen, ist es kein unbilliges Verlangen, das Problem der Einstufung der Bibliothekare in Wien endlich einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Ferner regt die Debattenrednerin an, daß in den Städtischen Büchereien Jugendlichen bis zu 18 Jahren die Bücher gratis geborgt werden sollten. Dies wurde schon in anderen Städten eingeführt und hat sich gut bewährt. Wenn es auch die Lehrlingsbüchereien gibt, in denen die Lehrlinge Bücher gratis entleihen können, wäre es von großem Vorteil, dies auch in den Städtischen Büchereien einzuführen. Ein weiteres Problem sind die Büchereien in den Spitälern, die gegenwärtig nicht sehr gut eingerichtet sind. Man sollte es sich daher überlegen, ob es nicht möglich wäre, Zweigstellen der Städtischen Büchereien in den Spitälern einzurichten.

Zum Film: Der Film ist nun einmal ein Massenmedium und eine Einrichtung, die vor allem die Jugend interessiert. Verschiedene Befragungen haben ergeben, daß ein Jugendlicher wöchentlich ein bis zweimal ein Kino besucht. Man muß aber mit Bedauern feststellen, daß kaum zweimal in der Woche ein wertvoller Film geboten wird.

./.

Zur Förderung des wertvollen Filmes würde sicherlich eine Befreiung dieser Filme von der Lustbarkeitssteuer beitragen. Eine derartige Befreiung gibt es bereits in den meisten Bundesländern. Auch Wien müßte endlich dazu kommen. Für die Kinobesitzer wird dadurch ein gewisser Anreiz geboten, wertvolle Filme zu spielen.

Großer Dank gebührt den Wiener Symphonikern für die Leistungen, die sie für die Stadt Wien nicht nur durch die so hervorragenden Konzerte für die Jugend und die Sommerkonzerte im Arkadenhof vollbringen. Die Rednerin richtet die Frage an Vizebürgermeister Mandl, ob die Kosten, die dem Orchester durch diese Aufführungen erwachsen, von der Stadt Wien in ausreichendem Maße getragen werden.

Hervorragende Leistungen erbringen auch die Musikschulen unserer Stadt, indem sie die heranwachsende Jugend der Musik zuführen und sie dazu bringen, selbst ein Instrument zu spielen und ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten. Es wird jedoch notwendig sein, die Tätigkeit der Musikschulen auszuweiten und auch in den Außenbezirken nicht nur Singschulen zu errichten, sondern auch Instrumentalklassen, damit eine große Zahl von Kindern ein Instrument erlernt. Über diese musikalische Betreuung der Jugend hinausgehend, müßte man auch versuchen, für die älteren Menschen die Möglichkeit zu schaffen, am kulturellen Leben unserer Stadt teilzunehmen. Man sieht immer wieder, welche Freude die Gemeindeurlauber an der Wiedersehensfeier haben, egal ob es eine Operettenaufführung oder eine Akademie ist. Vielleicht wäre es möglich, jährlich ein- oder zweimal Konzerte der Wiener Symphoniker für diese alten Menschen zu veranstalten. Vielleicht könnte auch ein Stadthallenkonzert diesem Personenkreis zugänglich gemacht werden. Auch Dichterlesungen oder Kammermusik, eventuell in einem Pensionistenklub veranstaltet, würde für die alten Menschen ein schönes kulturelles Erlebnis sein.

Die Rednerin regt auch an, ähnlich dem beabsichtigten Fotowettbewerb, einen literarischen Bewerb zu veranstalten, in dem der Wiener über seine Wiener Stadt erzählen könnte.

Zu den Jungbürgerfeiern: Vielleicht könnte man an der Form der Veranstaltung etwas ändern und auch in der Gestaltung des Buches. Man unterschätzt die jungen Menschen wenn man meint, ihnen bei der Veranstaltung und auch im Buch nichts Ernstes bringen zu

./.

können. Das Jungbürgerbuch soll schließlich von dem jungen Menschen auch später noch gerne gelesen werden.

Unsere kulturelle Aufgabe ist es, die Schönheit unserer Stadt, die nicht nur wir sondern auch die Fremden lieben, zu erhalten und zu vergrößern. Bei der Erhaltung von Denkmälern dürfte man auch nicht auf die Erinnerungsgrabstätten vergessen. Aufgabe der Kulturverwaltung ist es ferner, den Menschen viele Möglichkeiten zu bieten, ihrem Leben den rechten Sinn zu geben und sie allem Schönen gegenüber aufgeschlossen zu machen.

GR. Lauscher (KLS) sagt, es seien die großen Konzerne, die über die Massenmedien kommandieren und die unsere Bevölkerung negativ beeinflussen. Sie sehen in der Kultur nur das Geschäft. Als Beispiel führt der Redner die Filmwirtschaft an. Kein Wirtschaftssektor sei derart abhängig und unselbständig wie der Film. Von 381 seit 1946 in Österreich hergestellten Filmen sind nur 20 keine Auftragsproduktionen gewesen. Voraussetzung für die Überwindung der österreichischen Filmkrise wäre deshalb die Loslösung aus der Abhängigkeit von Westdeutschland.

Es besteht kein Zweifel, daß das Fernsehen und andere Dinge Anteil an den sinkenden Besucherzahlen haben. Es ist jedoch ebenso erwiesen, daß der bessere Teil des Publikums dem Kino wegen der schlechten Filme fernbleibt. GR. Lauscher ruft daher zum Kampf gegen den schlechten Film auf, gegen die Überfremdung des Filmverleihes und gegen die ausländischen Konzerne. In diesem Kampf kann die Stadt Wien eine wichtige Rolle spielen, nicht nur wegen der 40 KIBA-Kinos, sondern auch durch die Förderung des guten Filmes. Der Kulturgroschen ist keine geeignete Form mehr, die Kulturtätigkeit in den Ländern und Gemeinden zu fördern. Der Redner schlägt daher als Kompromißlösung vor, den Kulturgroschen bei Filmen, die mit einem Prädikat ausgezeichnet sind, nicht einzuheben. Dasselbe soll auch für die Aktion "Der gute Film" gelten. In diesem Zusammenhang bedauert GR. Lauscher, daß sich kein KIBA-Kino der Aktion angeschlossen hat, ebenso nicht die elf Großkinos des sozialistischen Vereines Arbeiterheime und auch nicht die Kinos der Gewerkschaft. Hat denn der Kommerz die Moral in der SPÖ schon so weit ausgehöhlt?, ruft der Redner.

Auch zum Theater findet GR. Lauscher kritische Worte. Die Wiener Theater müßten den arbeitenden Menschen wirklich zugänglich

./.

sein. Das neue Publikum muß aus der Arbeiter- und Angestelltenschaft und aus unserer Jugend kommen. Er begrüßt einige Schritte die auf diesem Gebiet getan wurden, wie das Jugendabonnement, das Theater der Jugend und das Volkstheater in den Außenbezirken. Die derzeitige Subventionierung der Theater durch die Stadt Wien sei jedoch falsch, es wäre nötig eine ausreichende Finanzierung für jenes Theater zu erreichen, das die Stadt Wien braucht.

Lobende Worte findet der Redner für die Musikerziehung in unserer Stadt. Das Konservatorium der Stadt Wien ist ein wirklich wichtiges Instrument. Die Konzerte für unsere Schuljugend sind eine sehr begrüßenswerte Einrichtung, ebenso die Konzerte in den Volksbildungshäusern und die Arkadenhofkonzerte. Schließlich bieten auch die Wiener Festwochen durch die Bezirksveranstaltungen der werktätigen Bevölkerung außerhalb des Stadtzentrums etwas. Ein Skandal sei es jedoch, daß bei dem Zyklus Werke lebender Meister während der Festwochen kein einziger lebender österreichischer Komponist aufgeführt wurde.

Für die Europa-Gespräche wünschte der Redner auch Teilnehmer aus dem östlichen Europa.

Bei der Besprechung von Schulfragen begrüßt GR. Lauscher das Studienförderungsgesetz als einen Schritt nach vorwärts. Damit ist aber noch lange nicht alles getan, um allen Befähigten den Zutritt zu den Hochschulen zu erringen. Eine Umgestaltung der Hochschulen wäre dringend notwendig. Die Stadt Wien sollte sich auch mit dem zweiten Bildungsweg ernstlich befassen. Der Redner regt die Errichtung einer Arbeitermittelschule an einem günstigeren Ort an. Er fordert ferner ein Internat für die pädagogische Akademie. Bedauerlich sei es, daß in der Ausbildung der Mittelschullehrer keine Verbesserung eintritt. Er hätte gewünscht, daß alle österreichischen Lehrer eine vollwertige pädagogische Ausbildung durchmachen müßten. Jeder Lehrer müßte eine Reifeprüfung oder eine gleichwertige Befähigung nachweisen können.

Was die Übertrittsmöglichkeiten von der Hauptschule in die höhere Schule anbelangt, sind bisher erst in den Lehrplänen der Hauptschule die Voraussetzungen vorgesehen worden. Es ist zu hoffen, daß bei der Ausarbeitung der noch ausstehenden Lehrpläne für die höheren Schulen auf diese Möglichkeiten entsprechend Rücksicht genommen wird.

./.

Die Zeitgeschichte zählt zu den schwächsten Punkten des Geschichtsunterrichtes an unseren Schulen. Ungewißheit, Verzerrungen, gefährliche Vereinfachung und auch Unterlassungen sind hier an der Tagesordnung. Der Stadtschulrat möge daher seine Bemühungen nach einem möglichst wahrheitsgetreuen Unterricht fortsetzen.

Im Interesse der rechtzeitigen Vorbereitung für das neunte Schuljahr wäre es wünschenswert, würde man sich endlich einen Überblick über den durch die neuen Schulgesetze bedingten erhöhten Geldaufwand verschaffen. Die versuchsweise Führung von Schulen für Kinder, die an sich schulpflichtig sind, die Schulreife aber noch nicht erreicht haben, hat sich bewährt, die Anzahl sollte auf jeden Fall vermehrt werden. Gute Fortschritte wurden hinsichtlich der Renovierung der Schulgebäude sowie der Beheizung erzielt. Sehr zu wünschen übrig läßt allerdings noch die Reinigung, vor allem was die Turnsäle anbelangt.

Die Lehrpersonen würden es sehr begrüßen, könnte man sich endlich dazu bereit finden, für geschlossene Fahrten mit Schulkindern Sammelfahrscheine zur Verfügung zu stellen. Bei Schulneubauten wäre unbedingt Wert auf ein Zusammenwirken von Pädagogen und Architekten zu legen. Schließlich wäre es nur im Interesse der Sparsamkeit, würde man bei Neuanschaffungen die schulischen Einrichtungen und Geräte vorerst erproben und dann erst Serienbestellungen vornehmen.

Breiten Raum widmet der Redner in seinen Ausführungen den Jugendzentren und dem Sport. Die Jugendzentren und Sportplätze müßten zu einem echten Entwicklungsraum für unsere Jugend werden. Es wäre interessant zu erfahren, warum der Ausbau der kulturellen Jugendzentren so langsam vor sich geht und welche Erfahrungen bisher damit gemacht wurden, ferner warum im Budget für 1964 keine Ansätze für Sportpreise und Sportlehrehrungen vorgesehen sind. Obwohl die Bedeutung des Schulsportes allgemein anerkannt wird, mangelt es vielfach an eigenen Turnsälen und vor allem an gut ausgebildeten Sportlehrern. Will Wien eine Stadt des Sportes bleiben, dann müssen unsere Kinder und Sportler alle Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung haben. Damit die erforderlichen neuen Sportstätten den modernen Anforderungen entsprechen, wird man bei der Planung die Experten der Fachverbände heranziehen müssen.

Trotz ihrer Kritik wird die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe zustimmen.

./.

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) beschäftigt sich in ihren Ausführungen mit dem Wiener Schulwesen. Sie weist darauf hin, daß es im Zuge des Schulbau- und Modernisierungsprogrammes weitgehend gelungen ist, allen Anforderungen der Pädagogik und der Hygiene Rechnung zu tragen. Alle neuen Wiener Schulen wurden stets in enger Zusammenarbeit zwischen Pädagogen, Ärzten und Architekten gebaut. Während im vorigen Jahrhundert für die Schulen kasernenartige Gebäude errichtet wurden und auch die Inneneinrichtungen in beängstigender und hemmender Weise auf die Schüler einwirkten, sind die heutigen Schulbauten hell, freundlich und einladend.

Seit 1945 hat die Gemeinde Wien mehr als zwei Milliarden Schilling für das Wiener Schulwesen aufgewendet. Dies ist ein Beweis dafür, daß mit der Schulerneuerung nicht erst jetzt, sondern gleich nach dem Krieg begonnen wurde. Es wurde also viel Großes geleistet, trotzdem sind für die Zukunft noch umfangreiche Aufgaben auf dem Gebiet des Schulwesens zu erwarten. Die neuen pädagogischen Erkenntnisse müssen nicht nur in den Lehrplänen, sondern auch im Schulbau ihren Niederschlag finden.

Beim Schulbau ist das Hauptaugenmerk auf die Gebiete mit starker Wohnbautätigkeit zu richten. Trotz genauester Planung können jedoch auch hier immer wieder Fehlerquellen entstehen, vor allem wenn sich unvorhergesehene Änderungen in der Bevölkerungsbewegung ergeben. So wirkt es sich natürlich sehr auf das Schulbauprogramm aus, wenn zum Beispiel in den Jahren 1951 bis 1961 die Bevölkerungszahl im 21. Bezirk um mehr als 15 Prozent gestiegen, im 7. Bezirk aber in der gleichen Zeit um 17 Prozent gesunken ist. Andere Faktoren, wie zum Beispiel die Grundstücksknappheit und die hohen Bodenpreise, wirken sich ebenfalls hemmend auf die Planungs- und Bautätigkeit aus. Die Baupreisentwicklung ist dabei besonders in Betracht zu ziehen. Während man beispielsweise noch im Jahr 1950 mit einem Baupreis von rund 500.000 Schilling pro Klassenzimmer ausgekommen ist, müssen heute etwa 1,2 Millionen Schilling pro Klasse ausgegeben werden.

Es ist klar, daß auch in Zukunft hohe Geldmittel für das Schulwesen benötigt werden, umso mehr, als im Hinblick auf das neunte Schuljahr zusätzliche Mittel für Schulwerkstätten, Schulküchen usw. erforderlich sein werden.

Während in manchen Gewerben Mangel an Nachwuchskräften herrscht, treten viele Jugendliche gleich von der Hauptschule

./.

weg in das Berufsleben ein, und zwar in Berufe, die keine spezielle Ausbildung erfordern; sie werden Hilfsarbeiter usw. In diesem Zusammenhang wäre es zu überlegen, ob solchen Jugendlichen nicht die Möglichkeit geboten werden kann, Berufsschulen zu besuchen.

Nach einem Hinweis auf das Studienförderungsgesetz, das in Wien neue Aufgabenbereiche erschließt, befaßt sich GR. Sandner abschließend mit der Förderung der Lehrerbildung, die ihrer Meinung nach nicht nur Aufgabe des Landes, sondern auch des Bundes ist.

Mit Fragen des Sports beschäftigt sich der nächste Debattenredner, GR. Ullmann (ÖVP). Im Zusammenhang mit der Sportförderung weist er auf das Förderungsprogramm hin, das der österreichische Bundessportrat bereits im Jahre 1949 aufgestellt hat. Der Bundessportrat ist eine freiwillige Vereinigung aller großen Sportverbände, jedes Bundesland ist darin vertreten. 1963 wurde das zwölf Punkte umfassende Förderungsprogramm überprüft und verbessert und neuerlich allen zuständigen Stellen zugeleitet.

Im weiteren weist GR. Ullmann auf die zahlreichen anerkennenswerten Maßnahmen der Gemeinde Wien auf dem Gebiet des Sportes hin und erklärt, daß die Bemühungen der Stadtverwaltung bei der Bewerbung um die Olympischen Spiele für Wien besonders erfreulich sind. Gerade auf diesem Gebiet aber müßte man rechtzeitig dazusehen, Wien wirklich olympiareif zu machen.

Als eines der wesentlichsten Anliegen bezeichnet GR. Ullmann den Bau von Sportplätzen und Sportstätten. Der Gemeinde Wien sei in dieser Hinsicht zwar große Anerkennung zu zollen, trotzdem aber herrsche in unserer Stadt großer Mangel an Sportplätzen. Man verabsäumt es immer wieder, rechtzeitig Vorbereitungen für den Bau von Sport- und Spielplätzen zu treffen. Es wäre daher zu wünschen, daß sich die zuständigen Instanzen mit der Flächenwidmung für Sport- und Spielplätze befassen. Dazu gehört auch das Problem des Spielplatzschutzes. Das gegenwärtig gültige Gesetz aus dem Jahr 1920 schützt nämlich nur jene Plätze, die bis 1920 errichtet wurden. Im Interesse der Sportentwicklung ist es daher notwendig, an eine Novellierung dieses Gesetzes zu denken.

Abschließend regt GR. Ullmann die Schaffung eines Landessportgesetzes an. In Wien gibt es zwar einen Sportbeirat, dieser

./.

sollte jedoch weit mehr Aufgaben erfüllen, als er es jetzt tut. Die ÖVP hat bereits früher einen solchen Antrag gestellt, leider konnte sich die Mehrheit des Gemeinderates nicht dazu entschließen, diesem Antrag zu folgen. Laut Gesetz ist der Sport Landesangelegenheit, und in verschiedenen Bundesländern gibt es bereits seit 1948 Landessportgesetze. Auf Grund dieser Gesetze wurden die dort bestehenden Sporträte zu Körperschaften des öffentlichen Rechtes und erhielten dadurch bessere Möglichkeiten zur Sportförderung. Die ÖVP-Fraktion werde es daher nicht aufgeben, weiterhin die Schaffung eines Landessportgesetzes zu fordern.

GR. Kaps (SPÖ) erklärt, daß es beim Sportbeirat keinerlei Schwierigkeiten gibt. Es herrscht immer eine gute Zusammenarbeit.

Zum Thema Sportler: Hier ist es vielfach die Presse, die einen Sportler verherrlicht und hinaufhebt. Leider meint man, wenn man vom Sport redet, im allgemeinen nur den Fußballsport, Leider kam es auf diesem Sektor in der letzten Zeit zu verschiedenen Auswüchsen. Der Zuschauerrückgang bei den Spielen dürfte aber nicht nur auf eine mindere Leistung der Spieler zurückzuführen sein, sondern er liegt vielfach auch an den Funktionären. Es gibt aber auch andere Sportarten, die gefördert werden müssen und die reine Amateurvereine sind, die sich alles selbst beschaffen und bezahlen müssen. Die Mittel des Sportgroschens sind mehr geworden, aber nicht weil mehr Zuschauer auf den Sportplätzen waren, sondern weil die Eintrittspreise erhöht wurden. Ein Amateursportverein, der hervorgehoben werden muß, ist der Verband der Arbeiterfischereivereine Österreich, der bereits internationale Anerkennung gefunden hat. Hatte der Verband im Jahre 1945 1.500 Mitglieder, so sind es heute Zirka 10.000. Der Wiener Verband hat im Jahre 1962 eine eigene Fachschule eröffnet und Vorträge über Gewässerschutz, Fischkunde, Gewässerpflege, Fischereigesetze, Wasserrecht, Grundwasserverunreinigung und über die Gewässeraufsicht gehalten. Rund ein Drittel der Teilnehmer waren Jugendliche.

./.

Der Verband als solcher hat keine Steuerermäßigung bekommen und bekommt die Wasserfläche nicht um einen Preis von zwei bis vier Groschen vermietet, sondern er muß sich an der Auktion genauso wie jeder andere beteiligen, weil die Verpachtung öffentlich ausgeschrieben ist. Der Redner ersucht, nicht darauf zu vergessen, bei Verpachtung von Gewässern nicht immer Höchstpreise zu verlagen. Man müßte die Sportler fördern wo es nur geht, denn in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist.

GR. Maller (KLS) vertritt die Meinung, daß Rundfunk und Fernsehen hinsichtlich der Geschmacks- und Niveaubildung große Bedeutung zukommt. Die durch sie vermittelte Unterhaltung ist ein Produkt, das von zahlreichen Menschen täglich konsumiert wird. Es müßte daher unsere Sorge sein, daß das Programm sorgfältig betreut und kontrolliert wird. Es sei schließlich nicht gleichgültig, was täglich in das Bewußtsein tausender Menschen strömt. Leider erfüllen Rundfunk und Fernsehen ihre Aufgabe nicht. Auch die Schallplattenproduktion hat ein bedenkliches Niveau erreicht. Der schlechte Geschmack dominiert. Unbegreiflich sei auch das Fernhalten der Stimme der Opposition vom Rundfunk. Es sei nicht einzusehen, warum zum Beispiel an einer Diskussion der Chefredakteure kein Journalist der Opposition teilnehmen kann.

Der Redner verweist darauf, daß Vizebürgermeister Mandl davon gesprochen hat, daß nunmehr auch Besucher aus den östlichen Nachbarländern nach Österreich kommen können. Dazu ist zu sagen, daß dies anscheinend nicht so einfach ist. So hat zum Beispiel eine vom Redner eingeladene Familie aus Ungarn zwar einen ungarischen Reisepaß bekommen, jedoch kein österreichisches Visum, da die Einladung nicht notariell oder gerichtlich beglaubigt war. Der Redner erklärt, man sollte von österreichischer Seite nich solche unnötigen Schwierigkeiten machen, wenn man Jahre hindurch immer gesagt hat, die Nachbarstaaten lassen die Leute ja nicht hinaus, wir würden sie gerne hereinlassen.

GR. Planek (SPÖ) stellt fest, daß auf dem Kultursektor außerordentliche Initiative bewiesen und weitreichende Arbeit auf vielen Gebieten geleistet wurde. Wir haben aus dem Referat gehört, daß 50 Millionen Schilling für den Bau von Volksbildungshäusern veranschlagt sind. Wie notwendig diese Volksbildungsstätten sind wird man erst erkennen, wenn man bedenkt, von wievielen

./.

Massenmedien heute der Mensch beeinflußt wird. Täglich sehen wir tausende Plakate an den Plakatwänden, grelle Werbereklame, eine Masse von Kitsch, die in unser Bewußtsein und vor allem in unser Unterbewußtsein eindringt. Was können wir nun dieser gewaltigen Flut gegenüber tun. Wir bieten den Menschen die Möglichkeit, in der Nähe ihres Wohnortes eine Volksbildungsstätte zu besuchen. Wenn wir hierfür das Haus gebaut haben, müssen wir aber dann noch trachten, es bestens zu bestellen. Jede Volksbildungsarbeit geht ja schließlich vom Menschen aus und jede Reform ist unwirksam, wenn nicht der entsprechende Lehrer da ist. Wir müßten daher unsere ganze Aufmerksamkeit der Schulung der Volksbildner zuwenden.

Vielleicht könnte es uns auch gelingen, wieder eine entsprechende Zahl von Lehrkräften für die Wiener Volksbildung freizustellen. Freilich bedeutete dies eine stärkere finanzielle Belastung.

Auch bei der Volksbildung wäre eine Grundlagenforschung notwendig.

Der Redner regt ferner eine "Integration der Volksbildung" an; die vielseitigen Formen der Volksbildung sollten zusammengefaßt werden.

Schließlich bemerkt GR. Planek zum Thema Film, über das GR. Lauscher gesprochen hat, es wäre ausgeschlossen, in irgendeiner Form auf die Programmierung Einfluß zu nehmen. Wir haben auch keine rechtliche Möglichkeit dazu. Er glaube ferner nicht, daß die Stadt Wien als Fimproduzent auftreten könnte. Aufgabe des Kulturamtes kann es nur sein, Helfer zu sein im kulturellen Leben unserer Stadt.

GR. Peter (FPÖ) stellt vorweg fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen werde. Er sei im großen und ganzen einverstanden mit allem, was bisher auf diesem Gebiet gemacht wurde und was hier projektiert ist. Kritische Bemerkungen machte der Redner zum neunten Schuljahr, zu der mangelnden Ausstattung mancher älterer Schulen, zur Bezahlung der Lehrer und zur Abwanderung der Akademiker.

GR. Peter bezeichnet die Steigerung der Ansätze der Geschäftsgruppe als sehr erfreulich und lobt besonders die Musiklehranstalten. Er bejaht die Konzerte der Symphoniker in der Stadthalle, lehnte jedoch die Oktoberfeste ab und "gewisse ekstatische Musik-

./.

experimente". Zur Stadthallen-Filmprodution bemerkt er, man solle die harmlosen Schnulzen nicht verdammen, die Geld einbringen und keinen Schaden stiften. Eine große Gefahr sieht der Redner jedoch in den Kriminalfilmen. Hier sollte die KIBA mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Wiener Festwochen wirken zu einem großen Teil fremdenverkehrsfördernd; man sollte daher die wienerische Note mehr betonen!

Zum Kapitel Denkmalpflege: man sollte die Otto Wagner-Villa zu retten versuchen und auch dafür sorgen, daß das Palais Trautsohn erhalten bleibt.

Die Forderung von Vizebürgermeister Mandl "Verschandelt mir Wien nicht!" ergänzt der Redner durch eine Bitte an den Vizebürgermeister "Verschandeln's mir Wien auch nicht!"

Gr. Peter kritisiert eine Reihe von Bildern und Plastiken, die von der Gemeindeverwaltung angekauft wurden, deren Wert seiner Meinung nach jedoch sehr umstritten ist, und verwahrt sich dagegen, daß man ein Werk, das sich das Prädikat "modern" arrogiert hat, deshalb schon als fortschrittlich ansieht. Soll es wirklich die Aufgabe einer Stadtverwaltung wie der Wiener sein, solche "gottverlassene Narren" zu unterstützen? Wir sollten das Wort Kunst wirklich so nehmen, wie es geworden ist, nämlich als Weiterentwicklung von "künden", dem Künden an eine spätere Zeit von dem, was war. Kunst soll immer schöne Kunst sein. Sicherlich wandelt sich das Schönheitsideal, aber es gibt ewige Schönheit, und nur diejenigen haben die Zeiten überdauert, die ewige Schönheit vertreten, sie geliebt, geschaffen und für sie gewirkt haben. Arbeiten wir alle zusammen, damit bei allem Fortschritt und aller Entwicklung Wien letzten Endes bleibt, was es war und was es heute noch ist!

GR. Liwanec (SPÖ) entgegnet seinem Vorredner, daß auch Wagner, Nietsche und Beethoven in den Augen ihrer Zeitgenossen "gottverlassene Narren" waren. Gottverlassene Narren waren in den Augen der Bevölkerung die Künstler zu aller Zeit, aber es waren dies Künstler, die ihre Gesellschaft in ihrer Epoche mitgeformt haben.

GR. Maller ist entgegenzuhalten, daß der Programmdirektor des Österreichischen Rundfunks alles tut, um gerade auf dem Gebiet des seichten Schlagers das Schlechteste auszumerzen.

./.

Man soll diese Dinge nicht maßlos übertreiben, denn es ist nicht zu verhindern, daß im Sendeprogramm auch Schlager aufscheinen. Das Verlangen, an der Aktion "Der gute Film" mitzuwirken, ist erst vor wenigen Tagen an die KIBA gestellt worden. Sie ist selbstverständlich bereit, das ihre dazu beizutragen.

Das Kunstleben unserer Stadt wird nicht nur davon geprägt, das in den Ansätzen des Wiener Budgets zum Kapitel Kultur und Volksbildung aufscheint, sondern auch von Gegebenheiten, die außerhalb des Bereiches der Gemeindeverwaltung liegen. So tragen etwa auch die Staatsbühnen, die in der Bundeshauptstadt etabliert sind, zur Formung des kulturellen Gesichtes unserer Stadt bei.

Unter Hinweis auf den Opernskandal erklärt der Redner, daß aber nicht alles, was an diesen Staatsbühnen geschieht, so ohne weiters zur Kenntnis genommen werden kann. Es ist für unsere Wiener Staatsoper nicht von Vorteil, wenn dort Maßnahmen getroffen werden, die sonst nur noch von den Maßnahmen amerikanischer Kunstmanager übertroffen werden. Die Perfektion, mit der der Kunstgenuß in unserer Zeit manchmal automatisch verbunden ist, ist nicht immer das beste. Im vergangenen Jahr wurden an der Wiener Staatsoper 206 Aufführungen in italienischer oder französischer Sprache dargeboten und nur 63 deutsch gesungen. Mit der Meinung, daß italienische Klassiker italienisch dargeboten die einzige authentische Widergabe bedeuten, wird man diesem Kunstinstitut den Todesstoß versetzen. Es gibt im deutschsprachigen Raum sehr viele Beispiele dafür, daß die deutsche Sprache in der Oper sehr wohl mit der italienischen konkurrieren kann. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß unsere Oper nicht ein Institut für einige wenige Auserlesene ist, daß sie aus den Geldern der gesamten Bevölkerung erhalten wird und deshalb für sie dazusein hat. Man darf nicht einem Star für das, was zu geschehen hat, völlig freie Hand geben. Wir dürfen nicht in die Sucht verfallen, um jeden Preis originell und besser sein zu wollen. Auch die für die Wiener Oper Verantwortlichen sind an die österreichischen Gesetze gebunden, und da existieren Bestimmungen über die Beschäftigung, über die Rechte des Betriebsrates, und darüber darf sich auch der Chef dieses Hauses, aber auch der verantwortliche Minister nicht hinwegsetzen. Die Tatsache, daß verhandelt wurde, die Verhandlungen zwar zu keinem Ab-

./.

schluß gelangten, man aber dann das genaue Gegenteil getan hat, war eine wirkliche Provokation, die mit Kunst nichts mehr zu tun hat. Eine Lösung kann immer gefunden werden, wenn man sie wünscht und sucht. Wenn man sich rechtzeitig zusammensetzt, die Probleme erörtert und sich zusammenstreitet, ist das noch immer die bessere Lösung als eine Gewaltmaßnahme. Wir wollen hoffen, daß die Wiener Oper die Wiener Oper bleibt!

Zu Problemen des Wiener Fremdenverkehrs nimmt GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) Stellung. Er meint, daß vor allem auf dem Gebiet der Fremdenverkehrswerbung noch viele Wünsche offen sind. Wien hat es bis 1955 zwar schwer gehabt, Fremde zu einem Besuch zu bewegen. Nach 1955 hätte aber auf jeden Fall eine größere Belebung des Fremdenverkehrs einsetzen müssen. Hier konnte Wien mit den übrigen Bundesländern nicht Schritt halten. So stieg zum Beispiel die Zahl der gemeldeten Fremden in Kärnten in den Jahren 1953 bis 1962 von 133.800 auf 740.590, in Tirol von 545.000 auf 2,1 Millionen, in Niederösterreich von 7.000 auf 107.000, in Wien aber nur von 132.000 auf 572.000. Die entsprechenden Zahlen für die Übernachtungen (1953 bis 1962): Kärnten 706.000 - 6,5 Millionen; Tirol 2,5 Millionen - 13,9 Millionen; Niederösterreich 52.000 - 545.000; Wien 594.000 - 1,8 Millionen.

Zur Preisgestaltung in den Wiener Hotels meint GR. Dr. Ebert, daß es notwendig wäre, in Wien eine echte zweite Saison herbeizuführen, damit die Hoteliers besser kalkulieren könnten. Vor allem im Jänner sollten mehr internationale Konzerte und Theateraufführungen veranstaltet werden, die Ballsaison im Februar sollte mehr herausgestrichen werden, mit den Fluggesellschaften könnte man Spezialarrangements mit Theater-, Opern- und Ballbesuchen vereinbaren.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Wiener Festwochen macht GR. Dr. Ebert den Vorschlag, in erster Linie die Bezirksveranstaltungen auch im Juli fortzusetzen. Außerdem sollten mehr Besucher zum Beispiel für den Concordia-Ball im Wiener Rathaus gewonnen werden. Ferner fordert der Debattenredner, die Fremdenverkehrswerbung für Wien im In- und Ausland zu intensivieren. Während zum Beispiel in Kärnten für Fahrten nach Italien, in die Schweiz usw. geworben wird, ist dort kaum eine Werbung für Wien zu finden. Im Ausland ist die Reklame für Wien ebenso spärlich.

./.

GR. Pfoch (SPÖ) beschäftigt sich anschließend mit den Städtischen Büchereien und betont, es sei in diesem Zusammenhang eine der wichtigsten Erziehungsaufgaben, daß in jedem Wiener Haushalt nicht die Hausbar, sondern eine kleine, aber gediegene Bibliothek den gesellschaftlichen Mittelpunkt bilden soll.

Sodann richtet Pfoch an Vizebürgermeister Mandl die Frage, welche Antwort seitens der Hochschulbehörden auf das Angebot des Wiener Bürgermeisters gegeben wurde, Räumlichkeiten der Volksbildungshäuser den Wiener Hochschulen zur Verfügung zu stellen.

Abschließend stellt GR. Pfoch fest, daß auf dem Wiener Kultursektor dank der Initiative Vizebürgermeisters Mandl großartige Leistungen vollbracht werden. Seinen anerkennenden Worten schließt der Gemeinderat die Bitte an, als Krönung des kulturellen Bauprogramms auch ein "Haus des Buches" zu errichten.

Als nächster Redner befaßt sich GR. Nesset (FPÖ) mit der Veranstaltung der Jungbürgerfeier und den Wiener Heimatmuseen. Er stellt fest, daß die erste Jungbürgerfeier in Wien sowohl organisatorisch als auch inhaltlich eine Glanzleistung darstellte. Als einziges Manko führt er an, daß von 21.000 eingeladenen Jugendlichen nur knapp 4.000 an der Feier teilgenommen haben. Man müsse daher für nächstes Jahr rechtzeitig dafür sorgen, daß eine größere Teilnahme gewährleistet ist. Um dies zu erreichen, könnten vielleicht solche Jungbürgerfeiern unter zentraler Leitung in den einzelnen Bezirken veranstaltet werden.

Im Zusammenhang mit den Wiener Heimatmuseen bemängelt GR. Nesset, daß deren so wichtige volksbildnerische Tätigkeit praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich geht. Nur sehr wenige Leute wüßten überhaupt etwas von der Existenz solcher Museen. Es müßte daher mehr Propaganda für die Heimatmuseen gemacht werden, unter anderem auch im Rahmen der Wiener Festwochen. Außerdem müßte man versuchen, die Besuchszeiten in den 13 Wiener Heimatmuseen auszudehnen. Den Schulklassen sollte auch die Möglichkeit für Besuche an Wochentagen gegeben werden.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) verweist darauf, daß der Gemeinderat vor etlichen Jahren auf Anregung des damaligen Gemeinderates und Chirurgen, Prof. Dr. Felix Mandl, eine Förderung für wissenschaftliche Arbeiten von Ärzten, Chemikern und Physikern beschlossen hat, die an städtischen Krankenanstalten beschäftigt sind. Da er

./.

zu den Juroren gehört, die über jene Förderungspreise entscheiden, sind ihm die wissenschaftlichen Leistungen und die Autoren bekannt. Es sind Arbeiten entstanden, die neue Wege in Diagnose und Therapie aufzeigen und für die Behandlung der Patienten von grundsätzlicher Bedeutung sind. Leider mußte er bei verschiedenen Vorschlägen für einen Förderungspreis zur Kenntnis nehmen, daß städtische Dienstnehmer davon ausgeschlossen sind. Der Redner stellt die Frage, ob nicht durch eine Änderung der Bestimmungen auch städtische Dienstnehmer berücksichtigt werden könnten oder ob es einen anderen Ausweg gibt, um die Arbeit dieser Menschen zu fördern und zu würdigen.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, daß die Stadt Wien durch die Errichtung eines internationalen Studentenhauses einen großen Beitrag zur Förderung der studierenden Jugend geleistet hat. Durch die Errichtung dieses Hauses ist es 364 jungen Menschen möglich, ihrem Studium in Ruhe nachzugehen. Was hat Wien als Hochschulstadt überhaupt für eine Bedeutung? Derzeit studieren in Wien mehr als 31.000 Menschen, unter ihnen sind rund 4.600 Ausländer. Die Statistik zeigt, daß sie aus 26 Staaten kommen. So erfreulich es ist, daß unsere Hochschulen in der ganzen Welt Anerkennung finden, ergeben sich durch die große Zahl der Studierenden doch verschiedene Probleme, die nicht nur mit der Raumnot der Studenten zusammenhängen. Der Redner verweist darauf, daß man sich bei der Behandlung des städtebaulichen Grundkonzeptes mit der Problematik der richtigen Planung künftiger Hochschulen beschäftigt hat. Er ersucht, die damals gefaßten Beschlüsse im Auge zu behalten und sie und die gegebenen Anregungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Wiener Universität wird 1965 ihr 600jähriges Bestandsjubiläum begehen. Sie ist eine der ältesten Universitäten der Welt überhaupt. Sie ist die 15. Gründung auf der ganzen Welt an der kontinuierlich gelehrt wird. Sie ist heute auch die älteste deutschsprachige Universität. Die Stadt Wien dürfte an dieser Tatsache nicht achtlos vorübergehen und sollte überlegen, in welcher Form wir dieses Jubiläum feiern und welches Geschenk wir der Wiener Universität machen könnten.

./.

Es könnte entweder ein Wohnhaus für Hochschulprofessoren und Dozenten sein, ein besonderes Stipendium oder irgendeine sichtbare Tat, die für das Interesse der Stadt Wien an der Tätigkeit der Universität Zeugnis gibt.

Bei der Umgestaltung des Stipendienwerkes sollte man nicht darauf vergessen, daß man die Schüler der privaten Schulen mit Öffentlichkeitsrecht nicht länger den anderen gegenüber benachteiligt.

Die Ansätze für die Denkmalpflege bezeichnet der Redner als zu gering. Es mag richtig sein, daß die Gemeinde Wien den größten Teil der bedeutenden Denkmäler wiederhergestellt hat und es nicht ihre Aufgabe ist, sie weiter zu verschönern. Die moderne Denkmalpflege müßte aber einen Schritt weiter gehen und sich nicht nur auf einzelne Objekte beschränken, sondern sich auf ganze Häuserzeilen und Viertel ausdehnen, die erhaltungswürdig sind. Eine ungelöste Frage dieser Stadt ist die Frage der Fassadenpflege. Auch den Höfen in Alt-Wiener-Häusern müßte man größeres Augenmerk zuwenden, denn auch dort wäre manch wertvoller Bestand zu sichern.

Abschließend stellt GR. Bittner fest, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) bezeichnet es als bemerkenswert, daß einschließlich Berichterstatter 16 Mitglieder des Hauses zum Kapitel Kultur Stellung genommen haben. Es wurden viele Fragen und Probleme dieses weitreichenden Ressorts aufgeworfen.

Die Ausführungen des Referenten haben neben der Vorschau auf das Jahr 1964 fast eine Zusammenfassung der 15jährigen Tätigkeit des Vizebürgermeisters in diesem Ressort beinhaltet. Gemeinderat Dr. Stemmer ruft in Erinnerung, wie es damals bei den Budgetberatungen im Wiener Rathaus aussah und mit welchen Problemen man sich beschäftigte. Die Errichtung einer Gemeindewohnung kostete damals 60.000 Schilling, der Durchschnittslohn eines Gemeindebediensteten betrug 877 Schilling. In der Geschäftsgruppe IX war die wichtigste Post das Landesernährungsamt, jene Stelle, die 1950 statt Lebensmittel Kalorien zugeteilt hat. Man hat davon gesprochen, daß man nicht weiß, welche weiteren Lasten der Stadt Wien durch die Besatzung erwachsen werden und was uns der Staatsvertrag, der dann noch so lange auf sich warten ließ, an Bürden auferlegen wird. Es hat also damals ein erstaunlicher Optimismus

./.

dazu gehört, das Kulturressort als Verantwortlicher zu übernehmen, wußte man doch, daß zuerst der materielle Aufbau und dann erst der kulturelle erfolgen konnte. Und trotzdem konnte Vizebürgermeister Mandl sein damals erstelltes Konzept Schritt für Schritt verwirklichen und die kulturellen Aufgaben der Stadt im Interesse ihrer Bevölkerung bestens erfüllen.

1949/50 ging es darum, das kulturelle Ansehen unserer Stadt wieder herzustellen. Es ist schon ein Vorteil, daß in der demokratischen Gesellschaft das Schaffen eines Menschen nicht nur geduldet, sondern auch gefördert wird.

Die weitaus größte Aufgabe des Kulturkonzeptes bestand darin, immer breiteren Schichten des Volkes den Zugang zu den kulturellen Gütern zu erschließen. Das ist nicht nur eine Geldfrage sondern vor allem eine Erziehungsfrage, mit der man nicht früh genug anfangen kann.

Der Redner faßt die Budgetziffern von 1950 bis 1964 zusammen: insgenamt wurden 3,9 Milliarden Schilling für Kulturaufgaben aufgewendet. 2.4 Milliarden oder 60.7 Prozent entfallen auf die Schule und 1.5 Milliarden oder 39.3 Prozent auf die übrigen Kulturaufgaben. Wie groß diese Summe ist, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß das Gesamtbudget im Jahr 1950 1.6 Milliarden Schilling betrug. Noch ein anderer Vergleich: das Gesamtbudget stieg von 1950 bis 1964 auf das 4.6 fache, das Kulturbudget; jedoch auf das Sechsfache.

Das Budget der Gruppe III schließt die gegenwärtige Funktionsperiode des Gemeinderates und 15 Jahre kulturpolitische Arbeit unseres Stadtrates ab. Es ist ein Beitrag zur Verwirklichung seines Konzeptes, und er glaube, betonte Dr. Stemmer, daß diese Tätigkeit auf allen Gebieten des kulturellen Lebens unserer Stadt nicht mehr wegzudenkende Merkmale hinterlassen wird, sowohl im materiellen wie im geistigen Sinn. Der Redner dankte Vizebürgermeister Mandl für seine unermüdliche, shhr oft harte, und manchmal unbedankte Arbeit und teilte mit, daß seine Fraktion dem Kulturbudget zustimme. (Beifall bei den Sozialisten).

./.

Vizebürgermeister Mandl sagt im Schlußwort, der Wiener Gemeinderat hat heute Stachanow-Arbeit geleistet. So viele Diskussionsredner habe er zu einem Kapitel noch nicht erlebt. Es sei daher schwer alle Diskussionsbeiträge zu beantworten. Eines möchte er jedoch an die Spitze seines Schlußwortes stellen: man mag vielleicht meinen, daß der Kulturstadtrat ein mächtiger Mann sei. In Wirklichkeit ist er ein armer Bittsteller. Man kann niemanden zwingen so und nicht anders zu sein. Man muß alles wachsen lassen und nur immer wieder versuchen, sehr behutsam in das geistige Leben einzugreifen, lange zu diskutieren und auf diese Weise zu dem Ziel zu gelangen, das geistige Leben dieser Stadt vielfältig zu erhalten aber auch weiterzuentwickeln. Wir sind immer wieder ein Stück weitergekommen, und wir sind froh, daß es gelungen ist, dieses Wien aufzubauen, nicht nur auf materiellen sondern auch auf geistigem Gebiet. Wien hat heute wieder einen Platz in der Reihe der europäischen Kulturstädte, dessen es sich rühmen kann.

Dann geht Vizebürgermeister Mandl auf die Debattenredner näher ein. Zur Frage der Förderung des guten Films bemerkt er, hier gehe es um die Frage, soll man den Kinobesitzer oder den Film fördern? Oder soll man den guten Film subventionieren, der ohnehin das große Geschäft geworden ist? Soll man dem Kinobesitzer eine Subvention geben, die er nicht auf den Besucher überwälzt? Das ist alles nicht sehr einfach und wir haben schon oft drüber diskutiert; wir haben aber den Willen, zu einer Regelung zu kommen.

Die Einstufung der Bibliothekare, das ist eine alte Diskussion. Wenn wir aber nicht ein neues Volksbüchereigesetz bekommen, ist es nur möglich, da und dort eine kleine Verbesserung zu erreichen.

Entlehngebühren: Er sei nicht der Meinung, daß man Kultur unter allen Umständen verschenken soll. Gerade in Zeiten der Konjunktur muß man den Menschen auch finanzielle Leistungen für seine kulturellen Bedürfnisse abverlangen.

Büchereien in Krankenhäusern: wir werden es probieren.

Wiener Symphoniker: Bei den Schülerkonzerten verlangen wir einen Mengenrabatt wie es halt üblich ist.

./.

Jungbürgerbuch: Wir werden ein neues Buch machen. 16 Prozent der Jungbürger sind zu der Feier gekommen, das ist im österreichischen Durchschnitt gesehen ein hoher Prozentsatz.

Zu dem Vorwurf, daß kein lebender österreichischer Komponist bei den Festwochen aufgeführt wurde, zählt der Referent Gottfried von Einem auf, dann Hindemith, Berg, Webern, Krenek und Schollum. Was die wienerische Note betrifft, so ist das sehr schwierig, wenn man nicht im Niveau sinken will.

Das Trautsohn-Palais gehört dem Bund, die Wagner-Villa ist Privatbesitz.

Die Ansätze für die Denkmalpflege sind deshalb gesunken, weil die 300.000 Schilling-Rate für den Stephansdom nicht mehr enthalten ist. In der nächsten Zeit wird jedoch wieder ein solcher Antrag kommen.

Eine Bestandaufnahme des Erhaltungswürdigen ist schon da, sie wurde im Zusammenwirken mit dem Bundesdenkmalamt gemacht. Wir benötigen jedoch ein brauchbares Bundes-Denkmalschutz-Gesetz.

Die Gesamtsteigerung des Budgets der Verwaltungsgruppe III macht 17 Prozent aus. Auf den Personalaufwand entfallen 0.44 Prozent. Daraus ist zu ersehen, daß der größte Teil unmittelbar der Kulturarbeit zugute kommt.

Was den Ankauf von Werken der bildenden Kunst anbelangt, ist sicherlich eine gewisse Vorsicht am Platze. In dieser Beziehung ist die Stadtverwaltung in ständigem Kontakt mit Fachleuten, und ich übernehme, erklärt der Vizebürgermeister, für alle Maßnahmen der Gemeindeverwaltung die Verantwortung. Ich lasse mich lieber das eine oder andere Mal wegen des Ankaufes eines Kunstwerkes angreifen, als daß wir wiederum in eine Zeit zurückfallen, in der es geheißen hat: Was Kunst ist, bestimme ich! Wir sehen unsere Aufgabe darin, unserer Bevölkerung ein Gesamtbild des Schaffens unserer bildenden Künstler zu vermitteln. Jede Kunst, ob sie uns nun zusagt oder nicht, ist eben Ausdruck ihrer Zeit.

Die Gemeinde Wien wird sich anläßlich der 600 Jahr-Feier der Wiener Universität mit einer Zuwendung einstellen, die Zufriedenheit auslösen wird.

Der Bürgermeister der Stadt Wien hat Ende des letzten Jahres dem Unterrichtsminister Vorschläge zur Linderung der Raumnot unserer Hochschulen unterbreitet. ./.

Es hat aber lediglich ein einziges Kontaktgespräch auf Beamtenebene stattgefunden. Entgegen anderslautenden Zeitungsnachrichten muß festgehalten werden, daß die Stadt Wien an ihr Angebot keinerlei Forderungen knüpfte. Die einzige Absicht bestand darin, diesen Notzustand zu erleichtern. Bis heute ist dazu keine offizielle Stellungnahme erfolgt.

Es trifft nicht zu, daß die kleinen Sportorganisationen keine Mittel aus dem Sportgroschen erhielten. Die Zuwendung der Gemeinde erfolgt allerdings an die Sportverbände, die sie dann an die einzelnen Sportvereine weiterzugeben haben. Es kann gesagt werden, daß den Sportorganisationen noch nie soviel Geld zugeflossen ist wie seit der Einführung des Sporttotos und des Sportgroschens.

Der Termin der Wiener Festwochen kann, wie das mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr verlangt wurde, nicht verschoben werden. Wir sind damit international gebunden. Es sind Bestrebungen im Gange, die Bezirksveranstaltungen auszubauen, erfahrungsgemäß ist jedoch das Interesse der ausländischen Reisenden daran nicht sehr groß. Anläßlich der Olympischen Winterspiele wird für den Besuch unserer Stadt in entsprechender Weise geworben werden.

Der Bau von Schulen darf von den Architekten nicht als Versuchsfeld für künstlerische und architektonische Einfälle verwendet werden. Die Schule ist zweckgebunden, sie hat dem Unterricht zu dienen. Aus diesem Grunde müssen auch die unabdingbaren Forderungen, die die Pädagogik an solche Bauwerke zu stellen hat, eingehalten werden. Es kommt aber nicht allein auf den Bau an, sondern vor allem auf den Geist, den die Lehrer der Schule haben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Bei der Reinigung der Schulgebäude macht sich der Personalmangel spürbar. Es fehlt jedoch nicht an Versuchen, in den Schulneubauten zu einem System der Reinigung zu kommen, das den heutigen Anforderungen entspricht.

Die Bezahlung der Lehrer erfolgt bundeseinheitlich, und diese Regelung ist durchaus zu begrüßen.

Wenn darauf verwiesen wurde, daß viele Studenten nach Absolvierung ihres Studiums ins Ausland gehen, dann soll man das nicht so tragisch nehmen. Die jungen Leute sollen sich in der Welt umsehen; ihre Erfahrungen werden, wenn sie zurückkehren, uns nur zugute kommen. Im allgemeinen ist die Sehnsucht nach dem Vaterland größer als alles das, was sie im Ausland halten könnte.

./.

Bei der Vergabe von Stipendien wird man die Mittelschultechniker, die als Bindeglied zwischen dem Hochschulingenieur und dem Arbeiter die Arbeiten am Bauplatz leiten, besonders fördern müssen. Ein Mangel an diesen "Unteroffizieren der Technik" könnte erhebliche Nachteile nach sich ziehen.

Auf die Übergangsmöglichkeiten von der Hauptschule in die Unterstufe der höheren Schule wird bei der Erstellung der weiteren Lehrpläne Rücksicht genommen werden.

Abschließend dankt der Vizebürgermeister für die positive Kritik und ersucht nochmals, dem Budget seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe III einstimmig angenommen.

Vorsitzender Fürstenhofer unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Dienstag, den 10. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Zum Verkehrsunfall in der Alser Straße

9. Dezember (RK) Einige Zeitungen berichteten heute von dem Opfer eines Verkehrsunfalles, das "vor der Spitalstür" - gemeint ist das Allgemeine Krankenhaus - vom Spitalspersonal hilflos liegengelassen worden wäre, weil eine Vorschrift verlange, daß die Einlieferung nur mittels Rettungsauto erfolgen dürfe.

Dazu teilt die Magistratsabteilung 17 (Anstaltenamt) mit, daß sich der Unfall in der Alser Straße bei der Schlösselgasse ereignet hat, von wo es bis in die I. Unfallstation, die sich im Hof des Allgemeinen Krankenhauses befindet, noch einige hundert Meter sind. Als dem Portier von einem Passanten der Unfall heute nacht gegen 23.30 Uhr gemeldet wurde, hat er sofort die Krankenhaustelefonzentrale wegen Rettung und Verständigung der Unfallstation angerufen. Er hat richtig gehandelt, denn die Ärzte der Unfallstation, die außerdem gerade andere Patienten dringend versorgen mußten, hätten für den Weg zur Unfallstelle länger gebraucht als der per Funk herbeigerufene Rettungswagen. Das Sanitätspersonal hätte aber schon aus ärztlichen Gründen den Verunglückten gar nicht über eine so lange Strecke mit einer Tragbahre transportieren dürfen. Und wie sich auch herausstellte, mußte dem Verunglückten vom Rettungsarzt erst sachgemäß eine Schiene angelegt werden ehe er schmerzfrei und rasch mit dem Krankenwagen auf die Unfallstation eingeliefert werden konnte.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 84 Ochsen, 180 Stiere, 737 Kühe, 149 Kalbinnen, Summe 1.150. Polen: 8 Stiere, 22 Kühe, Summe 30. Ungarn: 2 Ochsen, 32 Stiere, 5 Kühe, 31 Kalbinnen, Summe 70. Gesamtauftrieb: 86 Ochsen, 220 Stiere, 764 Kühe, 180 Kalbinnen, Summe 1.250. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 11.40 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.20 S, Stiere 11.50 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.50 S, Kühe 9.50 bis 11 S, extrem 11.20 bis 12 S, Kalbinnen 11.50 bis 13.70 S, extrem 13.80 bis 14 S, Beinlvieh Kühe 7.50 bis 9.50 S, Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 11.50 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 22 Groschen bei Stieren um 27 Groschen, bei Kühen um 37 Groschen und bei Kalbinnen um 45 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Ochsen 12.10 S, Stiere 12.96, Kühe 9.82 S, Kalbinnen 12.32 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 40 Groschen je Kilogramm.

Ausländische Rinder notierten: Polen, Stiere 12.50 bis 12.80 S, Kühe 9.20 bis 9.50 S; Ungarn, Ochsen 13.20 bis 13.50 S, Stiere 12.60 bis 13.50 S, Kühe 10.80 bis 11.70 S (12.20 S), Kalbinnen 12.80 bis 13.50 S.

In der Woche vom 30. November bis 6. Dezember wurden 236 Rinder außer Markt bezogen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Wohlfahrtswesen

10. Dezember (RK) Am vierten Tag der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) erstattete das Referat. Sie führte aus:

"Für das Jahr 1964 sind im Voranschlag für die Geschäftsgruppe IV abzüglich der Beträge für die Altersheime und die vier Erziehungsheime für Lehrlinge, die derzeit von der Geschäftsgruppe V betreut werden, 539,940.200 Schilling vorgesehen. Das sind um 21,870.600 Schilling mehr, als für das Jahr 1963 präliminiert waren, und gegenüber dem Voranschlag 1960, den ich die Ehre hatte erstmalig dem Wiener Gemeinderat vorzulegen, um rund 100 Millionen Schilling mehr. Das heißt, daß der Aufwand für die sozialen Leistungen allein in der Geschäftsgruppe IV seit 1960 um rund 23 Prozent gestiegen ist. Und dies, obwohl die Anzahl jener Personen, die von uns unmittelbar befürsorgt werden müssen, von Jahr zu Jahr geringer wird.

Schon diese Summe allein beweist, wie ernst es uns damit ist, wenn wir sagen, daß bei alldem, was wir tun, "Der Mensch" und damit das 'Wohl der Familie", im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Auch die Aufgaben, die wir im nächsten Jahr erfüllen wollen, und jene, die wir in diesem Jahr erfüllt haben, beweisen dies. Es gibt zwar eine Gruppe von Staatsbürgern, die behauptet, "Der Wohlfahrtsstaat gehe zu weit". Für sie ist aber anscheinend Armut und Not noch immer ein wesentlicher und schicksalhafter Teil des menschlichen Daseins.

./.

Wir aber fühlen uns den Müttern unserer Stadt verpflichtet, die doch das Herz jeder Familie sind, und für uns ist die Erfüllung vieler ihrer Wünsche für die Betreuung der Jugend und der Alten - wenn auch nicht alle in den fürsorgerechtlichen Bestimmungen ihre Bestätigung finden - eine zwingende gesellschaftliche und menschliche Verpflichtung. Denn rechtzeitige und sorgfältige Fürsorge für die betagten Menschen und Erziehung der Jugend ist das wertvollste Kapital einer Stadt, das reiche Zinsen trägt. Gesunde wohlerzogene und gebildete junge Menschen ersparen im Laufe ihrer Entwicklung viel Geld, das sonst für Erziehungsheime, vielleicht sogar für Jugendgefängnisse, ausgegeben werden müßte. Fürsorge für alte Menschen macht oft die Unterbringung in Krankenhäusern überflüssig. Sozialausgaben sind daher auch ein sehr wesentliches Mittel zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität. So kennzeichnet die Güte des Wohlfahrtswesens nicht nur den humanitären und sozialen Charakter einer Stadt, sondern auch den ökonomischen Weitblick ihrer Verwaltung.

Befürsorgte der Stadt Wien - den Sozialrentnern gleichgestellt

Die Anzahl der Befürsorgten verringerte sich in diesem Jahr um 577 Personen, davon etwa 60 Prozent wegen Todesfalles, die restlichen 40 Prozent wegen Einweisung in Anstaltspflege oder auch wegen der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Letzteres trifft besonders bei Familien zu, die aus den verschiedenen Gründen nur vorübergehend eine Dauerunterstützung erhalten mußten. 334 Personen kamen zum Kreis der Befürsorgten hinzu, sodaß sich ihre Gesamtzahl vom 1. Jänner bis 30. September 1963 um 243 - von 8.279 auf 8.036 Personen - verringerte. Von diesen 8.036 Personen sind 6.900 Frauen und 1.136 Männer.

Im Altersaufbau unserer Befürsorgten ergab sich nur eine geringfügige Veränderung, nur eine kleine Verschiebung zugunsten der höheren Altersgruppen. Immerhin sind 63 Prozent im Alter zwischen 60 und 80, 16 Prozent zwischen 80 und 101 Jahren. Von den restlichen 21 Prozent gehören zwölf Prozent der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren an und nur neun Prozent sind unter 50 Jahren.

./.

Es war uns möglich, die Fürsorgerichtsätze in diesem Jahr zweimal zu erhöhen, gleichzeitig und im gleichen Ausmaß wie die Richtsätze für die Ausgleichsrente. Derzeit beträgt somit die Fürsorgeunterstützung für alleinstehende hilfsbedürftige Männer über 65 Jahre und Frauen über 60 Jahre 600 Schilling. Dazu kommen noch die Heizbeihilfe, die volle Miete, die Ausgaben für Sachaushilfen. Insgesamt sind für die Dauerunterstützungen im Voranschlag 67 Millionen Schilling vorgesehen, das sind vorläufig zwei Millionen Schilling mehr, als für dieses Jahr präliminiert waren.

Da aber, wie wir wissen, mit Beginn des Jahres 1964 die Richtsätze für die Ausgleichsrenten erhöht werden und ich Ihnen mit Zustimmung des Finanzreferenten mitteilen darf, daß wir nach Beschlußfassung im Parlament die Fürsorgeunterstützungen ebenfalls um den gleichen Betrag erhöhen werden, so werden noch ungefähr fünf Millionen Schilling dafür notwendig sein. So können wir heute feststellen, daß die Befürsorgten der Stadt Wien den Sozialrentnern gleichgestellt sind. Die Befürsorgten sind bei uns nicht mehr Menschen zweiter Güte. Der große Schritt von der Armenpflege zur sozialen Gleichstellung ist getan.

Landaufenthalt für Befürsorgte

Seit zwölf Jahren erleben unsere Befürsorgten in den Sommermonaten einen 14tägigen Landaufenthalt in schöner Umgebung. Briefe und Fotografien, die uns die Urlauber immer wieder schicken, bestätigen, wie sehr so ein Urlaub diese vom Schicksal oft schwer Heimgesuchten wieder ermutigt, den Sinn des Lebens neu zu entdecken.

Seit Beginn der Landaufenthaltsaktion waren 29.706 Personen auf Urlaub. Für das kommende Jahr sind wieder 1,8 Millionen Schilling für diese schöne und zugleich fürsorgerisch wichtige Aktion vorgesehen. Darüber hinaus werden wir 7,5 Millionen Schilling für die ärztliche Betreuung unserer Befürsorgten benötigen.

./.

Schöner Lebensabend für unsere Alten

Die Fürsorge unserer Zeit muß auch einer Erscheinung der gesellschaftlichen Entwicklung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken: der zunehmenden Lebenserwartung aller Menschen, die ihre Ursache in den Erfolgen der Medizin, aber auch in einer immer größer werdenden sozialen Sicherheit hat.

In Wien leben - nach der letzten Volkszählung im Jahre 1961 - 389.623 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren (also fast ein Viertel der Bevölkerung), und zwar 246.236 Frauen und 143.387 Männer. 262.029 Personen stehen im Alter von 65 bis 100 und mehr Jahren.

Wie sehr sich die Situation in den letzten Jahrzehnten verändert hat, zeigen folgende Zahlen: 1910 waren in Wien 7.3 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre und nur vier Prozent über 65, 1951 schon 20 Prozent über 60 Jahre und 1961 24 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre und 16 Prozent über 65 Jahre.

Wir haben uns an die Wissenschaft gewandt, die sich in dankenswerter Weise der Probleme angenommen hat, die sich aus der längeren Lebenserwartung ergeben. Und wir können stolz sein, daß wir in Wien international anerkannte Wissenschaftler auf dem Gebiet der Geriatrie aufweisen können, wenn es auch in Österreich leider noch immer keinen Lehrstuhl für Geriatrie gibt.

Aber nicht nur die kranken alten Menschen, die in unseren Altersheimen Aufnahme finden, bedürfen unserer Hilfe. Es gilt, auch den gesunden, oder verhältnismäßig gesunden betagten Menschen zu helfen, vor allem die Brücke zu finden, zwischen einem bisher mit Arbeit ausgefüllten Dasein und einem geruhsamen, ungewohnten Lebensabend, oder ihn andererseits vor Vereinsamung zu schützen in dem Augenblick, da Familienbeziehungen zu bestehen aufhören.

Manche Länder haben begonnen, die Furcht alternder Menschen vor der Pensionierung, die für sie gleichbedeutend ist mit "gesellschaftlich-ausgestoßen-sein", durch Schaffung von Hobbyräumen abzufangen. Dieses gut gemeinte Mittel hat aber fast überall versagt, ausgenommen als Therapie bei den Kranken. Viele Pensionisten suchen nämlich keinen Zeitvertreib, sie suchen eine zielvolle Betätigung, und meist nicht irgendeine, sondern möglichst die gewohnte.

Hier scheint mir eine Einrichtung in Holland interessant. Über Initiative des Präsidenten des Philipps-Konzerns - und mit

./.

von diesem Konzern zur Verfügung gestellten Mitteln - wurden Werkstätten gegründet. Zuerst nur für die Pensionisten der Philipps-Betriebe, später auch für andere Pensionisten. Vielleicht wäre dies auch für unsere Großbetriebe interessant und nachahmenswert.

Ist es aber schwierig, für den aus dem normalen Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen eine Tätigkeit zu finden, die ihn befriedigt, so ist es noch viel schwieriger, die Menschen vor Vereinsamung zu schützen oder sie gar aus ihr herauszulösen. Schließlich erlebt doch jeder Mensch das Alleinsein, das Ausscheiden aus einem gewohnten Lebensrhythmus individuell sehr verschieden.

Pensionistenklubs

Eine Einrichtung, mit der wir unseren betagten Mitbürgern helfen wollen, den neuen Lebensabschnitt zu bejahen und nicht einsam zu werden, sind unsere Pensionistenklubs, deren Zahl wir für diesen Winter wieder um zwei vermehren konnten.

5.500 Frauen und Männer, davon 85 Prozent Sozialrentner, finden in 87 Pensionistenklubs Kontakt mit anderen Menschen. Die meisten Klubs sind heute auch schon in schönen Lokalen untergebracht und werden ihrem Namen gerecht. Für manche nicht sehr geeignete Lokale, die wir da und dort noch benützen müssen, hoffen wir, auch bald Ersatz zu finden. Überall hat sich eine gute, frohe Gemeinschaft gebildet und jeder neu Hinzukommende findet bald Anschluß. Die mit viel Verständnis zusammengestellten Büchereien werden gerne benützt, Vorträge gemeinsam gehört und Vorschläge für neue Themen gemacht. Einige Klubs haben auch wieder die Arbeit in Bastelgruppen begonnen und ich bin sicher, daß noch weitere folgen werden. Mit dem im Vorjahr angeregten Literaturwettbewerb fanden wir leider keinen Anklang. Hier müßte sich ein geschickter Reporter finden, der sich von unseren Klubbesuchern aus ihrem Leben erzählen läßt. Aus dem Gehörten könnte eine sehr interessante Artikelserie entstehen.

In den Monaten von April bis Oktober werden wir wieder mit Ausflügen das Klubleben während des Sommers überbrücken. Dabei wird natürlich auf die Pfleglinge in den Altersheimen nicht vergessen. Bei ihnen erfreuen sich besonders die jährlichen Wachaufahrten großer Beliebtheit. In diesem Jahr haben an den Ausflügen 18.625 Besucher von Pensionistenklubs, 2.340 Befürsorgte, die nicht die Pensionistenklubs besuchen und 3.805 Patienten der Altersheime, insgesamt also 24.770 Personen teilgenommen. Im kommenden Jahr erwarten wir rund 25.000 Teilnehmer.

Die Gesamtkosten für die Führung der Pensionistenklubs werden 3,820.000 Schilling betragen. Der Aufwand ist um 520.000 Schilling höher als im Vorjahr, da, wie gesagt, zwei neue Pensionistenklubs im 2. und 15. Bezirk eröffnet wurden. Auch sind die Kosten für das Mittagessen gestiegen und außerdem wurde die Vergütung für die Leiterinnen und deren Helferinnen erhöht. Für die Ausflüge sind weitere 2.1 Millionen Schilling vorgesehen.

Heimhilfe

Eine weitere Hilfe, die wir vor allem für unsere betagten Frauen und Männer zu organisieren suchen, ist die Heimhilfe. Und ich freue mich, daß es in diesem Jahr wieder möglich war, neue Mitarbeiterinnen zu gewinnen und dadurch die Pflegestunden zu vermehren. Derzeit stehen uns 112 Mitarbeiterinnen zur Verfügung, davon 22 diplomierte Schwestern. Bis Ende Oktober wurden 77.194 Pflegestunden geleistet, das sind um 14.328 Stunden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also eine Steigerung von 22 Prozent. Für 1964 haben wir wieder zwei Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Pensionistenheime

In diesem Zusammenhang darf ich auch ein Wort über unsere Pensionistenheime sagen, die jenen dienen, die nicht mehr imstande sind, ihren Haushalt zu führen, andererseits aber weder bettlägerig sind noch eine besondere und ständige ärztliche Betreuung benötigen. Das erste Pensionistenheim ist, wie bekannt, fertiggestellt. Seit Ende Oktober wird das Haus besiedelt.

./.

Bis jetzt sind 141 Bewohner eingezogen und zwar zwölf Ehepaare, 25 Männer und 92 Frauen - davon sind 98 Voll- und 43 Teilzahler. Um die neuen Bewohner einander näherzubringen, führen wir im Heim seit einer Woche einen Klub; auch zwei Fernsehapparate stehen zur Verfügung.

Das zweite Pensionistenheim ist im Bau. Ferner wird in Besprechungen mit der Baudirektion über Grundstücke beraten, die für die Errichtung weiterer Pensionistenheime geeignet wären. Jedenfalls glaube ich, daß es uns gelungen ist, mit diesem ersten Heim eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich: unseren betagten Menschen ein Heim zu schaffen, das allen kulturellen und zivilisatorischen Anforderungen voll entspricht und Behaglichkeit, Sicherheit und gleichzeitig volle persönliche Unabhängigkeit, also Freiheit des Handelns, des Eigenlebens, garantiert. Jede Wohnung soll ein schönes, selbstgewähltes und auch selbstgestaltetes Refugium sein, in dem der Bewohner sich als Besitzer seiner behaglichen vier Wände fühlen kann.

"Altenplan" - schon entwickelt

Mit diesen Ausführungen über die Betreuung und Fürsorge für die betagten Menschen unserer Stadt wollte ich Ihnen darlegen, wie sehr wir bemüht sind, bei der Lösung der Altersprobleme mitzuwirken, über die erstmalig in Wien von Vizebürgermeister Honay beim Städtetag 1958 gesprochen wurde. Seither wurden die verschiedensten Einrichtungen geplant, geschaffen und ausgebaut.

Ich war daher etwas überrascht, als Präsident Mühlhauser in der Generaldebatte in der Fülle seiner "Enqueten" und "Planungswünsche" auch einen "Altenplan" erwähnte.

Es ist richtig, daß wir bisher das Wort "Altenplan" nicht verwendeten, aber wir haben diesen in der Praxis, in einer sehr lebensnahen und verantwortungsbewußten Praxis entwickelt: Wohnungen für alte Menschen gebaut, den Bau von Pensionistenheimen begonnen, den Ausbau der Tagesheimstätten zu Pensionistenklubs durchgeführt, unsere Urlaubs- und Ausflugsaktion erweitert, die Heimhilfe ausgebaut, im ehemaligen Lupuspavillon eine geriatrische Rehabilitation errichtet - und wir werden den Ausbau fortsetzen, angepaßt der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn für uns ist die Betreuung unserer betagten Menschen ein Programm! Genauso wie die Sorge um unsere Jugend.

./.

Der alte Mensch fürchtet aber nichts so sehr wie den Verlust seiner Unabhängigkeit, seiner persönlichen Handlungsfreiheit durch ein Reglement. Darum können und sollen die Einrichtungen für den betagten Menschen ihren Bedürfnissen wohl angepaßt, aber, wie alle Einrichtungen, die wir für die Familie schaffen, nur helfende Institutionen sein, die zu benützen dem freien Willen des einzelnen überlassen bleibt.

Fürsorge für Körperbehinderte

Besondere Sorge gilt auch unseren behinderten Mitbürgern. Da sind vor allem die Sehbehinderten. Ihnen konnten wir in diesem Jahr die Blindenbeihilfe zum erstenmal 14mal auszahlen. Mit 31. Oktober 1963 zählen wir 3.057 Bezieher der Blindenbeihilfe, und zwar 2.366 Voll- und 691 Praktischblinde, das sind wieder um 110 Personen mehr; davon 57 Voll- und 53 Praktischblinde.

Von den 3.057 Beziehern der Blindenbeihilfe stehen nur 223 Männer und 100 Frauen in Arbeit, als Musiker, Klavierstimmer, Telefonisten, aber auch Stenotypisten. 789 Männer und 1.245 Frauen beziehen eine Pension oder Invalidenrente, 57 Männer und 270 Frauen erhalten eine Dauerunterstützung der öffentlichen Fürsorge. Im Voranschlag sind 20 Millionen Schilling für die Blindenbeihilfe vorgesehen, das sind um 1,7 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Die Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte werden ständig von 85 bis 90 Personen besucht, derzeit von etwa 60 Männern und 30 Frauen. Bis Ende Oktober ist es gelungen, für 33 Behinderte Arbeitsplätze zu vermitteln. Insgesamt konnten seit Beginn der Kurse im September 1950 438 Behinderte entweder in das Berufsleben vollständig eingegliedert oder für sie zumindest jene Stellung in der Gesellschaft erworben werden, die sie auf Grund ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu erreichen imstande waren.

Im kommenden Jahr wird mit dem Umbau des Gebäudes 16, Speckbachergasse-Wurlitzergasse, begonnen. In dieses neue Haus wird dann nicht nur der Arbeitstherapeutische Kurs von der Josefstädter Straße verlegt, sondern es werden dort, gemeinsam mit "Jugend am Werk", je eine geschützte Werkstätte für Männer und Frauen eingerichtet und geführt.

./.

Nach eingehenden Beratungen, an denen auch die Landeshauptleute und die Landesfinanzreferenten teilnahmen, steht nun den Ländern ein neuer Gesetzentwurf für die Fürsorge von Behinderten als Muster zur Verfügung. Der Entwurf eines Wiener Landesgesetzes ist vorbereitet und wird in Kürze zur Begutachtung ausgesendet. Dieser Entwurf umfaßt als ersten Schritt die Einrichtung von Rehabilitationszentren und geschützten Werkstätten. Damit erfüllen wir einen dringenden Wunsch der Eltern von behinderten oder geistig reduzierten Kindern und Jugendlichen und hoffen so, den schwer geprüften Eltern ihre Sorgen etwas zu erleichtern.

Die Sorge für die Jugend

Im gleichen Maß, wie wir uns für das Wohl der sozial bedürftigen und der betagten Menschen unserer Stadt verantwortlich fühlen, sind wir uns auch der Verantwortung für das körperliche und seelische Wohl unserer Jugend bewußt. Wir sind aus diesem Grunde sehr froh, daß es uns gelungen ist, ein gutes Jugendschutzgesetz zu schaffen, das vom Wiener Landtag einstimmig beschlossen wurde. Bei der Durchführung dieses Gesetzes rechnen wir vor allem mit der Hilfe der Eltern, der Lehrer, der Erzieher, auch der Betriebsräte und Jugendvertrauenspersonen in allen Arbeitsstätten. Sie alle sollen die jungen Menschen auf Wert und Nutzen des Jugendschutzgesetzes aufmerksam machen, ihnen darlegen, warum wir vorbeugen und sie beschützen und beschirmen wollen.

In diesem Sinne wird vom 13. bis 18 Jänner 1964 eine Jugendschutzwoche abgehalten und wir haben bereits mit den Eltern, den Familien- und Jugendverbänden vereinbart, daß in dieser Woche in Versammlungen und Konferenzen die Eltern und die Jugend mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut gemacht werden sollen; eine kleine handliche Broschüre wird diese Information unterstützen.

Ich danke auch unserem Polizeipräsidenten für seine Zusage, daß sich unsere Polizei besonders in den ersten Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes bemühen wird, im wahrsten Sinn des Wortes Freund und Helfer der Jugend zu sein und die Jugend eher mahnend als strafend auf Übertretungen aufmerksam zu machen.

./.

Säuglingssterblichkeit sinkt weiter

In diesem Jahr ist wieder ein Ansteigen der Geburtenzahl festzustellen. Bis Ende Oktober haben 16.978 Kinder, und zwar 8.744 Buben und 8.234 Mädchen, von Wiener Müttern das Licht der Welt erblickt. Das sind um 541 Kinder mehr als im Vorjahr, sodaß wir heuer voraussichtlich die Zahl von 20.000 Geburten überschreiten werden.

Ebenso erfreulich sind die Berichte, die über die Säuglingssterblichkeit vorliegen. Bis Ende September war eine Säuglingssterblichkeit von nur 2.7 Prozent zu verzeichnen. Dieser Prozentsatz war nur im April und August auf mehr als drei Prozent gestiegen, und im Oktober betrug sie leider 4.32 Prozent. Der Jahresdurchschnitt wird daher wohl wieder geringer sein, aber doch knapp 2.9 Prozent, vielleicht drei Prozent erreichen.

Natürlich ist die Senkung der Säuglingssterblichkeit in erster Linie den Ärzten, der Medizin zu danken, aber die Leistung der Ärzte erfährt eine bedeutende Ergänzung durch die Arbeit unserer Fürsorgerinnen, die besonders bei sozial schwachen Familien einsetzt.

In diesem Zusammenhang darf ich schon jetzt berichten, daß wir dem Wiener Gemeinderat im Anschluß an die Budgetverhandlungen den Antrag vorlegen werden, in die Bedingungen für die Zuerkennung der Säuglingswäsche neben der Wassermannprobe auch die verpflichtende Bestimmung des Rhesusfaktors aufzunehmen. Aufmerksam gemacht durch einen ärztlichen Bericht, bestätigte uns Stadtrat Primarius Dr. Glück, der in dieser Frage in zweifacher Hinsicht, nämlich als Gynäkologe und als Stadtrat für das Gesundheitswesen, maßgebend ist, daß die Bestimmung des Rhesusfaktors sehr wichtig ist und er daher eine solche Regelung sehr befürwortet.

Dozent Dr. Speiser vom Serologischen Institut teilte uns dazu mit, daß zwar nur zwei Promille der Kinder durch verschiedenen Rhesusfaktor der Eltern gefährdet sind, aber 14 Prozent der Mütter negativen Rhesusfaktor aufweisen. Wenn auch heute schon jährlich rund 14.000 solcher Untersuchungen erfolgen, so hoffen wir durch eine verpflichtende Untersuchung eine weitere Senkung der Säuglingssterblichkeit zu erreichen.

Zu den bestehenden Mutterberatungsstellen konnten wir in diesem Jahr zwei neue eröffnen. Der Ausbau dieser Institution wirkt sich überaus günstig aus. Die Beratungsstellen werden gerne von den Müttern in Anspruch genommen. Daß darunter besonders viele junge Mütter sind, die ihr erstes Kind zur Welt bringen, zeigt von einem starken Verantwortungsgefühl der Mütter für ihre Kinder. Wir haben alle Ursache, unseren Müttern für diese Obsorge zu danken. Vielleicht wirkt sich hier auch der einjährige Karenzurlaub segensreich aus. Die Mütter haben nun mehr Zeit, sich ihrem Säugling zu widmen. Wir, die für die Jugendfürsorge sprechen, würden es begrüßen, wenn es möglich wäre, den Müttern nicht nur ein Jahr, sondern zwei oder gar drei Jahre Karenzurlaub zu gewähren. Man möge nicht sagen, das sei ganz unmöglich! Schließlich hielt man es auch noch vor einigen Jahren für unmöglich, das eine Jahr Karenzurlaub zu gewähren.

Das Mutter-Kind-Heim

Die jüngsten und alleinstehenden, manchesmal auch von ihrem Elternhaus verlassenen Mütter unserer Stadt finden in unserem Mutter-Kind-Heim ein neues und gutes "Zuhause".

In den zwei Jahren seines Bestehens wurden in dieses kleine Heim 45 junge Mütter aufgenommen. 26 haben das Heim inzwischen wieder verlassen. Neun davon haben geheiratet, sieben den Kindesvater, zwei haben einen anderen Lebensgefährten gefunden. Zehn junge Mütter wurden von ihren Angehörigen wieder aufgenommen. Diese 19 Fälle (von 26) sind als schöner sozialpädagogischer Erfolg zu werten. Die neun Verehelichungen haben wohl zu der für Mutter und Kind günstigsten Lösung geführt. Aber auch hier war der Aufenthalt im Heim jene helfende Brücke, die notwendig war zur besseren gegenseitigen Prüfung, ob der Bund fürs Leben gewagt werden kann und soll. Aber auch die Rückkehr von zehn jungen Müttern zu den Angehörigen ist erfreulich. Wir konnten dabei erkennen, daß der erste, oft sehr schwere Schock - unsere junge Tochter bekommt unerwartet ein Baby! - durch geeignete fürsorgerische, sozialpädagogische Hilfe nach und nach zu überwinden ist.

./.

In drei Fällen versagte unsere Hilfe trotz aller Bemühungen gänzlich. Es gelang nicht oder nicht rasch genug, die junge Mutter zum Verständnis und zur Reife für ihre Mutterschaft zu bringen. Diese wenigen, sozial sehr verwahrlosten jungen Frauen sorgten einfach nicht für ihr Kind und mußten, aus pädagogischen Gründen, das Heim wieder verlassen. Ihre Kinder kamen ins Zentralkinderheim. Vier andere Mütter, die ihre Kinder zwar liebten, aber sich in die Ordnung des Heimes nicht einfügen wollten, mußten mit ihren Kindern in einem Heim untergebracht werden, das straffer, im Sinne der Fürsorgeerziehung, geführt wird.

Die Kindertagesheime

Für rund 800 Kinder unserer berufstätigen Mütter konnten wir in diesem Jahr wieder sechs neue Kindertagesheime errichten, die teils bereits in Betrieb sind, teils noch im Dezember, in einem Fall leider erst im Jänner, fertiggestellt sein werden. Derzeit betreuen wir in 655 Gruppen rund 18.000 Kinder.

Denken wir daran, daß nach Kriegsende nur 35 Kindertagesheime mit 58 Gruppen zur Verfügung standen und wir erst im Oktober 1949 den ersten neu erbauten Kindergarten eröffnen konnten! Seit 1950 wurden 55 Kindertagesheime mit 250 Gruppen neu errichtet. Allein in den letzten vier Jahren konnten wir jährlich 800 bis 1.000 neue Plätze für Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimschulen schaffen.

Da derzeit nicht nur die Zahl der berufstätigen Mütter steigt, sondern auch die Zahl der Geburten, werden wir natürlich weiterhin für eine Vermehrung der Kindertagesheime sorgen. Im Jahre 1964 werden wieder sechs neue Kindertagesheime, die bereits im Bau sind, eröffnet, und zwar: in der Erdbergstraße und in der Leonhardgasse im 3. Bezirk, auf dem Quarinplatz und auf dem Eisenstadtplatz im 10. Bezirk, ferner in Wien 11, Rinnböckstraße und in Wien 23, Inzersdorf, Tochterstadt.

Insgesamt werden wieder 29 Gruppen für rund 700 bis 800 Kinder geschaffen; dazu kommt eine Vermehrung von 10 Gruppen in Tagesheimschulen für rund 300 Kinder. So können wir wieder tausend Müttern die Sorge um ihre Kinder erleichtern.

./.

140 Millionen Schilling, das sind wieder um elf Millionen mehr als im Vorjahr, sind im Voranschlag für unsere Kindertagesheime vorgesehen. 21,3 Millionen werden voraussichtlich durch das Besuchsgeld und als Essenbeitrag zurückfließen, sodaß die Gemeinde Wien rund 119 Millionen für die Kindertagesheime aufbringt. Davon betragen allein die Personalkosten 79,9 Millionen Schilling.

Zur Ausbildung der Kindergärtnerinnen führen wir derzeit in unserer Kindergärtnerinnenbildungsanstalt fünf Klassen mit 175 Schülerinnen.

Ferienglück für unsere Kinder

Fast 10.000 erholungsbedürftige Kinder konnten vier Wochen Ferienglück in unseren eigenen oder in Pachtheimen der städtischen Erholungsfürsorge erleben, 505 Kinder einen Aufenthalt am Meer. Zum erstenmal war es auch möglich, 40 Kleinkinder aus dem Zentralkinderheim mit ihren Betreuerinnen für vier Wochen nach Italien zu schicken. Zum neuntenmal konnten wir auch den internationalen Turnus für körperbehinderte Kinder durchführen. 109 Kinder aus Österreich, Deutschland und Dänemark waren für vier Wochen in Sulzbach-Ischl.

Die Gastfreundschaft, die wir 1962 86 Hamburger Kindern gewähren konnten, als Hamburg von einer schweren Hochwasserkatastrophe betroffen wurde, war der Anlaß dafür, daß wir heuer 30 Hamburger Kinder in den Ferien in unserem Heim in Tribuswinkel begrüßen konnten, während 30 Wiener Kinder in St. Peter an der Nordsee erlebnisreiche Erholung fanden.

Unsere Schullandheimaktion war dieses Jahr auch erfolgreicher. Für fast 1.800 Kinder wurden Wald und Feld, Dorf und Kleinstadt zum Klassenzimmer, in dem man doch manchmal mehr lernt als im gewohnten Schulraum in der Großstadt. Auch Kinder aus England und Deutschland (Bremen und Westfalen), erlebten ihre Landschulwoche bei uns.

Auch im nächsten Jahr werden wieder rund 10.000 Kinder ihren glücklichen Kinderurlaub erleben können!

Die Pflegekinder der Stadt Wien

Kränklichen Kindern einen Erholungsurlaub zu vermitteln, ist eine der leichtesten Arbeiten für unsere Fürsorgerinnen in den

./.

Bezirksjugendämtern. Viel schwieriger ist es, Eltern zu beraten, wenn ihre Kinder erziehungsschwierig werden oder Kinder, die von Verwahrlosung bedroht sind, zu schützen. Es vergeht kein Tag, an dem in die Kinderübernahmestelle nicht Kinder gebracht werden, die aus diesen Gründen weder daheim, in ihrer Familie, noch bei anderen Erziehungsberechtigten bleiben können. 50 Prozent aller überstellten Kinder fallen in diese Kategorie. Es gibt Aufnahmen wegen Mißhandlungen, wegen gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung. Oft ist ein Gerichtsbeschluß notwendig, um das Kind schützen zu können. Weitere 50 Prozent der Aufnahmen in die Kinderübernahmestelle betreffen Säuglinge und Kleinkinder, die aus verschiedensten Gründen im Elternhaus nicht aufgenommen werden oder dort nicht bleiben können.

Wenn man von der Aufnahme von Kindern in Heimen spricht, so denken viele an elternlose Kinder, an Waisen. Tatsächlich aber sind unter den derzeit rund 5.500 Pflegekindern der Stadt Wien nur 65 Vollwaisen, das sind etwa 1.1 Prozent! Es gibt also keine Waisenhäuser, sondern nur Erziehungsheime ...

Der Umbau unserer Kinderübernahmestelle macht gute Fortschritte. Wir hoffen, ihn im kommenden Jahr vollendet zu haben. Die Kinder sollen sich, vor allem in der erster Zeit, wenn sie von zu Hause weg sind, besonders geborgen fühlen. Dann kann auch das aus Fachleuten bestehende Team der Beobachtungsstation, das sich durchaus der Heimatmosphäre anpaßt, erkennen, ob ein Kind einer Pflegefamilie anvertraut, in ein bestimmtes Heim eingegliedert oder als Adoptionskind vermittelt werden kann.

In diesem Jahr konnten bis 30. September für 182 Kinder Adoptionseltern vermittelt werden. Seit Inkrafttreten des neuen Adoptionsgesetzes, mit dem die Altersgrenze der Wahleltern herabgesetzt wurde und die Adoption auch gestattet wird, wenn eigene Kinder da sind, konnten bedeutend mehr Kinder bei Wahleltern Geborgenheit finden, mehr Ehepaare das Glück erleben, das ein Kind geben kann. Im Jahr 1960 wurden nur 71 Adoptionsverträge abgeschlossen, 1961 aber waren es bereits 263, 1962: 240 und bis Oktober 1963: 182. Es ist also ein leichtes Absinken von Anmeldungen der Wahleltern festzustellen. Derzeit warten 70 gesunde Kinder auf Wahleltern, während nur 50 Wahleltern sich um ein Kind bewerben.

./.

Immer von neuem werben wir auch um Pflegeeltern, die ein oder mehrere Kinder übernehmen. Derzeit sind 1.361 Kinder bei Pflegeeltern. Ich freue mich, daß wir eine leichte Zunahme von Pflegestellen vermerken konnten. Wir haben auch Kinder bei Pflegeeltern in der Steiermark, in Niederösterreich und einzelne auch im Burgenland und in Oberösterreich.

Wer sind die Pflegeeltern? Meist einfache Leute, die oft aus eigener Erfahrung wissen, wie schmerzlich es für ein Kind sein kann, ohne elterliche Liebe aufwachsen zu müssen. 75 Prozent der Wiener Pflegeeltern sind Arbeiter und Invalidenrentner, etwa 21 Prozent sind Angestellte und öffentlich Bedienstete, etwa vier Prozent sind Selbständige. Das goldene Wiener Herz ist anscheinend viel mehr bei den kleinen Leuten beheimatet!

In unseren Großpflegefamilien haben wir nach wie vor besonderen Erfolg bei schwierigen Kindern. So kam zum Beispiel ein schwer zu erziehender Zwölfjähriger, der an einem Raubüberfall beteiligt war, in eine Großpflegefamilie. Jetzt hat er seine Lehrzeit bald hinter sich und macht allen viel Freude. Elf Jugendliche in Großfamilien stehen derzeit in einem Lehrverhältnis; zehn sind bereits volljährig und gehen ihrem erlernten Beruf nach. Ein 16jähriges Mädchen, ein Fürsorgeerziehungszögling, wurde mit ihrem zweijährigen Kind (Schändung durch den Stiefvater!) in eine solche Familie aufgenommen und ist heute ein arbeitssamer, fröhlicher Mensch geworden.

Diese wenigen Andeutungen lassen kaum erkennen, wieviel behutsame Arbeit, unendliche Geduld, Einsatzbereitschaft und großes Verständnis für diese geschädigten Kinder aufgebracht wird. Aber das gesunde Vorbild von Vater und Mutter der Pflegefamilie, die Herzlichkeit und Einfachheit ihres Lebensstils - mitten in der Großstadt, in einer ungekünstelten Umwelt - bewirken oft erstaunliche Heilung kindlicher Defekte. Unsere Pflegeeltern zählen zu unseren wertvollsten Helfern, denen wir besonders herzlich danken.

Kinderheime, Jugendheime

Schwer zu erziehende und körper- oder sinnesbehinderte Kinder, auch Säuglinge und die meisten Kleinstkinder bleiben in jenen Heimen, die für sie als besonders fördernd geeignet sind.

./.

Für unsere Säuglinge und Kleinkinder konnten wir den Umbau unseres Zentralkinderheimes fortsetzen; dort sind im 2. Pavillon zwei sehr schöne Familiengruppen bereits ausgebaut.

Unsere Heime sind längst keine Erziehungskasernen mehr, wenn auch manche Gebäude aus einer Zeit stammen, in der "Heimerziehung" diesen Ausdruck rechtfertigte. Freilich, nicht überall ist ein radikaler Umbau möglich, aber neue Heimordnungen, die Umwandlung der Gruppen, verbesserte Schulung unserer Erzieher schaffen überall gute Voraussetzungen für neues Leben, für eine warmherzige Atmosphäre, die den Kindern jeden Schutz, Geborgenheit und viel Fröhlichkeit geben.

Leider benötigen viele unserer Pflegekinder eine Spezialbetreuung.. Dies betrifft unsere körperlich und geistig schwer geschädigten Kinder; sie brauchen besondere Heime. Der Neubau unseres Heimes für fast hundert mehrfach geschädigte Kinder und Jugendliche in Mauer wird im Frühjahr 1964 eröffnet werden; andere dieser geschädigten Kinder werden seit langem in Privatheimen, besonders in den Heimen der Caritas mit Liebe und Können bestens betreut.

Ein Sonderheim in anderem Sinn ist unser Lindenhof. Auch dort wird der Umbau fortgesetzt. In diesem Jahr werden weitere vier Gruppen und die Küche modernisiert; der Sportplatz wird allerdings erst im Sommer 1965 "spielreif" sein. Aber schon der Bau dieses Sportplatzes, an dem die Zöglinge fleißig mitarbeiten, die Umgestaltung der Gruppen und die neue Gestaltung der Freizeit tragen dazu bei, daß sich auch hier selbst sehr schwierige Jugendliche - wenn sie nicht zu sehr asozial sind - in die Gemeinschaft eingliedern. Es ist wirklich immer wieder eine Freude, die Zeitschrift zu lesen, die der Direktor mit den Erziehern und Lehrlingen gemeinsam herausbringt, in der von ihren Erlebnissen berichtet wird.

Die Arbeiterkammer für Wien hat uns auch in diesem Jahr die Teilnahme am Berufswettbewerb der Lehrlinge ermöglicht. Von 243 Jugendlichen haben sich 152, also mehr als 60 Prozent, freiwillig zur Teilnahme gemeldet. 38 Preise konnten von ihnen erworben werden; darunter waren ein erster Preis, je elf zweite und dritte Preise, ferner 15 Anerkennungen.

./.

52 Lehrlinge haben in diesem Jahr ihre Berufsausbildung beendet; einer mit "Auszeichnung", zwei mit "Sehr gut", zwölf mit "Gut", nur vier mit "Genügend". Ich glaube, wir können mit unseren Jungen aus dem Lindenhof zufrieden sein.

Auch zwei Mädchen aus dem Heim Klosterneuburg haben ihre Gesellenprüfung als Schneiderin mit "Sehr gut", zwei körperbehinderte Mädchen aus dem Heim in Rodaun ihre Prüfung mit "Befriedigend" abgelegt.

Aus unserem Heim in der Hartäckerstraße konnten wir wieder einen Maturanten mit ausgezeichnetem, drei mit sehr gutem und einen mit gutem Erfolg verabschieden; zwei Mädchen konnten die Handelsschule mit gutem Erfolg, ein Mädchen die Ausbildung als Schaufensterdekorateurin mit sehr gutem Erfolg abschließen.

Im November 1963 haben wir im Heim Klosterneuburg einen Kurs für die Ausbildung in Büroarbeit eingerichtet, der 26 Wochenstunden umfaßt und von 18 Übungsstunden ergänzt wird. Ziel der Ausbildung ist eine Prüfung in Stenographie und Maschinschreiben. Die Mädchen können die Kammerprüfung, die als Berufsausbildung für Stenotypie anerkannt wird, oder eine Prüfung beim Österreichischen Stenographenverband ablegen, die auch von den Firmen als Berufseignung anerkannt wird. Damit haben wir für unsere intelligenten Mädchen eine neue Ausbildungsmöglichkeit geschaffen.

Unsere besonderen Bemühungen um die in Fürsorgeerziehung stehenden Jugendlichen, die ich Ihnen hier nur andeuten konnte, sind nicht ohne Erfolg. Konnte ich Ihnen in der Budgetdebatte 1961 berichten, daß sich von den im Jahre 1960 aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Jugendlichen 60 Prozent der Burschen und 40 Prozent der Mädchen positiv bewährt haben, so kann ich heute sagen, daß es von den im Jahre 1962 entlassenen 119 Mädchen 102, also 86 Prozent, und von den 174 Burschen 116, das sind 67 Prozent, waren. Erstmalig ist zu beobachten, daß die Zahl der Mädchen, die sich nach der Heimentlassung positiv entwickeln, größer ist, als die der Burschen.

Nun hängt der Erziehungserfolg aber auch wesentlich davon ab, wann ein Jugendlicher zu uns gebracht wird. Die genannten Zahlen werden diesbezüglich noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

./.

Trotzdem glaube ich mit dem Ergebnis zufrieden sein zu können, und wenn wir für unsere Heime für das nächste Jahr 98,6 Millionen Schilling, also um neun Millionen mehr als im Vorjahr, vorgesehen haben, so hoffe ich, Sie mit dieser kurzen Schilderung davon überzeugt zu haben, daß auch diese Summe gut verwendet wird.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Schluß meiner Ausführungen. Ich möchte allen jenen danken, die an der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben mitgeholfen haben: den ehrenamtlich tätigen Fürsorgeräten, den Bediensteten in den Fürsorgereferaten, den Fürsorgerinnen, den Kindergärtnerinnen, den Erziehern und allen Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe. Herzlich danken aber möchte ich auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IV für ihre interessierte Mitarbeit.

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, alle, besonders aber jene, die ständig von den Grenzen des Wohlfahrtsstaates sprechen, davon zu überzeugen, wie bedeutungsvoll Wohlfahrtspflege auch in der Zeit wirtschaftlicher Konjunktur ist.

In Zeiten steigenden Lebensstandards ist es einfach ein Akt der Gerechtigkeit, auch die sozial schwachen und besonders unsere alten Mitbürger an der wirtschaftlichen Prosperität teilhaben zu lassen. Und es ist ein Akt der Selbsterhaltung, die Jugend zu schützen, zu fördern und ihr jenen Lebensraum zu schaffen, den sie braucht, um gesund und ihrer Eigenart entsprechend heranwachsen zu können.

So messen wir das Wohlfahrtswesen und seine Leistungen nach dem Menschlichen und glauben, daß erst der Wohlfahrtsstaat allen Bürgern jene Unabhängigkeit und Freiheit sichert, die unser Dasein menschenwürdig machen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, den Voranschlag 1964 für die Geschäftsgruppe IV zu genehmigen."

\- - -

Am Samstag:

Grundsteinlegung für neue Hauptschule in Simmering

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas wird Samstag, den 14. Dezember, um 10.30 Uhr, auf dem Enkplatz im 11. Bezirk den Grundstein für eine neue Hauptschule der Stadt Wien für Knaben und Mädchen legen. Zufahrt: Straßenbahnlinien 71 und 6.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Grundsteinlegung am Samstag Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

Neues Jugendschutzgesetz ab 1. Jänner

10. Dezember (RK) Das Landesgesetzblatt für Wien enthält das Wiener Jugendschutzgesetz, das am 27. September 1963 vom Wiener Landtag beschlossen wurde. Das neue Jugendschutzgesetz tritt am 1. Jänner 1964 in Kraft.

Das Landesgesetzblatt für Wien ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

10. Dezember (RK) Donnerstag, den 12., und Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

\- - -

Konzert im Freizeitheim Jedlesee

10. Dezember (RK) Am Freitag, dem 13. Dezember, findet um 19.30 Uhr im Freizeitheim Jedlesee ein Konzert statt, das von der Volkshochschule Wien-Nord mit Unterstützung des Kulturamtes veranstaltet wird und die musikalischen Veranstaltungen für die Besucher der Wiener Volksbildungsstätten fortsetzt.

In dem Konzert singt Annemarie Steffens Lieder von Schubert, Grieg, Enrique Granados und Joseph Marx, am Flügel begleitet von Heinz Medjimorec, der außerdem Werke von Mozart, Mendelssohn-Bartholdy und Debussy zu Gehör bringt.

Die Sopranistin Annemarie Steffens hat in Bremen und Wien sowohl Klavier als auch Gesang studiert. Im Gesangsfach bestand sie als Schülerin der Professoren Steinbrück, Werba und Kolo die Reifeprüfung an der Wiener Musikakademie mit Auszeichnung und ist seither als Lieder- und Opernsängerin erfolgreich hervorgetreten.

Der 1940 geborene Pianist Heinz Medjimorec, ein Schüler Professor Richard Hausers an der Wiener Musikakademie, konnte trotz seiner Jugend bereits zahlreiche Erfolge erringen. Bei internationalen Wettbewerben gelang es ihm wiederholt sich auszuzeichnen, so besonders beim Salzburger Mozartwettbewerb 1956, wo er den ersten Preis erhielt. Durch Konzerte in Brüssel, Paris und London hat sein Name auch international einen guten Klang.

\- - -

100. Todestag von Friedrich Hebbel

10. Dezember (RK) Das Jahr 1963 hat zwei Anläße, an den Dichter Friedrich Hebbel zu erinnern: Auf den 18. März fiel sein 150. Geburtstag, und am 13. Dezember sind es 100 Jahre, daß er in Wien gestorben ist. Er selbst hat unsere Stadt als den Ort bezeichnet, wo er sich trotz allen Enttäuschungen am wohlsten fühlte und wo er im Kreis seiner Familie die glücklichsten Jahre seines Lebens verbrachte.

Am Grab Hebbels auf dem Matzleinsdorfer Friedhof wird ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden.

\- - -

Eduard Uhl zum Gedenken

10. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 150. Geburtstag des ehemaligen Bürgermeisters von Wien Eduard Ritter von Uhl.

Er wurde als Sohn eines wohlhabenden Arztes in Wien geboren und trat nach Abschluß seiner Studien in den Dienst des Magistrates. Nach dem Tode seines Vaters zog er sich ins Privatleben zurück und betrieb naturwissenschaftliche Studien. In den Oktobertagen des Jahres 1849 bemühte sich Uhl, nach Einnahme der Vorstädte im Bezirk Josefstadt die Leiden der Bürgerschaft zu erleichtern. Von diesem Bezirk wurde er 1861 in den Gemeinderat entsendet. Er beschäftigte sich vor allem mit der Wasserversorgung und war einer der Wortführer für den Bau der Hochquellenwasserleitung. Am 9. Februar 1882 wurde er mit den Stimmen der Liberalen zum Bürgermeister gewählt. Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde er mit großer Majorität wieder gewählt, mußte jedoch wegen seines Gesundheitszustandes und wegen seines Alters nach eineinhalb Jahren resignieren. Eduard Uhl ist am 1. November 1892 gestorben.

\- - -

Personalnachrichten

10. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Slavik hat heute der Wiener Stadtsenat Senatsrat Dr. Ottomar Hübner (Generaldirektion der Stadtwerke) zum Obersenatsrat befördert. Obermagistratsrat Dr. Anton Negrin (Gaswerke) wurde in die Dienstklasse VIII befördert und ihm der Titel Senatsrat verliehen. Die Magistratsräte Dr. Julius Rajnoha (Stadtschulrat) und Dr. Johann Vogl (Magistratisches Bezirksamt XVI) wurden zum Obermagistratsrat und Stadtbaurat Dipl.-Ing. Lucian Koloseus (MD-Amtsinspektion) zum Oberstadtbaurat befördert.

\- - -

Gefährliches Feuer in Atzgersdorf

10. Dezember (RK) Heute kurz nach Mitternacht entstand in Atzgersdorf in einer Fabriksanlage in der Industriegasse ein gefährlicher Brand. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand eine 750 Quadratmeter große Fertigwarenhalle in der 20 Tonnen Kunstharzlacke, Ölfarben und Öllacke eingelagert waren, sowie eine ungefähr 800 Quadratmeter große Fabrikationshalle für Nitro- und Kunstharzlacke in hellen Flammen. Die Feuerwehr umfaßte im ersten Löschangriff die beiden in Brand geratenen Hallen mit sieben Rohren. Die Brandbekämpfung stand unter der Leitung von Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka und Oberbrandrat Dipl.-Ing. Ströbl.

Das Dach der anschließenden Rohwarenlagerhalle im Ausmaß von 3.000 Quadratmeter, in der 15 Tonnen Kunstharzlacke, 20 Tonnen Öllack und 150 Tonnen Lackrohstoffe gelagert waren, war im Ausmaß von zirka 15 Quadratmeter und das Dach der ebenfalls an den Brandherd anschließenden Halle III von 840 Quadratmeter, in der 10 Tonnen Lackmaterial gelagert war, im Ausmaß von 20 Quadratmeter bereits in Brand. Ein Übergreifen des Brandes auf diese Hallen und auf die große Klebewarenerzeugung und das große Nitrolagergebäude mit 270 Tonnen Nitrolösungsmitteln konnte durch den raschen und mutigen Einsatz verhindert werden. Während des Löschangriffes wurden von der Feuerwehr und der Schulabteilung der Polizei zirka 300 Lackfässer aus dem Gefahrenbereich entfernt. Mit Trockenlöschern wurden Entstehungsbrände n mehreren Stellen gelöscht.

\- - -

Neue Subventionen der Stadt Wien für kulturelle Zwecke

10. Dezember (RK) In den heute unter Vorsitz von Landeshauptmann und Bürgermeister Jonas abgehaltenen Sitzungen der Wiener Landesregierung und des Stadtsenates wurden auf Antrag von Vizebürgermeister Mandl Subventionen für kulturelle Zwecke in der Gesamthöhe von 940.000 Schilling bewilligt.

380.000 Schilling werden für die Durchführung von vier Abonnementkonzerten der Reihe "Meisterorchester spielen Meisterwerke" gegeben, die auch in der Konzertsaison 1963/64 in der Stadthalle vom Kulturamt der Stadt veranstaltet werden.

Der Verband Wiener Volksbildung erhält für das Jahr 1963 einen einmaligen Förderungsbeitrag von 300.000 Schilling aus dem Kulturgroschenerträgnis. Aus Budgetmitteln der Gemeinde Wien hat der Verband für das zu Ende gehende Jahr bereits 1,960.000 Schilling erhalten.

Der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs erhält zum Ankauf einer elektrischen Schreibmaschine 15.000 Schilling.

Professor Armin Kaufmann erhält für die Komposition "Kinder im Zirkus", die ihm Rahmen der Schülerkonzerte aufgeführt werden soll, 5.000 Schilling.

200.000 Schilling erhalten die Wiener Symphoniker als Subvention für die Mitwirkung des Orchesters bei der Österreich-Woche in Brüssel. Wie immer bei derartigen repräsentativ-werblichen Veranstaltungen ergab sich auch in diesem Fall ein Defizit.

Weitere Subventionen erhalten: das Institut für Wissenschaft und Kunst 20.000 Schilling, das Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung 10.000 Schilling und der Verein Freunde der Menschlichkeit ebenfalls 10.000 Schilling.

\- - -

Wieder eineinhalb Kilometer der Prager Straße umgebaut

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute früh in Begleitung von Baustadtrat Heller das eineinhalb Kilometer lange Stück der Prager Straße zwischen Voltagasse und Autokaderstraße dem Verkehr übergeben. Die Kosten dieses umfangreichen Straßenbaues, der die Herstellung einer 16 bis 23 Meter breiten Fahrbahn mit 22.000 Quadratmeter Hartgußasphalt umfaßt (einschließlich Verlegung der Straßenbahn in die Straßenmitte, Erneuerung der Wasser- und Gasrohrleitungen, Umlegung der E-Werks- und Telefonkabel, Herstellung einer neuen Straßenbeleuchtung sowie einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Koloniestraße), belaufen sich auf 35 Millionen Schilling.

Bürgermeister Jonas wünschte Stadtrat Heller und dem bei der kleinen Feier anwesenden Technikern und Arbeitern viel Glück für das kommende Baujahr. Nach der Entfernung der Straßensperre bei der Voltagasse besichtigte der Bürgermeister das neue Straßenstück.

\- - -

Wien erwartet das 16.000. Goldene Hochzeitspaar

10. Dezember (RK) Heute, morgen Mittwoch und am Donnerstag finden im Wiener Rathaus die letzten Ehrungen von Goldenen Hochzeitspaaren in diesem Jahr statt. Bürgermeister Jonas überreichte in Anwesenheit von Mitgliedern des Wiener Stadtsenates den Ehejubilaren die Ehrengaben der Gemeindeverwaltung. Insgesamt werden 216 Ehejubilare erwartet, darunter zwölf Diamantene Paare.

Die Feier, die morgen Mittwoch, den 11. Dezember, um 14 Uhr, im Stadtsenatssaal beginnt, hat besondere Ehrengäste: das 16.000. Jubelpaar, das seit 1945 von der Wiener Stadtverwaltung geehrt wird. Es sind dies Rupert und Theresia Jindra aus dem 15. Bezirk, Pillergasse 15. Beide Jubilare wurden in Wien geboren und haben hier geheiratet und zeit ihres Lebens in unserer Stadt gelebt. Sieben Kinder entsprossen der Ehe, von denen noch fünf am Leben sind. Auch fünf Enkel und zwei Urenkel sind da.

Bürgermeister Jonas wird das "Jubiläums-Jubelpaar" mit der doppelten Ehrengabe beschenken.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

10. Dezember (RK) Im Dezember entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

10. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift Dr. Marga Hubinek (ÖVP) das Wort. Wir haben jetzt einen schönen und ausführlichen Bericht mit einer imponierenden Bilanz gehört, sagt sie. Wir bejahen die Fürsorge, besonders auch in Zeiten der Hochkonjunktur. Wir haben aber auf dem Sektor des Wohlfahrtswesens doch divergierende Ansichten. Wir sind der Meinung, daß auf vorsorgende Maßnahmen größeres Gewicht gelegt werden sollte. Man sollte dazusehen, daß die der Fürsorge bedürftigen Personen viel mehr im Familienverband belassen als in Heime gebracht werden sollten. Neben der Tatsache, daß auf Äußerlichkeiten zu viel Wert gelegt wird, deutet die gesamte Aktivität aber auch auf ein Streben nach totaler Fürsorge - vom Säuglingspaket bis zum Altersheim - hin. Dadurch werden die Menschen zwangsläufig in eine gewisse Abhängigkeit von der Stadt gebracht. Wir vermissen auch Versuche, die individuellen Leistungen einzelner zu intensivieren und wir vermissen eine weitgehende Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen auf dem Wohlfahrtssektor.

Aus dem Bericht haben wir erfahren, so fährt GR. Dr. Hubinek fort, daß 1.870 Pflegekinder der Stadt Wien, darunter auch geschädigte Kinder, in fremden Heimen untergebracht sind. Die Verpflegskosten, die diesen Heimen pro Tag und Kind vergütet werden, bewegen sich zwischen 26 und 35 Schilling. Das ist zweifellos zu wenig, um zahlreiche unbedingt notwendige Anschaffungen, vor allem im Hinblick auf die geschädigten Kinder, zu machen. So kann sich zum Beispiel ein privates Kinderheim in Maria Lanzendorf keine Waschmaschine kaufen, einem konfessionellen Heim in der Hinterbrühl, das auch vorschulpflichtige Kinder zu betreuen hat, ist es nicht möglich, die notwendigen Wasch- und Garderobeanlagen für diese Kinder anzuschaffen. Ähnlich ergeht es dem privaten Kinderheim in Neulengbach, das 90 Pflegekinder der Stadt Wien beherbergt. In allen diesen Fällen wäre es angebracht, helfend einzugreifen. Durch Privatinitiative wurden im privaten Kinderheim Retz Berufsvorbereitungskurse eingeführt; mit dem dort geltenden Verpflegskostensatz von 50 Schilling ist es natürlich sehr schwierig, diese Aktion zu unterstützen.

./.

Auf die Probleme der Altenfürsorge übergehend, betont GR. Hubinek, sie freue sich über alle Versuche, alte Menschen der Einsamkeit zu entreißen. Verbesserungen wären aber auch hier angebracht. In diesem Zusammenhang empfiehlt sie, die Initiative eines Bezirksvorstehers, der sich der Diabetiker in einem Altersheim besonders annimmt und für sie aus der WÖK ungesüßten Kaffee kommen läßt, auch in anderen Bezirken aufzugreifen. Was die Pakete zur Abgeltung für die Landaufenthalte alter Personen betrifft, ist die Debattenrednerin nicht davon überzeugt, daß der mit 75 Schilling angegebene Wert des Paketinhalts (Lebensmittel) dem Bedarf für 14 Tage entspricht. Um 75 Schilling kann man kaum die notwendigen Lebensmittel für zwei Wochen kaufen.

Als wichtigste Forderung auf diesem Gebiet aber bezeichnet GR. Dr. Hubinek jene nach einem umfassenden Konzept für die Altenfürsorge. Ein solches Konzept, das sich nicht nur damit begnügen sollte, für den Bau von Alters- und Pensionistenheimen vorzusorgen, sondern auch den Bau von Altensiedlungen, Rehabilitationseinrichtungen, Werkstätten, Beratungsstellen usw. berücksichtigen müßte, sei noch immer nicht vorhanden. Aus der Überlegung heraus, wie notwendig ein solches Konzept sei, stellt sie den Antrag, ein Kuratorium für Altenbetreuung zu schaffen, das einen Landes-Altenplan ausarbeiten soll. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Der Wahlkampf geht weiter! Ihr werdet Euer Pulver zu früh verschießen!)

Besonders wichtig sei auch die geistige Aktivierung des alten Menschen. Versuche, den alten Leuten ein Hobby zu oktroieren, sind allerdings fehlgeschlagen.

Einer gesetzlichen Regelung für die Körperbehinderten sehe man mit besonderem Interesse entgegen. Wesentlich erscheint hier die Definition des Begriffes Körperbehinderter, weil man sonst nie eine korrekte Zahl über den Personenkreis erhält.

Abschließend meint die Rednerin, daß man alle Fürsorgemaßnahmen mit offenen Augen verfolgen sollte, die anderswo durchgeführt werden. Wir sollten aus den Erfahrungen in anderen Ländern profitieren.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) beschäftigt sich gleichfalls mit dem Altenproblem. Sie erinnert daran, daß bereits 1958 unter Honay eine Enquete stattgefunden hat, bei der ein Altenplan aufgestellt wurde. Wir haben Altenwohnungen, Altensiedlungen, wir haben

./.

Klubs für gesellige Zusammenkünfte und ein Arbeitszentrum ist in Vorbereitung. Die Rednerin betont, sie wolle keineswegs sagen, daß schon alles getan ist. Wir brauchen vor allem den Ausbau von Arbeitsstätten, von Werkstätten. Man könnte sich hier an England ein Vorbild nehmen, wo eine Fabrik Räume zur Verfügung gestellt hat und Ausschußmaterial den Pensionisten zur Bearbeitung überläßt. Sie könnte sich auch vorstellen, daß in solchen Werkstätten kleinere Reparaturen durchgeführt werden.

Bei der Heimhilfe bedauert die Rednerin, daß hier zu wenig Propaganda gemacht wird. Die Subvention, die wir der Heimhilfe geben, erspart uns jedoch Spitalsbetten.

GR. Schlinger wendet sich gegen den Plan der Altendörfer, ähnlich den Kinderdörfern. Der alte Mensch kommt in das Dorf und schließt damit sein Leben ab, während das Kind weiß, daß es aus dem Kinderdorf in die Welt hinausgehen wird.

Abschließend erklärt die Rednerin, die Sozialisten betrachten die Fürsorge nicht als eine Geschenkaktion, sondern als eine moralische Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Hilfsbedürftigen. Wir wollen die Menschen nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, aber die ÖVP hält noch immer beim Armenvater.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß seine Fraktion der Sozialarbeit sehr positiv gegenübersteht. Gerade heute, in einer Zeit der Konjunktur, wäre ein weiterer Ausbau dieser Sozialarbeit möglich und dringend notwendig. Viele Probleme ergeben sich aus der Berufstätigkeit der Frau. 64 Prozent der Mütter gehen einer Arbeit nach. Diese Tatsache ist nicht zu beklagen, denn die Frau habe das gleiche Recht wie der Mann, einen Beruf auszuüben, und sie ist in ihrem Beruf auch nicht weniger tüchtig als er. Unser wirtschaftlicher Aufschwung wäre ohne Berufsarbeit der Frau nicht möglich gewesen. Die Wirtschaft müßte dieser Tatsache daher auch Rechnung tragen und einen Beitrag leisten, um der Frau die Arbeit zu ermöglichen. Die öffentlichen Kindergärten, Krippen, Horte und Tagesheimschulen reichen nicht mehr aus. Es wäre zu erwägen, von den Unternehmern in Form einer Umlage einen Beitrag für die Errichtung und Erhaltung derartiger Einrichtungen einzuheben. Schließlich haben ja auch sie den Vorteil aus der Arbeit der Frau. Der Platzmangel in unseren

./.

Kinderkrippen und Kindergärten hat sich unerträglich verschärft. In verschiedenen Wiener Bezirken gibt es überhaupt keine Kinderkrippen. Der Redner fordert die Errichtung von Kinderkrippen in jedem Bezirk. In stark bevölkerten Bezirken müßte es sogar mehrere geben. Die im Bau befindlichen und geplanten Kindergärten müßten ehestens fertiggestellt werden. Schließlich müssen wir auch für die geburtenreichen Jahrgänge vorsorgen.

Ein besonders wichtiges Aufgabengebiet sind die Sonderkindergärten und Schulhorte. Diese Einrichtung hat sich hervorragend bewährt und müßte ebenfalls erweitert werden. Größte Bedeutung kommt auch den Tagesheimschulen zu. Leider sind im Voranschlag keine Ansätze für eine Vermehrung dieser Tagesheimschulen vorhanden. Für die Erweiterung des Kindergartenwesens ist aber auch das Vorhandensein von geschultem Personal notwendig. Eine bessere Einreihung und Bezahlung der Kindergärten würde sicherlich einen Anreiz für diesen Beruf bieten. Ähnlich ist es bei den Fürsorgerinnen, deren Arbeitskreis immer umfangreicher wird und deren Tätigkeit gleichfalls nicht entsprechend entlohnt wird. Man hat zwar vor einiger Zeit gewisse Arbeitserleichterungen und Vereinfachungen angekündigt, es ist jedoch noch nichts unternommen worden. Der Redner ersucht auch um Mitteiluhg, welche Erfahrungen man mit dem Institut für Heimerziehung gemacht hat und wie es sich bewährt. Er ersucht ferner bekanntzugeben, wie man jenen jungen Müttern bei der Beschaffung einer Wohnung geholfen hat, die nach einem Jahr das Mutter-Kind-Heim verlassen mußten. Es sind heute viele Kinder in Gemeindepflege, weil ihre Mütter keine Möglichkeit haben, zu einer Wohnung zu kommen und das Kind zu sich nehmen zu können.

Auch die Probleme der Erwachsenenfürsorge nehmen durch die höhere Lebenserwartung immer mehr an Bedeutung zu. Dank der intensiven Beschäftigung von Wissenschaft und Forschung mit den Altersproblemen und den sich daraus ergebenden Maßnahmen werden die Menschen heute älter als früher. Das schließt aber nicht aus, daß diese alten Menschen nicht die Hilfe der Gemeinschaft brauchen. Sie wollen so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und nicht in ein Alters- oder Pensionistenheim gehen. Aus diesem Wunsch muß man die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Die betagten Menschen müßten also von jenen Verrichtungen entlastet

./.

werden, für die ihre Kräfte nicht mehr ausreichen. Hier muß die Gemeinde helfend eingreifen, denn nicht alle haben Familienangehörige oder Nachbarn, die ihre Betreuung übernehmen. Es müßte eine großzügige Organisation von Helferinnen für Haushaltsarbeiten ins Leben gerufen werden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten würden die alten Menschen bestimmt auch einen finanziellen Beitrag für diese Hilfe leisten können. Man müßte sich mit allen Kräften darauf konzentrieren, auf dem Gebiet der Heimhilfe und Hauskrankenpflege eine Lösung zu finden.

Nach einem Hinweis auf den Personalmangel in den Fürsorgereferaten, der die individuelle Betreuung sehr erschwert, schließt Gemeinderat Lauscher seine Rede mit der Anfrage, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Erledigung der Wiedergutmachungsanträge der Opfer des Faschismus zu beschleunigen. Wenn die Arbeit auf diesem Gebiet weiterhin so langsam vor sich geht wie bisher, dann wird es noch mindestens vier Jahre dauern, bis alle Anträge erledigt sind. Im übrigen stimmt seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zu.

Der nächste Debattenredner, GR. Kabesch (ÖVP), leitet seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß es in Österreich sehr wohl eine große Gruppe von Menschen gibt, die vor überspitzten Sozialleistungen warnt. In diesen Kritiken sei aber niemals das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien gemeint, sondern lediglich die Auswüchse der staatlichen Wohlfahrt. Anschließend gibt GR. Kabesch seiner Freude darüber Ausdruck, daß für die Jahre 1964 und 1965 wieder der Bau von 200 Wohnungen für alte Menschen vorgesehen ist. Leider wurden 1962 und 1963 keine solchen Wohnungen gebaut. Die Frage der Mietzinshöhe allerdings ist noch immer offen, und es wird in Zukunft den alten Menschen hoffentlich in erhöhtem Maß die Möglichkeit geboten werden können, sich diese Wohnungen auch leisten zu können.

Sodann greift GR. Kabesch das Problem der alten Hauswarte auf und erklärt, daß diese Leute schon bei der Schaffung des ASVG nicht genügend berücksichtigt wurden. Obwohl zwei Novellen zum ASVG eine Besserung auf diesem Gebiet herbeigeführt haben, ist die Lage der alten Hausbesorger noch immer nicht sehr rosig. Es fehlen vor allem Wohnungen für diese Leute. (Zwischenruf GR. Dr. Jakl, SPÖ: Bitte sich an die Hausbesitzer zu wenden!) Die

./.

Hausbesitzer selbst haben jedoch nicht immer die Möglichkeit, diesen Leuten Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Daher sei es nach Meinung des Debattenredners notwendig, die alten Hausbesorger in den Rahmen der städtischen Wohlfahrtspflege einzubeziehen.

GR. Gratzl (SPÖ) beschäftigt sich anschließend mit dieser Forderung und stellt fest, daß es wohl nicht Aufgabe des städtischen Wohlfahrtswesens sei, Wohnungen für Hausbesorger zu beschaffen. Hier muß die private Hand eingreifen und dafür Sorge tragen, daß die alten Hauswarte, die ja für sie jahrelange treue Dienste geleistet haben, Wohnungen bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im weiteren sagt GR. Gratzl: Die Meinung verschiedener Leute, daß es in Zeiten der Hochkonjunktur nicht unbedingt notwendig sei, sich mit der Fürsorge zu befassen, trifft keinesfalls zu. Es gibt am Rand unseres hohen Lebensstandards zahlreiche Menschen, die der Hilfe bedürfen. Gerade in solchen Zeiten muß man aber diese Menschen suchen, weil sich viele von ihnen ihrer Armut schämen und sich nicht trauen um Hilfe zu bitten.

In der historischen Entwicklung des Wiener Wohlfahrtswesens sind bisher zwei Perioden zu erkennen. Die erste Periode fällt in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, wo es in Anbetracht des Notstandes galt, neue Formen der Fürsorge zu finden. In der zweiten Periode nach dem zweiten Weltkrieg, wieder in einer Zeit des Notstandes, mußte das begonnene Werk fortgesetzt werden. Zum Glück für unsere Stadt standen in beiden Perioden große Persönlichkeiten an der Spitze unseres Wohlfahrtswesens. Jetzt stehen wir am Beginn einer neuen, der dritten Periode: der Periode des gehobenen Wohlstandes. Und gerade jetzt müssen wir viele Schwierigkeiten erwarten, weil es in Konjunkturzeiten ungleich schwieriger ist das Wohlfahrtswesen zu leiten, als in Zeiten des Notstandes. Glücklicherweise steht in dieser dritten schwierigen Periode wieder eine große Persönlichkeit an der Spitze unseres Wohlfahrtswesens: Stadtrat Maria Jacobi. In diesem Zusammenhang dankt GR. Gratzl auch allen Mitarbeitern im Wohlfahrtswesen für ihre mit viel Liebe und Idealismus geleistete Tätigkeit.

Sodann beschäftigt sich GR. Gratzl mit einer Institution, die von großem Wert ist, leider jedoch viel zu wenig beachtet wird: die Aktion "Jugend am Werk".

./.

Diese Einrichtung hat sich früher vor allem in der Zeit der Jugendarbeitslosigkeit sehr bewährt, heute aber befaßt sie sich in erster Linie mit der Arbeitsbeschaffung für körperbehinderte Jugendliche, mit der Einrichtung von Lehrwerkstätten und mit der Beratung jener Jugendlicher, die sich über ihre Berufswahl noch nicht im klaren sind. Die Aufgabe von "Jugend am Werk" besteht also vor allem darin, den Jugendlichen den richtigen Weg zur produktiven Tätigkeit zu zeigen. Was die Lehrwerkstätten anbelangt, kann auch hier von einem großen Erfolg gesprochen werden; auch die Wirtschaftstreibenden sind mit dieser Einrichtung sehr zufrieden.

Zur Schaffung eines Behindertengesetzes sagt GR. Gratzl, daß wir von uns aus alles dazu tun müssen, daß die letzte Volkszählung möglichst rasch ausgewertet wird, da dies die Voraussetzung für ein solches Gesetz ist.

Der Redner spricht dann über die Jugendbetreuung in den Heimen. Es wird alles unternommen, um die Heime schöner zu gestalten. Besonders das Heim Lindenhof ist eine Großtat. Dort werden die besten Erfolge erzielt. Im allgemeinen rühmt der Redner die gute Atmosphäre in den Heimen, daß auch musische Erziehung betrieben wird, die Heimbibliotheken, die Theater- und Kinobesuche und nicht zuletzt, daß sich auch die Speisenfolge gegenüber früheren Jahren sehr verbessert hat. Es wird alles unternommen, um die Kinder und Jugendlichen wieder in die Gemeinschaft zu führen. Dieser so wichtige Teil der Jugendfürsorge muß daher in der Öffentlichkeit Verständnis finden. Wir fordern alle auf mitzuhelfen bei diesem großen Werk; was wir Sozialisten tun können, werden wir jedenfalls tun!

GR. Nesset (FPÖ) warnt vor der Überspitzung des Wohlfahrtsstaates. Wir müssen vor allem den jungen Menschen sagen, daß wir nur so lange soziale Einrichtungen ausbauen können, solange der arbeitsfähige Teil der Bevölkerung leistungsbereit und verantwortungsbewußt mithilft, um die finanziellen Grundlagen für den Wohlfahrtsstaat zu schaffen. Erstes Ziel darf nicht die Pension sein sondern die Leistung!

Es wurde gesagt, daß die Ansätze dieser Geschäftsgruppe seit 1960 um 23 Prozent gestiegen sind. Hier handelt es sich um eine echte Steigerung, weil man auch den ständigen Rückgang der Zahl der öffentlich Befürsorgten berücksichtigen muß.

./.

Beim Jugendamt beklagt der Redner den Mangel an geschultem Personal - Zu den Jugendheimen verlangt er, im Interesse der Wiener Wirtschaft ein großes Lehrlingsheim für unsere Stadt zu errichten. - Pflegekinder: Es muß das Ziel sein, so viel wie möglich Kinder in Familien unterzubringen, weil das beste Heim die Familie nicht ersetzen kann. Bedauerlich ist es, daß gerade von den begüterten Kreisen lediglich vier Prozent bereit waren, Pflegekinder anzunehmen. Andererseits werden manchmal auch Kinder genommen, nur um das eigene Kostgeld aufzubessern. Er stelle jedoch mit Freude fest, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Pflegeeltern den Kindern wirklich eine Heimstatt und damit eine schöne Jugend bietet. Der Redner begrüßt vor allem den Gedanken der Großfamilien.

Auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge erbringt die Stadt Wien Leistungen, deren sie sich nicht zu schämen braucht. Man müßte jedoch auch trachten, für jenen Personenkreis, der aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen kann, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Das derzeitige Lebensmittelpaket stehe in keinem Verhältnis zu einem vierzehntägigen Urlaub.

Zu begrüßen ist es, daß man von der seinerzeitigen Wärmestube zur Einrichtung der Pensionistenklubs gekommen ist. Leider gibt es aber auch hier einen fühlbaren Mangel an Mitarbeitern, vor allem an solchen, die in der Lage sind, sich mit den alten Menschen sinnvoll zu beschäftigen. Die Einrichtung der Bastlergruppen ist eine gute Idee, doch kranke sie daran, daß es sich nur um eine Beschäftigung um ihrer selbst willen handelt. Es sollte eine sinnvolle Verwendung für die gebastelten Arbeiten gefunden werden.

Die Frage der Heimhelferinnen wird nicht leicht zu lösen sein. Die Heimhilfe wird auch kaum dazu beitragen, die Altersheime fühlbar zu entlasten.

Als erfreulich bezeichnet der Redner das Wegfallen der Budgetpost "Flüchtlingsfürsorge". Es ist dies ein Zeichen dafür, daß man anscheinend langsam in der ganzen Welt daraufkommt, politische und weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten nicht mit Gewalt lösen zu müssen. Es soll dies ein Lichtblick für die Zukunft sein. Hier mitzuhelfen wird auch Aufgabe des Wohlfahrtsressorts sein, dessen Ansätzen die Fraktion der FPÖ gerne die Zustimmung geben wird.

./.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) stellt fest, daß neben den vielen anderen fürsorgerischen Leistungen für die verschiedensten Altersgruppen eine der Hauptaufgaben des Wohlfahrtssektors die Jugendfürsorge ist. Eine der großen Aufgaben auf diesem Gebiet liegt in der Schaffung und Führung der Kindergärten. Die Gemeindeverwaltung tut alles in ihrem Bereich mögliche, um durch ihre Krippen, Kindergärten und Horte der Familie, vor allen Dingen der Mutter, zu helfen. Durch die steigende Geburtenrate und die große Zahl der berufstätigen Mütter wird die Nachfrage nach Kindergartenplätzen immer größer. Wenn gesagt wurde, daß rund 64 Prozent aller Mütter erwerbstätig sind, so heißt das, daß von hundert Kindern nur rund vierzig von ihrer Mutter in liebevoller Betreuung zu Hause erzogen werden können. 71 Prozent der Mütter haben von dem ihnen gesetzmäßig zustehenden Recht des Karenzurlaubes Gebrauch gemacht. Für diese Mütter, die nach einem Jahr wieder in ihren Beruf zurückkehren, besteht nun so wie für alle anderen berufstätigen Mütter die Sorge, wo und wie sie ihr Kind unterbringen können, denn nicht immer ist eine Großmutter oder andere Verwandte da, die sich des Kindes annimmt. Die Gemeinde Wien hat in den letzten vier Jahren jährlich 1.000 neue Kindergartenplätze geschaffen. Eine Reihe von Kindergärten steht vor der Fertigstellung. Für die derzeit in Wien lebenden 48.800 drei- bis sechsjährigen Kinder stehen rund 9.000 Plätze zur Verfügung. Der Aufwand für diese Kindergärten ist nicht gering. Man kann daher die Ansicht der GR. Hubinek nicht teilen, daß die Gemeinde Wien auch noch die privaten Kindergärten subventionieren müßte.
40 Prozent aller Produktionsgüter entstehen durch Frauenarbeit. Müßten nicht Industrie und Gewerbe daran interessiert sein, für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen eine gute Betreuungsmöglichkeit zu schaffen? Diese Mithilfe sollte nicht in der Form von Betriebskindergärten, die sich in manchen Fällen nicht sehr gut bewährt haben, geschehen, sondern in der Form von Zuschüssen. Darüberhinaus müßte auch der Bund, der große Einnahmen aus den Steuern der berufstätigen Frauen erzielt, einen Beitrag für die Kindergärten leisten.

Die Rednerin dankt abschließend unseren Sozialarbeitern, den Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen und Erzieherinnen, für ihre hervorragende Arbeit. Niemand kann durch Geld oder Besser-

./.

reihung den Idealismus und die hohen Ziele abgelten, die sich diese Frauen setzen. Sie sehen in der Betreuung der ihnen anvertrauten Kinder nicht nur ihren Beruf sondern ihre Berufung, so wie dies bei einer guten Krankenschwester der Fall ist. In ihren bewährten Händen liegt große Verantwortung, müssen sie doch täglich für viele Stunden den Kindern die Mutter ersetzen. Wir wissen, daß die Kinder bei unseren gut geschulten Kindergärtnerinnen in bester Hand sind. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß die Wohlfahrtspflege so ausgebaut werden müßte, daß tatsächlich jedem Bedürftigen geholfen werden kann. Es müßten alle gemeinsam daran arbeiten um diese Möglichkeit zu schaffen. Eine Koordinierung der öffentlichen und privaten Fürsorge wäre aus diesem Grunde wünschenswert. Die Leistungen der privaten Kindergärten müßten entsprechend gefördert werden. Derzeit gibt es in Wien ungefähr 85 Kindergärten privater Stellen, in denen mehr als 6.000 Kinder untergebracht sind. Es werden also durch die private Initiative Aufgaben der Gemeinde übernommen. Es sei daher bedauerlich, daß die Gemeinde Wien diese Leistungen nicht anerkennt und subventioniert. Als vor einigen Monaten der Kindergarten der Pfarre Sankt Brigitta dringende Instandsetzungsarbeiten vornehmen mußte, haben die Eltern und Verwandten der dort untergebrachten Kinder durch Blutspenden die notwendigen Mittel für die Renovierung aufgebracht. Es zeuge also nicht gerade für das soziale Herz der Gemeindeverwaltung, in derartigen Fällen nicht zu helfen. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Ihr habt uns lange genug den Vorwurf der Fürsorgeinflation gemacht!) Die Rednerin verweist auch auf die wertvolle Tätigkeit der Caritas in der Kinder- und Jugendbetreuung und dankt den vielen Helferinnen, die vielfach nur um "Gottes Lohn" dort tätig sind.

Die Rednerin fordert die Schaffung eines modernen Kindertagesheimstättengesetzes, weil es notwendig ist, diese Materie und den ganzen damit zusammenhängenden Komplex auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

./.

Ein von ihr und GR. Dr. Hubinek eingebrachter Antrag verlangt, nach Verlegung des Magistratischen Bezirksamtes für den 4. Bezirk von der Preßgasse in die Favoritenstraße und Abbruch des alten Amtshauses dort eine städtische Kindertagesheimstätte zu errichten. Die Rednerin regt auch eine Koordinierung in der Planung zwischen privaten und städtischen Kindergärten an. In Gebieten, in denen bereits private Kindergärten bestehen, müßten nicht unbedingt städtische errichtet werden, so lange in anderen Gebieten noch großer Mangel besteht.

Zur Frage der Lehrwerkstätten stellt GR. Hiltl fest, daß in Wien derzeit 20.000 Lehrlinge von privaten Lehrherren ausgebildet werden. Diese privaten Lehrherren haben seit Jahren bewiesen, daß sie es durchaus verstehen, die Jugendlichen richtig auszubilden. Jährlich machen 5.000 Lehrlinge die Gesellenprüfung, über 80 Prozent von ihnen bestehen sie mit Erfolg. Es erhebt sich die Frage, ob die Lehrlinge, die aus den Lehrwerkstätten kommen, jeden einzelnen Kunden individuell genau so gut behandeln können wie die privat ausgebildeten Lehrlinge.

Auf dem Gebiet der Jugenderholung müßte überlegt werden, ob es nicht möglich wäre, Kinder gemeinsam mit ihren Eltern auf Erholung zu schicken. Es müßten sich Wege zur Verwirklichung dieser Anregung finden lassen. Ein Caritas-Heim in Edlitz zum Beispiel ermöglicht es seit einiger Zeit ganzen Familien, ihre Sommerurlaube dort zu verbringen. Wenn es schon nicht anders geht, dann müßten wenigstens solche Versuche unterstützt und gefördert werden.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV werde die ÖVP-Fraktion zustimmen.

GR. Böhm (FPÖ) regt an, Hausfrauen und werktätige Mütter im Rahmen der Heimhilfe bevorzugt zu betreuen. Die Gruppe dieser Frauen umfaßt bereits 64 Prozent aller Wienerinnen. Vor allem die Männer wissen sich ja nicht zu helfen, wenn die Hausfrau plötzlich krank wird und sie auch aus der Verwandtschaft keine Hilfe bekommen können. Um eine Verbesserung der Heimhilfe zu erreichen, wäre es schließlich auch notwendig, den Krankenpflegerinnen, die in der Heimhilfe tätig sind, mehr zu bezahlen.

./.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) meint zur Forderung von GR. Kabesch (ÖVP), die Fürsorge sollte den alten Hauswarten Wohnungen zur Verfügung stellen, auf einen Appell der ÖVP hätten sich bisher nur zwei Hausbesitzer gemeldet, die für die alten Hausbesorger etwas tun wollen.

Im Zusammenhang mit anderen Forderungen und Vorwürfen aus den Reihen der ÖVP zeigt GR. Mayr anhand mehrerer Beispiele auf, wie schlecht die Lage auf dem Gebiet des Fürsorge- und Wohlfahrtswesens im Wien jener Jahre gewesen ist, in denen die Bürgerlichen an der Spitze der Stadtverwaltung standen. Mit dem Bau von Kindergärten wurde erst im sozialistisch verwalteten Wien begonnen. In den Jahren 1920 bis 1933 wurden 97 Kindergärten gebaut, heute stehen 189 Kindergärten und Kinderheimstätten zur Verfügung. Dies sei das alleinige Verdienst der Sozialisten. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es bei der Eingemeindung der Vorstädte im Jahre 1891 im bürgerlich verwalteten Wien keinen einzigen Kindergarten gegeben hat; erst die eingemeindeten Vorstädte haben damals 14 Kindergärten "mitgebracht". 1936 war jeder fünfte Wiener von der Fürsorge erfaßt. Aus einem Fürsorgebuch, das damals jedem Befürsorgten zugeschickt wurde, geht hervor, wie wenig diese Leute bekamen. Seien wir froh, daß diese Zeit vorbei ist, und seien wir glücklich, daß heute soviele Mittel dem Wohlfahrtswesen zur Verfügung stehen!

Im Schlußwort dankt Stadtrat Maria Jacobi allen Diskussionsrednern und beantwortet einige aufgeworfene Fragen:

Heimhilfe für werktätige Mütter und Hausfrauen: Damit kann sofort begonnen werden, wenn genügend Helferinnen und Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen. Gegenwärtig ist dies jedoch nicht der Fall. Leider waren mehrere Aufrufe in Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen an die Wiener Frauen, sich als Mitarbeiterinnen für die Heimhilfe zu melden, wenig erfolgreich. Auch mit der Halbtagsbeschäftigung sieht es nicht sehr günstig aus, da sich nur wenige Frauen dazu melden. Wir werden jedoch unser Möglichstes tun, um den Mitarbeiterstab der Heimhilfe zu vergrößern.

Personalmangel in den Kindergärten: Es ist gelungen, den herrschenden Personalmangel durch die Aufnahme von 30 Helferinnen

./.

einigermaßen zu überbrücken. Diese Helferinnen werden den diplomierten Kindergärtnerinnen zur Seite stehen und nebenbei als Externisten die Möglichkeit haben, auch die Kindergärtnerinnen-Prüfung abzulegen. Die Referentin kündigt eine verstärkte Propagierung des Fürsorgerinnenberufs an.

Sie ist nicht der Meinung, daß Pflegeeltern aus reiner Berechnung Pflegekinder aufnehmen. Außerdem wird jede Familie vom Wohlfahrtsamt genau geprüft.

Der Betrag für die Lebensmittelpakete für jene, die nicht auf Urlaub fahren können, wurde auf 100 Schilling erhöht. Damit kann ein sehr schönes Paket zusammengestellt werden.

In jedem Jahr bemühen wir uns, die Leiter in den Pensionistenklubs zu schulen. Die Beschäftigungsgruppen haben sich heuer verdoppelt; es gibt acht solcher Gruppen.

Zum Antrag der ÖVP auf Errichtung eines Kindergartens in der Preßgasse: es steht nicht fest, ob der Platz überhaupt zur Verfügung stehen wird. Es hätte aber keines Antrages bedurft, daß die Gemeinde Wien dort einen Kindergarten baut, wenn der Platz dafür vorhanden ist.

Schon in meiner ersten Budgetrede, so betonte Frau Stadtrat Jacobi, habe ich den Appell an die Wiener Industrie gerichtet, auch Kindergärten zu bauen.

Keine Vermehrung der Zahl der Tagesheimschulen? Seit 1960 haben wir vier neue Tagesheimschulen für 587 Kinder errichtet, ferner vier Tagesheimschulen um sieben Gruppen für 217 Kinder erweitert.

Der Erfolg des Institutes für Heimerziehung: wir hatten 20 Schülerinnen, die alle in Heimen der Stadt Wien tätig sind. Gegenwärtig haben wir 38 Schüler, darunter erfreulicherweise auch elf Männer.

Eine Einschaltung der Fürsorgeräte bei der Betreuung auch der alten Menschen geschieht bereits.

Opferfürsorgereferat: Wir haben bis 31. Oktober von 60.720 eingelangten Anträgen die Hälfte erledigt. Der Rest wird in den nächsten zwei Jahren erledigt werden können.

Die Anregung, eine Werkstätte in Pensionistenheimen einzurichten, werden wir gerne aufgreifen.

Zu den Ausführungen von GR. Nora Hiltl bemerkt Stadtrat Maria Jacobi: hier scheiden sich die Geister. Wir Sozialisten

./.

verstehen unter Subsidiarität etwas anderes, nämlich, daß die Öffentlichkeit dort einzugreifen hat, wo der einzelne oder seine Familie nicht imstande ist, sich aus eigenem zu helfen. Die ÖVP versteht darunter, daß die Öffentlichkeit den privaten Organisationen die Mittel zur Verfügung stellt, damit diese die Fürsorge leiste. Wir werden dafür sorgen, daß jeder der in dieser Stadt eine Fürsorgeleistung benötigt, was immer es sei, daß jeder diese Hilfe in Anspruch nehmen kann, weil er ein Recht darauf hat. Dieser Grundsatz, den Professor Tandler aufgestellt hat, wird für die Sozialisten weiter Grundsatz bleiben. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP (Kindergarten und Altenplan) werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Helene Potetz unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, 9 Uhr früh, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Glück (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Johann Kaspar Danzer zum Gedenken

10. Dezember (RK) Auf den 11. Dezember fällt der 200. Geburtstag des ersten österreichischen Stenographen Johann Kaspar Danzer.

Er wurde in Freising geboren, das damals zu Salzburg gehörte, und trat in die österreichische Armee ein. Im dritten Koalitionskrieg geriet er in französische Gefangenschaft und lernte in Paris Bertin kennen, der die Stenographie des Engländers Samuel Taylor in Frankreich populär zu machen suchte. 1800 kehrte er nach Wien zurück und setzte seinen Militärdienst fort. Am 21. Mai 1805 ist er als Major in der Schlacht von Aspern gefallen. Danzer hat das Verdienst, als erster die Kurzschrift in Österreich gelehrt und propagiert zu haben. 1801 erschien sein Buch "Das allgemeine System der Stenographie des Herrn Samuel Taylor." Aus der englischen und französischen angewendet auf die deutsche Sprache." Nach dem System Danzers erfolgte in Österreich der erste Stenographieunterricht. Graf Kinsky, der Kommandant der Wiener Neustädter Militärakademie, führte es in den Lehrplan ein. Noch im Jahre 1822 erschien in den Professorenlisten der Akademie ein Stenographielehrer.

\- - -

Wieso kam es zu dem Zusammenstoß auf der Linie 360?

10. Dezember (RK) Nach den Erfahrungen des vorangegangenen Samstags war es notwendig, zur Zeit der Frühverkehrsspitze den Verkehr zu verstärken. Es mußte daher ein neuer Samstagsfahrplan mit eingebauten Verstärkungsfahrten in relativ kurzer Zeit verfaßt werden. Hierbei entstanden bei Übertragung der fahrplanmäßig festgelegten Kreuzungsstellen in die Betriebsanweisung Übertragungsfehler. Ein bedauerliches menschliches Versagen, das bisher noch nicht vorgekommen ist. Hierzu kam, daß an diesem Tag Verspätungen auf der eingleisig betriebenen Strecke auftraten. Durch die Verkettung beider unglückseliger Umstände ereignete sich die Zugsbegegnung im eingleisigen Streckenteil zwischen der Ausweiche Liechtenstein und der Endstelle Mödling. Die Zugsbegegnung, die in einer schlecht übersehenen Kurve erfolgte, führte zum Zusammenstoß, weil sich die Fahrer der gegeneinander fahrenden Züge erst auf kurze Entfernung sehen konnten und trotz sachgemäß durchgeführter Notbremsung nicht mehr in der Lage waren, die Züge zeitgerecht anzuhalten.

\- - -

Erste Versuche am Donaumodell

10. Dezember (RK) Im Freudenauer Hafen wurde ein großes Modell des Donaustroms im gesamten Raum von Wien errichtet, mit 300 Meter Länge das größte hydraulische Modell in Europa. Im Maßstab 1 : 100 plätschert dort die Donau zwischen Stromkilometer 1.941 bei Klosterneuburg und Stromkilometer 1.910 bei Mannswörth dahin. Es ist aber nicht mehr die Donau, die wir Wiener alle kennen, sondern eine zweigeteilte Donau, wie sie nach dem Hochwasserschutzprojekt aussehen soll, das von der Stadtplanungskommission im Prinzip genehmigt wurde.

Die Zukunft, die also im Modell schon begonnen hat, sieht ungefähr so aus: Bei Lang-Enzersdorf teilt sich der Donaustrom in das alte Strombett und in einen Hochwasserentlastungskanal, der entlang dem Hubertusdamm im heutigen Überschwemmungsgebiet ausgehoben werden soll. Das Aushubmaterial wird gleich dazu verwendet, einen ungefähr 230 Meter breiten hochwassersicheren Mittelstreifen zwischen Kanal und Strom anzulegen. Dieser Streifen soll Erholungszwecken dienen. Kurz vor der Einmündung des Donaukanals wird auch der Entlastungskanal wieder in den Strom münden.

Ein so großes Projekt kann natürlich nicht nur auf dem Reißbrett berechnet werden. Hier sind umfangreiche Modellversuche notwendig, die Professor Dr. Grzywienski von der Technischen Hochschule Wien durchführen wird.

Heute nachmittag wurde Bürgermeister Jonas von dem Gelehrten das Modell in Betrieb vorgeführt. Stadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller wohnten diesem ersten "Probelauf" ebenfalls bei. Im Sommer sollen die Versuchsreihen abgeschlossen sein, bei denen alle hydraulischen Probleme untersucht werden sollen, ebenso die Probleme der Flußbettbildung, der Schiffahrt und der zukünftigen Kraftwerkstufen Klosterneuburg und Freudenau.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 4.880. Polen 866, Ungarn 1.475, Rumänien 349. Gesamtauftrieb: 7.570. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 15.70 bis 16 S, 1. Qualität 15.30 bis 15.70 S, 2. Qualität 14.80 bis 15.30 S, 3. Qualität 14 bis 14.80 S, Zuchten extrem 13.20 bis 13.50 S, Zuchten 12.50 bis 13 S, Altschneider 10 bis 11.50 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.50 bis 14.70 S, Rumänien 14 bis 14.80 S, Ungarn 13.50 bis 14.70 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 68 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.10 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 34 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.23 S.

In der Woche vom 30. November bis 6. Dezember wurden 2.729 Schweine außer Markt bezogen.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 135 Stück, hievon 10 Fohlen und 1 Maultier. Als Schlachttiere wurden 104 Stück, als Nutztiere 15 Stück verkauft, unverkauft blieben 16 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 80, Oberösterreich 26, Burgenland 16, Steiermark 6, Kärnten 2, Salzburg 4.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12.50 bis 14.30 S, Pferde extrem 7.40 bis 7.60 S, 1. Qualität 7.bis 7.30, 2. Qualität 6.60 bis 6.90 S, 3. Qualität 5.50 bis 6.50 S, Nutztiere Pferde 6.30 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 115 Stück aus der CSSR,6 bis 8 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um einen Groschen und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 73 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: frü Schlachtpferde 7.02 S, für Schlachtfohlen 13.27 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.08 S, für Pferde und Fohlen 7.42 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Das Wiener Gesundheitswesen

11. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) behandelt. Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Ungeahnte sprunghafte Erfolge kennzeichnen den Weg der Medizin der Gegenwart. Die großen Erfolge verdankt die moderne medizinische Forschung in hohem Maße der Spezialisierung, das heißt der Aufteilung der Heilkunde in immer kleinere und enger umgrenzte Gebiete.

Es ist klar, daß diese Entwicklung steigende Ausgaben auf dem Gesundheitssektor verursacht. Unsere Aufgabe ist es, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf allen Spezialgebieten der Medizin so rasch wie möglich der leidenden Bevölkerung zugute kommen zu lassen. Nur fortwährende Bemühungen der zuständigen Gesundheitsbehörde garantieren einen entsprechenden Gesundheitsstandard. Diese Bemühungen der Gesundheitsbehörde sind aber meistens mit sehr hohen Kosten verbunden.

Für das Jahr 1964 sind Gesamtausgaben in der Höhe von 1.472,635.000 Schilling vorgesehen, denen 669,710.900 Schilling an Einnahmen gegenüberstehen. Somit ergibt sich ein Abgang von 802,924.100 Schilling. Mit den auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren von 63,223.800 Schilling ergibt sich ein Abgang von 866,147.900 Schilling, der aus Steuermitteln gedeckt werden muß. Im Vergleich zum Voranschlag 1963 ist eine Steigerung der Ausgaben um nahezu 150 Millionen zu vermerken.

./.

Das Gesundheitsamt

Dank der gehandhabten Vorbeugungsmaßnahmen hat sich die Zahl der Infektionskrankheiten weiter im großen und ganzen verringert. Bei all den bekannten Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Scharlach, Keuchhusten, übertragbarer Gehirnentzündung, Typhus und Paratyphus ist heuer bis zum 30. September kein einziger Sterbefall zu verzeichnen gewesen.

Ein ganz großer Erfolg wurde wohl durch die Schutzimpfung gegen Kinderlähmung erzielt. An der Schluckimpfungsaktion und an der Impfungsaktion nach Salk haben sich insgesamt nahezu 600.000 Personen beteiligt. Unter den Impflingen befanden sich mehr als 222.000 Kinder und Jugendliche.

Durch diese hohe Zahl der epidemiologisch besonders wichtigen Altersstufe ist eine Unterbrechung der Infektionskette tatsächlich gelungen, Es wurde in diesem Jahre lediglich ein an übertragbarer Kinderlähmung verifizierter Erkrankungsfall geneldet, der eine erwachsene Person betraf, die keine Schutzimpfung gegen Kinderlähmung erhalten hatte.

Auf Grund dieses einmaligen Ergebnisses dieser Impfungsaktion wird nun wieder eine neuerliche Schluckimpfungsaktion gegen Kinderlähmung vom 25. November bis 14. Dezember gestartet. Ich kann nur hoffen, daß die noch nicht geimpften Wiener und die nachrückenden ungeimpften Jahrgänge von dieser neuerlichen Schluckimpfung Gebrauch machen. Damit, davon bin ich überzeugt, wird die Kinderlähmung, die eine fürchterliche Geissel für die Betroffenen darstellte, in unserer Stadt zu existieren aufhören.

Eine weitere ständige Gefahr für unsere Bevölkerung stellen die Pocken dar. Die Verschleppung einer derartigen Infektion ist infolge der Zunahme des internationalen Reiseverkehrs täglich gegeben, und es ist ein glücklicher Zufall, daß bis jetzt noch kein Pockeninfizierter in unsere Stadt kam.

Ich halte es für eine unbedingte Notwendigkeit, die Bevölkerung immer wieder aufzurufen und zu mahnen, sich gegen Pocken impfen zu lassen, da diese Impfung, wie bei der Kinderlähmung, immer noch die einzige Bekämpfungsmaßnahme darstellt. In Wien impfen alle Bezirksgesundheitsämter kostenlos gegen Pocken.

./.

Da auch zum Aufgabenbereich der Verhütung von Infektionskrankheiten die Rattenbekämpfung zählt und diese im Rahmen der Allgemeinhygiene zweifellos eine besondere Bedeutung darstellt, erlauben Sie mir, einige Worte darüber zu sprechen.

Die Ratten sind deshalb eine erhöhte hygienische Gefahr, da sie mit Sicherheit verschiedene pathogene Keime zu übertragen imstande sind. Ich denke da an den Erreger der Tollwut, an die Tularämie, an die Salmonellosen und vor allem an die verschiedenen pathogenen Viren. Da die Ratten zur Futtersuche in die Nähe von Gebäuden, Spielplätzen und Badeanstalten kommen, können sie so zu idealen Krankheitsüberträgern werden. Die Bedingungen für die Betrauung der Landesinnung wurden für das Jahr 1964 neu ausgearbeitet und wesentlich verschärft. Vor allem wurde die planmäßige Bekämpfung der Ratten dahingehend abgeändert, daß an Stelle der bisher üblich gewesenen viermonatigen Nachschau eine zweimonatige Nachschau veranlaßt wurde. Allein von dieser Maßnahme ist wohl eine bessere und eine frühzeitige Erfassung von eventuellen Rattenvorkommen zu erwarten.

Außerdem wurde mit mehreren Stadtverwaltungen des In- und Auslandes ein Erfahrungsaustausch über Methoden und Organisationsformen der Rattenbekämpfung durchgeführt. Auf Grund dieses Erfahrungsaustausches habe ich veranlaßt, daß für das kommende Jahr ein Plan ausgearbeitet wird, demzufolge über die routinemäßige, derzeit durchgeführte Rattenbekämpfung hinaus eine allgemeine, stoßweise Bekämpfungsaktion einmal jährlich erfolgen soll.

Zur Frage der Luftverunreinigung: Ein Bundesgesetz wird von einem Arbeitskreis im Rahmen des Österreichischen Städtebundes ausgearbeitet. Dabei haben selbstverständlich auch die Herren des Wiener Gesundheitswesens entscheidend mitgewirkt. Ich hoffe, daß dieses Bundesgesetz möglichst bald vom Nationalrat beschlossen wird.

Es wurden in Wien auch schon dementsprechende Vorarbeiten veranlaßt.

./.

In Gemeinschaft mit der Zentralanstalt für Meteorologie werden Untersuchungen über die Verunreinigung der Wiener Straßenluft gemacht. Bei der routinemäßigen Gutachtertätigkeit, bei gewerberechtlichen und baurechtlichen Verfahren wurden die zuständigen Stellen veranlaßt, einen strengen Maßstab anzulegen.

Ein weiteres, immer größer werdendes Übel der Großstadt ist der Lärm. Auch hier wurden die Amtsärzte angehalten, bei der Frage, ob eine gegebene Lärmbelästigung unzumutbar und gesundheitsschädigend ist, bei ihren Gutachten rigoros vorzugehen.

Die Arbeit unserer Gesundenuntersuchungsstelle ist nach wie vor sehr erfolgreich. Die Zusammenlegung in die neu eingerichtete Zentralstelle im 3. Bezirk hat sich außerordentlich bewährt.

Insgesamt, wenn ich nur eine Zahl herausgreifen darf, wurden bei 40.140 gynäkologischen Untersuchungen 217 Krebskrankheiten diagnostiziert. Abgesehen davon wurden bei mehr als 22.000 Fällen andere größere oder kleinere gynäkologische Erkrankungen festgestellt. Ich glaube, daß allein diese Zahl die Bedeutung dieser prophylaktischen Untersuchung unterstreicht.

Das Bild der Tuberkulosebekämpfung hat sich in den letzten Jahren weiterhin wesentlich geändert. Diese Änderung bedingt eine zwangsweise Umorganisation der Tuberkulosefürsorge.

Die Betreuung und Überwachung der Tuberkulösen soll von bestens eingerichteten Tuberkulosebekämpfungszentren durchgeführt werden. Ein derartiges Zentrum haben wir voriges Jahr im 9. Wiener Gemeindebezirk geschaffen. Ein weiteres Zentrum ist im 4. Bezirk im kommenden Jahr geplant.

Bei der Bekämpfung der Tuberkulose scheinen mir zwei Maßnahmen entscheidend:

Die erste Maßnahme sind die zur Verhütung dieser Infektionskrankheit in unseren Säuglingsabteilungen durchgeführten Impfungen, die wir BCG-Impfung nennen. 85 Prozent aller Neugeborenen wurden in den letzten Jahren in unseren Abteilungen geimpft. Durch entsprechende Bemühungen und Aufklärungen der Eltern ist es uns gelungen, zu erreichen, daß wir im letzten Jahr 98 Prozent der Neugeborenen impfen konnten.

./.

Die zweite Maßnahme stellt die Auffindung der zahlreichen, unbekannten an Tuberkulose erkrankten Menschen dar und diese Auffindung kann nur durch Schirmbildreihenuntersuchungen in großem Maßstab erfolgen.

Deshalb ist auch für das kommende Jahr eine weitere Intensivierung der Schirmbilduntersuchungen geplant.

Die Zahl der Neuerkrankungen ist um 6.4 und die Zahl der Personen, die an einer aktiven Tuberkulose erkrankt sind, um 4.1 Prozent zurückgegangen. Heuer wurden fast 50.000 Schirmbilduntersuchungen gemacht, wobei bei 88 Personen eine aktive Tuberkulose festgestellt werden konnte.

Außerdem wurden in den oberen Klassen der mittleren Lehranstalten Reihenuntersuchungen bei mehr als 20.000 Schülern und Schülerinnen durchgeführt. Bei 18 Schülern wurden behandlungsbedürftige tuberkulöse Lungenveränderungen festgestellt.

Wir bemühen uns, im kommenden Jahr von den gegebenen Möglichkeiten der Schirmbildreihenuntersuchungen in noch größerem Umfang Gebrauch zu machen. Durch entsprechende Aufklärung muß der Bevölkerung klargemacht werden, daß die Tuberkulose, obwohl sie erfreulicherweise ständig im Rückgang begriffen ist, trotzdem noch lange nicht überwunden wurde.

Große Erfolge in der prophylaktischen Medizin wurden auf dem Gebiet der Schulzahnkliniken erzielt. Während in einigen Städten Amerikas und Europas das Trinkwasser fluoridiert wird, wird in Wien die Cariesprophylaxe mit Fluortabletten durchgeführt. Einer Trinkwasserfluoridierung in Wien stehen psychologische und rechtliche Einwände entgegen.

In den Wiener Schulen hat diese Aktion mit dem heurigen Schuljahr alle vier Volksschulklassen erfaßt und wird im Jahre 1964 auf die Haupt- und Mittelschulklassen ausgedehnt werden. Die Beteiligung der Schulkinder an dieser Fluoraktion bewegt sich um 97 Prozent und kann also als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden.

Neben den Schulkindern werden aber auch die werdenden Mütter, Säuglinge, Kleinkinder, Säuglingskrippen und Kindergärten mit Fluortabletten versorgt. Die Verabreichung von Fluor gilt nach dem heutigen Stand der Wissenschaft als die wirksamste und erprobteste Maßnahme zur Einschränkung der Zahncaries. Was das be-

./.

deutet, kann man ermessen, wenn man vernimmt, daß die Weltgesundheitsorganisation die Caries als die auf der ganzen Erde am weitesten verbreitete Krankheit bezeichnet. Dort wo Fluor, sei es in Trinkwasser oder in Tablettenform, verabreicht wird, ist die Carieshäufigkeit um fast 60 Prozent vermindert.

Nach wie vor ist, abgesehen von dieser prophylaktischen Maßnahme, eine zweimal jährliche, zahnärztliche Durchuntersuchung bei jedem Schulkind unerläßlich. Hier ist noch viel Erziehungsarbeit zu leisten.

Ein paar Worte zum schulärztlichen Dienst: Unaufmerksamkeit und Mißerfolge beim Lernen sind nicht selten durch ärztliche Befunde in dem einen oder anderen medizinischen Fach erkennbar und je früher die Behandlung einsetzt, umso schönere Erfolge hat sie gerade hier aufzuweisen.

Aus diesen Erwägungen heraus wurden heuer neben den bisherigen Routineuntersuchungen, die 82.000 Schulkinder erfaßten, fast 3.000 Kinder einer speziellen Fachuntersuchung zugewiesen. In der augenärztlichen Untersuchungsstelle wurden 5.000 und in der neugeschaffenen ohrenärztlichen Ambulanz des Gesundheitsamtes weit mehr als 1.000 Kinder fachärztlich untersucht.

Die Arbeit in den Schwangerenberatungsstellen und in den Fürsorgestellen für Mutter und Kind ist im wesentlichen unverändert geblieben. Sehr erfreulich ist zweifellos, daß die Zahl der Lebendgeborenen weiterhin steigt.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1963 ist bis jetzt eine Säuglingssterblichkeit von 2.7 Prozent festzustellen. Diese Zahl stellt einen bisher noch nicht erreichten Rekord dar. Die vor einigen Jahren eingeführten Schwangerenpässe haben sich im allgemeinen bewährt. Bei Herstellung einer Neuauflage im kommenden Jahr werden sie in manchen Punkten noch verbessert werden.

Nun zu einem Kapitel, das uns sehr viel Sorgen bereitet, zur Fürsorge für Alkoholkranke. Die vorbereitende Arbeit, über die im vergangenen Jahr von mir ausführlich berichtet wurde, ist weitgehend abgeschlossen.

In der vom neu gegründeten Alkoholikerreferat geführten Zentralkartei werden derzeit an die 9.000 Fälle erfaßt. In den beiden Beratungsstellen werden im kommenden Jahr auch Gruppendienste und psychotherapeutische Behandlungen für Alkoholerkrankte durchgeführt.

./.

Im kommenden Jahr nun soll auch weiterhin die Erfassung Alkoholkranker mit Hilfe und in Zusammenarbeit mit den Spitälern, Unfallkrankenhäusern, Polizeidienststellen, Gerichten und Jugendfürsorgeinstituten, vor allem aber auch durch eine breite Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Krankenhäusern der Stadt Wien intensiviert werden.

Vor einem Jahr wurde die Schaffung eines psychiatrischen Rehabilitationsdienstes vom Gesundheitsamt durchgeführt. Die Notwendigkeit der Einschaltung des öffentlichen Dienstes in diese Aufgabe scheint mir weitgehend mit der Krisensituation zusammenzuhängen, in der sich die Familie in unserer Gesellschaft heute befindet.

Alte Menschen und Kranke werden der Betreuung der Öffentlichkeit überlassen und besonders bei den Geisteskranken zeigt sich die Toleranz der Familie in erschreckendem Abnehmen begriffen. Und hier muß die Arbeit des Rehabilitationsdienstes einsetzen. Der Rehabilitationsdienst muß versuchen, eine Brückenfunktion zwischen Familie und Anstalt zu errichten.

Der Aufbau unseres psychiatrischen Rehabilitationsdienstes ist in verschiedene Funktionsstellen unterteilt wie Beratung, arbeitstherapeutische Kurse und therapeutischer Klub. Weiters muß enger Kontakt mit dem Arbeitsamt eine gezielte Arbeitsvermittlung ermöglichen.

Ich darf berichten, daß die ersten Erfolge dieses neu eingeschlagenen Weges durchaus erfreulich sind und uns ermutigen, diesen Weg weiter zu verfolgen.

Die Arbeiten der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt nehmen an Umfang und Bedeutung nach wie vor zu. Als die weitaus größten Vorhaben in diesem und im kommenden Jahr sind die Vorbereitungen und die Durchführung der Untersuchungen der Donau auf ihren Gehalt an Schmutzstoffen, sowie der Abwässer aus den Kanälen Wiens anzusehen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen die Frage entscheiden, ob die Errichtung einer großen Kläranlage nach dem Wasserrechtsgesetz auf Entscheid der Obersten Wasserrechtsbehörde erforderlich ist.

./.

Im Jahre 1963 wurden die hygienisch-bakteriologischen Untersuchungen für die dritte Wasserleitung im Bereich Moosbrunn-Ebreichsdorf abgeschlossen. Ausgedehnte Färbeversuche zur Abgrenzung des Quelleinzugsgebietes wurden und werden auf der Schneealpe durchgeführt.

Neben diesen großen Aufgaben wurden die laufenden bakteriologischen und radiologischen Untersuchungen der Wiener Trinkwässer, der Nutzwässer sowie der Badewässer und diverser städtischer wie privater Abwässer fortgesetzt. Die Gesamtzahl dieser Untersuchungen beläuft sich in diesem Jahr auf nahezu 17.000.

Spitäler und Altersheime

Die Zahl der im vergangenen Jahr in den Wiener Spitälern aufgenommenen Patienten betrug rund 710.000, sodaß also im Durchschnitt täglich 570 Patienten Aufnahme finden. Die Zahl der in einem Jahr anfallenden Pflegetage erreicht die Vier-Millionen-Grenze. In den Ambulanzen unserer Spitäler werden im Jahr zirka 1,200.000 Personen behandelt.

Die Gesamtausgaben für die Führung und Erhaltung der Spitäler werden im Jahre 1964 - 1.067,171.000 Schilling betragen. Davon entfallen für Investitionen auf dem Bausektor rund 144,800.000 Schilling, auf dem Inventarsektor 33,950.000 Schilling, 561,000.000 Schilling entfallen auf Personalkosten und Sozialversicherung, auf Medikamente 90,000.000 Schilling, 32,700.000 Schilling auf Inventarerhaltung, 54,600.000 Schilling auf Lebensmittelkosten und 131,400.000 Schilling auf diverse Sachausgaben.

Allein die Personalkosten liegen um 66 Millionen Schilling höher als die Gesamteinnahmen.

Für den Wiederaufbau unserer kriegszerstörten Objekte sowie für die bauliche Erhaltung hat die Stadt Wien bisher seit dem Jahre 1945 1,4 Milliarden Schilling aufgewendet.

In meiner letzten Budgetrede konnte ich Ihnen mitteilen, daß zur Bearbeitung der vielfältigen Aufgaben, die die Modernisierung und den Neubau unserer Krankenanstalten betreffen, eine Planungskommission ins Leben gerufen wurde. Diese Kommission hat die Aufgabe, auf Grund genauer Unterlagen eine langfristige Planung für den gesamten Krankenhaussektor festzulegen und die Bauvorhaben, sowohl Neubauten als auch Umbauten, an allen Krankenanstalten zu überprüfen, zu koordinieren und auf den

./.

Generalsanierungsplan abzustimmen. Die Ergebnisse bei der Ausarbeitung dieses Generalplanes sind äußerst wertvoll und haben bereits in mehreren Projekten ihren sinnvollen Niederschlag gefunden.

Wenn ich Ihnen nur einige dieser Projekte aufzählen darf: die Pläne für den Neubau eines Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus Lainz, der Generalsanierungsplan des Pavillons XI im Altersheim Lainz, Pläne für eine neue Unfallstation und Prosektur im Wilhelminenspital, ein Sonderkinderspital für gehirngeschädigte Kinder, Umbau und Modernisierung der Pavillons 24 und 35 im Psychiatrischen Krankenhaus und Pläne für den Neubau von modernen Schwesternwohnungen in unseren Schwerpunktspitälern. Zwei besonders wichtige Aufgaben, die ebenfalls der Planungskommission zur gründlichen Bearbeitung überantwortet wurden, sind der Neubau des **Elisabeth-Spitales und die** Errichtung des Krankenhauses Wien-Ost.

Die Bettensituation war im Sommer 1963 angespannt, weil durch umfangreiche Um- und Zubauten in den Krankenanstalten während dieser Zeit - viele Arbeiten können ja nur in dieser Zeit vorgenommen werden - eine sehr große Zahl von Krankenbetten nicht belegbar war. Manchmal waren bis zu 800 Betten gesperrt.

Zur Überwindung der Schwierigkeiten auf dem Sektor der Bettenversorgung wurde mit der Neuregelung des Aufnahmemodus ein völlig neuer Weg beschritten. Bisher war die Aufnahme über die Bettenzentrale an Aufnahmetagen erfolgt, die für jedes Spital festgelegt waren. Diese Regelung hatte sehr häufig zu Unzukömmlichkeiten geführt. Trotz Aufnahmetag hatten die einzelnen Abteilungen in den Anstalten für die Bettenzentrale keine freien Betten zur Verfügung. Die Folge davon war, daß der Rettungswagen sehr oft von einem Spital zum anderen fahren mußte und daher kostbare Zeit vergeudet wurde. Meine Bemühungen gingen nun dahin, diesen Aufnahmemodus zu ändern. Die Neuregelung wurde mit 1. Mai dieses Jahres durchgeführt und ich kann die erfreuliche Feststellung machen, daß seit dieser Zeit fast alle vorgemerkten Patienten auf Grund dieser organisatorischen Maßnahme untergebracht werden konnten.

Die Neuregelung besteht darin, daß die fixen Aufnahmetage in unseren Spitälern aufgelassen wurden und nun jedes Krankenhaus

./.

verpflichtet ist, täglich eine bestimmte, nach einem entsprechenden Schlüssel errechnete Zahl von Betten zur Verfügung der Bettenzentrale zu halten. Ferner ist nunmehr ein hauptamtlich angestellter Arzt in der Bettenzentrale beschäftigt, der die von den praktischen Ärzten gemeldeten Fälle auf ihre Dringlichkeit überprüft und sich mit den einweisenden Ärzten selbst in Verbindung setzt.

Für das Jahr 1964 wird in der Bettensituation, wenn die bis dahin fertiggestellten zwei medizinischen Abteilungen im Wilhelminenspital mit je 140 Betten in Betrieb genommen werden, eine gewisse Erleichterung auf dem internen Sektor eintreten. Auf der anderen Seite wird aber die Inangriffnahme des Neubaues der Krankenanstalt Rudolfstiftung diesen Vorteil wieder ausgleichen, weil Teile des alten Gebäudes abgetragen werden müssen, um Neubauten Platz zu machen. Im Zuge des Neubaues wird die Kapazität der Betten um 200 bis 300 absinken.

Das größte Bauvorhaben am Krankenhaussektor, der Neubau der Universitätskliniken, ist über das Planungsstadium weit hinaus gediehen. Für das kommende Jahr ist für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses ein Betrag von 50 Millionen Schilling von der Gemeinde Wien vorgesehen. Bei der elften Sitzung des Spitzenausschusses vom 11. Juli 1963 konnten noch bestehende Unklarheiten bereinigt werden. Außerordentlich erfreulich war der Beschluß, daß der Neubau der Kinderklinik und der heilpädagogischen Abteilung bereits in der ersten Baustufe genehmigt wurde. Ebenso ist die Planung der Personalwohnhäuser, deren Bau jetzt in Angriff genommen wird, genehmigt worden. Mit den Abbrucharbeiten im Areal der sogenannten Neuen Kliniken wurde bereits begonnen und auch das Eingangsgebäude Lazarettgasse 14 ist schon abgetragen. Derzeit ist der Wenckebachpavillon und der Escherichpavillon unter der Spitzhacke.

./.

Die Umbauarbeiten der I. Universitäts Frauenklinik und der II. Chirurgischen Universitätsklinik sind in vollem Gange und werden voraussichtlich im nächsten Jahr abgeschlossen. Für den Umbau und für die Modernisierung dieser beiden Kliniken wurde ein Betrag von 87 Millionen Schilling für den Bausektor und 54 Millionen Schilling für Inventaranschaffungen vorgesehen. (Die Gemeinde Wien zahlt jeweils die Hälfte.)

Der Neubau des Westtraktes wurde bereits in Angriff genommen. Dieser soll die Operationssäle, die Unfallambulanzen und verschiedene andere Stationen aufnehmen.

Für den Neubau der Schwestern-, bzw. Personalwohnhäuser sind die Einreichungen der Baubewerber bereits abgeschlossen; nach Vergebung der Bauarbeiten wird unverzüglich mit dem Bau begonnen.

Das alte Allgemeine Krankenhaus hat noch mindestens zehn Jahre seine Aufgabe als Krankenhaus zu erfüllen. Pro Jahr werden hier fast 300.000 Patienten ambulant behandelt und 21.000 Patienten stationär aufgenommen. Aus den Mitteln eines Sonderkredites wird nun in diesem alten Haus eine neurochirurgische Klinik und auch eine eigene urologische Klinik geschaffen. Ebenso werden Umbauten an der I. und II. Augenklinik vorgenommen.

Ein wichtiges Ereignis war vor kurzem die Eröffnung einer sogenannten Intensivpflegestation an der I. Chirurgischen Universitätsklinik. Bisher war es so, daß selbst schwerst bewußtlose Patienten nach eingreifenden Operationen, Patienten mit schweren Nierenkrankheiten, Kreislaufschwierigkeiten und Atemstörungen auf den verschiedensten Stationen der Klinik untergebracht werden mußten. Außerdem benötigen diese schwerst erkrankten Patienten die kostspieligsten Instrumente und Geräte für ihre Betreuung, und da diese Instrumente an den verschiedensten Stationen gebraucht wurden, kam es auch dadurch zu großen Unzulänglichkeiten. Die Intensivpflegestation soll nun sozusagen die gemeinsame Plattform für die Zusammenarbeit von Spezialisten darstellen. Es ist beabsichtigt, auch in den anderen Wiener Schwerpunktspitälern solche Intensivpflegestationen einzurichten.

Sehr erfreulich war weiters die Errichtung einer neu geschaffenen Sonderabteilung für Herzchirurgie an der II. Chirur-

./.

gischen Univ.Klinik. Die Herz-Lungen-Maschine, die hier in Wien angeschafft wurde, gehört zu den modernsten ihrer Art, und die Erfolge, die unser Operationsteam und die hochqualifizierten Fachkräfte aufzuweisen haben, sind beachtlich.

Das zweite große Bauvorhaben am Krankenhaussektor ist der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Der Bauausschuß hat hier seine Vorarbeiten bereits soweit abgeschlossen, daß mit dem Beginn des Neubaues in Kürze gerechnet werden kann.

Der Anfang zum Neubau dieses Spitales wurde bereits mit der Errichtung eines neuen Schwesternhauses gemacht. Im kommenden Jahr wird die Eröffnung dieses Schwesternhauses erfolgen können. Ebenso wird nun der Bau eines neuen Kesselhauses in Angriff genommen werden können.

Die Planung dieses Projektes sieht die Schaffung von 26 Stationen vor, mit 37 bis 38 Betten pro Station. Die Stationen verteilen sich auf acht chirurgische, acht interne, drei gynäkologische, zwei Augen-, drei urologische, eine HNO- und eine Strahlenstation. Ein wesentlicher Fortschritt bei der modernen Spitalsplanung ist die Zwischenschaltung einer Installationszone zwischen Krankenzimmer und Gang. Diese Installationszone dient für Spülen und Kranken-WC. Es sind auch genügend Nebenräume pro Station geplant. Die Ambulanzen sind im Erdgeschoß vorgesehen und besitzen eine eigene Funktionsdiagnostik. Hier befinden sich auch die septischen Operationssäle, Die acht aseptischen Operationssäle sind in einer eigenen zentralen Operationsstation im ersten Stock untergebracht und stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufwachstation und mit der postoperativen Station.

Sehr wichtig ist, daß auch eine eigene Aufnahmeabteilung in diesem Spital geschaffen wird. Als zentrale Versorgungsebene dient das Sockelgeschoß. Hier befinden sich neben der Garderobe die Magazine, die Prosektur und die Zentralapotheke, ferner die Zentralsterilisation und die Bettenzentrale, die durch einen eigenen Bettenpaternoster mit allen Stationen und mit den Operationsabteilungen in direkter Verbindung stehen.

./.

Der Wirtschaftsteil ist vom übrigen Spital vollkommen getrennt und umfaßt Küche, Kesselhaus, Werkstätten und die Personalräume.

Das Bettenhaus umfaßt zwei Kellergeschoße, ein Erdgeschoß und 15 Stockwerke mit insgesamt 110.000 Kubikmeter. Der Behandlungsteil, für den ungefähr 52 Kubikmeter vorgesehen sind, gliedert sich in ein Kellergeschoß, ein Erdgeschoß und einen ersten Stock. Für den Wirtschaftsteil sind 12.000 Kubikmeter vorgesehen. Die Kosten für diesen Neubau sind mit 416 Millionen Schilling berechnet.

Große Bauvorhaben werden derzeit auch im Wilhelminenspital durchgeführt. Die zwei Bettentrakte mit insgesamt 560 Betten stehen vor der Vollendung. Ein neues, schönes Apothekengebäude wurde bereits bezogen und in Betrieb genommen. Das neue Zentralröntgeninstitut mit einer eigenen Bettenstation von 20 Betten ist im Rohbau fertig. Für dieses Röntgeninstitut wird, abgesehen von modernen Röntgengeräten im Wert von fünf Millionen Schilling, auch eine Kobaltkanone angeschafft. Das bereits bestehende Schwesternheim wurde auf den doppelten Fassungsraum vergrößert. Die Gesamtkosten für diese umfangreichen Neubauten belaufen sich auf voraussichtlich 180 Millionen Schilling.

Zu Beginn des heurigen Jahres konnte der umgestaltete Lupuspavillon (Pavillon 24) als moderne interne Abteilung und ebenso der adaptierte Pavillon 23 (5. Interne Abteilung) belegt werden. Im kommenden Jahr wird auch die Prosektur völlig umgestaltet und wesentlich vergrößert, sodaß praktisch von einem Neubau der Prosektur gesprochen werden kann. Außerdem wird 1964 mit dem Bau einer neuen Unfallstation mit insgesamt 140 Betten begonnen.

Das Franz Josef-Spital ist nun wieder zur Gänze aufgebaut. Die Objekte wurden modernisiert und teilweise aufgestockt. Nach dem Neubau der Reservestation in diesem Spital wurde der Abbruch des letzten alten Pavillons (Pavillon H) durchgeführt und dessen Neubau begonnen. Ich glaube, daß dieser neu gebaute Pavillon im Sommer kommenden Jahres beziehbar sein dürfte. Das Wohngebäude B konnte im April dieses Jahres als Schwesternheim seiner Bestimmung übergeben werden. Im Erdgeschoß und im Keller dieses Gebäudekomplexes befindet sich eine moderne zentrale Apotheke für dieses Spital. Zur völligen Ausgestaltung im Rahmen unseres Generalsanierungsplanes fehlt dieser Anstalt lediglich noch der Neubau einer urologischen Abteilung.

./.

Im Krankenhaus Lainz wurde im Vorjahr ebenso wie im Franz Josef-Spital eine Reservestation errichtet. Für die Schaffung eines Zentrallaboratoriums und einer eigenen Isotopenstation wurden in diesen Monaten die Pläne ausgearbeitet und die Geldmittel zur Errichtung einer derartig wichtigen Zentrale sichergestellt, sodaß im kommenden Jahr mit dem Bau begonnen werden kann. Im Rahmen unseres Programmes zur Krebsbekämpfung erhält dieses Spital nun auch neben der Kobaltkanone ein Betatron-Bestrahlungsgerät.

Auch im Allgemeinen Krankenhaus wird ein mit allen modernen Apparaten versehenes Strahlenzentrum geschaffen. Im übrigen sollen im Rahmen unserer Strahlenstationen auch die anderen Schwerpunktspitäler, wie das Franz Josef-Spital und die Krankenanstalt Rudolfstiftung, mit je einer Kobaltkanone ausgestattet werden. Die Durchführung dieses Programmes auf dem Sektor der Strahlenstationen erfordert einen Kostenaufwand von zirka 30 Millionen Schilling. Davon wurden 22 Millionen Schilling bereits bewilligt.

Elisabeth-Spital: Nachdem im Vorjahr der Neubau der Küche mit einem Kostenaufwand von 3,4 Millionen Schilling beendet wurde, wird nun an der Fertigstellung des neuen Prosekturgebäudes und des Zentrallaboratoriums gearbeitet. Da die derzeitig bestehende chirurgische Abteilung den heutigen Ansprüchen in keiner Weise mehr genügt, ist als weiterer Schritt zur Neugestaltung dieser Anstalt der Neubau einer chirurgischen Abteilung vorgesehen. Dieser chirurgische Trakt ist als erste Baustufe im Rahmen des Gesamtbaues dieses Spitales gedacht. Der bisher von der Planungskommission ausgearbeitete Entwurf sieht einen Blockbau in moderner Form vor, wobei der Umbau in drei Baustufen erfolgen soll.

Derzeit wird auch ein Entwurf für die Errichtung eines neuen Krankenhauses Wien-Ost von der Planungskommission ausgearbeitet. Die rapid zunehmende Besiedlung und Industrialisierung jenseits der Donau macht die Errichtung eines Krankenhauses in diesem Gebiet unumgänglich notwendig. An dieses Akutkrankenhaus, das zirka 500 Betten umfassen soll, wird eine Abteilung für chronisch Kranke beziehungsweise ein Altersheim angeschlossen sein.

./.

Zur Arzneimittelversorgung in unseren Anstalten:

Für das Jahr 1964 sind 90 Millionen Schilling für diesen Zweck vorgesehen. 1963 waren es gegen 78 Millionen Schilling. Zweifellos ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung durch zivilisationsbedingte Störungen gefährdet. Und gerade die durch Zivilisationsschäden verursachten Krankheiten sind es, die den Medikamentenverbrauch enorm ansteigen lassen. Die wichtigste Ursache des Mehrverbrauches an Medikamenten ist aber wohl auf die sprunghafte Entwicklung der Medizin zurückzuführen. Es gibt Abteilungen, die bei einem bestimmten Krankheitsbild täglich im Durchschnitt für ein einziges Heilmittel 250 bis 500 Schilling pro Patient ausgeben.

Die Gemeindeverwaltung ist verpflichtet, die Krankenhäuser mit den Medikamenten und besten Arzneimitteln zu versorgen. Selbstverständlich ist aber auch, daß eine möglichst wirtschaftliche Gebarung angestrebt werden muß.

Ebenso wichtig wie die Medikamente ist die Ernährung in unseren Spitälern. Um den Verwaltungen der Anstalten die wirtschaftliche Führung des Küchenbetriebes zu erleichtern und in der gemüsearmen Zeit eine vitaminreiche Kost geben zu können, wurden an die Erzeugungsindustrie für Tiefkühlware Großaufträge erteilt. Dadurch wurde zu einem relativ günstigen Preis hochwertiges Gemüse für die Zeit vom Oktober 1963 bis April 1964 sichergestellt. Die Versuche zur Herstellung von tiefgekühlten Fertiggerichten werden weiter verfolgt. Mit Ausnahme von grünem Salat können sämtliche gekochte Speisen, von den Suppen bis zu den Mehlspeisen, tiefgekühlt und bis zu zwei Monate gelagert werden.

Die Altersheime der Stadt Wien zählen nahezu 6.500 Betten. Pro Jahr ergeben sich 2,3 Millionen Verpflegstage, die Verpflegsgebühr beträgt ab 1. Jänner 1964 40 Schilling. Der kostendeckende Betrag macht mit Investition 87 und ohne Investition 80 Schilling aus. In den ersten neun Monaten des Jahres 1963 konnten 3.212 Pfleglinge Aufnahme finden. 175 Millionen Schilling werden auf diesem Sektor für das kommende Jahr ausgegeben.

Das derzeit größte Bauvorhaben im Bereich unserer Altersheime ist der vollständige, mit einer Aufstockung verbundene Umbau der neurologischen Abteilung (Pavillon XI) im Altersheim Lainz.

Der Kostenaufwand beträgt 33 Millionen Schilling. Durch die Aufstockung dieses Pavillons werden zusätzliche Nebenräume und kleinere Krankenzimmer geschaffen. Ebenso kann dadurch eine Auflockerung des viel zu dichten Belages erfolgen. Tagräume und Beschäftigungszimmer sind in ausreichendem Umfang dabei vorgesehen. Eine Unterwassertherapie und eine Wasserbettenstation sind eine zusätzliche und wichtige Erweiterung der Behandlungsmöglichkeiten an dieser Abteilung. In den Pavillons VI und XV ist für 1964 der Einbau sanitärer Anlagen und von Aufzügen vorgesehen. Vor allem aber wird die moderne Sputumdesinfektionsanlage im Pavillon XV vollendet werden können. Ferner wird im kommenden Jahr ein Erweiterungsbau der Heizwerkstätte im Altersheim Lainz durchgeführt.

Im Altersheim Baumgarten konnte der Pavillon III nach völligem Umbau in diesem Jahr mit Patienten belegt werden. Nachdem im Vorjahr der Pavillon V vollständig umgebaut und modernisiert werden konnte, wurde heuer mit dem Umbau des gegenüberliegenden Pavillons VI, in dem bisher das Polizeikommissariat untergebracht war, begonnen. Die umfangreichen Bauarbeiten in diesem Pavillon werden sich über das ganze kommende Jahr erstrecken. Die Fortführung der Installationen der Zentralheizung war im heurigen Jahr mit einer vierten Baurate von 3,4 Millionen Schilling vorgesehen. Im Wege eines Zuschußkredites wurden heuer noch 1,5 Millionen Schilling genehmigt, da der Fortschritt dieser Arbeiten überraschend gut war. Für das kommende Jahr sind abermals drei Millionen Schilling vorgesehen.

Im Altersheim Liesing wird neben der Modernisierung und den laufenden Instandsetzungsarbeiten im Altgebäude vor allem an einer zweckmäßigen Lösung für den beabsichtigten Umbau gearbeitet.

Im Altersheim St. Andrä wird im kommenden Jahr mit der Errichtung neuer Aufenthaltsräume begonnen. In diesem Jahr wurde der Einbau einer Zentralheizung vollendet.

Die Heil- und Pflegeanstalten der Gemeinde Wien umfassen zirka 4.000 Betten und ergeben im Jahr durchschnittlich 1,350.000 Pflegetage. Auf diesem Sektor sind Ausgaben in der Höhe von etwas mehr als 137,500.000 Schilling vorgesehen.

Diese Anstalten befinden sich derzeit in einer grundlegenden Umgestaltung. Durch den heutigen Stand der Medizin können sehr

./.

viele Leiden dieser Art geheilt werden. Auf Grund dieser Tatsache wurde auch - um nach außen hin diese entscheidende Änderung zu dokumentieren - die Anstalt "Am Steinhof" in "Psychiatrisches Krankenhaus der Stadt Wien" umbenannt. Um eine Intensivierung der Behandlung der Patienten sicherzustellen, wurde die Anzahl der Primariate von vier auf sieben erhöht.

Im kommenden Jahr wird der Pavillon 24 in großzügiger Weise umgebaut. Für die erste Baurate ist ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling aufgenommen worden. Das Objekt 35 der Anstalt, das derzeit als Lagerraum dient bzw. zum Teil leersteht, wird in eine Arbeitstherapie-Werkstätte umgebaut werden. Gerade diese Maßnahme halte ich für außerordentlich wichtig. Durch diese Einrichtung soll ermöglicht werden, daß in Behandlung stehende Geisteskranke auf ihre berufliche Eignung hin geprüft und wieder resozialisiert werden können. Die Arbeiten in unserem Rehabilitationszentrum waren bisher sehr erfolgreich.

Für das Jahr 1964 sind für unsere Lehrlingsheime 1,077.000 Schilling für bauliche Herstellungen und 321.000 Schilling für Gebäudeerhaltung bewilligt worden. Mit diesen Mitteln werden die verschiedensten Erhaltungsarbeiten in unseren Heimen durchgeführt werden.

Im Heim Weidlingau wurde heuer der Gemeinschaftsraum fertiggestellt und für das Jahr 1964 ist die Errichtung eines Schwimmbades vorgesehen. Im nächsten Jahr wird auch im Heim Augarten der Speisesaal modernisiert und in einen Allzweckraum umgebaut. Ferner wird eine Zentralheizungsanlage gebaut. Es ist selbstverständlich, daß daneben auch für alle Heime die Innenausstattung weiter vervollständigt und erneuert wird.

Die Rettung

Nun zu unserem Rettungs- und Krankenbeförderungswesen. Der Ausbau der städtischen Wohngebiete und vor allem die sprunghafte Motorisierung in unserer Stadt haben auch den städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst vor neue Probleme gestellt. Vor allem hat sich herausgestellt, daß die Zentralisierung unserer Rettung sich nicht mehr als günstig erwiesen hat.

./.

Es sind vor allem drei Momente, die den Einsatz des Rettungsdienstes erschweren: 1. die sprunghafte Entwicklung des Stadtverkehrs, 2. die Zunahme der automatischen Ampeln und 3. der Umstand, daß der Prozentsatz der schweren Verkehrsunfälle größer wird und dadurch Schockbehandlungen und Erste-Hilfe-Behandlungen viel häufiger und intensiver durchgeführt werden müssen als früher.

Die vorhandenen Rettungsstationen werden durch die erst vor kurzem eröffnete Rettungsstation Wienerberg und durch die Rettungsstation in Aspern, die nächstes Jahr in Betrieb genommen werden kann, sowie durch die Rettungsstation Arsenal, die im kommenden Jahr zu bauen begonnen wird, ergänzt. Auf diese Weise ist das gesamte Stadtgebiet, lediglich mit Ausnahme des 18. und 19. Bezirkes, vom Rettungsdienst in wirkungsvoller Weise erfaßt.

Um auch die letzte Lücke zu schließen, ist geplant, die Rettungsstation Ottakring, die einsatzmäßig ungünstig liegt und in keiner Weise einer modernen Rettungsstation entspricht, aufzulassen und eine neue Rettungsstation in Nähe der Krottenbachstraße zu errichten. Für die Errichtung einer derartigen Rettungsstation wurden alle Voraussetzungen bereits in die Wege geleitet.

Am 1. Oktober wurde eine vorbildliche neue Station am Wienerberg in Betrieb genommen. Derzeit werden noch die Räume der Zentrale der Rettung generalüberholt und neu eingerichtet. Mit dem Abschluß dieser Arbeiten ist in Bälde zu rechnen.

Im kommenden Jahr werden die vorhandenen Stationen weiter modernisiert. Völlig umgebaut werden die Stationen Penzing und Aspern. Ebenso ist der Neubau der Station Arsenal im nächsten Jahr vorgesehen und die Modernisierung und der Ausbau der Station Floridsdorf. Für diese baulichen Arbeiten haben wir für das kommende Jahr einen Betrag von 2,710.000 Schilling genehmigt erhalten. Weiter ist im Jahre 1964 die Ausrüstung des Krankenbeförderungsdienstes mit Sprechfunk, die Aufstellung einer ortsfesten UKW-Station und die Anschaffung von 47 UKW-Funksprechgeräten vorgesehen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade unser Rettungswesen in aller Welt als vorbildlich anerkannt ist und immer wieder von ausländischen Studiengruppen als Beispiel genommen wird.

./.

Damit ist mein Bericht über die Umgestaltungen und großen Bauvorhaben in meiner Verwaltungsgruppe beendet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Termine der Bauarbeiten planmäßig eingehalten werden, ja in vielen Fällen sogar diese Arbeiten eine kürzere Zeit beanspruchten, als in der Planung vorgesehen war. Dafür sage ich den zuständigen Stellen meinen herzlichsten Dank.

Das Schwesternproblem

Ein sehr ernstes Problem in meiner Verwaltungsgruppe stellt der Mangel an Krankenpflegepersonal und vor allem an Haus- und Küchenpersonal dar. Derzeit fehlen uns bei einem systemisierten Stand von 3.121 Personen an Haus- und Küchenpersonal 472, das sind rund 16 Prozent.

Um das Interesse für den Schwesternberuf zu heben, wurde von uns aus vieles unternommen. So sind wieder an alle Haushalts- und Mittelschulen von Wien, Niederösterreich und Burgenland Prospekte ausgesandt und die Eltern von den Kindern dieser Schulen mit einem persönlichen Schreiben und beigeschlossenem Prospekt angesprochen worden. Bei diesen Aktionen zeichnet sich auch ein gewisser Erfolg ab. Um die Werbung für den Schwesternberuf intensiver zu gestalten, sind auch auf meinen Vorschlag hin Besprechungen mit dem werbewissenschaftlichen Institut der Hochschule für Welthandel eingeleitet worden, die für die nächste Zeit ein positives Ergebnis erwarten lassen.

Eine sehr gute Maßnahme stellt auch die Einführung des sogenannten Vorpraktikums im Jahre 1962 dar. Dieses Vorpraktikum soll die Zeit zwischen dem Austritt aus der Hauptschule bis zur Erreichung des vorgeschriebenen Mindestalters für die Aufnahme in eine Krankenpflegeschule überbrücken. Diese Einrichtung hat sich bewährt. Im Allgemeinen Krankenhaus konnte jetzt schon ein zweiter Jahrgang eröffnet werden. Eine Erweiterung dieses Vorpraktikums an anderen Krankenpflegeschulen ist für das kommende Jahr vorgesehen.

In diesem Jahr konnte für die Schülerinnen und auch für das Krankenpflegepersonal eine finanzielle Besserstellung erreicht werden. Das Grundgehalt sowie alle Nebenzulagen wurden um sieben Prozent erhöht.

./.

Trotzdem bleibt zum Beispiel eine diplomierte Krankenschwester der Stadt Wien bei einer 45stündigen wöchentlichen Arbeitszeit um 288 Schilling gegenüber einer bei einer Krankenkasse beschäftigten Schwester in ihrem Grundgehalt zurück.

Im Einvernehmen und dank dem Entgegenkommen des Amtsführenden Stadtrates für das Wohnungswesen konnten in letzter Zeit pro Jahr rund 100 Gemeindewohnungen an Schwestern, bei denen die üblichen Voraussetzungen erfüllt waren, vergeben werden. Abgesehen davon sind auch wir sehr bemüht, im Rahmen unserer Spitäler und Anstalten neue und schöne Unterkunftsmöglichkeiten für unser Krankenpflegepersonal zu schaffen. Im Mai dieses Jahres konnte das neue Schwesternheim im Franz Josef-Spital eröffnet werden. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung schreitet der Neubau eines Schwesternhauses rasch voran und ebenso wird das Schwesternheim im Wilhelminenspital bald fertiggestellt sein. Im Allgemeinen Krankenhaus wird mit dem Bau von zwei Wohnblocks begonnen und schließlich ist ein Schwesternheim im Preyer'schen Kinderspital in der Planung bereits fertiggestellt. Mit dem Bau dieses Schwesternheimes wird im kommenden Jahr begonnen. Insgesamt werden also derzeit für unsere Schwestern, weltliche sowie geistliche, mehr als 1.100 Wohnungen neu geschaffen und über 150 umgebaut und modernisiert."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:

Feierliche Überreichung der Ehrenmedaille in Gold

Bürgermeister Jonas ehrte Rosette Anday, Otto Zekert und Karl Farkas

11. Dezember (RK) Heute nachmittag überreichte Bürgermeister Jonas im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold an Kammersängerin Rosette Anday, Univ.-Prof. Mr.ph. Dr. Otto Zekert und Karl Farkas. Die Feier, an der Mitglieder des Wiener Stadtsenates und viele andere Ehrengäste teilnahmen, wurde vom Ebert-Trio mit Musik von Haydn und Schubert musikalisch umrahmt.

Vizebürgermeister Mandl führte in seiner Würdigungsrede aus: "Der Wiener Gemeinderat hat mit 29. November 1963 einstimmig beschlossen, Kammersängerin Rosette Anday in Würdigung ihrer einzigartigen künstlerischen Leistungen und anläßlich ihres 60. Geburtstages, Min.Rat i.R. Univ.-Prof. Dr. Otto Zekert in Anerkennung seiner hervorragenden wissenschaftlichen Verdienste anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres und Karl Farkas, dem prominenten, liebenswerten Vertreter der Wiener Kleinkunst, für seine besonderen Leistungen anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold zu verleihen.

Kammersängerin Rosette Anday gehört unbestritten zu jenen Persönlichkeiten, die durch ihre Kunst das internationale Ansehen der Musikstadt Wien erhöht haben. Sie wurde zwar in Budapest geboren, wo sie das Lyzeum und die Musikhochschule besuchte, doch ist sie erst in Wien das geworden, was sie ihrer Begabung und der ernsten Arbeit an sich selbst verdankt, eine Gesangskünstlerin größten Formats, um die uns die Welt beneidet. Daraus erklärt sich auch ihre tiefe Verbundenheit mit unserer Stadt, die sie immer wieder aus vollem Herzen bekundet. Während sie ihre Ausbildung in Wien vervollkommnete, wurde sie 1921, also bereits mit 18 Jahren, von Franz Schalk an die Staatsoper engagiert, deren Verband sie seither als erste Altistin angehörte und der sie in guten und schlechten Tagen bis zuletzt die Treue hielt. Nach ihrem erfolgreichen Debut als Carmen sang Rosette Anday alle großen Partien ihres Faches, wie den Orpheus, die Brangäne, Azucena,

./.

Ulrika, Amneris, Dalila. Besonderes Aufsehen erregte es, als sie in der Rolle des Zigeuners Beppo in der Oper "Freund Fritz" von Mascagni unter der Leitung des Komponisten selbst das Violinsolo auf der Bühne spielte. Ihre hohe Musikalität und ihre hervorragend geführte wohllautende Stimme von einer unvergleichlichen Klangfarbe waren in dem Haus am Ring berühmt, das sie nur verließ, um ihren Auslandsverpflichtungen in Europ und Amerika nachzukommen oder bei den Salzburger und Münchner Festspielen mitzuwirken. Auch ihre ausgedehnte Konzerttätigkeit verlief nicht minder erfolgreich. Die großen Oratorien, Passionen und Messen zählten ebenso zu ihrem Repertoire wie die Werke Gustav Mahlers, dessen 'Lied von der Erde' sie unter Bruno Walter bei der ersten Londoner Aufführung zum Erfolg verhalf. Als sie sich im Herbst 1961 nach 40jähriger Tätigkeit an der Staatsoper als Klytämnestra vom Wiener Publikum verabschiedete, wurde ihr die Ehrenmitgliedschaft und der Ehrenring des Institutes verliehen. Mit ihrem Namen wird die Erinnerung an eine Glanzzeit der Wiener Staatsoper verknüpft bleiben.

Auch Ministerialrat Univ.-Prof. Dr. Otto Zekert ist ein Wahlwiener, den nicht nur berufliche Verpflichtungen an unsere Stadt banden, sondern der zu ihr immer auch in enger persönlicher Beziehung stand. Am 6. Juni 1893 in Schwertberg, Oberösterreich, geboren, studierte er an der Universität Innsbruck, wo er den Magistergrad erwarb, Pharmazie, an der Universität Wien Geschichte und Geographie und promovierte hier zum Dr. phil. Bereits 1923 wurde ihm an der Universität ein Lehrauftrag für Geschichte der Pharmazie erteilt, 1931 erfolgte seine Habilitierung. 1934 erhielt er einen zweiten Lehrauftrag über Apotheken- und Sanitätsgesetzeskunde. Schon 1931 war er in das Ministerium für Soziale Verwaltung berufen worden, in dem er bis zu seiner Pensionierung verblieb. In seinen Agendenkreis fielen schwierige Aufgaben, hauptsächlich legislativer Art. Er führte aber auch den nicht minder schwierigen Interessenausgleich zwischen Apotheken, Drogerien und Erzeugern mit Geschicklichkeit und Ausdauer durch.

Auf seinem engeren Fachgebiet hat Zekert ungefähr 80 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, die sich in erster Linie mit der Geschichte der Pharmazie beschäftigen. Er gilt als der bedeutendste Pharmaziehistoriker und ist auch im Ausland als Autorität bekannt. Seine Apothekerbiographien sind in den zwei

./.

Bänden 'Berühmte Apotheker' zusammengefaßt. Ebenso wertvoll sind seine Publikationen auf pharmazierechtlichem Gebiet. Die wichtigsten sind sein bereits in 8. Auflage erschienener 'Austria-Codex' und die 'Apothekergesetzeskunde'. Auch um die Neuerstellung eines österreichischen Arzneibuches hat er sich besondere Verdienste erworben. Prof. Zekert ist Mitglied zahlreicher internationaler Gesellschaften und gibt die Jahrbücher der österreichischen Heilmittelwerke heraus.

Karl Farkas, der Altmeister des Wiener Humors und Wiener Kabarettstar Nummer eins, ist eine Art Universalgenie. Er ist Autor, Schauspieler, Regisseur, Conferencier, Schlagersänger. Er ist auf der Bühne und im Film ebenso zuhause wie im Vortragssaal, im Rundfunk und im Fernsehen. Seine Popularität nimmt seit mehr als zwei Generationen noch immer zu. Die Kritiker sagen von ihm, daß er als echter Wiener mit seinem Scharfblick den Menschen und Dingen auf den Grund sieht, aber nicht wehtun will, sondern die mildere Behandlungsweise im Lachsanatorium vorzieht. Er wurde am 28. Oktober 1893 in Wien geboren und wandte sich nach dem Besuch der Mittelschule gegen den Willen seines Vaters, der ihn für die kaufmännische Laufbahn bestimmt hatte, dem Schauspielerberuf zu. Er trat zuerst in Olmütz in Charakterrollen auf, wurde dann Regisseur in Ostrau und schließlich Oberregisseur für Oper und Schauspiel in Linz. 1920 kam er nach Wien und war zunächst an der neuen Wiener Bühne als Charakterdarsteller und Regisseur tätig. Gleichzeitig besorgte er die Conference im Kabarett 'Simplizissimus', von 1926 bis 1931 leitete er das Wiener Stadttheater. 1938 mußte er die Heimat verlassen. Er ging zuerst nach Paris, dann nach Amerika, wo er sich gleichfalls als Schauspieler und Bühnenautor fortbrachte. 1946 kehrte er in seine Vaterstadt zurück und übernahm die Leitung des "Simplizissimus", wo so viele unvergeßliche Humoristen und Komiker von Niveau gewirkt hatten.

Karl Farkas ist ein virtuoser Sprachkünstler und ein einfallsreicher, amüsanter Stegreifdichter. Sein Humor reicht vom harmlosen Spaß bis zur Hintergründigkeit. Seine pointierten Vorträge sind Kabinettstücke des Witzes. Mit Fritz Grünbaum führte er die oft kopierte, doch nie erreichte Doppelconference ein. Ihm ist auch die Schaffung der Wiener Form des Ausstattungsstückes der Revue zu verdanken. Er war in einer Person Dichter, Regisseur,

./.

Schauspieler und Star seiner eigenen Stücke, die er als Direktor an- und absetzte. Besondere Wirkung erzielt er, wenn er sich als Kabarettist über die Zeitereignisse lustig macht. Er hat selbst zahlreiche Revuen und Operettentexte verfaßt, bzw. an ihnen mitgearbeitet und eine Reihe von Drehbüchern geschrieben. Von seinen Bühnenwerken, Lustspielen, Farcen und musikalischen Parodien sind am bekanntesten 'Die Wunder-Bar', seine Monsterrevue 'Im weißen Röss'l am Wolfgangsee', 'Traumexpreß', 'Hofloge', 'Verzeih, daß ich dich liebe', 'Bei Kerzenlicht', 'Dixie', von seinen Filmen 'Land der Liebe', 'Pipin der Kurze', 'Justizmaschine', 'Sehnsucht 202', 'Fregola' und 'Liebling der Welt'. Karl Farkas hat sein wienerisches Erbteil nicht ängstlich gehütet, sondern gibt es mit vollen Händen aus. Hoffentlich tut er es noch lange. Unserer Zustimmung kann er gewiß sein."

Bürgermeister Jonas sagte in seiner Ansprache: "Die Wiener sind dafür bekannt, daß sie es verstehen, Feste zu feiern und fröhlich zu sein, wie es ihrer heiteren Sinnesart entspricht. Sie bringen aber auch den Künsten und Wissenschaften volles Verständnis entgegen und ehren deren Repräsentanten. Der heutige Tag und der Anlaß, der uns hier vereinigt, ist ein schöner Beweis hierfür. Haben wir doch drei prominente Vertreter unseres kulturellen Lebens zu uns gebeten, um ihnen zu zeigen, wie wert sie uns sind, wie sehr wir sie schätzen und wie wir uns für alles, was sie uns gaben, zu Dank verpflichtet fühlen.

Eine Künstlerin vom Range Rosette Andays gehörte zu den Größen der Wiener Staatsoper und trug maßgeblich dazu bei, daß die Wiener Musikkultur in aller Welt Ansehen erringen konnte. Die besondere Würdigung der Musik und ihrer Interpreten, die in Wien Tradition ist, hat zu allen Zeiten prominente Künstler angezogen, weil ihnen hier die Möglichkeit zu voller schöpferischer Entfaltung geboten wurde. Auch der Aufstieg Frau Andays zu Anerkennung und Ruhm vollzog sich in unserem Opernhaus, dem sie seit ihrem ersten Auftreten eng verbunden blieb und zu dessen Stützen sie lange Zeit hindurch gehörte. Ihr Ruf drang über Österreich weit hinaus und sie errang in bedeutenden Musikzentren des Auslandes internationales Ansehen. Von allen Künsten vermag es die Musik am besten, die Menschen zu erheben und sie aus ihrer Erdgebundenheit zu befreien. Hierfür sein ganzes Talent aufgeboten

./.

und sein ganzes Fühlen in der Sprache der Töne verströmt zu haben, muß eine beglückende Empfindung sein. Mit der großen Gemeinde der Musikfreunde sind vor allem wir Wiener uns in aufrichtiger Dankbarkeit bewußt, was wir Frau Anday und ihrem vollendeten Künstlertum schulden, und wir wollen heute dessen besonders gedenken.

Für Professor Dr. Otto Zekert war gleichfalls Wien und alles, was zu unserer Stadt gehört, die Voraussetzung seines Schaffens. Er hat viele große und berühmte Städte in der ganzen Welt genau kennengelernt. Nach seinen eigenen Worten vermag er aber doch nur in Wien zu leben und zu arbeiten. In seiner Bescheidenheit betont er immer wieder, daß es nicht sein Verdienst ist, wenn es ihm gelang, auf verschiedenen Gebieten etwas zu leisten. Er schreibt dies vielmehr in erster Linie seinen Lehrern an der Universität, der guten Atmosphäre in den Dienststellen, in denen er wirkte, und nicht zuletzt dem einzigartigen kulturellen Leben unserer Stadt zu, die ihm zur wahren Heimat wurde. Seine dienstlichen Verpflichtungen vermochten sich mit seinen wissenschaftlichen Interessen gut zu verbinden. Er wurde ein bedeutender Forscher und Lehrer, dessen Tätigkeit der Geschichte der Chemie und Pharmazie gewidmet war, die von ihm als neues Unterrichtsfach in den akademischen Studienbetrieb eingeführt wurde. Als leitender Beamter des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung arbeitete er lange Zeit mit besonderem Erfolg im Dienste der Arzneiversorgung Österreichs und hatte an deren auch im Ausland als vorbildlich anerkannten Regelung stärksten Anteil. Die Fertigstellung des neuen österreichischen Arzneibuches, die an seine Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen stellte, wird gleichfalls dauernd mit seinem Namen verknüpft bleiben. Aus dem Apothekerberuf hervorgegangen, hat er sich in dessen interessante Geschichte so vertieft, daß er heute auf diesem Gebiete als internationale Autorität gilt. Ebenso bewunderungswürdig ist, was er als Verwaltungsfachmann für die gesamte österreichische Pharmazie geleistet hat.

In Karl Farkas können wir heute einen Meister des echten Wiener Humors begrüßen. Er steht uns auch deshalb so nahe, weil er unser Landsmann ist. Niemand weiß es besser als wir, daß sein Humor stets aus dem Herzen kommt, daß sein Witz bei aller Lebensnähe und Treffsicherheit nie bitter und verletzend wirkt. Wenn

./.

das brillante Feuerwerk seiner drolligen Einfälle sprühend auf uns niederprasselt, wenn das Publikum seine Tagessorgen vergißt, sich ungehemmt der allerbesten Stimmung hingeben darf und nicht Tränen weint sondern Tränen lacht, dann fühlt sich Farkas in seinem Element. Wenn das ganze Auditorium von seiner Heiterkeit angesteckt und von seiner frohen Laune überwältigt wird, ist es für ihn der schönste Tribut, den man ihm zollen kann.

Humoristen sind Lebensphilosophen und Moralisten. Sie belehren aber nicht mit drohend erhobenem Zeigefinger, sondern mit lachendem Mund. Auch Karl Farkas ist ein solcher Humorist, aber einer mit Herz und Charme. Darum lieben wir ihn auch und wünschen ihm und uns, daß er noch viele Jahre im Besitze seiner kostbaren Talente bleiben möge.

Als Bürgermeister von Wien obliegt es mir nunmehr, die Ehrenmedaillen, die Ihnen der Wiener Gemeinderat verliehen hat, in Ihre Hände zu legen. Ich tue dies in dankbarer und freundschaftlicher Gesinnung und hoffe, daß Ihnen diese Auszeichnung Freude bereiten wird. Möge die Ehrenmedaille sie immer daran erinnern, daß unsere Stadt sich Ihnen aufrichtig verbunden fühlt!"

Hierauf überreichte Bürgermeister Jonas unter dem Beifall der Anwesenden die hohe Auszeichnung. Im Namen der Geehrten dankte Karl Farkas.(Fortsetzung möglich.)

\- - -

40jähriges Dienstjubiläum städtischer Bediensteter

11. Dezember (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses feierten heute früh zwölf Gemeindebedienstete ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Zu der musikalisch umrahmten Feierstunde waren Bürgermeister Jonas, die Stadträte Koci, Schwaiger und Sigmund, Magistratsdirektor Dr. Ertl sowie der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Dipl.-Ing. Dr. Horak, erschienen.

Stadtrat Schwaiger dankte den Jubilaren für ihre treuen Dienste. Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach ihr Vorsitzender Gemeinderat Weisz.

Bürgermeister Jonas gab in seiner Rede einen kurzen Überblick über die vergangenen 40 Jahre, dankte den Jubilaren für ihre Treue und beglückwünschte sie zu ihrem Jubiläum.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Gesundheitswesen

11. Dezember (RK) In der Debatte über das Gesundheitswesen spricht als erster GR. Lanc (SPÖ). Er beschäftigt sich mit der Rattenbekämpfung. In verschiedenen Teilen Wiens und auch in seinem Bezirk, in Margareten, sind manche Wohnhausanlagen von den Ratten geradezu befallen. Der Redner urgiert die Aufstellung eines Rattenbekämpfungsplanes, der bereits versprochen wurde. Die bisherigen Maßnahmen seien nicht zielführend, wenn auch zugegeben werden muß, daß das Problem der Rattenbekämpfung sehr diffizil sei. Er freue sich aber, daß der Stadtrat heute neuerlich die Ausarbeitung eines Konzeptes angekündigt hat.

Zu den Krankenanstalten führt der Redner aus, daß der Abgang für 1964 fast 570 Millionen Schilling beträgt. Das Defizit von 1953 bis 1962 macht mit den Investitionen fast drei Milliarden aus, ein Betrag der höher ist als für den endgültigen Hochwasserschutz Wiens projektiert wird. Zu dem Betriebsabgang trägt der Bund nach dem Krankenanstaltengesetz für das kommende Jahr nur 38,3 Millionen, also zehn Prozent, bei.

Dieses große Defizit bestand nicht immer. Vor 1938 machte es nur 0.8 Prozent der damaligen Budgetsumme aus, während der Abgang 1964 5,1 Prozent des Gesamtbudgets beträgt. Dies scheint eine bedenkliche Entwicklung zu sein. Dazu kommt noch, daß 20 Prozent der Spitalsbetten von Nichtwienern belegt werden. Der Redner vertritt die Auffassung, daß es auch Aufgabe des Stadtrates für das Gesundheitswesen sein müßte, an die finanzielle Seite seines Ressorts zu denken.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) spricht über die Lehrlingsheime. Sie bedauert, daß es zu wenig Heime für weibliche Lehrlinge gibt. Gerade die jungen Mädchen seien sittlich gefährdet und müßten daher möglichst in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnen können. Die Rednerin würdigt die schwierige Arbeit der Erzieher in den Lehrlingsheimen, denen wir alle sehr zu Dank verpflichtet sein müssen.

./.

Auf dem Gebiet des Rettungswesens begrüßt GR. Dr. Stürzer vor allem die neue Organisation der Spitalsbettenvergebung und die übrigen vom Berichterstatter aufgezählten neuen Maßnahmen.

Zum Schwesternproblem erklärt sie, daß der Mangel an Krankenschwestern und Hauspersonal immer akuter wird. Die schönsten Spitäler nützen nichts, wenn keine oder auch nur zu wenig Schwestern und Hauspersonal da sind. Der Bau moderner Spitäler wird zwar vielleicht eine Erleichterung auf dem Sektor des Hauspersonals mit sich bringen, der Schwesternmangel aber dürfte auch dann weiter bestehen bleiben. Die von Stadtrat Dr. Glück genannten Verbesserungen auf diesem Gebiet, besonders den Bau von schönen Schwesternwohnungen, bezeichnet sie als sehr erfreulich. Bei den Schwesternwohnungen erhebt sich jedoch das Problem, daß jene Schwestern, die heiraten, ihre Wohnräume im Spital verlassen müssen. Daher möchten viele Krankenpflegerinnen lieber eine Wohnung außerhalb des Spitals haben. In diesem Zusammenhang ist es sehr begrüßenswert, daß es Stadtrat Dr. Glück gelungen ist, Stadtrat Glaserer 200 Gemeindewohnungen für Schwestern "herauszureißen". (Zwischenruf von Bürgermeister Jonas: Was heißt denn hier "herausreißen"? Stadtrat Glaserer macht das doch aus eigenem Antrieb! Das ist doch schon geschehen, noch bevor Dr. Glück in den Stadtsenat gekommen ist!)

Sodann stellt GR. Dr. Stürzer den Antrag, dem besonders gesundheitsgefährdeten Personal in den Spitälern und Anstalten einen Zusatzurlaub auch über das Höchstmaß von 28 Werktagen hinaus zu gewähren.

Ein weiterer von ihr eingebrachter Antrag beschäftigt sich mit den Krankenschwestern der Intensivpflegestation. Angesichts der dort herrschenden besonders anstrengenden Arbeitsverhältnisse sollen diese Krankenschwestern eine Erschwerniszulage erhalten.

Abschließend befaßt sich GR. Dr. Stürzer mit dem Rehabilitationszentrum, das sie eine wunderbare Einführung nennt. Jedermann weiß, wie schwer es für alle aus dem Psychiatrischen Krankenhaus als geheilt entlassene Menschen ist, wieder in ihren Beruf und ins Leben zurückzufinden. Es ist eine Tatsache, daß diese Menschen von ihrer Umgebung immer wieder vorsichtig und prüfend betrachtet werden. Das ist für sie stets ein großer Schock. Hier greift nun das Rehabilitationszentrum ein und bietet den Geheilten sozusagen eine "Hilfe über die Grenze" zwischen der Anstalt und dem normalen Leben. Diese Hilfe ist ungeheuer wichtig.

./.

GR. Maller (KLS) stellt mit Genugtuung fest, daß es dem Gesundheitsamt in den letzten Jahren gelungen ist, die Kinderlähmung fast vollständig zu beseitigen. Er hofft, daß auch andere Schwierigkeiten, mit denen das Gesundheitsamt zu kämpfen hat, nach und nach beseitigt werden können. Einige Probleme bedürften einer dringenden Lösung. Groß ist in unserer Stadt die Not an Spitalsbetten. Wien verfügt zwar über mehr Spitalsbetten als es dem internationalen Standard 10 auf 1.000 der Bevölkerung entspricht, nämlich 13,7 auf 1.000. In diesen 13.7 sind jedoch auch die Betten der Altersheime und von Steinhof eingerechnet. Es kann jedoch keine Statistik entscheidenden Aufschluß über die notwendige Bettenzahl geben, sondern nur die Praxis. In Wien ist es jedermann bekannt, daß es auf dem Sektor der Spitalsbetten einen großen Notstand gibt. Eine Lösung kann nur durch die Schaffung zusätzlicher Spitalsbetten oder durch eine Verminderung des Bettenbedarfes erfolgen. Diese Verminderung des Bedarfes könnte vielleicht durch eine ausreichende Hauskrankenpflege und Heimhilfe erreicht werden. Der Ausbau einer derartigen Einrichtung müßte mit allen Mitteln gefördert werden. Auch die häusliche ärztliche Betreuung müßte intensiviert werden. Leider wird durch den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses keine Erleichterung auf dem Bettensektor eintreten, da das neue Haus weniger Betten umfassen wird als das alte. Der Neubau im Wilhelminenspital bringt also keine zusätzlichen Betten, sondern wird diesen Ausfall nur wettmachen. Dringend notwendig wäre die Errichtung von Spitälern im Gebiet des linken Donauufers und im Norden unserer Stadt. Sicherlich ist für die Gemeindeverwaltung die volle Ausnützung der vorhandenen Betten rentabler, denn auch ein leerstehendes Bett verursacht große Kosten. Nach einer Statistik liegt die Bettenausnützung in Wien bei zirka 85 Prozent.

Als ein besonderes Problem unserer Spitäler bezeichnet der Redner den Mangel an medizinischen und sonstigem Hilfspersonal. Er weiß nicht, ob es der Wahrheit entspricht, aber der neue Pavillon des Wilhelminenspitals, der vor der Vollendung steht, soll nicht eröffnet werden können, weil kein Reinigungspersonal vorhanden ist.

./.

Der Mangel an Krankenpflegepersonal wirkt sich besonders drückend auf die medizinische Betreuung aus und gefährdet deren Qualität in unseren Krankenhäusern. Der Nachwuchs an Schwestern deckt den Bedarf nicht mehr. Als Ursache für diesen Schwesternmangel bezeichnet der Redner eine zu schlechte Bezahlung, zu niedere Einstufung, zu lange Arbeitszeit und zu große Überforderung. Das Anfangsgehalt einer Schwester müßte 2.000 Schilling betragen bei einer vierzigstündigen Arbeitszeit, einer Einrechnung der Erschwerniszulagen in die Pensionsbemessung und höherem Urlaubsanspruch. Kinderkrippen und Kindergärten sollten es den Müttern unter den Schwestern ermöglichen, ihre Kinder gut unterzubringen. Vie leicht würde auch die Schaffung von Halbtagsposten einen Anreiz geben.

Zu überprüfen wäre, ob die derzeit als einzige Stelle zur Behandlung von akuten Vergiftungen bestehende Station in der Klinik Hoff den modernen Anforderungen entspricht. Die Vergiftungsstation als Anhängsel zu einer Klinik zu führen, erachtet der Redner als unzureichend.

Als bedauerlich bezeichnet er es, daß die Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen von sechs wieder auf zwei zurückgegangen ist. Selbst wenn in jedem Bezirk nur eine Untersuchungsstelle wäre, bedeutet dies nur einen Tropfen auf den heißen Stein.

Viel wurde in letzter Zeit über die Luftverunreinigung gesprochen, die durch die immer größere Motorisierung und Industrialisierung verursacht wird. Auch die Gemeinde Wien verunreinigt durch ihre Gas- und E-Werke, durch die Bäder und all ihre anderen Einrichtungen die Luft sehr stark. Sie müßte daher beispielgebend vorangehen und mit den nötigen Forschungs- und Planungsarbeiten auf diesem Gebiet beginnen. Die Schaffung einer Klimauntersuchungsstelle, über die zum Beispiel Linz bereits verfügt, wäre auch für Wien notwendig.

Die Lärmplage: Auch hier gehört die Gemeinde Wien mit ihren rumpelnden Straßenbahnen und quietschenden Autobussen, der lauten Müllabfuhr und verschiedenen anderen Dingen. zu den Lärmsündern. Man müßte auch hier etwas gegen die Lärmplage unternehmen. Bei der Planung müßte man eine Trennung der Wohngebiete von den Industriegebieten vornehmen.

./.

Eine weitere gesundheitliche Gefahr für unsere Stadt liege in der Rattenplage. Die bisherige Form der Rattenbekämpfung ist anscheinend nicht ausreichend und nicht entsprechend. Man hat manchmal das Gefühl, als ob zwischen den Ratten und ihren Bekämpfern eine gewisse Koexistenz bestünde. Die Schädlingsbekämpfungsfirmen leben und die Ratten auch.

Abschließend stellt der Redner fest, daß in den letzten Jahren Stimmen laut wurden, die betonten, daß die Gesundheit wieder etwas kosten müßte und die Gesundheit Privatsache jedes einzelnen sei. Er stellt dazu fest, daß die Gesundheit auch bisher etwas gekostet hat, da den Arbeitern und Angestellten beträchtliche Summen abgezogen werden. Im Krankheitsfall haben sie dann außerdem noch geringere Bezüge. Eine Erhöhung der Gesundheitskosten würde zwangsläufig wieder dazu führen, daß die Menschen nicht oder erst zu spät einen Arzt aufsuchen so wie es in der guten alten Zeit der Fall war. Damals lag die durchschnittliche Lebenserwartung aber auch bei 40 Jahren. Gegen derartige Tendenzen zur Reprivatisierung und Kommerzialisierung müßte man energisch auftreten. Das Gesundheitsamt und die gesamte Gemeindeverwaltung müßte sich den Grundsatz zu eigen machen, die Gesundheit darf nicht zu einer Ware werden. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen.

GR. Pellet (SPÖ) stellt fest, daß der Referent erwähnt hat, die Gewässer der Donau würden einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden. Der Redner regt an, in diese Untersuchungen auch den Donaukanal einzubeziehen. Die Stadtverwaltung hat an seinen Ufern die schönsten Promenaden angelegt, leider ist es aber an manchen Tagen so, daß man nicht den Duft der Rosen einatmen kann, sondern daß der Geruch der Abwässer überwiegt.

Es dürfte auch nicht übersehen werden, daß es in unserer Stadt neben der Rattenplage auch noch die Plage durch andere Tiere gibt, nämlich durch die Tauben, die sich ungeheuer vermehrt haben. Die Exkremente der Tauben sind ziemlich gefährlich, denn sie verbreiten eine Krankheit, die die Lungen angreift. Es müßten Maßnahmen ergriffen werden, die ein weiteres Ausbreiten der Tauben verhindern sollten. Leider ist in Wien derzeit nur eine Schädlingsbekämpfungsfirma befugt, die wilden Straßentauben zu vertilgen. In dieser Firma selbst ist es wieder nur ein Mann,

./.

der mit dieser Tätigkeit vertraut ist und der ist oft krank. Vielleicht könnte das Gesundheitsamt einen Weg für die Eindämmung der Taubenplage finden, damit die Tauben nicht immer mehr und die Singvögel immer weniger werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verweist auf den umfassenden Bericht der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, den bedeutende Fachleute nicht nur von der medizinischen Seite her als eines der wichtigsten Dokumente des 20. Jahrhunderts bezeichnet haben. In diesem Bericht haben Gesundheitsexperten aus 113 Ländern auf Grund von Statistiken und ihrer Erfahrungen veröffentlicht, welche Krankheiten zu den Hauptgeißeln der Menschheit gehören und welche ganz oder teilweise als besiegt gelten, aber auch welche Krankheiten die zivilisatorische Entwicklung des Atomzeitalters mit sich gebracht hat. Von den 999 festgestellten Krankheiten, die Leben und Gesundheit der Menschen bedrohen, sind die häufigsten Malaria, Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebs, Leukämie, Tuberkulose, Kinderlähmung und Lepra. Diese Krankheiten bilden zusammen mit der neuen Gefährdung des Lebens, den Unfällen, die meisten Todesursachen. Wenn man diesen Bericht liest, erfüllt es einen mit besonderer Genugtuung, daß man eine dieser Hauptkrankheiten, die Kinderlähmung, in vielen Ländern, zu denen auch Österreich gehört, erfolgreich bekämpfen konnte. Gab es 1951 bis 1952 auf der Welt jährlich rund 85.000 Kinderlähmungsfälle, so waren es 1960 nur noch etwa mehr als 37.000. Dieser Erfolg ist auf die großzügigen Impfungsaktionen zurückzuführen. Der Redner verweist darauf, daß man die Bevölkerung immer wieder darauf aufmerksam machen muß, wie wichtig diese Aktion ist und wie segensreich sie sich auswirkt.

Als eine der Ursachen der Krebserkrankungen werden auch Staub und Rauch angesehen. Wie steht es nun mit der Bekämpfung der Luftverunreinigung in unserer Stadt?

Im Vorjahr wurde im Gesundheitsamt ein eigenes Referat geschaffen, aber es läßt keine Auswirkungen erkennen.

Auch bei der Lärmbekämpfung ist nichts Entscheidendes geschehen. Der Redner schlägt einen Lärmbekämpfungsplan vor, den eine Kommission ausarbeiten sollte.

./.

Er begrüßt auch eine eventuelle Sperre der Hauptallee, um eine Oase der Ruhe und Stille zu schaffen.

Der Kampf gegen den Alkoholismus scheint in Konjunkturzeiten immer nur auf dem Papier bleiben zu müssen. Hier siegen offensichtlich die kommerziellen Interessen.

Der Redner wiederholt seine Vorwürfe, die er schon im Kapitel Personal machte, daß die regelmäßigen Untersuchungen bei strahlengefährdeten Personen nicht gleichmäßig durchgeführt werden. Wir haben noch immer kein Strahlenschutzgesetz in Österreich. Er fragt Stadtrat Glück, was hier das Hindernis für die Verzögerung sei.

Zur Bekämpfung der Rattenplage könnte wirklich mehr geschehen. Der Redner denkt dabei auch an die Einführung eines Prämiensystems für die Rattenbekämpfer. (Stadtrat Koci, SPÖ: Da müßte jeder ein Schwaferl als Trophäe vorzeigen!)

Die Säuglingssterblichkeit ist noch immer bei Frühgeburten besonders hoch. Man sollte daher mehr Gewicht auf die Schwangerenberatung legen. Der Redner regt an, in den Mutterberatungsstellen auch eine Schwangerenberatung durchzuführen.

Zum Allgemeinen Krankenhaus bemerkt der Redner, daß in der letzten Sitzung des Spitzenausschusses wieder einmal gesagt wurde, nun seien alle Unklarheiten beseitigt. Wieviele Unklarheiten wird es hier noch zu beseitigen geben? (Stadtrat Schwaiger, ÖVP: Das ist ja kein Gartenhäuschen, Herr Kollege!) Der Redner repliziert, daß Stadtrat Dr. Glück schon vor Jahren die schleppende Planung beim AKH kritisiert habe. Er hoffe jedenfalls, daß in dieser höchst modernen "Gesundheitsfabrik" nicht der Mensch eine untergeordnete Rolle spielen wird.

Abschließend greift GR. Schmidt den Vorfall auf, der sich vor einigen Tagen ereignete, als ein Verunglückter unweit vom Allgemeinen Krankenhaus 17 Minuten auf die Rettung warten mußte. Er ersucht, man möge in solchen Fällen weniger bürokratisch vorgehen.

Im übrigen gebe seine Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

./.

Als nächster Redner betont GR. Josef Bauer (ÖVP), daß er angesichts der steigenden Zahl alter, leidender Personen bereits in der Budgetdebatte 1962 angeregt hat, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und einen neuen Typ, den Typ des Alterskrankenhauses, in die Planung miteinzubeziehen. Es ist daher begrüßenswert, daß bereits die Errichtung einer eigenen Abteilung für Alterskranke geplant ist.

Zur Linderung der Bettennot schlägt GR. Bauer vor, die Hauskrankenpflege zu reorganisieren und auszubauen. Trotz der großen Erfolge, auf die der im Jahr 1960 gegründete Verein für Hauskrankenpflege zurückblicken kann, sei diese Institution nämlich doch nicht das geworden, was wir von ihr erwartet haben. Da es in absehbarer Zeit allein mit den Neubau von Spitälern und Anstalten nicht möglich sein wird, die Bettennot zu lindern, sollte man nach Möglichkeiten suchen - eventuell auch unter Hinzuziehung privater Organisationen (etwa der Caritas) -, neue Organisationsformen für diese Einrichtung zu finden. Dabei könnten zweifellos auch die durch den Personalmangel entstandenen Schwierigkeiten behoben werden. Im Zusammenhang mit der finanziellen Seite dieses Problems könnte man vielleicht erneut mit dem Verband der Sozialversicherungsträger Verbindung aufnehmen und eine bessere Regelung, vor allem in Hinsicht auf weitere Einsparungen, herbeiführen.

GR. Hausner (KLS) greift in seiner Debattenrede das Problem des Alkoholismus heraus und erklärt, daß er im Referat Stadtrat Dr. Glücks Angaben darüber vermißt habe, welche prophylaktischen Maßnahmen auf diesem Gebiet getroffen werden. Was tut man dazu, um die Menschen vor dem Alkohol zu warnen und rechtzeitig zu verhindern, daß sie ihm verfallen?

Der Meinung, daß Geschäft sei stärker, dagegen komme man nicht auf, kann er sich nicht anschließen. Es müßte doch durchzusetzen sein, daß weniger Propaganda für den Alkoholkonsum gemacht wird. Immer wieder sei zu bemerken, daß man die Bekämpfung des Alkoholismus fordert, gleichzeitig aber für den Alkohol wirbt.

./.

So habe er zum Beispiel in einem SPÖ-Blatt eine Werbung für Sliwowitz gefunden, zwei Tage später habe dieselbe Zeitung jedoch geschrieben, es müsse alles dazu getan werden, um unsere Kinder vor den Einflüssen des Alkohols zu schützen. Aber auch im Organ des Dekanats Döbling sei ihm aufgefallen, daß dort gleich drei Seiten der Alkoholpropaganda gewidmet waren. Einerseits also spreche man immer wieder über gute Dinge, andererseits aber mache man schlechte Dinge. (Zwischenruf von GR. Bock, SPÖ: Das gibts überall! In Rußland wird zum Beispiel viel Wodka getrunken!)

In diesem Zusammenhang, so fährt GR. Hausner fort, sei es auch sehr bedauerlich, wenn sich bekannte Wiener Künstler dafür hergeben, im Fernsehen Alkoholpropaganda zu machen. Er sei der Meinung, daß der Gemeinderat zu allen diesen Erscheinungen Stellung nehmen müßte und die Gemeinderatsmitglieder ihren Einfluß geltend machen sollten, damit die Werbung für den Alkohol zumindest reduziert wird.

Mit dem Nikotin verhält es sich ähnlich. Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, daß der Nikotingenuß wesentlichen Einfluß auf die Krebserkrankungen hat. GR. Hausner bittet Stadtrat Dr. Glück, bekanntzugeben, was in dieser Hinsicht von unseren Ärzten unternommen wird.

Abschließend bemerkt der Debattenredner, daß im 22. Bezirk der Bau eines großen Spitals geplant ist. Angeblich aber soll mit dem Bau erst dann begonnen werden, wenn eindeutig feststeht, daß dadurch nicht einige Spitäler in Niederösterreich geschlossen werden müßten. In der Umgebung des 22. Bezirkes gibt es jedoch keine Spitäler auf niederösterreichischem Boden, daher wäre es unbedingt notwendig, raschest mit dem Bau des neuen Krankenhauses zu beginnen.

Im übrigen gebe die KLS-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe V ihre Zustimmung.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) erachtet es als notwendig, nach den verschiedenen Ausführungen über die Spitalsbettennot vom Standpunkt der Krankenversicherungsträger aus einen kurzen Beitrag zu leisten. Es wurde wiederholt erwähnt, daß die Heimpflege viel mehr gefördert werden sollte, da sie einen entscheidenden Beitrag zur Behebung der Bettennot leisten könnte. Der Redner stellt fest, daß dazu jedoch eine Änderung der Gesetze notwendig wäre, denn

./.

die gesetzliche Krankenpflege ist nur dann in der Lage, eine Heimhilfe zu gewähren, wenn es sich um einen vollkommen alleinstehenden Erkrankten handelt, der sich im Zustand der Hilflosigkeit befindet. Meistens braucht der Erkrankte dann auch eine intensive ärztliche Betreuung und das stößt auf Schwierigkeiten von Seiten der frei praktizierenden Ärzte. Man müßte daher in erster Linie an die frei praktizierenden Ärzte appellieren, insbesondere die praktischen Ärzte, denn es ist kein Geheimnis, daß Patienten, die an einer Erkrankung leiden, die einen öfteren Hausbesuch des Arztes erfordert, keine beliebten Patienten sind. Die Ärzte neigen sehr dazu, solche Kranke in ein Spital einzuweisen. Vieles, so zum Beispiel Injektionskuren, könnten aber zuhause durchgeführt werden. Die Krankenkassen versuchen, den Ärzten solche Hausbesuche durch eine bessere Honorierung anziehend zu machen. Es gehören in ein Spital aber auch nur jene Menschen, bei denen eine Gesundung oder Besserung ihres Leidens zu erwarten ist. Das Spital darf nicht zur Heimstätte für unheilbare Menschen werden. Die Gemeinde ist daher bemüht, Altersspitäler zu bauen, in denen Betten für solche Kranke bereitgestellt werden.

Ein weiterer Schritt zur Linderung der Bettennot wäre möglich, ließe man eine Reihe von Untersuchungen vor der Aufnahme ins Spital vornehmen. Leider wollen derzeit viele Primari derartige Befunde nicht anerkennen.

GR. Dr. Habl (ÖVP) spricht über die Schwierigkeiten, die sich im vergangenen Winter bei der Beheizung einiger Abteilungen des Altersheimes ergeben haben. Eine Reihe von Pavillons verfügten über keine Zentralheizung, sondern ist mit alten eisernen Öfen ausgestattet. Diese Öfen wurden aber nur zwischen sieben Uhr früh und 14 bis 16 Uhr nachmittags geheizt, da zu anderen Zeiten keine Heizer zur Verfügung standen. In den Räumen, in denen sanitäre Anlagen untergebracht sind, auf den Gängen und in den Waschräumen, gibt es überhaupt keine Heizmöglichkeit. Das Fehlen von entsprechenden Aufzügen hat dann überdies noch die Beistellung von Heizmaterial erschwert. Der Redner hofft, daß man für den kommenden Winter besser vorgesorgt hat. Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten in den Altersheimen sollten besser koordiniert und nach ihrer Dringlichkeit erledigt werden.

./.

Der Redner verweist darauf, daß es im Altersheim auch Jugendliche gibt, und zwar 40 männliche und 60 weibliche. Sie sind zum Teil körperbehindert und sollten besser in einem Körperbehindertenheim untergebracht werden. Dadurch würde das gegenseitig störende Beisammensein verhindert und der Überbelag einzelner Zimmer beseitigt werden. Derzeit sind in manchen Zimmern, die für acht Personen gedacht sind, zehn bis 12 Pfleglinge untergebracht. Durch einen Ausbau des Dachgeschosses, dessen Flachdach ohnedies reparaturanfällig ist, könnte zusätzlich Raum geschaffen werden.
Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß der Finanzreferent Stadtrat Glück in seinen Bemühungen unterstützen wird und rechtzeitig Geldmittel für die erforderlichen Renovierungsarbeiten in den Altersheimen zur Verfügung stellt, insbesondere Mittel für den geplanten Einbau von Zentralheizungen in den einzelnen Pavillons.

Abschließend verweist er darauf, daß man bei Jubiläen öffentlicher Einrichtungen nicht auf das Personal vergessen sollte.

So hat man bei der 50-Jahr-Feier in Lainz auf zwei Schwestern vergessen, die seit der Inbetriebnahme des Hauses dort tätig sind. Es wäre Sache der Personalvertretung gewesen, hierauf aufmerksam zu machen. Der Bürgermeister hat die beiden geistlichen Schwestern dann nachträglich, als er davon erfuhr, geehrt. Künftighin müßte man bei derartigen Anlässen den einen oder anderen Bediensteten für eine Auszeichnung vorschlagen und ein kleines Beisammensein für alle Bediensteten im Anschluß an die öffentliche Feier veranstalten.

GR. Ascherl (SPÖ) verweist auf die große Bedeutung der Schulzahnklinik, deren Leistungen unbestritten sind. Durch die systematischen Reihenuntersuchungen, durch eine entsprechende Behandlung und vor allem durch eine umfangreiche Aufklärungstätigkeit konnte die Behandlungsbedürftigkeit der Wiener Schulkinder entscheidend herabgesetzt werden. Waren 1911 noch 98 Prozent aller Wiener Schulkinder behandlungsbedürftig, so waren es 1934 nur mehr 86.3 Prozent und heute sind es nur mehr 53 Prozent. 1911 wurde in Wien die erste Schulzahnklinik gegründet und eröffnet. Zunächst wurde sie aus privaten Mitteln erhalten und gefördert von der Österreichischen Gesellschaft für Zahnpflege.

./.

1922 wurde diese Schulzahnklinik dann in die Obhut der Gemeinde Wien übernommen.

1934 gab es in unserer Stadt bereits 16 vorbildliche Schulzahnkliniken, die 130.000 Untersuchungen durchführten. 1945 mußte neu angefangen werden. Heute bestehen in Wien wieder 21 Kliniken. Besonderes Gewicht wird auf die Prophylaxe gelegt. Wie wichtig dies ist, unterstreicht der Redner durch zwei Zahlen: 1958 wurden von den Krankenversicherungen 315 Millionen Schilling für Zahnbehandlungen ausgegeben, 1961 waren es schon 380 Millionen. Bestürzend ist, daß gerade bei den Kindern die Zahnerkrankungen immer häufiger werden. 99 Prozent aller Vierzehnjährigen in Österreich haben ein schadhaftes Gebiß. Große Bedeutung kommt deshalb der Fluortabletten-Aktion zu. Dabei werden diese Tabletten kostenlos abgegeben.

Als bemerkenswert bezeichnete der Redner, daß die Zahl der Zahnbehandlungen in den Schulzahnkliniken ständig zurückgeht. 1960/61 wurden nur mehr 35.6 Prozent der untersuchten Kinder auch in den Kliniken behandelt. Die meisten gehen zu einem privaten Zahnarzt. Dadurch wird aber die Möglichkeit geschaffen, das Programm der Schulzahnkliniken zu erweitern. Der Redner denkt dabei an verstärkte Aufklärungstätigkeit, in allen Fällen Verlegung der systematischen Reihenuntersuchungen in die Schulen und die Durchführung von Zahnkorrekturen bei Stellungsanomalien der Zähne. 20 Prozent aller Kinder leiden daran, und die Krankenkassen zahlen in solchen Fällen nur einen Zuschuß.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) spricht über die Luftverunreinigung und über die Lärmbekämpfung. Er stellt fest, daß auf diesen Gebieten sehr wohl etwas geschehen sei, nur seien die Auswirkungen nicht so sichtbar. Er hoffe, daß bald eine gesetzliche Regelung eintreten wird. Der Redner schlägt vor, in die Kamine der Gemeindebauten Filter einzubauen.

Die Verunreinigung der Luft durch Kohlenmonoxyd kann in verkehrsreichen Straßen bis zu einem Meter hoch sein. Besonders Kleinkinder und Hunde sind dabei gefährdet. In diesem Zusammenhang: es ist auch falsch, Ruhebänke entlang verkehrsreicher Straßen, wie zum Beispiel am Gürtel, aufzustellen.

Zwei Fragen hat der Redner an den Stadtrat für das Bauwesen: Warum man bei Neupflasterungen die fertige Straße mit Sand bedeckt, der dann durch den Verkehr noch tagelang aufgewirbelt wird und

./.

warum man ausgerechnet bei Staubfreimachung von Straßen den feinen Split nur auf die Teerdecke aufschüttet, was ebenfalls noch tagelange Staubbelästigung zur Folge hat.

Im weiteren beschäftigt sich GR. Dipl.-Ing. Blaschka mit Problemen der Lärmbekämpfung in Wien. Wie er sagt, wird zwar jedes Jahr eine Lärmbekämfpungswoche abgehalten, aber vorher und nachher ist es sozusagen still um den Lärm. Er weist auf die zahllosen Klagen der Bevölkerung über die Lärmplage in Wien hin und fordert, daß hier etwas geschehen müsse. In zahlreichen Fällen trägt die Gedankenlosigkeit und die Rücksichtslosigkeit vieler Menschen zur Vermehrung der Lärmplage bei. Hunderte Beispiele gebe es dafür, vom Zuknallen der Autotüren in der Nacht über sinnloses Klingeln der Straßenbahnfahrer bis zum ohrenbetäubenden Krach der Mopeds. Hier ist kein Geld zur Abhilfe notwendig, sondern es kommt auf die Erziehung der Menschen an. Man könne wohl auf einige Maßnahmen der Polizei und der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet hinweisen, alles das aber sei noch immer nicht genug. Wenn schließlich Ermahnungen und Strafen nichts nützen, dann müßte man zu schärferen Maßnahmen greifen, wie zum Beispiel zu einem nächtlichen Fahrverbot für Mopeds und Fahrräder, wie es schon in anderen Städten besteht.

Ferner weist der Debattenredner auf die Lärmplage in den Neubauwohnungen hin und erinnert an seinen Antrag vom vergangenen Jahr, wonach entsprechende Vorschriften in die Bauordnung aufgenommen werden müßten. Sodann stellt er den Antrag, die Gemeinde Wien möge bei Ausschreibungen für Bauvorhaben besonders jene Firmen berücksichtigen, die lärmarm arbeiten und Luftverunreinigungen vermeiden.

Abschließend weist er auf die zahlreichen Krankheiten hin, die durch Lärm verursacht werden, und betont, wie wichtig es daher sei, möglichst viele lärmfreie Erholungsgebiete in Wien zu schaffen.

Als letzter Debattenredner kommt GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) auf die wertvolle Hilfe zu sprechen, die die Statistik als Unterlage für alle Planungsarbeiten auf dem Sektor des Gesundheitswesens darstellt.

./.

Bei der Frage der Bettenanzahl müsse man jedoch bedenken, daß es hier um soziale Fragen geht, die nicht durch eine Statistik gelöst werden können. Wenn beispielsweise erklärt wird, daß wir in Wien nach dem internationalen Bettenschlüssel, der im Durchschnitt 100 Betten pro zehntausend Einwohner verlangt, mehr als gut dran sind, so erweist sich dies leider nur als ein Spiel mit Zahlen. Denn bei solchen Vergleichen mit anderen Großstädten müssen zahlreiche Faktoren berücksichtigt werden, so zum Beispiel die Altersverteilung, die Familien- und Einkommensverhältnisse und vor allem die Wohnverhältnisse.

An wichtigen Statistiken, die von Bedeutung für die Planungsarbeiten zum Bau von Spitälern sind, führt GR. Dr. Gisel an:

Altersstatistik: Ein Viertel der Wiener Bevölkerung ist heute über 60 Jahre alt, ein Sechstel (das sind 18 Prozent) über 65 Jahre. Um die Jahrhundertwende hingegen, in einer Zeit hoher Geburten-, aber auch hoher Sterbezahlen, waren knapp fünf Prozent der Wiener über 65 Jahre alt. Bei der Volkszählung im Jahr 1951 gab es in Wien 90.000 Personen im Alter zwischen 65 und 70 Jahren (davon 35.000 Männer und 55.000 Frauen). Bei der Volkszählung 1961 waren die entsprechenden Zahlen: 99.000, davon 35.000 Männer und 64.000 Frauen. 1951 gab es 126.000 Personen (44.000 Männer und 82.000 Frauen) in Wien, die mehr als 70 Jahre alt waren; 1961 waren es 163.000 (55.000 Männer, 108.000 Frauen).

Sterbestatistik: In Wien sterben gegenwärtig rund 25.000 Menschen pro Jahr, davon 3.200 (1.750 Männer, 1.450 Frauen) im Alter zwischen 65 und 70 Jahren, 4.000 (1.800 Männer und 2.200 Frauen) zwischen 70 und 75, 4.300 (1.700 Männer, 2.600 Frauen) zwischen 75 und 80 und 3.700 (1.400 Männer, 2.300 Frauen) zwischen 80 und 85.

Von den Verstorbenen des Geburtenjahrganges 1885 waren vier Männer und 34 Frauen ledig, 139 Männer und 46 Frauen verheiratet, 48 Männer und 161 Frauen verwitwet.

./.

Daraus ersieht man, wie viele alte Menschen in Einzelhaushalten leben. Laut Statistik sind es derzeit in Wien: 40 Prozent (zehn Prozent Männer, 30 Prozent Frauen) im Alter über 65 Jahre.

Nachdenklich muß uns die Statistik über die Selbstmorde alter Menschen in dieser Stadt stimmen. So haben in einem Jahr aus den Jahrgängen der 70 bis 75jährigen 14 Männer und 17 Frauen Selbstmord verübt und je zehn den Versuch unternommen. Aus der Altersgruppe der 75 bis 80jährigen waren es 26 Männer und 23 Frauen und aus der Gruppe der über 80jährigen waren es bei den Männern zwölf und bei den Frauen 16 Selbstmorde, bzw. Versuche. Es verüben in unserer Stadt jährlich ungefähr 1.000 Menschen Selbstmordversuche, es werden also täglich drei Selbstmörder in städtische Anstalten eingeliefert. Tröstlich ist es, daß wir im Verhältnis zum europäischen Durchschnitt noch gut davonkommen. Außerdem ist die Selbstmordtendenz sinkend. Auch die Zahl der Selbstmordversuche hat auf die Planung auf dem Spitalsbettensektor ihre Auswirkungen.

Erfreulich ist, daß die Arbeiten für das neue AKH planmäßig weitergehen. Das alte AKH wird in sehr wesentlichen Teilen umorganisiert und umadaptiert. Es werden aber nicht nur für bauliche Belange auf diesem Sektor große Mittel aufgewendet, sondern auch für Inventaranschaffungen. So wird zum Beispiel ein Nachtkästchen 1.800 Schilling kosten. Ein horrender Betrag, aber man darf nicht vergessen, in welcher Ausstattung dieses Nachtkasterl sein und welchen Erfordernissen es gerecht werden muß.

Zu begründen ist es, daß wir die Herz-Lungen-Maschine in Betrieb nehmen konnten und daß sie sich gut bewährt. Es sind nun auch in unserer Stadt jene medizinischen Eingriffe möglich, die in vielen anderen Städten bereits seit längerer Zeit vorgenommen werden.

Zweckentsprechend war auch die Umstellung der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof in ein Psychiatrisches Krankenhaus. Wir dürfen aber über der Freude über die Umgestaltung dieses Krankenhauses nicht auf die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau vergessen. Auch diese Anstalt müßte in den nächsten Jahren medizinisch adaptiert werden.

Als großen Lichtblick bezeichnet der Redner die Errichtung und Inbetriebnahme der Medizinischen Abteilung im Wilhelminenspital

./.

anstelle der ehemaligen Lupusheilstätte, ferner den Ausbau verschiedener Abteilungen an anderen Spitälern und den Ausbau der Hauskrankenpflege.

Trotz all dieser großen Leistungen taucht in seinem Innersten immer wieder die Frage auf, ob wir nicht auf medizinischem Gebiet in manchen Dingen etwas zurückgeblieben sind. Haben wir tatsächlich genug Betten auf unseren Frühgeborenenstationen? Ist das System, nach dem wir unsere Durchleuchtungen vornehmen, nicht vielleicht schon altmodisch? Haben wir genug Spezialpflegestationen für Kreislaufkranke? Haben wir genügend Stationen für Rheuma- und Gelenkskranke und für die Bekämpfung der Allergien? Hat der Schularzt eine echte sozialärztliche und sozialpädagogische Funktion? Treten wir dem übergroßen Alkoholkonsum ausreichend entgegen? Sollten wir nicht auch Entwöhnungsstationen für Nikotinsüchtige einrichten? Und schließlich, wird in unseren Krankenhäusern alles getan, um Infektionen zu vermeiden und Krankheiten nicht von einem Patienten auf den anderen zu übertragen?

Der Mangel an Pflegepersonal ist eine Erscheinung, die überall festzustellen ist. In Würzburg mußten zum Beispiel von vier Abteilungen drei geschlossen werden, weil kein Pflegepersonal da war.

Abschließend bemerkte der Redner: Es ist ein weiter Weg vom Asyl und vom Siechenhaus bis zu den Schwerpunktkrankenhäusern in modernen Städten. Es ist ein weiter Weg, den meine Generation erlebt hat, von der Klostersuppe bis zu unserer heutigen gesicherten Zeit. Wir wollen uns durch Schwierigkeiten nicht beirren lassen. Nur in sozial geschützten Lebensräumen läuft der Lebensprozeß gleichmäßig ab, mildert Härten und läßt Entwicklung für alle zu. Deshalb wird die Stadt Wien immer bereit sein, ein wärmendes Dach zur Verfügung zu stellen. Dieser Verpflichtung wird sich auch kein Wiener Politiker entziehen. Die Sozialisten stimmen daher gerne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zu.

Stadtrat Dr. Glück dankte in seinem Schlußwort für die anerkennenden Worte und das hohe Interesse in der Debatte, aber auch die kritischen Bemerkungen und Vorschläge nehme er mit Dank entgegen.

Unter dem Beifall der ÖVP teilt er mit, daß der Redakteur der Arbeiter-Zeitung verurteilt wurde, der ihn vor einem Jahr vorgeworfen habe, er wolle den alten Leuten in Lainz ihre Staatsbürgerrechte beschneiden und sie für schwachsinnig erklären lassen. Damit ist also dieses Kapitel abgeschlossen. ./.

Zum Personalmangel: eine entscheidende Besserung kann nur durch eine finanzielle Besserstellung erreicht werden. Man sollte sich überlegen, den Heilberuf aus dem üblichen Schema herauszunehmen und ein eigenes Schema zu schaffen.

Zur Rattenbekämpfung: Diese ist deshalb so schwierig, weil die Tiere wie Zoologen versichern, klüger als die Menschenaffen sind, sie haben die Fähigkeit zu lernen, eine vergiftete Ratte kann sterbend dem Rudel seine Erfahrung mitteilen. Die Ratten treffen Maßnahmen gegen Hochwasser und gegen Vergasung. Sie graben konisch geformte Röhren, in die zuerst die kleinsten hineinschlüpfen, dann die größeren, und zum Schluß schließt die dickste Ratte die Röhre wie mit einem Stöpsel gegen das Hochwasser ab. Das sind ganz abgefeimte Methoden. (GR. Nora Hiltl, ÖVP: Die Ratten haben jetzt zugehört und sagen es wieder weiter!)

Zur Spitalsbettennot: Die Privatkrankenanstalten - wir haben 35 mit 7.458 Betten - ersparen uns jährlich 300 Millionen Schilling. Wir müssen daher herzlichen Dank für ihre Arbeit sagen.

Die Vermehrung der Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen haben wir nicht abgebremst. Das hängst vielmehr völlig vom Bedarf ab. Die Stationen für Apoplexie wurden nicht aufgelassen, sie nehmen vielmehr ständig an Bedeutung zu.

Der Donaukanal wurde selbstverständlich auch in die Untersuchungen einbezogen. Die abschließende Arbeit wird voraussichtlich noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Gefährdung durch Strahlen: bei den Untersuchungen wird keineswegs zu wenig Sorgfalt an den Tag gelegt. Selbstverständlich wird halbjährlich auch das Blutbild untersucht. In den letzten Jahren ist kein einziger Fall von Strahlenschädigung zu verzeichnen gewesen. Auch die Geräte werden genauest überprüft.

Zu der Affäre mit dem Unfallverletzten stellt Stadtrat Dr. Glück mit Nachdruck fest, daß keine Verordnung besteht, nach der ein Arzt nicht aus dem Spital herausgehen darf, um Hilfe zu leisten. Der Portier hat vielleicht einen Unterlassungsfehler begangen. Er hat als er von einem Passanten verständigt wurde, sofort die Rettung, die Unfallstation und die Polizei verständigt. Die Unterlassungssünde war es, daß er nicht den Journalarzt verständigt hat. Vom Anruf bis zum Erscheinen der Rettung auf dem Unfallsort vergingen jedoch nur sechs Minuten! Wenn der Arzt zu

./.

Fuß hingegangen wäre, so wäre mindestens die gleiche Zeit verstrichen und dann hätte noch immer keine Möglichkeit für den Abtransport des Kranken bestanden. Der Rettung aber kann man wirklich keinen Vorwurf machen.

In der Frage Hauskrankenpflege sei er Partei. Er glaube auch, daß diese Institution in seine Verwaltungsgruppe gehöre. Die ambulanten Voruntersuchungen wären wirklich außerordentlich wichtig. Wir wollen auch dazu kommen.

Alkoholbekämpfung: Vom Gesundheitsamt wird sehr viel dazu getan. Von dem betreffenden Referat wurden zum Beispiel 84 Vorträge in Volkshochschulen abgehalten.

Er glaube auch, daß die Schulzahnkliniken sich ihrem Wesen nach ändern. Sie gewinnen aber an Bedeutung in der Durchführung prophylaktischer Maßnahmen. Die Frage der Zahnregulierung werden wir prüfen.

Über die Lärmbekämpfung bestehen genügend Vorschriften, von denen die Exekutive jedoch mehr Gebrauch machen sollte. Über die Luftverunreinigung wurde bereits ein Gesetz ausgearbeitet, das hoffentlich bald in Kraft treten kann.

Die Zahl der Hepatitiserkrankungen ist deshalb so hoch, weil diese Krankheit erst jetzt anzeigepflichtig wurde.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des V. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die drei Anträge der ÖVP werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Fürstenhofer, unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, um 9 Uhr früh, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Der rumänische Außenminister im Wiener Rathaus

11. Dezember (RK) Der rumänische Außenminister Corneliu Manescu, der gegenwärtig Österreich einen Staatsbesuch abstattet, besuchte heute vormittag das Wiener Rathaus. Bürgermeister Jonas begrüßte in Gegenwart der Mitglieder des Wiener Stadtsenates den rumänsichen Diplomaten, der in Begleitung des Stellvertretenden Außenministers Pompiliu Macovei und weiteren Herren des Außenministeriums und des Außenhandelsministeriums erschienen war. Auch der rumänische Gesandte in Österreich und der österreichische Gesandte in Rumänien waren erschienen.

Bürgermeister Jonas hieß die Gäste herzlich willkommen und stellte ihnen die Mitglieder des Wiener Stadtsenates vor. Bürgermeister Jonas betonte in seiner Ansprache, daß Wien zu verschiedenen rumänischen Stadtverwaltungen gute Verbindungen hat. Anläßlich des Stadtjubiläums von Bukarest im Jahre 1959 war sogar eine Delegation des Wiener Gemeinderates in der rumänischen Hauptstadt. Bei dieser Gelegenheit konnten die Vertreter Wiens feststellen, wie fleißig in Bukarest gearbeitet wird und wie viele Neuschöpfungen nach dem Krieg entstanden oder begonnen wurden.

Außenminister Manescu dankte für den herzlichen Empfang im Rathaus und unterstrich die Notwendigkeit des gegenseitigen Kennenlernens. In dieser Hinsicht wäre es wichtig, wenn das Außenministerium in Bukarest und das österreichische Außenministerium in dieser Richtung noch mehr tun würden. Er erinnerte sodann an die traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Staaten, zwischen denen gute Beziehungen bestehen, wobei es keine offenen Fragen und schon gar keine Streitfragen gibt. Er ersuchte sodann Bürgermeister Jonas, der Wiener Bevölkerung seine Grüße zu übermitteln. Der Bürgermeister und die Stadtverwaltung mögen weiterhin alles dazu tun, daß Wien immer schöner wird.

Anschließend trug sich Außenminister Manescu in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Jonas überreichte ihm sodann als Ehrengeschenk eine Figur aus Augartenporzellan.

\- - -

Aus Kinder werden Puppenmütter

11. Dezember (RK) Auch heuer finden wieder die Puppenadoptionen statt, die nun schon nette Tradition in der Vorweihnachtszeit geworden sind. Heute nachmittag übergab Stadtrat Maria Jacobi im Kindergarten Stadtpark 27 Puppen an ihre "Pflegemütter". Die Kinder hatten die Puppen voriges Jahr in Pflege übernommen und dürfen sie nun nach einjähriger bester und liebevollster Behandlung "adoptieren".

Morgen, Donnerstag, den 12. Dezember, findet um 15 Uhr in den Neuen Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses die Übergabe von Puppen an Pflegekinder der Stadt Wien statt. Auch hier wird Stadtrat Maria Jacobi die kleinen Puppenkinder ihren "Müttern" persönlich überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, auch zu der morgigen Puppenadoption Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.
Ort: Neue Repräsentationsräume des Rathauses, Zeit: 15 Uhr.

\- - -

Dauerbefürsorgte sehen Eisrevue

11. Dezember (RK) Die "allerste Premiere" der Wiener Eisrevue ist auch heuer wieder den Dauerbefürsorgten der Stadt Wien vorbehalten. Sonntag, den 22. Dezember, um 14 Uhr, wird in der Wiener Stadthalle die diesjährige Revue "Glücksträume" aufgeführt werden.

\- - -

Programmänderung für Volkshochschulkonzert im Freizeitheim Jedlesee

11. Dezember (RK) Für das in der "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2814 angekündigte Konzert im Freizeitheim Jedlesee am Freitag, dem 13. Dezember, tritt eine Programmänderung ein. Da die Sopranistin Annemarie Steffens erkrankt ist, übernimmt der Bariton Franz Fuchs mit eigenem Programm ihren Platz. Franz Fuchs, der durch Rundfunk und viele Plattenaufnahmen als Opernsänger bekannt geworden ist, singt Lieder von Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, Schubert, Chopin, Strauß, Debussy und Ravel.

\- - -

"Also dankte Karl Farkas"

11. Dezember (RK) "Simpl"er Abschluß der feierlichen Überreichung der Goldenen Ehrenmedaille, an der von Seiten der Stadt Wien Landtagspräsident Marek, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bauer, Glaserer, Heller, Koci, Lakowitsch und Schwaiger teilnahmen: die Dankesansprache von Karl Farkas. Zunächst mißlang der Versuch einer Doppelconference zwischen Bürgermeister Jonas und dem Großmeister des Wiener Kabaretts, bei der es um das Rundfunkmikrophon ging. Dann aber entwickelte sich ein Solo von durchaus Farkas'schem Format. Also dankte Karl Farkas:

"Wenn ich jetzt auch im Namen von Frau Kammersängerin Anday und des Herrn Universitätsprofessors Dr. Zekert das Wort ergreife, so tue ich es nicht, weil ich mich dafür als der geeignetste Mann und den würdigsten von uns dreien fühle, sondern weil man mich ersucht hat, das zu tun, und weil ich als Stegreifist bekannt bin, der aus dem Stegreif redet. Als solcher bin ich es gewohnt, meinen Gedanken und meinen Gefühlen spontan Ausdruck zu geben.

Der Herr Bürgermeister war so reizend und sagte, ganz Wien liebe mich, wie er es auch in seinem Brief mit seiner reizenden Gratulation getan hat, und er sagte auch, ganz Wien beglückwünsche mich. Und wenn er das als unser Oberster hier in der Stadt sagt, dann gilt das auch etwas, denn sein Name schwebt über dem Weichbild unserer Stadt, von den höchsten Hochhäusern bis zur Grotte.

Wien, die Stadt, in der ich geboren bin, in der ich wirken und leben konnte, bedeutet mir sehr viel und ich liebe sie. Ein Liebender hat es immer gerne, wenn der Gegenstand seiner Liebe die Liebe erwidert, und in diesem Moment weiß ich, daß ich wiedergeliebt werde, denn dieser Gegenliebe wurde heute Ausdruck gegeben. Das ist wert, sehr innig bedankt zu werden. Bitte, über unsere Verdienste kann ich nicht sprechen, der Herr Vizebürgermeister hat das viel treffender getan, und ich bin wegen seiner Pointen vor Neid erblaßt. Jedenfalls sage ich innigsten Dank von uns dreien. Es gibt Momente, die muß man sich merken, daran muß man den Rest seines Lebens denken, und ein solcher Moment ist heute! Dafür danke ich Ihnen!"

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Neue Sportanlagen jenseits der Donau

12. Dezember (RK) Kürzlich wurde mit der Errichtung einer neuen Sportanlage in der Schwarzlackenau im 21. Bezirk begonnen. Das Garderobehaus wird noch heuer im Rohbau fertiggestellt werden. Der Kulturausschuß hat nun beschlossen, die erste Baurate für die Errichtung dieser Sportanlage von 216.000 auf 530.000 Schilling zu erhöhen.

Ferner hat der Kulturausschuß für die Freimachung der städtischen Grundflächen im 21. Bezirk, Fultonstraße - Nordbahnstraße, einen Entschädigungsbetrag für die Kleingärtner, die dort abgesiedelt werden, in Höhe von rund 206.000 Schilling genehmigt. Bekanntlich soll auf diesen Grundstücken im nächsten Jahr mit der Errichtung einer Ersatzsportanlage für das nunmehr anderweitig verwendete Gelände des ehemaligen Sportplatzes auf dem Ringelseeplatz (21. Bezirk) begonnen werden.

\- - -

"Raffineriestraße" in der Donaustadt

12. Dezember (RK) Eine Verkehrsfläche in der Nähe des Öltanklagers Lobau im 22. Bezirk erhält, einem Beschluß des Kulturausschusses zufolge, die Bezeichnung "Raffineriestraße". Im öffentlichen Sprachgebrauch wurde sie schon bisher "Straße der Raffinerie" genannt, da sie in Fortsetzung der Straße "Am Kaisermühlendamm" von der Stadlauer Ostbahnbrücke zur Finsterbuschgasse in die Nähe der Raffinerieanlage führt.

\- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:

Bürgermeister Jonas überreichte Silberne Ehrenmedaille

12. Dezember (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses überreichte heute nachmittag Bürgermeister Jonas Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber an Robert Minkowitsch, Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer und Professor Max Schönherr. An der von Darbietungen des Wiener Streichtrios umrahmten Feierstunde nahmen die Mitglieder des Wiener Stadtsenates und zahlreiche andere Ehrengäste teil.

Vizebürgermeister Mandl sagte in seiner Würdigungsrede: "Am 29. November 1963 hat der Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen, dem Berater kultureller Verbände Robert Minkowitsch für seine außerordentlichen Verdienste anläßlich der Vollendung des 60. Lebensjahres, dem Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Musik anläßlich der Vollendung des 75. Lebensjahres und dem Dirigenten Professor Max Schönherr in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um das Wiener Musikleben anläßlich der Vollendung des 60. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber zu verleihen.

Robert Minkowitsch ist der im Stillen wirkende gute Geist der Wiener Volksbildung und des Notrings der wissenschaftlichen Verbände Österreichs. Er wurde am 8. Oktober 1903 in Wien geboren, absolvierte die Realschule und erhielt in der neugegründeten Wiener Messe AG. eine Anstellung. 1938 wurde er entlassen und fand eine neue Beschäftigung in einem Wiener Modenverlag, dessen kommerziellen Betrieb er bis 1945 leitete. Schon während des Krieges hatte er mit einem Steuerberater nebenberuflich zusammengearbeitet, dessen Kanzlei er 1950 übernahm. Nach Ablegung der vorgesehenen Prüfungen wurde er in die Kammer der Wirtschaftstreuhänder aufgenommen.

Minkowitsch hat sich schon frühzeitig der Wiener Volksbildung mit seinen Kenntnissen in Buchhaltung, Bilanz und Steuerangelegenheiten ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

./.

Wieviel dies gerade in einer Zeit finanzieller Krisen und ungenügender materieller Sicherungen bedeutet, zeigte sich 1945, als sich Minkowitsch neben seiner Tätigkeit als Buchprüfer der wirtschaftlichen Reorganisation und Stabilisierung der Wiener Volksbildung widmete. Mit seiner Hilfe wurde ein gut funktionierendes Verrechnungssystem und eine geordnete Kassenführung aufgebaut, die eine fortschreitende Konsolidierung in die Wege leitete. Im Verband der Wiener Volksbildung übt er die Funktion eines Finanzreferenten aus. Weiters fungiert er als kaufmännischer Berater des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen und der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Kunst. Seit 1950 leistet er dem Notring, dessen Leitung ihm ebenfalls zu großem Dank verpflichtet ist, die gleichen Dienste und ist dort nunmehr schon seit dreizehn Jahren uneigennützig in allen Fragen der Buchhaltung und der Bilanz tätig. Seit zwei Jahren ist er auch Rechnungsprüfer beim Wiener Tierschutzverein. Minkowitsch tut dies alles aus Idealismus und lehnt jede Entschädigung ab. Ein Fachmann von solcher Arbeitskraft wird heute hochbezahlt. Ihm ist es zu danken, daß die Rechnungsgeschäfte der genannten Verbände in klagloser Weise abgewickelt und die ihnen aus Steuergeldern zugeführten Mittel sparsam und widmungsgemäß verwendet werden. Er trägt auf diese Weise indirekt, aber umso erfolgreicher zur Förderung von Wissenschaft und Volksbildung bei.

Ministerialrat Dr. Josef Polnauer hat sich von Jugend an der Musik verschrieben, in der er den tieferen Sinn seines Lebens suchte und fand, der sein gesamtes außerdienstliches Wirken gehörte. Hauptberuflich war er Beamter des österreichischen Verkehrsministeriums, wo er den hohen Rang eines Ministerialrates erreichte. Er wurde am 4. Juni 1888 in Wien geboren und besuchte schon vor der Absolvierung seiner Hochschulstudien die Musikakademie. An der Universität inskribierte er die musikwissenschaftlichen Vorlesungen Guido Adlers, der ihm von 1912 bis 1917 die Bibliothekarsfunktion des musikhistorischen Instituts übertrug.

Die Verbindung mit Arnold Schönberg wurde für seine eigene musikalische Einstellung richtungsgebend. Von 1917 bis 1923 wirkte Polnauer als Assistent an dessen Seminar für Komposition und setze

./.

sich auch in der Folgezeit auf das nachdrücklichste für dessen Lehre ein. Als persönlicher Bekannter Alban Bergs und Anton Weberns wurde er einer der besten Kenner der neuen "Wiener Schule", deren ganze Entwicklung und deren Kämpfe zur Durchsetzung er in vorderster Front mitgemacht hat. Er ist jedoch dadurch nich einseitig geworden, sondern schätzt auch die traditionsgebundene Musik, vor allem die Wiener Meister der Vergangenheit, und hat immer wieder auf ihre Bedeutung hingewiesen.

Seine langjährige Dozententätigkeit an Wiener Volkshochschulen und an dem von ihm geleiteten Konservatorium des Vereins für volkstümliche Musikpflege sowie sein Wirken als Privatlehrer gaben ihm reiche Gelegenheit dazu. Auch verschiedenen musikalischen Vereinigungen Wiens hat Polnauer seine Kraft zur Verfügung gestellt, zum Beispiel der Sektion Österreich der Internationalen Gesellschaft für neue Musik, deren Vizepräsident er war, und dem Österreichischen Arbeiter-Sängerbund, dessen Vorstandsmitglied er heute noch ist. Für die Wiener Festwochen hat er sich in den ersten Jahren ihrer Wiederbelebung nach dem Kriege als Vorsitzender des Arbeitsausschusses für Musik bereitwillig zur Verfügung gestellt. Ich möchte ihm auch dafür danken, daß er im Kulturamt so oft als Juror für die Preise der Stadt Wien mitgewirkt und durch seine Kenntnisse zur Ermitllung geeigneter Kandidaten beigetragen hat.

Professor Max Schönherr gehört zu jenen in gleicher Weise ausübenden und schaffenden Künstlern, die in der Atmosphäre Wiens so gut gedeihen. Er wurde am 23. November 1903 als Sohn eines Militärkap in Marburg a.d. Drau geboren, wo er das Gymnasium besuchte und auch Musikunterricht erhielt. Das Universitätsstudium gab er zugunsten des Musikerberufes auf und absolvierte in Graz das Landeskonservatorium. 1924 wurde er zunächst Korrepetitor und Spielleiter des Grazer Stadttheaters. 1928 ging er als zweiter Kapellmeister ans Stadttheater nach Meran. Dann wandte er sich nach Wien und fand 1931 als Dirigent des Rundfunkorchesters die für seine fernere Tätigkeit entscheidende Stellung. In diesem Wirkungskreis baute Schönherr besonders die Sparte der gehobenen Unterhaltungsmusik aus und erwarb sich damit eine weit über Österreich hinausreichende Popularität. Seine

./.

große Beliebtheit trug ihm nicht nur Gastspiele bei verschiedenen ausländischen Rundfunkstätionen, sondern auch zahlreiche Schallplattenverträge ein.

Schönherr ist aber nicht nur ein Spezialist gediegener Unterhaltungsmusik, sondern auch ein ausgezeichneter Dirigent ernster Musik und hat in sein Programm immer wieder symphonische Werke aufgenommen, darunter auch solche zeitgenössischer Komponisten, denen er zu Erstaufführungen verhalf und damit zum Durchbruch. Besonders gern setzt er sich für die gute Wiener Musik ein und ist dabei ein vorzüglicher, nötigenfalls sogar mit wissenschaftlicher Gründlichkeit arbeitender Strauß-Kenner geworden. Dafür zeugen ebenso seine zahlreichen Neuausgaben verschiedener Werke von Johann Strauß Vater und Sohn, wie sein gemeinsam mit Karl Reinöhl verfaßtes Buch "Das Jahrhundert des Walzers", in dem er selbst den musikalischen Teil behandelt. Auch als Komponist ist Max Schönherr, dem 1954 der Joseph Marx-Preis verliehen wurde, hervorgetreten. Seine Tonschöpfungen gehören der ernsten Musik - von ihm stammen eine Kammersymphonie, ein Streichseptett, ein Bläsersextett, drei Streichquartette, Klaviersonaten, Lieder und andere - wie auch dem leichteren Genre an. Besonderen Erfolg hatte das von ihm zusammengestellte Ballett "Hotel Sacher" in der Wiener Staatsoper.

Die jüngsten Träger der Ehrenmedaille treten in einen Kreis, dem bereits viele Prominente des Wiener Kulturlebens angehören und der durch sie in bedeutsamer Weise erweitert wird. Sie haben sich die Ehrung, die ihnen heute zuteil wird, durch besondere Leistungen verdient. Als Stadtrat der Geschäftsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung gratuliere ich Ihnen, meine Herren, herzlich zu Ihrer Auszeichnung und schließe auch meinen persönlichen Glückwunsch an. Gleichzeitig darf ich den Bürgermeister bitten, die Verleihung vorzunehmen."

(Die Rede von Bürgermeister Jonas bringen wir an anderer Stelle.)

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 16. bis 22. Dezember

12. Dezember (RK)

Montag, 16. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen; Wiener Symphoniker, Peter Efler (Klavier), Dirigent Hans Swarowsky (Mozart: Ouverture zur Oper "Die Zauberflöte"; Mendelssohn: Scherzo und Hochzeitsmarsch aus "Ein Sommernachtstraum"; Tschaikowsky: Marsch, Trepak und Walzer aus der "Nußknacker-Suite"; Beethoven: 3. Satz aus dem Klavierkonzert C-dur op. 15; Kodály: "Tänze aus Galanta"; J. Strauß: Walzer "Wiener Blut")

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus X A (Voraufführung des 3. Konzertes im Kammermusik-Zyklus der GdM); Convivium Musicum Vindobonense, Dirigent Gerhard Kramer (Anonym, Schütz)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus XV; Ensemble "Die Wiener Solisten", Alfred Brendel (Klavier), Dirigent Wilfried Böttcher (Corelli: Concerto grosso op. 6/1 und Weihnachtskonzert; Mozart: Adagio und Fuge KV 546 und Klavierkonzert Es-dur KV 449; Torelli: Weihnachtskonzert)

Dienstag, 17. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 6. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen; Wiener Symphoniker, Peter Efler (Klavier), Dirigent Hans Swarowsky (Mozart, Mendelssohn, Tschaikowsky, Beethoven, Kodály, J. Strauß)

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Kammermusikabend der Klasse Wilfried Böttcher, Das Wiener Streichquartett (Mozart, Schubert, Weigl)

19.00 Uhr, Konservatorium, Vortragssaal: Konservatorium der Stadt Wien: Celloabend Richard Matuschka (J.S. Bach: Suiten und Sonaten für Violoncello, 1. Abend)

19.30 Uhr, Altes Rathaus, Festsaal: Wiener Kulturgesellschaft: Musikwissenschaftlicher Vortrag Jörg Demus

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus VII; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Wiener Jeunesse-Chor, Maria Harvey (Sopran), Hilde Rössel-Majdan (Alt), Anton Dermota (Tenor), Hans Christian (Baß), Dirigent Günther Theuring (J.S. Bach: Weihnachtsoratorium)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Kammermusik-Zyklus; Ensemble "Convivium Musicum Vindobonense", Dirigent Gerhard Kramer (Anonym: Messe von Tournai; Schütz: Weihnachtshistorie)

./.

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus IV; Das Weller-Quartett (Dittersdorf: Streichquartett Es-dur Nr. 5; Dvořák: Streichquartett F-dur op. 96) Debussy: Streichquartett g-moll op. 10)

Mittwoch, 18. Dezember:

18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Hans Graf (Bach, Brahms, Schumann, Chopin)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus X B (Wiederholung des 3. Konzertes im Kammermusik-Zyklus der GdM) ; Ensemble "Convivium Musicum Vindobonense", Dirigent Gerhard Kramer (Anonym, Schütz)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus III; Tschechisches Kammerorchester Prag (Purcell: "King Arthur"; Mozart: Adagio und Fuge c-moll KV 546; J.S. Bach: 3. Brandenburgisches Konzert, Dvořák: Serenade E-dur)

Donnerstag, 19. Dezember:

11.00 Uhr, Gr.K.H.Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)

18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violoncelloabend der Klasse Frieda Litschauer-Krause (Bach, Beethoven, R. Strauss)

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus III A (Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Irmgard Seefried, mitwirkend Wolfgang Schneiderhan (Violine), am Flügel Dr. Erik Werba (Hindemith, Cornelius, Martin, Wolf); nachgeholt vom 3. Oktober 1963

19.30 Uhr, Albertina: Kammermusikabend "Triosonaten des österreichischen und deutschen Barocks"; Das Wiener Streichtrio, mitwirkend Eduard Mrazek, Klavier (Biber, Teleman, Händel, Fux, Wagenseil, J.S. Bach)

Freitag, 20. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss-Zyklus der GdM; Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Bachgemeinde Wien: 4. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: Weihnachtskantaten)

./.

19.30 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 5. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Mimi Coertse (Sopran), Gertrud Burgstaller (Alt), Julius Patzak (Tenor), Otto Wiener (Baß), Helmut Janatsch (Sprecher), Dirigent Kurt Wöss (Haydn: Symphonie G-dur; W. Vogel: 6 Fragmente aus dem ersten Teil des Oratoriums "Thyl Claes"; Honegger: Kantate "Der Totentanz")

Samstag, 21. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus III B (Voraufführung des 2. Konzertes im Richard Strauss Zyklus der GdM); Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl, Schumann, R. Strauss)

Sonntag, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Radio Wien, Gr. Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 4. Konzert im Zyklus I; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Chor von Radio Wien, Marie Terese Escribano (Sopran), Kurt Equiluz (Tenor), Leo Heppe (Baß), Rudolf Kreuzberger (Tenor), Dirigent Dr. Hans Gillesberger (Heinrich Schütz: "Magnificat" und "Historia der Geburt Jesu Christi")

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Richard Strauss-Zyklus; Wiener Symphoniker, Jörg Demus, Klavier, Dirigent Wolfgang Sawallisch (Uhl: Vier Capricen; Schumann: Klavierkonzert a-moll; R. Strauss: Don Quixote)

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Bauwesen

12. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VI (Bauangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Während im Jahr 1963 eine große Zahl bedeutender städtischer Bauvorhaben neu in Angriff genommen wurde, wird die Tätigkeit des Stadtbauamtes im Jahr 1964 im wesentlichen auf die Fertigstellung begonnener Großbauvorhaben, auf den Abschluß des fünfjährigen Arbeitsprogrammes aus dem Jahre 1959, gerichtet sein. Ich kann dem Gemeinderat schon heute berichten, daß dieses Arbeitsprogramm, sofern es die baulichen Investitions- und Erhaltungsarbeiten betrifft, bereits erfüllt, in manchen Sparten sogar übererfüllt ist. Einige wenige noch nicht in Angriff genommene Arbeiten werden im Jahre 1964 durchgeführt werden, sodaß bis zum Ende dieser Funktionsperiode des Gemeinderates dieses Arbeitsprogramm mit ganz geringfügigen Einschränkungen als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Obwohl die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung des Bauprogrammes entgegenstellen, von Jahr zu Jahr zunehmen und im Jahre 1963 ein bisher noch nie erreichtes Ausmaß annahmen, wurden auch in diesem Jahr die gesteckten Ziele im großen und ganzen erreicht. Gewiß konnten da und dort gewünschte Baufertigstellungstermine nicht eingehalten werden. In diesen Fällen fehlte es auch nie an heftigster Kritik. Diese Kritik wird allerdings meist geübt, ohne daß man einerseits auf die Ursachen der Verzögerungen eingeht und vor allem ohne daß man die viel größere Zahl von Bauvorhaben erwähnt, bei denen es trotz allen Schwierigkeiten gelingt, die vorgeschriebenen Bautermine einzuhalten, in manchen Fällen sogar zu unterschreiten.

Vergessen Sie, bitte, bei der Beurteilung unserer jährlichen baulichen Leistungen nicht, daß wir ein Bauprogramm mit einem finanziellen Aufwand von rund zweieinhalb Milliarden Schilling in einer effektiven Bauzeit von nur ungefähr zehn Monaten durchzuführen haben. Vergessen Sie nicht, daß dieses Programm über das ganze Stadtgebiet verteilt und in tausende einzelne Bau-

./.

stellen sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau aufgelöst ist, und daß es daher besonderer Anstrengungen aller Beteiligten bedarf, um es überhaupt zu bewältigen.

Witterung, Arbeitskräfte, Preise

Der besonders strenge und lang anhaltende Winter 1962/63 hat uns in mancher Hinsicht einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es wurden nicht nur die Arbeiten der Baufirmen sehr stark behindert, sondern als Folge davon auch die Terminpläne für sämtliche Professionistenarbeiten vollkommen durcheinander gebracht. Diese Professionistenarbeiten drängten sich in der Folge auf einen wesentlich kürzeren Zeitraum zusammen als vorgesehen war. Welche Folgen dies bei der heutigen Hochkonjunktur im Bau- und Baunebengewerbe hatte, können Sie sich leicht vorstellen. Allein im Straßenbau mußte zur Behebung der Frostschäden ein zusätzlicher nicht vorgesehener und daher auch nicht geplanter Arbeitsaufwand mit finanziellen Mitteln in der Höhe von ungefähr 52 Millionen Schilling geleistet werden. Trotzdem ist es dem Stadtbauamt gelungen, durch Maßnahmen organisatorischer und technischer Art die Verzögerungen, die sich durch Witterungsverhältnisse und durch die Überbeschäftigung ergaben, zum Teil auszugleichen. Diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden. Vielleicht darf ich beispielsweise auf die Errichtung des Donauparks verweisen, wo wegen des bereits auf internationaler Ebene festgelegten Termins der Wiener Internationalen Gartenschau 1964 eine Bauzeitverlängerung untragbar wäre. Auch dort ist es den beteiligten Bauamtsabteilungen und den Arbeitern und Angestellten gelungen, die im vergangenen Winter eingetretenen Verzögerungen voll einzuholen.

Leider sind die Voraussetzungen für eine Steigerung der Baukapazität auf personellem Sektor nicht sehr aussichtsreich. Um lediglich die Abgänge im Baugewerbe aufzufüllen, wären etwa 900 Maurerlehrlinge erforderlich. Derzeit gibt es aber in Wien in allen drei Frotbildungsschulklassen nur 580 Maurerlehrlinge. Die Ursachen sind bekannt und es müßte alles unternommen werden, um sie zu beseitigen. So kamen früher 70 Prozent der Maurer aus dem Burgenland, heute sind es nur 42 bis 46 Prozent.

./.

Der Rückgang ist ohne Zweifel auf die an sich begrüßenswerte Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Burgenland zurückzuführen. Dabei herrscht die gleiche Situation auch bei allen anderen Bauberufen. So gibt es in allen drei Fortbildungsschulklassen nur 38 Steinmetz-, 13 Kunststein- und 20 Stukkaturerlehrlinge.

Leider sind auch die Baupreise erneut gestiegen. Durch Lohnerhöhungen, die im Frühjahr 1963 beim Bauhauptgewerbe sowie bei den einzelnen Bauneben- und Bauhilfsgewerben eingetreten sind, ferner durch die Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrages, durch eine Erhöhung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes und durch die Erhöhung der Preise einzelner Baustoffe ist der Baukostenindex für Baumeisterarbeiten vom November 1962 bis Oktober 1963 um 7.5 Prozent gestiegen. Dazu kamen im Herbst weitere Lohnerhöhungen bei anderen Baunebengewerben, die in der Folge ebenfalls eine Veränderung des Baukostenindex nach sich ziehen werden. Die tatsächliche Erhöhung der Baukosten gegenüber 1962 ist aber wesentlich größer.

Als Grundlage für die Baumeisteranbote werden amtliche Preise verwendet, die auf der Preisbasis aus dem Jahre 1954 beruhen. Die Anbote in den Monaten Juli und August des Jahres 1962 haben auf die amtlich festgelegten Preise im Durchschnitt einen Aufschlag von 196 Prozent ergeben. Bei den Anboten in den Monaten Juli und August 1963 wurde bereits ein Durchschnittsaufschlag von 234 Prozent verlangt, das ist eine Erhöhung um rund 19 Prozent!

Bei der Beurteilung der Baupreisentwicklung und der Feststellung der tatsächlichen Ursachen handelt es sich um ein sehr komplexes Problem und wir versuchen, bei unseren Verhandlungen und Abschlüssen immer wieder auch die berechtigten Anliegen der Bauwirtschaft zu berücksichtigen, weil wir bei unserer Arbeit den Wunsch nach einer echten Partnerschaft am gemeinsamen Werk voranstellen.

Allerdings scheinen einige noch immer zu meinen, die sogenannte freie Wirtschaft könne ohne Preisabsprachen nicht existieren. Ich erwähne dieses Thema nur deshalb, weil ich dem Gemeinderat über eine bisher noch nie vorgekommene Kuriosität berichten möchte.

./.

Bei einer Anbotsabgabe, die in einer Bauamtsabteilung vor einigen Monaten stattfand, gab eine Firma, sicher unabsichtlich, als Beilage zu ihrem Anbot eine Aufstellung über die Einheitspreise von fünf weiteren mitbietenden Firmen ab. Wir haben diesen Vorfall selbstverständlich den zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß das nicht der einzige Fall war, bei dem es zu Preisabsprachen gekommen ist.

Fertigteile, neue Baustoffe, Winterarbeit

Um den Schwierigkeiten, die sich durch die Hochkonjunktur am Arbeitsmarkt und durch die steigenden Preise ergeben, Herr zu werden, untersucht das Stadtbauamt alle Möglichkeiten, die Verbesserungen erwarten lassen. Alle neu auftauchenden Baustoffe werden genauestens überprüft, alle Rationalisierungsmöglichkeiten sofort aufgegriffen. Auch bei der traditionellen Bauweise wird teilweise schon auf Fertigteile übergegangen. Dies soll noch weiter intensiviert werden. Wir beabsichtigen in Zukunft, einen Teil der Kindergärten und Schulen in Fertigteilbauweise zu errichten, weil wir uns durch eine serienmäßige Erzeugung einerseits Preisverbilligungen erhoffen und weil wir andererseits mit Fertigteilen in der Lage sind, Schulklassen und Kindergartengruppen vorübergehend aufzustellen und dann wieder abzutragen und an eine andere Stelle zu transferieren, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Wie beim Wohnungsbau darf ich auch hier die Versicherung abgeben, daß keinesfalls eine Uniformierung der Schulen und Kindergärten auftreten wird.

Bei der Überprüfung neuer Baustoffe und Baumethoden wurden in den letzten Jahren auch durch Studienreisen wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Unsere Fachleute haben bei diesen Reisen neue Baustoffe kennengelernt, die derzeit durch die Technische Versuchsanstalt des Stadtbauamtes geprüft werden.

Seitens des Stadtbauamtes wird auch alles unternommen, um eine Steigerung des Bauvolumens mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften zu erreichen. Die Rationalisierungsbestrebungen erstrecken sich sowohl auf die Planung als auch auf die Ausführung der Arbeiten. Sie umfassen bei der Planung neben der Auswahl geeigneter Grundstücke, Raumprogrammbesprechungen, Wirtschaftslichkeits- und Projektsbesprechungen und auch Bauvorbereitungsarbeiten, zum Bei-

./.

spiel die vorzeitige Aufschließung und Vorbereitung der Baugründe.

Um die Kontinuität in der Bauwirtschaft zu wahren, wurden natürlich auch im Jahre 1963 die Winterbaumaßnahmen fortgesetzt. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau konnte dadurch auch bei niedrigsten Temperaturen gearbeitet werden. Es wurden ähnliche Vorkehrungen wie in den Vorjahren getroffen. Die geschlossenen, überdachten und verglasten Rohbauten wurden wieder beheizt. Bei zwei Häusern wurden die Bauarbeiten in Winterbauhallen durchgeführt.

Durch intensive Vorkehrungen war es möglich, auch während des strengen Winters einen wesentlichen Beitrag zur Winterbeschäftigung im Baugewerbe zu leisten. Für die Winterperiode 1963/64 sind Baumaßnahmen im ungefähr gleichen Umfange wie im Vorjahr vorgesehen.

Für die Errichtung der Schüttbauwände einer Großbaustelle ist erstmals die Verwendung von winterbauhallenähnlichen Schutzhüllen geplant. Diese Schutzhüllen bestehen aus Kunststoffplanen, die bereits in vorangegangenen Wintern erprobt wurden. Diese Konstruktionsart ist wirtschaftlicher als die bisher verwendeten Winterbauhallen.

Noch immer kein Assanierungsgesetz!

Ich muß auch in diesem Jahr mit Bedauern auf das Fehlen gesetzlicher Maßnahmen zur Bodenbeschaffung und Assanierung hinweisen. Die besten und schönsten Projekte nützen nämlich nichts, solange ihre Realisierung daran scheitert, daß die dafür notwendigen Flächen nicht zur Verfügung stehen.

Es gibt ja in einer Großstadt kaum noch Grundstücke, die in keiner Weise genutzt sind, die also sofort für die Inangriffnahme einzelner Maßnahmen zur Verfügung stehen. In den meisten Fällen sind diese Flächen mehr oder minder intensiv genutzt. Wo ungenutzte Flächen vorhanden sind, fehlt die für das Bauen notwendige Aufschließung.

Es ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit, gewerbliche Betriebe aller Art abzusiedeln. In den letzten Jahren hat das Stadtbauamt nahezu 1.000 Betriebe von Baulandflächen abgesiedelt. Es bedurfte außerordentlicher Bemühungen und sehr hoher finanzieller Aufwendungen, um diese Absiedlungen durchzuführen.

./.

Daß keiner der betroffenen Betriebe bei dieser Aktion in seiner Existenz gefährdet wurde, zeigt vom sozialen Verständnis, in dessen Geist die Absiedlungsverhandlungen geführt wurden. Naturgemäß gibt es bei den Betroffenen aber auch Menschen, die glauben, bei solchen Gelegenheiten gut verdienen zu können. Hier ist oftmals viel Geduld und rechtzeitige Vorsorge in rechtlicher Hinsicht erforderlich, um Wunschträume auf den Boden der Realität zurückzuführen.

Tatsache ist, daß in keinem einzigen Fall der Absiedlung gewerblicher Betriebe eine zwangsweise gerichtliche Delogierung durchgeführt wurde, da in allen Fällen eine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch im Jahre 1963 wieder viele freischaffende Architekten und Zivilingenieure mit Planungs- und Projektierungsarbeiten betraut. So haben insgesamt 146 freischaffende Architekten die Pläne für das Wohn- und Nutzbauprogramm entworfen. 43 Zivilingenieure haben neben statischen Berechnungen zum Teil sehr umfangreiche und schwierige Detailprojekte für Hoch- und Tiefbauvorhaben erstellt. An 40 freischaffende Künstler wurden Aufträge neu vergeben; 44 Künstler haben insgesamt 64 Arbeiten in den hierfür vorgesehenen Bauten aufgestellt.

Die Magistratsabteilung 21, das ist jene Abteilung, die Baustoffe zentral beschafft, hat im Jahr 1963 Baustoffe in einer Gesamtmenge von 1,620.000 Tonnen, mit einem Rechnungswert von 272 Millionen Schilling eingekauft.

Stadtplanung

Im Rahmen der Tätigkeit des Stadtbauamtes haben die Arbeiten zur flächenwidmungs- und bebauungsplanmäßigen Realisierung des vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Grundkonzeptes einen wichtigen Platz eingenommen. Ich habe in diesem Saal schon einige Male darauf hingewiesen, daß Stadtplanung nicht ein einmaliger Vorgang, sondern eine dauernde Aufgabe ist. Es mußte daher das Bestreben sein, für die Erfüllung dieser äußerst schwerwiegenden und verantwortungsvollen dauernden Tätigkeit eine zweckentsprechende und dauerhafte organisatorische Form zu finden.

./.

Aus diesem Grund wurde nach dem Ausscheiden des bisherigen Stadtplaners eine Verschmelzung der Gruppe Stadtplanung mit der Stadtregulierung in der Form einer neu organisierten Magistratsabteilung durchgeführt, wobei gleichzeitig eine wesentliche Vereinfachung der Planungsagenden erreicht wurde.

Das Schwergewicht in der städtebaulichen Arbeit lag in der Verwirklichung weiterer Teilabschnitte des städtbaulichen Grundkonzepts und des Generalverkehrsplanes, das heißt, der Schwerpunkt der Planungsarbeit verlagerte sich von der Grundlagenforschung und Prognose auf die planlich Festlegung der im Grundkonzept aufgestellten Prinzipien in Form von rechtswirksamen Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. Für eine Reihe von Gebieten konnte der Flächenwidmungsplan nach den vom Gemeinderat festgelegten Grundsätzen überarbeitet werden und dadurch einerseits wertvolles Grünland, vor allem am westlichen Stadtrand, in seinem Bestand gesichert und anderseits wichtige Flächen des Stadterweiterungsgebietes im Norden, Osten und Süden für eine dichtere und wirtschaftlichere Bebauung gewonnen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze wurden die Bebauungsvorschläge für das Wohnbauprogramm der Stadt Wien, für Siedlungsvereinigungen und teilweise auch für Einzelbauvorhaben ausgearbeitet, wobei immer getrachtet wurde, möglichst größere zusammenhängende Gebiete nach einheitlichen Gesichtspunkten zu gestalten. Nachdem an der Verwirklichung der Assanierungsvorhaben im Lichtental und am Braunhirschengrund bereits fleißig gearbeitet wird, werden nunmehr die Voraussetzungen für eine Assanierung in Alt-Ottakring, am Spittelberg und in Margareten geschaffen. Die im Hinblick auf die Stadtentwicklung bereits früher begonnene Flächenbilanz des gesamten Stadtgebietes konnte weiter ausgewertet werden und stellte bei allen Entscheidungen über Verkehrsfragen und über die Lage von öffentlichen Einrichtungen ein wertvolles Hilfsmittel dar. Für die Industrieflächenreserven wurde eine spezielle Untersuchung eingeleitet, um innerhalb der einzelnen Flächen die Standortvoraussetzungen zu klären und sie in einer übersichtlichen Form festzuhalten.

Die von der Stadtverwaltung angestrebte Entmischung, die laufenden Absiedlungen gewerblicher Betriebe, erfordert ebenso wie die Neuaufschließung eine zweckmäßige Lenkung der industriellen und

./.

gewerblichen An- und Umsiedlungen. Mit dieser Aufgabe wurde die 1963 gegründete Standortberatungsstelle betraut. Die Beratungsstelle hat ein Jahr des Aufbaues hinter sich, konnte aber schon erste Ergebnisse ihrer Tätigkeit vorlegen.

Die Standortberatungsstelle hat bisher beratend oder gutachtlich zum Standort von rund 80 Betrieben Stellung genommen. Die Mehrzahl der Fälle betraf Handels- und kleinere Gewerbebetriebe; in drei Fällen handelte es sich aber auch um Industriebetriebe.

Die Standortwahl für städtische Bauvorhaben ist vor allem in den dicht verbauten Stadtgebieten äußerst schwierig, da keine größeren zusammenhängenden Flächen für die Bebauung zur Verfügung stehen. Größere Bauvorhaben können daher nur in den Randbezirken projektiert werden, wodurch natürlich umfangreiche Aufschließungsarbeiten erforderlich werden, auf deren Wirtschaftlichkeit immer besonders Bedacht genommen werden muß. Zur Sicherung der eigenen Planungsziele ist es auch unbedingt erforderlich mit den angrenzenden Planungsgewalten, das sind im wesentlichen das Land Niederösterreich und die angrenzenden Ortsgemeinden, zu koordinieren. Dieser Notwendigkeit wurde schon vor längerer Zeit durch die Gründung eines gemeinsamen Planungsausschusses Wien-Niederösterreich Rechnung getragen.

Für die Planungs- und Projektierungstätigkeit des Jahres 1963 waren vor allem die Beratungen der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission von größter Bedeutung. Die Kommission hat sich in vier Sitzungen eingehend mit dem Projekt der vierten Donaubrücke, mit den Problemen des Hafens Albern, der besseren Versorgung des 22. Bezirkes durch öffentliche Verkehrsmittel und vor allem mit jenen Projekten befaßt, die die Ausarbeitungen des vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossenen Straßennetzes erster Ordnung darstellen. Das Projekt des Wiener Stadtbauamtes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Donau durch Errichtung eines Entlastungskanales im Überschwemmungsgebiet wurde eingehend erörtert und beschlossen, seine Ausführung dem Gemeinderat vorzuschlagen.

./.

Die Gemeinderätliche Planungskommission hat ferner dem Projekt für den Umbau der Lobkowitzbrücke seine Zustimmung erteilt und auch die schon im Vorjahre begonnenen Beratungen über den Ausbau des Gürtels von der Flurschützstraße bis zum Südtiroler Platz abgeschlossen. Genehmigt wurde weiter der Anschluß der Westautobahn zwischen dem Knoten Auhof und den Wientalbegleitstraßen sowie der Anschluß und Ausbau des Flötzersteiges an die Wientalbegleitstraßen. Auch der vom Stadtbauamt vorgeschlagene Standort für ein neues Krankenhaus und Altersheim links der Donau, sowie die Projekte für die Trassenfestlegung der Nordeinfahrt nach Wien, mit Anschluß zur Dritten Strombrücke und das Projekt der Flughafen-Autobahn haben die Zustimmung der Gemeinderätlichen Planungskommission gefunden.

Die größte legistische Vorarbeit des Stadtbauamtes seit 1945 umfaßt die Erstellung eines Referentenvorentwurfes einer großen umfassenden Bauordnungsnovelle, die sämtliche Erfahrungen und Erkenntnisse der Stadtverwaltung und der Fachwissenschaft auf diesem Gebiete in das bisherige Schema der Bauordnung verarbeiten soll.

Vorschau auf 1964

Ich wende mich jetzt der Zukunft, den Arbeiten des Jahres 1964, zu.

Wie in den vergangenen Jahren sind die Voranschlagsansätze für das Jahr 1964 sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite erhöht worden. Die Einnahmen steigen von 152,404.100 Schilling auf 167,168.600 Schilling, das sind 14,764.500 Schilling oder 9.6 Prozent. Die Ausgaben erhöhen sich von 1.424,757.100 Schilling auf 1.478,589.600 Schilling, das sind 53,832.500 Schilling oder 3.7 Prozent. Leider muß ich wieder berichten, daß ein Teil dieser erhöhten Mittel den inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen zum Opfer fällt.

Neben diesen Beträgen wird die Verwaltungsgruppe VI für andere Verwaltungsgruppen Bauvorhaben mit einem Gesamtaufwand von 579,978.000 Schilling durchführen. Insgesamt steht im Jahre 1964 für die Beschäftigung im Bau- und Baunebengewerbe ein Betrag von 2.715,847.000 Schilling zur Verfügung, das ist um 187,812.000 Schilling mehr als im Jahre 1963. Die Mittel, die im Jahre 1964 für bauliche Investitionen, die laufende Erhaltung

./.

und Instandsetzung und als Darlehen für Bauvorhaben ausgegeben werden, betragen 35.8 Prozent des gesamten Budgetrahmens.

Für die Erhaltung und Instandsetzung städtischer Objekte werden allein 349,132.000 Schilling aufgewendet werden.

Wie in den vergangenen Jahren habe ich auch in diesem Jahre vom Finanzreferenten wieder die Zusage erhalten, daß er bereit sei, auch im Laufe des Jahres etwa fertigwerdende Projekte nach Maßgabe vorhandener Mittel dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Der Finanzreferent hat außerdem, wenn da und dort die Kürzung von Bauraten durchgeführt wurde, darauf hingewiesen, daß diese Kürzung keinesfalls zu einer Tempominderung am Bau selbst zu führen braucht, daß im Gegenteil zügig und so rasch wie möglich bei allen Bauvorhaben weiter gearbeitet werden soll und daß er auch eventuellen Bauratenerhöhungen, die durch den Baufortschritt notwendig werden, seine Zustimmung geben wird.

Der Wohnungsbau ist nach wie vor eines der wichtigsten Probleme unserer Stadt. Dabei bitte ich das Augenmerk immer auf die gesamte Wohnbauleistung der Stadt zu legen. Gewiß war der Wohnungsbau im abgelaufenen Jahr die einzige Sparte der kommunalen Bautätigkeit, auf der die optimistischen Vorhersagen bezüglich der Anzahl der fertigzustellenden Wohnungen leider nicht eingetreten sind. Wir haben beziehungsweise werden in diesem Jahr 3.500 Wohnungen schlüsselfertig zur Vermietung übergeben; das sind weniger als wir beabsichtigt haben. Eine der Hauptursachen für die Verzögerungen in der Fertigstellung der begonnenen Wohnbauten war der im Vorjahr sehr früh einsetzende besonders strenge und langanhaltende Winter, der das Bauen an verschiedenen Baustellen durch fast vier Monate hindurch unmöglich gemacht oder zumindest schwer beeinträchtigt hat. Sogar bei den Arbeiten an unseren Montagebauwohnungen sind auf den Baustellen selbst 44 Arbeitstage völlig ausgefallen.

Natürlich hat auch der allgemein bekannte Mangel an Arbeitskräften dabei eine bedeutende Rolle gespielt. Die Baufirmen arbeiten nicht sehr gern an den Wohnbauvorhaben unserer Stadt, weil es sich bei diesen Arbeiten in der Regel, um, ich möchte beinahe sagen, genormte Lohnarbeit handelt und das Risiko daher für den einzelnen

./.

Unternehmer besonders groß ist. Wie Sie wissen, stellen wir auch für den Wohnungsbau die Hauptbaustoffe den Firmen zur Verfügung, das heißt, die Firmen bieten im wesentlichen nur ihre Arbeitskräfte und ihren Maschinenpark an und es gibt, wenn auf dem Arbeitssektor irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, für die Firmen kaum auf der Materialseite oder anderswo ein Äquivalent für etwa auftretende Defizite. Daher werden Wohnbauarbeiten nicht gerne übernommen und Arbeitskräfte sehr gern vom städtischen Wohnbau zu lukrativeren Bauvorhaben abgezogen. Ich sage das keinesfalls als Vorwurf, sondern stelle es nur ganz sachlich fest. Wir haben aus diesem Grund bereits Überlegungen über eine Änderung unserer derzeitigen Praxis angestellt, sind dabei allerdings zu der Überzeugung gelangt, daß ein Abgehen von unserer derzeitigen Praxis der Beistellung der Hauptbaustoffe zu einer Verteuerung des Bauens führen würde.

Begonnen haben wir im Jahre 1963 mit dem Bau von insgesamt 5.000 Wohnungen. Durch das Zurückbleiben der Fertigstellungen hat sich die Zahl der derzeit im Bau befindlichen Wohnungen wesentlich vermehrt. Ende des Jahres 1962 waren es 7.973 Wohnungen, Ende dieses Jahres werden es 9.500 Wohnungen sein. Nach den Vorhersagen der einzelnen Baustellenleitungen und auch nach den glaubhaften Berichten der Montagebaugesellschaft werden wir diese Differenz im kommenden Jahr endgültig aufholen. Jedenfalls kann ich heute mit Sicherheit mitteilen, daß im Herbst 1964 die im Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1959 fixierte Zahl von 45.000 Wohnungen erreicht sein wird.

Was die Montagebauwohnungen betrifft, ist es richtig, daß die gewünschte schlüsselfertige Wohnungsanzahl nicht erreicht wurde. In der Plattenerzeugung selbst ist allerdings kein wesentlicher Rückstand eingetreten. Ich glaube trotzdem, daß etwaige Vorwürfe gegen die Montagebaugesellschaft nicht gerecht sind. Wenn auch das Verfahren selbst im Ausland schon erprobt war, so ist es doch verständlich, daß nach der Errichtung der Produktionsstätte und nach dem Beginn der Montage der ersten Wohnungen eine gewisse Anlaufzeit unvermeidbar war.

./.

Erschwerend kam auch hier der äußerst lange und strenge Winter hinzu.

Auch bezüglich des Arbeitseinsatzes ergaben sich Schwierigkeiten. Nach Anlaufen der Fertigstellung und der Montage konnte die Arbeiterzahl nicht sofort schlagartig erhöht werden, da die einzelnen Arbeitskräfte durchwegs ungelernte und industrie- bzw. baufremde Kräfte waren, die erst eingearbeitet werden mußten.

Es ist bezeichnend, daß nur etwa zehn Prozent der bei der Montagebaugesellschaft beschäftigten Arbeitskräfte Baufachleute sind, ein wohl einmaliger Verhältnissatz in der Bauwirtschaft. Durch diese Feststellung wird auch die gelegentlich aufgestellte Behauptung widerlegt, daß die Montagebaugesellschaft dem Baumarkt Arbeitskräfte entzieht.

Hinsichtlich der Vorfabrikation und der Montage der Fertigteile bestehen keinerlei Schwierigkeiten mehr. Im November 1963 wurde im Werk Stadlau bereits die 30.000. Platte hergestellt, was einer Zahl von ungefähr 1.000 Wohnungen gleichkommt.

Mehr als diese Anlaufschwierigkeiten und die sich aus dem strengen Winter ergebenen Verzögerungen fällt jedoch nach wie vor die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ins Gewicht. Bei den Ausbauarbeiten müssen selbstverständlich weitestgehend Professionisten aller Sparten verwendet werden, und es ist nicht immer leicht, die genügende Zahl dieser Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Die Montagebaugesellschaft versucht, auch hier neue Wege zu gehen und noch mehr Handwerksarbeit auf den Fabrikationsbetrieb umzustellen, um sich von den Schwankungen am Arbeitsmarkt unabhängig zu machen.

Da das Fernheizwerk Stadlau bereits Wärme erzeugt, können in diesem Jahr auch während der kalten Jahreszeit die in Ausbau befindlichen Wohnblöcke beheizt werden, sodaß die Weiterführung der Arbeiten gesichert ist.

Im Jahre 1963 haben wir auch 54 Geschäftslokale gebaut, 135 befinden sich derzeit in Bau.

Die Durchschnittswohnungsgrößen im kommunalen, sozialen Wohnungsbau betragen derzeit 55.7 Quadratmeter, bei Wohnbauförderungsbauten sogar 65 Quadratmeter; dazu kommen noch die Flächen der Balkone und Loggien. Wir bauen bereits Wohnungen mit

./.

94 Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche, Wohnungen die man wahrlich als familiengerecht bezeichnen kann.

Auch die Zahl der zentralbeheizten Wohnungen ist von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen. In zahlreichen Besprechungen wurden Maßnahmen diskutiert, die den Einbau von Zentralheizungen in städtischen Wohnhausanlagen zum Ziele hatten.

Um konkrete Unterlagen über die Wohngewohnheiten und Wohnwünsche der Wiener zu bekommen, wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt, die eine sehr rege Beteiligung aufwies und bemerkenswerte Ergebnisse brachte.

Wir haben die Absicht, in Kürze auch einen Architektur-Wettbewerb über neue Grundrißtypen durchzuführen und erhoffen uns auch davon neue Anregungen.

Im Jahre 1964 werden für den Wohnungsbau 821 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag sollen 612,700.000 Schilling für den Wohnbau in der herkömmlichen Bauweise und 175 Millionen Schilling für den Montagewohnungsbau ausgegeben werden.

19,3 Millionen Schilling werden für Wohnhaus-Wiederaufbauten verwendet.

14 Millionen Schilling stehen für Fertigstellungs- und Ergänzungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern zur Verfügung, davon allein 7,5 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten in städtischen Wohnhäusern.

Wir haben auch im kommenden Jahr das Wohnbauprogramm in drei Baustufen eingeteilt und werden in der ersten Baustufe bis April mit dem Bau von 1.500 Wohnungen, in der zweiten Baustufe bis August mit dem Bau von 1.200 Wohnungen und in der dritten Baustufe bis November mit dem Bau von weiteren 1.300 Wohnungen in der traditionellen Bauweise beginnen. Von der Montagebaugesellschaft wurde uns die Lieferung von 1.000 Wohnungen für das nächste Jahr fest zugesagt.

Beträchtliche Beträge müssen wir für Vorbereitungsarbeiten für spätere Wohnbauprogramme bereits jetzt aufwenden. So sind vorgesehen: für Grundfreimachungen rund elf Millionen Schilling, für Architektenhonorare 1,5 Millionen Schilling, für Geometeraufnahmen, Probebohrungen und statische Berechnungen 1,4 Millionen Schilling.

./.

Für die Sanierung des Blutgassenviertels und für Sanierungsarbeiten am Ruprechtsplatz und in der Schönlaterngasse ist ein Betrag von 1,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Für Demolierungen von städtischen Althäusern - im Jahre 1963 haben wir 63 solcher Objekte demoliert - ist ein Betrag von sechs Millionen Schilling im Budget eingesetzt. Dazu kommen Beträge in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling für die Durchführung von Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen.

Darf ich nochmals ganz kurz auf die Assanierung des Blutgassenviertels zurückkommen. Seit dem Jahre 1957 werden bereits Verhandlungen für die Freimachung der im städtischen Besitz befindlichen Althäuser im Blutgassenviertel geführt. Bisher wurden in diesem Gebiet sechs Betriebe mit Freimachungskosten in der Höhe von 1,350.000 Schilling abgesiedelt.

Zu unserem Bedauern sind derzeit noch immer ein Handelsbetrieb und eine Gaststätte im Hause Singerstraße 11a untergebracht. Diese beiden Betriebe behindern die bereits weit fortgeschrittenen Assanierungsarbeiten auf das Schwerste. Die Freimachung stößt auf ungeheure Schwierigkeiten, weil die Mieter von der Stadt Wien Beträge fordern, deren Bezahlung einfach nicht verantwortet werden kann.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues

Wie sehr die Stadtverwaltung neben dem eigenen, kommunalen Wohnbauprogramm auch noch den gemeinnützigen und privaten Wohnungsbau direkt fördert, sei kurz erläutert.

Im Rahmen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat das Land Wien in diesem Jahr zusätzliche Darlehen in der Höhe von rund 44 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Damit hat Wien seit dem Jahre 1951 rund 748 Millionen Schilling für Zusatzdarlehen nach dem Bundes-Wohn- und Siedlungsgesetz zur Verfügung gestellt und dadurch mitgeholfen, den Bau von 22.944 Wohnungen zu fördern.

Nach dem Wohnbauförderungsgesetz aus dem Jahre 1954 wurden im Jahre 1963 durch den Wohnbauförderderungsbeirat Darlehen in der Höhe von 245,224.700 Schilling bewilligt und damit der Bau weiterer tausender Wohnungen gefördert.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß das Stadtbauamt auch im kommenden Jahr für fast alle anderen Verwaltungsgruppen ebenfalls große bauliche Erhaltungsarbeiten und auch große bauliche Investitionsarbeiten durchzuführen hat.

./.

Es werden unter anderem Volksheime, Sportanlagen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Bäder, Märkte, Feuerwachen und vieles andere erhalten oder neu gebaut.

An größeren Bauvorhaben darf ich die Secession, das Planetarium, einige Schulbauten, darunter das 3. Zentralberufsschulgebäude in Meidling, das Heim für körperbehinderte Kinder in Mauer und eine Anzahl bedeutender Krankenhausbauten, wie den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und den Neubau des Rudolfspitales, die Spitalsneubauten im Wilhelminenspital und nicht zuletzt die Sanierung des alten Teiles des Allgemeinen Krankenhauses und die Durchführung des sogenannten Klinikerprogrammes erwähnen.

Dazu kommen die Arbeiten an einem neuen Bürogebäude und Lagerplatz für die Abteilung "Öffentliche Beleuchtung", die Zubauten bei den Wasserwerken in der Grabnergasse im 6. Bezirk, die Überdachung des Schwimmbeckens im Theresienbad, der Bau des Hallenschwimmbades in Floridsdorf, der Neubau des Hannovermarktes und der Bau weiterer Feuerwachen.

Für die Generalinstandsetzung und Modernisierung des Rathauskellers, die schon seit vielen Jahren fällig ist, ist im Budget ein Betrag von 3,3 Millionen Schilling als erste Baurate eingesetzt.

Erwähnenswert sind auch in diesem Jahre wieder die Arbeiten der Rathausverwaltung. Die Bediensteten dieser Dienststelle hatten bis Ende Oktober 49 Großveranstaltungen, 46 Konzerte, 64 Empfänge und Kongresse und 250 sonstige Veranstaltungen, wie Dienstjubiläen, Goldene Hochzeiten, Angelobungen, Verabschiedungen und Verleihungen von Ehrenzeichen, vorzubereiten. Daneben hat die Rathausverwaltung im Jahre 1963 bisher 133 Verleihgeschäfte abgewickelt.

Sowohl bei den Neubau-, aber auch bei den Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten haben unsere Heizungs- und Installationsabteilungen bedeutende Arbeiten zu erfüllen.

In 1.000 städtischen Objekten wird der Neubau und die Instandsetzung der maschinen-, wärme- und kältetechnischen Anlagen durchgeführt.

Die Heizkontrolle ergab, daß infolge des strengen Winters der Brennstoffverbrauch aller Dienststellen von 75.300 Tonnen im Jahre 1962 auf 88.400 Tonnen im Jahre 1963 gestiegen ist.

./.

Die bereits im Vorjahr angekündigten Verbilligungen durch vorgefertigte Zentralheizungsanlagen sind zum Teil bereits eingetreten. Wir hoffen, weitere Verbesserungen erzielen zu können.

Auch unsere Installationsabteilung ist ständig bemüht, durch neue Verbesserungen Verbilligungen zu erzielen.

Neubau des "Allgemeinen"

Die im vergangenen Jahr begonnene Generalsanierung der II. Chirurgischen und I. Frauen-Universitätsklinik hat große Fortschritte gemacht, sodaß es möglich war, einen Teil der neu geschaffenen Räume bereits Mitte 1963 in Betrieb zu nehmen. Bei dieser Generalsanierung handelt es sich keinesfalls um kleine Instandsetzungen und Adpatierungen, sondern im wesentlichen um ein Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Schilling, das in seiner Endlösung praktisch einem Neubau gleichkommt. Diese Generalsanierung stellt im Rahmen des Gesamtplanes den ersten Abschnitt des Neubaues dar.

Die Grundsatzplanung für den gesamten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde im Frühjahr 1963 fertiggestellt und vom Spitzenausschuß genehmigt. Mitte dieses Jahres wurde bereits die Detailplanung in Angriff genommen. Die Arbeiten sind soweit gediehen, daß mit dem Bau der Personalwohnhäuser bereits im Oktober begonnen werden konnte. Nach Abschluß der erforderlichen Abbrucharbeiten werden die Kanalherstellungen in Angriff genommen werden, sodaß einem zügigen Baufortschritt nichts im Wege steht. Gleichzeitig werden die schwierigen Detailplanungen für die übrigen Objekte weitergeführt. Neben dem Bau der Personalwohnhäuser wird in Kürze auch mit dem Bau der Krankenpflegeschule mit Internat und der provisorischen Apotheke begonnen werden. Es ist sodann der Neubau der psychiatrischen Klinik, der Kinderklinik und eines Kindergartens geplant, da erst nach Fertigstellung der psychiatrischen Klinik die derzeitige Klinik abgebrochen und mit dem Neubau des großen Bettentraktes begonnen werden kann.

./.

Wir können also mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß der lang besprochene und viel umstrittene Neubau des Allgemeinen Krankenhauses nun tatsächlich in das Stadium der Durchführung gelangt ist.

Auch die Vorarbeiten für den Neubau des Rudolfspitales sind im vollen Gange. Das Schwesternwohnhaus hat bereits im Sommer die Hauptgleiche erreicht und wird im Jahre 1964 fertiggestellt werden.

Großmarkt und Schlachthof

Die für die Vorarbeiten eingesetzte Planungskommission hat ihre Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen. Es wird derzeit an einem ins Detail gehenden Raum- und Funtionsprogramm gearbeitet.

Es ist beabsichtigt, nunmehr ein Grundsatzprojekt zu erstellen und sodann, ähnlich wie beim Allgemeinen Krankenhaus die Detailplanung in Angriff zu nehmen. Ich glaube, daß das Grundsatzprojekt im Jahre 1964 zur Genehmigung vorliegen wird.

In Erkenntnis der großen preisregulierenden Funktionen der Wiener Detailmärkte wurde mit der Planung und Projektierung eines solchen Detailmarktes in dem neuen großen Wohngebiet um den Nothnagelplatz im 10. Bezirk begonnen.

Wiener Verkehrsprobleme

Im Rahmen meiner Verwaltungsgruppe kann ich nur über Verkehrsplanung und den Straßen- und Brückenbau sprechen. Eine Reihe von Agenden des Straßenverkehrs gehören in andere Verwaltungsgruppen. Es beschäftigen sich mit Verkehrsproblemen aber auch die Straßenverkehrskommission unter dem Vorsitz des Magistratsdirektors und die zuständigen Polizeidienststellen.

Ich möchte an die Spitze meiner diesjährigen Betrachtungen vor allem ein paar Dankesworte stellen, ein paar Dankesworte an die motorisierten, aber auch an die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer und an die Gewerbetreibenden, die alle durch unsere Bautätigkeit auf den Wiener Straßen sehr oft und sehr unangenehm in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie alle haben durch ihr wirklich diszipliniertes Verhalten wesentlich dazu beigetragen, daß diese nicht leichten Bauarbeiten die meist unter Aufrechterhaltung des Verkehrs durchgeführt werden müssen, verhältnismäßig gut und rasch abgewickelt wurden. Es ist nicht zuletzt ihnen allen zu

./.

danken, daß das von manchen anscheinend direkt herbeigesehnte Chaos ausgeblieben ist. Ich möchte in diesem Dank aber auch ganz besonders die ausgezeichnete Arbeit unserer Verkehrspolizei hervorheben, die uns ebenfalls jederzeit in mustergültiger Weise berät und unterstützt. Nicht zuletzt aber danke ich den vielen braven Straßenbauarbeitern, die entgegen den Behauptungen mehr oder weniger geistreicher Witzbolde auch in diesem Jahre ausgezeichnete Arbeit geleistet haben.

Der Referent zählte dann die wichtigsten Arbeiten auf: Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Gürtels von der Flurschützstraße bis zum Südtiroler Platz wurde das generelle Projekt einer Straßenbrücke über den Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof erstellt, um die Triester Straße und damit in weiterer Folge die Autobahn-Süd direkt mit dem Gürtel in Richtung zum Gaudenzdorfer Knoten zu verbinden.

Ein generelles Projekt über eine Tiefgarage beim Messepalast.

Ausgelöst durch den Ausbau der Wientalbegleitstraße wurde ein generelles Projekt mit Leistungsnachweis über den Umbau des Bereiches Lobkowitzbrücke, sowie eine Vorstudie über die konstruktive Ausgestaltung einer späteren Weiterführung der Autobahneinfahrt-West und allfällige Umstellungen von Stadtbahn auf Schnellbahnbetrieb im Zuge des Wientales und des Gürtels ausgearbeitet.

Weiter wurden durchgeführt:

Eine generelle Überprüfung des von Professor Feuchtinger stammenden Projektes Schwarzenbergplatz im Hinblick auf die derzeitige Verkehrsbelastung. Zu diesem Projekt wurde auch eine Vorstudie über einen Lösungsvorschlag gemacht.

Ein generelles Projekt über die Nordeinfahrt nach Wien von der Stadtgrenze bei der Brünner Straße bis zum Anschluß an die dritte Strombrücke.

Es wurden Vorstudien ausgearbeitet über den Straßenzug Gürtel von der Adolf Blamauer-Gasse bis zum Knoten Landstraßer Gürtel und die Fortsetzung der Autobahn-Süd-Einfahrt von der Favoritenstraße ebenfalls bis zum Landstraßer Gürtel.

Eine Vorstudie über die Weiterführung der beiden vereinigten Straßenzüge über das Marktgelände in St. Marx, den Prater und die vierte Strombrücke bis zum Knoten Kaisermühlendamm wurde ebenfalls fertiggestellt.

./.

Außerdem wurde ein generelles Projekt für den Straßenzug Raxstraße-Grenzackergasse-Bitterlichstraße-Haugergasse, vor allem im Bereich der Ost- und Aspangbahn ausgearbeitet.

Ein weiteres generelles Projekt beschäftigt sich mit den Straßenführungen im Bereich Erdberger Lände-Zentralgroßmarkt-Schlachthausgasse.

Gemeinsam mit den Wiener Verkehrsbetrieben wurde eine Untersuchung des öffentlichen Verkehrs im Raume Wien-Baden und eine Untersuchung über das Verkehrsaufkommen eines innerstädtischen Bereiches, und zwar zwischen Ungarbrücke-Wienfluß-Radetzkystraße-Hintere Zollamtsstraße-Invalidenstraße durchgeführt.

Vor kurzem habe ich den Auftrag gegeben, eine Parkraumuntersuchung für das Gebiet innerhalb der Gürtelstraße und des Donaukanales mit Einbeziehung der angrenzenden Randbereiche des 2. Bezirkes durchzuführen. Derartige Überprüfungen gibt es bereits aus dem Jahre 1958, allerdings auf einen wesentlich kleineren Stadtteil beschränkt.

Bei der Behandlung dieser Projekte kam deutlich zum Ausdruck, daß mit dem Beschluß des Gemeinderates vom November 1961 über dieses Netz von Autobahnen und Schnellstraßen nicht nur Vorsorge für die Bewältigung des Wiener Verkehrsaufkommens getroffen wurde, sondern daß mit den Radialen nach West, Süd, Nord und Ost und deren Verbindung untereinander durch Gürtel und Donaukanalstraße auch das großräumige Kommunikationsbedürfnis des Landes Niederösterreich weitgehend befriedigt werden kann. Darüber hinaus entspricht dieses Netz vollkommen den Aufgaben im Rahmen des Europastraßennetzes, deren Routen Warschau-Rom und London-Istambul in Wien ihren Schnittpunkt haben.

Mit den Wiener Verkehrsbetrieben und den Österreichischen Bundesbahnen wurden sehr konkrete Arbeiten über ein Konzept für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs weitergeführt. Der Umfang der Materie und der damit zusammenhängenden technischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Fragen erfordern immer mehr ins Detail gehende Überlegungen, die voraussichtlich erst im nächsten Jahr die Möglichkeit geben werden, das gesamte Problem vor der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission zu erörtern. Es zeichnet sich die Möglichkeit ab, unter Umständen durch eine andere Betriebsführung auf einem Teil des Netzes der Stadtbahn

./.

für die direkte Heranbringung von Fahrgästen aus dem Norden, Westen und Süden von Wien an die großen Wirtschaftsbereiche der Bezirke innerhalb des Gürtels eine wesentliche Verbesserung zu erreichen. Ergänzend zu diesem übergeordneten Netz, das auf bestehenden Gleisanlagen über oder unter den Verkehrsflächen geführt bzw. weiter ausgebaut werden soll, wird untersucht, welche Linien des Straßenbahnnetzes, die die Funktion als Verteiler des Fahrgaststromes aus dem übergeordneten Netz zu übernehmen haben, eventuell unter der Erde so ausgebaut werden müssen, daß sie unabhängig vom Autoverkehr eine reibungslose Bedienung der Bezirksteile zwischen den Stadt- oder Schnellbahnanlagen sicherstellen.

Die Stadtentwicklung im allgemeinen und der ständig steigende Straßenverkehr im besonderen bringen es mit sich, daß im Bereich der Eisenbahnanlagen immer wieder Überschneidungen der beiderseitigen Interessen auftreten, die im Verhandlungswege bereinigt werden müssen. In erster Linie handelt es sich hierbei um die Verbesserung von Kreuzungen zwischen Eisenbahn und Straße. Auf diesem Gebiet waren sowohl die Stadt Wien als auch die Österreichischen Bundesbahnen initiativ tätig, wobei ich besonders auf die Bauführungen im Gebiet des Hauptzollamtes und die Bauprojekte im Gebiet der großen Ungarbrücke, auf dem Gelände des Nordwestbahnhofes und die Kreuzungen Brünner Straße-Nordwestbahn, Breitenfurter Straße-Verbindungsbahn, Ketzergasse-Südbahn und Erzherzog Karl-Straße - Ostbahn hinweisen möchte. Ein wichtiger Punkt dieser Art, wegen der Zufahrt zum Flughafen Schwechat, wäre wohl auch die Kreuzung Simmeringer Hauptstraße-Donauländebahn. Hier stehen wir allerdings auf dem Standpunkt, daß die eheste Ausführung der planmäßig bereits fertiggestellten Flughafen-Autobahn eine wesentlich bessere und leistungsfähigere Lösung bringen würde.

Bei den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen müssen natürlich die sich überschneidenden Interessen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden, was bisher immer zu vertretbaren Lösungen geführt hat. Es ist erfreulich und sehr dankenswert, daß sich die Österreichischen Bundesbahnen dazu bekennen, daß die kommerzielle Nutzung der Eisenbahntrassen im Stadtbereich für Bauzwecke nur im engen Einvernehmen mit der Stadtverwaltung erfolgen darf.

./.

Die mit jedem großen Straßenbauvorhaben verbundenen Sanierungen und Umlegungen aller Einbauten nehmen den größten Teil der gesamten Arbeitszeit und auch einen großen Teil der Gesamtbaukosten in Anspruch. Hierbei ist die Koordinierung der einzelnen baulichen Maßnahmen, insbesondere auch mit den Maßnahmen fremder Dienststellen, wie etwa der Eisenbahn oder dem Kabelbauamt der Post- und Telegraphenverwaltung, besonders schwierig, da die Mittel dieser Stellen innerhalb von Ausbauplänen mehr oder minder langfristig gebunden sind. Die Schwierigkeiten der Verbreiterung einer Fahrbahn werden dann besonders groß und aufwendig, wenn hierdurch bebaute Liegenschaften berührt werden und nicht nur Wohnparteien, sondern auch gewerbliche Betriebe abgesiedelt werden müssen. Trotz aller hierbei auftretenden Schwierigkeiten ist es bisher bis auf ganz wenige Fälle gelungen, mit den betroffenen Liegenschaftseigentümern zu Vereinbarungen über die Grundüberlassung zu gelangen. Nur in einigen wenigen Fällen mußte das mangelnde Verständnis der Liegenschaftseigentümer für die Notwendigkeiten des öffentlichen Verkehrs durch die Einleitung eines Enteignungsverfahrens nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien zu beseitigen versucht werden. Erfahrungsgemäß kommt es jedoch im Zuge des Enteignungsverfahrens fast immer zu freihändigen Vereinbarungen, sodaß die Enteignungsanträge zurückgezogen werden können.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß sich der weitaus stärkste Kraftfahrzeugverkehr auf die Großstädte und ihre unmittelbarste Umgebung konzentriert. Als logischer Schluß dieser Tatsache muß eigentlich dem Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes gerade in dem genannten Bereich eine Vorrangstellung eingeräumt werden, wenn nicht die ganze Wirtschaft eines Landes - Schaden erleiden soll. Da außerdem die notwendigen Verkehrsbauten in der räumlichen Beengtheit der Großstadt besonders teuer sind, muß, und zwar auch mit Hinweis auf das Gesamtinteresse, mit allem Nachdruck die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel durch den Bund für die Lösung der Verkehrsprobleme im Bereich der Bundeshauptstadt verlangt werden. Verzeihen Sie mir, bitte, daß das nun schon zum Xten-Male, leider erfolglos geschieht.

./.

Wien wird benachteiligt

Man beginnt sich langsam zu schämen, wenn man immer wieder auf die eklatante Benachteiligung der Bundeshauptstadt auf dem Sektor des Bundesstraßenbaues und der Bundesstraßenverwaltung hinweisen muß. Ich habe bereits einige Male dem Gemeinderat über die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters auf diesem Gebiete berichtet. Nach sehr konkreten Vorschlägen des Herrn Bürgermeisters, die bereits Jahre zurückliegen, hat der Gemeinderat am 21. April 1961 einstimmig zwei Anträge über den Ausbau des Bundesstraßennetzes, sowie einen Dringlichkeitsplan des Baues der Einführung der Autobahn nach Wien beschlossen. Am 17. August 1962, am 1. Februar 1963 und am 12. September 1963 hat sich der Bürgermeister beziehungsweise das Amt der Landesregierung erneut an das Bundesministerium gewendet; aber es scheint nicht einmal der durch den Gemeinderat zum Ausdruck gebrachte einhellige Wille der Wiener Bevölkerung auch nur den geringsten Eindruck auf das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu machen. Ich weiß nicht, womit sich die Wiener Bevölkerung die Ungunst dieses Ministeriums zugezogen hat. Wir werden nämlich auch auf dem Sektor des Wasserbaues von diesem Ministerium manchmal übersehen. Während zum Beispiel das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft im Jahre 1963 für Verkehrswasserbauten einen Betrag von 7,3 Millionen Schilling als Bundeszuschüsse in Aussicht gestellt hat, hat es das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau abgelehnt, Beitragsleistungen für zwei Kaimauerabschnitte im Hafen Freudenau zu leisten, obwohl die Ansuchen rechtzeitig gestellt wurden und die Wiener Hafenanlagen ja mit dem Handel, der durch dieses Ministerium gefördert werden soll, doch irgendwie zu tun haben.

Man scheint in dieser Frage erst jetzt etwas hellhörig geworden zu sein, nachdem im Ministerrat wegen der Benachteiligung Wiens eine vom Handelsministerium eingebrachte Bundesstraßengesetz-Novelle zurückgewiesen wurde, in der auch für andere anscheinend "bessere" oder "bravere" Bundesländer die Übernahme größerer Verkehrsflächen in das Bundesstraßenverzeichnis vorgesehen war. Vor wenigen Tagen wurden im Parlament zwei Entschließungsanträge der beiden Koalitionsparteien eingebracht, wobei der Antrag der SPÖ, die Forderungen der Bundeshauptstadt zur Gänze übernommen hat. Diese beiden Anträge haben gestern nach sehr hitzigen Debatten zu einem einzigen von

./.

allen drei im Parlament vertretenen Parteien beschlossenen Entschließungsantrag geführt. In diesem Antrag wird erneut die Benachteiligung des Bundeslandes Wien auf dem Gebiete des Bundesstraßenwesens festgestellt und der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ersucht, bereits jetzt in der Bundesstraßengesetz-Novelle 1963 die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Festlegung der durch Wien führenden künftigen Autobahntrassen zu schaffen und außerdem dafür Sorge zu tragen, daß auch Wiener Landesstraßen, die für den Durchzugsverkehr im Sinne des Bundesstraßengesetzes Bedeutung haben, in Entsprechung einer bereits am 18. März 1959 vom Nationalrat gefaßten Entschließung ebenfalls in die Verwaltung des Bundes übernommen werden. Ich hoffe, daß sich bei dem Kampf um die Durchsetzung der Rechte der Bundeshauptstadt, der durch diesen Entschließungsantrag vom Parlament in die Bundesregierung verlagert wurde, sämtliche Mitglieder der Bundesregierung für die Interessen Wiens einsetzen und die Übernahme des vom Bürgermeister bereits in den Jahren 1960 und 1962 geforderten Netzes von Bundesstraßen und Autobahnen durch den Bund so rasch wie möglich in die Tat umsetzen werden. Die Benachteiligung, ja ich möchte fast sagen, die Diskriminierung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet ist auch im Hinblick auf die Steuerleistung der Wiener Bevölkerung für den Gesamtstraßenbau einmalig und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau wird wohl endlich dazu beitragen müssen, daß dieser rechtlich unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Im Rahmen der Verbindungsstelle österreichischer Bundesländer finden derzeit Untersuchungen über das Netz der Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen in den einzelnen Bundesländern statt. Die Auswertung der Ergebnisse dieser Untersuchungen wird zwar eine wichtige Grundlage für die gesamten Verhandlungen der Bundesländer mit dem Bund hinsichtlich der von ihnen betreuten Straßen bringen, doch vermag dies an der seit 1945 vorliegenden schlechteren Situation der Stadt Wien auf dem Gebiete der Bundesstraßen nichts zu ändern.

Die Straßenbauarbeiten des Jahres 1963 wurden ebenfalls durch den Winter 1962/63 sehr unangenehm beeinflußt.

./.

Dieser Winter hatte in den Wiener Straßen zahlreiche Frost- und Tauschäden verursacht. Es mußten umfangreiche Belagserneuerungen durchgeführt und an zahlreichen Stellen ganze Straßenzüge umgebaut werden, um den Verkehr einigermaßen bewältigen zu können. Diese unvorhergesehenen Arbeiten verursachten einen großen zusätzlichen Arbeitsaufwand in der Höhe von rund 52 Millionen Schilling und haben unser Straßenbauprogramm zum Teil schwer in Unordnung gebracht.

209 Millionen für Straßenbau

Für das Jahr 1964 sind für den Straßenbau insgesamt 209.2 Millionen Schilling vorgesehen. Wir werden damit im Jahre 1964 vor allem Fertigstellungen bereits begonnener Straßenbauarbeiten durchführen, wobei mir, wie bereits gesagt, vom Finanzreferenten Bauratenerhöhungen, sofern diese erforderlich werden, zugesagt wurden.

Für die Erhaltung der Wiener Straßen ist ein Betrag von 42 Millionen Schilling vorgesehen. Die größeren Straßenbauvorhaben des Jahres 1964 und deren voraussichtliche Fertigstellungstermine:

die Albertina Passage: Oberirdische Fertigstellung Ende dieses Jahres; Fertigstellung des unterirdischen Ausbaues Sommer 1964;

Ausbau des Lastenstraßenzuges: Abschnittweise Fertigstellung der Fahrbahn nach Herstellen der Tunneldecke.

Durchbruch des Mariahilfer Gürtels von der Linken Wienzeile zur Gumpendorfer Straße - Fertigstellung Herbst 1964;

Ausbau der Linken Wienzeile von der Hofmühlgasse bis zur Moritzgasse;

Ausbau der Raxstraße - Fertigstellung Herbst 1964;

Fertigstellung der Breitenfurter Straße von der Wienerbergstraße bis zur Altmannsdorfer Straße; voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Grünbergstraße, voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Hietzinger Brücke im Sommer 1964;

Ausbau des Flötzersteiges vom Joachimsthalerplatz bis zur Ameisbachbrücke, Fertigstellung Sommer 1964;

Anschluß der Gablenzgasse von der Possingergasse an die Spetterbrücke;

Ausbau der Donaukanalbegleitstraßen und der Anschlußstraßen im 19. und 20. Bezirk - Fertigstellungstermin Herbst 1964;

./.

Fertigstellung der Brünner Straße bei der Schnellbahnkreuzung, Sommer 1964;

Fertigstellung der Prager Straße von der Voltagasse bis Am Spitz, voraussichtlich Herbst 1964;

Fertigstellung der Hubertusdammstraße von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke, Frühjahr 1964;

Straßenbaubeginn an der Erzherzog Karl-Straße von der Wagramer Straße bis zur Industriestraße und

Fertigstellung der Altmannsdorfer Straße bis zur Stadtgrenze, voraussichtlich Sommer 1964;

Für den Bau dieser Großverkehrsstraßen ist im Voranschlag ein Betrag von 59.6 Millionen Schilling eingesetzt.

Eine Reihe wichtiger Hauptverkehrsstraßen ebenfalls im nächsten Jahre ausgebaut bzw. fertiggestellt werden, so zum Beispiel die Taborstraße von der Heinestraße bis zur Nordbahnstraße, der Margareten-platz und die Wattgasse zwischen Thaliastraße und Arnethgasse.

Für Oberflächenbehandlungen,Teppichbeläge auf Fahrbahnen und Gehsteigen und Fugenvergüsse sollen 12 Millionen Schilling verwendet werden; für Straßenbauten in Siedlungen sind 10 Millionen Schilling, für Grundfreimachungen drei Millionen Schilling vorgesehen und als Beiträge an die Wiener Verkehrsbetriebe haben wir einen Betrag von 24.1 Millionen Schilling abzuliefern.

Für den Brücken- und Wasserbau, der einen sehr wesentlichen Bestandteil unserer Verkehrsbauten darstellt, sind Ausgaben in der Höhe von 175,666.000 Schilling vorgesehen, wovon 11 Millionen Schilling für bauliche Erhaltungsarbeiten im Budget eingesetzt sind. Für bauliche Herstellungen werden 156,750.000 Schilling ausgegeben werden. Dabei möchte ich vor allem die Arbeiten an der dritten Strombrücke erwähnen. Wir hoffen, mit dieser Brücke, aber auch mit den zusätzlichen kleineren Brückenobjekten, und zwar über die Jedleseer Straße, über die linksufrige Abfahrtsrampe der Dritten Strombrücke, über den Personendurchlaß im Zuge der Arnoldgasse, ebenso wie mit der Gürtelbrücke und der über dem Donaukanal liegenden Brücke in Nußdorf fertigzuwerden, sodaß der Straßenzug vom Döblinger Gürtel über die Gürtelbrücke und Adalbert Stifter-Straße bzw. die Gürtelbrücke, Donaukanalbegleitstraße, Nußdorfer Brücke und dritten Donaubrücke bis Prager Straße im nächsten Jahr dem Verkehr zur Verfügung stehen kann.

./.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Neubau der Spetterbrücke im Zuge der Gablenzgasse, Wernhardgasse und des Flötzersteiges. Mit dem Bau eines Kreuzungsbauwerkes, mit dem die Ketzergasse unter die Südbahn geführt werden soll, wird 1964 begonnen werden; ebenso mit der Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße, dem Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz, der Lobkowitzbrücke und zweier Brückenbauwerke im Zuge des Anschlusses des Flötzersteiges an die Westeinfahrt.

Fertiggestellt sollen der Umbau des Döblinger Steges über den Donaukanal und die Pellmannbrücke über die Liesing werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und als Voraussetzung für den späteren Umbau der Philadelphiabrücke ist eine Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße und Ruckergasse geplant. Als erste Baurate für dieses Bauvorhaben ist ein Betrag von zwei Millionen Schilling im Voranschlag enthalten.

Weitere Beträge sind für die Vorarbeiten zum Bau der vierten Strombrücke und für den Umbau des Karlsplatzes im Voranschlag vorgesehen, wobei sich die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission mit dem Projekt des Karlsplatzes nochmals beschäftigen wird müssen.

Die Hafenanlagen

In den vergangenen Jahren erfolgte die systematische Erweiterung der wasserbaulichen Anlagen unserer vier Häfen, vor allem der Häfen Freudenau und Lobau. Daneben wurden umfangreiche Niveauregulierungen durchgeführt sowie ein leistungsfähiger Anschluß an das Straßennetz und die Hafenbahn hergestellt. Nach Abschluß dieser vorbereitenden Arbeiten waren die Voraussetzungen dafür gegeben, im Jahre 1962 auf privatrechtlicher Grundlage eine Hafenbetriebsgesellschaft zu gründen und dieser im heurigen Jahr die technischen Betriebsmittel und die erforderlichen Grundflächen in die Verwaltung zu übergeben.

Bedingt durch den ungewöhnlich strengen Winter kam in unseren Hafenanlagen in den Monaten Jänner und März lediglich ein geringer Umschlag zustande, während im Februar überhaupt kein Schiffsumschlag erfolgte. Die eigentliche Umschlagstätigkeit setzte erst im April ein. Trotzdem hat sich der Gesamtumschlag gegenüber 1962 wesentlich erhöht. Bereits Ende November wurde die Vorjahrssumme überschritten.

Die Steigerung des Gesamtumschlages beträgt in den Monaten Jänner bis einschließlich November 13.1 Prozent. Die Hafenbetriebsgesellschaft hofft, bis Ende 1963 den Vorjahrsumschlag um etwa 16 Prozent zu erhöhen.

Noch mehr als diese erfreuliche Umschlagssteigerung ist ein anderer Umstand für die Bedeutung des Wiener Hafens ausschlaggebend, nämlich der, daß im Rahmen der internationalen Donaukommission geplant ist, die Donau bis Wien für Kähne mit einem Fassungsraum von 3.000 Tonnen schiffbar zu machen. Mit solchen Schiffen kann aber von Wien aus Küstenschiffahrt im offenen Meer betrieben werden. Wenn dann noch innerhalb der nächsten 20 Jahre, wie zu hoffen ist, auch der Rhein-Main-Donau-Kanal und in der gleichen Zeit vielleicht auch der Donau-Oder-Kanal fertiggestellt sein wird, ist der Wiener Hafen in ähnlicher Weise mit dem offenen Meer verbunden, wie etwa Basel, das im Jahre 1962 in seinem Hafen den unglaublichen Umschlag von sieben Millionen Tonnen verzeichnen konnte.

Für Verkehrswasserbauten, das sind im wesentlichen Arbeiten in unseren Hafenanlagen, soll im kommenden Jahr ein Betrag von 17,250.000 Schilling ausgegeben werden. Davon entfällt ein Betrag von fünf Millionen Schilling auf den bereits begonnenen Bau einer Tankerreinigungsanlage.

Für den Schutzwasserbau werden neun Millionen Schilling ausgegeben werden. Damit sollen die im Bau befindlichen Lose der Liesingbachregulierung im wesentlichen fertiggestellt und das letzte Baulos dieser Regulierung in Kalksburg in Angriff genommen werden.

Weitere Regulierungsarbeiten sind vorgesehen an der Dürren Liesing, am Erbsenbach, am Schreiberbach und an vielen kleineren Gerinnen, wie dem Gütenbach, dem Ostbahngraben und Neilreichgraben, dem Seeschlacht-, Gröret-, Cholera- und Krautgraben, an den Schwechatbachböschungen und am Halterbach.

Um die Versorgung der Wiener E-Werke mit Kühlwasser zu sichern, wird im nächsten Jahr der Umbau der Nußdorfer Schleuse in Angriff genommen. Diese Schleuse soll so umgebaut werden, daß auch bei niederen Donauwasserständen und bei tieferen Temperaturen die notwendige Kühlwassermenge im Donaukanal vorhanden ist.

./.

Zur zielbewußten Weiterführung der Vorkehrungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes hat die Stadtbauamtsdirektion in Zusammenarbeit mit Professor Dr. Grzywiensky von der Technischen Hochschule in der Freudenau ein Modell des Donaustromes herstellen lassen. Die Durchführung der Versuche, die am vergangenen Dienstag begonnen haben, werden nach dem Winter fortgesetzt. Mit ihrem Abschluß kann im Sommer 1964 gerechnet werden.

In diesem Zusammenhang ist es den Vertretern der Stadt Wien in der Studiengesellschaft für die Errichtung von Kraftwerken in Wien und Klosterneuburg nach einer Reihe schwieriger Verhandlungen im November gelungen, den bis dahin von der Gegenseite vertretenen Vorschlag, die Staustufe Wien in der Höhe des Hafens Albern zu errichten, aus den weiteren Beratungen auszuscheiden. Es kam der für die Wiener Interessen besonders bedeutsame Beschluß zustande, nur die Staustufe in der Höhe des Hafens Freudenau einzubeziehen.

Seit mehr als einem Jahr sind großzügige Untersuchungen der Wassergüte der Donau beim Ein- und Austritt in den Stadtbereich im Gange. Bisher wurden in den Monaten Oktober, November und Dezember 1962, also in der Zeit ausgesprochener Niederwasserführung der Donau, Messungen an 150 Entnahmepunkten des Stromes und an sieben Sammelkanälen durchgeführt. Im Frühjahr 1963 wurden weitere Kontrollmessungen gemacht. Die zweite große Untersuchungsreihe wurde im August 1963 begonnen.und im November abgeschlossen. Zur gleichen Zeit wurden auch die Abwässer ähnlich wie im Jahr 1962 untersucht, jedoch wurde zusätzlich auch der Liesingtalsammler einbezogen. Die Untersuchungen umfaßten jeweils physikalische, chemische, biologische und bakteriologische Analysen. Gegenwärtig erfolgt die Auswertung der Analysen der Kanaluntersuchung durch die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien. Im Frühjahr 1964 wird eine ergänzende Untersuchung vorgenommen werden. Im gleichen Jahre wird Professor Liebmann, der mit der Untersuchung beauftragt ist, auch das Gutachten ausarbeiten. Mit dem Abschluß der Gesamtuntersuchungen kann im Sommer 1964 gerechnet werden.

./.

Wie in den vorhergegangenen Jahren haben wir auch im Jahre 1964 wieder einen Beitrag für die Donauhochwasserschutzkonkurrenz in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling zu leisten. Dieser Körperschaft obliegt die Erhaltung und Instandsetzung der Hochwasserschutzanlagen. Im kommenden Jahr werden durch die Donauhochwasserschutzkonkurrenz Instandsetzungsarbeiten am Hubertusdamm sowie Rodungs- und Abgrabungsarbeiten im Überschwemmungsgebiet durchgeführt werden. Außerdem werden Erhaltungsarbeiten am Donaukanal, insbesondere der Einbau der Böschungssicherung entlang der im Bau befindlichen Donaukanalschnellstraßen und die Untergrundabdichtungen beim Wehr in Nußdorf, durchgeführt werden.

Die städtischen Gärten

Das Wiener Stadtgartenamt hat uns auch in diesem Jahr nicht enttäuscht. Die Grünflächen unserer Stadt wurden im Jahre 1963 um fast eine Million Quadratmeter erweitert. Wir besitzen derzeit in Wien, ohne die Flächen des Wald- und Wiesengürtels, rund 14,2 Millionen Quadratmeter öffentlicher Gartenanlagen. In unseren Straßen gibt es mehr als 67.000 Alleebäume; in den Gartenanlagen stehen der Bevölkerung mehr als 80.000 Sitzplätze und 500 Tische zur Verfügung. Für die Kinder und Jugendlichen gibt es 164 Ballspiel- und 38 Kleinkinderspielplätze. Wo keine Möglichkeit besteht, Rasen und Gehölze zu pflanzen, sind die Blumen in rund 400 Blumenschalen ausgepflanzt. Sieben Wienfluß- und Donaukanalbrücken sind mit Blumen geschmückt und neben der Aktion "Wien im Blumenschmuck", in deren Rahmen viele Fenster und Portale auch in diesem Jahr geschmückt wurden, gibt das Stadtgartenamt jährlich 50.000 Schilling für den Blumenschmuck in Amtshäusern aus.

Im Jahr 1963 sind 25 neue Gartenanlagen, zwei Ballspielplätze und acht sonstige Spielplätze entstanden. In den Gartenanlagen und Alleen wurden, ohne Berücksichtigung des Donauparks, insgesamt 9.000 Bäume, mehr als 85.000 Sträucher und rund 10.000 Rosen gepflanzt. Dazu kommen die Pflanzungen im Donaupark; dort waren es 27.000 Laubbäume, 30.000 Nadelgehölze, 300.000 Sträucher, 1,2 Millionen Stauden, 200.000 Rosen und 1,2 Millionen Blumenzwiebel.

Die Grünflächenplanung nimmt im Interesse der Volksgesundheit innerhalb der notwendigen Maßnahmen einen hervorragenden Platz ein.

./.

Im Jahre 1963 konnten durch die widmungsmäßige Sicherung einer Reihe von bestehenden Grünflächen wesentliche Beiträge zur Verwirklichung des Städtebaulichen Grundkonzeptes geleistet werden. Zur Vorbereitung der Grünflächenplanung für die die dicht verbauten Stadtgebiete wurde eine Übersicht über die Grünflächensituation der Bezirke 2 und 4 bis 9 ausgearbeitet. Dabei wurden unter anderem jene Flächen ermittelt, die für die Schaffung öffentlicher Grünanlagen besonders geeignet sind.

Auf dem rechten Ufer der Donau wurde eine umfangreiche Aufnahme des Flächenbestandes durchgeführt, die als Unterlage für Vorschläge zur städtebaulichen Gestaltung dieses Bereiches im Rahmen der beabsichtigten Hochwasserschutzmaßnahmen dienen wird.

An bedeutenden Arbeiten des vergangenen Jahres darf ich erwähnen: die Fortsetzung der gärtnerischen Ausgestaltung der Donaukanalufer, die Fortsetzung der Umgestaltung des Schweizer Gartens, die Fertigstellung der Gartenanlage Votivpark, die Errichtung der großen Gartenanlage am Laaer Berg, die Errichtung einer Sportanlage am Nothnagelplatz in Favoriten und in der Krottenbachstraße in Döbling, die Erweiterung und Verbesserung des Wasserparks, die Fortsetzung der gärtnerischen Arbeiten an den Ufern der Alten Donau, die Errichtung einer erweiterten Aussichtsterrasse am Kahlenberg und, nicht zuletzt, die gärtnerischen Arbeiten im Donaupark.

Das Jahr 1964 wird das Stadtgartenamt vor ganz besondere Aufgaben stellen. Von einer Gesamtausgabensumme von 156,690.400 Schilling, das sind um 12,6 Millionen Schilling mehr als im Jahr 1963, werden zehn Millionen Schilling für die Erhaltung unserer Gartenanlagen gebraucht werden. Diese Anlagen sollen sich im Jahre der Internationalen Gartenausstellung in einem ganz besonders guten Erhaltungszustand präsentieren, damit die Besucher unserer Stadt und auch die Wiener selbst, vom schönen Donaupark kommend, nicht Grund zur Kritik am Erhaltungszustand aller übrigen Grünanlagen unserer Stadt haben.

Die größten Aufwendungen sind auch im Jahr 1964 mit dem Donaupark verbunden. Ich bin überzeugt, daß wir alle im nächsten Frühjahr auf diese prachtvolle Erholungsfläche mit Recht stolz sein werden.

Auch im kommenden Jahr besteht die Absicht, die gärtnerische Neugestaltung der Donaukanalufer im 1., 2., 3. und 20. Bezirk fort-

./.

zusetzen. Die gärtnerische Ausgestaltung des rechten Donauufers im 2. Bezirk soll in Angriff genommen werden. Die Umgestaltung des Schweizer Gartens wird fortgesetzt, an den Gartenanlagen am Eisenstadtplatz und bei der Planierung in der Laxenburger Straße wird weitergearbeitet. Im 11. Bezirk sollen die Grünanlagen am Kanal gärtnerisch gestaltet werden, in Meidling ist es die Grünberg- und die Altmannsdorfer Straße, die im kommenden Jahr eingegrünt werden sollen. In Hietzing wird am Küniglberg gearbeitet werden, im 14. Bezirk ist es die Ameisbachzeile, der Reindlpark und eine Grünanlage am Kordon, die in Ordnung gebracht werden sollen. Besonders notwendig ist die Umgestaltung der Parkanlage am Henriettenplatz im 15. Bezirk. Auch die Umgestaltungen im Türkenschanzpark und im Pötzleinsdorfer Schloßpark werden weitergeführt. Die Gartenanlage auf der Hartäcker Höhe in Döbling soll fertiggestellt werden, ebenso die gärtnerische Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Heiligenstadt. Weitere große Gartenbauarbeiten sind im Wasserpark, An der oberen Alten Donau und am Bruckhaufen geplant.

Für die Staubfreimachung von Spielplätzen und Wegen sind 500.000 Schilling im Voranschlag enthalten. Auch die Neuherstellung und Instandsetzung schadhafter Einfriedungen, die Einrichtung von Ballspiel- und Kleinkinderspielplätzen und die Umgestaltung der Grünanlagen am Gürtel sind geplant. Außerdem sollen weitere Gartenbänke und Sitzgarnituren angeschafft werden. Selbstverständlich werden auch die Wienfluß- und Donaukanalbrücken wieder geschmückt und weitere Kinderspielgeräte angeschafft werden. Die Blumenschalen auf verschiedenen Plätzen unserer Stadt sollen vermehrt werden. Für den Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" ist im nächsten Jahr eine Erhöhung der finanziellen Mittel auf 80.000 Schilling vorgesehen.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht wieder erwähnen, daß das Stadtgartenamt auch den amtlichen Pflanzenschutzdienst besorgt, der im Interesse des heimischen Obstbaues mehr als 100.000 Kleingärtner und Siedler und auch Privatgärten betreut. Durch Filmvorführungen, Lehrschauen und Vorträge werden die Siedler und Kleingärtner für die Schädlingsbekämpfung interessiert und erhalten die notwendigen Anleitungen.

./.

Den Siedler- und Kleingartenvereinen werden außerdem für den Ankauf von Schädlingsbekämpfungsgeräten Zuschüsse gewährt.

Rundfahrten, Ausstellungen

Wir haben auch im Jahre 1963 wieder versucht, die Bevölkerung mit den Problemen der städtischen Bautätigkeit vertraut zu machen. In Rundfahrten wurden Wiener und Ausländer mit den Schöpfungen des "Neuen Wien" bekanntgemacht. Die bereits zu einer ständigen Einrichtung gewordenen Rundfahrten durch das "Neue Wien" wurden im Jahr 1963 erstmals auch in englischer Sprache durchgeführt. Bis November 1963 haben die begeisterten jungen Ingenieure des Wiener Stadtbauamtes für zirka 200 Besucher aus dem Ausland Einzelführungen und für rund 10.000 Personen insgesamt 315 Gruppenführungen veranstaltet.

Auch mit unseren Ausstellungen haben wir im Ausland für Wien geworben. Die Ausstellung "Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" wurde in den Städten Frankfurt am Main, Ludwigshafen und Hannover gezeigt. In allen drei Städten war die Ausstellung sehr gut besucht. Anläßlich der Österreich-Woche in Belgien konnten wir mehr als 10.000 Besuchern in Brüssel die Ausstellung "Festliches Wien" zeigen und an der Hafenweltausstellung in Genua hat sich die Stadt Wien mit einer Ausstellung "Der Hafen Wien im Aufbau" beteiligt. Die Ausstellungs- und Werbetätigkeit wird im Jahre 1964 fortgesetzt. werden.

Am Schluß darf ich erneut versichern, daß wir alle uns auch in kommenden Jahr bemühen werden, für unsere Stadt und für deren Bevölkerung das Beste zu geben. Wir sind glücklich, daß es gelungen ist, das Arbeitsprogramm aus dem Jahre 1959 zu erfüllen und daß Wien in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates auch auf baulichem Gebiete noch schöner und noch liebenswerter geworden ist. Wir sind glücklich, daß wir bei der Erfüllung dieses großen Programmes mitarbeiten durften und wir hoffen, daß uns die Voraussetzungen für dieses gewaltige Aufbauwerk auch in Hinkunft erhalten bleiben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:

Die Überreichung der Silbernen Ehrenmedaille

12. Dezember (RK) Bei der heute nachmittag im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses stattgefundenen feierlichen Überreichung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber an Robert Minkowitsch, Ministerialrat i.R. Dr. Josef Polnauer und Professor Max Schönherr ergriff nach der Rede Vizebürgermeister Mandls Bürgermeister Jonas das Wort:

"Wissenschaftler und Künstler vollbringen umso größere Leistungen, je weniger sie ihre schöpferische Tätigkeit als Selbstzweck ausüben und persönlichen Erfolgen nachstreben, und je mehr sie gewillt sind, dazu beizutragen, daß die Menschen besser und schöner leben und daß ihr Traum von einer glücklichen Zukunft in Erfüllung geht. Bei der Verwirklichung dieses hohen Zieles sind sie auf die Mitarbeit und Hilfe vieler Männer und Frauen aus der großen Schar der reproduzierenden Künstler aller Art, der Lehrer und Volksbildner angewiesen. Diesen obliegt es, die von anderen geschaffenen geistigen und ästhetischen Werte möglichst weiten Bevölkerungskreisen zu erschließen.

Drei von ihnen befinden sich heute in unserer Mitte, um für ihren Idealismus und für die Hingabe an ihrer Mittleraufgabe geehrt zu werden.

Der Wirtschaftstreuhänder Robert Minkowitsch ist ein besonderer Fall. Sein Beruf, der ein Höchstmaß an Genauigkeit und Konzentration erfordert, sichert ihm die materielle Existenz. Er findet aber daneben seit langem noch die Muße und die Kraft zu seiner vorbildlichen Tätigkeit als uneigennütziger Helfer und Berater der Wiener Volksbildung und des Notrings der wissenschaftlichen Verbände Österreichs sowie anderer Organisationen, denen seine ehrenamtliche Mitarbeit von großem Nutzen ist.

Ihm ist es mitzudanken, daß diese Einrichtungen über ein geordnetes Budget verfügen und auf einer gesicherten finanziellen Basis stehen, die sie in die Lage setzt, sich ihren kulturellen Aufgaben erfolgreich zu widmen. Wir würden uns wünschen, daß es mehr solcher geistiger Mäzene gäbe wie Robert Minkowitsch, der als selbständiger Unternehmer seine karge Freizeit und seine Erfahrungen unentgeltlich in den Dienst wissenschaftlicher und volksbildnerischer Institutionen stellt. ./.

Dr. Josef Polnauer, der im Ministerialdienst eine hohe Beamtenstellung erreicht hat, ist uns als Freund und aktiver Förderer der Musik wohlbekannt. Mit jugendlichem Eifer war er stets unter den ersten, wenn es galt, neuen Richtungen einen Weg zu bahnen und für Komponisten einzutreten, die in einer fruchtbaren Entwicklung begriffen waren oder die um die Anerkennung ringen mußten, auf die sie berechtigten Anspruch hatten. Dabei war er nie einseitig orientiert, sondern setzte sich mit nachahmenswertem Eifer für alles ein, was wertvoll ist und verdient, daß es sich durchsetzt. Hierzu bot ihm außerhalb seines hauptberuflichen Wirkungskreises die Volksbildung Gelegenheit, in deren Rahmen er oft das Wort ergriff. Das gleiche Ziel verfolgte er als leitendes Mitglied angesehener Vereinigungen des Wiener Musiklebens.

Der Name Professor Max Schönherr ist allen Musikfreunden ein Begriff. Man ist heute nur allzu leicht bereit, im Streit über Wert und Unwert der modernen Unterhaltungs- und Nachrichtenmittel wie Radio und Fernsehen, ein negatives Urteil zu fällen. Das Wirken Schönherrs im Rundfunk beweist jedoch das Gegenteil. In wie vielen Menschen ist erst durch ihn die Freude an der Tonkunst erwacht. Auch die so oft als Konservenmusik verschrieene Schallplatte gewann, wenn sie von ihm bespielt wurde, neues Leben und warb in immer breiteren Schichten für deren Bereitschaft, guter Musik das Ohr zu öffnen. Daß es ihm gelungen ist, diese Aufnahmebereitschaft zu erhöhen und ihr Dauer zu verleihen, ist sein besonderes Verdienst, für das wir ihm nicht genug dankbar sein können.

Der Wiener Gemeinderat hat eine gute Wahl getroffen, als er unseren drei Jubilaren die Ehrenmedaille der Stadt Wien verlieh. Als Bürgermeister von Wien übergebe ich Ihnen die für Sie bestimmte Auszeichnung, die Sie daran erinnern soll, daß wir Ihre Leistungen würdigen und daß Ihre Bemühungen nicht vergeblich sind, sondern reiche Früchte tragen."

Unter dem Beifall der Festgäste überreichte sodann Bürgermeister Jonas die hohen Auszeichnungen. Ministerialrat Dr. Polnauer dankte im Namen der Geehrten.

\- - -

3.000 Säcke Geldmünzen und 600.000 Banknoten

Acht Geldautos der Zentralsparkasse unter Polizeibedeckung

12. Dezember (RK) Bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien sind die Spareinlagen im laufenden Geschäftsjahr um insgesamt 642,8 Millionen Schilling seit Jahresbeginn angewachsen und haben Ende Oktober einen Stand von 5.600,3 Millionen Schilling erreicht. Sie sind damit um 859,3 Millionen Schilling höher als Ende November 1962.

Die Zahl der Prämiensparkonten ist auf 11.130 angestiegen, auf denen eine Gesamtsumme von rund 55,2 Millionen Schilling angespart wurde.

Der Monat November ist jener Zeitpunkt, in dem die Sparvereine zum überwiegenden Teil ihre Ersparnisse abheben und an ihre Mitglieder auszahlen.

Das Institut betreute im laufenden Geschäftsjahr 1.345 Sparvereine mit rund 130.000 Mitgliedern, die zusammen einen Betrag von fast 110 Millionen Schilling eingezahlt hatten. Für die Auszahlung dieser Gelder waren unter Polizeischutz acht Transportautos unterwegs, um die 50 Zweiganstalten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit den erforderlichen Geldbeträgen auszustatten. Mehr als 3.000 Säcke Münzgeld sowie weit mehr als 600.000 Banknoten mußten gezählt, sortiert und bereitgestellt werden. Dieser Betrag bedeutet gerade in der Vorweihnachtszeit für unsere heimische Wirtschaft einen kräftigen Impuls.

\- - -

Antrittsbesuch des deutschen Botschafters

12. Dezember (RK) Der neue Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien Dr. Josef Löns machte heute mittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus seinen Antrittsbesuch.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Bauwesen

12. Dezember (RK) Als erster Debattenredner fordert GR. Ing. Lust (ÖVP) einleitend unbedingte Sachlichkeit und völlige Offenheit bei der Erörterung von Planungs- und Bauvorhaben. Auf Parteiinteressen dürfe dabei keine Rücksicht genommen werden.

Die Arbeiten zur Durchführung des Städtebaulichen Grundkonzeptes werden einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen und machen daher einen umfangreichen Planungsapparat erforderlich. Die nach dem Ausscheiden von Professor Rainer durchgeführte Zusammenlegung der Stadtplanung mit der Abteilung für Stadtregulierung (Magistratsabteilung 18) könne zwar gewisse Vorteile für die Detailplanung haben. Deren Zweckmäßigkeit aber könne infolge der Weisungsgebundenheit des Leiters der Magistratsabteilung 18 nicht voll unterschrieben werden. Die Magistratsabteilung 18 sei wohl kaum imstande, die Lücke zu schließen, die durch den Mangel an Planern besteht. Zunächst müßten daher entsprechende Budgetmittel angefordert werden, damit die Magistratsabteilung 18 in weit größerem Maß als bisher Auftäge an freischaffende Architekten und Ingenieurkonsulenten vergeben kann. Mit den jetzigen Mitteln ist dies nur im beschränkten Ausmaß möglich. Außerdem ist die Leitung dieser Magistratsabteilung mit starker Verwaltungsarbeit belastet. Es erscheint also unmöglich, daß von dieser Stelle aus eine Generalplanung durchgeführt werden kann, geschweige denn schöpferische Arbeit bei der Durchführung des Städtebaulichen Grundkonzeptes. Der neue Leiter der Stadtplanung kann sich keineswegs damit begnügen, das Grundkonzept durchzuführen, ohne die weitere Entwicklung rechtzeitig vorherzusehen und das Konzept den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Kapazität des gegenwärtigen Planungsapparats reicht dazu keineswegs aus.

GR. Ing. Lust schlägt daher vor, ein Führungsgremium von sechs bis acht Fachleuten (die Hälfte von ihnen nicht beamtet) zu bilden und der Magistratsabteilung 18 zur ständigen Zusammenarbeit und Beratung, zur Ausarbeitung der Generallinie der Planung, zur Koordinierung mit anderen Dienststellen usw.

./.

zur Seite zu stellen. Ein so zusammengesetzter Planungsapparat wäre von politischen Weisungen unabhängig und könnte auf rein fachlicher Grundlage arbeiten.

Ferner müßte die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, Niederösterreich und Wien noch stärker intensiviert werden als bisher. Das vorgeschlagene Führungsgremium sollte bevollmächtigt werden, mit ähnlichen Gremien des Bundes und des Landes Niederösterreich Kontakt zu halten. Es wäre zweckmäßig, würde die Stadt Wien für eine Verstärkung dieser Zusammenarbeit eintreten. Daraus würde sich auch eine gerechte Verteilung der Lasten ergeben, wovon Wien sicherlich profitieren könnte.

GR. Ing. Lust fordert sodann, der Stadtplanung mehr Publizität zu sichern. In der Bevölkerung müßte viel mehr als bisher das Interesse für alle Arbeiten der Stadtplanung geweckt werden. Diese verstärkte Publizität müßte auch - entgegen der bisherigen Gepflogenheit - mit einer viel gründlicheren und intensiveren Information arbeiten. Die rechtzeitige Veröffentlichung aller Projekte mit den entsprechenden Unterlagen wäre hier unbedingt notwendig. Die bisherige Methode, nur hinter verschlossenen Türen zu beraten, sei völlig falsch. Zuerst müßten stets Publikation und Diskussion kommen, dann erst nach reiflicher Überlegung die Beschlußfassung.

Das größere Aufgabengebiet der Stadtplanung erfordert schließlich auch eine Ergänzung des Fachpersonals des ehrenamtlichen Fachbeirates. Außerdem müßte das Aufgabengebiet des Fachbeirates in der Bauordnung noch klarer festgelegt werden. Für die Beurteilung von Bauwerken in besonderen Gebieten und bei Bauten größeren Umfanges, die Ausnahmebestimmungen der Bauordnung notwendig machen, soll dem Fachbeirat auch das Recht gegeben werden, ein entsprechendes Modell zu verlangen.

GR. Hausner (KLS): Wien konnte auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues in der Vergangenheit einen guten Ruf erlangen. Heute liegt Österreich aber auf dem Wohnungssektor gegenüber anderen Ländern weit im Hintertreffen. In Schweden werden pro 10.000 Einwohner pro Jahr 9.1 Wohnungen, in Frankreich sieben Wohnungen und in der Sowjetunion 14.4 Wohnungen fertiggestellt. In Österreich dagegen nur 5.7. Die Zahl der heuer fertiggestellten Gemeindewohnungen erreichte nur 3.500 gegenüber 6.000 in früheren Jahren.

./.

Da nun einmal der Wohnungsbau in der Stadtverwaltung Problem Nummer eins sei, müsse auch das Hauptgewicht der kommunalen Arbeiten auf diesen Sektor verlagert werden. In einer Zeit, in der man nicht instande sei, das Wohnbauprogramm auch nur annähernd zu erfüllen, sollte die Gemeinde auf die Errichtung von Hotels, Gaststätten und dergleichen verzichten. Die Kinderkrankheiten beim Montagebauwerk in Neu-Kagran drohen zu einer richtiggehenden "Kinderlähmung" auszuarten, weil die Arbeiten bisher unzureichend organisiert waren. Der Mangel an Arbeitskräften, unter dem das Werk leidet, liegt zum Großteil an dem dort herrschenden schlechten Betriebsklima. Wenn in einem Jahr 1.500 Arbeiter den Betrieb wieder verlassen, zeigt dies, daß irgendetwas nicht stimmt. Die bisher im Fertigteilverfahren in Wien ausgeführten Bauten brauchen keinen Vergleich mit dem Auslande zu scheuen. Gelingt es, die Kinderkrankheiten dieses Werkes endlich zu beheben, könnte das Fertigteilsystem zu einer spürbaren Entlastung der überbeanspruchten Bauwirtschaft beitragen.

Nur mit Genossenschaftsbauten und ohne verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaues lasse sich die Wohnungsnot in Wien nicht meistern. Es werden heute Grundpreise von 2.000 bis 6.000 Schilling pro Quadratmeter gefordert. Die Grundanteilskosten betragen in Floridsdorf bereits durchschnittlich 30.000 Schilling, in Döbling sogar 70.000 Schilling. Dies treibt die Kosten für die Genossenschaftswohnungen so stark hinauf, daß sich die wenigsten jungen Leute solche Wohnungen leisten können. Die Dotierung des sozialen Wohnungsbaues kann - so betrachtet - daher nicht befriedigen.

Der Redner bedauerte, daß es nicht gelang, eine starke Persönlichkeit von Range Professor Roland Rainers als Stadtplaner zu erhalten. Der Stadtplaner müsse ein Vetorecht gegen alle Umgestaltungen des Stadtbildes - sowohl von öffentlicher als auch von privater Seite - zugebilligt werden. Das veraltete Baurecht wird von der Gemeinde häufig dazu ausgenützt, um auch dort, wo eine Auflockerung des Siedlungsraumes am Platz wäre, Baulücken zu verbauen. Es sollte alles unternommen werden, um den Massenverkehr zu beschleunigen. Die in Bau befindliche Schnellverkehrsroute nach Floridsdorf darf nicht allein dem Individualverkehr vorbehalten bleiben. Er habe beobachtet - sagte der Redner -, daß beim Umbau

./.

der Erzherzog Karl-Straße, nachdem der Boden bereits festgewalzt war, neuerlich aufgegraben worden sei. Dies zeuge davon, daß die Arbeiten schlecht koordiniert werden.

Kritik müßte man auch am Tempo unserer Straßenbauten üben. Wenn zum Beispiel der Ausbau der Erzherzog Karl-Straße im bisherigen Tempo weitergeht, werde man in ungefähr fünf Jahren bis zur Ostbahn kommen. Vor Beginn aller Straßenbauvorhaben müßte jeweils auch die Bodenfrage geklärt werden. Leider macht die Gemeinde nur sehr spärlich vom vorhandenen Enteignungsgesetz Gebrauch. Größeres Augenmerk wäre auch dem Ausbau und der Instandhaltung der Straßen in Siedlungsgebieten zuzuwenden.

Dringend notwendig wäre die Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse in den nördlichen Wiener Bezirken.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß der Bund sich endlich seiner Verpflichtung Wien gegenüber bewußt wurde und Wiener Straßen in die Verwaltung des Bundes übernimmt. Man müßte jedoch darauf achten, daß der Bund dieses Versprechen auch in ausreichendem Maß einhält.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß er verschiedene Wünsche auf dem Sektor des Gartenbaues um ein Jahr zurückstellen will, da die Gemeindeverwaltung nun mit den Vorbereitungen für die Internationale Gartenschau voll ausgelastet ist. Einen Wunsch könnte er jedoch nicht zurückstellen und das ist die bessere Ausgestaltung der Gärten in den städtischen Wohnhausanlagen. So sind die Kinderspielplätze in den nach der Montagebauweise errichteten Wohnblocks viel zu klein und nicht von den Ruheplätzen für die Erwachsenen getrennt. Es brauchen schließlich aber die Kinder ausreichend Platz zum Spielen und die Erwachsenen ruhige Plätzchen zu ihrer Erholung.

Im übrigen werde, wie GR. Hausner feststellt, die KLS den Ansätzen der Gruppe VI zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. Witzmann (SPÖ) verweist darauf, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe VI die höchsten innerhalb des Budgets sind, daß sie aber trotzdem in Vergleich zu den Wünschen, Erwartungen und Hoffnungen der Wiener Bevölkerung immer als zu gering erscheinen. Die Menschen, nicht nur die Bevölkerung unserer Stadt, haben in den letzten Jahren ihre Anschauung über verschiedene Probleme grundlegend geändert. Gab es in den ersten

./.

Nachkriegsjahren nur die Sorge einen Staat wieder aufzubauen und ein neues gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Leben zu schaffen, handelt es sich jetzt um andere Begriffe. Waren es damals Wiederaufbauprobleme, so sind es jetzt, wo eine gewisse Besserung in der Lebenshaltung eingetreteten ist, Wohlstandsprobleme geworden, die nicht weniger Sorgen bereiten. Das Streben des einzelnen geht heute um den Besitz eines Fernsehapparates, eines Autos, einer schöneren Wohnung und verschiedener anderer Dinge.

In Wien werden pro Jahr zirka 10.000 bis 11.000 Wohnungen gebaut. Das ist wohl eine beachtliche Zahl hinsichtlich Beseitigung der Wohnungsnot; eine kleine Zahl aber, wenn man sie vom Standpunkt der Wohnungsverbesserung aus sieht. So gibt es in Wien derzeit noch rund 31.5 Prozent Kleinwohnungen bis zu 35 Quadratmeter und 40.3 Prozent aller Wohnungen mit 35 bis 60 Quadratmeter. Das heißt also, daß in Wien 71.8 Prozent aller Wohnungen Klein- und Kleinstwohnungen sind. Dabei sind hier die Einraumwohnungen, die nach der Statistik gar nicht als Wohnungen zählen, in diesem Prozentsatz nicht enthalten. Wir werden also Jahrzehnte brauchen, um hier Abhilfe schaffen zu können. Man müßte daher auf dem Sektor des Wohnungsbaues immer neue Wege suchen. Man müßte den Sparwillen zur Anschaffung einer Wohnung nicht nur anregen, sondern ihn auch durch verschiedene Maßnahmen, wie Erlassung von Zinsen oder ähnlichem, belohnen. Zur Schaffung von neuem Wohnraum brauchen wir aber auch ausreichende Grundflächen. Wollen wir das gesteckte Ziel, 500 Einwohner pro Hektar, erreichen, müssen wir ungefähr 20 bis 25 Quadratkilometer neu aufschließen. Was nützt aber die schönste Wohnung und eine kürzere Arbeitszeit, wenn die Freizeit dann für den Weg von und zur Arbeitsstätte verwendet werden muß.

Große Probleme verursacht auch die ständig zunehmende Motorisierung. Es ist daher zu begrüßen, daß sich der Bund endlich seiner Verpflichtung gegenüber Wien bewußt wird, und Wiener Straßen in das Bundesstraßennetz einbezieht. Schließlich werden 41 Prozent des Zuschlags zur Mineralölsteuer in Wien aufgebracht - 1962 waren es 800 Millionen Schilling -, aber nur 0.16 Prozent der Bundesstraßen sind in Wien. Für den Straßenverkehr müßte auch immer dort zuerst gesorgt werden, wo er am stärksten auftritt, und das ist, wie der Redner an Hand von Zahlen nachweist, in Wien.

./.

Zur Errichtung von Parkgaragen: Sicherlich ist ihre Errichtung zu begrüßen, doch können sie nicht als Allheilmittel bezeichnet werden. Würde man nur für die heuer in den ersten elf Monaten des Jahres zugelassen 17.000 Autos Garagen errichten wollen, würde man hierzu 850 Millionen Schilling benötigen, mehr also, als den sozialen Wohnbau pro Jahr zur Verfügung steht. Ganz abgesehen von den Grundflächen, die hierfür notwendig wären.

Was not tut ist eine Verstärkung des Massenverkehrs und die Einschränkung des Individualverkehrs. Alle Großstädte sind zu dieser Erkenntnis gekommen, daß der Massenverkehr in Zukunft die Priorität haben muß, wenn nicht das Wirtschaftsleben zum Ersticken gebracht werden soll oder die Stadt selbst sich auflöst, wie uns das Beispiel amerikanischer Städte bereits zeigt.

Der Redner spricht dann über die Erfahrungen in anderen Großstädten und verweist darauf, daß man über die Frage der zweiten Verkehrsebene keine allgemeingültigen Regeln aufstellen kann. Dies wurde bei einer Tagung in Berlin deutlich.

Wien hat sich für die Unterpflasterstraßenbahn entschieden. Sie hat gegenüber der U-Bahn mehrere Vorteile: Anschluß an ein bestehendes Verkehrsnetz, keine neuen Betriebsmittel, schon kurze Strecken können unter die Erde verlegt werden.

Zu dem Vorwurf, warum man nicht schon früher mit einer U-Bahn begonnen habe, erinnert der Redner daran, daß alle anderen Großstädte um die Jahrhundertwende mit ihren U-Bahnen begonnen haben. Damals war Wien die Reichshaupt- und Residenzstadt, damals waren zuerst die Liberalen und dann die Christlichsozialen am Ruder. Wen kann man also einen Vorwurf machen?

Abschließend verweist der Redner auf einige Leistungen, die die Stadt Wien in den nächsten Jahren vollbringen muß. Allein 1.9 Milliarden werden für Spitalsbauten notwendig sein, 890 Millionen für Kanäle, 1.6 Milliarden für die Wasserversorgung, eine Milliarde für den Naschmarkt, zwei Milliarden für den Hochwasserschutz, 666 Millionen für die Unterpflasterstraßenbahn und 2.5 Milliarden für Brücken- und Wasserbau. Angesichts dieser Zahlen kann man Wien kaum den Vorwurf machen, daß nichts geplant wird. Der Aufbauwille dieser Stadt wird durch die Ansätze dieser Geschäftsgruppe dokumentiert. Daher werde die SPÖ-Fraktion diesen Ansätzen zustimmen.

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) spricht über die Baukostenerhöhungen. Der Nutzflächenpreis ist von 1955 bis 1962 von 1.617 Schilling auf

auf 2.599 Schilling, also um 61 Prozent gestiegen. Dengegenüber machen die Preiserhöhungen - Löhne und Material - 87.8 Prozent aus. 1964 wird der Nutzflächenpreis 2.794 Schilling betragen.

Eine Wohnung kostete im Durchschnitt im Jahr 1955 81.967 Schilling und 1962 183.467 Schilling.

Allerdings sind die Wohnungsgrößen gestiegen und die Ausstattung ist besser geworden. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland, 1955 kostete dort eine Wohnung 137.000 Schilling und 1962 231.000 Schilling.

Beim Montagebau wird man bei Preivergleichen berücksichtigen müssen, daß die Montagebauwohnungen nur 2.50 Meter hoch sind, während alle übrigen Bauten der Stadt Wien Wohnungshöhen von 2.60 Meter haben. Das allein bedeutet beim Montagebau eine Einsparung von 70 Schilling pro Quadratmeter.

Als Maßnahmen, um mit gleichem Aufwand größere Leistungen im kommunalen Bauwesen zu erzielen, bezeichnete der Redner: die Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr, die Intensivierung des Winterbauens, die verstärkte Anwendung des Montagebauverfahrens und Rationalisierung in bautechnischer Hinsicht. Obwohl heuer für Wien ein Kontingent von 1.500 Frendarbeitern für den Bausektor bewilligt war, waren in der Bundeshauptstadt nur 600 ausländische Arbeitskräfte tätig.

GR. Helene Potetz (SPÖ): Der kommunale Wohnbau war nach 1945 gezwungen, rasch, billig und klein zu bauen. Heute wird zwar komfortabel gebaut, doch geben auch die modernen Gemeindewohnungen vielfach zu Klagen Anlaß: Türen und Kamintüren werden unpraktisch angebracht, es gibt Badezimmer ohne Durchlüftung, in manchen Häusern können die Fenster nur unter Lebensgefahr geputzt werden und die Lüftungsklappen in der Küche nur dann gereinigt werden, wenn man auf den Herd steigt. Die Plastikböden sind oft nicht genügend rutschfest und laden sich elektrisch auf. Auch die Unfallsicherheit von Stiegengeländern und Balkonen läßt zu wünschen übrig. Im Internationalen Studentenheim in Döbling sind die Parkettböden äußerst mangelhaft gelegt. In manchen modernen Gemeindebau eignen sich die Entlüftungsschachte als "Haustelefon" und verraten überdies noch, was in der Nachbarschaft auf dem Speisezettel steht.

./.

Aus einer Publikation des Statistischen Amtes der Stadt Wien über die Krebshäufigkeit geht hervor, daß zwischen der Krebsanfälligkeit der Bevölkerung und den Wohnungsverhältnissen ein deutlicher Zusammenhang besteht. Die meisten Krebstodesfälle treten in Zinshäusern aus der Gründerzeit und hier vor allem in Kleinwohnungen mit ungenügendem Luftraum auf. Auffallend stark krassiert der Krebs in Stadtteilen, wo Wohnhäuser neben Fabriksgebäuden stehen.

In Meidling wird häufig für schädliche Behausungen mehr Zins verlangt, als in modernen Neubauten. Häuser mit einem Klosett und einer Wasserleitung für sämtliche Parteien sind auch heute noch keine Seltenheit. Solange es kein Bodenbeschaffungsgesetz gibt, werden diese Schandflecke nicht beseitigt werden können, obwohl Planungen für geeignete Sanierungsmaßnahmen vorliegen.

GR. Lauscher (KLS) führte Klage darüber, daß die Wiener Bevölkerung über Fragen der Stadtplanung unzureichend informiert sei. Nur wenige Mitglieder des Gemeinderates haben Einblick in Planungsangelegenheiten. Dabei wurde bei der Verabschiedung des Städtebaulichen Grundkonzeptes vor zwei Jahren betont, daß sich die Planungsfragen in Wien nur einer gedeihlichen Lösung zuführen lassen, wenn die Bevölkerung ausreichend über diese Probleme aufgeklärt wird. Die Stadtplanung soll in Wien nicht länger Geheimwissenschaft sein.

Ferner wäre es interessant zu erfahren, wie es mit der geplanten Schaffung der neuen Nebencities steht. Bis zur Verwirklichung der City Nord wird es ja noch etliche Jahre dauern, da mit ihr erst nach Fertigstellung des neuen Allgemeinen Krankenhauses begonnen werden soll. Bei der City Süd aber ergibt sich schon jetzt die Gefahr, daß wichtige Gründe verbaut werden. Bei der City Ost erhebt sich die Frage, welchen Standpunkt die Bundesbahnen einnehmen, da das Nordbahnhofgelände einen großen Teil dieses Gebiets einnimmt. Was wurde von der Gemeinde Wien getan, um hier dem guten Gedanken der Stadtplanung zum Durchbruch zu verhelfen?

Abschließend stellt GR. Lauscher die Frage, welche konkreten Schritte unternommen wurden, um eine Auflockerung zu dicht verbauter Gebiete und die Anlage von Grünflächen in solchen Gebieten voranzutreiben. Laut einer statistischen Untersuchung wächst die Krebssterblichkeit in solchen Gebieten bis zu 67 Promille an, während der Durchschnitt in Wien etwa 40 Promille beträgt.

./.

GR. Nesset (FPÖ) stellt anschließend den kommunalen Wohnhausbau in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Früher hieß es sozialer Wohnhausbau, der Name wurde jedoch geändert, da das Wort "sozial" nach Meinung verschiedener Leute in diesem Zusammenhang nicht mehr zutreffe. In Kürze wird der Zeitpunkt da sein, wo wir prüfen müssen, in welcher Form wir den kommunalen Wohnhausbau weiterzuführen gedenken oder durch welche äußere Umstände wir gezwungen werden könnten, ihm eine neue Form zu geben. Was Geschieht, wenn ein wirtschaftlicher Rückschlag eintritt? Was geschieht aber auch, wenn zum Beispiel eine Ehefrau nicht mehr mitverdienen kann, weil sie ein Kind bekommt? Dann kann nämlich in vielen Fällen das Familienbudget die hohe Belastung durch den Zins nicht mehr tragen.

Ich habe schon einmal angeregt, so fährt GR. Nesset fort, zu prüfen, ob man nicht auf den sozialen Wohnhausbau, auf den Bau billiger Wohnungen, zurückgreifen könnte. Damals wurde geantwortet, daß die Gemeinde Wien noch mehr als bisher zinsteure Wohnungen bauen wird. Heute aber gibt es eine große Zahl von Stimmen, die gerade davor warnen. Wir können diese Warnungen nur unterstreichen.

Trotz den großen Hoffnungen, die man sich in bezug auf die Fertigteilbauweise machte, können heuer von den geplanten 5.000 Wohnungen nur 3.500 fertiggestellt werden. Das ist natürlich kein Bosheitsakt des Amtsführenden Stadtrates, es ist aber bedenklich, sich dabei allzu sehr auf den vergangenen Winter auszureden. Wir wissen ja nicht, was uns zum Beispiel der heurige Winter bringen wird.

Es ist klar, daß es in der Montagebauweise noch Kinderkrankheiten gibt. Es ist aber eine Tatsache, daß es auf diesem Gebiet noch zu mehr als 90 Prozent an wirklich ausgebildeten Fachkräften fehlt. Das ist auch der Grund dafür, daß da und dort gewisse bauliche Fehler an fertigen Objekten vorkommen. Die Lärmempfindlichkeit der in Montagebauweise errichteten Wohnungen ist zum Beispiel größer als in den normalen Wohnungen. Ferner gibt es in den Montagebauwohnungen übergroße Risse an den einzelnen Nahtstellen der Bauteile, Risse an den Fensterrahmen und Türstöcken usw. Hier wird noch eine gewaltige Arbeit der Techniker notwendig sein, damit wir nicht noch mehr enttäuscht werden.

Im weiteren stellt GR. Nesset fest, daß man auch einen Plan für die Sanierung der Althäuser ausarbeiten sollte.

./.

Daß die Anlage von genügend Grünland im Westen Wiens gesichert ist, sei besonders erfreulich. Darüber hinaus aber müßte man darangehen, auch im Norden, Süden und Osten der Stadt eine sinnvolle Grünflächenplanung zu betreiben.

Bei der Durchführung des gesamten Planungskonzeptes wird man sich niemals stur an dieses Konzept halten dürfen. Die Stadt ist kein totes Ding, und daher wird es immer notwendige und sinnvolle Änderungen im Konzept geben müssen.

Der städtebauliche Teil des Planungskonzeptes findet wohl unser aller Zustimmung. Allerdings muß dazu bemerkt werden, daß die Grünflächenplanung gut, aber etwas illusorisch ist. So ist in den Plänen und Bildern des Planungskonzeptes eine ganze Reihe von Grünflächen eingezeichnet, die man durchaus nicht als richtige Grünflächen bezeichnen kann.

Auf die Verkehrsplanung und die Verkehrsbauten übergehend, betont GR. Nesset die Wichtigkeit des Ausbaues der Wiener Donauhäfen, die ja mit dem Bau des Oder-Donau-Kanals und des Rhein-Main-Donau-Kanals eng verbunden sind. Da die Häfen in Anbetracht der Integration Europas einmal von ungeheurer Bedeutung für uns sein werden, müssen jetzt schon alle Maßnahmen getroffen werden, damit ihr Ausbau auch allen späteren Anforderungen gerecht wird.

Wien besitzt ein weitverzweigtes und günstig gelegenes Eisenbahnnetz. Wenn wir eine Weltstadt werden wollen, nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf verkehrstechnischem Gebiet, dann muß dieses Eisenbahnnetz unbedingt in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen werden.

Der Redner verweist darauf, daß bei der Gestaltung des Massenverkehrs das Problem nicht in der Schaffung von Radiallinien, sondern von Querverbindungen liegt. Notwendig wäre es auch, die Trassen der Bundesbahnen in ein großes künftiges Schnellbahnnetz einzubeziehen und Querverbindungen durch Autobusse zu schaffen. Auch die Badner Lokalbahn müßte ausgebaut und in das Wiener Schnellbahnnetz einbezogen werden. Man müßte das Verkehrskonzept einer neuerlichen Überprüfung unterziehen und es den derzeitigen Verhältnissen anpassen.

Als erfreulich bezeichnet der Redner den Umbau der Lastenstraße, der in großzügiger Weise erfolgen soll. Alle diese Bauten dienen aber in letzter Konsequenz nicht so sehr dem Massenverkehr als dem Individualverkehr. Wir legen den Massenverkehr unter die

./.

Erde und erreichen dadurch lediglich eine Steigerung der Fahrgeschwindigkeit von zehn Prozent. Es ist zu hoffen, daß wir diese Geschwindigkeitssteigerung überhaupt beibehalten können.

Zur Citybildung: Das Wachsen einer Stadt macht die Schaffung von Nebenzentren unbedingt notwendig. Man soll Cities aber nicht nur so in die Gegend streuen, sondern in jedem einzelnen Fall prüfen, ob die Bevölkerungsstruktur und die Lage des Stadtteiles ein derartiges Nebenzentrum rechtfertigt. Ob sich das Hietzinger Zentrum mit der geplanten Parkgarage bewähren wird, ist fraglich. Es sei problematisch, in einem Stadtteil mit derartiger Bevölkerungsstruktur und einer villenartigen Verbauung, ein solches Einkaufszentrum zu schaffen. Im Gegensatz dazu hat sich das Nahverkehrszentrum Floridsdorf bereits gut bewährt.

Abschließend stellt der Redner fest, daß wir noch vor gewaltigen Aufgaben stehen, wollen wir doch gemeinsam eine Stadt schaffen, in der sich alle Bürger wohlfühlen. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) verweist darauf, daß er bereits wiederholt auf die Wichtigkeit eines ausreichenden Hochwasserschutzes hingewiesen hat. Nach den ältesten vorhandenen Aufzeichnungen hat es in unserem Stadtbereich bereits im 11. Jahrhundert Hochwässer mit verheerenden Folgen gegeben. Auch in den folgenden Jahrhunderten gab es immer wieder Hochwässer, die unsere Stadt und ihre Bevölkerung bedrohten. Im Jahre 1954 sind wir nur knapp einer Katastrophe entgangen, denn es fehlte nur wenig zur Überflutung der Donauufer. Die meisten Hochwässer bewegten sich in der Größenordnung zwischen 10.000 und 12.000 Kubikmeter pro Sekunde.

Die Donauregulierung ist derzeit nur für 11.000 Kubikmeter pro Sekunde geplant, womit keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann. Wir müssen also anders planen, und vor allem müssen wir die Durchflußmenge wesentlich erhöhen. Nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen ist sie bereits bei 14.000 Kubikmeter angelangt. Aber auch diese Ergebnisse sind durch verschiedene Veränderungen stromaufwärts bereits überholt. Der Redner zitiert einige Stellen aus der Arbeit des Meteorologen Dr. Cehak. Dieser stellt fest, wenn man mit der Risikowahrscheinlichkeit von fünf Prozent arbeitet und den Hochwasserwert der in den nächsten

./.

Schilling aufgewendet werden mußten. Diese Leistung der Straßenbauer müssen wir anerkennen. Kritisch beschäftigt sich GR. Pfoch mit den alarmierenden Zeitungsmeldungen im Zusammenhang mit dem Umbau der Zweierlinie. Er verurteilt die, wie er sagt, provokante Berichterstattung der Zeitungen. Großzügige Umbaumaßnahmen müssen eben Einschränkungen mit sich bringen.

Der Redner rechnet auch vor, daß bei gleichbleibender Zuwachsrate an Kraftfahrzeugen der gesamte Straßenraum Wiens im Jahr 2000 von parkenden Autos verstellt sein würde.

Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeiten beim Straßenbau: Für den Umbau der Adalbert Stifter-Straße mußten 37 Grundfreimachungen vorgenommen werden. 31 Fälle konnten nach Verhandlungen erledigt werden, die Gemeinde zahlte 1,5 Millionen Schilling. Sechs Leute weigern sich jedoch ihr Grundstück freizumachen. Damit sind wir genötigt, langwierige Prozesse zu führen und müssen arge Verzögerungen in Kauf nehmen. Dabei handelt es sich bei diesen Leuten gar nicht um die Grundeigentümer, sondern um Pächter von gemeindeeigenen Grundstücken.

Der Redner wendet sich dann den Fragen des Investitionsvorranges zu. Für die Sozialisten hat eindeutig der Wohnungsbau Vorrang. Die ÖVP sagt das nicht so genau (GR. Mühlhauser, ÖVP: Schauen Sie sich doch meine Rede an!) Es sieht jedoch so aus, als ob die ÖVP den Verkehrsbauten den Vorrang gibt. Wir Sozialisten meinen, daß gut wohnen besser ist als gut fahren. Daher bekommt bei uns der Wohnungsbau das Signal "grün" freie Fahrt! Die Lösung der Verkehrsprobleme hat "gelb" Achtung, und die Demagogie der ÖVP "rot" Halt!

Als nächster Debattenredner kommt GR. Billmaier (SPÖ) zu Wort. Der Redner weist auf Statistiken hin, die anzeigen, daß die Zahl der Bauarbeiter im Abnehmen begriffen ist und stellt die Frage, warum das Baugewerbe auf junge Leute eine so geringe Anziehungskraft ausübe.

GR. Billmaier sieht den Grund dafür, erstens in der Unsicherheit der Beschäftigungslage im Baugewerbe. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Gemeindeverwaltung dafür Vorsorge getroffen hat, daß die Bautätigkeit auch im Winter weitergehen kann. An Wiener Großbaustellen wird im Winter kein einziger Bauarbeiter entlassen werden müssen. Dagegen gibt das Arbeitsamt Bau-Holz andere Ziffern bekannt: dort sind bereits 1.400 Vormerkungen storniert worden.

./.

Auch in den Bundesländern werden zu wenig Vorkehrungen für Winterarbeiten getroffen, weshalb dort der Abbau von Arbeitern noch zunehmen wird.

Eine weitere Ursache liegt in den mangelhaften sozialen Verhältnissen im Baugewerbe. Selbst in einer Zeit technischer Höchstleistungen sind die Unterkünfte für Bauarbeiter oft menschenunwürdig und stehen im Widerspruch zum Dienstnehmer-Schutzgesetz. Bei geeigneten Maßnahmen kann also dem Mangel an Bauarbeitern durchaus abgeholfen werden. So ist für Verzögerungen städtischer Bauvorhaben nicht zuletzt der durch mangelhafte Vorsorge herbeigeführte Bauarbeitermangel verantwortlich zu machen.

Der nächste auf der Rednerliste ist GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP): Demokratie, heißt es, sei Diskussion, Aufeinanderhören und nicht Aneinandervorbeireden. Oft werde der Satz zitiert: Der Mensch sei das Maß aller Dinge. Dies ist richtig, wenn man auch das geistige Maß des Menschen ins Auge fasse. In Amerika seien Fehlplanungen von Städten geschehen, weil nicht auf dieses geistige Maß des Menschen eingegangen wurde.

Das Entscheidende seien vorausschauende Pläne, denn auch der einzelne müsse seine individuellen Planungen mit der Gesamtentwicklung übereinstimmen können. Es käme nicht darauf an, kurzfristige Pläne zu erstellen, die blenden und überrumpeln. Stadtpläne müssen Zeit geben, daß alle sich einordnen können. Auch ist es eine Frage, wie einzelne Projekte vom Publikum "angenommen" werden.

1961 habe die ÖVP einen Antrag zur Stadtplanung eingebracht, der jetzt im Ausschuß besprochen worden sei und im Frühjahr den Inhalt eines Vortrages bilden werde. Der Redner gibt einen Überblick über die voraussichtliche Gliederung dieser Ausführungen und nennt Beispiele aus der Wiener Stadtplanung, die die Wichtigkeit eines logischen Vorranges gewisser Projekte betonen. Auch das Beispiel anderer Städte wird erwähnt, in denen eine logische Reihenfolge städtbaulicher Maßnahmen eingehalten werde. Aus einer solchen Reihenfolge ergibt sich auch eine Negativ-Liste einzelner Vorhaben, die nicht begonnen werden können, bevor andere fertiggestellt sind.

Ein weiteres Problem sei die Kapazitätsfrage, einmal in Bezug auf die Firmenkapazität: So könne etwa beim Brückenbau die Leistungs-

./.

fähigkeit aller in Frage kommenden Firmen ziemlich genau vorausberechnet werden. Weiter sei auch die Finanzkapazität entscheidend. Der Redner betonte, daß seine Absichten nicht auf einen genauen Terminplan ausgingen, dessen Erstellung unmöglich sei. Vielmehr sei das Entscheidende die logische Reihenfolge. Das Tempo hänge dann von vielen Faktoren ab. Als Beispiel wird das Mehrjahres-Programm der Stadt Hannover zitiert, das für je drei "Ratsperioden", also für zwölf Jahre, erstellt werde. Für die laufende Legislaturperiode sei es ziemlich genau, für die weiteren schätze es die Entwicklung ab. Auch in Hannover können die notwendigen Mittel nicht mehr allein aus dem Kommunalbudget oder inneren Anleihen aufgebracht werden, weshalb der Bund zu einer Verteilung der Steuermittel aufgerufen wird, die der Stadt einen größeren Anteil eintrage. Man sieht dort also dieselben Probleme wie bei uns.

Eine ähnliche Zusammenstellung auf lange Sicht wäre auch für die Arbeit des Wiener Gemeinderates förderlich.

Der Redner geht auf einen Artikel im "Neuen Österreich", betreffend die Unterstraßenführung der Tramway ein und erinnert an die Beratungen im Gemeinderat und im Ausschuß VI. Dort sei dem Projekt ein Gutachten zugrunde gelegen, das diese Lösung als die bestmögliche bezeichnete. Allerdings habe die Lösung auch Nachteile. Man wisse vor allem nicht sicher, ob dadurch auch wirklich eine Entlastung der Ringstraße eintreten werde. Ähnliche Hoffnungen seien in anderen Fällen nicht in Erfüllung gegangen.

Ein weiteres Problem betreffe den Generalverkehrsplan, den Vorschlag für ein übergeordnetes Netz unter Einbeziehung der Bundesbahn, der zur Zeit noch fehle. Jedoch konnte es die Gemeindeverwaltung in manchen Fällen nicht verantworten, gewisse Vorhaben noch weiter hinauszuschieben, bis ein solcher Generalverkehrsplan vorliege. Man müsse bedenken, daß schon Jahrzehnte vorher Versäumnisse geschehen seien.

Der Redner weist darauf hin, daß im Falle der Unterstraßentrasse der Zweierlinie jedenfalls soweit vorausgeplant worden sei, daß diese Trasse später einmal auch von einem anderen Verkehrsmittel benützt werden kann.

./.

Auch die Frage der Priorität der Massenverkehrsmittel sei eine Frage der rechtzeitigen Planung. Dadurch könne man sich viel ersparen. Doch über diese Fragen konnte man nach 1945 in diesem Hause lange nicht reden. In diesem Zusammenhang wird auf die zahlreichen Vorarbeiten für die Stadtplanung aus früheren Epochen hingewiesen. Viele dieser Pläne seien heute nicht mehr zeitgemäß, manch anderes dagegen sei verwendbar. Jedenfalls müssen die Unterlagen auf die heutigen Bedürfnisse hin und in einer vorausschauenden, in die Zukunft weisenden Art zusammengefaßt werden. Zu dem von GR. Bock zitierten Investitionsplan der ÖBB bemerkte der Redner, daß dieser im Herbst 1963 veröffentlicht worden sei. (Zwischenruf GR. Bock, SPÖ: Die Beratungen gehen aber schon lange.)

Am Ende seiner Ausführungen verlas der Redner folgenden Beschluß(Resolutions)antrag der Gemeinderäte Dkfm. DDr. Prutscher, Mühlhauser und Schwaiger, betreffend Schaffung von Parkplätzen an geeigneten Stadtbahn- sowie bestehenden und künftigen Schnellbahnstationen: Bei der Flächenwidmung möge Vorsorge getroffen werden, daß an geeigneten Stadtbahn-, bestehenden und künftigen Schnellbahnstationen ausreichende Flächen für Parkplätze freigehalten werden. In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß VI.

Nach den erklärenden Bemerkungen der Antragsteller bezieht sich dieser Antrag auf das in den USA bewährte Park-and-Ride-System zur Vermehrung von Parkraum.

Im Zusammenhang mit der WIG 64, deren Planung und bisherige Arbeit ausgezeichnet seien, erinnert GR. Dkfm. DDr. Prutscher an einen von seiner Fraktion schon früher gestellten Antrag, bei der Gestaltung der Eintrittspreise auch die Rentner und kinderreichen Familien zu berücksichtigen. Der Eintrittspreis sollte also möglichst tief gehalten werden. Ferner müßte man dazu sehen, daß die WIG ein richtiges lärmfreies Erholungsgebiet wird und, was den Lärm betrifft, dem Wurstelprater keine Konkurrenz macht.

Zur Frage der Durchführung von Enteignungen sagte Prutscher, daß man dabei zwischen zwei Gruppen unterscheiden muß: In jenen Fällen, wo ungerechtfertigte und überhöhte Forderungen an die Gemeinde Wien gestellt werden, ist es klar, daß das Gericht in einem Enteignungsverfahren entscheiden muß.

./.

Anders verhält es sich aber mit jenen Fällen, in denen die Existenz der betroffenen Personen in Frage gestellt ist. Bei der Durchführung der Enteignungen ergeben sich des öfteren Schwierigkeiten, die jedoch zumeist am System liegen, mit dem amtsgehandelt und enteignet wird. Hier wäre eine Vorgangsweise vonnöten, die sich nicht nur in Paragraphen und Summen ausdrückt.

Abschließend betont der Gemeinderat, daß das vorliegende Budget eine ganze Reihe von Fortschritten zeigt und die ÖVP-Fraktion daher gerne die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe geben werde.

GR. Planek (SPÖ), der letzte Debattenredner, kommt zunächst auf ein von GR. DDr. Prutscher zitiertes Buch zu sprechen ("Leben und Sterben amerikanischer Städte"), in dem vor Schematismus und voreiliger Planung gewarnt und als Idealbild der Gedanke an den Menschen hingestellt wird. Diese Forderungen, so betont GR. Planek, entsprechen durchaus jenen der SPÖ, deren zentraler Gedanke es sei: "Der Mensch - das Maß aller Dinge".

Jeder Akt der Planung, alles das was realisiert wurde, muß nun in seinen Auswirkungen betrachtet werden. Man kann nicht einfach nach einem Schema die Planung durchführen, nur um diesem Schema zu genügen, sondern man muß sich immer wieder fragen: ist das jetzt menschengerechter, ist das jetzt besser?

Wenn GR. Lust die Meinung vertrete, es sei nicht sehr gut, die Planungsarbeit innerhalb der Verwaltung abzuwickeln, sondern in einem Grenium außerhalb der Verwaltung, dann könne er dieser Meinung nicht beipflichten, stellt GR. Planek fest. Die gegenwärtige Regelung sei viel besser, und in diesem Rahmen werde sich eine Planungsabteilung herausbilden, die ihre Tätigkeit ohne persönliche Auseinandersetzungen werde durchführen können.

Sodann beschäftigt sich der Debattenredner mit den Ergebnissen einer Fragebogenaktion auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Aus diesen Ergebnissen geht unter anderem hervor, daß 85 Prozent der befragten 1700 Bewohner von Gemeindebauten mit der Größe ihrer Schlafzimmer durchaus zufrieden sind.

./.

Ferner lassen die Ergebnisse erkennen, daß man bei der Grundrißplanung bedenken müsse, daß möglichst alle Räume vom Vorzimmer aus erreichbar sind.

Zu der Forderung, ein Assanierungsgesetz eventuell in der Form eines Landesgesetzes zu schaffen, stellt GR. Planek die Frage, ob man sich dabei überlegt habe, daß dies rechtlich kaum möglich sei. Laut Gesetz ist die Enteignung zum Zweck der Assanierung Bundessache. Eine Assanierung ohne Enteignung ist jedoch völlig unwirksam, ja unmöglich. Ein Assanierungsgesetz wird daher nur dann wirksam sein, wenn es ein Bundesgesetz ist.

Sodann regt GR. Planek an, Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit der Planung anzustellen. Dieses Problem stellt völliges Neuland dar, eine Untersuchung dieser Frage aber würde uns vor mancher Fehlplanung bewahren.

Abschließend sagt GR. Planek: Kritik hin, Kritik her - eines muß doch offen gesagt werden: Unerhört viel ist in den letzten Jahren geschehen, unerhört viel geschieht jetzt! Und noch nie ist in unserer Stadt so viel investiert worden wie gerade jetzt!

Stadtrat Heller (SPÖ) dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für die objektive Darstellung der Dinge, die teilweise ergänzende Berichterstattung sowie für die positive Kritik, die geübt wurde. Die jüngste Fraktion dieses Hauses bittet er jedoch, sich in Hinkunft mit den Problemen des Städtebaues besser vertraut zu machen. Es wurde nämlich an einigen Bauten Kritik geübt, für die die Stadtverwaltung überhaupt nicht verantwortlich ist. Das gilt unter anderem auch für den Donauturm, für den Hotelbau am Kahlenberg und auch für das Einkaufszentrum Hietzing. Dieses Einkaufszentrum ist ja nicht einmal noch fertig, man kann also jetzt noch gar nicht behaupten, ob es sich bewähren wird. Die EKAZENT, der Bauherr für dieses Einkaufszentrum, hat sich aber vor der Planung über seine Zweckmäßigkeit genau informiert.

Zur Überforderung der Baukapazität: Es wäre sicherlich zweckmäßig und richtig, wenn es endlich zu einer Koordinierung der öffentlichen Bautätigkeit käme. Leider hat das Handelsministerium diesbezügliche Vorschläge als "bolschewistische Dirigierungsmethoden" bezeichnet und abgelehnt.

Der Engpaß in der Planung liegt nicht in zu geringen Geldmitteln, sondern in der zu geringen Zahl freischaffender Fach-

./.

leute. Es ist zu hoffen, daß dieses Manko in den nächsten Jahren ausgeglichen werden kann. Es wird auch nicht möglich sein, mehr Aufträge an Zivilingenieure zu vergeben, da auch diese vollkommen ausgelastet sind. In diesen Jahr wurden von der Stadt Wien 43 Zivilingenieure beschäftigt.

Die Einsetzung eines Planungsdirektoriums erachtet der Referent als unzweckmäßig. Die Generallinie für unsere Planungen gibt in erster Linie der Gemeinderat und die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission. So hat zum Beispiel der bekannte deutsche Städteplaner Professor Umlauf kürzlich festgestellt, daß die städtebauliche Gesamtplanung eine typische Verwaltungsaufgabe und daher weisungsgebunden sei. Die Gestaltung der einzelnen Bauwerke sei dann das Aufgabengebiet der Architekten. Es wäre nicht zweckmäßig, wenn wir die Stadtplanungsabteilung weisungsungebunden machen würden.

Bezüglich des Nordbahnhofgeländes und über die Möglichkeit einer eventuellen Absiedlung wurde ein Gutachten des Institutes für Raumplanung ausgearbeitet. Dieses Gutachten wurde den Bundesbahnen zum Studium übermittelt.

Der Redner erachtet es als bedauerlich, wenn unsere eigene Arbeit oft als unzulänglich bezeichnet und das Ausland als Vorbild herangezogen wird. Er selbst konnte bereits wiederholt feststellen, wie sehr die Leistungen der Stadt Wien im Ausland anerkannt werden. Auch in anderen Ländern und Städten gibt es Schwierigkeiten auf dem Bausektor. Wenn Rußland als Vorbild für die vollständige Erfüllung seines Wohnbauprogrammes hingestellt wurde, kann man dazu nur sagen, daß wir froh sind, daß unsere Bauarbeiter bei besonders extremen Temperaturen nicht auf der Baustelle arbeiten müssen.

Zu den Montagebauwohnungen: Der Referent bezweifelt, daß der Diskussionsredner die Montagebauwohnungen tatsächlich selbst besucht hat. Es konnten in den Wohnungen keinerlei Risse festgestellt werden. Auch die Schalldämmung und der Wärmeschutz sind dort wesentlich besser als bei sämtlichen Wohnungen der traditionellen Bauweise.

./.

Die technische Prüf- und Versuchsanstalt hat sogar festgestellt, daß die Schalldämmung der Montagebauwohnungen zumindest jener für Krankenhäuser verwendeten entspricht. Die Anfangsschwierigkeiten waren bei der Montagebau-Gesellschaft natürlich groß. Die dort angesetzten Arbeiter konnten sich nur schwer an die Arbeit in der Fabrikshalle gewöhnen, und es haben sich daraus Probleme zwischen der Geschäftsführung und den Arbeitern und Angestellten ergeben. Die Probleme konnten jedoch in einer Aussprache geklärt werden. Jetzt herrscht dort ein gutes Betriebsklima.

Zu den Verkehrsfragen: Der Generalverkehrsplan ist für den Individualverkehr im wesentlichen fertig. Nach einem Beschluß der Gemeinderätlichen Planungskommission soll nun auch die Nordeinfahrt in unsere Stadt autobahnmäßig ausgebaut werden, und zwar bis zum Anschluß Döblinger Gürtel. Über Pläne für den öffentlichen Massenverkehr finden noch immer Gespräche statt. Bei der Lösung dieses Problems handle es sich keineswegs um parteipolitische Dinge. Die Gespräche müssen nur vertraulich geführt werden, weil öffentliche Mitteilungen unliebsame wirtschaftliche Auswirkungen haben könnten. 1964 werden wir uns sicherlich mit dem Generalverkehrsplan für den öffentlichen Massenverkehr beschäftigen können. Alle jene Dinge, die auf diesem Gebiet jetzt schon geschehen, werden in diesen Generalverkehrsplan hineinpassen.

Den Antrag der GRe. Dkfm. DDr. Prutscher, Mühlhauser, und Schwaiger, empfiehlt der Referent dem Gemeinderatsausschuß VI zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Mit dem Parkproblem beschäftigen wir uns schon seit vielen Jahren. Wir haben nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt, sondern sind zur Tat geschritten. Mit Hilfe der Stadt Wien wurden die Parkgaragen Schottentor, Neuer Markt und Am Hof errichtet.

Heller teilt ferner mit, daß gemeinsam mit Privatinteressenten Pläne für neue Parkgaragen beim Messepalast, unter dem Rudolfsplatz, Georg Coch-Platz und Petersplatz entw rfen wurden.

Zu der Kritik an der Koordinierung einiger Straßenbauvorhaben bemerkt der Referent, er habe oft berichtet, wo die Schwierigkeiten bei der Durchführung liegen.

Die Einsparungen durch den Schnellbahnbetrieb bringen nach Auskunft der Verkehrsbetriebe eine 20prozentige Ersparnis an Straßenbahnzügen.

./.

Hochwasserschutz: Er dürfe sagen, daß die Prognosen von Dr. Cehak von den Hydrologen nicht anerkannt werden. Sie lehnen diese Theorie rundweg ab. 14.000 Kubikmeter pro Sekunde wurden als oberste Grenze einwandfrei anerkannt. Die Niederösterreicher und das Bundesstrombauamt rechnen sogar mit nur 12.000 Kubikmeter. Er sei jedenfalls nicht der Meinung, daß wir uns in Wien für eine Sintflut einrichten sollen.

Abschließend erklärt Stadtrat Heller, der Wiener Gemeinderat hat uns wieder vor neue, große, schöne und schwierige Aufgaben gestellt. Wir werden sie nur dann meistern können, wenn wir miteinander und nicht nebeneinander oder gar gegeneinander arbeiten. Daß das nächste Jahr ein Wahljahr ist, soll die sachliche Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS).

Einstimmiger Dank für einstimmigen Parlamentsantrag

Stadtrat Heller gibt hierauf noch folgende Erklärung ab: "Im Zusammenhang mit dem gestrigen Beschluß des Parlaments haben mich die Fraktionsführer aller in diesem Haus vertretenen Parteien gebeten, Ihnen einen Antrag folgenden Inhalts vorzulegen:

"Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1963 einen von Abgeordneten aller im Nationalrat vertretenen Parteien eingebrachten Entschließungsantrag angenommen, demzufolge der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau ersucht wird, bereits jetzt in der Novelle 1963 zum Bundesstraßengesetz die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die durch Wien führenden künftigen Autobahnstraßen festgelegt werden. Außerdem sollen Wiener Landesstraßen, die für den Durchzugsverkehr im Sinne des Bundesstraßengesetzes Bedeutung haben, in die Verwaltung des Bundes übernommen werden.

Mit der Annahme dieses Antrages durch den Nationalrat ist den langjährigen Bestrebungen des Wiener Gemeinderates, aber auch den Bemühungen des Bürgermeisters der Stadt Wien, der immer wieder auf die krasse Benachteiligung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet hingewiesen hat, ein erster Erfolg zuteil geworden. Der unerträgliche Zustand, daß von den rund 9.300 Kilometer Bundesstraßen in ganz Österreich innerhalb Wiens nur 15 Kilometer vom Bund verwaltet werden, wird damit gemildert werden.

Die unterfertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 36 Abs.3

./.

der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

Beschluß-(Resolutions-)Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien nimmt die vom Nationalrat gefaßte Entschließung über die Festlegung der durch Wien führenden künftigen Autobahnstraßen sowie über die Übernahme von Wiener Landesstraßen in die Verwaltung des Bundes mit Genugtuung zur Kenntnis. Der Wiener Gemeinderat erwartet, daß die berechtigten Forderungen in vollen Ausmaß erfüllt werden."

Der Antrag ist unterzeichnet von den Gemeinderäten Dr. Stemmer (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP), Lauscher (KLS) und Dr. Schmidt (FPÖ). - Eine einmalige Demonstration des einheitlichen Willens aller Wiener Gemeinderäte, die Interessen der Bundeshauptstadt vorbehaltlos zu vertreten.

Der gemeinsame Antrag der vier im Gemeinderat vertretenen Parteien wird selbstverständlich einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung über die Gruppe Bauwesen werden die Ansätze des sechsten Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Parkplätze) wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Dipl.-Ing. Hengl unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Freitag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Lakowitsch (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Rindernachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 2 Stiere, 1 Kuh, Summe 5. Polen: 1 Stier, 10 Kühe, Summe 11. Gesamtauftrieb: 2 Ochsen, 3 Stiere, 11 Kühe, Summe 16. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Die inländischen Rinder notierten zu Hauptmarktpreisen. Polnische Stiere notierten zu 12.50 S, polnische Kühe zu 9.10 S.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 191 Stück, Polen 98. Gesamtauftrieb: 289 Stück. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, polnische Schweine notierten zu 14 bis 14.50 S.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 46 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.20 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

1

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Otto Wagner-Ausstellung in Darmstadt

13. Dezember (RK) Das Hessische Landesmuseum in Darmstadt zeigt gegenwärtig die Ausstellung "Otto Wagner, 1841 bis 1918 - Das Werk des Wiener Architekten", eine Exposition, die bis 2. Februar dem Publikum zugänglich bleibt. Es handelt sich hierbei um die Wiener Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien im vergangenen Sommer, die zur Gänze von Darmstadt übernommen worden ist. Der umfangreiche Katalog, den das Hessische Landesmuseum zu diesem Anlaß herausgab, wird deshalb durch ein Vorwort des Wiener Museumsdirektors Dr. Franz Glück eingeleitet und enthält die eingehende Darstellung des Lebenswerkes von Otto Wagner, die von Otto Antonia Graf anläßlich der Vorbereitung der Wiener Ausstellung veröffentlicht worden ist.

Das besondere Interesse, das Darmstadt dem Wiener Architekten Otto Wagner entgegenbringt, wird durch die dortigen Arbeiten des Wagner-Schülers Olbrich erklärt. Olbrich schuf auf der Mathildenhöhe bedeutende Bauwerke, die alle Verheerungen des zweiten Weltkrieges überdauert haben.

\- - -

Kreditverein senkt Zinsen ab 1. Jänner

Ein Beitrag zur Förderung von Handel und Gewerbe

13. Dezember (RK) Der Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wird ab 1. Jänner 1964 eine Zinsfußsenkung bei Gewerbekrediten und Personalkrediten vornehmen.

Der Zinssatz für Gewerbekredite bis 250.000 Schilling bleibt mit 6.5 Prozent unverändert.

Der Zinssatz für Gewerbekredite über 250.000 Schilling wird um ein Prozent auf 7.5 Prozent gesenkt.

Ebenso ist eine Senkung des Zinsfußes für Gewerbekredite über 500.000 Schilling um ein halbes Prozent auf acht Prozent geplant.

Diese Zinsfußsenkung stellt zweifellos einen echten Beitrag zur Förderung des Wiener Handels und Gewerbes dar.

Durch die Bereitstellung weiterer zehn Millionen Schilling an Kreditmitteln durch die Stadt Wien, können dem Wiener Handel und Gewerbe neuerlich Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionskredite werden durch den Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zu einem Zinssatz von vier Prozent vergeben.

Im Rahmen dieser seit längerer Zeit laufenden Kreditaktion wurden bereits 110 Millionen Schilling zur Modernisierung von Betrieben bewilligt, die zur Erneuerung von Portalen und Geschäftseinrichtungen, aber auch zum Ankauf von Maschinen Verwendung fanden.

Die Personalkredite an Arbeiter und Angestellte werden nunmehr einheitlich mit siebeneinhalb Prozent verzinst.

\- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

13. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, 18. Dezember:

16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock.

Freitag, 20. Dezember:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

\- - -

Bücher für Wiens Schuljugend

13. Dezember (RK) In Fortsetzung des Ankaufes eines für Wiens Schuljugend geeigneten Europabuches hat der Gemeinderatsausschuß III in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Erwerb von 7.150 Exemplaren der Publikation "Unser Europa" zu genehmigen. Damit sollen die Schüler der vierten Klassen der Wiener Haupt- und Sonderhauptschulen noch vor Jahresende 1963 beteilt werden. Der Inhalt des Buches ist für den Unterrichtsgebrauch bis Ende des laufenden Jahres bestimmt.

Der Gemeinderatsausschuß III hat gleichzeitig für die vierten Klassen der Volks- und Sondervolksschulen den Ankauf von 3.000 Exemplaren des Sprachbuches: "Gut sprechen! Richtig schreiben! Scharf denken!" gebilligt. Für beide Publikationen ist ein Kostenerfordernis von rund einer halben Million Schilling anzunehmen.

\- - -

60. Geburtstag von Willi Bouffier

13. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet Hochschulprofessor Dr. Willi Bouffier das 60. Lebensjahr.

Er wurde in Frankfurt am Main geboren, wo er Rechts- und Staatswissenschaften studierte. Seit 1928 wirkte er an der Hochschule für Welthandel in Wien und habilitierte sich für Betriebswirtschaftslehre. 1938 wurde er aus dem Hochschuldienst entfernt und 1945 reaktiviert. Seit 1946 ist er Ordinarius. Er leitete zunächst das Institut für Kleingewerbsforschung und wurde später Vorstand des Institutes für industrielle Betriebswirtschaft. In den Studienjahren 1949/50 und 1950/51 bekleidete er die Rektorswürde. Bouffier hat teils in Buchform, teils in Beiträgen für Fachzeitschriften zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Sein besonderes Augenmerk gilt der Kostenrechnung. Er ist auch Herausgeber der Zeitschrift "Der Österreichische Betriebswirt".

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

13. Dezember (RK) Am siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) erstattete das Referat.

Der Referent gab einen Überblick über die Leistungen der zu seiner Geschäftsgruppe gehörenden Magistratsabteilungen.

Die Magistratsabteilung 20, Plan- und Schriftenkammer: Die im Jahre 1961 begonnene Adaptierung der Arbeitsräume wurde heuer beendet und die Modernisierung der Anlage im großen und ganzen abgeschlossen. Der umfangreichen Bautätigkeit und Planung des Stadtbauamtes entsprechend, ist der Bedarf an Plänen und Karten sehr groß. Heuer werden etwa 4.000 Karten an die technischen Dienststellen ausgegeben werden, der Jahresumsatz der Lichtpaus- und Plandruckanstalten wird sich in der Höhe des vorjährigen Umsatzes bewegen und 1,4 Millionen Schilling ausmachen.

Die Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung: Nach der Beendigung der Elektrifizierung der gesamten Wiener Gasbeleuchtung und der neuen Beleuchtung der Wiener Ringstraße galt es im Jahre 1963 in Zusammenarbeit mit der Straßen-, Brücken-, Gartenbauabteilung zahlreiche Neu- und Umbauten der Straßenbeleuchtung durchzuführen. Davon sind vor allem zu nennen: die neue Beleuchtung der Donaukanalstraßen, der dritten Donaubrücke, der Donaukanalbrücke, der Hadikgasse, des Flötzersteiges.

Durch diese Arbeiten wurde die Straßenbeleuchtung in Wien um 10.000 Lampen in 3.500 Lichtstellen (Leuchten) vermehrt.

Ende 1963 werden daher 118.500 elektrische Lampen in 90.500 Leuchten in Betrieb sein.

Besonders bemerkenswert ist für 1963 die Mitwirkung an der WIG - Ausstellung (Seebühne usw.) und an drei neuen Gashochdruckleitungen im 23. Bezirk.

Und nun zu den nächsten Planungen auf dem Gebiete der Straßenbeleuchtung: Es ist gelungen, ab 1964 ein finanziell und personell separat dotiertes Fünfjahresprogramm zur Verbesserung der bereits-

./.

unzulänglichen und veralteten Glühlampenbeleuchtung in den verkehrswichtigeren Straßen der Innenbezirke sicherzustellen. Im Zuge der Durchführung dieses Programmes werden rund 8.000 moderne Leuchten mit etwa 14.000 Lampen gesetzt werden können. Auf diese Weise werden beispielsweise die Schottengasse - Herrengasse - Augustinerstraße, die Obere Donaustraße, Ungargasse und Erdbergstraße, Prinz Eugen-Straße, Argentinierstraße, Reinprechtsdorfer Straße, Gumpendorfer Straße, Lerchenfelder Straße, Skodagasse, Nußdorfer Straße, Favoritenstraße, Geiselbergstraße, Hetzendorfer Straße, Hietzinger Hauptstraße, Hütteldorfer Straße, Sechshauser Straße, Neulerchenfelder Straße, Hernalser Hauptstraße, Gersthofer Straße, Billrothstraße, Klosterneuburger Straße usw. innerhalb der nächsten fünf Jahre verkehrsgerecht neu beleuchtet werden können.

Im übrigen wird sich das Straßenbeleuchtungsprogramm sehr eng an das Straßenbauprogramm, an das Wohnungs- und Gartenbauprogramm 1964 anschließen müssen.

Besonders erwähnenswert aus dem künftigen Straßenbeleuchtungsprogramm sind: Die Beleuchtung des Kaisermühlendammes zwischen Reichsbrücke und Floridsdorfer Brücke mit Natriumdampflampen, die Beleuchtung des Wasserparkes, die Vorarbeiten zur Neubeleuchtung der Lastenstraße (Zweierlinie) einschließlich des Verkehrsbauwerkes Mariahilfer Straße - Getreidemarkt, die neue Beleuchtung der neugestalteten Bundesstraße 1 im Wiener Bereich und die Beleuchtung der neuen Verkehrsfläche in Neu-Kagran (Montage-Bau).

Die Magistratsabteilungen 35, 36 und 37, Baupolizei: Eine Reihe von bemerkenswerten öffentlichen Bauvorhaben wurde behandelt. Das Problem Schallschutz wurde eingehend studiert. An den Normen für Holzwohnhäuser und Schüttbauweise wurde maßgeblich mitgearbeitet, ebenso an der Novellierung der Bauordnung, zu der zahlreiche Anregungen gegeben wurden.

./.

Für die inneren Bezirke Wiens (1 bis 9 und 20) wurden im Berichtsjahr Baubewilligungen für die Errichtung von 1.312 Wohnungen erteilt, was gegenüber dem Vorjahr ein Sinken von mehr als 50 Prozent bedeutet. Trotz der Vermehrung der Zahl der erteilten Baubewilligungen im Ausmaß von mehr als sechs Prozent ist die Zahl der Wohnungen, auf die sich diese Baubewilligungen beziehen, ganz bedeutend zurückgegangen. Darin zeigt sich, daß gegenüber den Vorjahren viel weniger Wohnungen und dafür mehr Büro- und Geschäftsräume gebaut werden.

In den äußeren Bezirken Wiens (10 bis 19 und 21 bis 23) ist das stärkere Sinken der Benützungsbewilligungen auffallend, das auf eine weitere Verlangsamung der Baufertigstellungsarbeiten zurückzuführen ist.

Es wurde die Herstellung von 4.890 Wohnungen bewilligt und 4.190 Privatwohnungen und 2.740 Gemeindewohnungen der Benützung übergeben.

Als Maßnahme gegen das "Wilde Bauen" wurde die im Vorjahr begonnene Aktion, an Samstagen durch Überstundenleistungen Überwachungsfahrten durchzuführen, auch heuer in den Randbezirken fortgeführt. Im Zuge dieser Aktion wurde in 17 Fällen Baumaterial beschlagnahmt. Die eingesetzten Beamten waren dabei mehrmals Beschimpfungen ausgesetzt. Ihr pflichtgemäßes Vorgehen wurde auch zum Gegenstand von Beschwerden gemacht. Wie sich jedoch die Stadtbaudirektion durch Entsendung eines leitenden Beamten zu solchen Aktionen überzeugen konnte, waren alle Anwürfe völlig unbegründet. Das korrekte Vorgehen der Amtsorgane wurde bestätigt. Es muß jedoch neuerlich in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Überwachungsaktionen an Samstagen zwar erfolgreich sind und ein Zurückgehen der unbefugten Bauführungen in manchen Gebieten beobachtet werden konnte, daß ein wirklich durchgreifender Erfolg aber einzig und allein erzielt werden kann, wenn die seit Jahren immer und immer wieder beantragte Vollstreckung von Abtragungsaufträgen im Wege der Ersatzvornahme in einer Mehrzahl von Fällen tatsächlich erfolgen würde. Derzeit werden zufolge Personalmangels Einzelfälle aufgegriffen und Baumaterialien beschlagnahmt. Alle durch diese dünne Kette geschlüpften "Schwarzbauer" wiegen sich auf Grund der jahrelangen Praxis in der Sicherheit, daß ihnen nichts mehr zustoßen könne.

./.

Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar und kann auch durch äußerst zögernd und milde geführte Strafamtshandlungen nicht gebessert werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an alle Mitglieder dieses Hauses abermals die Bitte richten, die Maßnahmen der Magistratsdienststellen nicht durch Interventionen zu verhindern oder zu verschleppen. Die Aktion gegen das "Wilde Bauen" wird im nächsten Jahr jedenfalls weitergeführt werden.

Die Magistratsabteilung 39, Städtische Prüf- und Versuchsanstalt: Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt war im laufenden Jahr ebenso intensiv beschäftigt wie in den Vorjahren. Die durch den langen, kalten Winter verzögerten Prüfanträge für Güteprüfungen von Baustoffen wurden später wieder aufgeholt. Die Leitung der Anstalt ist bestrebt, die Zusammenlegung aller Unterabteilungen zu erreichen, da eine Neuanlage der Prüfanstalt in größerem Ausmaß und eine Modernisierung der Prüfanlagen auf den derzeitigen Stand der Technik unbedingt erforderlich ist. In Zusammenarbeit mit der Stadtbauamtsdirektion wurde auch bereits ein günstig gelegener Bauplatz gefunden, der auch späterhin Ausbaumöglichkeiten gestatten würde.

Die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten: Die Arbeit dieser Magistratsabteilung wird in der Öffentlichkeit nach wie vor wenig wahrgenommen, obwohl sie im eminenten Interesse der Stadtverwaltung gelegen ist. Auch für verschiedene Bundesdienststellen führt diese Abteilung Grundschätzungen durch.

Die Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung: Es gibt kaum eine Dienststelle der Stadt Wien, die nicht mittelbar oder unmittelbar die Tätigkeit der Stadtvermessung benötigen würde. Sie besteht nicht nur in der Anfertigung der Planunterlagen für die Projektierung aller städtischen Bauvorhaben und in der ständigen vermessungstechnischen Mitarbeit bei der Ausführung dieser Projekte, sondern ist viel weiter gespannt: Die Arbeit an den Festpunktnetzen für Lage- und Höhenangaben machen es allen Vermessungstätigen überhaupt erst möglich, solche Messungen wirtschaftlich durchzuführen und miteinander in Beziehung zu bringen. Die Stadtvermessung hat auch alle kartographischen Arbeiten für den Bedarf der Stadtverwaltung durchzuführen. Wegen mancher Unter-

./.

lassungen unserer Väter und Großväter, ist dieser Bedarf sehr groß; es wird der Anstrengungen vieler Jahre, des Einsatzes der modernsten Hilfsmittel und auch zusätzlichen Personales bedürfen, um hier, zum Teil wenigstens behelfsmäßig, der Stadt Wien alle kartographischen Erzeugnisse zur Verfügung zu stellen, deren eine zeitgemäße Stadtplanung und Stadtverwaltung bedarf.

Mit Rationalisierungsmaßnahmen läßt sich manches erreichen, wie aber steht es mit der Anwendung der Automation? Diesbezüglich ist in unserer Stadtvermessung schon einiges geschehen: Seit vielen Jahren werden optische Hochleistungs-Distanzmesser mit automatischer Reduktion verwendet, die Mehrzahl der Höhenbestimmungen wird mit automatisch horizontierenden Nivelliergeräten ausgeführt, das photogrammetrische Auswertegerät ist als Analogierechengerät zumindest als Halbautomat anzusehen. Auch manche moderne Reproduktionsverfahren sind Mittel zur vermessungstechnischen Automation. Mit der Anwendung von programmgesteuerten elektronischen Rechenanlagen konnte noch nicht begonnen werden; es wird versucht, die Rechenanlage der Magistratsdirektion hierfür heranzuziehen, doch scheint dies recht schwierig zu sein, da diese Anlage zunächst nicht für die Bewältigung mathematisch-geodätischer Aufgaben eingerichtet ist. Eingehende Studien und Versuche zusammen mit der Magistratsdirektion sind im Gange, um den zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten Weg zu finden, um die umfangreichen und zeitraubenden vermessungstechnischen Berechnungen zumindest teilweise zu automatisieren. Auch auf diesem Gebiet konnte schon ein erster Teilerfolg erreicht werden; die gesamten Berechnungen für das neue Wiener Höhen-Festpunktnetz wurden mit der elektronischen Rechenanlage durchgeführt, wofür sonst ein Vermessungstechniker mindestens drei Monate gebraucht hätte! Allerdings war hier auch am ehesten ein Erfolg zu erwarten, da diese Aufgabenstellung geradezu der bestehenden Anlage angepaßt ist.

Soweit dies heute voraussehbar ist, werden 1964 unter anderem folgende größere Arbeiten durchzuführen sein: Die vermessungstechnische Mitarbeit bei der Tiefführung der Straßenbahn an der "zweier Linie" und am Margaretengürtel einschließlich aller damit zusammenhängenden Baumaßnahmen wird viele Kräfte binden. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr soll ein neuer "Feuerwehrplan" be-

./.

gonnen werden und für den Bedarf der Wasserwerke ist der generelle Rohrnetzplan neu herzustellen. Für generelle Überlegungen zur optimalen Verkehrsgestaltung am Gürtel werden großmaßstäbliche Luftbildauswertungen durchzuführen sein, die Befliegung soll in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe: Der Friedhofsbetrieb wird auch heuer wie in den vorhergegangenen Jahren sämtliche Ausgaben einschließlich der Personalkosten, der Investitionen und der Wertabschreibungen aus eigenen Einnahmen decken. Dies gilt sowohl für den Hoheitssektor als auch für die beiden Gewerbebetriebe Städtische Friedhofsgärtnerei und Städtische Steinmetzwerkstätte.

Für die Graböffnungen, welche seinerzeit ausschließlich von eigenem Personal ausgeführt worden sind, mußten in den letzten Jahren fallweise Firmen herangezogen werden, da das Beerdigungspersonal immer schwerer auf dem notwendigen Stand gehalten werden kann. Im laufenden Jahre beträgt der Ausfall etwa 30 Prozent, wobei die zu bewältigende jährliche Erdbewegung im letzten Jahrzehnt von 42.000 auf 48.000 Kubikmeter gestiegen ist. Eine gewisse Erleichterung brachte der Einsatz von automatischen und motorisch angetriebenen Aufbruchgeräten, welche jedoch nur bei steinigem und gefrorenem Boden verwendet werden können. Infolge dieser Entwicklung haben sich die Kosten der Beerdigungsdurchführungen innerhalb von vier Jahren fast verdoppelt.

Die Instandhaltung und Pflege der einzelnen Grabstellen wird, sofern dies nicht von den Benützungsberechtigten selbst erfolgt, von der städtischen Friedhofsgärtnerei und privaten Friedhofsgärtnern besorgt. Die seit Jahren immer kleiner werdende Zahl der verfügbaren gärtnerischen Arbeitskräfte hat zu einer Verminderung der Firmenanzahl und ihrer Leistungskapazität geführt. Die Gesamtzahl der gepflegten Gräber in den Friedhöfen sinkt deshalb immer mehr.

Die Kosten der Reinigung und Einhaltung der Friedhöfe steigen dauernd und wirken sich insbesonders bei der Abfuhr der verdorrten Kranz- und Blumenspenden für Begräbnisse aus. Deren Menge hat sich seit etlichen Jahren mehr als verfünffacht. Platzmangel und fortschreitende Verbauung des Geländes um die Friedhöfe lassen ein

./.

Verbrennen der Abfälle in den Friedhofsbereichen selbst fast nicht mehr zu und tragen somit zum Wachsen der Transportkosten wesentlich bei. Da in der neuen Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig derzeit Friedhofsabfall noch nicht angenommen wird, muß mit einem weiteren Steigen der Beförderungsausgaben gerechnet werden.

Bei den Friedhöfen Ober-Laa und Atzgersdorf wurden Teile der gewidmeten Erweiterungsflächen eingefriedet. Die gesamten östlichen und südlichen Erweiterungsflächen des Baumgartner Friedhofes wurden einbezogen sowie Teile der eingefriedeten unbelegten Flächen des Urnenhaines der Feuerhalle und der Friedhöfe Ober-St. Veit, Hernals, Neustift, Sievering, Jedlesee, Stammersdorf, Kagran, Aspern, Inzersdorf und Mauer durch die Herstellung von Wasserleitungen, Straßen, Wegen und Gräberfeldern teilweise ausgebaut. Im Südwestfriedhof wurde der Urnenhain vergrößert und in den Urnenmauern der Feuerhalle, des Stammersdorfer und des Inzersdorfer Friedhofes neue Urnennischen hergestellt. Im Wiener Zentralfriedhof wurden die Arbeiten zur Instandsetzung der Arkaden und Kolumbarien fortgesetzt und mit der Renovierung der Unterkirche begonnen. In den aufgelassenen Schachtgräbergruppen fünf und neun sind neue Flachgräber angelegt und ein Teil der Gruppe 40 für die Schaffung von ehrenhalber gewidmeten Gräbern und einer Anlage für Bombenopfer vorbereitet worden. Um den Betrieb der Gärtnerei von der öffentlichen Wasserversorung unabhängig zu machen, wurde ein vorhandener Brunnen aktiviert, mit einer elektrischen Pumpe versehen und ein eigenes Versorgungsnetz installiert. Außerdem wurden ein Gewächshaus gründlich renoviert und die Straßen des Parkplatzes beim Tor IX asphaltiert. Bezüglich der Umfassungsmauer zwischen dem Urnenhain der Feuerhalle und dem Neugebäude wurde eine Klärung insofern herbeigeführt, daß Störungen durch die im letztgenannnten Objekt untergebrachten Betriebe ausgeschaltet wurden. Durch die Eröffnung der neuen Umfahrungsstraße kann nunmehr der Arkadenhof der Feuerhalle vom Fahrzeugverkehr freigehalten werden. Der Seeschlachtgraben im Simmeringer Friedhof wurde vollkommen zugeschüttet und auf der neu gewonnenen Fläche mit der Anlage von Gräbern begonnen. Im Herbst 1963 konnten endlich die südlichen Erweiterungsgründe des Südwestfriedhofes übernommen werden. Die Sanierung alter Gräbergruppen und die Wiederbelegung eingezogener verwahrloster Gräber im Hietzinger Friedhof wurde fortgesetzt.

./.

Die Kanzleiräume des Baumgartner Friedhofes und die Schauseiten der Aufbahrungskapelle im Ottakringer Friedhof wurden vollständig renoviert. In der Gärtnerei Hernals wurden ein Glashaus und die Wasserleitung instandgesetzt. Die Bauarbeiten für die Vergrößerung der Hallen in den Friedhöfen Jedlesee und Rodaun wurden beendet. Bei beiden Objekten wurden eigene Altarnischen, Priester- und Trägerräume sowie Leichenkühlanlagen neu geschaffen. Im Friedhof Siebenhirten wurde die baufällige Halle durch eine kleine neue ersetzt. Die Sanierungsarbeiten an den alten Gräbergruppen im Friedhof Groß-Jedlersdorf wurden fortgesetzt und im Liesinger Friedhof die letzte solche Gruppe umgestaltet. Im Stammersdorfer Zentralfriedhof sind neue Personalunterkünfte und eine neue Klosettanlage auf der Erweiterung hergestellt worden. Die Bezirksleichenkammer in 18, Semperstraße, wurde wegen zu geringer Frequenz aufgelassen und das Objekt an die Magistratsabteilung 48 übergeben.

Die ständig zunehmende Bautätigkeit, der Ausbau des Verkehrsnetzes und die steigenden Grundpreise erschwerten die Sicherstellung der notwendigen Erweiterungsflächen. Es wurden daher folgende Maßnahmen vorgeschlagen, die schließlich auch genehmigt wurden:

Verminderung der ersten Laufzeit eines Grabes von 15 auf zehn Jahre, Erhöhung des Normalbelages von drei auf vier Leichen, Erneuerungsverbot für ein Grab, in welchem 25 Jahre lang keine Beerdigung erfolgte, Einstellung der Grabvergebung auf Friedhofsdauer und Einziehungsmöglichkeit von bestehenden verwahrlosten Friedhofsdauergräbern. Damit konnte vorerst der jährliche Bedarf an neuer Friedhofsfläche von 80 bis 90.000 Quadratmeter auf 15 bis 16.000 Quadratmeter gesenkt werden.

Zur Lösung des Friedhofsproblemes fiel die Entscheidung zu Gunsten einer Zwischenlösung mit 18 Friedhofssperren und 21 Friedhofserweiterungen. Dieses Projekt ist in Ausarbeitung und wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden. Es wird bereits die nach modernen Gesichtspunkten entwickelten Strukturpläne der zu vergrößernden Friedhöfe zeigen. Für die Gräberfelder sind im wesentlichen Rahmenbepflanzungen vorgesehen, welche Flach- und Rasengräber mit niedrigen Gedenkzeichen umschließen sollen. Die erforderlichen

./.

Richtlinien hierfür wurden schon vor etlichen Jahren in die Friedhofsordnung eingebaut und bereits auf die bisher erschlossenen neuen Beerdigungsflächen angewendet.

Im Jahre 1964 sind folgende größere Arbeiten vorgesehen: Umbau der Aufbahrungshalle Ober-St. Veit und Atzgersdorf, Vergrößerung der Halle im Stammersdorfer Zentralfriedhof, Renovierung der Bezirksleichenkammer im 10. Bezirk und Errichtung einer Kühlanlage. Fassadenrenovierung des rechten Verwaltungsgebäudes im Wiener Zentralfriedhof. Fertigstellung der Eigenwasserversorgung in der Zentralfriedhofsgärtnerei, Ausgestaltung des Platzes zwischen dem alten und neuen Eingangstor bei der Feuerhalle, Regulierung der Haupteingänge in die Friedhöfe Dornbach, Aspern und Atzgersdorf, Einbeziehung und Aufschließung eines Teiles des südlichen Erweiterungsgebietes des Südwestfriedhofes, Fortsetzung der Aufschließungsarbeiten auf den Erweiterungen der Friedhöfe Baumgarten, Neustift, Sievering, Jedlesee, Stammersdorf, Kagran, Aspern und Mauer, Ausbau und teilweise Erneuerung der Wasserversorgungsnetze in verschiedenen Friedhöfen sowie Instandsetzung von Straßen und Wegen.

Die Entwicklung des Friedhofswesens bezieht sich auch auf die Gestaltung der Friedhöfe. Bereits jetzt bestehen gewisse Bestimmungen, die allerdings nur auf den Erweiterungsflächen unserer Friedhöfe zur Anwendung kommen können. Es geht uns hier nicht darum, einer "modernen" Gestaltung Raum zu geben, sondern wir wollen die Friedhöfe, die man noch 1870 als öffentliche sanitäre Anstalten bezeichnete, zu einem Garten gestalten, der den Besuchern ein freundliches Gedenken an die Verstorbenen bietet. Wir wollen immer mehr von dem nicht immer schön wirkenden Material Stein abkommen und der Pflanze den ihr gebührenden Platz einräumen. Gerade den Bewohnern Mitteleuropas ist ein reiches Pflanzenleben auch auf den Begräbnisstätten der Toten ein Bedürfnis. Dies hängt mit der Umwelt, in der sie leben, zusammen. Jenen Menschen, die in verkarsteter Natur oder an steinigen Klippen und Ufern ansässig sind, ist der Stein ein Ausdrucksmittel für die letzte Liebe, die sie ihren Toten erweisen wollen. So sollen, um der gewohnten Umwelt unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen, anstelle der steinernen Einfassungen der Grabstellen Pflanzen, anstelle der Kiesflächen Rasen, Zusammenfassung der Gräber zu gemeinsamen Grabbeeten und Grabdenkmale aus bodenständigem Material kommen.

./.

Auf der im Jahre 1964 in Wien stattfindenden Gartenbauausstellung wird auch ein Musterfriedhof angelegt. Wir hoffen, dadurch der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, unsere Absichten zu sehen und zu verstehen.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten: In den im Verwaltungszeitraum stattgefundenen drei Straßenverkehrskommissionen wurden über Antrag der Magistratsabteilung 46 unter anderem 43 Einbahnstraßen, 17 Durchfahrtsverbote, 20 Abbiegeverbote und -gebote, neun Geschwindigkeitsbeschränkungen, 265 Halte- und Parkverbote einschließlich Ladezonen genehmigt, fünf Kurzparkzonen errichtet und an 188 Kreuzungsstellen der Vorrang geregelt. Als Vorrangstraßen wurden in der letzten Kommission die beiden Gürtelstraßen vom Döblinger Gürtel bis Gaudenzdorfer Gürtel, die Hernalser Hauptstraße, Jörgerstraße, Dornbacher Straße zum Teil, die Linzer Straße und die Felberstraße erklärt; mit der Kennzeichnung wurde begonnen.

Als Straßenverwaltung hat die Dienststelle in den abgelaufenen zehn Monaten 2.090 Straßenverkehrszeichen, 2.001 Zusatztafeln auf 1.002 Eisenständern sowie 130 Kettenständer neu aufgestellt. Für die Frühjahrs- und Herbstmesse sowie für den Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden separat 334 transportable Straßenverkehrszeichen auf Eisenständern aufgestellt und eingeholt. Ferner wurden sieben neue Verkehrsleuchtsäulen, 120 transparente Verkehrszeichen und 54 transparente Wegweiser neu aufgestellt.

Auf dem Arbeitsgebiet Bodenmarkierungen wurden 101.170 Meter Leit- und Sperrlinien, 18.251 Quadratmeter Zebraübergänge und Sperrflächen, ferner 1.607 einfache Pfeile, 747 Doppelpfeile sowie Beschriftungen für Autobushaltestellen, Taxistandplätze, Motorräder- und LKW-Stellplätze vorgenommen.

Die Errichtung von vollverkehrsabhängigen Lichtsignalanlagen: Die Wiener automatischen Verkehrslichtsignalanlagen haben im Prinzip folgende zwei Möglichkeiten zur Einstellung der Grünzeiten:

Jede einzelne Phase kann mittels Druckknopf von einem Verkehrsposten dem Bedarf entsprechend eingestellt werden. (Einstellung mittels Drehknopf auf einer Skala mit Sekundenanzeiger.)

./.

Für größere Bereiche, wie zum Beispiel Praterstern oder Columbusplatz gibt es verschiedene Schaltprogramme (in der Regel Drei-Vier-Programme) mit verschiedener Umlaufdauer je nach der Fahrgeschwindigkeit und Verkehrsfrequenz (einzustellen durch Tastendruck von einem Polizeibeamten an Ort und Stelle). Durch diese genannten Verstellmöglichkeiten können aber nicht alle im Laufe des Tages oftmals nur kurzfristig auftretenden Verkehrsschwankungen berücksichtigt werden.

Einen großen Fortschritt bedeutete hier die Einrichtung einer Verkehrsleitzentrale mit Fernsehkontrolle, da jetzt durch einen einzigen Polizeibeamten eine große Zahl von Einzelkreuzungen oder Signalgruppen am Fernsehschirm beobachtet werden und das dem Bedarf entsprechende Schaltprogramm ohne Zeitverlust und Mühe eingeschaltet werden kann.

Teilverkehrsabhängige automatische Signalanlagen: Um zwecklose "Rot"-Zeiten zu vermeiden, werden seit vielen Jahren in Wien sogenannte teilverkehrsabhängige Signalanlagen gebaut, bei denen bestimmte Richtungen nur bei Bedarf und nur kurzfristig die Signalfarbe "Grün" bekommen. Dies gilt zum Beispiel für Nebenstraßen, die normalerweise kaum befahren werden, und daher dauernd Rot haben. Erst nach dem Überfahren einer Schwelle wird kurzfristig auf Grün geschaltet (solche Anlagen sind derzeit in Bau an der Eduard Klein-Gasse - Hietzinger Brücke, Rossakgasse - Altmannsdorfer Straße, Marsanogasse - Gürtelstraße usw.).

Für Straßenbahn-Einbiegerelationen oder Ausfahrten aus Bahnhöfen oder Nebenfahrbahnen wird mittels Oberleitungskontakte, Schienenkontakte oder Druckknöpfe eine eigene Phase angefordert (zum Beispiel Hernalser Hauptstraße - Wattgasse, Wallensteinplatz, Friedrich Engels-Platz usw.).

Für Fußgängerübergänge gibt es besondere Druckknöpfe im Zuge von Signalgruppen, die nur bei Betätigung durch Fußgänger den Verkehrsfluß stören (zum Beispiel Friedrich Engels-Platz, Floridsdorfer Hauptstraße - Jedleseer Straße und dergleichen).

Besonderes Ärgernis erregt bei den Lenkern von Kraftfahrzeugen stets dann ein Rot in der Zufahrtsrichtung einer Kreuzung, wenn aus den freigegebenen Querrichtungen kein Fahrzeugverkehr zu bemerken ist und auch keine Fußgänger die Kreuzung übersetzen.

./.

Um solche unnötigen Zeitverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, soll im nächsten Jahr in Wien erstmalig eine Anzahl vollverkehrsabhängiger Signalanlagen an dafür geeigneten Kreuzungsstellen errichtet werden. Im Rahmen der Studienreise des Fachausschusses für Verkehrsfragen im September 1963 konnte festgestellt werden, daß sich in London einige hundert solcher vollverkehrsabhängiger Kreuzungsstellen befinden und auch in Paris 40 Signalanlagen dieser Art bestehen.

Bei einer vollverkehrsabhängigen Signalanlage wird für jede der beiden aufeinander senkrecht stehenden Anfahrtsrichtungen einer Kreuzungsstelle nur eine minimale Grünzeit (etwa 12 Sekunden) bereitgestellt. Diese kurze Grünzeit ist für allfälligen Fußgängerverkehr erforderlich. Die Anlage läuft daher in einem solchen Fall mit einer überaus kurzen Umlaufzeit (12+4+12+4 = 32 Sekunden) und mit entsprechend geringen Wartezeiten für die Verkehrsteilnehmer. Während dieser 12 Sekunden Grünzeit können etwa 5 PKW-Einheiten die Kreuzung übersetzen. Steigt die Verkehrsfrequenz, so wird die Grünzeit entsprechend der Anzahl der von Detektoren festgestellten Fahrzeugimpulse auf eine maximale Grünzeit (etwa 30 Sekunden) erhöht. Damit wird die größte Umlaufzeit auf insgesamt 68 Sekunden (30+4+30+4) verlängert. Die Verlängerung der Grünzeit erfolgt hiebei durch die Impulse von Bodenschwellen (in Paris und London werden dabei Gummischwellen verwendet, in Wien sollen in die Fahrbahn eingelegte Induktionsschleifen verwendet werden). Über Veranlassung der Magistratsabteilung 46 haben die Wiener Firmen Siemens & Halske Ges.m.b.H., Wien 3., und E. Schrack, Elektr. AG. Wien 12, im Sommer 1963 Versuche in dieser Hinsicht durchgeführt und ein produktionsreifes Modell hiefür entwickelt. Auch die österreichische Vertretung der Firma Signalbau Huber, München (Ingenieur Gmachl) hat ein entsprechendes Anbot für Gummischwellen vorgelegt, die vertieft in die Fahrbahn eingelegt, mit einem Belag bedeckt und daher laut Angabe von Fahrzeugen und Schneepflügen nicht mehr beschädigt werden können.

Die erste dieser vollverkehrsabhängigen Signalanlagen soll im Frühjahr 1964 an der Kreuzungsstelle in Wien 1, Johannesgasse - Seilerstätte entstehen. Nach Vorliegen der ersten Erfahrungen (insbesondere über die Einstellung der minimalen und maximalen Grünzeiten für Wiener Verkehrsverhältnisse) sollen weitere derartige

./.

Anlagen an hiefür geeigneten Einzel-Kreuzungen errichtet werden.

Ergänzend muß aber festgestellt werden, daß auch eine vollverkehrsabhängige Signalanlage nur in der Lage ist, die verfügbaren Grünzeiten dem Bedarf entsprechend zu verteilen. Sie kann naturgemäß keine Erhöhung der durch die Fahrbahnbreiten gegebenen maximalen Leistungsfähigkeit erzeugen. Zu den Stunden des Spitzenverkehrs, wenn aus allen Anfahrtsrichtungen mehr Fahrzeuge die Kreuzung übersetzen wollen, als die Signalanlage verarbeiten kann, werden die Induktionsschleifen für beide Richtlinien die maximalen Grünzeiten einschalten.

Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen: Im Berichtsjahr wurden in den abgelaufenen 10 Monaten 3.544 Personenkraftwagen, 818 Lastkraftwagen, 461 Motorräder, 683 Anhänger, 34 Zugmaschinen, 63 Omnibusse, demnach insgesamt 5.603 Kraftfahrzeuge geprüft und Einzelgenehmigungen ausgefertigt. Ferner wurden 1.871 Berichtigungen von Kraftfahrzeugdokumenten wegen Änderung an den Einrichtungen beziehungsweise sonstigen technischen Abänderungen vorgenommen, sowie 20 LKW für Personenbeförderungen, 26 LKW für Tiertransporte begutachtet und 214 amtliche Nummern in Motore und Fahrgestelle eingeschlagen. Im gleichen Zeitraum legten 35.185 Führerscheinbewerber die Lenkerprüfung ab. Davon haben 16.354 Kandidaten die Prüfung bestanden und 18.831 Kandidaten nicht bestanden. Letztere wurden in 8.108 Fällen polizeilich, in 3.081 Fällen technisch und in 7.642 Fällen praktisch reprobiert.

Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen für den Verkehr in unserer Stadt jene Voraussetzungen zu schaffen, die ihn flüssiger und sicherer machen. Wir werden im kommenden Jahr für die verkehrstechnischen Einrichtungen fast 25 Millionen Schilling aufwenden, ein Betrag, der sich möglicherweise noch erhöhen kann. Aber diese Summe und alle Bemühungen dazu werden nicht den gewünschten Erfolg bringen, wenn nicht die Lenker der Fahrzeuge ihren Beitrag zur Sicherheit des Verkehrs leisten. Was nützen Bodenmarkierungen, automatische Ampeln, Fernseheinrichtungen, ja selbst die Elektronic, wenn es immer wieder vorkommt, daß alkoholisierte und rücksichtslose Menschen hinter dem Lenkrad eines Fahrzeuges sitzen, wenn es als chic und modern gilt mit höchster Geschwindigkeit zu fahren und sich über alle Gebote und Verbote hinwegzusetzen.

./.

Die Magistratsabteilung 49 - Stadtforstamt: Die Bedeutung unserer Wälder - sowohl der Wienerwaldforste als auch der Quellschutzforste - läßt sich in Zahlen allein nicht ausdrücken. Ihr Einfluß auf unser ganzes Leben, auf die atmosphärischen und klimatischen Verhältnisse, auf die Regulierung des Wasserhaushaltes und die Quellschüttung ist so bedeutend, daß wir die wohltuende Wirkung erst dann richtig erfassen können, wenn uns der Wald fehlt, wie es zum Beispiel im Nordosten unserer Stadt, gegen das Marchfeld hin, der Fall ist.

Aus diesem Grunde wurden im zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr relativ größere Mittel für Erholungswaldeinrichtungen und Wohlfahrtsaufforstungen zur Verfügung gestellt. Die erweiterte Aufforstung auf der Kuppe des Laaer Berges im 10. Wiener Gemeindebezirk und die kilometerlangen Grüngürtel in Wien 22 zeigen, daß diese Geldmittel gut verwendet wurden. Die Wiener Bevölkerung kann sich glücklich schätzen, in unmittelbarer Nähe ihrer Stadt so ausgedehnte Waldgebiete wie den Lainzer Tiergarten, die Wälder in Hadersdorf, Neuwaldegg und Sievering sowie im Osten die Lobau, zu besitzen. Der Magistratsabteilung 49 obliegt es, diese Wälder zu erhalten, zu mehren und so zu behandeln, daß sie den an sie zu stellenden Anforderungen weitmöglichst genügen. Den Forstleuten des Stadtforstamtes ist damit die schwere Aufgabe gestellt, bei höchster Waldnutzung einen Wohlfahrtswald nachhaltig zu bewirtschaften.

Im Zuge der Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens wurde an einem der schönsten Plätzes das Rasthaus "Rohrhaus" errichtet und am 25. Juni in Betrieb genommen. Es erfreute sich regsten Zuspruches seitens der 243.557 Tiergartenbesucher. Die neu aufgestellten in Form und Material gut in die Landschaft passenden Hinweis- und Orientierungstafeln fanden allgemeine Anerkennung. Bei den im Spätherbst des vergangenen Jahres eingebrachten Auerochsen stellte sich Nachwuchs ein und es wurde somit der Beweis erbracht, daß sich diese Wildart mit der neuen Umgebung und den veränderten Gegebenheiten gut abgefunden hat.

Die Arbeiten im Schwarzenbergpark wurden weitergeführt, Bänke aufgestellt, Bäume und Sträucher gepflanzt, Lagerwiesen und die drei Teiche weiter ausgestaltet.

./.

In der Bewirtschaftung der Quellschutzforste wurden Maßnahmen getroffen, um den Aufbau naturgemäßer Mischbestände zu ermöglichen, sei es durch Führung von Schmalkahlschlägen oder Zäunung von Kulturflächen.

Für das Jahr 1964 ist die Weiterführung der Wohlfahrtsaufforstung am Laaer Berg und im 22. Wiener Gemeindebezirk vorgesehen, ferner die weitere Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens, des Schwarzenbergparkes und der Lobau. Im Lainzer Tiergarten sollen zwei Unterstandhütten aufgestellt und Straßen und Wege instandgesetzt werden. Im Schwarzenbergpark werden Lager- und Spielwiesen angelegt.

In den Quellschutzforsten wird versucht, durch Dolinenaufforstung mit neuen Pflanzmethoden die Waldgrenze nach oben zu verschieben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Die neuen Pflegebühren

13. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung über die Neufestsetzung der Pflegegebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten. Außerdem ist in dem Landesgesetzblatt eine Verordnung über die Entschädigung für Mitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien enthalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

\- - -

Weihnachtsfeiern für Kinder und Alte

13. Dezember (RK) Mittwoch, den 18. Dezember, findet um 15 Uhr im Altersheim Baumgarten eine Weihnachtsfeier statt. Am gleichen Tag, um 16 Uhr, ist eine Weihnachtfeier im St. Rochus-Heim in der Cumberlandstraße 53 vorgesehen.

Die Weihnachtsfeier der Kinderklinik Glanzing und der dortigen Kinderkrankenpflegeschule ist für Freitag, den 20. Dezember, 16 Uhr, festgesetzt.

\- - -

Abschlußarbeiten in den Stadtkassen

13. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten an den Werktagen von 19. bis einschließlich 31. Dezember 1963 für den Parteienverkehr geschlossen. Für die Erledigung der dringendsten Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird vorgesorgt, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

\- - -

Morgen Samstag Eröffnung des Kahlenberghotels

13. Dezember (RK) Wien ist um eine Fremdenverkehrsattraktion ersten Ranges reicher geworden. Auf dem Kahlenberg wurde ein schmuckes Hotel so hingestellt, daß es die Silhouette des Hausberges nicht verändert. Es hat daher außer dem Unter- und Erdgeschoß nur ein Stockwerk und bildet so die organische Fortsetzung des bisher schon bestehenden Kahlenbergrestaurants.

Die Gelegenheit des Hotelbaues wurde von der Stadt Wien dazu benützt, um auch die anschließende Aussichtsterrasse einer baulichen Veränderung zu unterziehen. Diese Aussichtsterrasse ist schöner als der früher so beliebte Aussichtsplatz. Durch den Umbau wurde erreicht, daß die Besucher nunmehr einen noch umfassenderen Fernblick haben.

Wie Stadtrat Schwaiger heute in einer Pressekonferenz ausdrücklich betonte, wurde durch die Errichtung des Hotels auch nicht ein einziger Quadratmeter des geschützten Wald- und Wiesengürtels verbaut.

Mit den Bauarbeiten wurde am 21. September 1961 begonnen. Architekt ist Professor Dipl.-Ing. Hermann Kutschera. Das Hotel verfügt über 33 Zimmer mit 61 Betten und ist mit allem neuzeitlichen Komfort ausgestattet; sämtliche Zimmer, die einen herrlichen Fernblick bieten, sind nicht nur mit Bad, Telefon, Rundfunk- und Fernseheinrichtung, sondern auch mit einem Balkon ausgestattet und überdies vornehm und gemütlich möbliert. Trotz seiner besonderen Lage unmittelbar über dem Südabhang des Kahlenberges in 480 Meter ü.M., in einer Zone absoluter Ruhe, ist das neue Hotel auf der modernen Höhenstraße über Grinzing in kaum 20 Autominuten vom Stadtzentrum aus erreichbar.

Das neue Bauwerk nimmt nicht nur durch seine Lage, sondern auch durch seine technische Ausstattung eine besondere Stellung in der Wiener Hotellerie ein. Durch schalldämmende Einbauten in den Zwischenwänden und durch eine regulierbare Deckenstrahlungsheizung wird den Gästen der Aufenthalt in den Hotelzimmern in jeder Weise angenehm gemacht. Einige der Gästezimmer sind an eine Klimaanlage angeschlossen. Die neuartigen Telefonapparate dienen nicht nur der Verständigung nach innen und außen, sondern sind auch mit einer Einrichtung zum Rundfunkempfang ausgestattet.

./.

Ebenso steht den Gästen ein Lift und neben der Eingangshalle eine Sitz- und Lesehalle sowie ein gesonderter Frühstücksraum mit Terrasse und der über eine Freitreppe erreichbare Garten mit Liegestühlen zur Verfügung. Vor dem Hotelgebäude wurde ein den Hotelgästen vorbehaltener Parkplatz angelegt. Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich auf zirka 20 Millionen Schilling belaufen, wovon zirka drei Millionen Schilling auf die Einrichtung entfallen. Die Finanzierung erfolgte zur Hälfte durch Eigenmittel und hinsichtlich der anderen Hälfte durch einen in Aussicht gestellten ERP-Kredit.

Das Hotel gehört auf Grund seiner Ausstattung zur Kategorie A. An Hotelzimmern derartiger Qualität besteht in der Hauptsaison noch immer ein Mangel. Zu der vornehmen und gediegenen Ausstattung kommt noch die ganz besondere Lage des Hotels, mit der sich in dieser Beziehung kein anderes Hotel der Stadt vergleichen kann. Unterhalb des Hotels erstreckt sich der Südabhang des Kahlenberges, der wegen des bestehenden Fahrverbotes auf der alten Kahlenbergerstraße von keinem Kraftfahrzeug befahren werden darf. Es herrscht daher auf dieser Seite des Gebäudes absolute Ruhe. Die außergewöhnlich gute Lage in Verbindung mit der guten Ausstattung des Hauses läßt ein entsprechendes Interesse erwarten.

Zum Betriebsbeginn in der Wintersaison sind folgende Preise in Aussicht genommen: das Einbettzimmer von 160 bis 250 Schilling; das Zweibettzimmer von 300 bis 450 Schilling.

So wie das Kahlenbergrestaurant seit 1935, wird auch das neue Hotel von der Groeger & Lob KG. unter der Leitung von Direktor Lob geführt.

Das neue Hotel auf dem Kahlenberg wird morgen nachmittag in Anwesenheit von Bürgermeister Jonas, Mitgliedern des Stadtsenates und den Vertretern der wichtigsten Fremdenverkehrsorganisationen eröffnet und sofort dem Betrieb übergeben.

\- - -

Der erste Schnee - der erste Schneebericht

13. Dezember (RK) In der vergangenen Nacht verbreitete sich über ganz Wien leichter Schneefall. Bei einer Temperatur knapp um den Gefrierpunkt bildete sich vereinzelt Straßenglätte. Um 2.30 Uhr begann die Mannschaft der Straßenpflege mit der Ausfahrt von sieben Fahrzeugen, die auf Autobuslinien und Hauptverkehrsstraßen eingesetzt wurden. 58 eigene Arbeiter standen im Einsatz.

Heute früh um 6 Uhr begann die ganze Mannschaft der Straßenpflege in Stärke von 849 Mann, verstärkt durch 29 aufgenommene Schneearbeiter, ihren Dienst. Sie wurden vor allem zu Streuarbeiten herangezogen. Im Einsatz standen 92 Streufahrzeuge.

Der kürzlich fertiggestellte Streusandsilo an der Höhenstraße hat seine erste Bewährungsprobe bestanden. Es genügt ein einziges Großstreugerät für den gesamten Straßenzug. Früher mußten wegen der langen Anfahrtswege zu weiter entfernten Sandlagerplätzen mehrere Fahrzeuge verwendet werden.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über die Geschäftsgruppe VII

13. Dezember (RK) Als erster Debattenredner befaßte sich GR. Herbert Mayr (SPÖ) mit Verkehrsfragen, wobei er daran erinnert, daß auch der Fußgänger ein Verkehrsteilnehmer ist und man alles daransetzen soll, ihn zu schützen. Die Magistratsabteilung 46 tut auch alles dazu, leider aber gibt es sehr viele Autofahrer, die nicht die genügende Umsicht walten lassen. Der Redner verwies dann darauf, daß er bereits im Jahre 1933 den Führerschein gemacht habe, seither aber nicht mehr gefragt wurde, wie die neue Verkehrsordnung aussehe, und auch nicht mehr untersucht wurde, ob er physisch in der Lage sei, ein Fahrzeug zu führen. So wie man Fahrzeuge periodisch untersuchen lassen muß, sollte man auch diesbezüglich vorsorgen.

Der Redner setzte sich dann für die Übereinstimmung der Schaltphasen bei gewissen Ampelsystemen ein und erklärte zur Frage der Verkehrszeichen: Wir müssen die Verkehrszeichen so aufstellen, daß sie den Verkehr sichern, ihre Aufstellung aber dort unterlassen, wo das Stadtbild verschandelt würde.

Bei Führerscheinprüfungen sollte man den Kandidaten nicht eine Mechanikerprüfung ablegen lassen, sondern ihn so prüfen, daß er sich im Verkehr richtig bewegen kann.

Anläßlich des Umbaues der Zweierlinie und der Umleitung des Verkehrs über den 7. Bezirk wurden vom Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes und einem Bezirksparlament Einwände erhoben. Als die Mariahilfer Straße umgebaut wurde, als die Neubaugasse umgebaut wurde und auch nun wieder hat man von einer Geschäftsstörung gesprochen, und anläßlich der letzten Umleitungen haben auch die Zeitungen von einem bevorstehenden Verkehrschaos geschrieben. Nach zwei, drei Tagen hat sich jeder Kraftfahrer seine eigenen "Schleichwege" gesucht, es kam zu keinem Verkehrschaos, und auch von einer Geschäftsstörung kann man nichts bemerken, das Weihnachtsgeschäft blüht.

Schließlich verweist GR. Mayr noch darauf, daß dem Parkhotel Schönbrunn eine Schachtel aufgesetzt wurde und somit von den vielen Plänen gerade jener ausgeführt wurde, den der zuständige Ge-

./.

meinderatsausschuß abgelehnt hatte. Er fragte den Stadtrat, was er zu unternehmen gedenke, daß dem Beschluß des Gemeinderatsausschusses Rechnung getragen wird. (Beifall bei der SPÖ)

GR. Bolaffio (ÖVP) befaßte sich gleichfalls mit Verkehrsproblemen und verweist auf die großen Aufgaben, die die Magistratsabteilung 46 mit einem geringen Stand von Beamten zur Regelung und Sicherung des Verkehrs zu erfüllen hat: ihr obliegt die Aufstellung der Verkehrszeichen, das Anbringen der Bodenmarkierungen und die Errichtung von Verkehrssignalanlagen. Allerdings kann durch diese Vorkehrungen das Ziel, die Verkehrssicherheit und die Flüssigkeit des Verkehrs nicht voll erreicht werden. Ebenso aber ist es irrig anzunehmen, daß diese Einrichtungen eine klaglose Abwicklung des Verkehrs garantieren. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß eine Überzahl von Verkehrszeichen oft einen gegenteiligen Erfolg zeitigt. Zum Schluß sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht. Auch tragen die Verkehrszeichen in keiner Weise zur Verschönerung des Stadtbildes bei.

Zur größeren Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs würde sicherlich auch eine bessere Beachtung der Verkehrseinrichtungen, wie Verkehrszeichen, Sperr- und Leitlinien, Zebrastreifen usw. beitragen. Die Disziplin hat sich bei der großen Masse der Verkehrsteilnehmer in den letzten Jahren zwar sehr gebessert. Man schätzt aber, daß sich ungefähr zehn Prozent teils bewußt, teils unbewußt, den Bestimmungen nicht unterstellen wollen. Durch ihr Verhalten wird das Verkehrsgeschehen schwer beeinträchtigt. Man müßte endlich entsprechende Sanktionen durchführen. Der zwangsweise Besuch einer sogenannten Sonntagsschule mit Verkehrsunterricht wäre vielleicht eine wirksamere Bestrafung als die Verhängung eines Strafmandates.

Möglichkeiten um den Verkehr flüssig zu erhalten, sieht der Redner in einem Ausbau des Einbahnsystems, in einer Unterteilung von Zubringerstraßen in zwei Fahrstreifen und in der ausreichenden Errichtung von Parkgaragen und Parkplätzen rund um die Innenstadt. Von den Parkmöglichkeiten aus müßten gute Umsteigmöglichkeiten auf die öffentlichen Verkehrsmittel vorhanden sein. Auch eine Verschmälerung von vielfach zu breiten Gehsteigen, würde zur Verflüssigung des Verkehrs beitragen.

./.

Der Ausbau der Verkehrsleitzentrale, die sich sehr gut bewährt, wäre dringend notwendig. Die Inbetriebnahme eines neuen von der Elektroindustrie konstruierten Signalgerätes ist zu begrüßen. Es gibt auch bereits ein amerikanisches Gerät, das imstande ist, hunderte von Signalanlagen den Verkehrsanforderungen entsprechend zu dirigieren. Dieses Gerät, das in Kanada erprobt wird, kostet rund drei Millionen Dollar.

Für dringend notwendig hält der Redner die Errichtung einer Untersuchungsstelle für Kraftfahrzeuge. Vom Gesetzgeber ist zwingend vorgeschrieben, daß jedes Kraftfahrzeug nach einer bestimmten Zeit einer Überprüfung unterzogen werden muß. In Wien können jährlich aber nur höchstens 40 Prozent der davon betroffenen Fahrzeuge zur Kontrolle vorgeladen werden, da die vorhandenen Überprüfungsstellen nicht ausreichen. Diese Überprüfungen sind aber im Interesse unserer Verkehrssicherheit dringend notwendig. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Hausner (KLS) nimmt vom Standpunkt des Fußgängers zu den Verkehrsproblemen Stellung. Sicherlich wurde in den letzten Jahren manches unternommen, das zur Sicherheit der Fußgänger im Straßenverkehr beiträgt. Blinklichter allein genügen aber nicht, wenn nicht gleichzeitig ein Sicherheitsstreifen angebracht wird. Für unzweckmäßig hält es der Redner, die Verkehrsampeln aus der Sicht des Autofahrers zu montieren. Es müßten die Verkehrsampeln auch aus der Sicht des Fußgängers gut zu sehen sein. Man dürfte nicht immer wieder auf die Vermehrung der Ampeln im Interesse des Stadtbildes verzichten. Schließlich seien Leben und Sicherheit des Menschen doch wichtiger als die Schönheit des Stadtbildes. Großen Gefahren sind vor allen die Kinder und Jugendlichen der Randbezirke auf ihrem Schulweg ausgesetzt. Der Redner verlangt daher die Errichtung von Schulgehwegen in diesen Bezirken.

Zur Beleuchtung: in den Randbezirken ist sicher viel geschehen, aber es gibt doch noch immer "dunkle Punkte". Auch jene Siedlungen, die nur geduldet sind, haben ein Recht auf öffentliche Beleuchtung.

In diesem Zusammenhang unterstreicht der Redner, daß man streng gegen das wilde Siedeln vorgehen muß. Wenn jedoch ein Mensch schon 30 Jahre oder länger in einem Haus in einer wilden Siedlung wohnt, und es ist notwendig, das Dach zu reparieren, dann sei es nicht richtig, wenn die Baupolizei einschreitet.

./.

Im Zusammenhang mit der Aufforstung fordert der Redner, die Gefahren der Versteppung müßten gebannt werden.

Bei den Friedhöfen wäre eine Neugestaltung dieser Steinfelder notwendig. Vor allem bei Neuanlagen müßte man die Fehler der alten Anlagen vermeiden. Der Kagraner Friedhof brauchte eine neue Aufbahrungshalle - der Stadlauer Friedhof sollte nicht aufgelassen werden.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) spricht zunächst über die öffentliche Beleuchtung. Die Finsternis der Nachkriegszeit ist heute in Wien einer großzügigen Beleuchtung gewichen. Eine Leistung die Anerkennung verdient. Heute kann man sich bereits mit der Verbesserung der Beleuchtungskörper beschäftigen. Vor allem eine gute Beleuchtung der Ausfallstraßen trägt wesentlich zur Verkehrssicherheit bei. Was allerdings die Beleuchtung gewisser Siedlungsgebiete betrifft, über die GR. Hausner gesprochen hat, so bestehen hier rechtliche Schwierigkeiten, weil dort die Straßen nicht im Gemeindeeigentum sind.

Zu dem Problem der wilden Siedlungen bemerkt der Redner, daß die öffentliche Hand da und dort mitschuldig sei. In der Ersten Rupublik wurde der private Wohnbau kaum gefördert. Der Bauwillen des einzelnen wirkte sich deshalb sozusagen als Wildwuchs aus. Trotzdem dürfen wir nicht eine Kapitulation für die Zukunft unterschreiben, besonders wenn es sich um Bauten im Wald- und Wiesengürtel handelt. Wir haben hier die Pflicht im Interesse der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung dem wilden Siedeln Einhalt zu gebieten.

Alle jene, die die Vorschriften mißachten, müssen unbedingt die vorgesehenen Strafen rigoros zu spüren bekommen. Allerdings müssen auch wir mit gutem Beispiel vorangehen: So dürfen zum Beispiel auch die Magistratsabteilungen nicht bauen, wenn sie noch keine Baubewilligung haben.

Was könnte man also tun? In erster Linie sollte man ein Expertenkomitee aufstellen, das alle wilden Bauten erfassen und katalogisieren müßte. Bei jenen Projekten, die schon vor Jahren errichtet wurden und durch die vor allem keine größeren Schädigungen des Gesamtinteresses erfolgt sind, werden wir jedoch nicht darum herum kommen, nachträgliche Genehmigungen zu erteilen, wobei allerdings unbedingt darauf zu achten sein wird, daß dann keine Möglichkeiten für Zubauten und ähnliches bestehen. ./.

In Hinkunft müssen alle Vorkehrungen dafür getroffen werden, daß man sich unbedingt an die Verordnungen hält. Solche Maßnahmen aber haben nur dann einen Zweck, wenn auch die Gemeinderäte kein offenes Ohr für Interventionen haben.

GR. Binder (SPÖ), der sich anschließend mit den Wiener Friedhöfen befaßt, entgegnet zunächst zwei Zeitungsartikeln, in denen Kritik an der Friedhofsverwaltung geübt wurde. Der eine Artikel kritiserte den Vorschlag von GR. Binder, auf der Moschingerwiese einen neuen Friedhof zu errichten, der zweite Artikel rügte die hohe Gebühr für die Bewilligung von Grabdeckeln.

Zur Gebührenfrage stellt er fest, daß die Gebühr für die Bewilligung eines Grabes in laufender Reihe auf den Hauptfriedhöfen ganze 160 Schilling kostet. Das ist doch keineswegs zuviel. Auf den sogenannten Wahlfriedhöfen müssen die Gebühren allerdings höher sein, vor allem dann, wenn ein Grab in ausgesuchter Lage gewünscht wird. Bei der Kritik an der Grabplatten-Gebühr wurde nicht bedacht, daß damit die Benützung auf 30 Jahre und nicht nur auf zehn Jahre erlaubt wird.

Sodann weist GR. Binder darauf hin, daß die Unkosten auf den Friedhöfen von Jahr zu Jahr steigen. Die für die Friedhöfe zuständige Magistratsabteilung 43 verfügt über ein Budget von 70 Millionen Schilling.

An den Berichterstatter richtet GR. Binder die Frage, was aus seinem Vorschlag über einen Friedhofsbau auf der Moschingerwiese geworden ist. Er wisse, daß dieses Gebiet nicht Eigentum der Gemeinde Wien sei, solche Flächen im Wald- und Wiesengürtel Wiens werden aber erfahrungsgemäß früher oder später durch wilde Siedler irgendwie "angeknabbert". Dies müßte die Stadtverwaltung jedoch rechtzeitig verhindern können.

Den Versuch der Friedhofsverwaltung, eine neue Form der Ausstattung von Friedhöfen zu forcieren, bezeichnet GR. Binder als lobenswert. Er empfiehlt, sich auf diesem Gebiet die Regelung zum Vorbild zu nehmen, die in Hamburg getroffen wurde. Dort werden auf einen Beschluß des Senats hin alle Friedhöfe nach einem einzigen Prinzip gestaltet. Nach dieser Regelung ist nur eine einzige Natursteinart in einer bestimmten Größe und mit einer bestimmten Inschrift erlaubt, Grabeinfassungen sind nicht gestattet. Jener Friedhof in Hamburg, der er gesehen hat, so sagt Gemeinderat

./.

Binder, liegt in einer großen schönen Parklandschaft - es sei ein Friedhof, wie er sich ihn auch für Wien wünschen würde.

Anschließend kommt GR. Binder auf die Feuerbestattung zu sprechen, die er als moderne Form der Bestattung in einer modernen Großstadt bezeichnet. Die Kremation ist ästhetisch, hygienisch und bedeutend billiger als die Erdbestattung. Außerdem benötigt man dazu auch weniger Personal und weniger Platz auf den Friedhöfen. Auch auf den Friedhöfen gibt es ein Personalproblem, außerdem herrscht Platzmangel. Das sogenannte Flachgrab ist daher jene Form, die man in Zukunft immer mehr verwenden sollte.

Ferner regt GR. Binder an, zumindest auf dem Stammersdorfer Friedhof eine Verbrennungsanlage zu errichten. Ein Problem besteht aber noch immer: Im Falle der Kremation ist die Einsegnung durch die katholische Kirche verboten. Wir wollen aber hoffen, daß durch das Konzil oder den Papst dieses Verbot bald entweder aufgehoben oder wenigstens für Großstädte gemildert wird.

GR. Nesset (FPÖ) setze sich zunächst dafür ein, der Baupolizei, die bisher nur Vollmachten hinsichtlich der technischen und rechtlichen Seite von Bauvorhaben hat, auch jene Vollmachten zu geben, die sie in die Lage versetzen, das Stadtbild und vor allem das Landschaftsbild zu schützen.

In der Hauptsache befaßte sich der Redner mit Verkehrsproblemen, wobei er davon ausging, daß sich die große Masse der Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhält. Alle Schäden, alle Unfälle, alle Todesopfer werden durch einige wenige hervorgerufen. Diesen muß man ein besonderes Augenmerk zuwenden, sie müssen gegebenenfalls in die Schranken gewiesen werden. Bei ein wenig mehr Disziplin ließen sich auch mindestens 80 Prozent der Blechschäden vermeiden; dadurch könnten die Versicherungsanstalten da und dort ihre Prämien herabsetzen, was letztlich wieder allen zugute käme. So wird ein großzügiger Ausbau der Verkehrserziehung vonnöten sein. Man sollte schon in der Volksschule den Unterrichtsgegenstand Verkehrserziehung einführen und anstelle des seinerzeitigen Sandkastens einen Kinder-Verkehrserziehungsgarten einrichten. In den Kinos sollten Kurzfilme über die Gefahren des Verkehrs aufgeführt und in den Pensionistenklubs mehr Vorträge über Verkehrserziehung gehalten werden. Die Fahrzeuge

./.

müssen wohl fallweise einer Prüfung unterzogen werden, nicht aber das Gehirn des Fahrzeuges, der Lenker. Man müßte auch sie von Zeit zu Zeit einer Prüfung unterziehen. Für die Lenkerprüfung wäre die Einführung eines amtlichen Unterrichtsbuches zu überlegen. Die Tatsache aber, daß in Wien fast 60 Prozent der Kandidaten die Führerscheinprüfung nicht bestehen, während es in den Bundesländern maximal fünf Prozent sind, müßte zum Anlaß einer Überprüfung genommen werden. Die technischen Verkehrsanlagen müssen in verstärktem Maße ausgebaut werden. Vor allem ist die Anlage weiterer gesicherter Fußgängerübergänge und von Schutzgittern vor den Schulen notwendig. In den Randbezirken fehlen vielfach Gehsteige, weswegen zur Sicherheit der Fußgänger gekennzeichnete Gehwege errichtet werden sollten. Alle diese Maßnahmen werden aber Stückwerk bleiben, wenn sich nicht alle Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhalten.

Der Redner setzte sich dann für eine Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung vor allem in den Außen- und Randbezirken, ein und gebe zu bedenken, daß das gelbe Flutlicht die Farben verändert und man daher genau prüfen muß, in welchen Straßenzügen man es anbringen kann. Weiter plädierte er für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels.

Seinem Vorredner entgegente der Gemeinderat, daß es Menschen gibt, denen es unmöglich erscheint, der Kremation eines Angehörigen zuzustimmen. Die Bevölkerung lehnt heute im allgemeinen die große Totenstadt ab, der Trend geht zum Ortsfriedhof. Allerdings muß bei der Anlage der Friedhöfe das Leben Vorrang haben. Wir dürfen Friedhöfe nicht auf jenen Plätzen anlegen, die der Erholung von Menschen besser dienen können. Schließlich bat der Redner, bei der Auflassung von Friedhöfen die sterblichen Überreste bedeutender Persönlichkeiten zu überführen.

GR. Josef Bauer (ÖVP) spricht von den großen Bemühungen der Stadtverwaltung um die Gestaltung unserer Parkanlagen und Gärten, die so viel zur Schönheit unserer Stadt beitragen. Doch eines können auch die schönsten Gärten den Menschen nicht geben, nämlich die Verbindung mit der unveränderten Natur. Das Naturerlebnis müßte vor allen Dingen unserer Jugend durch die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Wienerwaldes gegeben werden. Bereits 1905 hat der Wiener Gemeinderat die Erhaltung des Wald- und Wiesen-

./.

gürtels beschlossen. Durch die Not der beiden Weltkriege wurden dann aber Schlägerungen vorgenommen, wilde Siedlungen errichtet und Parzellierungen durchgeführt. Es ist daher dringend notwendig dieser Entwicklung energisch entgegenzutreten. Der Wienerwald muß endlich in entscheidendem Maß geschützt werden, damit man ihn als Erholungsgebiet und Luftfilter in seinem Bestand erhalten und ausbauen kann. Da sich ein großer Teil des Wienerwaldes auf niederösterreichischem Gebiet erstreckt, müßte eine entsprechende Stelle geschaffen werden, damit gemeinsam mit Niederösterreich alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden können. Die Aufgabe dieser Stelle wäre es zunächst, weitere Schlägerungen und vor allem die Errichtung von Baulichkeiten zu verhindern, für die Errichtung von Spielplätzen, Lagerwiesen, Aussichtswarten, Waldteichen, Bädern und Wanderwegen zu sorgen. Diese Stelle müßte auch darauf achten, wo und wann Aufforstungen vorgenommen werden sollen. In den entstehenden neuen Wohngebieten wird man gleichfalls durch Aufforstung neue Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen müssen.

Abschließen stellt der Redner fest, daß die Stadtverwaltung bereits große Grundflächen im Wald- und Wiesengürtel angekauft hat. Sie muß bemüht sein, im Interesse der Gesunderhaltung und der Erholung unserer Bevölkerung weiterhin große Beträge für die Erwerbung von Grund und Boden im Wald- und Wiesengürtel aufzubringen.

GR. Bednar (SPÖ) stellt fest, daß seit mehr als zwei Jahren immer wieder der Ruf nach einem Fahrverbot in der Hauptallee laut wird. Es kommt immer wieder zu lebhaften Diskussionen, ob ein derartiges Verbot erlassen werden soll oder nicht. Die Bezirksvertretung des 2. Bezirkes und viele andere Stellen sprechen sich dafür aus, den Prater wieder zu einem Erholungszentrum zu machen. Die Polizei vertritt jedoch die Meinung, daß die Hauptallee eine wichtige Ost-West-Verbindung darstellt und daß bei Sportveranstaltungen die Parkplätze und die Fahrbahnen unbedingt benötigt werden. Zahlen beweisen allerdings das Gegenteil.

./.

So waren bei 38 Sportveranstaltungen im Stadion insgesamt 730.000 Besucher, im Durchschnitt pro Veranstaltung also 19.200 Besucher. Diese Durchschnittszahl täuscht jedoch, wenn man berücksichtigt, daß zum Beispiel bei einer Großveranstaltung im Stadion 77.500 Besucher anwesend waren, bei den meisten anderen Veranstaltungen die durchschnittliche Besucherzahl aber zwischen 3.000 und 4.000 Personen liegt. Bei Rennen in der Freudenau, es waren 23 Veranstaltungen, verzeichnete man durchschnittlich pro Veranstaltung rund 2.200 Besucher und in der Krieau bei 41 Veranstaltungen durchschnittlich 2.152. Diese Zahlen rechtfertigen es also keinesfalls, das ganze Jahr über für Parkmöglichkeiten und Fahrgelegenheit in so großem Maß zu sorgen. Auch die Klagen der Praterunternehmer über zu wenig Parkplätze sind unberechtigt, abgesehen von ganz wenigen Tagen im Jahr mit großen Praterveranstaltungen. Es gibt große Parkplätze beim Riesenrad, vor dem Messegelände und in den umliegenden Straßenzügen. Insgesamt stehen für den engeren Teil des Volkspraters rund 4.000 Parkplätze zur Verfügung. Die Hauptallee müßte also keinesfalls das ganze Jahr über den Kraftfahrzeugen zur Verfügung stehen. Die Abgase der Benzin- oder Dieselmotoren sind beträchtlich und für ein Erholungsgebiet schädlich. Der Redner verweist auch darauf, daß schließlich auch nicht alle Besucher des Stadions mit dem Auto vorfahren, sondern daß die weitaus größere Zahl zu Fuß geht. Auch sie haben ein Recht darauf, gesunde und frische Praterluft genießen zu können. Um den Prater auch für weniger Gehfreudige anziehend zu machen, könnte man Elektrokarren, wie sie am Messegelände bereits verwendet werden, durch die Hauptallee führen.

Als besonders bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß einzelne Autofahrer, die ihr Fahrzeug beim Heustadlwasser waschen, dort auch den Ölwechsel vornehmen und das schmutzige Öl ganz einfach ausrinnen lassen. Man müßte diese Menschen dazu anhalten, die Natur mehr zu schonen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß wir im kommenden Jahr die große Internationale Gartenschau veranstalten. Auch der Prater sollte hier einbezogen werden. Zeigen wir ihn unseren Gästen und auch unserer Bevölkerung so wie er sein soll: Ein Naturpark, wie ihn kaum eine Großstadt besitzt, als eine Quelle der Gesundheit und Erholung für alle.

./.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) beschäftigt sich mit den Führerscheinprüfungen und stellt fest, daß hier nicht der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen kritisiert werden muß, sondern die Atmosphäre, die bei diesen Prüfungen herrscht. Man macht es den Leuten unnötig schwer, den Führerschein zu erlangen, wer ihn aber einmal hat, wird nicht mehr überprüft.

Der Redner bezeichnet es als merkwürdig, daß in Wien mehr als 50 Prozent bei den Lenkerprüfungen durchfallen, während es in den anderen Bundesländern nur fünf Prozent sind. Des weiteren kritisiert er verschiedene Mängel in der Verkehrsregelung. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen könne.

GR. Ing. Lust (ÖVP) verweist darauf, daß mehr als 50 Prozent aller Diplomingenieure im Gemeindedienst in den Abteilungen der Geschäftsgruppe VII beschäftigt sind. Das zeigt die große Bedeutung dieser Magistratsabteilungen. Bedauerlicherweise ist jedoch der Personalstand nach wie vor unzureichend. Er habe schon im Vorjahr auf die Unzulänglichkeiten des Dienstpostenplanes der Diplomingenieure verwiesen und einen Antrag eingebracht, den Dienstpostenplan zu revidieren. Bis zum heutigen Tag hat es der Amtsführende Stadtrat für Personalwesen nicht für notwendig befunden, sich damit zu befassen. Bei einer Untersuchung zeigt sich, daß die Juristen im Gemeindedienst doppelt so große Aufstiegsmöglichkeiten wie die Diplomingenieure haben. Bei dieser Sachlage muß man von einer Diskriminierung des Technikerstandes sprechen. Der Redner fordert daher nachdrücklich eine Änderung des Dienstpostenplanes. Gleichzeitig müßte auch das Dienstzulagensystem überprüft werden.

Der Redner beschäftigt sich dann mit drei Gesetzen, die seiner Ansicht nach dringend novelliert werden müßten. Da ist vor allem die Bauordnung. Stadtrat Heller hat gestern angekündigt, daß die große Novelle anfang 1964 beratungsreif sein wird. Er hoffe, auf eine rasche Beschlußfassung durch den Landtag.

Große Schwierigkeiten bringe auch das Garagengesetz in seiner derzeitigen Form. Hier müßte die Frage der Ablösungsmöglichkeiten untersucht werden; das gleiche gilt von den zu harten Bestimmungen für Hotel- und Bürobauten.

Die ÖVP-Fraktion habe schließlich eine Novellierung des Kanaleinmündungsgebührengesetzes verlangt, das derzeit einige ungerechte Bestimmungen enthält.

./.

Auch bei der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten bedauert GR. Lust den dort herrschenden Personalmangel. Die Arbeit dieser Abteilung ist jedoch so wichtig, daß der Ausbau zu einer richtunggebenden Abteilung in allen Verkehrsfragen wünschenswert wäre.

Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe gerne zustimmen werde.

GR. Böhm (FPÖ) nimmt im Zusammenhang mit den Stadtforsten zum Problem der Schädlingsbekämpfung Stellung. Wie er erklärt, vermisse er im Voranschlag Angaben darüber, welche Mittel für die Schädlingsbekämpfung im Rahmen der Stadtforste bereitgestellt werden.

In Wien gibt es gegenwärtig 21.000 Siedler, 30.000 Kleingärtner und rund 6.000 Eigenheimbesitzer, die alle die gesetzlichen Vorschriften über die Schädlingsbekämpfung strikt befolgen. Allein für das Spritzen von Obstbäumen gibt jeder Siedler jährlich rund 300 Schilling, jeder Kleingärtner etwa 250 Schilling aus. Das heißt, daß die Siedler pro Jahr insgesamt 6,3 Millionen Schilling, die Kleingärtner 7,5 Millionen Schilling für diesen Zweck bezahlen.

Während nun das Stadtgarteramt die Siedler und Kleingärtner durch Subventionen bei ihrem Kampf gegen die Pflanzenschädlinge unterstützt, hat das Stadtforstamt im Voranschlag für 1964 keinen Betrag für die Schädlingsbekämpfung vorgesehen.

Es ist eine Tatsache, daß die Siedler und die Kleingärtner in Wien gegen die große Zahl jener Schädlinge schwer zu kämpfen haben, die aus den städtischen Forsten in ihre Anlagen "hinüberwechseln". So sind zum Beispiel alle Arten der Borkenkäfer von den städtischen Wäldern in die Kleingärten "übersiedelt", in der Lobau wimmelt es von Pappelspinnern, die Pflaumengespinstmotte ist schon in ganz Wien zu finden. Alle diese Schädlinge kommen aus den Stadtforsten. Trotzdem aber hat die Magistratsabteilung 49 keine Vorsorge zur Schädlingsbekämpfung getroffen, keiner der vorgesehenen Beträge sind dafür bestimmt. Auch bei der Aufforstung am Laaer Berg, wo sich der Pappelspinner immer mehr vermehrt und bereits die Siedlungen in der Umgebung befällt, wurde noch nichts gegen die Schädlingsplage getan.

./.

Mit dem Problem der wilden Siedlungen im Wald- und Wiesengürtel Wiens befaßt sich GR. Billmaier (SPÖ). Er erinnert daran, daß GR. Bock schon vor einigen Jahren die Schaffung eines eigenen Gesetzes zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels gefordert hat. Im Zusammenhang mit der Anregung von GR DDr. Prutscher, die wilden Siedlungen zu katalogisieren, betont GR. Billmaier, daß sich die Magistratsabteilung 18 (Stadt- und Landesplanung) bereits mit dieser Frage beschäftigt und Vorarbeiten zur Aufstellung eines solchen Kataloges im Gange sind. Da dies alles jedoch nicht als ausreichend erscheint, stellt er den Antrag, geeignete Maßnahmen gegen unbefugtes Bauen zu ergreifen. In dem Antrag wird verlangt, daß für die wirksame Anwendung der bestehenden Rechtsvorschriften zur Verhinderung des unbefugten Bauens Sorge getragen und, falls dies erforderlich erscheint, auf eine Ergänzung der Rechtsvorschriften hingewirkt werden soll.

Dann kommt GR. Billmaier auf den Wunsch eines seiner Vorredner nach einer umfassenden Novellierung der Bauordnung zu sprechen. Er betont, daß daran schon gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang verlangt er, daß auch gegen die Weitervermietung von baupolizeilich gesperrten Wohnungen geeignete Maßnahmen getroffen werden. Er weist dabei auf folgenden Fall hin: Eine Wohnung im 16. Bezirk wurde aus gesundheitlichen Gründen von der Baupolizei gesperrt. Aber - und das ist das Problem - mit der Sperre, der Anlegung eines Aktes und der Verständigung des Hausherrn sind die Befugnisse der Baupolizei erschöpft. Der Hausherr umging jedoch die Verfügung der Baupolizei: Er vermietete die Wohnung gegen eine saftige Ablöse an ein Ehepaar. Er sagte, die Wohnung könne nicht zum Wohnen benutzt werden, er sei aber bereit, einen Vertrag abzuschließen, wonach die Wohnung als Lagerraum vermietet wird. Das Ehepaar zog ein und bewohnte die gesperrten Räume. Dies aber ist nur ein Fall unter vielen.

Zur Frage der öffentlichen Beleuchtung unterstreicht GR. Billmaier die Tatsache, daß auf diesem Gebiet ungeheuer viel geschieht. Für die nächsten fünf Jahre wurde bereits ein umfassendes Programm aufgestellt, wobei im Voranschlag für 1964 als erste Rate bereits 5 Millionen Schilling eingesetzt sind.

./.

Hier regt er an, nach Möglichkeiten zu suchen, mit denen dunkle Straßen - etwa durch Beimengung verschiedener Stoffe in Straßenbelag - aufgehellt werden können.

Zum Schluß kommt GR. Billmaier auf die städtischen Forste zu sprechen. Er unterstreicht dabei die Wichtigkeit der Wiederaufforstung auf dem Laaer Berg, wo heute schon sieben bis zwölf Meter hohe Bäume stehen. 1970 wird den Wienern dieser Wald schon als Erholungsgebiet zur Verfügung stehen. In diesen Zusammenhang regt er auch an, den sogenannten "Böhmischen Prater", das Gebiet des alten Laaer Wäldchens, in die Aufforstung miteinzubeziehen.

Die Stadtverwaltung müsse alles dazu beitragen, um die vorhandenen Möglichkeiten zur Erholung der Wiener zu erweitern. Dies sei auch ein Gebot im Interesse der Gesundheit, denn wer hinaus in die Natur zieht, der meidet die Gasthäuser.

Damit ist die Debatte geschlossen. In seinem Schlußwort geht StR. Lakowitsch zunächst auf die Forderung nach Überprüfung der vor längerer Zeit bereits erworbenen Führerscheine ein und erklärt, daß diese Anregung sehr beherzigenswert ist, aber nur auf gesetzlichem Wege geregelt werden kann. Es ist richtig, daß es bei der händischen Schaltung von Ampeln manchmal an der Koordinierung fehlt, doch ist zu hoffen, daß das Problem in dem Zeitpunkt behoben sein wird, in dem es möglich sein wird, allgemein die automatische Schaltung einzuführen.

Bei Führerscheinprüfungen sollte man darauf Bedacht nehmen, ob sich der Führerscheinbewerber bei stärkeren Verkehr richtig zu verhalten vermag, es dagegen dem Fahrzeugbesitzer überlassen, ob er sich in Falle eines Defekts oder einer Panne selbst helfen kann oder die Hilfe eines Fachmanns in Anspruch nehmen muß. Schließlich und endlich hat man von einem Kutscher auch nicht die Kenntnisse eines Tierarztes verlangt.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Lastenstraße hat die Presse wieder große Diskussionen angeführt, man hat Katastrophen vorhergesagt, aber sie sind nicht eingetreten. Die Findigkeit der Wiener Kraftfahrer ist so groß, daß sie auch damit fertig werden.

Es ist richtig, daß die Fahrzeuge alle zwei Jahre überprüft werden sollten. Da aber die Prüfstelle dazu nicht in der Lage ist, werden neu zugelassene Fahrzeuge im besten Falle erst nach vier

./.

Jahren, manchmal erst nach fünf Jahren überprüft, um ältere Fahrzeuge in kürzeren Zeiträumen prüfen zu können.

Zum Schutze auch unbeholfener Fußgänger ist man bemüht, die Verkehrslichtsignalanlagen mit den roten und grünen Figuren zu versehen. Die Räumzeit - jene Zeitspanne, die dem Fußgänger zum Verlassen der Kreuzung zur Verfügung steht - ist so berechnet, daß auch Menschen, die nicht so rasch gehen können, während der für sie gültigen Phase die Fahrbahn überqueren können. Allerdings dürfen sie nicht mehr versuchen, die Fahrbahn zu überqueren, wenn auf Gelb geschaltet ist.

Wegen der Art, in der das Parkhotel Schönbrunn nach dem Brand wieder aufgebaut wurde, hat die Baupolizei eine Anzeige erstattet, und der Besitzer wurde mit 10.000 Schilling bestraft; er hat allerdings berufen, und es muß erst die Berufungsverhandlung abgewartet werden. Der Wiederaufbau nach dem Brand wurde vom Inhaber ohne Baubewilligung durchgeführt, und auch das wird nicht hingenommen werden.

Die Beleuchtung der Randgebiete wird weiter ausgebaut werden. Man kann aber nicht jenen Gebieten, wo wild gesiedelt wurde, wo also das Gesetz verletzt wurde, den Vorzug vor anderen Gegenden geben. Hinsichtlich dieser Gebiete, wo wild gesiedelt wurde, wird eine Art Inventur vorzunehmen sein.

Es ist sehr schwer, gegen jemanden einzuschreiten, der ein vor 20 oder mehr Jahren - wenn auch ohne Baubewilligung - errichtetes Haus bewohnt. Wenn auch das Recht auf Seite der Stadt Wien wäre, moralisch haben wir irgendwie den Anspruch verwirkt, hier rigoros vorzugehen. Man wird bei dieser Inventur Härten vermeiden, andererseits aber darauf bedacht nehmen, daß kein Anreiz mehr besteht, das Gesetz in dieser Richtung zu verletzen.

Im 22. Bezirk wird wohl aufgeforstet, um eine weitere Versteppung zu vermeiden, doch kann die Gemeinde hier nicht mit der gewünschten Schnelligkeit vorgehen, weil nicht alle Grundstücke in ihrem Besitz sind und es mühevoller Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern bedarf.

Über die Neugestaltung der Friedhöfe gibt es bereits entsprechende Bestimmungen. Bei der Frage, ob ein Friedhof belassen werden kann, muß man auch nach den Grundsätzen einer gewissen Wirtschaftlichkeit vorgehen. Es ist richtig, daß die Gemeinde für das Auflegen einer Platte auf einem eigenen Grab eine Gebühr verlangt.

./.

Aber wir sind der Meinung, daß nicht soviel Stein auf Friedhöfe gelegt werden soll. Wir müssen auch darauf Bedacht nehmen, daß die Gräber zu einer neuen Benützung freigegeben werden können. Wenn jemand Sonderwünsche hinsichtlich eines bestimmten Friedhofes hat, dann kann er sich wohl auf einem Friedhof eine Grabstelle aussuchen, allerdings zu höheren Gebühren. Wir müssen wegen des Trends zu gewissen Friedhöfen so vorgehen. Bei der Planung neuer Friedhöfe müssen wir darauf Bedacht nehmen, sie nicht in Gebieten anzulegen, die für die Lebenden besonders geeignet sind.

Die Errichtung einer zweiten Feuerhalle erscheint im Hinblick auf die Zahl der Feuerbestattungen und die Höhe der Kosten als derzeit nicht gerechtfertigt. Von der Errichtung eines Friedhofes auf der Moschingerwiese hat man nach langen Überlegungen und Beratungen Abstand genommen. Diese Wiese ist im Besitz des Schottenstiftes und die Eigentümer würden eventuell bereit sein, den ganzen Schottenwald an die Stadt Wien zu verkaufen. Stadtrat Sigmund hat bereits die Verhandlungen aufgenommen und man wird versuchen, dort ein Ausflugsgebiet zu schaffen.

Die Vergebung der Ausschmückung der Grabstellen in Urnenhainen ist auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses ausschließlich der Verwaltung der Feuerhalle übertragen. Da die städtische Gärtnerei allein diese Arbeit nicht bewältigen kann, wurden zwei private Gärtner mit der Ausschmückung der Urnengräber betraut.

Zur Verkehrssicherheit: Das Verlangen nach mehr Disziplin der Verkehrsteilnehmer kann man nur unterstreichen. Die Verkehrserziehung der Kinder erfolgt in der Schule durch die Polizei und durch die Lehrkräfte, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um den Kindern zu sagen, wie sie sich im Straßenverkehr verhalten sollen. Die Einführung spezieller Unterrichtsstunden wäre kaum zweckmäßig. Die Errichtung von Schutzgittern bei den Schulen fällt in die Kompetenz der Schulverwaltung. Die Vermehrung von Schutzstreifen wäre sicherlich notwendig, doch wird dann immer wieder darüber geklagt, daß dadurch die Flüssigkeit des Verkehrs herabgesetzt wird.

./.

Zur Kritik an der öffentlichen Beleuchtung ist zu sagen, daß die Wiener Beleuchtung vom Ausland immer wieder anerkannt wird, vor allem auch deshalb, weil nicht nur die Hauptstraßen, sondern auch die Seitengassen gut erhellt sind. Die Längs- und Queraufhängung der Leuchtstofflampen richtet sich nach der Fahrbahnbreite. Die Queraufhängung kommt jedenfalls bedeutend billiger.

Im Wald- und Wiesengürtel wurden in den letzten Jahren keine Parzellierungen mehr vorgenommen. Ein Komitee zur Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels, dem auch Niederösterreich angehört, besteht bereits, doch kommt es nur in sehr großen Intervallen zusammen.

Grabmäler von Persönlichkeiten oder solche von besonderem künstlerischem Wert wird man natürlich erhalten.

Mit dem Problem des Fahrverbotes in der Hauptallee hat man sich in der letzten Sitzung der Straßenverkehrskommission beschäftigt. Die Polizei hatte dagegen Bedenken, die übrigen Teilnehmer zeigten sich für eine Verhängung eher geneigt. Es wäre zweckmäßig, im Prater ein Reservat für Fußgänger, in dem diese in benzindampffreier Luft Erholung finden könnten, zu errichten.

Daß sich das Autowaschen und die damit verbundene Verunreinigung der Gewässer oft katastrophal auswirkt, ist richtig. In manchen kleineren Flüssen sterben dadurch bereits die Fische. Hier müßte man energisch dagegen einschreiten.

Wir sind alle "voll der guten Hoffnung", daß die Bauordnungs-Novelle Wirklichkeit wird. Wir brauchen sie sehr dringend.

Garagengesetz: Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen werden wir uns mit einer Novelle befassen.

Eine Novellierung des Kanaleinmündungsgebührengesetzes wäre tatsächlich ebenfalls notwendig.

Personalmangel bei der Magistratsabteilung 46: Er hoffe, daß es gelingt, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Schädlingsbekämpfung gehört zwar nicht in diese Geschäftsgruppe, aber es gibt keinen Wald, in dem alle Schädlinge ausgerottet sind, und wer einen Garten neben einem Wald hat, muß ganz einfach mit Schädlingen rechnen.

Die Anregung wegen hellerer Straßenbeläge werde er mit den zuständigen Abteilungen besprechen.

./.

Die Aufforstung des Laaer Bergs ist tatsächlich eine einmalige Leistung, die auch im Ausland größte Beachtung findet.

Der Lainzer Tiergarten hat erfreulicherweise steigende Besucherzahlen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 7. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der SPÖ (wildes Siedeln) wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Samstag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Koci (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rumänische Handball-Weltmeister im Wiener Rathaus

13. Dezember (RK) Im Namen des Bürgermeisters und des Stadtsenates begrüßte heute vormittag Stadtrat Sigmund im Roten Salon des Wiener Rathauses die rumänische Damen- und Herren-Handballnationalmannschaft, die beide Weltmeister im Hallenhandball sind. Stadtrat Sigmund hieß die Gäste herzlich willkommen und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

Morgen werden die beiden Weltmeistermannschaften in der Wiener Stadthalle gegen die österreichischen Nationalmannschaften auftreten. Anschließend werden sie in Frankreich und in Ost-Berlin Spiele bestreiten.

Für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus dankte der Präsident des rumänischen Handballverbandes, Herr Costea.

\- - -

Gesperrt bis 24 Uhr:

Vier neue Preisträger der Renner-Stiftung

13. Dezember (RK) Zum elften Male seit ihrem Bestehen werden heuer Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Sie ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen ganz besonderer Art handeln: um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter erschwerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, mitmenschliche Beziehungen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um Tätigkeiten von weittragender Bedeutung auf sozialem, politischem, kulturellem, wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet, die das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöhen.

Auf Grund eines einstimmigen Vorschlags des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat Bürgermeister Jonas die Preise des Jahres 1963 an vier Personengemeinschaften vergeben. Es handelt sich um den Verein Wiener Sängerknaben, den Verein Österreichische Krebsgesellschaft, den Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs und um die Österreichische Himalaya-Gesellschaft.

Die feierliche Preisverleihung durch Bürgermeister Jonas findet Mitte Jänner im Rathaus statt.

Wenn der Gemeinderat zustimmt, wird die mit den Renner-Preisen verbundene jährliche Gesamtgeldsumme von 100.000 auf 200.000 Schilling erhöht. Diese materielle Aufwertung positiver Leistungen hat Vizebürgermeister Mandl in der letzten Sitzung des Stadtsenates beantragt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Radiorede des Bürgermeisters

14. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über die Benachteiligung Wiens bei den Bundesstraßen.

\- - -

Vorbereitungen für "Wien um 1900"

14. Dezember (RK) Die Vorbereitungen für die Ausstellung "Wien um 1900", die zu einem zentralen Ereignis der Festwochen 1964 werden soll, werden von der wissenschaftlichen Leitung dieser Exposition gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Wien getroffen. Diese Leitung setzt sich aus dem Direktor der Österreichischen Galerie, Univ.-Prof. Dr. Fritz Novotny, sowie dem Direktor der Museen der Stadt Wien, Dr. Franz Glück, dem Direktor der graphischen Sammlungen Albertina, Dr. Walter Koschatzky, sowie dem Direktor des Museums für angewandte Kunst, Dr. Viktor Grießmaier, zusammen.

Zur Zeit konnten bereits von nahezu 60 internationalen Leihgebern Zusagen entgegengenommen werden. Zahlreiche Anbote von Wiener Familien, die wertvolle Bilder aus der Zeit um die Jahrhundertwende für die Ausstellung zur Verfügung stellen wollen, werden noch behandelt.

./.

Die Ausstellung "Wien um 1900" wird wegen ihrer Vielfalt nicht in einem Hause untergebracht, sondern auf drei benachbarte Orte aufgeteilt. In der erneuerten Secession werden unter dem Motto "Malerei und Plastik" Ölgemälde und Skulpturen ausgestellt. Im Historischen Museum der Stadt Wien erwarten Plakate und Buchillustrationen unter dem Motto "Graphik, Buch, Plakat" die Besucher. Im Wiener Künstlerhaus sind unter dem Titel "Aquarell, Zeichnung" Handzeichnungen und Bilder aus dem Besitz der Albertina untergebracht. Im gleichen Hause findet auch die Ausstellung "Kunstgewerbe", worunter vor allem die Exponate des Österreichischen Museums für angewandte Kunst zu verstehen sind, ihr Domizil.

Mit dieser im Gebiet des Karlsplatzes konzentrierten Großausstellung "Wien um 1900" setzt die Stadtverwaltung jene Expositionsreihe fort, die 1958 mit der Van Gogh-Ausstellung begann und in den Folgejahren das Oeuvre von Edvard Munch, Paul Gauguin, Paul Cézanne und Ferdinand Hodler der Wiener Bevölkerung nahebrachten. Diesmal werden neben der Malerei auch Schöpfungen von Graphikern, Bildhauern und Kunstgewerblern gezeigt, um damit ein umfassendes Resumée jener Epoche zu geben.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Öffentliche Einrichtungen

14. Dezember (RK) Am achten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Franz Koci (SPÖ). Er führte aus:

"In den Ansätzen des Budgets zum achten Hauptstück sind die Ausgaben um 223 Prozent höher als die Einnahmen. Für die Öffentlichen Einrichtungen werden 810,546.700 Schilling ausgegeben und Einnahmen in einer Höhe von 364,665.900 Schilling erwartet.

Der Gebarungsabgang für die als Betrieb organisierten sowie betriebsmäßig geführten Abteilungen, wie Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, die Stadtreinigung und Fuhrpark ergibt sich mit 445,880.800 Schilling und wird demnach mit 6,326.700 Schilling nur um ein Prozent höher sein, als im Jahre 1963; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß für die erste Müllverbrennungsanlage nur mehr eine Restzahlung von 11,5 Millionen Schilling erforderlich ist.

Aus dieser Gegenüberstellung sehen Sie deutlich, wie immer wieder die allgemein aufgebrachten Steuergelder für lebensnotwendige Einrichtungen einer Großstadt verwendet werden müssen, da keine einzige Betriebsabteilung ihre Einnahmen durch Gebühren oder Entgelte auf der Basis der Selbstkostenerrechnung einnehmen kann. 281,275.200 Schilling werden allein für den Personalaufwand benötigt und 301,421.000 Schilling sind für den Sachaufwand der Öffentlichen Einrichtungen vorgesehen.

Der Ausweis über bauliche Investitionen und sonstige bauliche Herstellungen sowie Inventaranschaffungen weist 209,749.500 Schilling auf. Von diesen Investitionen sind allein für Kanalisation 44,3 Millionen, für die Wasserwerke 85,8 Millionen, für die Bäder 36 Millionen, für die Wäschereien 7,5 Millionen und für die Stadtreinigung und den Fuhrpark 35,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Kanäle

Die Kanalisation rechnet mit 95,006.700 Schilling Ausgaben. Demgegenüber stehen Einnahmen an Kanalbenützungs- und Senkgrubenräumungsgebühren sowie sonstige Einnahmen in der Höhe von 62,890.600 Schilling.

./.

Allein für die Erhaltungsarbeiten am Kanalnetz, den Umbau sowie für größere Instandsetzungen sind 17 Millionen Schilling vorgesehen.

Da Stadtrat Dr. Glück in seinem Bericht sowie einige Diskussionsredner über die Rattenplage und Rattenbekämpfung gesprochen haben, möchte ich nur meinen Antwortbrief vom 2. August 1963 auf ein Schreiben des Stadtrates Dr. Glück verlesen:

'Die Rattenbekämpfung in den Straßenkanälen erfolgt fortlaufend mit Giftgaspatronen. Der Jahresverbrauch beläuft sich im Durchschnitt auf 1.000 Stück bei einer maximalen Gasentwicklung von 120 Liter Gas je Patrone. Ein wesentlich höherer Rattenbefall in den Kanälen konnte in den letzten Jahren nicht festgestellt werden. Es ist dagegen erhoben worden, daß durch den allgemein gehobenen Lebensstandard wesentlich mehr Lebensmittelabfälle durch die Bevölkerung nicht nur in den hierfür vorgesehenen Behältern, sondern in unqualifizierbarer Weise in den Höfen und Kellern weggelegt werden. Auch das in den Kellern gelagerte Gerümpel und Gemüse dient den Ratten als willkommene Brutstätte und Nahrung. Die Erfahrung der zuständigen Abteilung geht dahin, daß der Rattenbefall in den Häusern viel mehr auf die genannten Umstände zurückzuführen ist, als auf die Kanäle, bei denen ja nur in den Ziegelkanälen (die zehn Prozent des ganzen Kanalnetzes betragen), Nistmöglichkeiten bestehen. Für den Umbau der Hauskanäle von Ziegel auf Steinzeugrohre besteht leider keine gesetzliche Handhabe zur Verpflichtung der Hauseigentümer. Ihr Hinweis, daß insbesondere die Stadtteile in der Nähe des Donaukanales, des Donaustromes und des Wienflusses stark unter Ratten leiden, zeigt ja auch, daß nicht sosehr die Kanäle, als die Ufer der genannten Gewässer als Nistplätze der Ratten in Frage kommen. Eine Bekämpfung der Ratten in den Hauskanälen kann von der Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) nicht durchgeführt werden, da sich die Innung der Schädlingsbekämpfer dagegen ausgesprochen hat, mit der Begründung, daß innerhalb der Häuser die Rattenbekämpfung Angelegenheit ihrer Mitglieder ist. Eine Einschaltung von Schädlingsbekämpfern zur Rattenbekämpfung im Straßenkanalnetz muß wegen der damit verbundenen Gefahren für Leben und Gesundheit der unerfahrenen Arbeiter der Schädlingsbekämpfer seitens der zuständigen Abteilung abgelehnt werden. Außerdem kommt eine Köderauslegung in den Straßenkanälen nicht in Frage, weil die Köder sofort abgeschwemmt werden.

Die Rattenbekämpfung mit Giftgas in den Hauskanälen ist wegen der Gefahr für Menschen und Haustiere unangebracht. Während die Be-

./.

kämpfung der Ratten in den Straßenkanälen mit den seit Jahren verwendeten Giftgaspatronen erfolgreich war, scheint die Methode der Köderauslegung bei der Bekämpfung in den Häusern nur sehr beschränkten Erfolg zu haben.'

Ich glaube, aus diesem Schreiben ersehen Sie, daß es weder Kompetenzschwierigkeiten gibt, noch daß sich die eine oder andere Abteilung ihrer Verantwortung entziehen will.

Für die Kanalbauten größeren Umfanges sind 39 Millionen Schilling notwendig. Die Kanalisierungsarbeiten in der Großfeldsiedlung und in der Nordrandsiedlung im 21. Bezirk sowie im Industriegebiet Liesing und in Hadersdorf-Weidlingau werden fortgesetzt.

Umfangreiche Arbeiten am Kanalnetz sind 1964 im Zusammenhang mit der Errichtung von Verkehrsbauwerken notwendig: 4,5 Millionen Schilling für die Unterfahrung Getreidemarkt und 4,6 Millionen Schilling für die Tiefführung der Straßenbahn am Matzleinsdorfer Platz.

Für die Erhaltung der Kanalisationsanlagen im laufenden Jahr wurden mehr als 16 Millionen Schilling aufgewendet. 35,2 Millionen Schilling waren für umfangreiche Arbeiten im heurigen Jahr notwendig. Besonders in den Siedlungsgebieten konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden. Hier sei vor allem noch erwähnt, daß für die Erschließung des Industriegebietes Liesing beträchtliche Beträge aufgewendet werden mußten. In den letzten beiden Jahren sind 3,8 Millionen Schilling für die Kanalisierung dieses Gebietes investiert worden. Diese Summe wird sich im kommenden Jahr noch um 1,2 Millionen Schilling erhöhen.

Wasser

Für die Wasserwerke sind Einnahmen in der Höhe von 148,414.500 Schilling und Ausgaben von 312,847.000 Schilling veranschlagt. Der Gebarungsabgang beträgt demnach 164,432.500 Schilling.

Der Personalaufwand wird 56,110.600 Schilling, der Sachaufwand rund 156 Millionen Schilling und die Investitionen 85,8 Millionen Schilling betragen.

In der Verwaltung der Wasserwerke stehen die I. und II. Hochquellenleitung mit einer 319 Kilometer langen Leitungsstrecke, die Schöpfwerke in Matzendorf und Pottschach, die Wientalwasserleitung mit ihrem 94 Kilometer langen Wientalrohrnetz, die Wasserkraftwerke in Naßwald, Hirschwang und Kaiserbrunn, sechs Wasserkraftwerke und vier Quellenhebewerke in Wildalpen, der Speicher in Neu-

./.

siedl am Steinfeld mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmeter, die 29 Hochquellen- und ein Wientalwasserbehälter mit einem Gesamtfassungsraum von 550.190 Kubikmeter, fünf Wasserkraftwerke, zwölf Hebewerke, fünf Drucksteigerungswerke, zehn Grundwasserwerke, zwei Spitzendeckungswerke und das 2.300 Kilometer lange öffentliche Rohrnetz in Wien. Die Zahl der Wasseranschlüsse beträgt rund 83.000.

Dazu kommt noch der 22.680 Hektar große Grundbesitz, welcher zum Schutz der Quellengebiete von den Wasserwerken erworben wurde.

Bis zum Oktober 1963 wurde eine Wassermenge von 142,550.600 Kubikmeter gewonnen, das sind im Durchschnitt 468.458 Kubikmeter pro Tag.

Durch Steigerung der Wasserlieferung innerhalb der letzten zehn Jahre, und zwar durch neue Quellfassungen, durch den Ausbau der Grundwasserwerke in Wien und Erschließung neuer Brunnenfelder in den Quellgebieten, ist eine krisenfeste Wassermenge im Durchschnitt von 130.000 Kubikmeter pro Tag - das ist mehr als uns die I. Hochquellenleitung anliefern kann - zusätzlich erschlossen worden.

Es wurden mehr als 300 Millionen Schilling für diese zusätzlichen Neuerschließungen in den letzten zehn Jahren ausgegeben.

Der Wasserverbrauch für Wien steigt - wie auch in allen anderen Großstädten - um jährlich durchschnittlich drei Prozent. Das ist hauptsächlich eine Folge der Wohnbautätigkeit. Aber auch zahlreiche Mieter von Altwohnungen hatten durch günstige Kreditaktionen die Möglichkeit, ihre Wohnungen mit besseren Wasch-, Bade- und sanitären Anlagen auszugestalten. Bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl betrug in Wien der Jahresverbrauch 1931: 101 Millionen Kubikmeter Wasser, 1937 (als Folge der Wirtschaftskrise): nur 84 Millionen Kubikmeter, 1962 dagegen bereits 160 Millionen Kubikmeter.

Bis Oktober 1963 wurden in Wien 138,857.530 Kubikmeter Wasser verbraucht. Das sind im Durchschnitt gerechnet 456.524 Kubikmeter pro Tag, oder 295 Liter pro Kopf und Tag. Hierzu ist zu sagen, daß der höchste Verbrauch am 22. Juli mit einer Menge von 592.500 Kubikmeter oder 382 Liter pro Kopf gemessen wurde.

./.

Bis 31. Oktober dieses Jahres ergab sich an 145 Tagen ein Tagesverbrauch von mehr als 300 Liter pro Einwohner.

Der Kopfliterverbrauch wird oft bemängelt, weil man der Meinung ist, es wäre ganz ausgeschlossen, daß der Einzelne 280 oder 300 und mehr Liter Wasser täglich verbrauchen kann.

Ich möchte daher neuerlich auf die Gliederung hinweisen, wie sich der Wasserverbrauch in Liter pro Einwohnerzahl unserer Stadt zusammensetzt: Als Jahresdurchschnitt für das Jahr 1962 wurden rund 280 Liter pro Kopf und Tag ermittelt. Für 1963 ist wie schon erwähnt, der Verbrauch bereits auf 295 Liter gestiegen. Diese 280 Liter setzen sich aus folgenden Verbrauchern zusammen: 90 Liter für Industrie und Gewerbe, das sind 32 Prozent. Diese Verbrauchsmenge muß wieder unterteilt werden:

45 Liter für das Lebensmittelgewerbe und die Lebensmittelindustrie und

45 Liter für die sonstige Industrie. Hiezu muß ich bemerken, daß sich die Industrie außerdem zu 70 Prozent aus eigenen Brunnenanlagen selbst versorgt und täglich rund 300.000 Kubikmeter Wasser für Produktionszwecke zusätzlich fördert. Das entspräche umgerechnet auf die Wiener Bevölkerung nahezu 200 Liter pro Kopf.

50 Liter für öffentliche Zwecke, das ist der Bedarf sämtlicher öffentlicher Anstalten, wie Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Bäder, Schulen, Wäschereien und anderes mehr, das sind 18 Prozent. Wenn man also diese 140 Liter von den 280 abzieht, so bleiben nur mehr 50 Prozent pro Kopf. Hier müssen wieder berücksichtigt werden, daß das Kleingewerbe wie Friseure, Fleischhauer, Gastwirte usw. täglich mindestens 20 Liter pro Kopf benötigen.

Es verbleiben somit 120 Liter als Tagesverbrauch pro Einwohner, das sind 43 Prozent jener Tagesmenge, die im vergangenen Jahr an Wasser durchschnittlich der Wiener Bevölkerung pro Kopf zugeführt wurden.

Als Beispiel dient die Zentralwäscherei der Stadt Wien: Zum Waschen von ein Kilogramm Wäsche werden 50 Liter Wasser benötigt. Diese Menge ist eher gering als zu hoch angenommen.

./.

Die Zentralwäscherei hat jedoch eine Tagesleistung von 17.000 Kilogramm Wäsche und braucht demnach mindestens 850.000 Liter Wasser täglich. Wieviel private Wäschereien gibt es?

Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, daß die Angaben von 280 Liter pro Kopf Berechtigung haben, denn es kann niemand sagen, daß der Tagesbedarf der Krankenanstalten, Wohlfahrtsbetriebe und der Lebensmittelindustrie nicht für die Wiener Bevölkerung verbraucht wird.

Diese Erklärung macht verständlich, wieso diese hohe Kopfliterzahl zustande kommt.

Ich möchte noch erwähnen, daß vom 7. August bis 3. September die Kundmachung über Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches in Geltung war. Durch die zu diesem Zeitpunkt eingetretene Änderung der hochsommerlichen Wetterlage, war die Ergiebigkeit der Quellzuflüsse wieder größer. Damit konnten die Sparmaßnahmen aufgehoben werden.

Für die bewiesene Disziplin der Wiener Bevölkerung danke ich und bitte gleichzeitig, dieses einsichtsvolle Verhalten wieder an den Tag zu legen, wenn neuerliche Engpässe in der Wasserversorgung entstehen sollten, wie dies durch eine plötzliche Abkehr an der II. Hochquellenleitung am 8. und 9. November notwendig geworden ist. Es machten dringende Arbeiten an der Leitungstrasse der II. Hochquellenleitung eine Sperre des Zuflusses nach Wien auf 46 Stunden notwendig. Demnach sind rund 460.000 Kubikmeter bis zum Einlangen des Wassers in den Wiener Behältern ausgeblieben und mußten aus der Reserve der Wiener Behälter und des Behälters Neusiedl zugesetzt werden.

Die geringen Niederschläge der letzten Wochen und das fortschreitende Sinken der Temperaturen im Quellgebiet machten es nur langsam möglich, wieder eine bestimmte Reserve in den Behältern zu schaffen, um in den Leitungsrohren die entsprechenden Druckverhältnisse zu erreichen. Daher wurde auch in diesem Fall die Bevölkerung gebeten, Wasser nicht unnütz zu vergeuden. In den gemeindeeigenen Betrieben, wie den städtischen Bädern, wurden die Wannenbäder vorläufig geschlossen; für die Straßenbesprengung wurde Nutzwasser herangezogen.

./.

Der Referent schilderte dann die Bemühungen der Stadt Wien, Wasserrechte zu sichern. So wurde im Oktober dieses Jahres zur Fassung und Einleitung der Sieben-Quellen im Karlgraben - im Schneealpengebiet in der Steiermark - in die I. Hochquellenleitung das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet.

In Weichselboden wird ein Kraftwerk errichtet, um das Wasser aus der im Vorjahr erworbenen Pirknerquelle in den Leitungsstollen der II. Hochquellenleitung heben zu können. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Gemeinde Mariazell ein Projekt verfolgt hat, um bei der Bresceni-Klause an der Salza ein Kraftwerk zur Versorgung der in diesem Tal gelegenen Gemeinden mit Strom zu errichten. Da dieses Projekt durch einen geplanten Schwellbetrieb bei diesem Kraftwerk die Wasserversorgung der Stadt Wien aus der unteren Kläfferquelle gefährdet hätte, errichtet die Gemeinde Wien - wie bereits auch in vielen anderen Gemeinden - dieses kleine Kraftwerk in Weichselboden und verhindert damit die Störung unserer Wasserversorgung an der II. Hochquellenleitung. Wir übernehmen damit die Verpflichtung, die in Frage kommenden Gemeinden mit Strom zu versorgen.

Für 1964 sind neben den 55 Millionen Schilling für die im Betrieb notwendigen Instandhaltungs-, Erneuerungs- sowie Erweiterungsarbeiten noch 82 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen in Aussicht genommen.

Im Fassungsgebiet der III. Wiener Wasserleitung wurde heuer mit den beiden Horizontalfilterbrunnen in Moosbrunn und dem Brunnen bei Ebreichsdorf, der von der Obersten Wasserrechtsbehörde vorgeschriebene Großpumpversuch durchgeführt und die Entnahmemenge schließlich auf je 400 Liter pro Sekunde, das sind 35.000 Kubikmeter pro Brunnen, gesteigert. Gleichzeitig wurden in dem umfangreichen Sondennetz fortlaufend Spiegelstandsmessungen vorgenommen, diese graphisch aufgetragen und dem Ministerium übergeben, wo die Auswertung der Meßdaten durch den Amtssachverständigen erfolgt. Aus dem Ergebnis dieser Auswertung wird man feststellen können, welche Entnahmemengen man aus dem Brunnen in den verschiedenen Jahreszeiten gestatten kann, ohne dadurch in der Umgebung eine Beeinträchtigung der Kulturen und Hausbrunnen herbeizuführen.

./.

Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Gemeinde bereits 23 Millionen Schilling in dieses Vorhaben investiert. Für den Ausbau im Jahre 1964 sind weitere vier Millionen Schilling veranschlagt. Diese Pumpversuche wurden bis zum 4. November durchgeführt.

Über Antrag der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer wurde für den 4. November von der Obersten Wasserrechtsbehörde eine wasserrechtliche Verhandlung angesetzt, welche die gänzliche Einstellung des Ebreichsdorfer Brunnens anordnete. Dagegen werden die Untersuchungen und die Pumpversuche bei den zwei Brunnen in Moosbrunn weitergeführt.

Am 3. Dezember wurde durch Kundmachung der Obersten Wasserrechtsbehörde für die Errichtung des Grundwasserwerkes in der Unteren Lobau eine Wasserrechtsverhandlung abgehalten. Der Bescheid über diese Verhandlung ist noch ausständig. Es wurde jedoch bei der Verhandlung abschließend zum Ausdruck gebracht, daß die grundsätzliche Zustimmung für die Errichtung dieses Grundwasserwerkes gegeben werden kann.

Bei der Verhandlung ist man auf Grund der Meßergebnisse zu der Überzeugung gekommen, daß es nach den Erfahrungen der heutigen Grundwasserforschung zweckmäßiger ist, keine bestimmte Entnahmemenge festzulegen, sondern auf Grund der bisherigen Beweisergebnisse die Entnahme nach dem Stand des Grundwasserspiegels festzusetzen.

Nach dieser Entscheidung denken wir nun daran, einen dritten und wenn notwendig einen vierten Brunnen zu errichten, um damit die maximal mögliche Wassermenge entnehmen zu können.

Nachdem bei der Erstellung des Voranschlages für 1964 noch nicht bekannt war, zu welchem Zeitpunkt die Genehmigung erteilt werden wird, habe ich die Ermächtigung vom Finanzreferenten, auf Grund des vorliegenden Finanz- und Zeitplanes die Erklärung abzugeben, daß zu diesen im Voranschlag vorgesehenen 20 Millionen Schilling der Betrag, welcher für den raschesten Ausbau dieses Werkes erforderlich ist, zusätzlich genehmigt wird. Vorausgesetzt, daß die Bauwirtschaft imstande ist, den Arbeitsfortschritt so zu beschleunigen, wie es unseren Wünschen entspräche. An den finanziellen Mitteln soll und darf es nicht scheitern. Die notwendigen Ausschreibungen für die Arbeitsvergebungen werden sofort eingeleitet, um so bald es die Jahreszeit erlaubt, mit der raschesten und damit zugleich der wirtschaftlichsten Baudurchführung zu beginnen.

./.

Es ist ja bekannt, daß der Wiener Gemeinderat am 30. Juni 1961 die grundsätzliche Genehmigung zum Ausbau des Grundwasserwerkes Untere Lobau in der Höhe von 140 Millionen Schilling beschlossen hat. Bisher wurden für dieses Projekt 44 Millionen Schilling aufgewendet, und zwar für die Errichtung der beiden Horizontalfilterbrunnen mit den dazugehörigen Pumpenhäusern sowie die Verlegung der beiden Rohrleitungen für den Pumpversuch in einer Länge von 1.800 Meter.

Dazu kommt, daß einer der wichtigsten Transportrohrstränge für diesen Zweck, zwischen Behälter Hungerberg und Breitensee, dessen Gesamtlänge 5.950 Meter beträgt, bis zum heurigen Jahresende zu 80 Prozent fertiggestellt sein wird. Die Kosten betrugen zehn Millionen Schilling.

Einen weiteren Teil, der für die künftige Verteilung erforderlichen Transportrohrstränge, stellte der 1.450 Meter lange Rohrstrang im Durchmesser von 800 Millimeter in der Wagramer Straße bis zur Magdeburger Straße dar. Er wurde heuer durch Verlegung des letzten Teilstückes von 1.050 Meter mit einem Kostenerfordernis von 4,7 Millionen Schilling fertiggestellt.

Zur besseren Verteilung der künftigen größeren Wassermengen auf beiden Donauufern wurde über die Reichsbrücke ein zusätzlicher Rohrstrang im Durchmesser von 600 Millimeter mit einem Kostenaufwand von rund vier Millionen Schilling fertiggestellt.

Der Voranschlag sieht zum Ausbau des Wasserrohrnetzes 15 Millionen Schilling vor, wobei einer der wichtigsten Transportrohrstränge Wiens in der Grünbergstraße zur Vollendung gelangen wird.

7,5 Millionen Schilling sind für den Ausbau des Versorgungsnetzes in den Siedlungsgebieten, wie Nordrand- und Großfeldsiedlung, vorgesehen.

Zur Versorgung der in zunehmender Verbauung begriffenen Gebiete im Hügelland des Stadtgebietes werden Hebewerke und Behälter gebaut, wie in Mauer am Georgenberg, das Hebewerk Hackenberg und Hungerberg, der Behälter Michaelerberg und der Standrohrbehälter Schafberg.

Im Zusammenhang mit den Verkehrsbauten Getreidemarkt sind 4,5 Millionen Schilling und für den Matzleinsdorfer Platz 2,8 Millionen Schilling für umfangreiche Leitungserneuerungen und neue Trassen erforderlich.

Der Versuchsbrunnen in der Schwarzlackenau hat leider nicht zu dem erhofften Erfolg geführt, da die Qualität des Wassers nicht entsprach, konnte es als Trinkwasser nicht herangezogen werden und wird in Zukunft als Nutzwasser verwendet.

./.

Wientalwasserwerk: Noch vor einigen Jahren, beim Ankauf dieses Werkes, konnten lediglich 3.000 Kubikmeter Wasser pro Tag dem Verbraucher zugeführt werden. Dagegen liefert nach entsprechendem Ausbau das Wientalwasserwerk heute eine Menge von 24.000 Kubikmeter einwandfreies Wasser pro Tag. Die Abteilung hat heuer die notwendigen Baggerungsarbeiten durchgeführt und damit ein größeres Speichervolumen des Sees erreicht. Gleichzeitig werden auch bauliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz am Absperrdamm des Wienerwaldsees durchgeführt.

Ebenso wurde der See bei diesem niederen Wasserstand ausgefischt, wobei ein Ergebnis von 1300 Kilogramm Fischen, 50 Prozent Hechte und 50 Prozent Karpfen erzielt wurde. Nach Auffüllen des Sees werden wieder die notwendigen Setzlinge eingebracht, um ein gutes Fischwasser zu erreichen.

Bäder

Die Bäder zeigen die geringsten Einnahmen des achten Hauptstückes, nämlich 19,677.300 Schilling. Aber im Verhältnis dazu um 350 Prozent höhere Ausgaben: 85,188.300 Schilling.

Das ergibt einen Gebarungsabgang von 65,511.000 Schilling, der aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden muß. Der Personalaufwand beträgt 26,393.600 Schilling, der Sachaufwand 22,523.700 und die Investitionen 36,270.000 Schilling.

Der große Betriebsabgang findet seine Erklärung in den seit dem Jahre 1951 unverändert gebliebenen Preisen und den inzwischen eingetretenen beträchtlichen Erhöhungen des Personal- und Sachaufwandes. Heute ist es bereits so, daß zum Teil das von den Bäderbesuchern freiwillig gegebene Trinkgeld höher ist, als zum Beispiel der Badepreis für ein Brausebad zweiter Klasse, der nämlich einen Schilling beträgt. Eine Nachziehung der Tarife erscheint als im höchsten Maße gerechtfertigt.

Von Jahr zu Jahr werden aber auch die Schwierigkeiten größer, genügend, und für den Dienst in den Bädern geeignetes Saisonpersonal zu bekommen.

Im laufenden Betriebsjahr standen 66 Bäder, und zwar 22 Warmbäder, drei Warm- und Sommerbäder, elf Sommerbäder und 30 Kinderfreibäder in Betrieb. Die Sommerbäder wurden am 10. Mai eröffnet und blieben bis 15. September in Betrieb. Das Strandbad

./.

"Alte Donau" sogar bis zum 29. September. Damit wurde wieder dem Wunsche der Bevölkerung auf Verlängerung der Badesaison Rechnung getragen.

Die Kinderfreibäder standen vom 4. Juni bis 31. August offen. Leider ist auch heuer wieder die Besucherfrequenz in den städtischen Bädern gesunken. In den Warmbädern waren um 315.296 Besucher weniger als im Vorjahr, nämlich 3,636.793. Das gute Sommerwetter dagegen nützten 1,570.209 Badgäste, das sind um 119.033 mehr als im Vorjahr. Dagegen kam es bei den Kinderfreibädern zu einem geringeren Besuch. 554.342 Kinder, also um 31.191 weniger als 1962.

Zum Rückgang in den Warmbädern ist zu bemerken, daß zu dem ständigen Besucherrückgang auch die im Winter notwendig gewesenen Wassersparmaßnahmen, die innerhalb der Betriebe der Gemeindeverwaltung angeordnet waren, beigetragen haben.

Im Ansatz 1964 sind für die baulichen Herstellungen 33,4 Millionen Schilling vorgesehen. Es sollen die Volksbäder 7. Bezirk Hermanngasse, 12. Bezirk Ratschkygasse, 15. Bezirk Reithofferplatz und das Warmbad im 21. Bezirk Weiselstraße erneuert werden, damit sie den Anforderungen und Wünschen der heutigen Zeit entsprechen.

Die alten Kinderfreibäder im 11. Bezirk, Hyblerpark und im 14. Bezirk, Reinlgasse wurden abgerissen und vollkommen neu gebaut. Sie werden 1964 wieder den Kindern dieser Bezirke zur Erholung und Erfrischung dienen. Ebenso fanden größere Erneuerungsarbeiten im Kinderfreibad im 21. Bezirk, in Stammersdorf statt. Der Neubau eines Kinderfreibades im 15. Bezirk, Löschenkohlgasse wird 1964 begonnen.

Die Warmbadeanstalten Amalienbad und Jörgerbad werden laufend saniert. Im Theresienbad wurden Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten an den technischen Einrichtungen vorgenommen. Der Schwimmhallenbau ist so weit gediehen, daß der Hallenrohbau, die Dachdeckung, Verglasung und Kanalisierungsarbeiten fertiggestellt wurden. Im Voranschlag 1964 sind weitere sieben Millionen Schilling vorgesehen. Dieses Projekt wird mit einem Gesamtkostenaufwand von 21,7 Millionen Schilling im kommenden Jahr zum Abschluß gebracht werden.

./.

Der langersehnte Wunsch der Meidlinger, nicht nur ein Sommerbad, sondern auch eine gedeckte Schwimmhalle zu besitzen, ist damit erfüllt.

Am 1. Juli konnte, nach den schwierigen Vorarbeiten der Grundfreimachungen, mit dem Bau des Floridsdorfer Warmbades mit Schwimmhalle begonnen werden. Für 1964 sind als zweite Baurate 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Einbau der Sauna im Liesinger-Bad wird abgeschlossen, Die Sauna wird Anfang 1964 betriebsbereit sein.

In den Sommerbädern fanden heuer Erneuerungs- und Baggerungsarbeiten statt, die auch im kommenden Jahr weitergeführt werden. Dabei ist besonders zu erwähnen, daß im Ottakringer-Bad ein Anschluß an die Fernheizleitung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig hergestellt wird, um das Bad mit Warmwasserbrausen auszustatten und an kühleren Tagen das Beckenwasser anzuwärmen.

Wäschereien

Für die städtischen Wäschereien werden für 1964 Einnahmen in der Höhe von 26,824.900 Schilling und Ausgaben von 34,324.900 Schilling veranschlagt.

Die städtische Zentralwäscherei im 12. Bezirk hat für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe die Wäschereinigung zu besorgen. Daneben wird diese Wäscherei nach Fertigstellung einer Chemischreinigungs- und Desinfektionsanlage die Chemischreinigung und Desinfektion von Wolldecken durchzuführen haben. Der städtischen Wäscherei "Heimhof" im 15. Bezirk ist neben der Wäsche der Mieter, insbesondere die Wäsche der städtischen Feuerwehr, der Berufsschulen, der Wasserwerke und der Obdachlosenherbergen zur Reinigung zugewiesen.

Erfreulich ist, daß sich die Waschleistung trotz dem Personalmangel von Jahr zu Jahr steigert. Dem Voranschlag für das Jahr 1963 wurde eine jährliche Waschleistung von 5,990.600 Kilogramm Reinwäsche zugrunde gelegt. Das sind rund 160.000 Kilogramm mehr als im Vorjahr. Die tatsächliche Waschleistung dürfte jedoch bis Ende des Jahres 6,200.000 Kilogramm Reinwäsche betragen, um 210.000 Kilogramm mehr als 1962.

./.

Zur Durchführung der notwendigen baulichen Arbeiten für die II. zentrale Großwäscherei im 14. Bezirk, Steinbruchstraße, deren Errichtung vom Gemeinderat bereits grundsätzlich genehmigt wurde, ist als zweite Baurate für das Budgetjahr 1964 ein Betrag von sechs Millionen Schilling vorgesehen.

Für größere maschinelle Investitionen in der Zentralwäscherei sind mehr als eine Million Schilling bereitgestellt, für Verbrauchsmaterialien, wie Waschmittel, Werk- und Hilfsstoffe, 4,8 Millionen Schilling.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Für die Stadtreinigung und den Fuhrpark weist der Voranschlag 1964 an Einnahmen 106,858.600 Schilling, an Ausgaben 283,179.800 Schilling auf; das zeigt einen Abgang von 176,321.200 Schilling. 35,8 Millionen Schilling sind im kommenden Jahr für Investitionen vorgesehen und 156,236.500 Schilling wird allein der Personalaufwand betragen.

Der im laufenden Budget vorgesehene Personalstand von 2.600 Personen wurde wegen des herrschenden Personalmangels nicht erreicht. Obwohl 38 Bedienstete, die durch den Betrieb der Müllverbrennungsanlage dazugekommen sind, fehlen 145 Personen. 1963 ist die Verminderung der Bedienstetenzahl besonders stark in Erscheinung getreten. Auch der im Voranschlag 1964 mit 2.550 angeführte Personalstand wird vermutlich nicht erreicht werden. Trotz dem Einsatz technischer Mittel und der Anwendung verschiedener Rationalisierungsmaßnahmen wird es immer schwieriger, die Aufgaben der Stadtreinigung, die im Interesse der Hygiene und eines sauberen Stadtbildes notwendig sind, voll zu erfüllen.

Die Heranziehung von privaten Arbeitskräften hat sich bewährt; im Durchschnitt standen bei der Straßenpflege täglich 25, bei der Müllabfuhr 63 und in der Hauptwerkstätte zehn Mann zur Verfügung.

./.

Dank der Bemühungen aller Bediensteten, die im vergangenen strengen Winter im pausenlosen Einsatz bei Tag und Nacht im Glatteis- und Schneeräumdienst standen, ist es gelungen, die Stadt Wien vor einer Verkehrskatastrophe großen Ausmaßes zu bewahren. Die Gesamtkosten dieses Wintereinsatzes betrugen 38 Millionen Schilling, wovon auf den Einsatz des Bundesheeres 310.000 Schilling und als Beitrag für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe 5,1 Millionen Schilling entfielen.

Der vergangene extrem strenge Winter hat gezeigt, daß viele Maßnahmen organisatorischer oder technischer Art ihren Zweck erfüllten und das andere durch die gewonnenen Erfahrungen verbessert werden konnten. So zeigte sich, daß bei der Glatteisbekämpfung die Verwendung von Auftausalz ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden ist. In diesem Winter soll versuchsweise Chlorkalzium, das eine ähnliche Wirkung wie Auftausalz hat, aber die Fahrbahnen weniger angreift, auf Verkehrsflächen mit neuen Betondecken zur Anwendung kommen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Meldungen über örtliche Glatteisbildung und Schneefälle häufig ungenau und nicht rechtzeitig an die Einsatzstelle durchgegeben wurden. Um hier eine Besserung herbeizuführen, werden nun zum erstenmal drei Volkswagen-Transporter mit Fernsprecheinrichtung eingesetzt, die bei kritischen Niederschlagsverhältnissen ständig die Straßen Wiens befahren und die Meldungen über einen notwendigen Einsatz sofort an die Zentrale weitergeben können. Die Besatzungen der mit Sperrdifferenzialen ausgerüsteten Fahrzeuge werden darüber hinaus auch die Streueinsätze kontrollieren und somit zum Beispiel die zusätzliche Verwendung von Geräten veranlassen können. Diese Fahrzeuge haben außerdem die Möglichkeit, auf ihren Ladepritschen Streumaterial mitzuführen, um bei Glatteisbildung lokaler Natur sofort eingreifen zu können.

Für die Glatteisbekämpfung stehen insgesamt 97 Streufahrzeuge zur Verfügung. 20 davon sind Diesel Karren - um vier mehr als im Vorjahr -, die für das Bestreuen von größeren Kreuzungen eingesetzt werden; die übrigen sind Lastkraftwagen, auf denen elektrische Streuapparate angebracht sind. Erstmalig werden auch 17 Privatfahrzeuge mit solchen Einrichtungen versehen.

./.

Die Zahl der Großraumstreuer wurde gegenüber dem Vorjahr um drei vermehrt, an Salzstreu-Anhängern gibt es um elf Stück mehr als im vergangenen Winter.

An Streumaterial sind 24.000 Kubikmeter Streuriesel und 3.900 Tonnen Auftausalz eingelagert. Der Sand zum Bestreuen der Fußgeherübergänge und Straßenkreuzungen wird in insgesamt 1.477 Sandbehältern an den verkehrswichtigen Punkten der Stadt aufbewahrt. Für die Beladung der Streufahrzeuge sind an zahlreichen Stellen Lagerplätze angelegt. Erstmalig wird im kommenden Winter auch auf der Höhenstraße ein Streusandsilo zur Verfügung stehen. Der neue, erst kürzlich fertiggestellte Silo aus Stahlbeton steht in der Nähe der Einmündung in die Krapfenwaldgasse und hat ein Fassungsvermögen von 240 Kubikmeter.

Für den Schneeräumungseinsatz stehen 237 Schneepflüge zur Verfügung, 165 davon auf städtischen, und 62 auf privaten Fahrzeugen. Die Pflüge wurden ebenso wie die Trägerfahrzeuge in den vergangenen Monaten in der Hauptwerkstätte vollständig überholt, zum Teil gänzlich erneuert und durch moderne Konstruktionen ersetzt. Die beiden Schneefräsen und die Schneeschleuder werden vor allem bei Schneeverwehungen und besonders großen Schneemengen am Stadtrand zum Einsatz kommen.

Der ständig wachsende Verkehr bereitet der Schneeräumung und Glatteisbekämpfung immer größere Schwierigkeiten. Dabei ist es jedoch weniger der fließende Verkehr, sondern vielmehr die zahlreichen parkenden Fahrzeuge, die die Schneeräumung oft unmöglich machen. Das Schienenstraßen-Parkverbot, das ab 15. Dezember wieder durchgehend, also auch während der Nachtzeit in Kraft tritt, bringt wenigstens in den Schienenstraßen eine Erleichterung für die Schneeräumung.

In erster Linie liegt es aber an den Verkehrsteilnehmern selbst, durch ihr Verhalten und ihre Fahrweise der Schneeräumung behilflich zu sein. Dazu gehört vor allem, daß die Kraftfahrer auch jene Halteverbote beachten, welche das Personal der Stadtreinigung fallweise aufstellt, um die Schneeabfuhr zu ermöglichen. Durch Verständnis und Rücksichtnahme kann jeder einzelne Kraftfahrer dazu beitragen, daß der Einsatz der Magistratsabteilung 48 voll zur Wirkung kommt.

./.

Bedauerlicherweise sind die auf den Straßen abgestellten Fahrzeuge nicht nur ein Hindernis für die Schneeräumung, sondern auch für den Einsatz der Kehrmaschinen und Straßenwaschmaschinen im Sommer. Ihre Verwendung ist in den Innenbezirken mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Dort ist der Einsatz von Reinigungsmaschinen sogar auf den Schienenstraßen infolge der ununterbrochenen Ladetätigkeit und der häufigen Mißachtung des Parkverbotes kaum mehr möglich.

Für die Instandhaltung und Beschaffung der Straßenbenennungstafeln wurden im Berichtsjahr 600.000 Schilling aufgewendet. Im Voranschlag 1964 sind dafür 650.000 Schilling vorgesehen. Für die Reinhaltung der Straßen wurde die Zahl der Abfallsammelkörbe auf 6.500 erhöht; im kommenden Jahr werden weitere 300 aufgestellt.

Auf dem Gebiet der Müllabfuhr wurde die Umstellung der 90 Liter-Koloniagefäße auf 110 Liter-Rundtonnen weiter fortgeführt. Die neue Gefäßart hat den Vorteil des größeren Inhaltes und verursacht beim Hantieren weniger Geräusche, da sie mit Gummiringen im Deckel und am Boden ausgestattet ist.

Für die Müllabfuhr standen an Müllgefäßen zur Verfügung: 173.000 Stück mit 90 Liter, 30.000 Stück mit 110 Liter und 54.000 Stück mit 35 Liter Inhalt, das ergibt umgerechnet ein Gefäßvolumen von 20.760 Kubikmeter. Die Abholzeiten für den Müll wurden weiter verkürzt. Immer mehr wird zu einer zweimal wöchentlichen Müllabholung übergegangen.

Eine neue Einrichtung stellt die Anschaffung von 150 Stück Großraumbehältern von 1.100 Liter Inhalt und die dazugehörigen Entladeeinrichtungen dar. Durch diese Großraumbehälter soll eine rationellere Müllabfuhr von jenen Plätzen erreicht werden, an denen ein besonders starker Müllanfall besteht. Hauptsächlich wird dabei an Märkte, Spitäler, große Wohnhausblöcke und Müllabwurfschächte gedacht, aber auch bei Betrieben mit großem Müllanfall wird sich diese Maßnahme als zweckmäßig erweisen.

In der Zeit vom 2. bis 6. Dezember wurde die Aktion der sogenannten Sperrmüll-Sammlung vorerst versuchsweise im 10. Bezirk durchgeführt, und ich kann sagen, daß sie zu einem vollen Erfolg geworden ist.

Die Bevölkerung hat, nachdem sie vorher durch Hausanschläge von dem Einsammlungstermin verständigt wurde, ausgiebigst von

./.

dieser Aktion Gebrauch gemacht und an den Gehsteigrändern alten Hausrat und Bodenkram verschiedenster Art abgelagert, welcher in 230 Fuhren auf die hierfür vorgesehene Planierung abtransportiert wurde.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, daß diese Aktion weitergeführt wird und sich auf alle Wiener Bezirke erstrecken soll.

Zur Ablagerung des Mülls stehen derzeit nur mehr zwei große Ableerplätze, einer im 10., einer im 22. Bezirk und ein kleiner in Niederösterreich in Rannersdorf zur Verfügung.

Im Jahre 1963 wurde die letzte Absiedlung von der Planierung im 22. Bezirk, Bruckhaufen, durchgeführt. Sieben Siedler warten nur noch auf die Zuweisung einer Wohnung. Damit hat Bretteldorf als Wohnstätte zu bestehen aufgehört. Seit 1945 wurden von dieser Absiedlung 246 Pachtstellen mit insgesamt 628 Personen betroffen. Die Gemeinde Wien war gezwungen, 7,340.000 Schilling an Barablösen, ohne jeden Rechtstitel, flüssig zu machen und weiter 179 Wohnungen zuzuweisen.

Die erste Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig war dem vereinbarten Termin gemäß im Frühjahr 1963 soweit fertiggestellt, daß nach mehrwöchiger Ausheizung der Öfen die Inbetriebsetzung mit Müll am 13. Mai erfolgen konnte. Die Fertigstellungs- und Ausgestaltungsarbeiten waren am 28. August soweit beendet, daß mit der Abnahme der Anlage begonnen werden konnte.

In einer großen Zahl von Verhandlungen wurde von der Kommission, welche die Abnahme durchführte, die Anlage in allen ihren Einzelheiten besichtigt. Die Bemängelungen wurden in einem Protokoll festgehalten. Die Magistratsabteilung 64 als Genehmigungsbehörde für die Baubewilligung und Betriebsgenehmigung hat in zwei Verhandlungen am 24. und 29. Oktober alle Feststellungen getroffen, die für die Erteilung dieser Genehmigung erforderlich sind. Die Müllverbrennungsanlage läuft seit ihrer Inbetriebnahme im Mai ohne wesentliche Störungen. Einzelne, zu Beginn des Betriebes aufgetretene Belästigungen der Umgebung - wie Lärmentwicklung durch Ausströmen von Dampf - wurden inzwischen behoben. Die Anlage ist nun in Betrieb und ich möchte nicht verhehlen, daß wir noch immer Schwierigkeiten haben, im besonderen durch den Personalmangel.

./.

Die dort Beschäftigten müssen sehr viele Überstunden leisten, da der Betrieb ohne Unterbrechung in drei Schichten geführt werden muß. Das bedeutet, daß viele der in diesem Betrieb Beschäftigten seit Monaten keinen freien Tag haben. Ich hoffe, daß wir diesen noch bestehenden Übelstand beheben können.

Die Anschlußarbeiten für die Spitäler, um die erzeugte Wärmemenge nützen zu können, sind soweit vollendet, daß die Dampflieferung ohne Schwierigkeiten erfolgen kann. Seit Sonntag, dem 8. Dezember, werden alle drei Kessel der Müllverbrennungsanlage in Betrieb gehalten.

Um die bei der Müllverbrennung als Rückstand verbleibende Schlacke einer Verwertung zuzuführen, ist die Errichtung einer Schlackenaufbereitungsanlage geplant. In dieser sollen durch Magnetabscheider die nicht unbeträchtlichen Eisenmengen aus der Schlacke herausgeholt werden und die Schlacke selbst in verschiedenen Körnungen gesiebt und einer Verwendung für Anschüttungen, allenfalls für Bausteinerzeugung und ähnlichem, zugeführt werden.

Und nun zu den Bedürfnisanstalten, deren Betrieb und die Reinigung durch die Firma Beetz vertragsmäßig erfolgt. Da seitens der Bevölkerung berechtigte Beschwerden geführt wurden, hat der Wiener Gemeinderat mit 12. Juli 1963 diesen Vertrag zum Zwecke der besseren und öfteren Reinigung insofern geändert, daß eine Erhöhung der Vergütung an die Firma Beetz beschlossen wurde.

Zur Zeit stehen 118 öffentliche Bedürfnisanstalten und 59 Pissoirs zur Verfügung. Im kommenden Jahr werden infolge von Straßenbauten sowie im Zuge der Erneuerung alter Anlagen neun Bedürfnisanlagen neu errichtet.

Die fahrbare Toilettenanlage war an 137 Tagen des laufenden Jahres eingesetzt und fand an acht verschiedenen Plätzen Aufstellung.

Der Fahrzeugstand des städtischen Fuhrparks hat sich vermehrt, und zwar hauptsächlich durch den erhöhten Bedarf an Müllwagen und Kleinfahrzeugen für die Straßenreinigung.

Der Wohlstand der Wiener drückt sich auch darin aus, daß von öffentlichen Verkehrsflächen bis zum Oktober 38 liegengebliebene Fahrzeuge und Wracks abgeschleppt und sichergestellt werden mußten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

14. Dezember (RK) In der Spezialdebatte ergreift als erster GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) das Wort. Er verweist darauf, daß die Arbeit an den Kanalisierungsanlagen bei der Bevölkerung nur wenig Anklang findet, man aber bedenken muß, daß nur ein gutes Kanalnetz das Leben in einer Großstadt ermöglicht. Auch die Arbeit in der Zentralwäscherei ist für die Bediensteten nicht leicht, und es ist zu hoffen, daß die Ausstattung mit modernen Maschinen ihnen die Arbeit weitgehend erleichtert.

Ein großes Problem bildet die Straßenreinigung. Im vergangenen Winter hat der "Koalitionspakt zwischen der Stadtverwaltung und Petrus" nicht ganz geklappt. Trotzdem ist die Stadt mit dieser Aufgabe halbwegs fertiggeworden, nicht schlechter und nicht besser als viele andere Großstädte in Europa auch. Aber eines hat sich dabei gezeigt: daß eine gute Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft und Stadtverwaltung hier wirklich eine Abhilfe bringen kann. Ein besonderes Problem bilden da noch die Stadtrandgebiete, und man müßte sich den Kopf auch darüber zerbrechen, wie man vor allem die Nebenstraßen besser bestreuen könnte.

Ein ungelöstes Problem ist nach wie vor jenes der parkenden Fahrzeuge. Hier sollten die besten Experten, aber auch Nichtfachleute weiter Überlegungen anstellen, wie Abhilfe zu schaffen ist. Bei der Reparatur von Straßen sollte man doch modernere Methoden anwenden, damit die Staubentwicklung, die für die Bewohner dieser Straßenzüge eine große Belästigung darstellt, geringer wird. Auch hinsichtlich der zeitweisen Verstopfung engerer Gassen durch die Müllabfuhrwagen sollte eine Lösung gefunden werden.

Zur Frage der Bäder und der neuen Tarife erklärt Dr. Ebert: Die Tarife wurden aus sozialen Gründen zwölf Jahre lang beibehalten. Niemand wird bestreiten, daß in dieser Zeit die Kosten erheblich gestiegen sind. Im letzten Jahr hatte die Gemeinde ein Defizit von 24 Millionen bei den städtischen Sommerbädern zu tragen, heuer wird es bei 28 Millionen liegen. Dafür muß schließlich und endlich wieder der Steuerzahler aufkommen. Die Tarifregulierung - oder, seien wir ehrlicher, die Preiserhöhung, denn es ist

./.

die beste Methode, der Bevölkerung die reine Wahrheit zu sagen -, die neuen Preise wurden einvernehmlich festgelegt, wobei unsere Fraktion bemüht war, daß die Tarife nur dort erhöht wurden, wo es auch tragbar erschien. Vor allem wurde darauf geachtet, daß die Kinder nicht betroffen werden, und auch die Diskriminierung der Studenten konnte ausgeschaltet werden. Aber auch die privaten Sommerbäder und die Thermalbäder sind infolge der Sozialtarife - und es ist richtig, daß wir Sozialtarife haben - in eine schwere Situation gekommen. Es ist aber nicht damit gedient, wenn dann ein paar zusperren und die Kinder in ein weit entfernt liegendes Bad gehen müssen. Ihnen sollte man durch eine Kreditaktion, ähnlich jener für das Gastgewerbe, helfen.

GR. Hans Mayr (SPÖ) befaßt sich mit dem Problem der Wasserversorgung und erklärt: Es ist in gewissen Zeiten zu einer Knappheit in der Wasserversorgung gekommen, aber infolge der hektischen Wohnbautätigkeit - wie eine Zeitung es einmal genannt hat - steigt eben der Wasserverbrauch ständig. Sein ständiges Steigen ist aber auch ein gutes Zeichen für die Wirtschaftsentwicklung. Die Tatsache, daß der Wasserverbrauch in Wien 1945 98,1 Millionen Kubikmeter betrug und 1962 auf 161,5 Millionen Kubikmeter gestiegen ist, spiegelt deutlich die bedeutende Leistung der Wiener Wasserwerke wieder. Unseren Technikern von den Wasserwerken gebührt für die geleistete Arbeit unser Dank. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Wasser nicht etwa wie ein Auto industriell erzeugt werden kann, sondern daß Wasser ein Bodenschatz ist, den wir in immer stärkerem Maße benötigen. Selbstverständlich spielt auch die Wasservergeudung eine Rolle. So wurde etwa in einem Inserat empfohlen, einen Truthahn zwei Stunden unter fließendem Wasser aufzutauen! Das wäre eine Wasservergeudung. Wir teilen das Mitgefühl von Präsidenten Mühlhauser für jene, die gezwungen sind, das Wasser in Kübeln zu holen. Wenn wir aber im Zuge der weiteren Assanierung gezwungen sein werden, alte Kaluppen niederzureißen, um dort neue Häuser bauen zu können, in denen auch die Wasserversorgung klaglos funktioniert, dann werden wir Herrn Präsidenten Mühlhauser bitten, sich an sein Mitgefühl zu erinnern und mit uns für die Enteignungsmaßnahmen einzutreten.(Beifall bei der SPÖ.)

./.

Man soll die Frage der Wiener Wasserversorgung nicht von einem kleinlichen politischen Standpunkt aus sehen. Wenn etwa das "Volksblatt" schreibt, daß die Wasserwerke zu Sparmaßnahmen gezwungen sind, dann ist das richtig; wenn es aber im Schlußsatz wörtlich heißt: "Geradezu grotesk ist, daß vielfach Bezirken mit einer sozialistischen Mehrheit durch den Druckausgleich wieder mehr Wasser zugeführt werden soll", so kann man das wohl kaum noch als sachliche Kritik bezeichnen.

Anschließend stellt GR. Mayr im Zusammenhang mit einer Radiorede von Landeshauptmann Figl mit Nachdruck fest, es liege uns fern, einen Wasserkrieg mit Niederösterreich zu beginnen. Wir sind an einer Lösung der Frage in sachlicher und ruhiger Atmosphäre i.. interessiert. Es liegt uns auch fern, die berechtigten Wünsche der niederösterreichischen Gemeinden im Gebiet der Probebohrungen zu beeinträchtigen. Wir wünschen aber,daß die Wiener Wasserversorgung nicht zu einem politischen Handelsobjekt gemacht wird, und wir wünschen, daß auch unsere berechtigten Interessen voll und ganz anerkannt werden.

Zur Keimfreimachung des Wiener Wassers, sagt GR. Hans Mayr, daß die Qualität des Grundwassers keineswegs schlechter ist als jene des Hochquellenwassers. Im Gegenteil, die Filterung des Grundwassers gewährleistet oft sogar eine bessere Qualität. Trotzdem muß dem Wasser zur Keimfreimachung Chlor beigesetzt werden. Die Menge dieser Chlorbeigabe (0.23 Milligramm pro Liter!) ist jedoch so gering, daß sie keinerlei gesundheitsschädigende Wirkung hat, sie reicht aber andererseits auch aus, um das Wasser tatsächlich keimfrei zu machen.

Mit großem propagandistischem Aufwand wurde in den letzten Wochen eine "Versilberung" des Wiener Wassers zur Keimfreimachung in den Vordergrund der Diskussionen gestellt. Dazu ist unter anderem zu sagen, daß ein anerkannter Wissenschaftler, Univ.-Prof. Dr. Schinzl, feststellte, es sei neu für ihn, daß durch eine Versilberung Bakterien getötet werden können. Vor allem aber muß gesagt werden, betont GR. Mayr, daß man einer Versilberung erst dann zustimmen kann, wenn die Wissenschaftler eindeutig versichern, daß damit keinerlei gesundheitliche Schädigungen verbunden sind.

./.

GR. Maller (KLS) beschäftigt sich einleitend mit den Ratten und fordert, daß man diese Frage nicht bagatellisieren und nur von Erfolgen auf diesem Gebiet sprechen solle, wie es der Berichterstatter in seinem Brief an StR. Dr. Glück getan habe. Alle Diskussionsredner in der Debatte zur Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) hätten festgestellt, daß Wien unter einer großen Rattenplage leide. Daher ist es notwendig, daß auch von der Geschäftsgruppe VIII, die ja für die Kanäle zuständig ist, einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Plage zu begegnen.

Zur Straßenreinigung meint GR. Maller, daß es unbedingt notwendig sei, die Mistabfuhr raschest zu modernisieren. Wir haben zwar jetzt eine moderne Müllverbrennungsanlage, aber die Methode der Misteinsammlung ist nach wie vor keineswegs modern. Hier müssen im Interesse aller geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Wasserversorgung: Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Trinkwasser wird von Jahr zu Jahr ein größeres Problem. Jetzt sind wir bereits so weit, daß die Versorgung ernstlich gefährdet ist, wenn nicht raschest wirksame Maßnahmen getroffen werden. Nicht das, was auf diesem Gebiet bereits geschehen ist, ist maßgebend, sondern einzig und allein der Effekt. Was aber hat sich seit der letzten Budgetdebatte auf diesem Gebiet im wesentlichen geändert? Weder hinsichtlich der Qualität, noch der Quantität ist eine Besserung in der Wasserversorgung eingetreten. Im Gegenteil, während früher die Wiener Bevölkerung nur in der heißen Jahreszeit von Wassermangel betroffen war, müssen jetzt schon fast das ganze Jahr über Sparmaßnahmen eingehalten werden.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in Wien eine latente Wasserkrise herrscht und die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, eine ausreichende Wasserversorgung zu garantieren. Hier liegen arge Versäumnisse aus der Vergangenheit vor. GR. Maller stellt an den Berichterstatter die Frage, wann endlich eine ausreichende Wasserversorgung gewährleistet sein wird und auf welche tatsächlichen Schwierigkeiten man im Zusammenhang mit der Nutzbarmachung der Wasserreserven im Steinfeld stößt. Außerdem sollte man versuchen, andere Methoden zur Keimfreimachung des Wassers zu finden, um einen guten Geschmack des Wassers zu gewährleisten. Ferner: Man weiß zwar noch nicht, wann die dritte Wasserleitung fertig sein wird, man müßte sich aber schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch eine vierte notwendig sein wird.

./.

Auf dem Bädersektor fordert der Redner, die städtischen Sommerbäder abends länger offenzuhalten, damit auch die arbeitende Bevölkerung die Möglichkeit hat, nach Betriebsschluß ein Bad aufzusuchen. Wichtig wäre es auch, im städtischen Bad am Genochplatz im 22. Bezirk eine Sauna einzurichten. Beim Jörgerbad müßte man etwas gegen die starke Rauchentwicklung und die dadurch verursachte Luftverunreinigung unternehmen.

Der Redner kommt dann auf die geplante Erhöhung der Bäderpreise zu sprechen, der seine Fraktion keinesfalls zustimmen könne. Eine Erhöhung der Preise für den geschlossenen Bäderbetrieb trifft vor allem jene Bevölkerungskreise, die nicht die Annehmlichkeit genießen können, ein eigenes Bad zu besitzen, also die finanziell Schwächsten. Die Erhöhung der Preise der Sommerbäder wirke sich gleichfalls auf die ärmere Bevölkerungsschicht aus, da diese ihren Urlaub nicht an einem See oder am Meer verbringen kann, sondern in Wien bleibt und die städtischen Sommerbäder besucht. Die städtischen Sommerbäder verlieren durch eine derartige Preiserhöhung ihren sozialen Charakter. Als unverständlich bezeichnet es der Redner, daß diese Preiserhöhung im vorliegenden Voranschlag nicht berücksichtigt wurde. Man hat sogar die Erlöse aus den Bädern niederer veranschlagt als in den vergangenen Jahren. Mit einer Budgetoffenheit hätte ein derartiges Verhalten also nichts mehr zu tun.

Die Stadt Wien müßte auch alles unternehmen, um die auf ihrem Gebiet liegenden Thermalquellen so rasch wie möglich zu erschließen und der Bevölkerung zugänglich zu machen. Er ersucht den Referenten um einen baldigen Bericht, was die Stadt Wien in dieser Hinsicht zu tun gedenkt.

Aus den angeführten Gründen könne, wie GR. Maller erklärt, die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, daß es nicht für unseren Schilling spreche, wenn die Ansätze sowohl auf der Einnahmen-, wie auf der Ausgabenseite jährlich steigen. Diese Tatsache schafft jenen bedauerlichen Zustand der Unsicherheit.

In der heute zur Debatte stehenden Geschäftsgruppe ist das dringendste Problem die ausreichende Herbeischaffung von

./.

Wasser. Leider sind wir in unserer Stadt bereits so weit, daß nicht nur während der Sommermonate Wassermangel herrscht, sondern fast schon das ganze Jahr über. Es ist selbstverständlich, daß die Wassermenge aus den beiden vorhandenen Hochquellenleitungen nicht mehr ausreicht um dem ständig steigenden Bedarf gerecht zu werden. Lange und oft wird nun schon von der Errichtung einer dritten Wasserleitung gesprochen. Mit Bedauern haben wir nun aber gehört, daß die Versuchsbohrungen bei Ebreichsdorf vorübergehend eingestellt wurden. Ein Grund für diese Einstellung wurde nicht genannt. Es müßte aber endlich auf diesem Sektor mit den nötigen Planungen, Versuchen und Projektierungen begonnen werden. Leider hat man bis jetzt dieser Notwendigkeit nicht Rechnung getragen, obwohl das Ansteigen des Wasserbedarfes seit Jahrzehnten festgestellt werden kann. Schwierigkeiten sind schließlich da, um überwunden zu werden. Wir sind nun in einer Situation, die gebieterisch augenblickliche Lösungen verlangt. Eine Möglichkeit größere Wassermengen zur Verfügung zu stellen, wäre, aus der Donau oder aus dem Donaukanal Wasser nutzbar zu machen. In anderen europäischen Städten ist die Aufbereitung von Flußwasser bereits häufig der Fall. Eine weitere Möglichkeit wäre für Industrie und Gewerbe ausreichend Nutzwasser zur Verfügung zu stellen und dadurch Trinkwasser zu sparen. In Wien hat es bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine Nutzwasserleitung mit einem 80 Kilometer langen Rohrnetz gegeben.

Der Redner stellt fest, daß die Trennung des Nutz-, und Trinkwassernetzes nur deshalb so teuer wäre, weil man die einmal vorhanden gewesenen Anlagen habe verfallen lasse. Die Versuchsbohrungen hätten bisher noch wenig Ergebnis gezeitigt. Vor allem aber solle die Wasserversorgung von Wien kein Politikum sein. In diesem Zusammenhang bedauerte der Redner die Haltung einiger Funktionäre der Niederösterreichischen Landesregierung, die nach nicht dementierten Pressemeldungen wenig Entgegenkommen gegenüber der Wiener Wasserversorgung gezeigt haben.

./.

Der Redner hofft, daß die Haltung des Landeshauptmannes Figl und der ÖVP-Fraktion des Wiener Gemeinderates in dieser Frage den Sieg über die einflußreichen Ökonomieräte des Niederösterreichischen Bauernbundes davontragen möchte. Denn Wien sei schließlich die Bundeshauptstadt von ganz Österreich.

Der Redner streift die Frage der Giftgasgranaten und der chemischen Zusätze zum Trinkwasser und weist auf die Notwendigkeit hin, in den Wasserschutzgebieten entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Zu den städtischen Bädern meint der Redner, daß der Frequenzrückgang ein erfreuliches Zeichen für die Zunahme des Wohnkomforts sei.

Unerfreulich seien dagegen die Preiserhöhungen. Man müsse sich grundsätzlich gegen Preissteigerungen durch die öffentliche Hand aussprechen, die selber jene Preisdisziplin halten sollte, die sie von den Privaten erwartet. Von seinen früheren Anregungen zur Anlage kleinerer Bäder in bisher vernachlässigten Wohngebieten habe er nichts mehr gehört. Mancherorts gäbe es auch zu wenig Kinderfreibäder. Der Redner regte hier eine Lösung an, die in anderen Städten Europas bereits mit Erfolg angewendet werde: Kinderfreibäder in Form von Dachgärten, die keinen wertvollen Baugrund beanspruchen.

Zur Frage der Stadtreinigung meint GR. Peter, daß bei der Müllverbrennungsanlage auch die letzte Geruchsbelästigung noch beseitigt werden sollte. Trotz des Personalmangels in der Straßenreinigung sei es die Stadt Wien ihrem Ansehen schuldig, eine reine Stadt zu sein. Der Redner regt an, verschiedene technische Neuerungen, wie zum Beispiel einen Einmann-Wagen zur Müllabfuhr, auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen.

Zum Schluß bedauerte der Redner, daß seine Fraktion den Budgetansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen könne, weil die Stadtverwaltung nach ihrer Meinung nicht alles getan hätte, was die Wiener erwarteten, aber auch als Protest gegen die politischen Schwierigkeiten, die den Lösungen mancher Fragen entgegenstehen.

./.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß ein "elastischer Konsens" bezüglich der Rohrleitung in der Lobau und bezüglich des Rohrdurchmessers in Vorbereitung sei. Er habe bei den diesbezüglichen Verhandlungen nicht nur die Interessen der Wiener Handelskammer, sondern auch das Interesse der Wiener Bevölkerung nachdrücklichst vertreten.

Mit seinem Hinweis auf die Gelbkreuzgranaten habe der Redner den Ausgabenetat der Stadtverwaltung nicht unnütz belasten wollen. Man dürfe da ohne Sorge sein, denn der Wiener Finanzreferent sei einer der ausgezeichnetsten Finanzreferenten, die wir haben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Jedenfalls habe der Hinweis des Redners zur Inangriffnahme der Gelbkreuz-Entseuchung geführt.

Bezüglich der Wasserversorgung streift der Redner die zahlreichen bereits getroffenen Vorkehrungen und die verschiedenen Möglichkeiten, die man dabei geprüft habe. Die Verkarstung von Rax und Schneeberg habe zu einem Rückgang der Kapazität der ersten Trinkwasserleitung geführt. Diese Verkarstung werde in Zukunft eher noch zunehmen.

Er freue sich, daß der Innenminister vor kurzem festgestellt hat, daß die Gelbkreuzgranaten ausgegraben und vernichtet werden müssen.

Lobau: Unangenehm sei die Nachbarschaft der Erdölfirmen, doch erlauben es die heutigen technischen Möglichkeiten, uns gegen die Gefahren einer Verseuchung zu schützen. Außerdem wissen wir alle ganz genau, daß es ohne Lobau keine Trinkwasserversorgung gibt.

Zur Frage der Kunststoffrohre bemerkt der Redner, daß man heute schon begehbare Rohre erzeugt, die man durchaus unter die Erde verlegen könne.

(Mit der Bemerkung "ein kleiner Schluck gechlorten Wassers" führt GR. DDr. Strunz das für die Redner bereitstehende Glas an die Lippen. Dies trägt ihm einen Zwischenruf von StR. Heller, SPÖ ein: Sie können es ja auch versilbern! (Heiterkeit.)

Für die Trink- und Badewasserdesinfektion zeige die Presse und auch die Bevölkerung großes Interesse, meint der Redner. Man sollte daher diese Dinge nicht im geheimen Kämmerlein abtun. Er selbst halte Ozon für das beste, weil es das einzige virenwirksame Mittel darstellt.

./.

Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang aus der Fachliteratur, daß trotz Chlorierung Typhusepidemien entstehen können. Auch gibt es Stämme von Kinderlähmungsviren, die gegen Chlor resistent geworden sind. Schließlich: Bei Ozon genügt eine Beigabe von 0.15 Milligramm pro Liter, während heute zur Chlorierung 0.23 Milligramm zugesetzt werden. (Stadtrat Heller: Der Vortrag gehört auf die Technische Hochschule!) Was die Silberpräparate betrifft, so ist es durchaus möglich, mit Silberlösungen Viren zu inaktivieren. Der Redner verweist darauf, daß es in St. Pölten eine solche Anlage gibt, die von der Wiener Universität ständig kontrolliert wird.

Zum Schluß spricht der Redner noch über Probleme der Abwässer. Abschließend erklärt DDr. Strunz, daß die ÖVP-Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen werde.

GR. Schreiner (SPÖ) meint, daß gerade diese Verwaltungsgruppe nicht zu den attraktivsten gehört, aber doch immer der Versuch unternommen wird, gewissermaßen die fehlenden Mengen Wassers bis auf die Spitzen des Donauturms zu peitschen. Dabei wurde der Donauturm nicht von der Gemeinde Wien gebaut. Aber selbst wenn er aus Gold gebaut worden wäre, könnte man mit dem Gegenwert das uns fehlende Wasser nicht besorgen, denn das ist keine Geldfrage. Man kann nicht immer so tun, als ob wir in den vergangenen Jahren nicht die größten Anstrengungen unternommen hätten, mehr Wasser für die Versorgung unserer Stadt herbeizuschaffen. Wenn der Vorredner sagte, er habe bei einer Verhandlung nicht nur die Interessen der Handelskammer, sondern auch jene der Stadt Wien vertreten. (GR. Strunz: Vor allem!), so ist das eine Selbstverständlichkeit; darauf haben wir nicht nur einen Eid geleistet, sondern das ist unsere eigentliche Aufgabe.

Der Wasserpreis wird bei uns bewußt sehr niedrig gehalten. Dieser niedere Preis ist ein Unikum. Aber er verleitet vielleicht doch zu einer etwas geringschätzigen Verwendung des Wassers. Hier könnte die Presse helfen, damit das gute Wiener Trinkwasser von der Bevölkerung etwas mehr geschätzt wird. Dann würde die Wasserknappheit vielleicht gar nicht eintreten.

Diese Geschäftsgruppe ist nicht sehr attraktiv, sie verrichtet Arbeiten, über die man kaum spricht, über die man nur

./.

schimpft, wenn einmal etwas nicht funktioniert. Darum soll man einmal klar aussprechen, daß die verantwortungsvollen Beamten und der zuständige Stadtrat alles, wirklich alles unternehmen, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Ist es der Bevölkerung bekannt, daß für die Winterreinigung ein richtiger Generalstabsplan existiert, daß von den Beamten, von den Offizieren dieser Abteilung bis zu den Infanteristen, den Straßenpflegern, Chauffeuren und Mechanikern,alles einsatzbereit ist? Wer weiß schon, daß der Müll in Volumen immer größer und im Gewicht immer kleiner wird, daß eine Automatik an den Müllwagen eingebaut wurde? Wenn in den nächsten Wochen die Müllverbrennungsanlage in Aktion treten wird, wird das eine wesentliche Erleichterung bringen.

Der Redner schließt mit der Bitte an Vizebürgermeister Slavik, wenn möglich auch im nächsten Jahr dieser Geschäftsgruppe wieder Zuschußkredite für die Kanalisation, die Wasserversorgung usw. zur Verfügung zu stellen. Er erklärt: Es wurde uns die Beruhigung gegeben, daß die Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet der Gesundheitsfürsorge alles unternimmt, um das Leben in dieser Stadt schöner zu gestalten! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

In seinem Schlußwort richtet Stadtrat Koci an den Gemeinderat Peter die Frage, was er wohl gesagt hätte, wenn die geplante Tariferhöhung für die Bäder im Voranschlag bereits berücksichtigt gewesen wäre, obwohl der Gemeinderat ihr noch gar nicht zugestimmt hat. Dem Wunsch, Kinderfreibäder auf Dachgärten zu errichten, wird nicht entsprochen werden, weil man für unsere Kinderfreibäder noch immer Plätze finden wird, ohne das große Risiko, das ein Dachkinderfreibad mit sich bringt, eingehen zu müssen.

Die Errichtung von kleinen Bädern in den Innenbezirken ist nicht möglich, da der hiefür notwendige Platz einfach nicht gefunden werden kann. Eine Nutzwasserleitung, von der gesprochen wurde, hat es nie gegeben.

Von einer Geruchsbelästigung durch die neue Müllverbrennungsanlage sei ihm nichts bekannt.

./.

Im Jänner werde man bei einer Besichtigung Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß in dieser Anlage so etwas gar nicht möglich ist, da die Müllbunker hermetisch abgeschlossen sind.

Sowohl bei der Müllabfuhr als auch in allen anderen Bereichen seines Ressorts werde von den Fachleuten immer wieder geprüft, was das Beste und Modernste auf jedem Gebiet ist. Und das Beste und Modernste werde auch überall eingesetzt. Ebenso sei man bei der Glatteisbekämpfung bemüht, immer wieder neue Methoden zu finden.

Zur Frage Ratten versichert Stadtrat Koci, er wisse, daß wir große Sorgen damit haben. In seinem Brief an Stadtrat Dr. Glück habe er nur darlegen wollen, daß die für das Kanalnetz zuständige Abteilung ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet durchaus nachkomme. Wie schon gesagt, sind die Gaspatronen ein wirksames Bekämpfungsmittel in den öffentlichen Kanälen. In den Hauskanälen kann diese Methode jedoch nicht angewendet werden, weil man dadurch Menschen gefährden würde.

Die größten Schwierigkeiten bei der Müllabholung ergeben sich durch den großen Fahrzeugverkehr und vor allem durch die zahlreichen parkenden Autos. Trotzdem sind alle Müllabholer stets bemüht, ihre Arbeit so rasch wie möglich zu tun.

Wasserversorgung: Dazu meint Stadtrat Koci, es sei leider notwendig, fast das ganze Jahr hindurch mit Wasser zu sparen. Er würde sich aber auch wünschen, daß die Wiener diese Forderung ernst nehmen und wirklich dort sparen, wo es sich machen läßt, wie zum Beispiel bei rinnenden sanitären Anlagen, bei denen man nur die Dichtungen richten lassen müßte.

Im Zusammenhang mit der geforderten Versilberung des Wassers sagt der Stadtrat, daß wir das Wasser chlorieren müssen, weil es die Gesundheitsbehörden so verlangen. Vergleiche mit Orten wie St. Pölten, wo eine Versilberungsanlage errichtet wurde, können nicht gezogen werden, da sich der dortige geringe Wasseranfall keineswegs mit jenem in Wien vergleichen läßt. Ähnlich ist es mit der verlangten Ozonisierung des Wassers. Aus Salzburg zum Beispiel habe er gehört, daß man mit einer dort errichteten kostspieligen Ozonisierungsanlage anscheinend nicht

./.

sehr zufrieden sei, da sie nicht immer funktionieren dürfte. Im Zusammenhang mit diesen Fragen müsse er im übrigen feststellen, daß GR. Strunz, der immer wieder eine Verbesserung der Wasserqualität verlange, dies stets so tue, als handle er nur im Interesse der Gemeinde Wien. Es scheine aber, als ob gerade das Gegenteil der Fall wäre. Das Wiener Wasser ist in der ganzen Welt als qualitativ hervorragendes Wasser bekannt. GR. Strunz aber stelle alles so dar, als ob es das schlechteste Wasser wäre.

Mit den Untersuchungen in der Lobau ist man schon so weit, daß kein Zweifel daran besteht, daß die Oberste Wasserrechtsbehörde grundsätzlich die Entnahme genehmigen wird. Allerdings weiß man noch nicht in welcher Menge. Mit den diesbezüglichen Arbeiten wird man aber sofort beginnen können, da die Vorbereitungen schon seit langem im Gange sind.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des achten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende GR. Mühlhauser unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden am Montag, dem 16. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

In den Schulen wird die Zukunft unserer Jugend vorbereitet!

Bgm. Jonas legte Grundstein zu Hauptschulgebäude in Simmering

14. Dezember (RK) Der große und schön gelegene Enkplatz entwickelt sich immer mehr zu einem Zentrum des 11. Bezirkes. Das Areal, auf dem Bürgermeister Jonas heute vormittag den Grundstein zu einem Hauptschulgebäude der Stadt Wien legte, befindet sich an der Geiselbergstraße, Lorystraße, Drischützgasse, hinter der Kirche. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Magistratische Bezirksamt, die Feuerwache Simmering und das Bezirkspolizeikommissariat. Ebenso grenzt dieser Platz an den Markt und an den städtischen Kindergarten in der Sedlitzkygasse.

Hunderte Menschen und Schulkinder erwarteten bei kaltem Wetter aber strahlendem Sonnenschein Bürgermeister Jonas, der mit Vizebürgermeister Mandl, Stadtrat Heller, dem Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates NR. Dr. Neugebauer und leitenden Beamten des Magistrates und des Stadtschulrates erschienen war.

Bezirksvorsteher Haas begrüßte die Festgäste und dankte der Stadtverwaltung für das schöne große Werk in der City von Simmering.

Bürgermeister Jonas erklärte, daß in diesem Jahr bereits der zweite Grundstein zu einem großen Schulgebäude der Gemeinde Wien gelegt wird. Im Sommer 1963 war es der Grundstein für den größten städtischen Schulneubau seit 1945, für das 3. Zentralberufsschulgebäude in Meidling. Heute ist es der Grundstein für das größte städtische Hauptschulgebäude seit 1945. Diese Neuschöpfung der Wiener Stadtverwaltung wird nicht weniger als 43 Millionen Schilling kosten. Die Wiener Steuerzahler mögen davon überzeugt sein, daß die Gemeinde stets bemüht ist, das Geld gut anzulegen. Schulbauten gehören zu den wichtigsten Investitionen im Hinblick auf die Zukunft. Die Österreicher machen sich mit Recht Sorgen darüber, wie unser kleiner Staat in der großen Welt bestehen kann, wie er konkurrieren kann mit den großen und reichen Ländern. Bei allen diesen Überlegungen darf man nicht vergessen, daß die Zukunft unseres Staates in den Schulen vorbereitet wird. In den Pflichtschulen, in den höheren Lehranstalten und in den Hochschulen entscheidet sich die Zukunft unserer Jugend.

./.

Für den Bau der großen Hauptschule in Simmering steht glücklicherweise ein schöner Platz zur Verfügung. Das Gebäude wird ein Schmuckstück werden zur Freude der Eltern und der Kinder.

An die Arbeiter und Angestellten, die an dem neuen Haus mitarbeiten, appellierte der Bürgermeister, in diesem Fall keine Routinearbeit zu sehen, sondern zu bedenken, daß das Haus für besondere Zwecke geschaffen wird. Sie mögen ihre ganze Liebe und ihr gesamtes Können in das Werk hineinlegen. Wenn sie mit ihrer Arbeit zu Ende sind, wird die Arbeit an der Zukunft unserer Jugend beginnen. Die Lehrer forderte er auf, das neue Haus mit dem Geiste der neuen Schulgesetze und ihrem gesamten Wissen zu erfüllen.

Vizebürgermeister Mandl stellte fest, daß es sich um den 44. Schulneubau der Gemeinde Wien seit 1945 handelt. Zwei Gründe waren es, die die Schulverwaltung veranlaßte, hier ein neues Gebäude zu errichten: die starke Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien in diesem Gebiet und der schlechte Zustand des alten Schulgebäudes, das bis vor kurzem noch auf dem Enkplatz stand. Allein im 11. Bezirk sind zwischen 1945 und 1960 mehr als 3.000 Gemeindewohnungen errichtet worden, weitere Anlagen mit fast 1.000 Wohnungen sind im Bau. Die Bevölkerung Simmerings hat sich zwischen 1951 und 1961 um 5.000 Einwohner vermehrt. Die Zahl der Lebendgeborenen ist von 388 im Jahre 1952 auf 640 im Jahre 1962 gestiegen. Familien mit Klein- und Schulkindern sind zugesiedelt, zahlreiche weitere werden noch dazukommen. In Zukunft ist also mit erhöhten Schülerzahlen zu rechnen.

Auf dem Platz, an dem hier ein neuer Schulbau errichtet wird, hat bereits im Jahre 1871 die damalige Vorstadtgemeinde Simmering unter ihrem Bürgermeister Gey eine Schule errichtet, eben jene, die jetzt demoliert worden ist, um durch einen neuen, modernen Bau ersetzt zu werden. Natürlich wurde lange vorher gewissenhaft geprüft, ob nicht, über die im Jahre 1954 durchgeführte Instandsetzung hinausgehend, die Modernisierung des alten Hauses möglich ist. Aber der schlechte Bauzustand, die Schwierigkeiten, die sich dem Einbau einer Zentralheizung entgegenstellten und ebenso die Verlegung der Garderoben aus den Klassenzimmern in die zu schmalen Gänge, die mangelhafte Kanalisation, die nordseitige Lage vieler Klassenzimmer, von denen mehrere nur Fenster an den Stirnseiten hatten und schließlich das Fehlen wichtiger Arbeitsräume, wie

./.

Schulküche und Zeichensaal, ließen es hier wie in manchen ähnlichen Fällen als nicht vertretbar erscheinen, unter Aufwendung von namhaften Mitteln eine Modernisierung durchzuführen, die faktisch die ärgsten Mängel nicht hätte beseitigen können. So entschloß sich die Stadtverwaltung zu einem Schulneubau. Er wird in architektonisch klarer und übersichtlicher Gliederung zwei Hauptschultrakte mit je zwölf Klassenzimmern, einen Zeichensaal, einen Physiksaal, ein Musikzimmer, eine Kanzlei und ein Lehrerzimmer umfassen. Im Knabentrakt sind zwei Knabenhandarbeitsräume, weiter aber auch vollkommen separierte Räume für die Volkshochschule Simmering und für einen Jugendklub vorgesehen, im Mädchentrakt zwei Mädchenhandarbeitszimmer, eine Schulküche mit allen Nebenräumen und ein Arztzimmer und selbstverständlich in beiden Trakten alle erforderlichen Lehrmittel- und Materialräume sowie die Schulwartwohnungen und ein Fahrradabstellraum. Die beiden Trakte sind miteinander durch eine große Pausenhalle verbunden, die auch als Festsaal verwendet werden kann.

Zwei Turnsäle mit je zwölf mal 24 Meter Grundfläche, mit Wechselgarderoben, Geräte-, Dusch- und Trockenräumen, ein Pausenhof und ein Spielplatz vervollständigen die Anlage. Die verfügbare Fläche hat zirka 9.490 Quadratmeter, von denen rund 3.955 Quadratmeter verbaut werden. Die Gesamtkosten einschließlich der Kosten für den Abbruch des alten Schulhauses werden voraussichtlich rund 43 Millionen Schilling betragen. Die Pläne für den Neubau, der mit einer ölgefeuerten Zentralheizungsanlage ausgestattet wird, haben die Architekten Ing. Schinzel, Czapka und Dipl.-Ing. Dr. techn. Schwarzacher in engster Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt, der städtischen Schulverwaltung und dem Stadtschulrat für Wien entworfen.

Es ist kein Zufall, daß mit der Errichtung dieses Neubaues gerade im Jahre 1963 begonnen worden ist. Derzeit hat die Schülerzahl der städtischen Schulen im 11. Bezirk ihren niedrigsten Stand erreicht. Man konnte daher jetzt und nur jetzt nach einer kurzen Zeitspanne des durch die gleichzeitige Modernisierung der Volksschule Simoningplatz bedingten Wechselunterrichts der Hauptschulen Enkplatz ihre Klassen in den jetzt noch vorhandenen Schulraumreserven unterbringen und ist so in der Lage, trotz Demolierung des alten Hauses den Unterricht in allen Schulen des Bezirks ohne weitere Störungen durchzuführen. Wenn das neue Haus fertig sein wird, werden diese Raumreserven für den zahlenmäßig starken Schülernachwuchs verfügbar sein und wird als letztes Haus im 11. Bezirk das Schulgebäude Braunhubergasse modernisiert werden können.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller verlas den Text der Grundstein-Urkunde.

Bürgermeister Jonas vollführte sodann die traditionellen Hammerschläge und besichtigte hierauf das ausgestellte Modell der neuen Schule.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Franz Jonas:

Die großen Steuerleistungen der Wiener bleiben unbedankt!

Wien muß um Gleichberechtigung kämpfen

16. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 15. Dezember, über die Benachteiligung Wiens bei den Bundesstraßen.

Der Bürgermeister führte aus: " Sie erinnern sich, wie ich in meiner Sendereihe schon einige Male darüber gesprochen habe, daß Wien auf dem Gebiete des Straßenwesens im Vergleich zu den anderen Bundesländern schwer benachteiligt ist. In Österreich gibt es 9.262 Kilometer Bundesstraßen, aber nur 15 Kilometer davon, das heißt 0,16 Prozent befinden sich auf Wiener Boden. Diese Einteilung hat zur Folge,daß der Bund nur sehr wenig finanzielle Mittel für die Wiener Straßen aufwendet, obwohl hier, sehr gering geschätzt, mindestens 40 Prozent aller österreichischen Steuern aufgebracht werden. Ich habe das immer als schweres Unrecht und als Benachteiligung Wiens bezeichnet und den Bund aufgefordert, doch endlich eine gerechtere Behandlung Wiens eintreten zu lassen. Ich habe erklärt, daß Wien keine Bevorzugung wünsche, sondern für sich die gleiche Behandlung anstrebe wie die anderen Bundesländer. Ich muß leider berichten, daß meine Bemühungen und die der magistratischen Dienststellen bisher fast ergebnislos geblieben sind.

./.

In der abgelaufenen Woche wurde bei den Budgetverhandlungen im Nationalrat und im Gemeinderat sehr ausführlich über das Problem der Bundesstraßen in Wien gesprochen. In beiden Körperschaften wurden Beschlüsse gefaßt, die nun doch endlich die Diskriminierung Wiens beenden könnten. Wer die jahrelange Vorgeschichte nicht kennt, könnte leicht zu dem Schluß kommen, daß der Wiener Bürgermeister sich um diese Angelegenheiten zu wenig gekümmert habe, und daß der Wiener Magistrat bei der Behandlung aller dieser Fragen nachlässig gewesen sei. Mir liegt deshalb sehr daran, daß Sie und alle Wiener Steuerzahler ausreichend informiert werden, weshalb ich mir erlaube, heute eine kurze Darstellung zu geben.

Der Leidensweg Wiens begann schon vor ungefähr zehn Jahren, als der Wiener Gemeinderat am 18. Juni 1954 einen Antrag beschließen mußte, weil im neuen Bundesstraßengesetz bei der Einfügung der Autobahntrasse Salzburg-Wien überhaupt nicht angegeben war, wo die Autobahn im Raume Wien ihren Anfang nehmen soll. Dadurch entstand sofort die Sorge, daß die Interessen Wiens beeinträchtigt werden könnten und deshalb wurde vom Bund die Weiterführung der Autobahn in das Stadtgebiet gefordert. Weil sofortige Fühlungnahmen der Gemeindeverwaltung mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorerst ohne Erfolg waren, faßte der Gemeinderat sechs Monate später, nämlich am 22.Dezember 1954 den Beschluß, der Wiener Magistrat solle beim Bund alle erforderlichen Schritte unternehmen, um eine Fortsetzung der Westautobahn in das Stadtinnere zu erreichen. Schon im August des gleichen Jahres hatte der Wiener Magistrat als mittelbare Bundesstraßenverwaltung beim Handelsministerium den Antrag gestellt, die vom Bund in völlig unsachlicher Weise bevorzugte Trassenführung über Heiligenkreuz und Vösendorf nicht zu verwirklichen, sondern die Autobahn aus dem Raum Neulengbach direkt nach Wien zu führen. Trotz aller begründeten Argumente der Stadtverwaltung bedurfte es eines jahrelangen und zähen Kampfes, um wenigstens zu erreichen, daß zusätzlich zu der verkehrsmäßig völlig unwichtigen und höchstens für den Ausflugsverkehr interessanten Umfahrungsstraße über Heiligenkreuz, auch die direkte Weiterführung der Autobahn bis zur Stadtgrenze beim Auhof zugesichert wurde. Die direkte Trassen-

./.

führung Neulengbach-Wien wird nun doch ausgeführt, aber leider muß der Steuerzahler es auch auf sich nehmen, daß gleichzeitig die Ausflugsstraße über Heiligenkreuz mit beträchtlichen Kosten errichtet wird, obwohl sie nach Berechnung der Verkehrsfachleute nur von einem sehr kleinen Teil der aus dem Westen kommenden Fahrzeuge benützt werden wird.

In der Folge bemühte sich die Stadt Wien immer wieder darum, daß die Autobahn nicht an der Stadtgrenze endet, sondern in das Innere der Stadt eingeführt werde. Sie stieß jedoch bei den Bundesstellen dauernd auf Ablehnung. Auch Handelsminister Dr. Bock lehnte die Wünsche Wiens mit Schreiben vom 24. Juli 1959 in konkreter Form ab. Am 23. September des gleichen Jahres habe ich daraufhin in einem Antwortschreiben an den Minister mit allem Nachdruck gegen die ungleiche Behandlung des Landes Wien protestiert und die Unhaltbarkeit der bisherigen Einstellung der Bundesstellen in rechtlicher Hinsicht untermauert. Damals habe ich wieder darauf hingewiesen, daß es unverständlich sei, daß es in Wien nur 15 Kilometer Bundesstraßen gibt, für die der Bund fast nichts aufwendet und somit die großen Steuerleistungen der Wiener völlig unberücksichtigt bleiben.

Im Jahre 1960 wurde eine Neufassung des Bundesstraßenverzeichnisses babsichtigt und bei diesem Anlaß habe ich dem Handelsminister neuerlich mit einem Brief vom 1. Februar den Standpunkt der Stadt Wien mitgeteilt und konkrete Pläne unterbreitet, das Bundesstraßennetz in Wien von 15 Kilometer auf 129 Kilometer zu erweitern. Auf dieses Schreiben reagierte das Ministerium nicht, weshalb ich am 13. Februar 1961 wieder nachdrücklichst auf das Recht des Bundeslandes Wien hingewiesen habe, mit den übrigen Bundesländern gleich behandelt zu werden. Um dieser meiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hat der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 21. April 1961 in einer Resolution verlangt, daß der Bau von Autobahnen auch in Wien mit aller Beschleunigung vom Bund in Angriff zu nehmen und durchzuführen sei. In dieser Resolution forderte der Gemeinderat die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß die diskriminierende Behandlung des Bundeslandes Wien ein Ende finde.

./.

Erst auf Grund dieser massiven und nachdrücklichen jahrelangen Bemühungen erklärte sich der Handelsminister mit Schreiben vom 7.Juli 1961 erstmalig grundsätzlich bereit, einer Weiterführung der Autobahn ins Stadtgebiet nähertreten zu wollen. In der Folge mußte ich aus technischen Gründen zur Ergänzung meines Briefes vom Jahre 1960 die Erweiterung des Bundesstraßennetzes auf 149 Kilometer beantragen. Meinen diesbezüglichen Brief vom 4. April 1962 beantwortete der Minister am 23. Mai des gleichen Jahres völlig negativ. Er lehnte meinen Antrag auf Übernahme von Wiener Landesstraßen in das Bundesstraßennetz rundweg ab. Er erklärte sich lediglich bereit, zum Ausbau der Hadikgasse von der Grünbergstraße bis zum Auhof und der Wientalstraße im gleichen Abschnitt beizutragen. Mit Schreiben vom 16. August 1962 habe ich dem Herrn Handelsminister die Unhaltbarkeit seiner Antwort klargelegt. Schließlich habe ich nochmals mit Schreiben vom 1.Februar 1963 dem Handelsministerium die Interessen der Stadt Wien mit allem Nachdruck dargelegt und dabei betont, daß wir auf Grund der Bevölkerungsanzahl Wiens, auf Grund der in Wien zugelassenen Kraftfahrzeuge und auf Grund der in Wien aufgebrachten Steuern endlich eine gerechtere Behandlung erfahren müßten.

Wenn Sie mich nun fragen, warum ich Sie so sehr mit Zahlen und Daten behellige, so betrachte ich es als Notwendigkeit festzustellen, daß die Stadt Wien seit vielen Jahren nichts versäumt hat, um den Bund dazu bewegen, seine Pflicht beim Ausbau eines übergeordneten Straßennetzes in Wien zu erfüllen. Es ist und bleibt unerträglich, daß Wien, wo doch die Straßenbedürfnisse mindestens ebenso dringend sind wie in den anderen Bundesländern und wo relativ die höchsten Steuerbeträge aufgebracht werden, vom Bund völlig vernachlässigt wird und praktisch leer ausgeht. Wenn daher vor wenigen Wochen der Entwurf zu einer Novelle des Bundesstraßengesetzes im Ministerrat zu keiner Einigung führte, so lag dies ausschließlich daran, daß der Versuch gemacht wurde, die Interessen Wiens neuerlich unberücksichtigt zu lassen. Sie werden verstehen, daß ich die neuerliche Schlechterstellung nicht hinnehmen konnte und daher die Zurückstellung dieses Gesetzentwurfes begrüßte.

./.

In der abgelaufenen Woche hat nun, wie ich bereits zu Beginn mitgeteilt habe, der Nationalrat einen Beschluß gefaßt, der einen Ausweg aus der bisherigen unhaltbaren Situation bringen könnte. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei brachten einen Antrag ein, demzufolge die in der Novelle vorgesehene Übernahme von zwei Straßenzügen begrüßt wird. Der Handelsminister wird aber ersucht, die künftigen Autobahntrassen in Wien festzulegen. Die Verhandlungen über die erstrebte Übernahme von Wiener Straßen in das Bundesstraßennetz sollten auf die im nächsten Jahr stattfindenden Verhandlungen über den Finanzausgleich verlegt werden. Der Antrag der Sozialisten ging konform mit den Vorschlägen des Landes Wien und verlangte die Erweiterung des Bundesstraßennetzes in Wien von 15 auf 149 Kilometer. Daraufhin setzten sehr intensive Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien ein, die zu einer einheitlichen Auffassung führten. Es wurde von allen drei Parteien ein Antrag eingebracht, der dann auch vom Nationalrat beschlossen wurde. In der Einleitung zu diesem Antrag wird endlich von der höchsten gesetzgebenden Instanz Österreichs, vom Nationalrat, bestätigt, daß das Bundesland Wien auf dem Gebiete des Straßenwesens bisher benachteiligt war, eine Tatsache, die von anderer Seite immer wieder bestritten wurde. Der Antrag selbst richtet an den Handelsminister das Ersuchen, bereits jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, daß die durch Wien führenden künftigen Autobahntrassen festgelegt werden. Außerdem sollen Wiener Landesstraßen, die für den Durchzugsverkehr Bedeutung haben, in die Verwaltung des Bundes übernommen werden.

Mit diesem Beschluß des Nationalrates ist nun nach jahrelangen Bemühungen in die starre und ablehnende Front des Handelsministeriums eine Bresche geschlagen worden. Ich stelle bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich fest, daß es der Gemeinde Wien nie um eine bevorzugte Behandlung zu tun war. Aber sie konnte es nicht widerspruchslos hinnehmen, daß die Interessen ihrer Steuerzahler vernachlässigt werden. Ich betone ebenso ausdrücklich, daß ich das Problem der Bundesstraßen in Wien nie als politische Angelegenheit betrieben habe. Denn wenn die Wiener Steuerzahler benachteiligt werden, dann trifft es alle, gleichgültig welcher Partei sie angehören. Ich hoffe, daß der Beschluß des Nationalrates die gegen-

./.

wärtige jahrelange und unerfreuliche Periode der Benachteiligung Wiens abschließt und das Handelsministerium den berechtigten Wünschen Wiens Rechnung trägt.

Der Wiener Gemeinderat hat aus dieser neuen Situation bereits seine Konsequenzen gezogen. Am Donnerstag wurde bei den Budgetverhandlungen im Namen aller vier im Gemeinderat vertretenen Parteien ein Antrag eingebracht, in dessen Einleitung ebenfalls auf die Vorgeschichte der ganzen Angelegenheit Bezug genommen und auf den bisherigen unerträglichen Zustand hingewiesen wurde. Der einstimmig beschlossene Antrag hatte folgenden Wortlaut: 'Der Gemeinderat der Stadt Wien nimmt die vom Nationalrat gefaßte Entschließung über die Festlegung der durch Wien führenden künftigen Autobahnstraßen sowie über die Übernahme von Wiener Landesstraßen in die Verwaltung des Bundes mit Genugtuung zur Kenntnis. Der Gemeinderat erwartet, daß die berechtigten Forderungen in vollem Ausmaß erfüllt werden.'

Ich hoffe, daß die heutige sicher etwas komplizierte Darstellung für Sie nicht zu ermüdend war. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Es war nicht meine Absicht, Ihre Vorweihnachtsfreude zu schmälern. Aber manche Dinge muß man zur rechten Zeit sagen, damit dann später keine Mißdeutungen entstehen.

Zum Abschluß der heutigen Sendung wünsche ich Ihnen allen recht frohe Weihnachtsfeiertage. Ich denke besonders an unsere Kranken in den Spitälern, an unsere betagten Mitbürger in den Heimen, die die Freude des Weihnachtsfestes und das Gedenken ihrer Lieben noch mehr brauchen als die Gesunden, die im Kreise ihrer Familie das Weihnachtsfest feiern können. Ihnen allen meine besten und herzlichsten Weihnachtsgrüße!"

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Wohnungswesen

16. Dezember (RK) Am neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) behandelt. Stadtrat Franz Glaserer(SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Heute habe ich zum zehnten Male den Bericht zum IX. Hauptstück des Voranschlages zu erstatten:

In all den vorhergehenden Jahren habe ich immer wieder den Versuch unternommen, die Ursachen der Wiener Wohnungsnot - sowohl in quantitativer, wie in qualitativer Hinsicht - darzustellen.

Darf ich nur in Schlagworten andeuten, daß ich mich befaßt habe

mit der Überalterung des Wiener Hausbestandes,

mit dem eine schwere Belastung darstellenden Erbe, das für uns die Bauten der sogenannten Spekulationszeit bedeuten,

mit der Auswirkung des Bombenkrieges,

mit dem völligen Ausfall der Bautätigkeit in den Jahren 1934 bis 1948

mit der immer größer werdenden Zahl von Wohnungen, die ihrem Bestimmungszweck entfremdet werden,

mit dem Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge und deren Eintritt in das heiratsfähige Alter,

mit den Folgen der Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern,

mit der Frage unserer alten und kranken Menschen, die in hochgelegenen Stockwerken wohnen müssen,

mit der Frage, daß auf dem privaten Sektor die Wohnungen nicht nach sozialen, sondern nur nach Gesichtspunkten unserer bestehenden Wirtschaftsordnung vergeben werden,

mit der Frage einer eventuellen neuen, gesetzlichen Regelung.

Nun sind bereits fünf Jahre vergangen, seit die letzte gesetzliche Regelung in Bezug auf Wohnungsvergabe - nämlich das Neuvermietungsgesetz - gefallen ist. In diesen fünf Jahren konnten wir Erfahrungen sammeln und Erkenntnisse gewinnen.

./.

Wir haben zwar keine authentischen Unterlagen über die Vorgänge auf dem privaten Wohnungsmarkt - was ich außerordentlich bedauere - doch gewähren uns Zeitungsinserate und andere Ankündigungen der Wohnungsmakler genügend Einsicht.

Ohne Zweifel sind die Ablöseforderungen in diesem Zeitraum um ein Vielfaches gestiegen und haben eine Höhe erreicht, die man nicht anders als eine unverschämte Ausnützung der in Wohnungsnot geratenen Menschen bezeichnen kann.

Fast täglich werden an uns Beschwerden über Ablösen mündlich und schriftlich herangetragen.

Die meisten dieser Beschwerdeführer verlangen das Einschreiten des Bürgermeisters, oder des Magistrates, oder der Justiz. Diese Menschen können einfach nicht verstehen, daß es in unserer Stadt, in unserem Staat, keine Macht gibt, die diesem Treiben ein Ende setzen kann.

Ebensowenig wird verstanden, daß laufend - aus Profitsucht - guter Wohnraum in Büros, Geschäftsräume, Magazine und dergleichen, umgewandelt wird. Parterre-Wohnungen werden auch in Garagen um umgebaut.

Während die öffentliche Hand unter größten Anstrengungen bemüht ist, neuen Wohnraum zu schaffen, werden auf dem privaten Sektor jährlich tausende von Wohnungen dem Wohnzweck entzogen. Wobei man noch hinzufügen muß, daß das Leerstehen von Wohnungen ebenfalls Zweckentfremdung bedeutet.

Der mittellose Wohnungsbedürftige findet, daß es so nicht weitergehen darf - daß etwas geschehen muß.

Finden Sie nicht auch, daß es so nicht weitergehen kann? Finden Sie nicht auch, daß es nach den Erfahrungen dieser fünf Jahre nur eine Erkenntnis geben kann: eine gesetzliche Regelung ist ebenso notwendig, wie dringend!

Was ist nun in diesen fünf Jahren auf dem gemeindeeigenen Sektor geschehen?

33.936 Wohnungen übergeben

Wir haben in dieser Zeit 33.936 Wohnungen an Bedürftige übergeben. In dieser Zahl sind allerdings auch einige tausend Mietrechtsfortsetzungen enthalten.

Uns standen zur Verfügung: 23.544 Wohnungen für den Erstbezug und 10.392 Wohnungen für die Wiedervermietung.

Die Wohnungen haben wir vergeben an: 12.256 Fälle von Einsturz, Assanierung, Obdachlosigkeit, 922 Fälle von Tbc, 12.242 Fälle von Überbelag und Gesundheitsschädlichkeit, 8.516 Fälle von Mietrechtsfortsetzung und sozialem Notstand.

In der letzten Zahl ist auch die Absiedlung von 2.303 Hauswarten enthalten und zwar 1.597 aus privaten und 706 aus gemeindeeigenen Häusern

./.

Im Berichtsjahr selbst, bis Ende November 1963, erfolgten 5.095 Zuweisungen und zwar: 1.615 an Familien in einsturzgefährdeten, oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern und Obdachlose, 41 an Tbc gefährdete Familien, 1.513 an Familien aus überbelegten oder gesundheitsschädlichen Wohnungen, 113 an getrennt wohnende Ehepaare, 1.813 wegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen, das sind zusammen 5.095 Wohnungen.

Die Soziale Stellung der Wohnwerber: 448 Bundesangestellte, 503 Gemeindeangestellte, 968 Pensionisten und Rentner, 1.958 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 931 Angestellte in der Privatwirtschaft, 287 Freie Berufe und Selbständige.

Die Zahl der Zuweisungen, die wir unter "Sozialer Notstand" führen, wird öfter kritisiert, weil diese Fälle meist ohne Vormerkschein einer Lösung zugeführt wurden.

Die Kritik sagt uns, wenn diese Fälle so dringend sind, dann muß man eben die Vormerkungspraxis ändern, wie überhaupt kritisiert wird, daß wir noch immer auf Grund des nun fünf Jahre abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes vormerken.

Dazu kann ich nur sagen: Genauso wie wir uns bewußt sind, daß es keine vollkommene Gerechtigkeit hinsichtlich der Zuweisungen gibt, ebensowenig gibt es ein vollkommenes System der Vormerkung. Das Leben in seiner Vielfaltigkeit ist eben stärker und läßt sich nicht immer in Systeme und Paragraphe zwingen.

Natürlich muß man nach einem System vormerken. Ein besseres als das im Neuvermietungsgesetz enthaltene wurde bisher nicht gefunden. Bleibt also nichts anderes übrig, als auch in Zukunft nach den seinerzeit vom Gesetzgeber beschlossenen Richtlinien vorzugehen.

Auf Grund dieser Richtlinien wurden in den letzten fünf Jahren 39.567 Ansuchen in Vormerkung genommen und 41.622 abgelehnt.

Mit Stand vom 30. November haben wir noch immer 29.723 vorgemerkte Wohnungsbedürftige. Obwohl wieder eine größere Zahl von Vormerkungen aus der Evidenz genommen wurde, da diese Bewerber eine Wohnung in Hauptmiete bezogen haben, verringert sich der Vorgemerktenstand im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig.

Die Übersicht über diese fünf Jahre zusammen mit dem der-

./.

zeitigen Vormerkungsstand beweisen, daß sich das Wohnungsproblem nicht allmählich von selbst lösen wird - daß es aber auch unmöglich auf dem gemeindeeigenen Sektor allein bewältigt werden kann.

Ich wiederhole daher: Eine gesetzliche Regelung ist ebenso notwendig wie dringend!

Die Wohnhäuserverwaltung

Die Magistratsabteilung 52, teilt sich in die Gruppe Wohnhäuser, die Gruppe Herbergen für Obdachlose, die Gruppe Amtshäuser und die Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Die Wohnhäuserverwaltung, die infolge der Bautätigkeit der Gemeinde Wien jedes Jahr umfangreicher wird, verwaltet mit Stichtag 30.November insgesamt 152.026 Mietobjekte. Diese teilen sich auf in 144.602 Wohnungen und 7.424 Geschäftsräume.

Der Zugang am gemeindeeigenen Sektor vom 1. Jänner bis 30.November betrug 2.678 Wohnungen und 103 Geschäftsräume.

Die mietzinstragende Fläche der in den städtischen Wohnhausanlagen und Siedlungen - wobei hier Althauswohnungen und Hauswartwohnungen nicht mitgerechnet werden - befindlichen 131.804 Mietwohnungen beträgt rund 6,360.000 Quadratmeter.

Die Ausstattung der Neubauwohnungen mit Durchlauferhitzer und Badezimmereinrichtungen wurde weiter fortgesetzt, sodaß mit 30. November insgesamt 52.331 Wohnungen mit einem komplett eingerichteten Wohnungsbad versehen sind. Davon 14.911 mit eingebauter Badewanne. Dies bedeutet, daß mehr als 38 Prozent der von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen ein eingerichtetes Bad aufweisen.

Auch die Zahl der zentralbeheizten Wohnhäuser hat sich im Jahre 1963 weiter erhöht. Mit 30. November werden 26 Wohnhausanlagen mit 2.385 Wohnungen und 157 Geschäftsräumen auf diese Art beheizt.

Die Anzahl der zentralbeheizten Mietobjekte wird sich im Laufe des Jahres 1964 allein durch die in Montagebauweise errichtete Wohnhausanlage um weitere 1.000 Wohnungen erhöhen.

Eine Befragung der Mieter dieser Anlagen zeigte, daß diese mit ihren zentralbeheizten Wohnungen sehr zufrieden sind.

./.

Die Zahl der Aufzüge in den Wohnhausanlagen hat sich im heurigen Jahr auf 808 erhöht. Nach wie vor wird besonderes Augenmerk auf den nachträglichen Einbau von Aufzügen in schon bestehenden Wohnhäusern gelegt.

Es werden daher auch im Jahre 1964, soweit die technischen Voraussetzungen zutreffen, in Häusern mit einer großen Geschoßanzahl eine Anzahl Aufzüge eingebaut werden. Zu diesem Zwecke stehen uns wieder 7,5 Millionen Schilling zur Verfügung.

Anfang Jänner 1963 befanden sich in den städtischen Wohnhäusern insgesamt 2.997 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen und zwar 506 mit kohlbeheizten, 2.487 mit gasbeheizten und vier mit elektrisch beheizten Einrichtungen.

Bis Anfang Dezember dieses Jahres wurden 271 Waschküchen mit gasbeheizten Maschinen ausgestattet.

Zur Erhaltung der städtischen Wohnhausanlagen möchte ich feststellen, daß die Mieter den Wohnobjekten und Wegen, den Kinderspielplätzen und Grünanlagen, den maschinellen Waschküchen und Aufzügen leider nicht immer die Sorgfalt entgegenbringen, die man erwarten könnte. Die sich daraus ergebenden Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten kosten sehr viel Geld, das wir bedeutend besser verwenden könnten.

Für die Instandhaltung der Wohnhausanlagen haben wir im Voranschlag einen Betrag von 80 Millionen Schilling präliminiert. Die Erneuerung der elektrischen Ring- und Steigleitungen, die infolge des sprunghaft angestiegenen Stromverbrauches nicht mehr genügen, wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt.

Für die Ausgestaltung und Erhaltung der in den städtischen Wohnhäusern befindlichen Gartenanlagen, welche ein Ausmaß von rund 3,166.000 Quadratmeter erreichen, sind für 1964 fünf Millionen Schilling vorgesehen. Zur Illustration möchte ich als Vergleich anführen, daß die Grünanlagen in unseren städtischen Wohnhausanlagen doppelt so groß sind wie das Flächenausmaß von Schönbrunn.

In diesen Gartenanlagen wurden zirka 8.000 Bänke aufgestellt, an besonders geeigneten Plätzen auch Tische und Stühle.

./.

Nicht unerwähnt möchte ich die 130 von der Stadt Wien geschaffenen Kinderspielplätze lassen, welche mit 253 Spielgeräten ausgestattet wurden. Außerdem stehen noch 382 Sandkisten zur Verfügung. Spielplätze und Sandkisten werden nicht nur von den Kindern der Gemeindemieter, sondern auch von Kindern der unmittelbaren Umgebung benützt.

Für die Betreuung unserer städtischen Wohnhausanlagen sorgen derzeit 3.422 Hauswartinnen sowie 69 Hausinspektoren.

Die Ausgaben für 1964 wurden mit 342 Millionen Schilling präliminiert, denen Einnahmen in der Höhe von 280 Millionen Schilling gegenüberstehen, sodäß ein Abgang von rund 62 Millionen Schilling zu verzeichnen ist.

Nachdem jedoch in der Ausgabenpost Wertabschreibungen von 82 Millionen Schilling inbegriffen sind, ist das Budget der Wohnhäuserverwaltung als ausgeglichen zu betrachten, nur kann die Wertabschreibung noch nicht zur Gänze aufgebraucht werden.

Herbergen für Obdachlose

Die in unseren vier Heimen registrierten Nächtigungen zeigen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen leichten Rückgang: 1962 waren es 450.540, 1963 440.753.

Die Heime werden im Durchschnitt pro Nacht von 1.450 Menschen in Anspruch genommen.

Die Instandsetzungsarbeiten an den Heizanlagen, den Elektroinstallationen, den sanitären Anlagen und den Hausfassaden werden auch im Jahre 1964 weiter durchgeführt. Hierzu ist ein Betrag von 1,700.000 Schilling vorgesehen.

In den Heimen Gänsbachergasse und Kastanienallee befinden sich zur Zeit 178 Familien, im Auhoflager 291 Familien.

Amtshäuserverwaltung: Mit Stand vom 30. November verwaltet die Gruppe Amtshäuser 133 gemeindeeigene Objekte, wovon sich 127 in Wien und sechs außerhalb Wiens befinden.

Siedlungs- und Kleingartenwesen: Obwohl die Stadt Wien jährlich große Flächen im Eigenwohnbauprogramm verbaut, stellt sie zusätzlich den gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen gemeindeeigene Flächen im Baurecht zur Verfügung.

./.

Am 31. Dezember 1962 waren 5,424.015 Quadratmeter Bauland für Baurechtzwecke in Bestand gegeben. Bis zum 30. November 1963 wurden zugunsten gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen und Einzelbaurechtswerber an städtischen Gründen im Ausmaß von 101.807 Quadratmeter Baurechte bestellt, sodaß derzeit 5,525.822 Quadratmeter in Baurecht genutzt sind.

An Kleingartengrund stehen derzeit 6,106.783 Quadratmeter in Verwaltung der Magistratsabteilung 52.

Noch immer besteht Ernteland und zwar haben wir zur Zeit 617.300 Quadratmeter erntelandmäßig genutzter Fläche, davon 531.300 Quadratmeter Gemeindegrund und 85.000 Quadratmeter Privatgrund.

Dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurde für Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling eingeräumt.

Durch einen dem Österreichischen Siedlerverband eingeräumten Rahmenkredit von 600.000 Schilling, der durch einen außerordentlichen Zuschuß auf 800.000 Schilling erhöht wurde, konnten Siedlervereinen für Neuanschaffung, Erneuerung und Instandhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen Darlehen und bedürftigen Siedlern zur Fertigstellung unvollendeter Siedlungshäuser Fertigstellungskredite mit einem mäßigen Zinsfuß gewährt werden.

Besonders die Gewährung von Fertigstellungskrediten wirkt sich seit Jahren günstig aus.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Josef Klemens Kreibig zum Gedenken

16. Dezember (RK) Auf den 18. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Philosophen Hofrat Prof. Dr. Josef Klemens Kreibig.

Er wurde in Wien geboren und war zuerst als Bankbeamter, dann als Professor an der Handelsakademie in Innsbruck tätig. In diesen Jahren studierte er auch Philosophie. 1906 wurde er Direktor der Grazer Handelsakademie, 1907 Referent des Unterrichtsministeriums für die deutschsprachigen Handelsschulen in Österreich. Kreibig hat sich als Philosoph einen weit über die Landesgrenzen hinauswirkenden Ruf erworben. Bereits 1898 erfolgte an der Wiener Universität seine Habilitierung für Ethik und Psychologie. Hier gründete er auch die Philosophische Gesellschaft, die sich bis heute ihre Aktivität erhalten hat. Seine Arbeiten erstrecken sich auf Psychologie, Wertlehre, Logik und Pädagogik. Kreibig war ein durchaus selbständiger Denker. Seine Ethik ist psychologisch begründet. Kreibig, der als Vertreter des kritischen Realismus bezeichnet werden kann, hat zahlreiche Schriften veröffentlicht. Sein Hauptwerk trägt den Titel "Die intellektuellen Funktionen. Untersuchungen über Grenzfragen der Logik, Psychologie und Erkenntnistheorie". Als Lehrer wie als Wissenschaftler hochverehrt, ist Kreibig am 9. November 1917, erst 54 Jahre alt, gestorben.

\- - -

Ehe- und Familienberatungsstelle

16. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatungsstelle der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden vom Freitag, dem 20. Dezember, bis einschließlich 3. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr ist morgen Dienstag, den 17. Dezember, die erste Beratung im kommenden Jahr am Dienstag, dem 7. Jänner.

\- - -

"Kennedy-Brücke" in Hietzing

16. Dezember (RK) Auf Anregung von Bürgermeister Jonas hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates heute beschlossen, das neue Verkehrsbauwerk über den Wienfluß in Hietzing amtlich "Kennedy-Brücke" zu benennen. Die Namensgebung erfolgte im Hinblick darauf, daß Präsident Kennedy unweit von dort während seines Wiener Aufenthaltes im Jahr 1961 in der Villa des amerikanischen Botschafters seine Residenz hatte. Sein Weg führte ihn wiederholt über die alte Hietzinger Brücke.

Mit der Benennung "Kennedy-Brücke" wird auch in Wien das Andenken an John Fitzgerald Kennedy geehrt, in Würdigung der Verdienste um die Menschlichkeit und den Frieden in der Welt, die sich der amerikanische Präsident unzweifelhaft erworben hat.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debatte über das Wohnungswesen

16. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift GR. Wagner (ÖVP) das Wort. Einleitend weist er auf eine Radiorede von Bürgermeister Jonas vom Februar vergangenen Jahres hin, in der der Bürgermeister sagte, die Hauptsache sei, daß möglichst viele Wohnungen gebaut werden und daß die Mietzinse auch für kinderreiche Familien und für Familien mit geringem Einkommen erträglich sind. GR. Wagner betont, daß er sich dieser Auffassung vollinhaltlich anschließe, es jedoch bedauere, daß die Gemeinde Wien sich nicht daran halte, weder im Wohnungsneubau noch bei der Mietenberechnung.

Zum Mietenproblem stellt der Gemeinderat fest: 1958 hat die Gemeinde Wien für die Gemeindeneubauten mit besserer Ausstattung einen neuen Modus für die Mietenberechnung geschaffen. Danach ist der jährliche Grundzins für Wohnungen mit zwei Prozent, und für Geschäftslokale mit vier Prozent der Baukosten zu berechnen. Damit wurde für die Neubauten der Gemeinde Wien praktisch die Mietzinsdynamik geschaffen. Das heißt: Steigen die Baukosten, so steigt automatisch auch der Mietzins.

In den letzten drei Jahren ist der Grundzins pro Quadratmeter bei den Neubauwohnungen bis zu zwei Schilling angestiegen, und zwar bei gleichbleibender Wohnungsausstattung. 1960 betrug der Grundzins pro Quadratmeter noch 3.50 Schilling, heute beträgt er jedoch schon bis zu 5.50 Schilling. Das ist eine Steigerung bis zu 57 Prozent. Die Baukosten hingegen sind keinesfalls in diesem Ausmaß gestiegen, sie erhöhten sich um etwa 13 bis 15 Prozent.

Laut Lohnstatistik der Wiener Gebietskrankenkasse verdienen monatlich 33 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr als 1.875 Schilling und 66 Prozent nicht mehr als 2.775 Schilling. An einem Beispiel zeigt GR. Wagner auf, wie sich die steigenden Mieten bei den unteren und mittleren Einkommenskategorien auswirken.

./.

Ein junges Ehepaar mit drei schulpflichtigen Kindern und einem Kleinkind zahlt für eine Gemeindewohnung in Simmering (zwei Zimmer und zwei Kabinette) einen Zins von 468.80 Schilling. Der Mann verdient als Beamter monatlich 2.255 Schilling netto (ohne Kinderbeihilfe), mit Kinderbeihilfe 3.200 Schilling. Der Mietzins macht daher fast 21 Prozent seines Nettoverdienstes und fast 15 Prozent seines Verdienstes mit Kinderbeihilfe aus. (Zwischenruf von Stadtrat Heller, SPÖ: Das ist der Gipfelpunkt der Demagogie! Jahrelang habt ihr gejammert, daß wir die Wohnungen herschenken!) Hätte der Mann das Pech gehabt, eine Gemeindewohnung in Favoriten zu bekommen, dann hätte der Zins von 680 Schilling 30 bzw. 21 Prozent seines Einkommens betragen.

Bei einem Vergleich mit dem Ausland zeige sich laut Statistik, daß in Ländern mit hoher Wohnkultur, wie die Schweiz, Schweden und Deutschland (die an der Spitze liegen), die Mieten nur rund zehn Prozent des Arbeitseinkommens betragen. (Große Bewegung im Saal, Proteste von den Sozialisten. Zwischenruf von Stadtrat Heller: Da lacht Sie ja jedes Kind aus!)

GR. Wagner weist dann darauf hin, daß es sich bei den Gemeindebauten um Wohnungen im sogenannten sozialen Wohnungsbau handle und gerade diese Wohnungen für die sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung bestimmt sein sollen. In Anbetracht der Mietzinse könne man jedoch kaum noch von einem sozialen Wohnungsbau der Gemeinde Wien sprechen. Die Mieten in den Gemeindeneubauten werden nämlich nicht vom sozialen, sondern vom rein kommerziellen Gesichtspunkt aus gestaltet. (Protestrufe von der SPÖ.)

GR. Wagner stellt sodann den Antrag, die Gemeindeverwaltung möge Vorsorge treffen, daß die Mieten für Gemeindeeigene Sozialwohnungen, die ihrer Bestimmung nach nur für sozial Schwächere vorgesehen sein sollen, ab 1964 stabilisiert werden. (Zwischenruf von Stadtrat Heller, SPÖ: Stabilisiert sind sie ja eh! - Zwischenruf von Vizebürgermeister Slavik, SPÖ: Die Mietzinse bleiben doch immer gleich, wenn sie einmal festgesetzt sind! Sie wissen ja nicht, was Dynamik bedeutet!)

./.

Sollte sich dadurch in Zukunft ein Defizit bei den Erhaltungskosten der Gemeindebauten ergeben, dann müßte man eben den Mut haben, sich offen zu einer notwendigen Zinskorrektur zu bekennen und diese nicht wie in der Vergangenheit verschleiert durchführen. (Erregte Proteste von den Sozialisten. - Stadtrat Heller: So etwas war noch nicht da!)

Einen weiteren Antrag stellt GR. Wagner im Zusammenhang mit der Abrechnung der Heizungskosten in den Gemeindebauten mit Zentralheizung. Er erklärt, daß sich bei der gegen Jahresende erfolgenden endgültigen Abrechnung oft hohe Nachzahlungen ergeben, die von den Mietern innerhalb von vier Wochen beglichen werden müssen. Da diese Nachzahlungen manchmal beträchtliche Höhen erreichen, stellen sie besonders am Jahresende eine beträchtliche zusätzliche Belastung dar. Daher stelle er den Antrag, die bei der endgültigen Abrechnung vorgesehene Frist zu verlängern.

GR. Marek (SPÖ) weist auf eine gefährliche Entwicklung hin, die durch den § 19 Abs. 2 des Mietengesetzes hervorgerufen wird. Danach ist der Abbruch eines Hauses und die Errichtung einer neuen Wohnhausanlage möglich, wenn mehr Wohnungen als vorher geschaffen werden. Diese Lücke im Gesetz machen sich gefinkelte Geschäftsleute zunutze, um alte Häuser aufzukaufen, die dann als abbruchreif erklärt werden. Die delogierten Mieter aber kommen in ihrer Not zur Gemeinde und verlangen Hilfe.

Der Redner nennt einige Beispiele aus seinem Bezirk, so die Häuser Barnabitengasse 4, Stumpergasse 13, Webgasse 8 und Hirschengasse 24. Er warnt in diesem Zusammenhang davor, daß ausländische Firmen diese Häuser aufkaufen. Genügt es nicht, wenn Gerngroß und Herzmansky bereits zu einem ausländischen Konzern gehören, wenn nun auch in Wien das Versandhaus "Quelle" beginnt, den Lebensraum des österreichischen Kaufmannes einzuengen. In Salzburg wurden seit 1948 150 Handelsbetriebe errichtet. Davon waren nur vier österreichische Gründungen. Wir können begreifen, daß die Sorge des Salzburger Landtages berechtigt ist. Auch der "Börsenkurier" (bestimmt kein sozialistisches Blatt) schreibt, daß der Ausverkauf Österreichs bereits begonnen habe.

./.

Der Redner verwahrt sich dann gegen einige Ausführungen von GR. Mühlhauser (ÖVP) in der Generaldebatte. Er weist den Vorwurf zurück, daß die Sozialisten "ostanfällig" seien und betont, daß Österreich mit allen Oststaaten, ausgenommen Rotchina und der DDR, Handel treibe. Mühlhauser hat auch gesagt, daß die österreichische Wirtschaft mit der Wirtschaft Westeuropas auf Gedeih und Verderb verbunden sei. Wir wollen mit allen Ländern Handelsbeziehungen unterhalten, entgegnet GR. Marek, wir sind weder ostanfällig noch dem Westen hörig. Wir wollen mit allen ein gutes Einvernehmen herstellen; aber nicht auf "Verderb", zum Gedeihen Österreichs wollen wir alles tun.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, daß die Verhältnisse im Wohnungswesen genauso trist geblieben sind, wie sie 1959 waren, als er in den Gemeinderat kam. Das Versprechen, das Wohnungsproblem zu lösen, finde sich zwar regelmäßig zu Wahlzeiten, bleibt aber ebenso regelmäßig nach den Wahlen ohne konkrete Ergebnisse.

Alle Verantwortlichen seien sich aber heute schon klar, daß die Lösung der Wohnungsfrage ohne Einbeziehung des Althausbestandes nicht gefunden werden kann.

Der Redner bezeichnet eine Mietenreform als unbedingt notwendig. (GR. Windisch, SPÖ: Also Mietzinserhöhung?) Er habe schon im Vorjahr die Voraussetzungen genannt, entgegnet der Redner, und zwar Schaffung eines sozial gestaffelten Mietenbeihilfensystems und Sichtung und Neuqualifizierung des gesamten Wohnungsbestandes. Stadtrat Glaserer sei in einer Pressekonferenz ebenfalls für eine völlige Neuordnung in der Mietzinsbildung eingetreten. Auch Vizebürgermeister Slavik vertrete ähnliche Gedankengänge.

Bei einer Erhöhung der Mietzinse müsse auch Vorsorge getroffen werden, daß diese Mietzinse zweckentsprechend verwendet werden. Eine Mietenreform müsse auch mit sozialen Sicherungsmaßnahmen gekoppelt sein. In der letzten Zeit werde oft bedauert, daß das Wohnhauswiederaufbaugesetz nicht den Altmietern zugute gekommen sei, weil diese oft nicht die erforderlichen Mittel aufbringen konnten. Dieser Umstand spreche gegen das Koalitionssystem.

Bei der Verteilung der Gemeindewohnungen und der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau müsse auch die finanzielle Leistungskraft

./.

des Vorgemerkten berücksichtigt werden und nicht nur wie bisher der Grad der Wohnungsbedürftigkeit. Der Gemeindebürger dürfe nicht zur Auffassung gebracht werden, die Gemeinde müsse ihm eine Wohnung schenken, während er auf ein Auto spare. Auch die Wohnbaugenossenschaften befassen sich bereits mit dem Gedanken, für ihre Mieter eine Einkommensgrenze festzulegen.

Im Wohnungstausch-Anzeiger werde immer wieder angeführt, die Gemeinde sei bemüht, den Tauschwerbern zu helfen. Dies treffe jedoch in der Praxis nicht zu. Es erfolgen oft Ablehnungen "aus grundsätzlichen Erwägungen" ohne nähere Begründung.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes gehe praktisch ohne Kontrolle durch die Öffentlichkeit vor sich. Hier werde über Werte verfügt, die weit über den Beträgen liegen, für die sonst ein Beschluß des Gemeinderates nötig ist. Es wäre daher angebracht, die Namen und früheren Adressen der Mieter, die eine Gemeindewohnung bekommen, zu veröffentlichen.

Die FPÖ werde dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) erklärt einleitend, die Mietzinsbildung diene dazu, den Hausbestand zu erhalten - und nicht die übrigen Steuerzahler mit der Instandhaltung der Gemeindehäuser zu belasten. Wenn auf der einen Seite der Gemeinde Wien vorgeworfen werde, sie baue heute die Slums von 1980, vertrete die kirchliche Seite bereits eine andere Meinung. Auf dieser Seite werde gesagt, man möge die Wohnungen nicht um einen Preis hergeben, der dem Zigarettenkonsum eines Monates gleichkommt.

Der heutige Zustand bei der Wohnungsvergabe beweise den vollkommenen Bankrott des freien Wohnungsmarktes. Auf dem Gebiet des qualitativen Notstandes kommt die Gemeinde Wien viel zu langsam weiter. Nahezu 50 Prozent des Wohnraumes, den die Gemeinde Wien baut, müsse zur Beseitigung des akutesten quantitativen Notstandes verwendet werden. Die Hebung des Wohnungsstandards könne nicht die Gemeinde Wien allein belasten.

Die Sozialisten haben im Jahr 1918 auf dem Gebiet der Wohnung ein schlechtes Erbe übernommen. Im Jahre 1910 hatten in Wien fast 80 Prozent der Wohnungen eine Durchschnittsgröße von 30 Quadratmeter. In diesem Wohnraum lebten 4.8 Menschen. Ferner gab es damals

./.

mehr als 66.000 Bettgeher. Die Arbeiter mußten 25 bis 30 Prozent ihres Lohnes für die Miete verwenden. In jahrzehntelangem Ringen haben die Sozialisten versucht, diesen Zustand zu beseitigen. Als die Institution des sozialen Wohnungsbaues eingeführt wurde, ist die bürgerliche Welt Sturm dagegen gelaufen, weil sie glaubte, es werde eine Gewinnchance gemildert. Heute seien jedoch alle Parteien der Meinung, es müsse von der Gemeinde gebaut werden. Immer mehr setze sich die Erkenntnis durch, daß die Wohnung keine Ware ist, und ihre Vergabe nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen kann. Sie ist ein Kulturgut, auf das der Bürger dieser Stadt Anspruch hat. Ebenso wie der Mensch ein Recht auf Arbeit besitzt, hat er auch ein Recht auf eine Wohnung.

Für die Vergabe des Wohnraumes müsse ein Gesetz gefordert werden, das die Vergabe nach sozialen Gesichtspunkten regelt und ein System festlegt, das der Stadt Wien nützt und nicht Privatinteressen dient.

Um dem qualitativen Wohnungsnotstand ausreichend begegnen zu können, müßte in unserer Stadt mehr gebaut werden. Dazu sind zwei Voraussetzungen notwendig, nämlich die Baukapazität zu steigern und geeignete Baugründe in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Eine Steigerung der Baukapazität wird durch die Einführung neuer Baumethoden und durch die Fertigteilbaumethode - wie sie die Gemeinde Wien bereits anwendet - erzielt werden können. Der Forderung nach ausreichendem Baugrund wird nur durch ein Baugrundbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz entsprochen werden können. Es ist zu hoffen, daß man bald zur Beschließung derartiger Gesetze kommt.

Auf dem Althaussektor stehen wir vor der Notwendigkeit einer Reform des Mietenproblems. Es kann der Allgemeinheit nicht gleichgültig sein, wenn Mieter in alten und reparaturbedürftigen Häusern durch eine § 7-Mietzinsberechnung enorm belastet werden. Die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds könnte hier Abhilfe schaffen. Man müßte aber auch den Besitzern von Althäusern klar machen, daß sie aus derart alten Objekten keinen Gewinn mehr erzielen können. Schließlich ist auch ein Hausbesitz ab einer bestimmten Grenze als amortisiert anzusehen.

./.

Abschließend stellt der Redner fest, daß alle eine rasche und gerechte Lösung des Wohnungsproblemes wünschen. Er müsse aber mit aller Deutlichkeit feststellen, daß alle Hoffnungen, die dahin zielen, daß eine Neuregelung des Mietenproblems dazu dienen soll, den Zins vierfach zu erhöhen und eine neue Hausherrenrente zu schaffen, den schärfsten Widerstand der arbeitenden Bevölkerung finden werden.

GR. Hausner (KLS) erklärt, daß die Redner der einzelnen Parteien, speziell der Koalitionsparteien, in Anbetracht des kommenden Wahljahres ihre grundsätzlichen Fragen und Einstellungen vorbringen. Diese entschiedenen Stellungnahmen seien sehr wünschenswert, denn vielleicht kommt man dann auch zur Lösung jener Probleme, die man während der letzten Jahre nur unzulänglich behandelt hat. Dazu gehören die notwendigen Gesetze zur Schaffung und Erhaltung von ausreinhendem und entsprechendem Wohnraum. Der Redner kommt sodann auf die Wohnungsnot unserer Stadt zu sprechen, die schon seit Jahrzehnten besteht. Er hat es daher immer als unbegreiflich empfunden, daß man das Wohnungsanforderungsgesetz ablaufen ließ. Damit wurde den Gemeinden jede Möglichkeit genommen, eine leerstehende Wohnung anzufordern. Derzeit schätzt man, daß es in unserer Stadt rund 20.000 leerstehende Wohnungen gibt, aber 30.000 dringendste Wohnungsfälle. Der Redner erachtet es als unrichtig, immer von einem qualitativen Wohnungsnotstand zu sprechen. Viele Familien wohnen in Obdachlosenasylen, in Kellerräumen und gesundheitsschädlichen Wohnungen. Es sei daher bedauerlich, daß man von einer Besteuerung der leerstehenden Wohnungen nichts wissen will. Auf einen von seiner Fraktion eingebrachten entsprechenden Antrag hat man schriftlich mitgeteilt, daß bei einer derartigen Besteuerung zu fürchten ist, daß die Steuer auf die Wohnungsablöse daraufgeschlagen wird. Andere Städte haben hier zum Unterschied von Wien schon die verschiedensten Wege gesucht, um das Leerstehen von Wohnungen zu verhindern. Leider haben manche dieser Versuche nicht den erwarteten Erfolg gebracht, sie zeigten aber immerhin, daß man um die Lösung des Problems bemüht ist. Salzburg versuchte zum Beispiel, leider vergeblich, Hauseigentümer durch die Zahlung einer Ablöse von 30.000 Schilling dazu zu bewegen, ihre Wohnung

./.

einem Wohnungslosen zur Verfügung zu stellen. Graz wiederum unternahm den Versuch, mit den Hauseigentümern ein Übereinkommen zu treffen, dringende Wohnungsfälle vorübergehend in ihre leerstehenden Wohnungen aufzunehmen.

Der Redner verlangt auch, einmal vom Gesundheitsamt gesperrte Wohnungen, aus denen die Mieter herausgenommen wurden, zu kennzeichnen, damit niemand anderer einzieht. Das Wohnungsamt erklärt sich nämlich nicht bereit, einer Familie eine Vormerkung zu geben, wenn sie in eine gesundheitsschädliche Wohnung einzieht, aus der bereits einmal jemand herausgenommen wurde. Wie aber soll der Wohnungssuchende davon Kenntnis haben.

In letzter Zeit kommt es auch immer häufiger vor, daß Althäuser von Bauunternehmern gekauft werden und an ihrer Stelle ein Neubau errichtet werden soll. Der Abbruch eines Althauses kommt vielfach billiger als die Aufschließung eines neuen Grundstückes. Die Mieter dieser Althäuser werden dadurch aber obdachlos. Der Redner sieht die Möglichkeit hier Abhilfe zu schaffen darin, daß man bei der Gewährung von Krediten diese erst gibt, wenn der Bauherr die Mieter des abzureissenden Hauses entsprechend untergebracht hat.

Zum umstrittenen Paragraph 7 sagt der Debatteredner, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds verlangt. Man werde sehr darauf dringen müssen, daß der Paragraph 7 fällt. Die Mieter der Althäuser sind davon schwer betroffen. Sie bezahlen, ohne daß sich das geringste an ihrer Wohnung ändert - der Wert des Hauses aber steigt. Die Hausbesitzer benützen den Paragraph 7 dazu, um die Mieter für die Instandhaltung ihrer Häuser zahlen zu lassen.

Sodann spricht GR. Hausner der ÖVP das Recht ab, gegen die Mietzinstarife der Gemeindewohnungen aufzutreten. Die Vertreter einer Partei nämlich, die eine Erhöhung der Mietzinse verlangt, seien am wenigsten dazu berechtigt.

Wenn man allerdings davon spricht, daß es in Österreich ohne Europalöhne auch keine Europamietzinse geben darf, dann muß gesagt werden, daß die Gemeinde Wien nicht nach diesem Grundsatz handelt. Wenn man die Zinse in den Gemeindewohnungen mit

./.

den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen vergleicht, so zeigt sich, daß die Mietzinse zweifellos zu hoch sind. Auch für die angekündigte Regelung der gesamten Wohnungspolitik, die bis Ende 1964 durchgeführt werden soll, könne man keine günstigen Perspektiven sehen. Die ÖVP stehe nach wie vor voll und ganz hinter den Forderungen der Hausbesitzer. Sie verweise dabei auf die Regelung in Westdeutschland. Dort aber hat die Einführung der freien Wohnungswirtschaft verheerende Folgen nach sich gezogen. Die westdeutschen Hausbesitzer legen jetzt die Mieten willkürlich und nur ihren eigenen Interessen entsprechend fest. So werden zum Beispiel für eine als Wohnung vermietete leere Garage 100 DM verlangt, für einen unmöblierten ungeheizten Speicherraum ohne Wasseranschluß 70 DM. In Westdeutschland ist jetzt nicht die Wohnung, sondern die Miete die Sorge Nummer eins. Soweit ist es in einem Land gekommen, wo das verwirklicht wird, was die ÖVP auch für uns verlangt.

Zu einer Tagung der Hauseigentümer hat die ÖVP sogar den Bundeskanzler als ihren Vertreter entsandt. Der Bundeskanzler erklärte auf dieser Tagung, seine Partei werde weiterhin die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Aber auch ein Repräsentant der FPÖ stellte auf dieser Tagung fest, seine Partei trete für die Interessen der Hausbesitzer ein. Schließlich aber sei zu bemerken, daß auch in der SPÖ keine Einhelligkeit über die Wohnungsfrage herrsche.

GR. Hausner betont sodann, daß seine Partei im Gemeinderat wiederholt für die Forderungen und Interessen der Mieter eingetreten ist. Sie forderte unter anderem, das Anforderungsrecht der Gemeinden wiederherzustellen, zu verhindern, daß Wohnungen für andere Zwecke benützt werden, dafür zu sorgen, daß keine Delogierungen durchgeführt werden, ohne daß man Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt; seine Partei forderte ferner die Steigerung des sozialen Wohnungsbaues, die Schaffung eines Reparaturfonds und die Einführung zinsenloser Kredite für den genossenschaftlichen Wohnhausbau. Da die Wohnungspolitik jedoch nach falschen Grundsätzen betrieben werde, könne seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) befaßt sich anschließend mit dem Lager Auhof. Sie weist auf das fürchterliche Elend hin,

./.

in dem die 290 Familien leben, die dort noch untergebracht sind. Durch den Bau des Autobahn-Zubringers in Auhof wird die Schleifung dieses Lagers notwendig werden. Hier stellt GR. Dr. Stürzer die Frage, ob schon Pläne darüber bestehen, wie dieses Lager ersetzt werden kann und was mit den Familien geschehen soll, die noch dort leben. Jetzt wäre die beste Gelegenheit, ein wirklich modernes Obdachlosenheim zu bauen.

Die Rednerin macht dann Mitteilung davon, daß in einem Unternehmen der Arbeitsgemeinschaft Liesing am schwarzen Brett angekündigt wird, es seien derzeit Gemeindewohnungen ohne Wohnwerberschein und ohne Zuschuß und Ablöse zu erhalten, wobei die Miete pro Monat und Quadratmeter 11 Schilling betrage. Solange wir aber noch krasseste Notstandsfälle haben verstehe sie nicht einen solchen Anschlag auf dem schwarzen Brett.

GR. Maller (KLS) regt an, im Amtsblatt der Stadt Wien zu verlautbaren, wer eine Gemeindewohnung bekommen hat, damit das Gerede um die Wohnungsvergebung verstumme. Auch sollte man um einen Mißbrauch zu verhindern, jene Wohnungen verlautbaren, die aus gesundheitlichen Gründen gesperrt wurden.

Der Redner verlangt eine gesetzliche Regelung, damit Familien, die in Untermiete leben, das Hauptmietrecht erhalten, wenn der Hauptmieter sterben sollte.

Er regt ferner eine Initiative im Parlament an, durch die das Recht auf Wohnungstausch gesetzlich geregelt werden sollte.

Heute kann der Hausherr einen Wohnungstausch verhindern.

GR. Hahn (ÖVP) verweist darauf, daß sich die Wohnungssituation auch in diesem Jahr nicht gebessert habe. 1962 hatten 30.598 Familien Vormerkscheine, und heuer sind es immer noch 29.723.

Der Redner regt eine Analyse der Obdachlosenfälle an, man sollte die Fälle genau untersuchen um Grundlagen für die Lösung dieses Problems zu schaffen. Er stellt dazu eine Anfrage an Stadtrat Glaserer.

Aufklärend zu den Ausführungen von GR. Wagner (ÖVP) bemerkt GR. Hahn, es ginge darum, daß der Eingewiesene sich die Wohnung nicht aussuchen kann. Im Mietzins bestehen aber beträchtliche Unterschiede.

./.

Die gleiche Wohnungstype, die im September 468 Schilling Zins gekostet habe, kostet im Dezember bei einem anderen Wohnbau 680 Schilling.

Der Redner fragt dann Stadtrat Glaserer, wieviele Obdachlose heuer Wohnungen im sogenannten Sonderprogramm oder beim Montagebau erhalten haben und wieviele Obdachlose aus gemeindeeigenen Häusern untergebracht wurden.

Zur Neuen Wiener Wohnbauaktion bemerkt der Redner, man habe gehört, daß im Frühjahr eine Neuauflage erfolgen soll. Seine Partei begrüße jeden Weg, der unter Aufbringung von Eigenmitteln die öffentlichen Budgetmittel entlastet. Er müsse aber in aller Öffenheit sagen, daß die abgelaufene Aktion nicht nur die Grundpreise in die Höhe getrieben hat, sondern auch die Baupreise. In diesen Wohnungen gibt es auch schon Untermieter, die 2.000 bis 4.000 Schilling bezahlen müssen. (Vizebürgermeister Slavik: Wenn Sie ein paar Adressen wissen, geben Sie mir's!) Der Mißbrauch mit Eigentumswohnungen ist bekannt. Warum, so fragt der Redner, verhindern dann die Sozialisten, daß der entsprechende Gesetzesantrag des Abgeordneten Prinke behandelt wird. In zehn Minuten könnte diese Frage erledigt sein.

Man sollte von der Objektförderung zur Subjektförderung übergehen und leistungsschwachen Mietern eine entsprechende Mietenbeihilfe geben. Die gleiche Stellung nehme der Österreichische Verband gemeinnütziger Wohnungs- und Siedlungsvereine ein. Die Wiener ÖVP werde sich stets gegen eine Lockerung des Kündigungsschutzes aussprechen.

Im Jahr 1963 sei ein neuerliches Absinken der Zahl der fertiggestellten Gemeindewohnungen festzustellen. Die Gesamtzahl der neugebauten Wohnungen in Wien wird 9.000 kaum überschreiten.

Nach einer unveröffentlichten Statistik habe die letzte Häuserzählung im Jahre 1961 bei insgesamt 666.831 Wohnungen folgendes Bild ergeben: Von den Zehn-Zimmer-Wohnungen werden 54 von nur einer Person bewohnt, 162 von zwei Personen, 174 von drei und nur 14 von zehn Personen. Von den Acht-Zimmer-Wohnungen werden 140 von einer Person bewohnt, 414 von zwei, 376 von drei und 18 von zehn Personen. In 11.025 Ein-Zimmer-Wohnungen wohnen vier Personen, in 2.789 fünf, in 688 sechs,

./.

in 199 sieben, in 73 acht, in 21 neun und in 13 zehn Personen. Wir haben somit 14.808 Überbelagsfälle bei Zimmer-Küche-Wohnungen.

Von 1. Jänner bis 31. Oktober wurden durch die Baupolizei 477 Wohnungen für vollkommen unbenützbar erklärt. Dazu kommen Abbruchhäuser. 35 Althäuser wurden gekauft, deren Mieter abgesiedelt werden müssen. Ferner sind Althäuser den Verkehrsverhältnissen zum Opfer gefallen. Von den 3.200 fertiggewordenen Gemeindewohnungen müssen mehr als 1.000 an Personen übergeben werden, die untergebracht werden müssen. Für die 30.000 Besitzer von Vormerkscheinen bleiben also nur etwa mehr als 2.000 Wohnungen.

Das Wohnungsproblem stellt heute kein Politikum dar, da es die Wähler aller Parteien betrifft. Von der Bevölkerung werden in erster Linie die Gemeindemandatare dafür verantwortlich gemacht, daß auf dem Gebiet der Wohnungen das Chaos und die Ungerechtigkeit immer größer werden, obwohl die Mietengesetzgebung Bundesangelegenheit ist. Die Aussicht, im Parlament eine Einigung zu erzielen, sei aber äußerst gering, weil die Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern äußerst verschieden sind. So unterliegen in Wien 70 Prozent der Wohnungen dem Mietengesetz, in Niederösterreich 39 Prozent, im Burgenland 17 Prozent, in Oberösterreich 22 Prozent, in Vorarlberg 27 Prozent, und in der Steiermark 46 Prozent.

Die Gemeinderäte der ÖVP legen einen Antrag vor, der auf dem Sektor der Gemeindebauten eine gewisse Erleichterung schaffen soll. In diesem Antrag wird verlangt, der Gemeinderat möge eine Neuorganisation des Wohnbaues in Wien beschließen, die folgende Richtlinien berücksichtigt:

1. Der kommunale Wohnbau ohne Luxusausstattung soll ausschließlich den echten Notstandsfällen vorbehalten bleiben. - 2. Das sogenannte Sonderbauprogramm der Gemeinde soll gemeinnützigen Genossenschaften und Wohnbaugesellschaften übertragen werden, wobei folgende Grundsätze zu gelten hätten: Die Gemeinde stellt aufgeschlossenen Baugrund zur Verfügung; jeder Wohnungswerber hat zehn Prozent der gesamten Baukosten durch Eigenmittel aufzubringen; die Finanzierung der Wohnbauten hat sowohl aus den

./.

bisherigen Bundesmitteln wie auch aus Budgetmitteln der Gemeinde zu erfolgen; bei der Vergebung der Wohnungen wäre je ein Drittel für Wohnungsuchende mit Vormerkschein, für Jungverheiratete oder kurz vor der Ehe stehende Jugendwohnsparer und sonstige Wohnungsbedürftige zu geben. - 3. Die Gemeinde Wien soll darüber hinaus Wohnungsuchenden, die nicht über die notwendigen Eigenmittel verfügen und beim Wohnungsamt der Gemeinde Wien vorgemerkt sind bzw. werden, individuelle Baukostenzuschüsse gewähren.

Der Bau der Gemeindewohnungen war für die Mehrheitspartei seit eh und je ein Politikum, sagt der ÖVP-Redner. Jetzt sei die Zeit gekommen, hier neue Wege zu suchen und gemeinsam ein neues Konzept zu erarbeiten. Die ÖVP werde den Ansätzen des Kapitels IX ihre Zustimmung erteilen.

GR. Windisch (SPÖ) verweist darauf, daß der Gemeinde Wien in den letzten fünf Jahren insgesamt 34.000 Wohnungen zur Vergebung zur Verfügung standen, im Jahr also rund 6.800. 75 Prozent dieser Wohnungen wurden für Einsturz-, Assanierungs-, Obdachlosen- oder Tbc-Fälle, für Überbelag oder Mieter gesundheitsschädlicher Wohnungen, also für die dringendsten Notstandsfälle, verwendet. Es verbleiben also 6.200 Wohnungen, die innerhalb dieser Jahre für andere, jedoch, gleichfalls dringende Zwecke verwendet wurden. Man kann also den Sozialisten keinesfalls den Vorwurf machen, daß sie die Wohnungen nur an Protektionskinder vergeben haben.

Nach der Häuser- und Wohnungszählung vom März 1961 gab es in Wien 676.000 sogenannte Normalwohnungen. Laut Statistik stehen davon 21.000 leer. In dieser Statistik fehlen jedoch noch zirka 10.000 bis 15.000 Einraumwohnungen ohne Nebenraum, die im bisherigen Zählungsergebnis nicht berücksichtigt wurden. Von diesen 676.000 Wohnungen sind wieder 221.560, die nur über einen Wohnraum verfügen. Diese Zahlen zeigen, wie schlecht die Situation noch immer ist, trotz all der Leistungen, die auf diesem Sektor von allen Bauwilligen erbracht wurden. Fast ein Drittel des gesamten Wiener Wohnungsbedarfes besteht also aus Wohnungen, die lediglich über einen Wohnraum verfügen. 20.800 dieser sogenannten Normalwohnungen sind mit zwei oder mehr Haushalten

./.

belegt. Die meisten von ihnen sind beim Wohnungsamt nicht vorgemerkt, weil sie finden, daß ohnedies wenig Aussicht besteht, zu einer Wohnung zu kommen. Dazu kommen noch die Souterrainwohnungen, gesundheitsschädliche Wohnungen und die vielen Überbelagsfälle. Dazu kommt, daß 64 Prozent dieser Wohnungen bereits vor dem ersten Weltkrieg errichtet wurden und daher den heutigen Verhältnissen kaum mehr entsprechen. An Hand dieser Ziffern kann man erkennen, wie lange es dauern wird, um der qualitativen Notlage Herr zu werden. Eine Modernisierung eines Großteils der alten Wohnungen wird aus technischen Gründen kaum möglich sein.

Wenn GR. Wagner an der Mietzinsbildung der Gemeinde Kritik geübt hat, ist dazu zu sagen, daß die Mietzinse so berechnet werden mußten, daß auch die Reparaturkosten gedeckt werden können. Es kann jedoch niemand behaupten, daß die Gemeinde die Mietzinse so angesetzt hat, daß sie Gewinne erzielt. Die allgemeinen Steuermittel dürften jedoch nicht für die Deckung der Reparaturkosten der städtischen Wohnhäuser verwendet werden.

Die Meinung des GR. Dr. Schmidt, daß die Koalition an der Wohnungsmisere Schuld trage, müßte man energisch zurückweisen. Schuld an dieser schlechten Situation ist die Vergangenheit mit all ihren Sünden auf dem Wohnungssektor. Wenn auch alle Verantwortlichen keine allzu große Freude an den noch vorhandenen Obdachlosenasylen haben, so muß man doch sagen, daß es besser ist in einem Asyl schlafen zu können, als auf einem Bahnhof oder sonstwo, wie es in vielen ausländischen Städten der Fall ist, die immer wieder als Beispiel genannt werden.

Bei mißbräuchlicher Verwendung der Wiener Wohnbauaktion kann das Darlehen gekündigt werden. Sie wurde schließlich nicht dazu geschaffen, für einzelne ein zusätzliches Einkommen zu ermöglichen.

Alle Verantwortlichen müßten auch darauf dringen, daß der gefährlichen Entwicklung, die durch den § 19 des Mietengesetzes hervorgerufen wird, Einhalt geboten wird. Es gibt hunderte solcher Spekulationsfälle, in denen Häuser abgerissen, und die Mieter dadurch obdachlos werden.

GR. Hahn hat darauf verwiesen, daß es in Wien eine Zahl unterbelegter Wohnungen gibt. Die ÖVP-Fraktion dürfe derartige

./.

Beispiele nicht heranziehen, denn sie war es, die für die Abschaffung des alten Wohnungsanforderungsgesetzes, nach dem auch einzelne Räume angefordert werden konnten, eingetreten ist.

Zum Prinke-Antrag: Die Sozialisten haben nicht verhindert, daß dieser Antrag angenommen wird. Sie waren nur dagegen, damit eine Mietzinserhöhung zu verbinden.

Die Ansicht, Wien habe eine verfehlte Wohnungs- und Mietenpolitik betrieben, werde schon dadurch widerlegt, daß seit 1948 rund 73.500 Gemeindewohnungen gebaut wurden.

GR. Windisch meint sodann, daß der Einbau einer Zentralheizung in Gemeindehäuser heute kein Luxus mehr ist. Er freue sich auch, daß für 1964 wieder 7,5 Millionen Schilling für den Einbau von Personenaufzügen in Gemeindebauten vorgesehen sind. Man müsse alles dazu tun, um diese Aktion fortzuführen und noch zu erweitern.

Abschließend wiederholt er, daß wirksame gesetzliche Maßnahmen zur gerechten Verteilung der Wohnungen und zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus unbedingt vonnöten sind.

Damit ist die Debatte geschlossen.

Herzanfall eines Gemeinderates

Um etwa 13.30 Uhr, eben als Stadtrat Glaserer mit dem Schlußwort beginnen will, ereignet sich ein bedauerlicher Zwischenfall. GR. Kohl (SPÖ) bricht auf seinem Platz plötzlich zusammen. Die Gemeinderatskollegen eilen ihm zu Hilfe und betten ihn auf eine Bank an der Saalwand. GR. Dr. Gisel (SPÖ) leistet Erste Hilfe. Der Vorsitzende, GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) unterbricht während dieser Zeit die Sitzung.

Wenige Minuten später wird GR. Kohl, der offensichtlich eine Herzattacke erlitten hat, aus dem Saal getragen. Die Rettung, die kurze Zeit darauf eintraf, brachte den Patienten ins Floridsdorfer Krankenhaus.

Vorsitzender GR. Dr. Ing. Hengl nimmt die Sitzung wieder auf und wünscht GR. Kohl im Namen aller Anwesenden baldige Besserung.

Das Schlußwort zu Wohnungsangelegenheiten

In seinem Schlußwort betont Stadtrat Glaserer zunächst, daß er den Antrag der ÖVP über die "Stabilisierung" der Mieten der

./.

geschäftsordnungsmäßigen Zuweisung empfehlen wird, obwohl in diesem Antrag etwas verlangt wird, was schon da ist, nämlich die Stabilisierung. Er werde die Zuweisung deshalb empfehlen, weil er im Ausschuß den Irrtum berichtigen möchte, in dem GR. Wagner befangen ist.

Ferner sei es unrichtig, von einer Steigerung des Grundzinses von 3.50 auf 5.50 Schilling zu sprechen. Der gegenwärtige grundzins beträgt nämlich nicht 5.50, sondern etwa vier Schilling. Das erscheine ihm selbst zwar auch noch zu hoch, aber er sehe nicht ein, warum man hier auch noch übertreiben solle.

Stadtrat Glaserer betont sodann, daß bei der Zinsberechnung keineswegs kommerzielle Grundsätze angewendet werden. Wenn wir von "kostendeckend" sprechen, dann bedeutet das lediglich, daß nicht der allgemeine Steuerzahler den besser wohnenden Gemeindemieter subventionieren muß. Tatsächlich wird der gesamte Bauaufwand abgeschrieben, ein Prozent dient zur Verwaltung und Instandhaltung, ein Prozent für Wertabschreibung. Einem, der in eine gute Wohnung kommt, ist auch zuzumuten, daß er einen kleinen Beitrag für den leistet, der noch in einer schlechten Wohnung sitzen und dafür einen höheren Zins bezahlen muß als der Mieter in einer Modernen.

Sodann sagt der Berichterstatter: GR. Dr. Schmidt habe eine neue Terminologie geprägt, wenn er nicht mehr "Protektion", sondern "Beziehung" sagt. Damit meint er jedoch dasselbe. Wenn wir es so darstellen, als ob man alles mit Beziehungen bekommen könne, dann treiben wir die Menschen den Wohnungsschwindlern in die Hände. Natürlich werden von den Wählern an die Gemeinderäte Wohnungsfälle herangetragen. Weil wir aber nicht in der Lage sind, alle gleichgelagerten Fälle sofort zu erledigen, muß der Eindruck einer Protektionswirtschaft entstehen. In Wirklichkeit vergeben wir jedoch den allergrößten Teil der Wohnungen, ohne daß von Gemeinderäten interveniert wird.

Zur Forderung nach Festsetzung von Einkommensgrenzen sagt Stadtrat Glaserer, daß er sich gegen eine solche Festsetzung wehre. Selbstverständlich aber diene das Einkommen auch als Grundlage für die Zuweisung einer Wohnung.

Einem Wohnungstausch wird in der Regel zugestimmt, allerdings mit zwei Ausnahmen. Auf dem gemeindeeigenen Sektor darf dadurch

./.

kein neuer Überbelag in den Wohnungen entstehen, auf dem privaten Sektor stimmen wir nur dann zu, wenn nicht zu viel Geld verlangt wird.

Zum Problem des Lagers Auhof, betont Glaserer, er wisse genau, daß dieses Lager nicht gerade eine nette Visitenkarte darstelle. Aber auch dieses Problem sei wenigstens zur Hälfte mehr ein soziales als ein Wohnungsproblem. Wenn das Lager jedoch abgerissen werde, müsse man an einer anderen Stelle etwas ähnliches errichten, was man in Wirklichkeit gar nicht gern tue.

Ein großer Teil der in den Obdachlosenheimen Kastanienallee und Gänsbachergasse Wohnenden ist nur bereit in eine neue Gemeindewohnung einzuziehen. Sie wohnen lieber weiter dort, bevor sie in eine alte Wohnung einziehen.

Über das "Prinkegesetz" und die Koppelung damit ist schon einmal gesprochen worden.

"Kommunaler Wohnbau, aber ohne Luxusausstattung": Wir haben keine Luxusausstattung. Unsere Wohnungen sind so ausgestattet, daß sie in die heutige Zeit hineinpassen. Eine Verschlechterung werden wir nie durchführen! (Beifall bei der SPÖ)

GR. Hahn hätte nicht so diskret zu sein brauchen, In der Angelegenheit Eminger-Ecke hat Stadtrat Heller interveniert als Mandatar des 2. Bezirkes, damit nicht 27 Wohnparteien auf dem Pflaster liegen. Wir haben so abgeschlossen, daß wir die Mieter unterbringen, aber dieselbe Zahl von Wohnungen bekommen, die nicht im Wohnungseigentum stehen. Hier ist also nichts geschehen, was irgendwie verborgen bleiben müßte.

Man soll uns alle miteinander doch nicht schlechter machen als wir sind. Muß ich es immer wieder sagen, daß wir 1913 eine Zweimillionenstadt waren, und daß wir heute um 300.000 Einwohner weniger haben aber um mehr als 100.000 Wohnungen mehr.

Wenn GR. Hahn betont hat, daß die Anträge sozusagen geistiges Eigentum der ÖVP seien, antwortet der Referent: Sie brauchen keine Angst zu haben, daß sich die Sozialisten mit den Federn des GR. Hahn schmücken werden. (Zwischenrufe bei der SPÖ: Mit Hahnenfedern!)

Wir leiden noch immer an der Zeit, als die Industrie in Wien groß wurde und die Arbeiter in die Stadt strömten. Damals

./.

wurden Wohnungen für die Arbeiter gebaut, die schon beim Entstehen bar jedes Komforts waren.

GR. Dr. Schmidt habe nur die Hälfte gesagt, als er von der Pressekonferenz sprach. Ich habe gesagt, betont Stadtrat Glaserer, eine Mietenerhöhung "mal vier" kommt überhaupt nicht in Frage.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die Anträge und die Anfrage der ÖVP werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Bauer (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Kein Engpaß in der Koksversorgung

16. Dezember (RK) Wie die Wiener Gaswerke der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilen, kann die eine Hälfte der Koksaufbereitung, die gestern durch den Brand schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde; ab morgen abend wieder ihren Betrieb aufnehmen. Die Gaswerke hoffen, die zweite Hälfte der Anlage bereits bis Monatsende wieder herstellen zu können. Die Koksproduktion erleidet somit nur eine kurze Verzögerung, die jedoch leicht aufgeholt werden kann, umso mehr, als heute und morgen der Koks von Leopoldau in Lastwagen ins Werk Simmering gebracht wird, wo man die Koksaufbrechung durchführt. Die Wiener können beruhigt sein, es wird also zu keinem Engpaß in der Koksversorung kommen.

Daß selbstverständlich auch die Gasproduktion keine Störung erleidet, ist bereits mitgeteilt worden.

\- - -

Das "Gute Bild für jeden" - auch bei Dieben gefragt

16. Dezember (RK) In der Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", die derzeit vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft im Französischen Saal des Künstlerhauses veranstaltet wird, ist gestern abend ein Ölbild von Kurt Mikula im Anbotswert von 2.500 Schilling entwendet worden. Das in Mischtechnik ausgeführte Werk trägt die Bezeichnung "Amphibium" und hat samt Rahmen ein Format von 30 x 40 Zentimeter.

In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die täglich, auch Sonntag, geöffnet ist, wurden somit bis gestern abend 284 Werke im Wert von 156.043 Schilling verkauft und um 2.500 Schilling gestohlen.

\- - -

Glückwünsche für Lily Weiser-Aall und Karl Hans Jüllig

16. Dezember (RK) Zum Geburtstag der Hauptkustodin des Volkskundemuseums in Oslo, Frau Dr. phil. Lily Weiser-Aall haben Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl der Jubilarin, die in Wien geboren wurde und hier ihr volkskundliches Studium absolvierte, auf schriftlichem Wege herzlich gratuliert.

Zum 75. Geburtstag des Schriftstellers Karl Hans Jüllig hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben und eine Ehrengabe übermittelt. Karl Hans Jüllig hat sowohl auf dramatischem als auch auf lyrischem und epischem Gebiet wertvolle Leistungen erbracht.

\- - -

Glückwünsche der Stadt Wien für Prof. Lagler und Prof. Rohm

16. Dezember (RK) Zum 60. Geburtstag von Universitätsprofessor Dr. Ernst Lagler und Professor Wilhelm Rohm hat Vizebürgermeister Mandl beiden Jubilaren in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

Universitätsprofessor Ernst Lagler ist nicht nur durch seine Volkswirtschaftslehre, sondern auch als Vorstand des Institutes für Agrarpolitik und als Fachmann für Bergwesen international bekannt geworden.

Professor Rohm, der nach dem Krieg die Leitung der Musikabteilung des Österreichischen Bundesverlages übernahm, sowie als geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Musikerzieher Österreichs wirkte, hat sich um die Wiederbelebung der Hausmusik besonders verdient gemacht.

\- - -

Sport-, Turn- und Wasserrettungsabzeichen für Wiener Feuerwehrleute

16. Dezember (RK) Im Festsaal der Zentralfeuerwache Am Hof überreichte heute vormittag Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka an 92 Beamte der Feuerwehr das österreichische Sport- und Turnabzeichen und an 93 Beamte das Abzeichen der Österreichischen Wasserrettung. An der Feier nahmen außer den leitenden Feuerwehroffizieren auch der Präsident der Österreichischen Wasserrettung Major Zügner sowie Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Sport- und Kulturvereinigung der Feuerwehr der Stadt Wien teil.

In einer kurzen Ansprache gab der Branddirektor seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß so viele Beamte die beiden Abzeichen erworben haben, die gerade für den Dienst eines Feuerwehrmannes von besonderer Bedeutung sind. Im ganzen besitzen zur Zeit 297 Feuerwehrbeamte der Stadt Wien die verschiedenen Stufen des österreichischen Sport- und Turnabzeichens und 214 Beamte die verschiedenen Stufen des Wasserrettungsabzeichens. Er hob das Bestreben des Feuerwehrkommandos hervor, den Erwerb dieser Abzeichen auch in Zukunft nach Kräften zu fördern.

Vor der Überreichung dieser Abzeichen übergab Major Zügner an drei Feuerwehrbeamte die Ehrenzeichen der Österreichischen Wasserrrettung für besondere Verdienste auf diesem Gebiet. Hierzu erklärte Major Zügner, daß den Feuerwehren, nicht nur in Wien, sondern vor allem den vielen Freiwilligen Feuerwehren in den Bundesländern, eine besondere Rolle als Träger des Gedankens der Wasserrettung zukomme.

\- - -

21 Künstler erhalten Förderungsbeiträge aus dem Wiener Kunstfonds

16. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 18. Dezember, findet um 17 Uhr im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Altes Rathaus, 1, Wipplingerstraße 4-8, die 14. Verleihung von Förderungsbeiträgen aus dem Wiener Kunstfonds statt. 21 Wiener Künstlern werden Förderungsbeiträge überreicht.

\- - -

Streuen, Streuen, Streuen!

16. Dezember (RK) Zum Wochenende führte die Stadtreinigung intensive Streuaktionen durch, mit denen auch an Sonntag 776 Arbeitskräfte, darunter 165 aufgenommene Arbeiter, sowie 110 Fahrzeuge beschäftigt waren.

Heute, Montag früh, mußte wieder die Vorverlegung der Dienstzeit angeordent werden. In Dienst standen 852 eigene Mannschaften und 266 fremde Arbeitskräfte. Elf Schneepflüge und 97 Streufahrzeuge sowie 15 Ladegeräte waren eingesetzt.

\- - -

Antrittsbesuch des jugoslawischen Botschafters

16. Dezember (RK) Der neue jugoslawische Botschafter in Wien Vjekoslav Prpic stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas im Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 16. Dezember

16. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 94 Ochsen, 280 Stiere, 878 Kühe, 156 Kalbinnen, Summe 1.408; Polen: 6 Stiere; Ungarn: 4 Ochsen, 1 Kuh, 25 Kalbinnen, Summe 30. Gesamtauftrieb: 98 Ochsen, 286 Stiere, 879 Kühe, 181 Kalbinnen, Summe 1.444. Verkauft wurden: 98 Ochsen, 281 Stiere, 879 Kühe, 180 Kalbinnen, Summe 1.438. Unverkauft blieben: 5 Stiere, 1 Kalbin, Summe 6.(Inland.)

Preise: Ochsen 11.20 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.20 S, Stiere 11.50 bis 13.90 S, extrem 14 bis 14.50 S, Kühe 9.50 bis 11.20 S, extrem 11.30 bis 12 S, Kalbinnen 11.50 bis 13.60 S, extrem 13.70 bis 14 S, Beinlvieh Kühe 7.50 bis 9.50 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 11.40 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 35 Groschen und bei Kalbinnen um zwölf Groschen je Kilogramm, er erhöhte sich bei Kühen um vier und bei Stieren um fünf Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Ochsen 11.75 S, Stiere 13.01 S, Kühe 9.86 S, Kalbinnen 12.20 S. Beinlvieh notierte unverändert.

Auslandsschlachthof: Polnische Stiere 12.80 S, ungarische Ochsen 12.80 bis 13.30 S, ungarische Kühe 11.50, Kalbinnen 12.50 bis 13.50 S.

In der Woche vom 7. bis 13. Dezember wurden 280 Rinder außer Markt bezogen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Wirtschaftsangelegenheiten

17. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Franz Bauer (ÖVP) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, weist in den Ansätzen des Voranschlages 174,774.000 Schilling an Ausgaben aus.

Beschaffungsamt

Um nur einen kleinen Überblick über die Beschaffungen im Jahre 1963 zu geben, sei auf die verschiedenen Ankäufe des Beschaffungsamtes kurz verwiesen. An Lebensmitteln für den Bedarf der Magistratsabteilungen 11, 12 und 15 wurden 5.991 Bestellungen mit einem Gesamtaufwand von 18,597.000 Schilling durchgeführt. In diesem Betrag sind leicht verderbliche Lebensmittel, wie Milch, Butter, Gemüse, Obst und Fleisch nicht enthalten.

Die Preise der Lebensmittel, speziell der Grundnahrungsmittel, wie Mehl, Teigwaren, Brot und Kleingebäck, Milch und Milchprodukte, Reis und Zucker erfuhren im Verlauf der Berichtszeit eine durchschnittliche Erhöhung um etwa zehn Prozent. Außerdem gab es noch Preiserhöhungen bei Kaffeemitteln, Backpulver, Fruchtsäften und Spirituosen.

Durch günstige Kaufabschlüsse und Einlagerungen konnten für die Verbrauchsstellen bei Zucker, Mehl und Reis die alten Abgabepreise noch einige Monate lang gehalten werden.

./.

Im Rahmen von Fürsorgeaktionen der Magistratsabteilung 12, Betreuung der Dauerbefürsorgten der Stadt Wien, wurden Käufe für 351.900 Schilling getätigt.

Für die städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober Waren im Werte von 26,549.640 Schilling bestellt.

An Lohnarbeit wurden außerdem Aufträge für 3,186.528 Schilling vergeben. Auch bei Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren und Bereifung konnten trotz Anhalten der Konjunktur die Bedarfsstellen im allgemeinen termingerecht beliefert werden.

Auf dem Preissektor gab es bei einigen Artikeln Erhöhungen; andererseits konnten aber auch verschiedene Waren billiger beschafft werden.

Preiserhöhungen von fünf bis zehn Prozent gab es in der Holz- und Eisenindustrie. Für Porzellangeschirr mußte um sieben Prozent, für Holzspielzeug um neun Prozent mehr bezahlt werden. Ebenso wurden die Preise im Reinigungsgewerbe um zehn bis fünfzehn Prozent erhöht.

Bei Leuchtstofflampen, Plastikwasserschläuchen, Keilriemen, Schaumgummimatratzen, Chemikalien, Bodenpflegemitteln konnten Preissenkungen bis fünfzehn Prozent festgestellt werden.

Wesentlich billiger konnten Plastik- und Glaswaren eingekauft werden.

Der gesamte Aufwand betrug in dieser Warengruppe, die mit der Beschaffung der vorhin genannten Waren befaßt ist, 19,898.000 Schilling.

Schreib- und Druckpapiere, Wasserzeichenpapier, Packpapier und insbesondere zur Herstellung von Schulheften wurden zirka 490.000 Kilogramm Papier um 4,167.000 Schilling angekauft.

Für diverses Kanzleimaterial wurden 1,694.000 Schilling ausgegeben. Die Herstellungskosten für Schulhefte - ohne Papier - betrugen 258.700 Schilling. Die Preise für Kanzleimaterialien erhöhten sich teilweise bis zu zehn Prozent, bei einigen Artikeln, wie zum Beispiel Kuverts, gab es Preissteigerungen bis zu fünfzehn Prozent. Der Papierpreis blieb unverändert.

Weiter wurden für 49.347 Bücher und 8.027 Zeitschriftenabonnements 1,799.818 Schilling ausgegeben. Im Zuge der weiteren Modernisierung und der Fortsetzung der Mechanisierung von städtischen Dienststellen wurden für einschlägige Büromaschinen

./.

einschließlich der Reparaturen 2,534.000 Schilling aufgewendet.

Für die Miete der Lochkartenanlage - Elektronenanlage und sonstiger Büromaschinen wurden insgesamt 1,535.775 Schilling ausgegeben, wovon auf die Lochkartenanlage allein 1,505.615 Schilling entfielen.

Es wurden 7.689 Druckaufträge vergeben, davon 4.844 Aufträge für den eigenen Druckereibetrieb. Die Gesamtkosten betrugen 5,734.000 Schilling. Das hierzu erforderliche Papier wurde aus dem Papierlager des Beschaffungsamtes beigestellt. Für 1.195 Buchbinderaufträge wurden 610.000 Schilling ausgegeben. Ungefähr 67.000 Schilling entfielen hievon auf Arbeiten in der eigenen Buchbinderei.

Der Gesamtaufwand dieser Warengruppe betrug 18,333.293 Schilling.

Die Verbrauchsstellen der Stadt Wien konnten in der Berichtszeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober mit festen und flüssigen Brennstoffen zufriedenstellend beliefert werden.

Trotz der langanhaltenden Frostperiode in den Monaten Jänner und Februar und der damit verbundenen Brennstoffverknappung kam es bei der Anlieferung an die Verbrauchsstellen zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten.

Vom 1. Jänner bis 31. Oktober sind an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 81.121 Tonnen Brennstoffe ausgegeben worden.

Der wertmäßige Gesamtumsatz in der Berichtszeit betrug 53,790.769 Schilling.

Im Laufe des Berichtszeitraumes erhöhte sich der Preis für Rekordbriketts um sieben Prozent. Ebenso wurde der Fuhrwerkstarif für Heizöltransporte um 17 Prozent und der Tarif für Einkellerungsarbeiten um sieben Prozent erhöht.

Die seit dem Jahre 1959 im gesteigerten Ausmaß begonnene planmäßige Modernisierung der Einrichtung von Amtsräumen des Wiener Magistrates wurde fortgesetzt. Die Möbelbranche war auch im Jahre 1963 sehr gut beschäftigt, sodaß die Lieferfristen nach wie vor drei bis vier Monate betragen. Auf Grund eines Beschlusses der Paritätischen Kommission im Oktober 1963 wurden bei Möbeln Preiserhöhungen von drei bis sechs Prozent bewilligt.

Die Kosten der regelmäßigen Instandsetzung von Amtsmöbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen durch die Tischlerei, Schlosserei und Anstreicherei beliefen sich bis 31. Oktober einschließlich Material auf rund 1,1 Millionen Schilling. ./.

Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial und ausgeschiedenen Sachgütern betrug 2,428.660 Schilling.

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe erreichte die Höhe von 22,800.000 Schilling.

Für die Errichtung neuer Schulbauten, aber auch für die Modernisierung von Volks-, Haupt-, Sonder-, Berufsschulen und städtischen Lehranstalten wurden 12,800.000 Schilling aufgewendet.

Die städtische Bäckerei, die im Gebäude des Zentrallagers des Beschaffungsamtes, 16, Hasnerstraße 123, untergebracht ist, verfügt über vier Gasbacköfen, einen Netzbandofen und zwei Elektroöfen. Im Zuge der weiteren Mechanisierung wurden seit dem Jahre 1959 zwei Teigteilmaschinen, Lang- und Rundwirkmaschinen für Schwarz- und Weißbrot sowie eine Aufbereitungsanlage für Kleingebäck aufgestellt und in Betrieb genommen. Im Laufe des heurigen Jahres ist noch eine neue Universal-Kipferlmaschine und eine Kaisersemmelwirkmaschine hinzugekommen. Damit ist die Mechanisierung der Bäckerei, die im Jahre 1959 begonnen wurde, im wesentlichen abgeschlossen.

Gegenüber 1958 konnten beachtliche Personaleinsparungen erzielt werden. Dazu kommt, daß sich in den diesem Zeitraum die Produktion beziehungsweise der Absatz von Backwaren um neun Prozent erhöht hat. Hingegen wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 47 ½ Stunden auf 41 Stunden, das ist um fast 14 Prozent herabgesetzt.

Den Bäckereiarbeitern wurde mit Wirkung vom 2. September 1963 eine Lohnerhöhung von elf Prozent gewährt.

In der Berichtszeit wurden in der Bäckerei 1,102.220 Kilogramm Brote, 277.790 Kilogramm Gebäck und 63.920 Kilogramm Mehlspeisen erzeugt und an die städtischen Anstalten ausgeliefert.

Die Einnahmen der städtischen Bäckerei beliefen sich auf 8,101.162 Schilling.

Liegenschaftsverwaltung

Die Einnahmen der Magistratsabteilung 57, Liegenschaftsverwaltung, wurden für das Jahr 1964 mit 8,210.000 Schilling angenommen. Von diesen Einnahmen entfielen 5,485.000 Schilling auf Pachtzinse und 2,574.000 Schilling auf Schankpacht, Miet-, Anerkennungs- und Bauzinse.

./.

Der Grundbesitz der Stadt Wien umfaßte am 15. November 1963 1,820.232,24 ar in Wien und 2,183.028,28 ar außerhalb Wiens im Alleinbesitz, 69.657,83 ar in Wien und 4.482 ar außerhalb Wiens im Mitbesitz und 4,93 ar in Wien in der Vereinigten Wiener Fürsorgestiftung.

Die Magistratsabteilung 57 hat es sehr schwer. Werden nämlich Grundflächen benötigt, die kurzfristig geräumt werden sollen, gibt es fast immer bei der Freimachung Schwierigkeiten. Oft müssen Ersatzgrundstücke gefunden werden, um die Freimachung zu beschleunigen oder aber es verlangen die Grundbenützer Ablösesummen, über die man sich erst in langwierigen Verhandlungen einigen kann. Bleiben die Grundflächen, die der Gemeinde Wien zur Verfügung stehen, unbenützt, gibt es im unverbauten Gelände mit den Nachbarn Verdruß, weil nur zu oft ein Verwachsen der brachliegenden Grunstücke mit Unkraut eintritt und die Anrainer mit Prozessen drohen, weil auch ihre Felder durch das Nichtbetreuen der gemeindeeigenen Liegenschaft vom Unkraut bedroht werden.

Um bei den Grundstücksfreimachungen diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, hat in letzter Zeit die Magistratsabteilung 57 fast nur mehr prekaristische Verträge mit den Benützern abgeschlossen. Wenn auch durch diese Art der Grundstücksvergabe für die Gemeinde geringere Beträge zu erzielen sind, so wiegen diese Mindereinnahmen die bei Freimachung geforderten hohen Ablösesummen doch bei weitem auf. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahme können aber landwirtschaftlich genutzte Grundstücke dennoch nicht immer zeitgerecht freigemacht werden, wenn sie für gemeindeeigene Zwecke gebraucht werden, denn die Bestandnehmer landwirtschaftlich genutzter Grundstücke finden immer wieder den Weg zum Pachtamt. Das Pachtamt entscheidet in anhängigen Verfahren immer zugunsten der Bestandnehmer und es kommt vor, daß durch das Pachtamt Räumungsaufschübe bis zu 20 Jahren gewährt werden. Daß unter solchen Umständen der Stadtplanung so manche Schranken gesetzt werden und Vorhaben im Interesse der Bevölkerung nicht durchgeführt werden können, sei nur nebenbei erwähnt. Ich glaube, es müßte ernstlich daran gegangen werden, landwirtschaftliche Schutzgebiete zu schaffen. In diesen so geschaffenen Gebieten könnten dann Gärtner und Landwirte, soferne sie auf Pachtgrundstücken sitzen, auch auf

./.

Zeit planen, Glashäuser errichten und dergleichen mehr. Man müßte aber durchsetzen, daß alle nicht landwirtschaftlich geschützten Grundstücke bei der Freimachung keine Möglichkeit hätten durch das Pachtamt so langfristige Verträge zu erhalten, die es, wie gesagt, der Gemeinde unmöglich machen, vorausschauend zu planen. Da es vermutlich in anderen Großstädten nicht anders ist als in Wien, wäre es doch zweckmäßig, wenn der Städtebund sich dieser schwierigen Frage annehmen und sie einer Bereinigung zuführen würde.

Rechtliche Angelegenheiten

Die Magistratsabteilung 58 scheint im Voranschlag nicht auf, dennoch sind in dieser Abteilung eine Anzahl heikler Fragen zu behandeln. So wurde unter anderem das Forstrechtsbereinigungsgesetz, das von dieser Abteilung vorgelegt wurde, beschlossen. Dieses Gesetz regelt den Ausbildungsgang der Förster.

Das Buschenschankgesetz ist soweit vorbereitet, daß es demnächst zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Die Verzögerung dieser Vorlage ist wegen einem zwischen der Landwirtschaftskammer für Wien und der Fachgruppe Gast- und Schankbetriebe in Wien vor dem Verwaltungsgerichtshof ausgetragenen Rechtsstreit entstanden. Nach dem Spruch des Verwaltungsgerichtshofes ist nun Klarheit hinsichtlich der Konzessionserteilung für Buschenschenker geschaffen. Es kann in Hinkunft einem Buschenschenker, der in seinem Betrieb während der Buschenschankzeit Speisen im beschränktem Umfang abgeben will, durch Erteilung einer Konzession diese Möglichkeit geschaffen werden.

Interessant ist auch ein mir zugegangener Bericht der Land- und Forstwirtschaftsinspektion. Bei den Betriebsprüfungen in 595 landwirtschaftlichen Betrieben wurden 1.256 familieneigene und 503 familienfremde Arbeitskräfte gezählt. Während der Saison stieg die Zahl der Arbeitskräfte nur unbedeutend. 148 familieneigene und 43 familienfremde Hilfskräfte wurden bei Erntearbeiten vorübergehend beschäftigt. In diesen Zahlen spiegelt sich die Schwierigkeit der Betriebsführung der Landwirtschaften, weil es eben in der Landwirtschaft wesentlich schwieriger ist, Personal zu bekommen als in anderen Berufszweigen.

./.

Zu bemerken wäre noch, daß die Schonzeiten aller jagdbaren Tiere an die im Land Niederösterreich bestimmten Zeiträume angeglichen wurden, sodaß bezüglich der Schonzeiten zwischen Wien und Niederösterreich kein Unterschied besteht.

Nicht zuletzt will ich hier auch darauf hinweisen, daß bereits 1.000 Motorboote ihren Standort in Wien haben.

Die Märkte

Die Einnahmen und Ausgaben umfassen nicht nur die Agenden im Rahmen der Marktverwaltung, sondern auch solche der Hoheitsverwaltung. Der Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 59 Marktamt beinhaltet folgende Agenden:

Die Verwaltung der Märkte, der Markthallen und städtischen Brückenwaagen, die Ausübung der Lebensmittel-, Markt-, Gewerbe- und Eichpolizei, die Marktbeobachtung, die Importkontrolle und die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Lebensmittelversorgung. In diesen Bereich fallen die Preisbeobachtung, die Preisbildung und die Kontrolle der Preise. Ferner fällt in den Aufgabenbereich die Zuweisung von Straßenständen mit Ausnahme des Vertriebes periodisch erscheinender Druckschriften, die Führung der Markt- und Lebensmittelstatistik, die Erstellung von Werttarifen für Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz, ein allgemeiner Erhebungsdienst und schließlich die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen über den Naturschutz.

Im Wochendurchschnitt wurden auf dem Zentralviehmarkt im Jahre 1962 1.450 Stück Rinder, 51 Stück Kälber, 8.770 Stück Schweine und 299 Stück Pferde umgesetzt. In der Fleischmarkthalle rund 700.000 Kilogramm Fleisch und Fleischwaren, auf den Obst- und Gemüsegroßmärkten: 1,154.900 Kilogramm Obst, 1,242.500 Kilogramm Gemüse, 583.800 Kilogramm Südfrüchte, 831.900 Kilogramm Kartoffeln, 143.000 Kilogramm Zwiebeln und Knoblauch und 11.500 Kilogramm Pilze. - Auf dem Zentralfischmarkt: 13.700 Süßwasserfische, 94.596 Kilogramm Seefische und 61.300 Kilogramm Industriefische.

Im Haushaltsplan sind für die Märkte Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe vorgesehen: 22,553.000 Schilling Einnahmen und 57,771.100 Schilling Ausgaben.

./.

Im Vergleich zum Jahre 1963 wird eine Steigerung der Einnahmen um rund 1,150.000 Schilling erwartet.

Die Ausgaben ergeben im Vergleich zum Jahre 1963 eine Erhöhung um 5,400.000 Schilling.

Auf dem Naschmarkt und in der Großmarkthalle werden größere bauliche Herstellungen sowie sonstige Investitionen wegen der beabsichtigten Verlegung dieser Märkte auf das Gelände des Zentralviehmarktes nicht mehr durchgeführt.

An größeren Bauvorhaben ist vor allem der weitere Umbau des Hannovermarktes zu erwähnen. Auch der Neubau eines modernen Marktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk ist im Hinblick auf den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs in diesem Bezirksteil notwendig.

Die Erhaltung der Verkehrsflächen erfordert in erster Linie wegen der zunehmenden Beanspruchung durch Lastkraftwagen usw. immer mehr Geldmittel. Besonders dringend ist die Erneuerung der Marktflächen auf dem Fisch-, Karmeliter- und Yppenmarkt. Die Beendigung des Ausbaues des Kanalnetzes auf dem Meiselmarkt im 15. Bezirk ist wegen des schlechten Abflusses des Regenwassers auf den noch nicht kanalisierten Verkehrsflächen unbedingt erforderlich. Auch auf der Verkehrsfläche des Sonnbergmarktes im 19. Bezirk ist vor allem aus hygienischen Gründen eine Kanalisierung dringend notwendig.

Neben dem Austausch schadhafter Erdkabelleitungen ist auf dem Naschmarkt die weitere Verbesserung der Beleuchtung auf der Eierrampe vorgesehen.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen. Deren Ergebnisse werden in periodischen Berichten veröffentlicht.

Ferner gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht, die in der Tagespresse verlautbart wird, der Öffentlichkeit Aufschluß über die jeweilige Situation auf dem Lebensmittel- und Preissektor.

./.

Nach Wegfall der amtlichen Preisregelung mußte auf eine einwandfreie und richtige Preisnotierung besonderer Wert gelegt werden, die jederzeit über die geltenden Preise der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsgüter Auskunft gibt. Die Erhebung der Preise durch das Marktamt wird bei standortgebundenen Betrieben in allen Bezirken Wiens vorgenommen. Die Unternehmen, die zu dieser regelmäßigen Preiserhebung heranzuziehen waren, wurden sorgfältig ausgewählt, um ein tatsächlich objektives Bild der gesamten Wochenpreissituation zu erhalten. Schließlich sei noch auf die Mitarbeit des Marktamtes bei der Erstellung der "Amtlichen Österreichischen Preisstatistik", Preisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, hingewiesen.

Im Zuge der Milchkontrolle, die sich auf alle Molkereibetriebe und Milchverkaufsstellen, landwirtschaftliche Betriebe sowie auf die "Schulmilchaktionen" erstreckt, werden Proben von Produkten der in Wien etablierten Molkereien untersucht. Regelmäßig werden vom Marktamt Qualitäts rüfungen von Brot, Gebäck und Wurstwaren gemeinsam mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien und den zuständigen Innungen kommissionell vorgenommen. Im Laboratorium des Marktamtes gelangen ferner, insbesondere auf dem Importsektor, die verschiedensten Lebens- und Genußmittel zur Voruntersuchung. Im eigenen Laboratorium werden auch unter Mitwirkung eines Experten der Bundesanstalt für Lebensmittelungersuchung seit Jahren Weinproben laufend voruntersucht.

Importe von Lebens- und Genußmitteln werden nach Verständigung durch die Zollbehörden noch vor ihrem Verkauf vom Marktamt stichprobenweise auf ihre entsprechende Beschaffenheit überprüft. Die Pilzkontrolle erstreckt sich nicht nur auf die durch den Handel auf den Markt gebrachte Ware, sondern auch auf von Privaten selbstgepflückte Schwämme, die dem Amt zur Beurteilung vorgelegt werden.

./.

Im Falle der Beanstandung von Proben durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung werden die Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes, Weingesetzes oder einschlägiger Verordnungen, nach Einvernahme der Beschuldigten in einem eigenen Referat der Marktamtsdirektion an die zuständigen Gerichte beziehungsweise an die Verwaltungsbehörde weitergeleitet.

Das Marktamt hat nicht nur die Marktaufsicht auszuüben, sondern überhaupt alle aus der Marktordnung und der Verwaltung der Märkte sich ergebenden administrativen und marktpolizeilichen Agenden zu versehen. So ergeben sich im Zuge der Durchführung des Raumprogrammes für einzelne Marktanlagen oft sehr einschneidende Veränderungen. Entweder werden Marktverlegungen erforderlich, um insbesondere die angespannte Verkehrslage zu entlasten, oder es sind Umbauten von Märkten notwendig, welche die räumliche und bauliche Anpassung an neuentstandene Wohnhausanlagen und eine bessere Eingliederung in das städtebauliche Gesamtbild im jeweiligen Marktbereich ermöglichen sollen.

Die Schaffung eines Zentralgroßmarktes wird infolge der immer angespannter werdenden Verkehrslage des Naschmarktes und der geplanten Westeinfahrt bis zum Karlsplatz immer dringlicher. Bei der Planung dieses Projektes sind neben der Platzfrage in verkehrsmäßiger wie baulicher Hinsicht auch die Erfordernisse und die künftige Entwicklung des Großmarktes, der praktisch alle bereits bestehenden Großmärkte in sich vereinigen soll sowie die Kostenfrage besonders zu berücksichtigen.

Der neuerbaute Vorgartenmarkt im 2. Bezirk wurde am 18. April 1963 in Betrieb genommen. Diese moderne gefällige Kleinmarktanlage mit ihren geräumigen Marktständen und breiten Verkaufsfronten, lichtdurchlässigem Wetterschutz sowie entsprechenden Marktwegen und Lieferstraßen fand allgemein gute Aufnahme.

Die unmoderne Marktanlage des Hannovermarktes im 20. Bezirk wird in einem mehrjährigen stufenweisen Umbau auf derselben Marktfläche wie bisher unter voller Aufrechterhaltung des Marktbetriebes neu errichtet. Da es sich hier um einen sehr gut gehenden Markt handelt, muß die Wiedererrichtung des Marktes in

./.

Anpassung an die in der unmittelbaren Umgebung entstandenen modernen Wohnhausbauten in neuer Form als besonders begrüßenswert anerkannt werden. Die erste Baustufe steht bereits vor ihrer Vollendung.

Durch die rege Bautätigkeit der Stadt Wien entstehen vor allem in den Randgebieten der Stadt zahlreiche neue Wohnviertel. Das Marktamt ist in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorstehern stets bemüht, zu prüfen, ob in diesen neuen Wohngebieten Bedarf nach Errichtung von neuen Märkten besteht. Auf Grund eines solchen vom Marktamt im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher des 10. Bezirkes schon seinerzeit eingebrachten Vorschlages ist nun auf dem Nothnagelplatz an der Raxstraße im 10. Bezirk die Errichtung eines Marktes vorgesehen. Es wurde festgelegt, daß vorerst nur 24 Marktstände mit Unterkellerung errichtet werden sollen. Da somit die erforderlichen Vorarbeiten zur Errichtung dieser neuen Marktanlage soweit fortgeschritten sind und das Raumprogramm als abgeschlossen angesehen werden kann, könnte mit der Bauausführung umgehend begonnen werden, sobald die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür bewilligt werden.

Auch das Projekt der Errichtung eines neuen Kleinmarktes auf dem Obergfellplatz im 21. Bezirk wird auf seine Durchführbarkeit hin geprüft, da auch dort in der näheren und weiteren Umgebung dieses Platzes eine große Anzahl neuer Wohnhausbauten entsteht.

Das Veterinäramt

Große Sorgen bereitet der Stadtverwaltung das Veterinäramt. Im Zuge der Planung des Gemüse-, Obst- und Blumengroßmarktes werden auch der Viehmarkt und die Schlachthofanlagen umzubauen sein. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, daß der Betrieb in den Schlachthöfen ungestört weitergeführt werden muß, um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht zu gefährden. Der Rinderschlachthof in St. Marx ist etwa 100 Jahre alt. Obwohl nur die allernotwendigsten Erhaltungsarbeiten gemacht werden, müssen für ihn große Summen aufgewendet werden. Die Fleisch-Großmarkthalle, deren Errichtung auf das Jahr 1865 zurückgeht, hat, zumindest was ihre Kapazität anlangt, kein Gegenstück in

./.

einer anderen europäischen Großstadt. Der Vollständigkeit halber bleibt hinzuzufügen, daß die derzeit noch in Betrieb befindliche Kühlanlage 1897 eingebaut wurde und 1899 die sogenannte "Brücke", also der Teil der Großmarkthalle, der die Stadtbahn überspannt, sowie die längs der Invalidenstraße liegende neue oder auch "Polnische" genannte Halle hinzukamen. Die Errichtung dieses Fleischmarktes vor nahezu 100 Jahren spricht für den Weitblick der damaligen Kommunalpolitiker. Wenn auch der in der Fleisch-Großmarkthalle getätigte Umsatz heute geringer ist als vor dem zweiten Weltkrieg, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Institution auch für die weitere Zukunft ein unbedingtes Erfordernis darstellt.

Leider muß aber festgestellt werden, daß eben diese Großmarkthalle trotz geringerer Anlieferungen dem enorm steigenden Kraftwagenverkehr nicht mehr gewachsen ist. Es ist eine nüchterne Tatsache, daß ohne laufende und zwangsläufig von der Polizei tolerierte Übertretungen der Straßenverkehrsordnung die Abwicklung des Betriebes dort überhaupt nicht möglich wäre. Aus dieser räumlichen Bedrängnis entstand schon vor Jahren der Plan, den zwischen der sogenannten "Brücke" und der Ungarbrücke liegenden Raum über den Geleisen der Schnellbahn zu überdachen und somit einen zweifellos ausreichenden Parkplatz zu schaffen. Dieses Projekt, dessen technische Durchführbarkeit niemals bestritten wurde, scheiterte jedoch regelmäßig in der ersten Phase der Diskussion an dem Einwand, das Gebäude der Fleisch-Großmarkthalle müßte aus rein verkehrsbedingten und stadtplanerischen Gründen eliminiert und der Fleischmarkt als solcher zum Beispiel nach St. Marx verlegt werden. Diese Argumentation war bis vor einigen Jahren zweifellos richtig. Heute, da das alte Großmarkthallegebäude vom AEZ umbaut ist, dürfte eine restlose Demolierung und Beseitigung kaum noch in Frage kommen. Darüber hinaus hat sich durch Errichtung eines zweiten großen Warenhauses, durch die Schnellbahn und den Autobusbahnhof und nicht zuletzt durch die unmittelbare Nachbarschaft der als Geschäftsstraße immer mehr an Bedeutung gewinnenden Landstraßer Hauptstraße die Situation grundlegend verändert.

./.

Ob gewünscht und geplant oder nicht, es ist dort ein Einkaufszentrum erster Ordnung entstanden, das laufend weiter an Bedeutung gewinnen wird.

An diese Erkenntnisse schließt sich nun die Feststellung, daß die Errichtung von neuen Schlachtanlagen notwendiger- und vernünftigerweise auf dem Territorium von St. Marx eine zwingende Notwendigkeit darstellt. Daß sich in diesen neu zu errichtenden Schlachtanlagen auch der künftige Fleischgroßmarkt befinden wird, steht außerhalb jeder Debatte. Es wäre also damit zu rechnen, daß in geraumer Zeit, nach Übersiedlung der Großschlächter und Fleischkommissionsfirmen, die Halle praktisch veröden würde. Zurück blieben nämlich nur die sogenannten Gitterstände, das heißt, die Detailverkäufer in der Fleischmarkthalle, die dann schwer um ihre Existenz ringen müßten. Einer Umsiedlung aber, soweit sie überhaupt möglich wäre, würden die Geschäftsinhaber verständlicherweise größten Widerstand entgegensetzen.

Der Gedanke, der hier entwickelt werden soll, geht nun dahin, ob es nicht möglich ist, den flächenmäßig sehr bedeutenden Raum der Großmarkthalle, in einen modernsten Fleischdetailmarkt mit Klimatisierung, Kühlvitrinen etc. umzuwandeln. An diesem Fleischdetailmarkt organisch anschließen könnten sich die derzeit in der Viktualienhandlung ansässigen Geschäfte. Somit wäre ein Lebensmittelverkaufszentrum geschaffen, das fraglos einen Anziehungspunkt für die gesamte Bevölkerung Wiens bieten würde.

Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß jetzt genauso wie früher Hausfrauen aus ganz Wien in die Großmarkthalle fahren, um dort einzukaufen. Aus der Feststellung über die Notwendigkeit einer funktionierenden Großmarkthalle einerseits sowie aus der Feststellung, sie künftighin rationell zu nützen, ergibt sich nun eine Folgerung, die bereits heute Gültigkeit hat. Das heißt, daß eine Beschlußfassung über die künftige Verwendung der Baulichkeiten der Großmarkthalle es bereits heute ermöglichte, Maßnahmen zu treffen, die zur Verbesserung des Betriebsablaufes absolut erforderlich sind.

./.

So wäre für das zu errichtende Lebensmitteleinkaufszentrum der vorher erwähnte Parkplatz eine zwingende Voraussetzung. Darüber hinaus wären aber auch noch verschiedenste, nicht näher zu detaillierende Renovierungsarbeiten möglich, die bis jetzt mit dem Hinweis abgelehnt wurden, es stünde doch nicht dafür, in den alten, demnächst zu demolierenden Bau noch etwas hineinzustecken.

Es darf hier vom rein veterinären Standpunkt gesagt werden, daß die hygienischen Verhältnisse der Fleisch-Großmarkthalle einiges zu wünschen übrig lassen. Paris, das bis vor einigen Jahren eine ähnliche Institution besaß, hat sich mit einem entsprechenden Neubau den modernen hygienischen Verhältnissen bereits angepaßt.

Schließlich noch ein rein veterinäramtliches Moment: Sämtliches von auswärts nach Wien eingebrachtes Fleisch sowie Fleischwaren müssen der Überbeschau unterzogen werden. Diese Überbeschau wird zum Teil in der Großmarkthalle, zum Teil aber auch in den einzelnen Betrieben der Fleischhauer durchgeführt. Eine Konzentration der gesamten Überbeschau in der Großmarkthalle wäre hier wünschenswert. Ja, es muß gesagt werden, daß dies bei dem herrschenden Tierärztemangel eine letzte Rettung sein würde, auf dem personellen Sektor das Auslangen zu finden, denn eine Reduzierung der Tierärzte in St. Marx ist ausgeschlossen. Einsparungen könnten nur in den Veterinäramtsabteilungen der Bezirke erfolgen. Zum Teil ist dies durch die Verringerung der Veterinäramtsabteilungen von 18 auf zehn bereits geschehen. Während die Zahl der Schlachtungen in den Bezirken abnimmt, steigt die Zahl der Überbeschaustellen.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Situation, die heuer durch gewisse Lohn- und Preisauftriebstendenzen gekennzeichnet war, wie sie es in anderen Ländern (man denke zum Beispiel nur an Italien) in weit stärkerem Maße gibt. Erfreulicherweise ist in letzter Zeit auf dem Gebiet der Preise und Löhne nicht zuletzt durch das Zusammenwirken der Sozialpartner doch einige Beruhigung eingetreten, sodaß man mit einigem Optimismus dem neuen Jahr entgegenblicken kann, das für uns große wirtschaftliche Entscheidungen bringen dürfte, denkt

./.

man nur an das wünschenswerte Arrangement mit der EWG. Gerade die Wirtschaft Wiens mit ihrer vielfältigen Struktur wird sich hier zu bewähren haben, um in Zukunft bestehen zu können. Sie wird dabei das Verständnis und die Hilfe nicht nur der zuständigen Stellen des Bundes, sondern auch der Gemeinde finden müssen, freilich nicht in Form irgendeines Dirigismus. Hier wird vielleicht da und dort ein Umdenken notwendig sein, ein Zurücktreten parteipolitischer Überlegungen, ein Betonen allgemein verbindender kommunalpolitischer Interessen. Nur so scheint es möglich, in einer sich immer mehr integrierenden Wirtschaft mit ihren unerhörten Konkurrenzkämpfen die Arbeitsplätze unserer Wiener Arbeiter und Angestellten und die Existenz der vielen Wiener Handels- und Gewerbetreibenden zu sichern. Was heute längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, muß auch in Zukunft erhalten bleiben, nämlich der gesicherte Arbeitsplatz, der eine der wesentlichsten Voraussetzungen des sozialen Friedens, eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstieges und stabiler innenpolitischer Verhältnisse ist."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Freie Ärztestellen

17. Dezember (RK) In der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien wird die Stelle eines Institutsvorstandes der Prosektur und die Stelle eines ärztlichen Leiters der Anstalt, welche mit einer der an der Anstalt vorhandenen ärztlichen Abteilungs-(Instituts-)vorstandstellen verbunden ist, besetzt.

In der Nervenheilanstalt der Stadt Wien-Rosenhügel wird die Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Frauenheilkunde besetzt. Mitzubetreuende Anstalten sind das Altersheim der Stadt Wien-Lainz, Lungenheilstätte der Stadt Wien-Baumgartner Höhe, Psychiatrisches Krankenhaus der Stadt Wien.

Gesuche sind bis spätestens 31. Dezember 1963 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagasse 23, 3. Stock, Zimmer 351, zu richten.

\- - -

Gustav Freytag zum Gedenken

17. Dezember (RK) Auf den 19. Dezember fällt der 25. Todestag des Karthographen und Verlegers Gustav Freytag.

Am 23. Jänner 1852 in Neuhaldensleben bei Magdeburg geboren, erlernte er die Lithographie in Wien und arbeitete anschließend in der topographischen Abteilung des großen Generalstabs in Berlin, dann als Karthograph im Verlag F.A. Brockhaus in Leipzig. 1879 machte er sich in Wien selbständig. Das später mit Berndt vereinigte Geschäft entwickelte sich zu einer führenden kartographischen Anstalt, bei der Aufträge aus aller Welt einliefen. In weitesten Kreisen bekannt wurde die Verlagsanstalt, als ihr zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Herstellung der Touristenwanderkarten des "Deutschen und Österreichischen Alpenvereines" übertragen wurde. Diese wurden seither immer wieder neu aufgelegt und stellen heute einen unentbehrlichen Behelf für Touristik und Fremdenverkehr dar. Neben den Wanderkarten sind auch die Autokarten in ganz Europa geschätzt. Ein weiteres hervorragendes Erzeugnis ist der Straßenatlas von Österreich.

\- - -

Wieder höhere Fürsorgerenten in Wien

17. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgerenten ab 1. Jänner 1964. Die Richtsätze sind zuletzt ab 1. September dieses Jahres erhöht worden. Die neuerliche Erhöhung hängt damit zusammen, daß die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung mit 1. Jänner 1964 steigen. Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge in Wien für alte und arbeitsunfähige Personen werden nun im gleichen Ausmaße erhöht.

Ab 1. Jänner erhalten somit in der Gehobenen Fürsorge die Alleinstehenden 660 Schilling (bisher 600 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 640 Schilling (bisher 580 Schilling), Mitunterstützte erhalten 345 Schilling so wie bisher. In der Allgemeinen Fürsorge erhalten Alleinstehende 570 Schilling (bisher 510 Schilling), Hauptunterstützte im Familienverband 540 Schilling (bisher 480 Schilling) und Mitunterstützte 275 Schilling so wie bisher.

In den Genuß der Erhöhung kommen jene hilfsbedürftigen Männer, die das 65. Lebensjahr, und hilfsbedürtige Frauen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind.
Die Richtsätze für jüngere und arbeitsfähige Personen werden nicht erhöht.

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen unter Berücksichtigung von 14 Monatsbezügen für das Jahr 1964 schätzungsweise 5,8 Millionen Schilling.

.. -- - -

Personalnachrichten

17. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Slavik hat heute der Wiener Stadtsenat den Senatsrat Dr. Ing. Adolf Velisek (E-Werke) in die Dienstklasse VIII befördert. Die Oberstadtbauräte Dipl.-Ing. Raimund Haussmann (E-Werke) und Dipl.-Ing. Konrad Kowarc (Baudirektion) wurden in die Dienstklasse VIII befördert und ihnen der Titel Senatsrat verliehen. Die Magistratsräte Dkfm. Josef Fladerer (Büro Stadtrat XII) und Dr. Alois Miksch (Magistratsabteilung 64) wurden zu Obermagistratsräten und die Technischen Amtsräte Ing. Josef Goll (Magistratsabteilung 37), Ing. Franz Kleindienst (Magistratsabteilung 33) und Ing. Josef Krieger (Magistratsabteilung 23) zu Technischen Oberamtsräten befördert. Der Gutsinspektor des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien Dipl.-Ing. Josef Piwniczka wurde zum Direktor des Betriebes ernannt.

\- - -

70. Geburtstag von Charlotte Bühler

17. Dezember (RK) Am 20. Dezember vollendet die Kinderpsychologin Prof. Dr. Charlotte Bühler das 70. Lebensjahr.

Sie wurde in Berlin geboren und studierte Psychologie, Literatur und Medizin. 1922 erfolgte ihre Habilitierung an der Wiener Universität, 1925 ihre Berufung an die Städtische Kinderübernahmestelle. In der Folge hielt sie zahlreiche Gastvorlesungen an europäischen und amerikanischen Universitäten. 1938 verließ sie Österreich. Seit 1940 lebt sie ständig in den Vereinigten Staaten. Charlotte Bühler ist durch ihre experimentelle Kinder- und Jugendpsychologie weltbekannt geworden. Sie hat in Schulen, Fürsorgeanstalten, Kinderheimen und Horten die Wiener Jugend in allen Entwicklungsstufen untersucht und dabei die verschiedensten Milieueinflüsse berücksichtigt. Ihre Tests umfaßten alle Lebensäußerungen vom Säuglingsalter bis zur Reife und ergaben ein genaues Gesamtbild, das im System der Psychologie seinen Platz gefunden hat. Das Material für ihr erstes großes Werk "Kindheit und Jugend" wurde in mehreren vorbereitenden Büchern gesammelt. Ihre Arbeiten basieren nicht auf gedanklicher Spekulation, sondern auf einer unübersehbaren Fülle von Tatsachen. Die Beschäftigung mit den Biographien großer schöpferischer Persönlichkeiten ergab gleichfalls neue Gesichtspunkte für deren Deutung. Weitere bedeutende Schriften sind "Kind und Familie" und "Psychologie im Leben unserer Zeit". Letztere zeigt, wie die moderne Psychologie dem Verstehen der inneren Zusammenhänge dient und wieviel daraus der Mensch für sein persönliches Dasein gewinnen kann. In den letzten Jahren trat ihr psychotherapeutisches Wirken immer mehr in den Vordergrund. Charlotte Bühler hat durch ihr Schaffen verdienstvoll dazu beigetragen, den Ruhm der Wiener Psychologischen Schule in der ganzen Welt zu verbreiten.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben der Jubilarin in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

3.057 Mann im Kampf gegen den Schnee

Bundesheer half der Straßenbahn

17. Dezember (RK) Gestern in den späten Abendstunden setzten zuerst leichte dann immer stärker werdende Schneefälle ein, wozu ein sich steigernder Wind kam (Sturmspitzen bis zu 90 Stundenkilometer), der Schneeverwehungen verursachte. Die Verkehrsbetriebe begannen daher bereits ab 21 Uhr zunächst mit Vorreinigungsfahrten bis zum Betriebsschluß. Ab 1.30 Uhr wurde eine generelle Hauptreinigung auf allen Linien mit 52 schienengebundenen Motorpflügen, elf Kraftfahrzeugpflügen und 75 Anhängepflügen durchgeführt. Der Einsatz dieser Fahrzeuge blieb auch nach der Hauptreinigung pausenlos aufrecht, sodaß der Straßenbahnauslauf auf allen Linien im wesentlichen plangemäß erfolgte und auch der Frühverkehr teils plangemäß, teils mit geringfügigen Verspätungen durchgeführt werden konnte.

Heute um 8.30 Uhr wurde neuerlich eine Hauptreinigungsfahrt im ganzen Netz durchgeführt. Da sich in der Nacht nur sehr wenig fremde Schneearbeiter meldeten, insgesamt 283, und das eigene Bahnerhaltungspersonal mit 422 Mann nicht ausreichte, mußte das Bundesheer um Beistellung von Kräften ersucht werden. 776 Soldaten, verteilt auf das ganze Netz, wurden sofort eingesetzt.

Der Stadtreinigung bescherte der nächtliche Schneesturm zu allem Überfluß auch starke Schneeverwehungen am Stadtrand. Die gesamte Mannschaft der Straßenpflege wurde bereits um 1.15 Uhr geweckt und trat um 2 Uhr früh den Dienst an. Man arbeitete zunächst mit 50 Schneepflügen und ab drei und vier Uhr früh mit weiteren 142 Pflügen an der Freimachung der Straßen. Insgesamt hatte die Stadtreinigung 1.576 Mann zur Schneeräumung eingesetzt, darunter 755 aufgenommene Arbeiter. In den Vormittagsstunden arbeiteten insgesamt 251 Pflüge und Fahrzeuge, um der Schneemassen Herr zu werden.

Insgesamt waren heute in Wien 3.057 Arbeitskräfte bei Stadtreinigung und Verkehrsbetrieben zu Schneeräumungsarbeiten eingesetzt.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Die Debate über Wirtschaftsangelegenheiten

17. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift GR. Binder (SPÖ) das Wort und beschäftigt sich einleitend mit dem Pächterschutz in Österreich. Er betont, daß das Pächterschutzgesetz aus dem Jahre 1940 stammt und beim Schutz der Pächter viel weitergeht als zum Beispiel das Mieterschutzgesetz. So ist zum Beispiel eine beabsichtigte Verbauung kein Grund für die Kündigung des Pächters; auch wenn ein Pachtvertrag abgelaufen ist, so genügt ein Antrag des Pächters zur Verlängerung. Es ist klar, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sehr hinderlich bei der Durchführung städtischer Projekte sind. GR. Binder gibt daher seiner Meinung Ausdruck, daß es doch etwa im Rahmen des Städtebundes möglich sein müßte, eine Novellierung des Pächterschutzgesetzes durchzusetzen. Er betont dabei jedoch, es sei keine Frage, daß der Pächter auch seinen Schutz haben soll.

Man muß zugeben, daß in unserer Zeit der Großmarkt völlig unübersichtlich geworden ist. Wir müssen daher einen neuen Großmarkt bekommen.

Lobende Worte findet der Redner für das Marktamt und dessen Tätigkeit. Er hebt besonders das hohe Ansehen des Wiener Marktamtes im Ausland hervor.

Der typische Wiener Greißler beginnt der Vergangenheit anzugehören. Wir werden uns anstrengen müssen, der modernen Entwicklung Rechnung zu tragen, wenn wir nicht vom ausländischen Kapital überrannt werden wollen. Der Redner warnt auch vor der Gefahr der Lebensmittelverfälschungen.

Beim Schlachthof sind wohl die Zeiten unserer Jugend vorbei, als wir "Der Sumpf" von Sinclair gelesen haben. Trotzdem ist es an der Zeit etwas zu tun, denn unser Schlachthofbetrieb wird noch in einer Form geführt, wie es altväterisch herkömmlich war. Es ist zwar keine Gefahr für die Bevölkerung vorhanden, aber dieser Schlachthof ist ganz einfach nicht mehr wirtschaftlich. Als einen Beginn bezeichnet GR. Binder den Beschluß

./.

des Gemeinderates zum Bau einer neuen Rinder-Schlachtstraße in St. Marx.

GR. Krobot (ÖVP) beschäftigt sich ebenfalls mit der Tätigkeit des Marktamtes, das zehn Großmärkte und 28 Detailmärkte betreut. Er unterstreicht auch die Notwendigkeit, die Märkte zu modernisieren, und betont, daß schon schöne Fortschritte erzielt wurden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Marktamtes sei die Ausübung der Lebensmittelpolizei. Es wurden 18.165 Kleinhandelsbetriebe überwacht und 1.506 Großbetriebe. 31.209 Lebensmittelproben wurden gezogen, davon allein 10.372 Milchproben. Bei der Wein- und Spirituosenkontrolle mußten in 37 Prozent der Fälle Beanstandungen wegen Verfälschungen erfolgen.

Das Marktamt der Stadt Wien übt mit seinen Organen für den Schutz der Bevölkerung und für die Gesundheit aller Bewohner dieser Stadt eine verantwortungsvolle Tätigkeit aus. Auch die Geschäftsleute und die Wirtschaft werden dadurch vor Schaden bewahrt.

In der Frage der Änderung des codex alimentarius sei man noch zu keiner endgültigen Lösung gekommen. Einer einheitlichen Bewertung der Lebensmittel komme jedoch angesichts der Integration besondere Bedeutung zu. Es sei auch notwendig, eine Hygieneordnung zu schaffen, um das Verschmutzen von Lebensmittel zu vermeiden.

GR. Lauscher (KLS) führt aus, das Marktamt habe eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen. Man müsse ihm im Interesse der Verbraucher vor allem hinsichtlich der Preise mehr Einfluß gewähren. Das Marktamt hat darauf zu sehen, daß die ortsüblichen Preise nicht überschritten werden. Viele Verbraucher, zum Beispiel die berufstätige Frau, seien aber heute irgendwie standortgebunden. Diese Standortgebundenheit wird oft mißbraucht, indem die Geschäftsleute Höchstpreise verlangen.

Auch der Preisbildung in den Wiener Gasthäusern wäre mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Hier werden infolge der Zunahme des Fremdenverkehrs teilweise schon Weltmarktpreise verlangt. Die Gastwirte erfreuen sich einer besonderen Förderung durch die

./.

Gemeinde Wien, sie bekommen beispielsweise zinsenlose Kredite, die sie nur zur Hälfte zurückzahlen müssen. Es wäre daher angebracht, die Preise in den Gasthäusern rigoroser zu überprüfen.

Im Vordergrund der Preiserhöhungen, die heuer aufgetreten sind, standen Fleisch- und Wurstwaren. Zwischen Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer wurde zwar ein Preisband vereinbart, dessen Grenzen jedoch überschritten wurden, ohne daß dagegen etwas unternommen wurde. Mit dieser verbraucherfeindlichen Politik müßte endlich Schluß gemacht werden.

In Wien sei zu beobachten, daß hier oft Preiserhöhungen auftreten, die in anderen Städten nicht zu verzeichnen sind. Auch wenn außerhalb Wiens Waren billiger werden, werden die Wiener Preise davon nicht betroffen. Auch hier müßte das Marktamt strenger vorgehen. Im vergangenen Sommer waren die Preisexzesse bei Lebensmitteln besonders arg. Der Verbraucher zahle zum Beispiel für Erdäpfel dreimal soviel, als der Bauer bekommt. Hier stecken die Großhändler die unerlaubten Gewinne ein.

Der Lebenshaltungskostenindex bringe die wahre Belastung nicht richtig zum Ausdruck. Für bestimmte Warengruppen wird bei der Erstellung des Index eine einzelne Ware herausgegriffen, deren Preis stabil gehalten wird, während die Preise der anderen Waren, die sich auf den Index nicht auswirken, in die Höhe getrieben werden.

Kartellvereinbarungen seien in Österreich gang und gäbe. Der Sitz der Preisabsprachen liege in den Innungen, Gremien und Fachverbänden. Wettbewerbspreise gäbe es heute fast nicht mehr, die meisten Preise seien Monopolpreise. Der Wettbewerb werde in der sogenannten freien Marktwirtschaft immer mehr ausgeschaltet, um Höchstprofite erzielen zu können. Die Ausschaltung des Wettbewerbes und die Preisabsprachen schädigen vor allem die wirtschaftlich Schwächeren.Die Regierungsparteien haben ihre Versprechungen, die Preise zu stabilisieren, nicht gehalten. Die Geldverdünnung ist eine Geißel für die arbeitenden Menschen und gleichzeitig eine Quelle für die schamlose Bereicherung einer Schicht von Unternehmern, Großhändlern und Spekulanten. Die Regierungsparteien müßten endlich wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise einleiten. Auch der ÖGB müsse seine Kraft in dieser Richtung einsetzen.

./.

Sodann greift GR. Lauscher das Problem der Sozialpartnerschaft auf und erklärt, es sei eine Tatsache, daß die Politik der Sozialpartnerschaft in der Praxis nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern ausschließlich jene der Unternehmer wahrnimmt. Diese Politik müßte daher geändert werden und vom Standpunkt des Arbeitnehmers und nicht von jenem des Unternehmers ausgehen, dem nur seine Profite wichtig sind.

Über das Problem Fleischwerke sagt der Debattenredner, die Öffentlichkeit sei von den Zeitungsmeldungen überrascht worden, in denen es hieß, daß die Fleischwerke an den Rand des Ruins gebracht wurden. Nachdem von der Gemeinde Wien, die an den Fleischwerken beteiligt ist, viele Millionen in diesen Betrieb hineingesteckt wurden, sind vor kurzem alle Filialen der Fleischwerke an einen privaten Unternehmer verkauft worden, und zwar zu einem für ihn sehr günstigen Preis. In diesem Zusammenhang sei im übrigen bekannt geworden, daß etliche dieser Filialen mit Gewinn schon wieder weiterverkauft worden seien.

Es erhebe sich die Frage, ob die Fleischwerke von Kaufleuten und Fachleuten oder aber von Dilettanten oder gar von Leuten geführt wurden, die den Betrieb bewußt heruntergewirtschaftet haben. Seine Fraktion erwarte jedenfalls von Stadtrat Bauer eine Stellungnahme zu diesem ganzen Fragenkomplex. Wir sind der Meinung, so sagt GR. Lauscher, daß die Wiener Fleischwerke bei entsprechend guter Führung durchaus in der Lage gewesen wären, wirtschaftlich zu arbeiten und darüber hinaus sogar preisregulierend zu wirken.

Zwei weitere Fragen richtet GR. Lauscher an den Berichterstatter: Wann kann man mit der Herausgabe der neuen Hygieneverordnung rechnen, an der bereits gearbeitet wird, und welche Schwierigkeiten stehen bei der Ausarbeitung des neuen Lebensmittelkodex' im Wege?

Seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Als nächster Debattenredner erinnert GR. Haim (ÖVP) an drei Anträge seiner Fraktion aus den Jahren 1960 und 1961, die sich mit der Situation auf dem Wiener Schlachthof und mit der Schaffung eines neuen Großmarktes beschäftigten. Diese Anträge seien einem

./.

Expertenausschuß zur Bearbeitung zugewiesen worden. Im Jahr 1962 habe man dann aus einer Rundfunkrede von Bürgermeister Jonas erfahren können, das im Zusammenhang mit der geplanten Schaffung eines Großmarktes etwas geschehen werde. Am 24. Februar 1963 befaßte sich Bürgermeister Jonas in einer Radiorede erneut mit diesem Problem und erklärte, daß Wien unbedingt einnn neuen Großmarkt brauche. Ferner sprach er damals von einer Übersiedlung nach St. Marx und führte auch einige historische Tatsachen an, so zum Beispiel, daß der Naschmarkt im Jahre 1910 nur als Provisorium errichtet worden ist. Sodann wies der Bürgermeister auch darauf hin, daß der Verwirklichung der Idee, einen Großmarkt in Wien zu errichten, seit 1910 verschiedene weltpolitische Ereignisse entgegengestanden seien und die Gemeindeverwaltung daher noch nicht imstande gewesen sei, dieses Projekt durchzuführen. Dazu sei zu sagen, erklärt GR. Haim, daß auch andere westeuropäische Großstädte den gleichen Ereignissen ausgesetzt waren, trotzdem aber ähnliche Fragen schon längst in großzügiger Weise (wie zum Beispiel in Hamburg) gelöst haben.

Wir sollten uns also endlich darauf besinnen, die Steuern nach europäischen kommunalen Begriffen zu verwenden. Erfreulich sei, daß Bürgermeister Jonas in seinen Radioreden die Tatsache als nicht tragbar bezeichnet hat, daß es in Wien noch immer keinen Großmarkt gibt. Wörtlich haber der Bürgermeister gesagt: "Diese Aufgabe muß endlich einmal gelöst werden." Wir wollen also hoffen, daß tatsächlich etwas geschieht. Es ist jedoch bedauerlich, daß im Budget für 1964 noch nichts dafür vorgesehen ist.

Mit einiger Besorgnis habe man auch die Bemerkung des Bürgermeisters entgegengenommen, daß es notwendig sei, neben der bestehenden Expertenkommission noch weitere Kommissionen zum Studium und zur Lösung offener Fragen einzusetzen. In diesem Zusammenhang sei es bedauerlich, daß die früheren Stadtplaner, die Professoren Brunner und Rainer, sich auch nicht sehr ausführlich mit der Marktplanung beschäftigt haben.

./.

Das Expertenkomitee stellte zwar fest, daß die Planungsarbeiten zur Errichtung des Großmarktes bereits abgeschlossen werden, es sei aber zu befürchten, daß sich noch eine dritte Generation in diesem Haus damit beschäftigen wird müssen. Wir freuen uns indessen, daß wir uns nun in dieser Frage mit der SPÖ auf einem gemeinsamen Weg befinden. Notwendig wäre jetzt nur mehr die rasche Schaffung des neuen Großmarktes. Die Verzögerungen - vielleicht sollte man sogar sagen: Verschleppungen - seien jedenfalls dazu angetan, das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die Arbeit einzelner Verwaltungsgruppen zu erschüttern. Wir glauben, mit aller Dringlichkeit verlangen zu müssen, daß sich alle bemühen sollten, hier endlich vorwärtszukommen. Manches hätte schon längst geschehen können, wäre manches andere unterlassen worden.

GR. Maria Hirschler (SPÖ) ist der Ansicht, daß die von GR. Haim geübte Kritik nur in Unkenntnis der Materie erfolgt sein könne. Er ist schließlich nicht Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten und hat daher anscheinend zu wenig Einblick in die Arbeit dieses Ressorts. Sicherlich findet man, wenn man kritisieren will, immer einen Grund hierzu. Die Gemeinderäte müßten sich aber einmal das Warenlager des Beschaffungsamtes in der Hasnerstraße ansehen. Sie würden dann daraufkommen, daß man bemüht ist, das Beste und Zweckmäßigste zu kaufen. Das gilt für die Säuglingswäschepakete ebenso wie für die Lebensmittelpakete. Es könne daher kaum eine Mutter in unserer Stadt geben, die an der Qualität der Säuglingswäschepakete etwas aussetzen könnte. Sie werden mit viel Liebe und Sorgfalt zusammengestellt und sind von bester Qualität. Bei der Auswahl der Lebensmittelpakete hat man verschiedene Firmen zur Beistellung eines Musterpaketes herangezogen und dann ohne Kenntnis von welcher Firma das Paket ist, das beste ausgesucht.

Die Gemeinde Wien stellt auch für die Schulkinder vom Bleistift bis zum Handarbeitsmaterial alles zur Verfügung. Sie ist auch ständig bemüht, ihre Schulen auf das modernste einzurichten. Leider schaut es auf dem Sektor der Bundesschulen anders aus. Was besonders auf dem Mittelschulsektor beanstandet werden muß, ist die Tatsache, daß es selbst in den oberen Schulstufen noch Wanderklassen gibt.

./.

Leider ist die Zahl der Mittelschulen viel zu gering und manche Kinder haben sehr lange Anmarschwege.

Für die Krankenanstalten werden die modernsten Betten und Nachtkästchen gekauft. Auch die Spitalskleidung und die Bettwäsche ist von sehr guter Qualität. Sehenswert sei auch die Ausstattung des neuen Pensionistenheimes im 22. Bezirk.

Abschließend stellt die Rednerin fest, daß die Geschäftsgruppe X nach außenhin nichtso in Erscheinung tritt, doch wird durch ihre vielfältige Tätigkeit den einzelnen Verwaltungsgruppen viel Arbeit abgenommen. Sie dankt daher allen in diesem Ressort beschäftigten Bediensteten für die gute Arbeit. All jene aber, die meinen, an dieser Geschäftsgruppe Kritik üben zu können, mögen sich zuerst von den tatsächlichen Leistungen überzeugen.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) stellt fest, daß jeder Gemeinderat, auch wenn er nicht dem Ausschuß der gerade zur Verhandlung stehenden Geschäftsgruppe angehört, schon aus dem allgemeinen Gesichtskreis des Gemeinderates heraus befähigt ist, zu einer Geschäftsgruppe zu sprechen.

Er bezeichnet es als eine der wesentlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung seit eh und je, für das Gedeihen des Marktes und für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern zu sorgen. Österreich und damit auch die Bundeshauptstadt werden sich aber auch mit dem Problem eines Europa-Marktes auseinandersetzen müssen. Die Anforderungen, die in diesem Zusammenhang an die Stadtverwaltung gestellt werden, werden nicht gering sein. Gewerbe und Handel müssen in unserer Stadt auf eine gute wirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Die Bereitstellung von gut aufgeschlossenen Industrieflächen würde einen Anreiz für die Schaffung und Ansiedlung neuer Betriebe bieten. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch durch steuerliche Begünstigungen und verschiedene Kreditmaßnahmen die Ansiedlung eines Betriebes innerhalb unseres Stadtgebietes schmackhaft gemacht werden könnte. Der Redner begrüßt in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Standortberatungsstelle. Auch der von Stadtrat Heller angekündigte Ausbau des Donauhafens, der es er-

./.

möglichen soll, 3000-Tonnen-Schiff bis Wien zu führen, würde sich wirtschaftlich gut auswirken. Wien wäre dadurch an das Meer und die Seehäfen angeschlossen und läge an der Kreuzung der Wasserstraßen zwischen Nord und Süd und West und Ost.

Der Redner kommt sodann auf die Preisgestaltung zu sprechen, die sich nach Angebot und Nachfrage richtet, aber auch von Erzeugungs- und Transportkosten, Steuern und natürlich auch vom Gewinn abhängt. Die freie Marktwirtschaft werde aber auch durch andere Maßnahmen gesteuert, wie Preis- und Warenkartelle und eventuell auch staatliche Maßnahmen. Sicherlich sei es auch richtig, wie ein Debatteredner ausführte, daß die Lebensmittelpreise in den einzelnen Bezirken verschieden sind.

Viele Hausfrauen seien sich jedoch ihrer wirtschaftlichen Macht nicht ganz bewußt. Sie haben die Möglichkeit, in verschiedenen Geschäften und auf verschiedenen Märkten einzukaufen. Gerade auf den Märkten spielen die Wettbewerbsverhältnisse eine große Rolle. Die Verkäufer müssen sich anstrengen, ihre Ware an den Mann zu bringen.

Der Redner spricht auch über verschiedene Lebensmittelpreise und erläutert, warum manche Preise so hoch seien. Zum Beispiel der Preis für Kalbfleisch: das österreichische Kalbfleisch ist von ganz besonderer Güte, die Fremden, die in der Urlaubszeit nach Österreich kommen, essen es besonders gern. Damit steigt der Preis.

GR. Peter (FPÖ) verwahrt sich eingangs dagegen, daß hier so getan wurde, wie wenn die Gemeinderäte nichts machen und nicht mitreden dürften, die nicht in einem Ausschuß sitzen. Er betont, daß das Recht auf Rede in der Gemeinderatssitzung gewahrt bleiben muß.

Der Redner meint dann, daß alles, was im Vorjahr zu dieser Geschäftsgruppe bei der Budgetdebatte gesagt wurde, auch heuer noch aktuell ist. Er wendet sich gegen die Tendenz, ausländische Produkte zu bevorzugen.

Im Zusammenhang mit der Liegenschaftsverwaltung spricht GR. Peter über den Prater, den er als wunderbares Erholungsgebiet bezeichnet. Er vertritt das Fahrverbot in der Hauptallee und verlangt Maßnahmen gegen die Gelsen. Zum Schutz der Parkanlagen sollte man Parkwächter anstellen.

./.

Ein besonderes Kapitel seien die dunklen Winkel des Praters, wo sich allerhand lichtscheues Gesindel herumtreibt, und - wie der Redner betont formulierte - der allgemeinen Auffassung über Moral sehr widersprechende Tathandlungen gesetzt werden. Hier sollten saubere Verhältnisse geschaffen werden.

Der Redner unterstreicht die Notwendigkeit der Märkte, weil sie unter Umständen preisregulierend wirken, und erklärt, man müsse bei der Verlegung und Errichtung von Märkten mit besonderer Vorsicht vorgehen, um nicht ein Verkehrschaos hervorzurufen.

Es sei ein unmöglicher Zustand, führt der Redner aus, daß der Christkindlmarkt wie der ewige Jude immer umherwandern müsse. Es wäre hoch an der Zeit, einen festen Platz für diesen einer historischen Tradition entwachsenen Markt zu finden.

Es könne nicht Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, Gast- und Schankbetriebe zu führen. Wenn auch ausgeführt werde, der jetzige Zustand sei auf die historische Entwicklung zurückzuführen, da Vororte eingemeindet worden sind, bei denen die bestehenden Gemeindewirtshäuser übernommen werden mußten, ist dem entgegenzuhalten, daß Zeit genug gewesen wäre, diese Gasthäuser abzustoßen. Man kann nicht gegen den Alkoholmißbrauch Stellung nehmen und auf der anderen Seite Betriebsstätten führen, in denen dieser Alkoholmißbrauch unter Umständen seine Quellen hat.

Von den in Wien bestehenden Gärtnereien befinden sich 515 ausschließlich auf Pachtgrund. Weil bei den Pachtverträgen eine äußerst kurze Kündigungsfrist festgesetzt ist, wagen es die Gärtner nicht, dort zu investieren. Aus diesen Gärtnereibetrieben ist daher eine große Abwanderung festzustellen. Von 1963 auf 1964 werden zehn Prozent der Betriebe auf Pachtgrund stillgelegt werden müssen.

Die FPÖ werde den Ansätzen dieses Kapitels nicht zustimmen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) hebt die Leistung der Wiener Landwirtschaft in den Nachkriegsjahren hervor und verweist darauf, daß bei politischen Schwierigkeiten auch in Wien Mangelerscheinungen auftreten könnten.

Im Jahre 1963 wurden 116.000 Schweine nach Österreich importiert, und wir werden in wenigen Wochen einen Schweinehügel

./.

haben. Es werden nächstes Jahr um mehr als 100.000 Schweine mehr auf den Markt geliefert werden können als heuer.

Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte ist im Oktober in einer Schrift über die Lage der österreichischen Gemüse- und Obstwirtschaft dafür eingetreten, daß neben den Importen ein heimischer Gartenbau vorhanden ist. Die inländischen Produkte müssen qualitativ besser sein, weil der Anmarschweg zum Konsumenten nicht so groß ist.

Der Redner begrüßt es, daß die Hagelversicherungsbeiträge von der Gemeinde Wien unterstützt werden.

Im Interesse der Vollbeschäftigung sei es notwendig, führt der Redner aus, daß die Landwirtschaft und insbesondere der Gartenbau ihre Produkte absetzen kann. Hier komme auch den Hausfrauen besondere Bedeutung zu, die nicht das teure ausländische Obst kaufen sollten.

Die Arbeitsinspektion habe bei den Land- und Forstarbeitern fast nichts beanständet. Dies sei ein Zeichen dafür, daß sich die Wiener Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft bewußt sind, daß sie die Arbeiter brauchen.

Der Redner richtet an den Amtsführenden Stadtrat die Frage, was mit der Markthalle in der Nußdorfer Straße geschehen soll. Dieser Markt habe sich bisher preisregulierend ausgewirkt.

Dem Veterinäramt waren große Aufgaben gestellt, als die Maul- und Klauenseuche aufgetreten ist. Die Bekämpfung hat relativ gut funktioniert und den Veterinären ist dafür der herzlichste Dank auszusprechen.

1963 ist es endlich gelungen, das Tierzuchtförderungsgesetz unter Dach und Fach zu bringen. In den nächsten Tagen wird auch die Verordnung herauskommen, sodaß ab 1. Jänner 1964 die Tierzuchtförderung durchgeführt werden kann.

Der Redner regt an, Schrebergärtnern, die abgesiedelt werden, Ersatzland zur Verfügung zu stellen. Bei der Ablöse durch Geld werde ein erheblicher Betrag weggesteuert.

Abschließend kommt GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl noch kurz auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Wien zu sprechen und betont, daß nicht die Pessimisten recht hatten, die eine Ab-

./.

flachung der Konjunktur vorhergesagt haben, sondern die Optimisten, denn erfreulicherweise halte die Konjunktur weiter an. Im übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen ihre Zustimmung geben.

GR. Jodlbauer (SPÖ) befaßt sich als letzter Debattenredner zunächst mit dem Marktamt und empfiehlt die Lektüre einer Festschrift, die anläßlich des 125jährigen Bestehens des Marktamtes von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten herausgegeben wurde. Er weist auf die historische Entwicklung der Markt- und Gewerbeordnung in Wien hin, die in dieser Festschrift umfassend dargestellt wird.

Sodann geht er kurz auf einige Beiträge der Diskussionsredner ein. Zur Modernisierung des Hannovermarktes meint er, daß dabei tatsächlich nicht ganz richtig vorgegangen wurde. Es sei natürlich sehr schwierig, den Markt neu zu bauen, wenn der Betrieb auf dem alten Markt währenddessen weitergehen soll. Die Vorgangsweise beim Neubau des Vorgartenmarktes sei natürlich richtiger gewesen; man habe dort den Markt in der Nähe des alten neu aufgebaut und dann die einzelnen Marktstände übersiedelt. Das sei zweifellos der bessere Weg, aber man müsse bedenken, daß dies nicht immer und nicht überall möglich ist. Ein großes Problem ist zum Beispiel schon jetzt die Frage, auf welche Weise man einmal den Brunnenmarkt modernisieren soll. Ebenso müsse man auch bei der Modernisierung anderer Märkte genau überlegen, wie man das durchführen wird.

Auf die Ausführungen von GR. Lauscher zu sprechen kommend, betont GR. Jodlbauer, man mache es sich sehr leicht, wenn man behauptet, der Schilling werde für den wirtschaftlich Schwächeren immer kleiner. Wenn man dieses Problem nur von der Preisseite her betrachte, so sei das grundfalsch, denn man müsse dabei auch die Lohnentwicklung in Betracht ziehen. Es sei wohl wahr, daß hier einzelne Gruppen der Bevölkerung etwas benachteiligt wurden, aber man dürfe doch nicht gleich von Inflation sprechen. Viel wichtiger sei es, an die Lösung der Probleme heranzugehen und den wirtschaftlich Schwächeren zu helfen, damit auch sie das bekommen, was ihnen zusteht.

Zum Projekt Wiener Großmarkt sagt GR. Jodlbauer, es wäre viel besser, alle Probleme auf diesem Gebiet langsam und sachlich zu lösen, als ständig Anträge einzubringen.

./.

Wir haben die Steuergelder bis jetzt immer richtig verwaltet und eingesetzt. Die Sozialistische Partei aber hat auch den Mut gehabt, neue Wege zu gehen und zu experimentieren - stets zum Vorteil der Wiener Bevölkerung. Vieles davon nimmt man sich sogar draußen in der Welt zum Vorbild.

Europamarkt: In keiner anderen Angelegenheit ist soviel Falsches gesagt worden wie hier. Jeder hat eine andere Vorstellung vom gemeinsamen Markt, und es ist doch so, daß alle jene, die sich einen Vorteil davon erwarten, dafür sind, jeder aber, der darin einen Nachteil für sich sieht, dagegen ist. Wir studieren alle diese Probleme ganz genau, und von Seiten der Wiener Stadtverwaltung wird alles dazu getan, daß sich Wien in einen kommenden europäischen Markt einordnen kann.

Preisbildung: Daß Angebot und Nachfrage die Preise bilden, hat man vor 20 oder 30 Jahren geglaubt. Heute jedoch glaubt man das nicht mehr, denn man weiß, von wievielen Faktoren die Preisbildung beeinflußt wird.

Marktwirtschaft: Die freie Marktwirtschaft ist überholt, die gebundene Marktwirtschaft ist aber auch nicht die richtige Form. Wenn man glaubt, daß man mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft alles lösen kann, so ist das ebenfalls falsch. Die Volkswirtschaft der freien Welt befindet sich gegenwärtig in einem Entwicklungsprozeß, in dessen Rahmen die Privatwirtschaft zusammen mit der Gemeinwirtschaft versucht, ein System zu finden, das eine Marktwirtschaft garantiert, die dem Menschen zu einem gerechten Preis alles das geben kann, was er braucht.

Die Marktpreisentwicklung bei technischen Geräten müßte von jedem anständigen Menschen abgelehnt werden. Beim Ankauf einer Waschmaschine, einer Wäschezentrifuge, eines Kühlschrankes oder sonstigen Elektrogerätes kann man bei einigen Beziehungen Preisnachlässe bis zu 25 Prozent bekommen. 80 Prozent aller verkauften Geräte werden nach Schätzungen billiger abgegeben. Hier dürfte bei der Preiserstellung etwas nicht stimmen. Wie kommt aber jemand, der keine Beziehungen hat, vielfach sind es die finanziell weniger Begüterten, dazu, den vollen Preis zu bezahlen. Es müssen Wege gefunden werden, solche Mißentwicklungen der Wirtschaft abzustellen. Handels-, Arbeiter- und Land-

./.

wirtschaftskammer und verschiedene Konsumentenvereine haben bereits diesbezügliche Bemühungen unternommen. Der Verein "Gut haushalten" hat vor kurzem siebzig verschiedene Lebensmittel im Wiener Stadtgebiet an verschiedenen Stellen an einem bestimmten Tag eingekauft und festgestellt, daß eine Hausfrau im Umkreis von zehn Minuten, wenn sie in jedem Geschäft nur die jeweils am preisgünstigsten angebotene Ware kauft, ungefähr ein Drittel der Kosten einsparen kann. So unterschiedlich ist die Preisgestaltung in den einzelnen Geschäften. In einem Fall hat man für die 70 Lebensmittel 680 Schilling bezahlt, in einem anderen 1.000 Schilling. Das Marktamt wird mit seiner Preisbeobachtungsstelle wesentlich mithelfen können, daß es auf dem Gebiet der Güterversorgung zu einem ehrlichen Spiel kommt, nämlich, daß für eine echte Leistung auch ein echter Preis gefordert wird.

Abschließend dankte GR. Jodlbauer allen Ausschußmitgliedern und allen Bediensteten dieser Geschäftsgruppe für ihre gute Arbeit. Die SPÖ-Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe X die Zustimmung geben.

Stadtrat Bauer (ÖVP) dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihre größtenteils sehr sachlichen Anregungen. Zu den verschiedenen Anfragen stellt er fest:

Die Kodexkommission hatte in ihrer Tätigkeit eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Bedauerlicherweise ist die Funktionsperiode der Mitglieder heuer abgelaufen; eine Reihe von Mitgliedern ist verstorben. Es wird sehr schwer sein, wieder so gute Fachkräfte für diese wichtige, aber unbezahlte Arbeit zu bekommen.

Für die Hygieneverordnung ist das Sozialministerium zuständig.

Die Marktplanung für den Großmarkt ist abgeschlossen. Es wird noch notwendig sein, einige Detailplanungen vorzunehmen und diese einer raschen Erledigung zuzuführen.

Zur Bemerkung, daß es im Ausland Schlachtstraßen gibt, ist zu sagen, daß auch wir an einer Schlachtstraße für Rinder bauen. Die Einbauten, die jetzt vorgenommen werden, müssen jedoch so erfolgen, daß sie dann auch im neuen Schlachthof verwendet werden können.

Daß auf Gemeindeliegenschaften wiederholt Schuttablagerungen vorgenommen werden, ist bedauerlich. Leider haben wir nicht

./.

ausreichend Personal, um diese Plätze überwachen zu lassen. Man versucht jedoch Interessenten zu finden, die diese Aufsicht übernehmen.

Zu den Brot- und Wurstproben: Die Brotproben werden schon sehr lange vorgenommen und es gibt kaum Beanstandungen. Bei der Wurst sind die Beanstandungen so zahlreich, weil von Haus aus gleich jene Wurst untersucht wird, die den Beamten als nicht einwandfrei erscheint.

Eine Lösung des Parkproblems beim Blumenmarkt wird in nächster Zeit erfolgen.

Wiederholt wurde auch von den Preisen und ihrem steten Steigen gesprochen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß nicht nur die Preise gestiegen sind, sondern auch die Löhne, ausgenommen sind vielleicht einige wenige Berufsgruppen.

So sind die Lebenshaltungskosten in Wien von 1953 auf 1959 um 14 Prozent gestiegen, der Netto-Wochenverdienst jedoch um 41.5 Prozent. Diese Zahlen hat Vizebürgermeister Slavik kürzlich genannt. Sie werden auch durch den Verbraucherpreisindex belegt.

Sicherlich gibt es auch große Preisunterschiede zwischen den verschiedenen Bezirken. Wo die Hausfrauen Wert auf besondere Qualität legen, wird die Ware eben teurer sein. Auch die größere Absatzmöglichkeit in einzelnen Bezirken wird sich vor allem bei den Gemüse- und Obstpreisen günstig bemerkbar machen, weil der Geschäftsmann größere Quantitäten und daher zu billigerem Preis einkaufen kann.

Mich wundert es, daß wir das Preisband so lange halten konnten. Aber jetzt beginnt die Tragödie: Im Ausland werden exorbitante Preise bezahlt. Das wirkt sich natürlich auf den Markt aus. Da muß man eben versuchen auf andere Fleischsorten auszuweichen.

Für die "Wiflag" sei er nicht verantwortlich, er möchte aber doch sagen, daß vor allem die Personalkosten sehr hoch waren.

Wenn Frau GR. Hirschler geklagt hat, daß man von dieser Verwaltungsgruppe so wenig hört: die beste Frau ist die, über die man wenig spricht! Handeln wir das auch für unsere Verwaltungsgruppe ab.

./.

Gelsenplage: Es geschieht schon etwas, aber es hat nicht sehr viel Wirkung. Das ist so ähnlich wie bei der Rattenbekämpfung.

Bei der Hauptallee wird man sicher einen Mittelweg finden, der zu einem Resultat führt.

Mit dem Christkindlmarkt war es ein Leidensweg. Man wird sehen, wie er sich jetzt auf dem Kalvarienberg macht.

Keine Restaurants und Gasthäuser: wie wollen Sie denn das machen? (GR. Peter, FPÖ: Verscheuern!) Das hat keinen Sinn. Bei einem Pächter können wir bei Unzukömmlichkeiten Einfluß nehmen, bei einem Besitzer nicht. (GR. Nesset, FPÖ: Was ist mit dem Bellevue?) Wer hätte es denn bauen sollen, ein Privater? Außerdem, Sie finden dort Preise, die Sie in einem Vorstadtgasthaus nicht haben. Die Mängel beim Service, das ist eine Personalfrage.

Tbc-verseuchtes Fleisch: Schauen Sie sich das Fleisch in der Freibank an. Sie werden sehen, was dort alles beschlagnahmt wird. Das Wiener Veterinäramt ist als eines der strengsten bekannt!

Er glaube nicht, daß die Markthalle in der Nußdorfer Straße ein Verkehrshindernis ist.

Besonders dankte Stadtrat Bauer GR. Jodlbauer für seinen Debattenbeitrag. Er war sehr erstaunt darüber, denn der Redner habe ihm eine Menge Arbeit abgenommen. (GR. Jodlbauer, SPÖ: Arbeitsteilung, Herr Stadtrat!)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende Ing. Lust unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltung) fortgesetzt (Referent: Stadtrat Rudolf Sigmund, SPÖ) und anschließend mit der Abstimmung über "Bilanz und Bedeckung" abgeschlossen. Damit wird der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1964 angenommen sein.

Am Donnerstag wird Stadtrat Schwaiger über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1964 referieren.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Orden für Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe

17. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat drei Bedienstete der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ausgezeichnet. Senatsrat Dipl.-Ing. Karl Schemel erhielt das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, Techn. Oberamtsrat Ing. Wilhelm Mützel erhielt das Silberne Ehrenzeichen und Betriebsoberinspektor Friedrich Sammer das Silberne Verdienstzeichen.

Bürgermeister Jonas überreichte den verdienten Beamten heute früh die hohen Auszeichnungen.

\- - -

Abschiedsfeier für Landesschulinspektor Hofrat Herrmann

17. Dezember (RK) Im Großen Sitzungssaal des Stadtschulratsgebäudes fand heute eine Abschiedsfeier für Landesschulinspektor Hofrat Ing. Bela Herrmann statt, der heuer in den Ruhestand tritt. Zahlreiche Festgäste, unter ihnen Vizebürgermeister Mandl, Ministerialrat Dr. Baschiera, Hofrat Dr. Zechner, Vizepräsident Regierungsrat Ullmann und die leitenden Beamten der Wiener Schulbehörde, waren erschienen.

Der Amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, NR. Dr. Neugebauer, würdigte in einer Ansprache die Verdienste des scheidenden Landesschulinspektors, der seit Ende des zweiten Weltkrieges am Aufbau des berufsbildenden Schulwesens maßgeblich mitwirkte. Präsident Dr. Neugebauer hob besonders die Leistungen des Hofrates auf pädagogischem Gebiet hervor und betonte, daß er es immer verstanden habe, alle Aufgaben in menschlich liebenswürdiger Weise zu lösen.

\- - -

Ein Informationszentrum für kommunale Finanzierungen

Heute Gründung im Wiener Rathaus - Bgm. Jonas zum Präsidenten gewählt

17. Dezember (RK) Im Wiener Rathaus wurde heute ein Informationazentrum für kommunale Finanzierungen (IKF) gegründet. Folgende Institutionen gehören ihm als gründende Mitglieder an: der Österreichische Städtebund, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die Wiener Städtische Versicherung, die Österreichische Kommunalkredit AG zur Aufschließung von Industriegelände und die Wiener Hypothekenanstalt. Das Kuratorium des Vereines setzt sich aus bedeutenden österreichischen Kommunalpolitikern zusammen, unter ihnen die Bürgermeister von Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Eisenstadt und Wr. Neustadt. Zum Präsidenten des Vereines wurde Bürgermeister Jonas gewählt.

Über Sinn und Zweck des Informationszentrums sprach Dr. Neubauer, der Generaldirektor der Zentralsparkasse. Wie er sagte, sei angesichts der großen und ständig wachsenden Aufgaben, die den Gemeinden in der modernen Gesellschaft zukommen, der kommunale Bedarf an Finanzierungsmitteln naturgemäß sehr hoch. Dies kommt unter anderem in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Investitionen der österreichischen Gemeinden in den letzten Jahren der Höhe nach nahezu das Volumen der Bundesinvestitionen erreicht haben.

Während die laufenden Ausgaben der Gemeinden im wesentlichen aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werden müssen, ist für die Finanzierung von kommunalen Einrichtungen, die in der Regel einen langfristigen Bestand darstellen, zum großen Teil die Heranziehung von Fremdmitteln erforderlich.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in vielen anderen Staaten, wo die Kreditgewährung an Gemeinden durch spezialisierte Institute vorgenommen wird, erfolgt die Bereitstellung von Fremdfinanzierungsmitteln zur Deckung des Kapitalbedarfs der Gemeinden in Österreich durch eine Vielzahl von Geldinstituten, wie Sparkassen, Hypothekenanstalten, Banken, Versicherungsgesellschaften etc. Infolgedessen besteht in Österreich auf dem Gebiet des Kommunalkredits eine gewisse Unübersichtlichkeit.

Die Aufgaben des Informationszentrums

Um auch in Österreich eine Koordinierung auf dem Gebiete des Kommunalkredits herbeizuführen, wurde nunmehr das Informationszentrum für kommunale Finanzierungen geschaffen, das die

./.

Probleme der kommunalen Finanzierung studieren und die Gemeinden in allen Belangen der Finanzierung beraten und unterstützen soll. Durch die Koordinierung der Kreditgeber soll eine bessere Versorgung der Städte und Gemeinden mit Kapitalmarktmitteln erreicht werden. Zu den wesentlichen Aufgaben des Informationszentrums zählt auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen und die Verbesserung der bisher angewandten Methoden der kommunalen Finanzierung. Zur Erreichung dieses Zweckes wird sich das Informationszentrum insbesondere folgenden Aufgaben widmen: Beratung und Betreuung der Gemeinden in Fragen der kommunalen Finanzierung, Erstattung von Berichten, Gutachten und Vorschlägen, Pflege der Verbindung zwischen Gemeinden und kommunalen Finanzierungsinstituten des In- und Auslandes, Herausgabe von Publikationen, sowie Abhaltung von Fachtagungen, Kongressen, Vorträgen und ähnlichen Veranstaltungen.

Die großen Financiers der österreichischen Gemeinden

Sehr interessant war auch die Mitteilung Dr. Neubauers, daß die österreichischen Sparkassen Ende 1962 nicht weniger als 1.930,000.000 Schilling Kredite an Gemeinden gegeben haben, wovon allein 60 Prozent von der Zentralsparkasse, der Kommunalkredit-AG und der Hypothekenanstalt stammen. Unter den Versicherungsanstalten ist die Wiener Städtische der bedeutendste Financier österreichischer Gemeinden.

Die Entschuldigung der Gemeinden

Der Wiener städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik, der zum Geschäftsführenden Vizepräsidenten des Vereines gewählt wurde, bezeichnete die Entschuldung der Gemeinden als eine weitere wichtige Aufgabe. Die Gemeinden sind durch das Gesetz zu verschiedenen Zusatzfinanzierungen verpflichtet, die sie nicht immer leisten können, wodurch sie in Schulden geraten. Verschuldete Gemeinden aber haben wieder keine Aussicht auf einen Kredit.

Bürgermeister Jonas gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Körperschaft ein wichtiges Instrument zum Nutzen der Gemeinden wird. Die Gemeindefunktionäre ersuchte er, daß sie sich soviel wie möglich mit kommunal-finanziellen Fragen beschäftigen. Relativ rasch sei aber im allgemeinen der Wechsel von Funktionären, die mit diesen Fragen befaßt sind. Nicht jeder kann auch sofort ein Fachmann sein. Die neue Institution müsse daher der ruhende Pol und jene Stelle werden, bei der sich die Gemeindefunktionäre Rat holen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 7.093, Polen 1.150, Rumänien 400, Ungarn 70. Gesamtauftrieb: 8.713. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 16.50 bis 16.70 S, 1. Qualität 15.80 bis 16.50 S, 2. Qualität 15 bis 15.80 S, 3. Qualität 14 bis 15 S, Zuchten extrem 13.70 bis 14 S, Zuchten 12.50 bis 13.60 S, Altschneider 11 bis 12 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 14 bis 15 S, Rumänien 14 bis 15.50 S, Ungarn 14 bis 14.60 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 67 Groschen und beträgt nunmehr 15.77 S. Für ausländische Schweine erhöhte sich der Durchschnittspreis um 37 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.60 S. In der Woche vom 7. bis 13. Dezember wurden 3.088 Schweine außer Markt bezogen.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon 6 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 56 Stück, als Nutztiere elf Stück verkauft, unverkauft blieben sechs Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 56, Oberösterreich 7, Burgenland 5, Steiermark 1, Kärnten 4.

Preise: Schlachttiere Fohlen 11.50 bis 13.80 S, Pferde extrem 8.50 S, 1. Qualität 7.20 bis 7.80 S, 2. Qualität 6.70 bis 7 S, 3. Qualität 6 bis 6.60 S, Nutztiere Pferde 6 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 168 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.40 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 30 Groschen und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um sieben Groschen je Kilogramm. Er beträgt: für Schlachtpferde 7.32 S, für Schlachtfohlen 13.20 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.36 S, für Pferde und Fohlen 7.77 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

2

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

18. Dezember (RK) Am heutigen elften und letzten Tag der Beratungen über das Budget der Hoheitsverwaltung im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ). Er führte aus:

"Im Voranschlag der Verwaltungsgruppe XI sind für das kommende Jahr Ausgaben von 409,796.000 Schilling vorgesehen. Das ist gegenüber dem Voranschlag 1963 eine Erhöhung von 47,337.200 Schilling. Für Grundtransaktionen ist ein Mehrbetrag von 35 Millionen Schilling vorgesehen, die Ausgabepost der Feuerwehr sieht eine Erhöhung von 10,627.000 Schilling vor.

Fast 100.000 Einbürgerungen

Die Agenden des Bevölkerungs- und Staatsbürgerschaftswesens sowie die Heimatrolle und die Standesämter sind in der Magistratsabteilung 61 zusammengefaßt. In den elf Monaten des heurigen Jahres wurden 53.362 Staatsbürgerschaftsnachweise, 1.316 Heimatrollenauszüge und 25.965 sonstige Bescheinigungen ausgestellt.

Von 1945 bis 30. November 1963 wurden in Wien 97.235 Einbürgerungsgesuche und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt. Waren es im Jahre 1961 1.100 Einbürgerungsfälle, so sank diese Zahl im Jahre 1962 auf 878 und in diesem Jahr weiter auf 658 Fälle, die positiv erledigt wurden, ab. Der Grund hierfür ist aber nicht allein der, daß die Zahl der Einbürgerungsgesuche ge-

./.

ringer geworden ist, sondern ist auch darin zu suchen, daß die Handhabung der Einbürgerungsvorschriften strenger geworden ist. Im heurigen Jahr wurde vom Bundesministerium für Inneres ein überarbeiteter Entwurf eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes zur Begutachtung ausgesendet. Er enthält wichtige Änderungen sowohl materieller als auch formalrechtlicher Natur. Den unmittelbaren Anlaß für die grundlegende Neugestaltung des Staatsbürgerschaftsrechtes gab die immer stärker werdende Notwendigkeit, anstelle der alten Heimatrolle eine neue Staatsbürgerschaftsevidenz aufzubauen. Der Gesetzentwurf bekennt sich zum Prinzip der Evidentführung nach einem festen Anhaltspunkt, und zwar dem Geburtsort. Jeder Staatsbürger soll in dem Bereich, in dem seine Geburt beurkundet ist, verzeichnet werden. Für alle anderen Personen, die im Ausland geboren sind oder deren Geburtsort unbekannt ist, soll die Stadt Wien diese Aufgabe übernehmen. Dieses Prinzip hat den Vorteil, daß im konkreten Falle die Evidenzstelle leicht zu finden ist. Außerdem mußte der Entwurf auf mehrere, auf dem Gebiete des Staatsbürgerschaftsrechtes ergangene internationale Abkommen Bedacht nehmen. Damit Österreich diesen Abkommen beitreten kann, ist es notwendig, daß das kommende neue Staatsbürgerschaftsgesetz den Bestimmungen dieser Abkommen vorher angepaßt wird. Es handelt sich um folgende Abkommen:

Die UN-Konvention von 1961, betreffend die Verminderung der Staatenlosigkeit,

die UN-Konvention von 1957 über die Staatsbürgerschaft verheirateter Frauen und

die Europarat-Konvention von 1963 über die Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit und damit mehrfacher Militärdienstverpflichtungen.

Zur ersten Konvention ist zu sagen, daß jenen Personen, die in Österreich geboren, aber staatenlos sind, ein Rechtsanspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft eingeräumt werden soll. Damit will Österreich seinen Beitrag an der Seite aller Kulturstaaten im Kampf gegen die Staatenlosigkeit leisten.

Durch die zweite Konvention, die im neuen Staatsbürgerschaftsgesetz Berücksichtigung findet, soll den Frauen auf dem Ge-

./.

biete der Staatsbürgerschaft die volle Selbständigkeit gebracht werden. Durch Verehelichung soll in Hinkunft die Staatsbürgerschaft weder erworben noch verloren werden. Der Gesetzentwurf sieht jedoch für Frauen fremder Staatsbürgerschaft, die im Inland einen Österreicher heiraten, die Erwerbung der Staatsbürgerschaft durch einfache Erklärung vor. Die Frau folgt auch bei Einbürgerung des Ehemannes nicht mehr zwingend im Erwerb der Staatsbürgerschaft, wie es das derzeitige Gesetz vorschreibt, sondern nur dann, wenn sie dies ausdrücklich beantragt und die Ehe aufrecht besteht. Erstmalig auf dem Gebiete des Staatsbürgerschaftsrechtes sieht der Entwurf des neuen Gesetzes auch den Verzicht auf die österreichische Staatsbürgerschaft vor, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß eine Person neben der österreichischen Staatsbürgerschaft eine zweite oder mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt und weitere, im Entwurf angeführte Voraussetzungen, erfüllt. Der Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung dürfte, von kleineren Änderungen und Ergänzungen abgesehen, aller Voraussicht nach Gesetz werden. Das Gesetz wird der Magistratsabteilung 61 durch die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz sehr viel Arbeit bringen. Aus diesem Grunde wurden in diesem Jahr bereits alle in der Heimatrolle bestehenden Evidenzbehelfe zusammengelegt und vereinheitlicht, um so den kommenden Arbeitsbelastungen besser gerecht werden zu können.

Und nun noch ein Problem, das uns viel Kopfzerbrechen bereitet hat: Nach dem derzeit in Geltung stehenden Gesetz verliert die Staatsbürgerschaft, wer freiwillig in den öffentlichen Dienst oder Militärdienst eines fremden Staates tritt. Diese Vorschrift wird, was den Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates anlangt, den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht und bedeutet im Einzelfall eine unbillige Härte. Denn nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes führt auch eine untergeordnete Tätigkeit, zum Beispiel als Stenotypistin oder sogar als Amtsgehilfe bei einer fremden Behörde, oder auch nur eine aushilfsweise Beschäftigung, zum Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft.

./.

In Hinkunft soll, vom Militärdienst abgesehen, der freiwillige Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates nicht mehr den Verlust der Staatsbürgerschaft zur Folge haben. Zur Vermeidung von unbilligen Härten soll Personen, die nach dem bisher geltenden Staatsbürgerschaftsgesetz die Staatsbürgerschaft durch den freiwilligen Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates verloren haben, unter bestimmten Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft eingeräumt werden. Diese Vorschrift wurde über Anregung des Amtes der Wiener Landesregierung im Entwurf aufgenommen.

Seit 1955 ist die Arbeitsbelastung der Wiener Standesämter im steten Ansteigen begriffen, ohne daß eine Personalvermehrung eingetreten ist. So stiegen die Eheschließungen um 12.7 Prozent, die Geburten um 65.8 Prozent und die Sterbefälle um 9.9 Prozent.

Wählerevidenz auf Lochkarten

Die Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Die im Jahre 1961 begonnene Umstellung der Wählerevidenz auf Lochkarten konnte in diesem Jahr nahezu zum Abschluß gebracht werden. Es ist damit zu rechnen, daß in den ersten Monaten des kommenden Jahres diese Arbeit abgeschlossen sein wird, sodaß bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im Herbst 1964 das Wählerverzeichnis bereits zur Gänze auf maschinellem Wege hergestellt werden kann. Die bei den vergangenen Wahlen immer notwendig gewesene eigene Schreibstelle mit Hunderten von Schreibkräften wird damit entfallen können, sodaß durch die mechanische Herstellung des Wählerverzeichnisses eine bedeutende Einsparung an Personal erzielt werden kann. Für die Durchführung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im kommenden Jahr ist eine Änderung der Gemeindewahlordnung 1959 erforderlich, um das Gesetz der Rechtslage nach dem Wählerevidenzgesetz anzupassen. Ein Entwurf für eine solche Novelle, der auch eine Reihe von anderen Abänderungsvorschlägen enthält, wurde zur Begutachtung versendet. Die grundsätzlichen Bestimmungen dieses Gesetzes sollen jedoch keine Änderungen erfahren.

./.

Auf dem Gebiete des Polizeiwesens ist die Magistratsabteilung 62 unter anderem in Vereinsangelegenheiten tätig. Derzeit sind in Wien 7.728 Vereine gegenüber 8.375 Vereinen im Jahre 1962 gemeldet. So wie in früheren Jahren entfällt der größte Teil davon mit 1.651 Vereinen auf Sparvereine. Doch ist hier ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, da noch im Vorjahr 2.290 Sparvereine gezählt wurden. Daneben bestehen in Wien noch 1.241 Turn- und Sportvereine sowie 865 Vereine, die sich auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet betätigen.

Das Gewerberecht fällt in die Kompetenz der Magistratsabteilung 63. Die Gewerbeordnung aus dem Jahre 1859 ist seit ihrer Erlassung durch 50 Novellen und mehrere Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes abgeändert worden. Dazu kommt noch, daß das Gewerberecht schon längst nicht mehr in der Gewerbeordnung zusammengefaßt ist. Neben der Gewerbeordnung besteht nämlich eine Reihe von Gesetzen, zum Beispiel Ladenschlußgesetz und Güterbeförderungsgesetz, welche dieses Rechtsgebiet ergänzend regeln. Außerdem hat sich das Wirtschaftsleben, besonders im letzten Jahrzehnt, derart geändert, daß die gewerberechtlichen Vorschriften in vielen Belangen veraltet und der heutigen Wirtschaftslage nicht mehr angepaßt sind. Da über Einzelheiten des neuen Gewerberechtes noch beraten wird, kann darüber noch nichts gesagt werden. Ich kann aber jetzt schon mitteilen, daß die neue Gewerbeordnung vom Grundsatz der möglichsten Gewerbefreiheit beherrscht wird und Beschränkungen nur im Interesse der Allgemeinheit festgelegt werden sollen.

Im Gewerberegister der Stadt Wien sind alle Gewerberechte und Konzessionen der Vergangenheit und der Gegenwart festgehalten. Diese Unterlagen bilden für viele Selbständige die Voraussetzung zur Erlangung einer Selbständigenpension. So hat das Gewerberegister in den vergangenen zwölf Monaten allein 5.000 Rechtshilfeersuchen der Pensionsversicherungsanstalten, Finanzlandesdirektionen und Gerichten entsprochen. In der Zeit vom 1. Dezember 1962 bis 31. Oktober 1963 wurden 5.574 neue Berechtigungen im Gewerberegister verzeichnet. 6.949 Berechtigungen wurden gelöscht.

./.

Administrative Bauangelegenheit

Ich habe schon in meinen früheren Budgetberichten darauf hingewiesen, daß reine Rechtsabteilungen kaum das Interesse einer breiten Öffentlichkeit erwecken. Die Magistratsabteilung 64 ist eine solche Rechtsabteilung. Der Aufgabenbereich dieser Abteilung bringt es mit sich, daß der Aktenanfall weitgehend durch die allgemeine Wirtschaftslage bedingt ist. Die Stabilisierung in der Wirtschaft spiegelt sich daher auch im bisherigen Aktenanfall des Jahres 1963. In diesen Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß die enge Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt die Gewähr dafür bietet, daß die getroffenen Entscheidungen nicht nur rechtlich einwandfrei sondern auch zweckmäßig und der heutigen Wirtschaftslage entsprechend sind. Letztlich ist es diesen Umstand auch zu danken, daß der Verfassungsgerichtshof gerade im Jahre 1963 mehrere Entscheidungen getroffen hat, die die Gesetzmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit auf baurechtlichem Gebiet bestätigten.

Zivilrechts-Abteilung

Auch die Magistratsabteilung 65 ist eine reine Rechtsabteilung. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß im Jahre 1963 das Rückstellungsproblem bis auf einige Fälle abgeschlossen werden konnte. Insbesondere konnten auch die Rückstellungssachen der Sammelstelle A einschließlich des Problems der Rothschild-Gärten auf der Hohen Warte durch Vergleich beendet werden.

In zivilrechtlichen Angelegenheiten wird die Magistratsabteilung 65 von sämtlichen Abteilungen des Wiener Magistrates und der Bezirksämter befragt und um Stellungnahmen und Gutachten gebeten. Die Magistratsabteilung 66 - Statistisches Amt der Stadt Wien ist durch eine Reihe von Publikationen in die Öffentlichkeit getreten. Erlauben Sie mir, daß ich aus dem großen Zahlenmaterial, das von dieser Abteilung bearbeitet wird, nur einige wenige heraushebe. In der Zeit von November 1961 - Oktober 1962 wurden in Wien 19.434 Lebendgeborene gezählt. Für den gleichen Zeitraum des Jahres 1962/1963 konnten erfreulicherweise 20.166 ge-

./.

gezählt werden. Das bedeutet eine Steigerung von 3.8 Prozent. An Todesfällen wurden 1961/1962 26.362 und im Vergleichszeitraum 1962/1963 26120 registriert. Dies bedeutet eine Abnahme von 0.9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr konnte ein Wanderungsüberschuß von rund 3.200 Personen oder 15 Prozent gezählt werden. Auch der Fremdenverkehr zeigt in den statistischen Zahlen eine freundliche Tendenz für Wien. Im Jahre 1962 besuchten 566.892 Ausländer Wien, während 1963 597.392 Ausländer gezählt wurden. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 5.4 Prozent. Das größte Kontingent stellte wieder Westdeutschland, gefolgt von den USA. Aber auch aus den Oststaaten war eine wesentliche Steigerung von 78.000 auf 111.000 zu verzeichnen.

Und nun einige Worte zur Verkehrsentwicklung in Wien. Im Zeitraum von November 1961 bis Oktober 1962 wurden 241.758 Kraftfahrzeuge in Wien gezählt. Für den gleichen Zeitraum 1962/1963 konnte eine neuerliche Steigerung auf 257.103, das sind um 6.3 Prozent mehr, festgestellt werden. Die größte Steigerung haben wieder die Personenkraftwagen von rund 174.000 auf rund 191.000, das sind um 10.2 Prozent mehr, erfahren. Die rückläufige Tendenz bei den Motorrädern hält weiterhin an. So konnte ein Absinken von rund 4.000 Motorrädern oder 8.5 Prozent festgestellt werden. Trotz der zunehmenden Motorisierung konnte festgestellt werden, daß die Verkehrsunfälle von 14.975 auf 13.890, das ist eine Verringerung um 7.2 Prozent, abgesunken sind.

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden ist von 7.696 auf 7.102, auch hier eine Verringerung von 7.7 Prozent, abgesunken. Auch bei den tödlich Verletzten mußten wir weniger Menschenleben beklagen. Die Zahl der durch Verkehrsunfälle Verstorben ist von 196 auf 178, das ist eine Verringerung um 9.1 Prozent, abgesunken.

Grundkäufe

Für die mannigfaltigen Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung ist die Beschaffung und Ergänzung des erforderlichen Grundbesitzes von größter Bedeutung. Mit dieser Aufgabe ist die Magistratsabteilung 69 betraut. Unter den zahlreichen Grunderwerbungen, die in diesem Jahr abgeschlossen werden konnten, sind Grundkäufe in allen Stadtteilen Wiens zu finden. In den inneren Bezirken handelt es sich meist um den Kauf von Althäusern in schlechtem Bauzustand und um die Beseitigung von Verkehrshindernissen.

./.

In den äußeren Bezirken, wo noch weite Gebiete zu erschließen sind, erstrecken sich die Erwerbungen meist auf größere Grundflächen, die für spätere Bauprojekte bereitgestellt oder zur Erweiterung bestehender Bauvorhaben benötigt werden. Die Bemühungen zur Erwerbung der Althäuser in den bekannten Assanierungsgebieten Wiens, wie Reindorf-Grund, Lichtental usw., stoßen sehr oft auf ernste Schwierigkeiten wegen der sehr hohen Grund- und Freimachungskosten und führen daher nur schrittweise zu positiven Ergebnissen. Neben der im Vordergrund stehenden Grundbeschaffung für das Wohnbauprogramm der Stadt Wien werden Grundstücke für viele andere Zwecke der Stadtverwaltung erworben. Für Straßenregulierungen wurden in mehreren Bezirken Wiens Grundkäufe durchgeführt. Um den Neubau einer Schule im 21. Bezirk, Strebersdorf, auf einem 23.000 Quadratmeter großen Grundareal zu ermöglichen, wurden mit 18 verschiedenen Grundeigentümern bzw. Eigentümergruppen Erwerbsverhandlungen geführt. Diese Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, da fast alle Grundeigentümer Ersatzliegenschaften begehrten. Ungefähr 19.000 Quadratmeter konnten bisher freihändig erworben werden. Die vier restlichen Fälle werden allerdings trotz aller Bemühungen voraussichtlich nur mit Enteignung zu lösen sein. Ich kann Ihnen hier versichern, daß, bevor wir einen Enteignungsantrag stellen, wirklich alles versucht wurde, um im Verhandlungswege zu einem für beide Teile tragbaren Ergebnis zu kommen.

Weitere Grunderwerbungen erfolgten für Zwecke der Errichtung von Sport- und Spielplätzen, Kindergärten, öffentliche Gartenanlagen, für Wasserversorgungszwecke, für Friedhofserweiterungen und nicht zuletzt zur Sicherung des Wald- und Wiesengürtels.

Die im laufenden Jahr bisher getätigten Grundveräußerungen sind verschieden. In erster Linie handelt es sich um Veräußerungen stadteigener Grundstücke an industrielle und gewerbliche Betriebe, um diesen den Ausbau und die Erweiterung ihrer Betriebsstätten in Wien zu ermöglichen. Wenn im gemischten Industrie- und Wohngebiet ein Tischler bisher mittels eines Hobels das Holz bearbeitet und sich nunmehr der Technisierung unseres Zeitalters angepaßt hat und verschiedene Arbeitsvorgänge mittels Maschinen

./.

durchführt, so werden die Bewohner eines bisher friedlichen Hauses durch die entstehende Lärmquelle stark belästigt werden. Aus diesem Grund haben wir auch versucht, die Verlegung verschiedener kleinerer Betriebe durchzuführen.

Daneben wurden eine Anzahl kleinerer Grundtransaktionen zum Zwecke der Baureifgestaltung privater Liegenschaften durchgeführt. Wo ein Interesse der Stadt Wien vorlag, anläßlich einer Grunderwerbung auch einen Grund zu veräußern, wurden Kauf mit Verkauf gekoppelt oder Tauschverträge abgeschlossen. Insbesondere bei den Grundgeschäften mit der Republik Österreich kommt es immer wieder zu größeren, oft sogar sehr umfangreichen Grundtauschverträgen.

In der Zeit vom 1. Jänner bis November 1963 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Ausmaß von 1,4 Millionen Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 157 Millionen Schilling erworben. Veräußert wurden bisher 240.000 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 20 Millionen Schilling. Bei Besprechung der Grundangelegenheiten der Stadt Wien kann ich nicht umhin, immer wieder darauf hinzuweisen, wie die Stadt Wien durch das Fehlen eines geeigneten Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes durch unverschämt hohe Preisforderungen unter Druck gesetzt wird. Die Kenntnis von einer beabsichtigten Baumaßnahme der Stadt Wien in einem bestimmten Gebiet genügt schon, um die Preise wesentlich zu erhöhen. Es bedarf oft unerhört zäher und langwieriger Verhandlungen, um die Preise auf ein gegenüber der Öffentlichkeit vertretbares Niveau zurückzuführen.

Rigoroser Führerscheinentzug bei Alkoholisierung

Die Magistratsabteilung 70 umfaßt die verkehrsrechtlichen Angelegenheiten und besorgt die Agenden des Kraftfahrrechtes, der Kraftfahrlinien und der Straßenbahnaufsicht. Im heurigen Jahr wurden die Arbeiten an dem Entwurf des neuen Kraftfahrgesetzes abgeschlossen. Das Kraftfahrgesetz ist als Regierungsvorlage bereits im Parlament eingebracht worden. Die Magistratsabteilung 70 hat zu diesem Entwurf die Stellungnahme der Stadt Wien und die von der Stadt Wien vertretenen Anträge eingebracht und gestellt. Die Magistratsabteilung 70 ist auch Berufungsbehörde bei Führerscheinentziehungen.

./.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß wir in Fällen, in denen der Führerschein auf Grund von Alkoholisierung entzogen wurde, rigoros vorgehen und die im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten voll ausschöpfen, um derart gewissenlose Kraftfahrer vom Verkehr fernzuhalten.

Feuerwehr: 7.707mal Alarm

Und nun zur Feuerwehr der Stadt Wien. Die Feuerwehr wird als einzige Abteilung meiner Geschäftsgruppe betriebsmäßig verrechnet. Der Voranschlagsentwurf der Feuerwehr für das Jahr 1964 rechnet mit Einnahmen in der Höhe von 1,195.000 Schilling und sieht Ausgaben in der Höhe von 112,932.100 Schilling vor. Von den Ausgaben entfallen 90,810.800 Schilling oder 81 Prozent auf den Personalaufwand, 11,371.300 Schilling oder neun Prozent auf den laufenden Sachaufwand, 7,250.000 Schilling oder sieben Prozent auf bauliche Herstellungen und 3,500.000 Schilling oder drei Prozent auf Inventaranschaffungen.

Derzeit verfügt die Feuerwehr über einen Personalstand von 1.281 Offizieren und Mannschaften. Im Februar dieses Jahres, der durch seinen Schneereichtum noch in aller Erinnerung ist, mußte die Feuerwehr 605mal ausrücken, um Gefährdungen durch Schneewächten, Dachlawinen, Eiszapfen sowie Wasserschäden und Rohrbrüche zu beseitigen. In den Monaten Jänner bis März betrug die Zahl der technischen Hilfeleistungen wegen des strengen Winters das Dreifache des normalen Ausmaßes im vergleichbaren Zeitraum anderer Jahre.

Zu Bränden mußte die Feuerwehr in diesem Jahr 1.737mal (1.944mal im Vorjahr) ausrücken. Auch die Rauchfangfeuer gingen von 92 auf 77 zurück, während die technischen und sonstigen Hilfeleistungen von 3.792 auf 5.455 angestiegen sind, sodaß die Summe der Alarmfälle von 6.194 im Vorjahr auf 7.707 in diesem Jahr angestiegen ist. Daraus ist ersichtlich, daß unsere Feuerwehr zu einem unentbehrlichen Helfer für die gesamte Bevölkerung unserer Stadt geworden ist.

Durch die stetig ansteigende Motorisierung war es notwendig, die Standorte der Feuerwachen einer Überprüfung zu unterziehen und diese erforderlichenfalls - soweit die Bereitstellung geeigneter

./.

Grundstücke möglich ist - auf taktisch und verkehrstechnisch günstiger gelegenen Standorten vorzusehen. Im engeren Stadtgebiet sollen daher nach Möglichkeit die Gruppenwacher - das sind die nur mit einer Löschgruppe besetzten Feuerwacher -, soweit sie verkehrsmäßig ungünstig oder zu nahe aneinander gelgen sind, aufgelassen und durch Zugwachen - das sind die mit zwei Löschgruppen (= ein Löschzug) besetzten Feuerwachen - ersetzt werden. Zugwachen sind durch die stärkere Wachebesatzung auch vom Standpunkt des Übungs- und Ausbildungsdienstes vorzuziehen.

Neue Feuerwachen

Bisher sind folgende Standortveränderungen von Feuerwachen erfolgt:

1961: Die Gruppenwache Breitensee wurde aufgelassen und die Besatzung in die nahegelegene Feuerwache Penzing gelegt, die seither als Zugwache im Dienst steht. Die Gruppenwache Margareten wurde aufgelassen und die Besatzung zur Verstärkung der Hauptfeuerwache Favoriten, der als Ausbildungswache für den Branddienst besondere Bedeutung zukommt, verwendet.

1962: Die Gruppenwache Währing wurde aufgelassen und die Besatzung in die Hauptfeuerwache Hernals gelegt, die zur Ausbildung im technischen Hilfsdienst dient. Nach Fertigstellung des Neubaues der Feuerwache Rudolfshügel im 10. Bezirk Stefan Fadinger-Platz 37, wurde die zum Abbruch bestimmte alte Gruppenwache Rudolfshügel aufgelassen und die Besatzung in die neue Gruppenwache gelegt. Gleichzeitig erfolgte die Auflassung der Gruppenwache Wienerberg, deren Besatzung zur Verstärkung der Hauptfeuerwache Mariahilf herangezogen wurde. Die Feuerwache Wienerberg wurde nach den notwendigen Umbauarbeiten als Stützpunkt der Rettung in Betrieb genommen.

1963: Nach Fertigstellung des Neubaues der Feuerwache Donaustadt in Wien 22, Erzherzog Karl-Straße 170, die als Zugwache im Dienst steht, wurden die Gruppenwachen Stadlau und Aspern aufgelassen und die Besatzungen in die neue Zugwache gelegt, der als besondere Aufgabe der erste Löschangriff bei einem Brand im Ölhafen Lobau zukommt.

Für die nächsten Jahre sind folgende Projekte in Vorbereitung:

./.

Der Neubau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt in der Engerthstraße wurde heuer begonnen. Die neue Hauptfeuerwache wird die bisherige unzulängliche Hauptfeuerwache Leopoldstadt in der Lassallestraße und die Feuerwache Prater ersetzen. Die neue Hauptfeuerwache wird besondere Aufgaben im Wasser- und Taucherdienst sowie im Brandschutz des Messegeländes und des Mineralölgeländes zu erfüllen haben.

Im Jahr 1964 ist der Beginn des Neubaues der Feuerwache Liesing vorgesehen. Die Zugwache Liesing ist derzeit in dem alten Gerätehaus der ehemaligen Freiwilligen Feuerwehr Liesing, unzulänglich und räumlich beschränkt, untergebracht. Die Beseitigung dieses Zustandes ist in Hinblick auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Brandschutzes für das Liesinger Industriegebiet erforderlich.

In Planung ist weiters der Neubau der Feuerwache Simmering in einen verkehrstechnisch günstig gelegenen Standort. Auch diese Feuerwache ist als Zugwache geplant und soll als Ersatz für die aufzulassenden derzeitigen Gruppenwachen Simmering und Kaiser-Ebersdorf dienen.

Schließlich sind noch die Planungsarbeiten für den Neubau der Feuerwachen Landstraße und Dornbach in Aussicht genommen.

Durch die Einführung einer neuen Ausrückordnung konnte eine entscheidende Verbesserung der Schlagkraft der Feuerwehr erzielt werden. Die Bestimmungen der Ausrückordnung wurden den aus der Statistik gewonnenen Erfahrungen angepaßt, vor allem wurde durch die Einführung von Alarmstufen der Einsatzwert der Feuerwehrkräfte bedeutend erhöht. Bei mehreren größeren Bränden bzw. Bränden, die Großbrände hätten werden können, hat sich die Einführung der Alarmstufen bereits äußerst nützlich erwiesen, so zum Beispiel bei dem Brand im Lagerhaus am Handelskai und bei dem Großbrand einer Lackfabrik in Atzgersdorf.

Die Feuerwehr gibt zur Baugenehmigung von Hochhäusern nur dann ihre Zustimmung, wenn die persönliche Sicherheit der Insassen gewährleistet erscheint. Bei der Beurteilung der persönlichen Sicherheit ist insbesondere auf das Vorhandensein ausreichender Fluchtwege Rücksicht zunehmen. Die Ausführung darf nur in Massivbauweise erfolgen und alle 40 Meter sind Brandmauern anzuordnen.

./.

Die durch die Brandmauern gebildeten Brandabschnitte dürfen eine Grundfläche von 500 Quadratmeter nicht übersteigen. Von jedem Raum eines jeden Geschosses müssen Fluchtwege über mindestens zwei voneinander unabhängige Stiegenhäuser vorhanden sein. Die Stiegenhäuser sind feuerbeständig auszuführen und außerdem muß jeder Brandabschnitt ein eigenes gesichertes Stiegenhaus haben.

Industrieanlagen, die der Verarbeitung leicht brennbarer oder explosionsgefährlicher Materialien dienen oder größere Mengen solcher Materialien lagern, bedürfen - soweit sie innerhalb von Wohngebieten gelegen sind - einer besonderen Betreuung. Bei der Genehmigung solcher Anlagen müssen die Erfahrungen, die von den Brandsachverständigen bei der Bekämpfung von Bränden in derartigen Betrieben gewonnen wurden, anläßlich der Vorschreibung der Betriebsbedingungen weitgehend berücksichtigt werden, wobei auf die Möglichkeit einer Gefährdung der Umgebung im Falle eines Brandausbruches besonders Bedacht zu nehmen ist. Der Frage der Kosten, die dem Unternehmen durch die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen erwachsen, kann dabei nur eine untergeordnete Bedeutung zukommen. Die Einhaltung der Bedingungen wird durch periodische Betriebsüberprüfungen überwacht. Wir müssen daher von der Planung fordern, daß bei Projektierung und Neubau brandgefährdeten Industrieanlagen diese grundsätzlich am Stadtrand und in erforderlichem Abstand von Wohn- und Siedlungsgebieten erfolgt. Ich darf dabei auf den vor wenigen Tagen stattgefundenen Brand in einer Lackfabrik in Atzgersdorf hinweisen. Dadurch, daß die Lackfabrik vollkommen isoliert auf freiem Gelände steht, wäre auch bei noch stärkerer Brandausbreitung oder bei heftigem Wind die Umgebung nicht gefährdet gewesen.

Die automatischen Verkehrslichtsignalanlagen bilden durch den erzwungenen Aufenthalt an Kreuzungen bei Rotlicht eine empfindliche Behinderung der Feuerwehrfahrzeuge - ebenso wie der anderen bevorrechteten Fahrzeuge - auf der Fahrt zum Einsatzort. Auch in schwachen Verkehrszeiten kann den Fahrern nicht zugemutet werden, die Kreuzungen bei Rotlicht zu übersetzen, da sie bei einem daraus entstehenden Verkehrsunfall straffällig wären.

./.

Nach dem gegenwärtigen Stand der technischen Verkehrseinrichtungen ist eine Änderung dieses Zustandes nicht möglich. Zurzeit sind im Ausland Versuche mit elektronisch gesteuerten Verkehrssignalen im Gange, die die Verkehrsregelung für ein ganzes Stadtgebiet selbsttätig und in Anpassung an die jeweilige Verkehrslage vornehmen. Es soll dadurch auch möglich sein, bevorrechtete Verkehrsteilnehmer bevorzugt zu behandeln. Wir werden diese Versuche aufmerksam verfolgen und bei Vorliegen konkreter und in der Praxis geprüfter Unterlagen feststellen, ob diese neuen Verkehrsanlagen für Wien geeignet sind.

Präsidialbüro, Pressestelle, Stenografenbüro

Und nun zum Präsidialbüro. Über Anregung des Bürgermeisters wurde heuer erstmalig der Versuch unternommen, in den Sommermonaten eine Informationsschau zu errichten und die Volkshalle des Wiener Rathauses für die Bevölkerung und für den Fremdenverkehr dienstbar zu machen. An Hand von Fotomontagen, Wandtafeln, Statistiken, Modellen usw. wurde versucht, die Besucher über die verschiedensten Probleme der Stadtverwaltung zu informieren. Während der Informationsschau wurden laufend Kurzfilme und Diapositive über Wien gezeigt und so die Probleme anschaulich gestaltet. Ausländische Besucher wurden durch eine sprachkundige Hostess über alle einschlägigen Fragen informiert und erhielten außerdem noch Broschüren über Wien. Daß der Versuch mehr als gelungen ist, beweist die Besucherzahl von rund 25.000 Personen, davon waren mehr als die Hälfte Ausländer. Die Besucherzahl bestätigt, daß sich diese Einrichtung bewährt hat und auch in Zukunft weitergeführt werden soll. Im Zusammenhang damit darf ich darauf verweisen, daß die Informationsschau ohne Aufwendung besonderer Mittel und nur mit bereits bei der Stadt Wien vorhandenem Ausstellungsmaterial durchgeführt wurde.

Im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen" machten 1963 rund 30.000 Jugendliche eine Rundfahrt durch das neue Wien. Der 200.000. Teilnehmer dieser Aktion, ein Linzer Schüler, wurde am 28. November im Rathaus begrüßt.

An zwölf verdiente Personen wurde die Ehrenmedaille in Gold, an zwei die Ehrenmedaille in Silber verliehen.

./.

Die Preise der Stadt Wien wurden an neun Personen überreicht. Drei verdienstvolle Künstler erhielten die Josef Kainz-Medaille. 138 Personen wurde das Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr und Rettungswesen überreicht.

Bis heute wurden drei Steinerne, sieben Eiserne, 71 Diamantene und 909 Goldene Hochzeiter, insgesamt 990 Jubelpaare geehrt. Unter ihnen befand sich das 16.000. Jubelpaar, das seit 1945 geehrt wurde. Aus Anlaß von Kongressen und internationalen Tagungen fanden im Wiener Rathaus 154 Empfänge statt, an denen 27.000 Personen teilnahmen, davon rund 17.000 Ausländer.

Für das kommende Jahr hat die Pressestelle Einnahmen in der Höhe von 2,880.000 Schilling und Ausgaben von 3,024.800 Schilling eingesetzt. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint wie bisher dreimal täglich, das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal, mit durchschnittlich 20 Seiten pro Nummer, das sind 104 Nummern im Jahr. Die Auflage wird für das kommende Jahr mit durchschnittlich 4.750 Stück angenommen. Die Auflage des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.350 Stück angenommen. Er erscheint in Abständen von sechs Wochen. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird 1964 so wie bisher seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 56, zumeist an amtlichen Dienststellen angebrachten Bilderkästen mit aktuellen Fotos versorgen. Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.900 Stück. Sein Umfang läßt sich vorher nicht bestimmen, weil er von der Zahl der im kommenden Jahr zu beschließenden Gesetze abhängt.

Und nun noch einige Worte über unsere fleißigen Stenografen. Das Stenografenbüro hatte in den letzten zwölf Monaten sieben Landtagssitzungen und neun Gemeinderatssitzungen mit zusammen 110 Stunden Dauer stenografisch aufzunehmen. Das Schwergewicht lag dabei auf der Ausarbeitung der Protokolle der Budgetdebatte. Außerdem hat das Stenografenbüro im abgelaufenen Jahr zahlreiche Sonderaufnahmen besorgt.

Zivilschutz

Aus dem Arbeitsbereich des Zivilschutzes habe ich Ihnen zu berichten, daß im Lauf des Verwaltungsjahres 1963 auf dem behördlichen Organisations-Sektor in den von den beteiligten Bundes-

./.

ministerien eingerichteten Arbeitsausschüssen brauchbare und gute Planungs- und Vorbereitungsarbeiten geleistet wurden. Hier wurden gemeinsam mit den beauftragten Beamten der einzelnen Bundesländer grundlegende Probleme und Maßnahmen erörtert, geklärt und koordiniert, die aus Sicherheitsgründen für die gesamte Bevölkerung notwendig werden könnten.

In Wien ist der behördliche Organisationssektor so gedacht, daß in einem, unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes beziehungsweise des Amtsführenden Ressortstadtrates tätigen Arbeitsausschuß, dem Vertreter der Landesamtsdirektion und der in Frage kommenden Magistratsabteilungen auf Landesebene und der Magistratischen Bezirksämter auf Bezirksebene angehören, alle notwendigen organisatorischen und sonstigen Maßnahmen getroffen werden sollen.

Das Bundesministerium für Inneres war bemüht, durch Einrichtung und Abhaltung von Kursen geeignete Fachkräfte auf den verschiedenen Fachgebieten des Zivilschutzes heranzubilden. Diese Kurse werden im Jahr 1964 fortgesetzt werden. An insgesamt 36 Kursen dieser Art haben im Land Wien bisher 117 Personen teilgenommen. Ich selbst habe den Allgemeinen Informationskurs besucht. Die Absolventen dieser Kurse bilden einen gewissen Grundstock jener Kräfte, die nötigenfalls zur Erfüllung von Zivilschutz-Aufgaben tätig sein könnten.

Wiener Landesverband für Zivilschutz gegründet

Neben den behördlichen Arbeiten fallen aber auch Arbeiten an, zu deren Durchführung auch private Kreise herangezogen werden müssen. In Österreich ist für diese Zwecke der private, auf Vereinsbasis fungierende Zivilschutz-(Bundes-)Verband tätig. Landesverbände dieses Bundesverbandes wurden bisher in allen Bundesländern, mit Ausnahme Wiens, errichtet. Aber auch wir Wiener haben diesbezüglich nicht die Hände in den Schoß gelegt. Wie Sie wissen, habe ich alle Mitglieder der Wiener Bezirksvertretungen, vor allem aber die Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter ersucht, im Aufgabengebiet des privaten Zivilschutzes, somit auch als vereinsmäßige Einrichtung, zu fungieren. Zur Unterstützung meines Ersuchens habe ich in jedem Wiener Bezirk einen erläuternden Vortrag über die Grundgedanken des Zivilschutzes und den Aufgabenkreis, den die privaten Zivilschutzeinrichtungen zu besorgen haben werden, gehalten. In erster Linie wird dem privaten Zivilschutz das Gebiet der Aufklärung der Bevölkerung durch Veranstaltung von Vorträgen (Radio, Presse usw.) obliegen.

./.

Er wird auch an der Beratung zur Durchführung der notwendigen Schulung von Zivilschutz-Mitarbeitern wesentlichen Anteil haben.

Nunmehr haben sämtliche Wiener Bezirksvertretungen (der letzte Bezirk am 27. November d.J.) ihre Bereitwilligkeit, auf dem vereinsmäßigen Sektor mitzutun, zum Ausdruck gebracht. Es konnte daher schon am nächsten Tag, am 28. November, die gründende Versammlung des Landesverbandes Wien, einberufen von einem Proponentenkommitee, dem Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Lakowitsch und ich angehörten, abgehalten werden. Die Landesverbands-Statuten wurden am 3. Dezember laufenden Jahres der Vereinsbehörde übergeben.

Mit der nunmehr erfüllten Bitte an die Mitglieder der Bezirksvertretungen, diesen vereinsmäßigen Aufgabenkreis zu übernehmen, hoffe ich auch, eine gewisse, immerhin zu befürchtende übertriebene Vereinstätigkeit privater Personen ausgeschlossen zu haben. Nach meiner Meinung, sind die Damen und Herren der Bezirksvertretungen, die die Nöte und Sorgen der Bevölkerung sehr gut kennen und mit ihr in dauerndem Kontakt stehen, am besten und ehesten in der Lage, richtig und zweckmäßig wirken zu können.

Wir alle hoffen, daß wir die gesamte Einrichtung des Zivilschutzes, der natürlich auch in Katastrophenfällen des täglichen Lebens herangezogen werden kann, nicht brauchen werden. Andererseits muß aber eine entsprechende Vorsorge getroffen werden, damit den Verantwortlichen und damit uns allen nicht etwa der Vorwurf einer Unterlassung auf diesem Gebiet gemacht werden kann.

Ich darf noch erwähnen, daß die Einstellung der Wiener Bevölkerung zum Grundgedanken des Zivilschutzes sich schon etwas zum Besseren gewendet hat. Haben wir noch bis vor nicht allzu langer Zeit bei ziemlich allen Schichten der Bevölkerung mangelndes Interesse feststellen müssen, so haben wir doch im Laufe der Zeit gesehen, daß der Grundgedanke des Zivilschutzes vom größeren Teil der Bevölerung nunmehr schon etwas positiver aufgefaßt wird. Ohne die Bevölkerung beunruhigen zu wollen - dazu liegt kein Grund vor - kann ich nochmals betonen: Die Notwendigkeit eines brauchbaren Zivilschutzes ist nicht mehr von der Hand zu weisen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

18. Dezember (RK) Wie bereits in den vergangenen Jahren werden auch heuer von der Gemeinde Wien in einigen Bezirken am 24. und 31. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen gehalten werden. Sie sind auch allen jenen frei zugänglich, die sonst nicht zu ihren Besuchern gehören.

Der Sinn dieser Aktion ist, den einsamen und alleinstehenden Mitbewohnern unserer Stadt gerade an jenen Tagen, an denen sie sich besonders verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, der Einsamkeit zu entfliehen und sie wissen zu lassen, daß sie in der Gemeinschaft unserer Stadt geboren sind.

Am Heiligen Abend werden die Pensionistenklubs 13, Wolkersbergenstraße 170 (von 16 bis 20 Uhr), 15, Staglgasse 3-5 (von 16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (von 16 bis 20 Uhr), 22, Erzherzog Karl-Straße 65 (von 16 bis 20 Uhr), 23, Liesing, Breitenfurter Straße 358 (von 16 bis 20 Uhr);

und zu Silvester die Pensionistenklubs 7, Kaiserstraße 38 (von 15 bis 19 Uhr), 7, Zieglergasse 18 (von 15 bis 19 Uhr), 15, Staglgasse 3-5 (von 16 bis 20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (von 16 bis 20 Uhr), 23, Liesing, Breitenfurter Straße 358 (von 16 bis 20 Uhr), offen sein.

\- - -

Gesperrt bis 18 Uhr:

14. Verleihung von Förderungsbeiträgen aus dem Kunstfonds

18. Dezember (RK) Heute abend fand im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Alten Rathaus die 14. Verleihung von Förderungsbeiträgen aus dem Wiener Kunstfonds statt. 21 Künstler erhielten Förderungsbeiträge von insgesamt 201.000 Schilling. Diese 21 Künstler wurden aus 48 Ansuchen ausgewählt.

Bisher hat der Wiener Kunstfonds 13 Verleihungen durchgeführt, bei denen an 261 Künstler 1,987.400 Schilling übergeben wurden. Bei der heutigen Feier begrüßte Generaldirektor Dr. Neubauer die Festgäste. Dann wurden die Empfänger der Förderungsbeiträge vorgestellt und Vizebürgermeister Mandl überreichte die Urkunden.

Folgende Künstler wurden ausgezeichnet: Bildende Kunst: Othmar Jarmer, Bildhauer; Franz Katzgraber, Restaurator-Bildhauer; Gabriele Waldert, Bildhauerin; Maria Plachky, Gobelinstickerin. - Darstellende Kunst: Peter Geiger, Schauspielschüler; Elisabeth Bezdek, Schauspielschülerin; Ingrid Krumbein, Schauspielschülerin. - Literatur: Kurt Klinger, Schriftsteller; Gertrude Rakovsky, Schriftstellerin; Friederike Mayröcker, Schriftstellerin; Edeltraud Steinwender, Schriftstellerin. - Musik: Ingrid Pischtiak, Sängerin; Hans Carda, Pianist; Herbert Tachezi, Komponist; Masumi Kurosawa, Geiger; Florisa Anahit-Muratyan, Sängerin; Bojidar Dimov, Komponist; Ivan Eröd, Komponist; Kurt Schwertsik, Komponist; Dr. Karl Müllner, Sänger; Anna Marie Galardy, Sängerin.

\- - -

Fortsetzung der Schneeräumung

18. Dezember (RK) Heute nacht wurden von der Stadtreinigung wichtige Straßenkreuzungen vom Schnee befreit und die Schneeabfuhr in engen Straßen des 7. Bezirkes durchgeführt. Es arbeiteten vier Schneelademaschinen, 15 Lastwagen und 412 Mann. Mit 44 Schneepflügen wurde außerdem an der Verbreiterung der Hauptfahrbahnen gearbeitet.

Heute früh standen 844 Mann der Stadtreinigung und 1.244 aufgenommene Schneearbeiter sowie 84 Mann der Straßenbauabteiluhg, die ihre freien Arbeitspartien zur Verfügung gestellt hatte, im Einsatz. Sie wurden unterstützt von 16 Schneeladegeräten, 151 Lastkraftwagen für die Schneeabfuhr und 80 Schneepflügen.

Die Verkehrsbetriebe führten noch in der Nacht mit allen verfügbaren Geräten, 795 aufgenommenen und 450 eigenen Bediensteten eine Hauptreinigung durch.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

18. Dezember (RK) GR. Dr. Habl (ÖVP) wirft die Frage auf, ob wir der Doppelstellung Wiens als Land und Gemeinde Rechnung tragen. Heute werden die Budgetberatungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien abgeschlossen, aber es fehlt ein Budget für das Bundesland Wien. Der Redner beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit der Verfassung der Stadt Wien, die seit dem Jahre 1928 als die letzte Verlautbarung erfolgte, vielfach geändert wurde. Heute gibt es jedoch keine authentische Verlautbarung. Der Redner erinnert daher an den Vorschlag der ÖVP, die Verfassung, die derzeit eine Reihe von Flüchtigkeitsfehlern und undemokratischen Bestimmungen enthalte, zu novellieren und wieder zu verlautbaren.

Der Redner stellt fest, daß die Kompetenzverteilung in Wien im Gegensatz zu der in der Bundesverfassung vorgesehenen steht. Wien sollte als Bundesland über ein eigenes Budget verfügen und nicht vom Gemeindebudget abhängig sein. Die niedrigere Körperschaft dürfte nicht Regelungen für höherrangige zu treffen haben.

Abschließend stellt der Redner fest, daß im daran gelegen war, aufzuzeigen, daß es echte Mängel und Widersprüche in der Verfassung der Bundeshauptstadt gibt. Wenn wir unsere Stadt lieben und auf sie stolz sein wollen, dann müssen wir auch ihr rechtliches Fundament in Ordnung bringen und es von Schönheitsfehlern befreien.

Der hundertste Debattenredner

Der Vorsitzende, Gemeinderat Marek (SPÖ), unterbricht hierauf die Sitzung. Er stellt fest, daß der folgende Debattenredner, GR. Nimmerrichter (SPÖ), der hundertste in den gegenwärtigen Budgetberatungen ist. Stadtrat Sigmund überreicht unter allgemeinem Beifall dem Jubilar ein statistisches Werk und Blumen.

Er stellt fest, daß es ihn besonders freut, wenn er schon selber kein Jubiläum als Referent feiern kann, wenigstens zu einem Jubiläum gratulieren zu dürfen.

./.

GR. Nimmerrichter nimmt nach Dankesworten zur Geschäftsgruppe XI Stellung. Er verweist auf die großen Schwierigkeiten der Magistratsabteilung 69 beim Erwerb mancher Grundstücke. So ist es zum Beispiel der Gemeinde Wien in Strebersdorf zwar geluhgen, von 14 Besitzern Grundflächen für die Errichtung einer Schule zu erwerben. Vier Grundbesitzer, die zusammen 4.000 Quadratmeter Grund besitzen, machen jedoch Schwierigkeiten. Es muß daher das Enteignungsverfahren eingeleitet werden, eine langwierige Angelegenheit, und der Baubeginn wird daher wesentlich verzögert. Ähnliche Vorfälle gibt es im Lichtental. Zur Auflockerung des Gebietes im Rahmen der Assanierung wurde die Schaffung eines Parkes beschlossen, und zwar zwischen der Lichtentalergasse und Feuchtergasse, Marktgasse und Wiesengasse. In den letzten zwei Jahren gelang es, eine große Zahl von Liegenschaften hierfür zu erwerben. Auf der Hälfte des Areals könnte sogar schon eine Parkanlage geschaffen werden, wenn nicht ein Grundbesitzer in der Marktgasse beim Verkauf seiner Liegenschaft so große Schwierigkeiten machen würde. Er hat auf seinem Grundtück ein altes, baufälliges Haus, verlangt jedoch für seinen Besitz einen Quadratmeterpreis von 1.000 Schilling als Ablöse. Aber auch auf der zweiten Hälfte dieses Grundstückes gibt es große Schwierigkeiten bei den Kaufverhandlungen. Schwierig war auch der Erwerb von Liegenschaften im Lichtental. Auch dort wo Gewerbebetriebe abgesiedelt werden mußten, stiegen die Spekulationsabsichten und die Gewinnsucht ins unermeßliche. All die aufgezeigten Schwierigkeiten könnten durch Schaffung eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes beseitigt werden. Der Bodenspekulation würde dadurch Einhalt geboten und die Gemeindeverwaltung könnte zum Wohle der Gemeinschaft ihre Bauprojekte verwirklichen. Die Sozialisten hoffen, daß nun auch die Vertreter der ÖVP endlich zur Ansicht kommen, wie notwendig derartige Gesetze sind. Es ist daher zu hoffen, daß man in absehbarer Zeit die Gesetze beschließt und damit nicht mehr der Willkür einzelner beim Erwerb von Grundstücken ausgesetzt ist.

./.

GR. Wagner (ÖVP) stellt fest, daß vor zwei Jahren die Frage des Zivilschutzes aufgetaucht ist. Wenn über ein derartiges Problem auch niemand Freude empfindet, so müsse man sich doch seiner annehmen. Im Budget 1963 waren zwar erstmals 500.000 Schilling für organisatorische Maßnahmen auf dem Sektor des Zivilschutzes veranschlagt. Geschehen sei aber auf diesem Sektor noch nicht viel. Es wurden lediglich bei den Bezirksvertretungen sogenannte Bezirksstellen des Zivilschutzes geschaffen, die jedoch durch das Fehlen entsprechender Gesetze noch keine Grundlage für eine Tätigkeit hatten. Es ist daher zu begrüßen, daß endlich ein Proponentenkomitee für den Landesverband Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes gegründet und die Statuten eingereicht wurden. Der Landesverband kann sich also konstituieren und damit wären die Voraussetzungen für die Tätigkeit der Bezirksstellen geschaffen.

Ob die organisatorische Tätigkeit allein jedoch einen Wert hat, ist zu bezweifeln. Es wäre für wirkliche Schutzmaßnahmen, die Schulung von freiwilligen Helfern, Ausstaattung der Feuerwehr und Rettung mit entsprechenden Schutzanzügen usw. zu sorgen. Der Durchführung dieser Schutzmaßnahmen stehen sicherlich keine Kompetenzschwierigkeiten, sondern nur finanzielle Überlegungen im Wege. Der Redner verweist auf einen vor einem Jahr eingebrachten Antrag, im Rahmen des Gemeinderatsausschusses XI einen Unterausschuß einzusetzen der sich speziell mit Fragen des Zivilschutzes beschäftigt. Dieser Antrag sei leider bis zu einer gesetzlichen Regelung auf der Bundesebene zurückgestellt worden. Auf Bundesebene wird es aber kaum in absehbarer Zeit zu einer Einigung kommen. Der Redner appelliert daher an Stadtrat Sigmund, in Hinkunft für den Zivilschutz vorzusorgen, denn es wäre sträflich, keine Vorkehrungen zu treffen.

GR. Hausner (KLS) bedauert das Fehlen ausreichender gesetzlicher Möglichkeiten, um den Grundspekulationen Einhalt zu gebieten. Es wurde ja bereits darauf verwiesen, was diese Grundspekulationen der Gemeinde Wien und damit den Steuerzahlern kostet. Derartige Gesetze gibt es in fast allen europäischen Ländern. Auch einige österreichische Bundesländer haben bereits gesetzliche Bestimmungen, die den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer ver-

./.

hindern. Wien müßte zu einer ähnlichen Regelung kommen. Im Zusammenhang mit der Preisgestaltung erwähnt GR. Hausner, daß der Wiener Landtag 1956 ein Gesetz beschlossen hat, wonach Betriebsaktionen verboten sind. Seine Fraktion sei jedoch der Meinung, daß dieses Gesetz wieder aufgehoben werden sollte. Die Betriebsaktionen seien nämlich nur eine Art Abwehr gegen die Preisabsprachen gewesen, die es zwischen verschiedenen Unternehmungen gibt. Wenn daher solche Preisabsprachen sowie die Kartellbildungen nicht verhindert werden, dann müßten die Betriebsaktionen, in deren Rahmen die Arbeiter und Angestellten billigere Waren erhalten können, wieder erlaubt werden.

Zum Zivilschutz sagt der Debattenredner: Wenn man mit der Atomgefahr rechnet, dann ist der beste Schutz dagegen, alles dazu zu tun, daß es zu keinem Atomkrieg kommt. Wenn aber schon von Zivilschutz gesprochen wird, dann braucht man doch keine eigenen Organe dafür zu schaffen, sondern man sollte sich lieber auf die eigenen Erfahrungen aus der Vergangenheit stützen und wissen, daß die gesamte Bevölkerung im Augenblick der Gefahr stets bereit ist, mitzuhelfen und alles das zu tun, was notwendig ist. Außerdem besteht bereits eine wirksame Organisation für diesen Zweck, nämlich die Feuerwehr. Ganz allgemein ist zum Kapital Feuerwehr noch zu sagen, daß die Mittel auf diesem Gebiet richtig angewendet werden und daß die hervorragenden Leistungen der Wiener Feuerwehr voll anerkannt werden.

Für die bevorstehenden Wahlen sind im Voranschlag für 1964 sechs Millionen Schilling vorgesehen. Plötzlich haben nun die SPÖ und die ÖVP entdeckt, sagt GR. Hausner in diesem Zusammenhang, daß eine Reform des Wahlrechtes notwendig geworden ist. Wir aber haben schon in der Vergangenheit wiederholt auf die Ungerechtigkeiten im bestehenden Wahlrecht hingewiesen. Neben der Fünfprozent-Klausel, gegen die sich die KLS-Fraktion schon bei ihrer Einführung gewehrt hat, stellt auch die Aufspaltung auf 23 Bezirke ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung des Wahlrechtes dar. Kein anderes Bundesland hat soviele Wahlkreise wie Wien.

./.

Wir sind daher der Meinung, so stellt GR. Hausner fest, daß eine Wahlreform nicht nur im Bundesmaßstab, sondern auch für Wien dringend notwendig ist, und zwar eine Reform, die das Wahlrecht demokratisiert, die Gleichwertigkeit aller Stimmen wieder herstellt und allen wahlwerbenden Kräften die Möglichkeit gibt, im Landtag bzw. im Gemeinderat vertreten zu sein.

Abschließend beschäftigt sich GR. Hausner mit den Wiener Bezirksvertretungen und erklärt, daß in ihrer Tätigkeit ein gewisser Formalismus zu beobachten sei. Man habe das Gefühl, daß die Bezirksvertretungen Körperschaften sind, die nur formal bestehen. Die Behandlung der Tagesordnung in den Sitzungen der Bezirksvertretungen sei äußerst dürftig, die Geschäftsordnung werde außerdem sehr unterschiedlich gehandhabt. Diese Geschäftsordnung sei wirklich reformbedürftig.

Im übrigen werde die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

GR. Stroh (SPÖ) beschäftigt sich in seiner Debattenrede mit der Feuerwehr. Er stellt fest, daß die gegenüber dem Voranschlag 1963 um 10,5 Millionen Schilling gestiegenen Ausgaben vor allem auf die höheren Personalkosten zurückzuführen sind. Für Inventaranschaffungen sind 3,5 Millionen Schilling vorgesehen. Auf Grund des Erneuerungsplanes für Fahrzeuge und Geräte stehen gegenwärtig rund 30 einheitliche Feuerwehrfahrzeuge zur Verfügung. Für 1964 ist die Anschaffung von sechs Tanklöschwagen und je einem Kommando-, Nachrichten- und Zustellungsfahrzeug vorgesehen.

GR. Stroh lobt sodann den hohen Stand der Ausbildung der Feuerwehrleute und die große persönliche Einsatzbereitschaft jedes einzelnen Feuerwehrmannes. Er weist ferner auf die gute und zweckmäßige Ausstattung der neuen Feuerwache Leopoldau hin und betont, daß seitens der Gemeindeverwaltung alles getan wird, um die schwierige Arbeit der Feuerwehrleute zu erleichtern.

GR. Kowarsch (ÖVP) weist darauf hin, daß die Bevölkerung des 2. Bezirkes schon seit langem darum bittet, daß die Hauptallee für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt wird. Der Redner tritt für die Sperre der Hauptallee ein, meint jedoch, daß es

./.

zweckmäßig sei, diese Sperre beim Heustadelwasser enden zu lassen und den unteren Teil nicht zu sperren.

Feuerwehr: Der Referent habe hier die Frage nach der Brandbekämpfung bei Hochhäusern nicht zufriedenstellend beantwortet. Er habe vergessen, einen Bericht darüber zu geben, wie weit die technische Ausrüstung der Feuerwehr heute ist, um einen solchen Brand bekämpfen zu können.

GR. Nesset (FPÖ) warnt davor, zu glauben, daß mit einem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz alle Probleme der Grunderwerbung gelöst werden können.

Die Schwierigkeiten bei der Stadterweiterung haben ihre Wurzel in dem seinerzeitigen Beschluß, Wien von Niederösterreich zu trennen. Im Jahr 1954 hat man bei der Rückgliederung der Randgemeinden auf die Meinung der Bevölkerung keine Rücksicht genommen. Eine Volksabstimmung damals wäre durchaus nicht gegen die Stadt Wien ausgegangen. Heute stehen wir allerdings vor einem schier unlösbaren Problem.

Stiefmütterlich behandelt wurde der Zivilschutz. Wir müssen uns dieser Aufgabe mehr als bisher widmen. Der Redner führt als Beispiel das neutrale Schweden an, das hier Vorbildliches leistet. Er kritisiert in Wien die schleppende Organisation und das mangelnde Interesse und verlangt entscheidende Maßnahmen, damit wir im Ernstfall der Bevölkerung ausreichenden Schutz gewähren können.

Die Wahlen im kommenden Jahr werfen wieder die Frage des Wahlrechtes auf. Der Redner unterstreicht die, wie er sagt, "tiefe Ungerechtigkeit des Wiener Wahlsystems" durch einige Zahlen. Bei den Wahlen im Jahr 1959 hätten die SPÖ für ein Mandat 9.000 Stimmen aufbringen müssen, die ÖVP 10.000, die Kommunisten 17.000, die Freiheitlichen aber 20.000 Stimmen. Acht Prozent der Wiener Bevölkerung seien also nur durch vier Prozent der Mandatare hier im Haus vertreten. Jede Stimme solle jedoch das gleiche Gewicht haben. Der Redner appelliert daher an die großen Parteien: Schaffen wir für diese Stadt ein wirklich zufriedenstellendes demokratisches Wahlrecht!

Eine Erweiterung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen wäre auch eine Erweiterung der Basis der direkten Demokratie.

./.

Bis 1934 hatten die gewählten Bezirksvertretungen wesentlich mehr Befugnisse als heute. Das Jahr 1945 zwang dazu, daß man die Bezirksvertretungen, die nicht direkt gewählt werden konnten, auf Grund der für den Gemeinderat abgegebenen Stimmen bestellte. Zu den Zeiten der Besatzung war es eben leider nicht anders möglich. Heute wäre es aber dringend notwendig, eine neue Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen zu schaffen, die ihnen mehr Rechte einräumt und eine einheitliche Linie für ganz Wien schafft. Auch die Verfassung der Stadt Wien müßte den modernen Bedürfnissen angepaßt werden, da sich manche Punkte heute nur noch hemmend auf die Führung der Agenden auswirken. Der Stadt Wien würde eine neue, lebensnahe und den Zeitumständen angepaßte Verfassung nur zum Wohle gereichen.

Groß ist der Betrag, den Wien als Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei leistet. Leider ist es aber um die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse in manchen Teilen unserer Stadt schlecht bestellt. Der Redner verliest einen Brief von Bewohnern des 2. Bezirkes an den Herrn Bürgermeister, in dem dieser ersucht wird, etwas gegen das Prostituiertenunwesen, das ungeheuer überhand genommen hat, zu unternehmen. Die Bewohner dieses Bezirkes sind dadurch in ihrer Nachtruhe gestört, und die Jugend wird bereits auf ihrem Schulweg belästigt. Hier müßte dringend Abhilfe geschaffen werden. Der Redner ersucht Stadtrat Sigmund um eine Intervention bei der zuständigen Polizeidienststelle. Man müßte sich auch dazu entschließen, den Exekutivorganen mehr Machtbefugnis einzuräumen. Der Sache kaum dienlich sei es, wenn eine Zeitung mit großen Lettern schreibt: "Gendarm schießt auf flüchtenden Verbrecher - Gendarm in Disziplinaruntersuchung."

Abschließend stellt der Redner fest, daß in der Verwaltungsgruppe XI mit Ausnahme der aufgezeigten Mängel gute Arbeit geleistet wurde und seine Fraktion daher den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Habl (ÖVP) hofft, daß er sich durch die neuerliche Wortmeldung nicht den Unwillen der Gemeinderäte zuziehe.

./.

Es wurde jedoch von den Sozialisten auf die Gefahr der Überfremdung unserer Wirtschaft hingewiesen und Zahlen genannt, die beeindrucken. Eine ähnliche Problematik gibt es auf dem Gewerbesektor. Die Gewerbeordnung ist zwar ein Bundesgesetz, der Magistrat muß jedoch nach diesem Gesetz arbeiten, dessen Vorschriften leider keine Handhabe bieten, einer Überfremdung zu steuern. So sehr man einerseits die Tatsache begrüßen kann, daß Ausländer so viel Vertrauen in unsere Wirtschaft setzen und sich hier niederlassen, besteht darin eine Gefahr für die heimischen Gewerbetreibenden. Vielleicht gelingt es der angekündigten Gewerberechtsnovelle, dieses Problem zu meistern. Bekämpft müßte die unbefugte Gewerbeausübung werden. Die Arbeitszeitverkürzung hat das Pfuschertum nur begünstigt. Ein pensionierter Gewerbetreibender aber ist Strafsanktionen ausgesetzt, selbst wenn er nur kleine Reparaturen durchführt. Vielleicht könnte auch dieser Umstand bei der Novellierung der Gewerbeordnung berücksichtigt werden.

Wenig beachtet werde auch das Betriebsaktionen-Verbotsgesetz. In manchen Betrieben hat der Betriebsrat ganze Listen von Waren, die er verbilligt beschaffen kann. Das geht vom Benzin über das Auto bis zu den Möbeln. Der Redner ersucht, auch hier entsprechend einzuschreiten.

GR. Bittner (ÖVP) stellt fest, daß von den heuer durch die Stadt Wien angekauften Grundflächen rund 35 Prozent für Wohnbauzwecke bestimmt sind, 49.5 Prozent für öffentliche Zwecke, das sind Grünanlagen usw., 4.5 Prozent für Straßen, 1.5 Prozent für Grundtausche, 2.5 Prozent für Assanierungen und zirka sechs Prozent für Arrondierungen. Es wurden auch Grundflächen außerhalb Wiens angekauft. In Wien selbst ist besonders der Ankauf des Floridsdorfer Auparkes zu erwähnen. Bei den Grundpreisen selbst zeigen sich sehr unterschiedliche Werte. Erhält man zum Beispiel in Strebersdorf einen Quadratmeter Grund um 150 Schilling, in der Brigittenau um 300, muß man in Döbling dafür bereits 9.000 bis 10.000 Schilling bezahlen. Der Grund wird in unserer Stadt also sehr unterschiedlich bewertet.

Ein großes Problem sieht der Redner im Ankauf von Althäusern. Es wurden heuer 50 Objekte gekauft, in denen 555 Mieter

./.

wohnen und 75 Geschäftslokale untergebracht sind. Da diese Objekte zum Abbruch bestimmt sind, muß das Wohnungsamt 555 Mieter unterbringen, eine Zahl, die sich bei der Wohnungsvergebung spürbar bemerkbar machen wird. Bei den Ankäufen von Wohnhäusern werden außerdem besondere Spitzenpreise verlangt. Der Redner versichert, daß die ÖVP zur Ausarbeitung und Beschließung der notwendigen Bodenbeschaffungsgesetze beitragen wird.

Aus Gründen der Straßenerweiterung mußten heuer leider einige Grundstücke zu überhöhten Preisen angekauft werden. Man müßte in Hinkunft Straßenplanungen rechtzeitig vornehmen, da unter dem Druck der Zeit sonst oft zu hohe Ansprüche akzeptiert werden müssen. Bei rechtzeitiger Planung könnte man nach dem Enteignungsparagraphen vorgehen. Beim Ankauf eines Hauses, das für den Abbruch bestimmt ist, dürfte beim Preis nicht auf den Bauzustand Rücksicht genommen werden, da dieser für den Verwendungszweck uninteressant ist.

GR. Bittner betont sodann, wie notwendig die Schaffung eines Ausländergrundverkehrsgesetzes sei, um die Überfremdung des Wiener Bodens hintanzuhalten.

Zur Frage der Wahlen erklärt er, es sei erfreulich, daß nun das lästige Schreiben der Wählerlisten wegfällt. Einen Mangel sehe er jedoch noch darin, daß in den Hausanschlägen bei den Wahlen nur die Anzahl und das Geschlecht der Wähler des jeweiligen Hauses angegeben ist. Dies gibt oft zu Verwirrung und zu Fehlerquellen Anlaß. In diesen Anschlägen sollten daher auch die Namen der Wähler angeführt sein. Ferner regt er an, jeden Wähler mit einer Karte davon zu verständigen, wo und wann er wählen kann.

Abschließend gibt GR. Bittner bekannt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI ihre Zustimmung geben wird.

Der letzte Debattenredner, GR. Srp (SPÖ), beschäftigt sich mit einigen Detailfragen des Kraftfahrzeugverkehrs in Wien. Nach der Feststellung, daß es trotz der erfreulichen Senkung der Unfallszahlen noch immer rund 50 Unfälle täglich in Wien gibt und jeden zweiten Tag ein Verkehrstoter zu beklagen ist, betont er, wie richtig es ist, gegen alkoholisierte Lenker mit aller Strenge vorzugehen.

./.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Bestimmungen über den Führerscheinentzug insofern erweitern, als eine neue amtsärztliche Untersuchung und eine neue Prüfung nicht nur dann zu erfolgen hat, wenn der Führerschein auf zwei oder mehr Jahre entzogen wird, sondern auch dann, wenn dies nur für sechs, neun oder zwölf Monate geschieht.

Zur Frage der Bodenmarkierungen auf den Fußgängerschutzwegen stellt GR. Srp fest: Die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau erlassene Bodenmarkierungsverordnung schreibt im § 19 vor, daß die Felder zwischen den weißen Längsstreifen eines Schutzweges in dunkelgrauer Farbe gehalten werden müssen. § 32 der Verordnung besagt, daß bestehende Bodenmarkierungen, deren Ausführung den Bestimmungen der Verordnung zwar nicht entspricht, aber mit den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960 nicht in Widerspruch steht, erst bei einer Erneuerung, spätestens jedoch bis 31. Dezember 1966, den Bestimmungen der Bodenmarkierungsverordnung entsprechend auszuführen sind. In Wien wurden nun die Zwischenstreifen der Schutzwege häufig mit roten Stelconsteinen ausgelegt. Diese Art der Durchführung, die bereits seit langem gehandhabt wird, entspricht zwar den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960, nicht aber jenen der im September 1963 kundgemachten Bodenmarkierungsverordnung. Da jedoch die Stelconsteine nach Ansicht der Fachleute eine außerordentlich große Haltbarkeit besitzen, wäre ihre Auswechslung bis zum 31. Dezember 1966 im Sinne der Bodenmarkierungsverordnung wirtschaftlich in keiner Weise gerechtfertigt und für die Öffentlichkeit auch unverständlich.

Aus diesem Grund stellt GR. Srp den folgenden Antrag: Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe XI wird ersucht, in Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau auf eine Abänderung der bezüglichen Bestimmungen der Bodenmarkierungsverordnung hinzuwirken. Diese könnte nach Ansicht der Antragsteller darin bestehen, daß entweder durch eine Abänderung des § 19 Kontrastfarben - ohne daß deren Farbe zwingend vorgeschrieben wäre - für die Kennzeichnung der Schutzwege als zulässig erklärt werden oder daß die Festlegung eines letzten Termines für die Anpassung bestehender Bodenmarkierungen aus der Verordnung eliminiert wird.

./.

Sodann schlägt GR. Srp vor, geeignete Maßnahmen dagegen zu ergreifen, daß nicht-fahrbereite Autos in den Straßen abgestellt werden, da diese ein großes Hindernis für den Verkehr und für die Straßenreinigung darstellen. Ferner verlangt er, eine Möglichkeit zu finden, daß die Transportunternehmer ihre großen Überlandlastwagen nicht mehr in den Gassen abstellen. Zahlreiche Klagen der Bevölkerung zeigen, daß diese Laster vor allem in den engen Seitengassen den Parterrewohnungen alles Licht wegnehmen und außerdem auch die Leute durch ihre Ladung gefährden.

GR. Srp stellt fest, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen wird. Damit ist die Debatte geschlossen.

In seinem Schlußwort stellt StR. Sigmund zunächst fest, es sei ein Irrtum, wenn gesagt wurde, daß in der Stadtverwaltung keine Kontrolleinrichtung besteht. Es gibt eine solche Einrichtung, nämlich das Kontrollamt.

Zivilschutz: Soweit die Möglichkeiten auf rechtlichem Gebiet bestehen, hat die Stadt Wien rechtzeitig jede Vorsorge getroffen. Auch die Bezirksvertreter haben schließlich vollzählig ihre Bereitschaft erklärt, im Zivilschutz mitzutun. Nicht nur organisatorische Maßnahmen wurden bereits getroffen, sondern auch auf dem Gebiet der Aufklärung geschieht mancherlei. (Ausbildungskurse!) Er ist jedoch nach wie vor der Meinung, daß der Zivilschutz eine freiwillige Leistung bleiben muß. Die Bürger dürfen auf keinen Fall dazu gezwungen werden, in irgendeine Formation des Zivilschutzes einzutreten.

Grunderwerbung: Es ist verfehlt, von vornherein alle jene Grundbesitzer als Wucherer zu bezeichnen, die nicht zu den von uns gestellten Bedingungen verkaufen wollen. Die Verkaufsverhandlungen sind sehr langwierig, man muß sich halt auch hier zusammenstreiten. Die Enteignung kann jedoch immer nur das letzte Mittel sein.

Die Erwerbung von Althäusern: Wenn man die inneren Bezirke auflockern will, dann muß man rechtzeitig auch solche Häuser kaufen.

In übrigen betonte Stadtrat Sigmund, wer immer von den Gemeinderäten das Bedürfnis hat, über eine unserer Grundtransaktionen Auskunft zu bekommen, könne jederzeit zu ihm kommen.

./.

Mit der Frage Hauptallee hat sich schon die Verkehrskommission befaßt. Es geht darum festzustellen, an wievielen Tagen die Hauptallee bei Veranstaltungen freigegeben werden müßte. Wenn zwischen den Veranstaltungen kein großer Zeitraum ist, dann brauchte man ja einen eigenen Kalender, um zu wissen wann man gehen und wann man fahren kann.

Brandbekämpfung bei Hochhäusern: Es hat sich in der ganzen Welt gezeigt, daß man den Kampf gegen solche Brände nur von innen aufnehmen kann. Unsere Bauvorschriften sind aber so, daß nach menschlichem Ermessen die Brandbekämpfung von innen jederzeit möglich ist.

Zum Zivilschutz verweist der Referent darauf, daß alles das geschehen ist, was gesetzlich geschehen konnte. Darüber hinaus haben wir schon seit geraumer Zeit Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge, die nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen, nicht wie üblich abgestoßen, sondern behalten.

Die Verhältnisse im 2. Bezirk: er werde mit dem Polizeipräsidenten reden, welche Mittel die Polizei hat, um das zu verhindern.

Eine Evidenzkartei ist in der Magistratsabteilung 57 vorhanden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des XI Hauptstückes einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPÖ (Bodenmarkierungen) wird einstimmig zugewiesen.

Budget 1964 angenommen

Hierauf wird über Bilanz und Bedeckung abgestimmt. Vizebürgermeister Slavik hat bereits in seinem Referat die entsprechenden formellen Anträge zur Erledigung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1964 gestellt. Das Budget wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Heftige Debatte um eine Subvention

Hierauf schreitet der Gemeinderat zur Erledigung der restlichen Tagesordnung.

./.

Ausgenommen drei Punkte - eine Subventionsliste, die Bäderpreiserhöhung und den Verkauf der GEWISTA - hat sich kein Redner zu Wort gemeldet. Die Geschäftsstücke werden daher ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Als GR. Gertrude Sandner (SPÖ) über einen Antrag auf Subventionen an drei Vereinigungen referiert, entspinnt sich plötzlich eine heftige Debatte, an der sich Redner aller vier Fraktionen beteiligen. Es geht um den Vorwurf, die FPÖ stehe in Verbindung mit neonazistischen Umtrieben.

Die Referentin berichtet kurz, daß das Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung eine Subvention von 10.000 Schilling erhalten solle, das Institut für Wissenschaft und Kunst 20.000 Schilling und die "Freunde der Menschlichkeit" 10.000 Schilling.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) wendet sich dagegen, daß seine Partei durch eine Dokumentation dieses Archivs verdächtigt wird, in Verbindung mit neonazistischen Umtrieben zu stehen und staatsfeindlichen Verhaltens bezichtigt wird. Wir wissen, daß das nicht stimmt, betont der Redner, und er sei auch nicht gegen die Errichtung eines solchen Archivs. Wenn aber die Wiener Bevölkerung dafür zahlen soll, daß unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Tätigkeit politische Pamphlete herausgegeben werden, könne seine Fraktion nicht zustimmen. Er bitte daher um getrennte Abstimmung.

GR. Lauscher (KLS) entgegnet heftig, es wundere ihn nicht, wenn heute jene Partei, die sich zwar zur Eigenstaatlichkeit Österreichs bekennt, aber Österreich als Nation ablehnt, weil sie sich zur Deutschen Nation bekennt, gegen diese Subvention Stellung nimmt. Die FPÖ habe jede Möglichkeit, jenen Geist zu erwecken, von dem wir alle getragen sind, indem sie ihre Einstellung zu Österreich ändert. Leider sei das aber nicht so. Und wenn diese Tatsache dokumentarisch niedergelegt wird, haben sich dies die Freiheitlichen selbst zuzuschreiben, wenn sie heute in dem Ruf stehen, noch immer nicht wirklich mit der braunen Barbarei gebrochen zu haben. (GR. Dr. Schmidt, FPÖ: Sie sind nicht dazu berufen, darüber zu urteilen!)

Jeder von uns, ruft GR. Lauscher erregt, hat die Pflicht, entschieden gegen solche Tendenzen aufzutreten.

./.

GR. Marek (SPÖ) bezeichnet die Ausführungen des FPÖ-Redners als nicht sehr glücklich, weil sie zu Mißverständnissen Anlaß geben. Es liege ihm fern zu sagen, daß die Freiheitlichen für die Untaten des "Tausendjährigen Reiches" verantwortlich sind. Aber mit dem unangebrachten Antrag auf getrennte Abstimmung haben sie wieder einmal die Schatten der Vergangenheit heraufbeschworen. Durch die Dokumentation der Widerstandsbewegung soll unsere Jugend über den geschichtlichen Ablauf dieser Zeit informiert werden. Wir haben daher diesen Subventionsantrag zu bejahen, wenn frei von Haß und Rache das aufgezeigt wird, was geschehen ist, damit eine Jugend heranwächst, erfüllt vom Geiste des Humanismus und von der Liebe zu Österreich.

Er habe die Zeitungsausschnitte dieser Dokumentation gelesen, sagt der Redner, und er betont nochmals, er mache die Freiheitlichen in Wien nicht verantwortlich für das, was in den Bundesländern Freunde ihrer Couleur immer wieder sagen, nämlich, daß wir ein Bestandteil des deutschen Volkes sind. Er stelle aber mit aller Entschiedenheit fest: wir sind Österreicher, wir sind eine Nation und das wird von vielen ihrer Parteifreunde in Frage gestellt. Dagegen aber setzen wir uns genauso zur Wehr, wie dies ein deutschsprechender Schweizer tun würde. Wir wollen leidenschaftslos die Fehler der Vergangenheit verdammen und der Jugend sagen, daß sie stolz sein müsse, Österreicher zu sein! (Lebhafter Baifall.)

Noch während der Ausführungen von GR. Lauscher hatte sich GR. Peter (FPÖ) beim Vorsitzenden Dr. Dipl.-Ing. Hengl zum Wort gemeldet. Als er nun das Rednerpult betritt, empfangen ihn Zwischenrufe: "Der SA-Mann!" - Ich war nicht SA-Mann, erklärt der Redner.

Der Redner erklärt, daß die hier so plötzlich aufgetauchte Frage nur in einer Atmosphäre der ernsten Überlegungen und mit Sachlichkeit behandelt werden kann, frei von haßerfüllten Reminiszenzen. Er dankt Gemeinderat Marek, daß er diese Atmosphäre geschaffen hat. Der Redner betont, daß sich seine Fraktion frei fühlt von jeder Schuld an der Vergangenheit. Sie habe wiederholt festgestellt, daß sie die Greueltaten, die in der Vergangenheit durch das hinter uns liegende Regime begangen wurden, auf das schärfste verurteilt. (Stadtrat Schwaiger, ÖVP, ruft wiederholt: Sagen Sie das, was Sie als Gauredner dazu gesagt haben!)

Seine Fraktion habe nichts gegen diese Dokumentation und die Zitate, die dort aus ihren Parteizeitungen gebracht wurden, einzuwenden, aber gegen die Kommentare hierzu, die die Ansichten der Freiheitlichen vollkommen verdreht darstellen. Die Freiheitlichen haben sich zur freien, selbständigen Republik Österreich bekannt und haben den guten Willen, in ihrem Interesse zu wirken. Über die Frage einer österreichischen oder deutschen Nation mögen sich die Wissenschaftler den Kopf zerbrechen. Seine Fraktion ist aus dem Grund gegen den vorliegenden Antrag, weil gegen eine österreichische Partei, die nach unserer Verfassung und nach unserem Recht ihre völlig demokratische Tätigkeit aufgenommen hat, in pamphlethafter Art vorgegangen wird. Dagegen setzte sie sich mit Recht zur Wehr. Wenn in den Presseerzeugnissen der Freiheitlichen nur der Gedanke eines Hochverrates oder neonazistische Tendenzen festzustellen wären, müßte der Staatsanwalt dagegen eingreifen. Daß dies nicht geschehen ist beweist, daß sich die Freiheitlichen im Rahmen der österreichischen Gesetze bewegen. Sie werden dieses Recht voll und ganz ausschöpfen und lassen sich daher nicht Tendenzen unterschieben, die sie nie gehabt haben. Das möge man den Herren der Widerstandsbewegung sagen. Das Bekenntnis zu Österreich als freie selbständige Republik ist auch durch derartige Beschüldigungen nicht zu erschüttern.

GR. Leinkauf (ÖVP) stellt fest, daß er in der Gewährung einer Subvention an das Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung beim besten Willen keine Beleidigung der Freiheitlichen sehen kann. Es sei hier nicht der Platz, um über die Vergangenheit unseres Vaterlandes zu sprechen. Der Redner stellt fest, daß es eine österreichische Widerstandsbewegung gibt. Das ist ein Verein wie so viele andere. Und dann gibt es ein Dokumentationsarchiv der österreichischen Widerstandsbewegung, dem alle Organisationen angehören, die sich mit der Dokumentationsbeschaffung der Widerstandsbewegung befassen. Die Subvention von 10.000 Schilling bekommt nicht die Vereinigung Österreichische Widerstandsbewegung sondern das Dokumentationsarchiv, an dessen Spitze ein ehrenwerter österreichischer General steht.

./.

GR. Gertrude Sandner stellt in ihrem Schlußwort fest, daß oft und gern Worte über die Wichtigkeit der Erziehung unserer Jugend und die Gestaltung einer glücklichen Zukunft gefunden werden. Im Interesse dieser glücklichen Zukunft und im Interesse der jungen Generation, die diese glückliche Zukunft einmal gestalten soll, begrüße sie die Subvention. Da es bei Subventionslisten nicht üblich ist, eine getrennte Abstimmung vorzunehmen, empfiehlt sie den Antrag des GR. Dr. Schmidt zur Ablehnung.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des GR. Dr. Schmidt gegen die Stimmen der Freiheitlichen abgelehnt.

Der Antrag der Referentin wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Die neuen Bäderpreise

Stadtrat Koci (SPÖ) referiert sodann über die Preisregulierung bei den städtischen Bädern. Da an dem Wort Preisregulierung jedoch verschiedentlich Anstoß genommen wurde, werde er in Hinkunft von einer Preiserhöhung sprechen. Eines steht jedoch fest, wie immer man diese Vorlage bezeichnet, man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Bäderpreise zum letztenmal mit Beschluß des Wiener Gemeinderates im Juli 1951 geregelt wurden. Seit dieser Zeit haben aber die preisbildenden Faktoren verschiedene wesentliche Erhöhungen erfahren. Die Gehälter der städtischen Angestellten haben sich um 122 bis 159 Prozent erhöht, die Löhne der Saisonarbeiter um 131 bis 139 Prozent. Die Preise für Brennstoffe sind um 35 bis 76 Prozent gestiegen und auch das Reinigungsmaterial wurde in den letzten zwölf Jahren wesentlich teurer. Verzeichneten die Bäder im Jahre 1955 noch Einnahmen von 15,5 Millionen, Ausgaben von 26,7 Millionen und einen Abgang von 11,2 Millionen, so betrug der Abgang im Jahre 1962 bei Einnahmen von 18,8 Millionen und Ausgaben von 39 Millionen bereits 20 Millionen Schilling. Er steigerte sich bis zum Jahr 1962 auf 24 Millionen Schilling. Für 1963 muß mit einem Abgang von 27 Millionen Schilling gerechnet werden. Es wäre daher eine Preiserhöhung um rund hundert Prozent notwendig. Da eine derartige Erhöhung jedoch nicht vertretbar wäre, hat man die Bäderpreiserhöhung gestaffelt vorgenommen. Es soll die Erhöhung für die Kabinen größer sein als für Kästchen, und die für Dampf- und Wannenbäder höher als die für Brausebäder.

./.

Die Saisonkarte wird mehr als die Tageskarte erhöht. Die Preise für Brausebäder II. Klasse für Erwachsene und Kinder sollen unverändert bleiben, ebenso die der Kinderkarten in den Schwimmhallen. In den Sommerbädern soll mit Ausnahme des Krapfenwaldlbades, eine Kindertageskarte 50 Groschen kosten. Für Kinder, Mittelschüler und Studenten soll die Ermäßigung für den Bäderbesuch auch an Samstagen und Sonntagen Gültigkeit haben, was bisher nicht der Fall war. Ebenso sollen die Badezeiten in den Dampfbädern und Saunas von eineinhalb auf zwei Stunden erhöht werden. In Zukunft wird auch davon Abstand genommen, daß das Maß mit 1.50 Meter als Richtlinie für den Kinderpreis gilt. Die Ermäßigung für die städtischen Bediensteten und Penionisten bleibt wie bisher bei etwa 50 Prozent des normalen Preises.

Die beantragte Erhöhung der Preise wird Mehreinnahmen von ungefähr sieben Millionen Schilling bringen. Die neuen Preise sollen mit 1. Jänner 1964 in Kraft treten.

GR. Maller (KLS) erklärt, daß er bereits bei der Behandlung der Ansätze der Verwaltungsgruppe VIII gegen die Bäderpreiserhöhung Stellung genommen hat.

Er hält die Argumentation des Stadtrats nicht für richtig, da das Argument der Preiserhöhung bei Brennstoffen für die Sommerbäder kaum stichhältig sei. Aus dem Akt ist zu ersehen, daß auch der höhere Wasserpreis als Ursache angeführt wurde. Einfacher könne man sich eine Sache wirklich nicht machen. Zuerst erhöht man den Wasserpreis und dann nimmt man ihn als Argument für die Erhöhung der Bäderpreise. Die KLS werde der Erhöhung nicht die Zustimmung geben.

GR. Peter (FPÖ) bedauert, daß die Besucher der städtischen Bäder durch die Erhöhung sehr belastet werden. Er erinnert daran, daß vor der letzten Wahl die Koalitionsparteien in Reden und Plakaten versprochen haben, daß unser Schilling seinen Wert behalten muß und nicht kleiner werden darf. Stehen die beiden Parteien nun zu ihrem Wahlversprechen oder nicht? (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Sie können heute wie damals mit einem Schilling ein Brausebad besuchen!) GR. Peter: Die Sozialisten halten also nur beim Tröpferlbad ihr Wahlversprechen. (Stadtrat Heller: Haben Sie unsere Preise auch mit den deutschen Preisen verglichen?)

./.

Abschließend stellt der Redner fest, daß seine Fraktion gegen die Preiserhöhung sei und dem vorliegenden Antrag daher nicht zustimmen wird.

Stadtrat Koci erklärt in seinem Schlußwort, er hätte nicht erwartet, daß die beiden Oppositionsparteien der Bäderpreiserhöhung zustimmen werden. Sie stimmen ja nur dort zu, wo es um eine Erhöhung der Ausgaben geht, ja vielfach sind ihnen diese noch zu gering. Sie verlangen immer noch mehr, kritisieren wenn die Einnahmen zurückgehen und der Abgang größer wird. Dem Gemeinderat Maller könne man nur erwidern, daß jeder weiß, daß sich die gestiegenen Kohlenpreise nicht auf die Sommerbäder auswirken, daß sich aber die Lohnerhöhungen bemerkbar machen. Bei einer Parteiversammlung wird GR. Maller aber wahrscheinlich für noch höhere Löhne eintreten. Wenn eine Erhöhung nach zwölfeinhalb Jahren vorgenommen wird, braucht man über die besondere Notwendigkeit dieser Maßnahme, die sich außerdem in so bescheidenem Rahmen hält, nicht mehr besonders zu sprechen. Die zu erwartenden Mehreinnahmen von sieben Millionen machen nur ein Viertel des Abganges des heurigen Jahres aus.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Umwandlung der GEWISTA

GR. Lanc (SPÖ) stellt sodann den Antrag auf Verkauf der GEWISTA, Gemeinde Wien - Städtische Ankündigungsunternehmung, an die GEWISTA - Werbegesellschaft mbH zu den im Kaufvertrag abgeschlossenen Bedingungen. Die GEWISTA betreibt derzeit auf Grund entsprechender Gewerbeberechtigungen die Werbung durch Bogen- und Schilderanschlag sowie die Anzeigenvermittlung und den Handel mit Reklameartikeln. Sie hat immer aktiv bilanziert, doch ist ihr Geschäftsergebnis unter Berücksichtigung der Prosperität gerade in der Werbewirtschaft nicht befriedigend. Die Ursache dürfte darin liegen, daß die GEWISTA als städtische Unternehmung in ihrer Geschäftsführung viel formgebundener und nicht so beweglich ist wie ein privates Unternehmen. Um diesen Nachteil zu beseitigen, hat der Gemeinderatsausschuß II am 20. November 1963 den Beschluß gefaßt, eine Gesellschaft mit be-

./.

schränkter Haftung mit einem Stammkapital von zehn Millionen Schilling zu gründen, an der die Stadt Wien mit 51 Prozent beteiligt ist. Der Kaufpreis wurde im Kaufvertrag mit 13 Millionen Schilling festgesetzt. Die Gewista hatte am 1.Jänner 1962 einen Einheitswert von 10,833.000 Schilling, ein Stammkapital von zwei Millionen Schilling und Rücklagen von 3,485.178 Schilling. Kaufgegenstand ist das gesamte Unternehmen mit allen aktiven und passiven Rechten und Pflichten. Im Kaufpreis inbegriffen sind auch die 75 Prozent Anteile der Gewista an der Kinoreklamegesellschaft m.b.H. Als Tag der Übergabe ist der 1. Jänner 1964 vereinbart. Die neuen Gesellschafter haben ihre Anteile zum Stammkapital mit 31. Juli 1964 einzuzahlen. Der Redner geht dann noch auf Einzelheiten des Vertrages ein. So wurde unter anderem festgelegt, daß ein jährlicher Garantiegewinn von mindestens 2.1 Millionen Schilling, unbeschadet der Höhe des Gewinnes, an die Stadt Wien abzuführen ist.

In der Debatte ergreift als erster GR. Lauscher (KLS) das Wort: Wenn noch vor einigen Jahren jemand gesagt hätte, die städtische Gewista wird einmal nicht mehr der Gemeinde Wien gehören, dann hätten wir ihn ausgelacht. Heute aber soll der Verkauf Tatsache werden.

Die Begründung für den Verkauf der stets aktiv gewesenen Gewista bezeichnet GR. Lauscher als nicht stichhältig. Mit derselben Begründung nämlich könnten auch alle anderen städtischen Unternehmungen privatisiert werden. Mit dem Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien hat es angefangen; dabei hat man sich noch auf das Defizit ausgeredet. In der jüngsten Zeit sind Bestrebungen im Gange, auch die Wiener Fleischwerke zu verkaufen - gleichfalls wegen ihrer Defizit-Wirtschaft. Jetzt aber ist die aktive Gewista dran.

An der neuen Gesellschaft, in die die Gewista umgewandelt werden soll, wird die Gemeinde Wien zwar mit 51 Prozent beteiligt sein, man verschweigt aber verschämt, wer die anderen Gesellschafter sind. Will man das nicht bekanntgeben?

Für die Privatisierung der Gewista gibt es keinerlei sachliche Gründe. Man will damit lediglich nichtgenannten Interessengruppen ein gutes Geschäft zuschanzen. Daher lehnt die KLS den Antrag entschieden ab.

./.

GR. Peter (FPÖ) weist darauf hin, daß die Gewista fast zur Hälfte in privatwirtschaftliche Hände kommen soll. Die Gesellschafter werden mit 51 Prozent die Stadt Wien, mit 33 Prozent die Progreß-Werbung und mit 16 Prozent die IWG (Internationale Werbe-Gesellschaft) sein. Als merkwürdig bezeichnet es GR. Peter, daß die ÖVP im Gemeinderatsausschuß XII für den Verkauf gestimmt habe, im Gemeinderatsausschuß II aber dagegen. Es sei doch seltsam, daß man innerhalb von zwei Tagen seine Meinung so ändern kann.

Seine Fraktion sei von vornherein dagegen gewesen, weil die Anteile über 51 Prozent den politischen Koalitionsparteien zugute kommen sollen. Die Gesellschafter der Progreß-Werbung seien die Arbeiterbank-AG und die Wiener Arbeiterheime-Ges.mbH, an der wiederum die SPÖ direkt beteiligt ist. Es sei klar erwiesen, daß die Koalitionsparteien sich fast der Hälfte der GEWISTA bemächtigen wollen. Sie können das, weil sie in diesem Haus die Mehrheit haben. Da die Koalitionsparteien an dem zu erwartenden Reingewinn der GEWISTA beteiligt werden sollen, stimme seine Fraktion gegen den Antrag.

Als nächster Redner hat sich Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) zu Wort gemeldet. Die bisherige Diskussion bezeichnet er als eigentlich nicht sehr überraschend. Es werde gesagt, die Sozialistische Partei wehre sich auf der einen Seite dagegen, daß die verstaatlichte Industrie reprivatisiert wird, andererseits aber stimme sie hier zu, daß aus einem Betrieb der Stadt Wien eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird.

Bei der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer Aktiengesellschaft geht es jedoch um die Frage, wer der Eigentümer der Aktien ist. Hier soll nun eine neue Gesellschaft gegründet werden, die einen ähnlichen Namen hat wie die erste, nämlich GEWISTA-Werbegesellschaft mbH. Auch in der neuen Gesellschaft aber hat die Gemeinde Wien die Mehrheit, sie wird also weiterhin den entscheidenden Einfluß ausüben können.

Die zweite Frage, die man stellen muß, ist die, ob jetzt die Gemeinde Wien draufzahlt. Der höchste Reingewinn der GEWISTA betrug bisher 1,8 Millionen Schilling. Für das Jahr 1964 sieht der Voranschlag einen Gewinn von 2,1 Millionen vor. Im neuen Ver-

./.

trag ist der Gemeinde Wien ein Gewinn von 2,1 Millionen garantiert, und erst was darübergeht, erhalten die anderen Gesellschaften entweder zur Gänze oder zum Teil. Uns also ist ein Gewinn von 2,1 Millionen garantiert. Wir zahlen also weder einflußmäßig noch finanziell drauf!

Welche Argumente kann es für die Umwandlung einer solchen Gesellschaft in eine Ges.mbH noch geben? In Österreich gibt es drei große Werbegesellschaften, von denen die größte zweifellos die IWG ist. Die zweite große Gesellschaft ist die GEWISTA, die dritte die Progreß-Werbung. Daneben gibt es noch eine Reihe kleinerer Gesellschaften meist lokaler Bedeutung. Nun erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig ist, diese drei großen Gesellschaften nebeneinander wirken zu lassen oder aber den Versuch zu unternehmen, sie zusammenzufassen und zu einer Zusammenarbeit zu bewegen.

Rein theoretisch ist es heute möglich, daß eine wirtschaftlich genügend starke Gesellschaft alle Werbesendungen beim Fernsehen oder beim Rundfunk oder auch alle Plakatierungsmöglichkeiten in einem bestimmten Gebiet in die Hand bekommt. Darin liegt natürlich eine große Gefahr. Man muß daher versuchen, zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen und gleichzeitig allen Gruppen in Österreich die gleichen Werbemöglichkeiten zu sichern.

Das sind die Überlegungen, die zu den Verhandlungen über den Verkauf geführt haben. Es wäre sogar ein berechtigter Wunsch, eine solche Zusammenarbeit auf das gesamte Bundesgebiet und auf alle Werbemöglichkeiten auszudehnen.

Im Schlußwort betont GR. Lanc, daß eine Vereinigung der großen inländischen Werbeträger keinesfalls die Gefahr einer Monopolisierung heraufbeschwört. In den letzten Jahren hat eine Reihe von internationalen Werbegesellschaften versucht, sich den Markt in Österreich zu sichern. Daher muß man die Dinge auch von diesem Standpunkt aus betrachten.

Wenn man fragt, warum es gerade die Progreß und die IWG ist, dann muß betont werden, daß es in Wien keine anderen großen Werbefirmen gibt. Es gibt zwar die Hager-Werbung und die Lintas; diese beiden sind jedoch eigentlich Hauswerbefirmen, da hinter

./.

ihnen große Unternehmen stehen. Auch in Anbetracht der Vorbereitung unserer Wirtschaft auf einen größeren Markt ist eine Koordinierung der großen Werbegesellschaften mit ihren Auslandsverbindungen wichtig.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Dipl.-Ing. Dr. Hengl, unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen des Gemeinderates werden morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1964 fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Schwaiger (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Stadtrat Jacobi diskutierte mit Polizeifunktionären über Jugendschutzgesetz

19. Dezember (RK) Wie bedeutungsvoll das heuer beschlossene Wiener Jugendschutzgesetz angesehen wird geht daraus hervor, daß Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi von Polizeipräsident Holaubek eingeladen wurde, vor den mit diesen Agenden beschäftigten Polizeifunktionären und den Stadthauptleuten über das Gesetz zu referieren. Der Vortrag, an den sich eine lebhafte Diskussion schloß - auch die leitenden Herren des Jugendamtes der Stadt Wien waren anwesend - fand heute vormittag im Polizeipräsidium auf dem Parkring statt.

\- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

19. Dezember (RK) Im Jänner 1964 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.

14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.

15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember,

25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen

19. Dezember (RK) Heute vormittag wurden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1964 vom Wiener Gemeinderat genehmigt. Das Referat erstattete Stadtrat Anton Schwaiger (ÖVP). Er führte aus:

"Ich habe mich in den letzten Jahren bei der Behandlung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke sehr eingehend bemüht, Ihnen zu zeigen, warum der Weg zu einer endgültigen Konsolidierung unserer Wiener Stadtwerke so schwer, so mühsam und so lang ist. Durch hieb- und stichfeste Unterlagen, welche ich Ihnen bei der Budgetdebatte des Vorjahres auf den Tisch legte, habe ich Ihnen gezeigt, wie stark die hohe Zinsenlast, die die drei großen Teilunternehmungen infolge des ständig ansteigenden Fremdkapitals zu tragen haben, die Bilanz der Stadtwerke belastet. Ich habe Ihnen aufgezeigt, wie schwer unsere Teilunternehmungen durch die ihnen auferlegten ungerechtfertigten Belastungen - Elektrizitäts- und Gaswerk durch hohe Subventionen, die sie jährlich den Verkehrsbetrieben geben müssen, die Verkehrsbetriebe durch den weit über das übliche Maß hinausgehenden Einnahmenentfall durch die vom Gemeinderat beschlossenen Sozialtarife - zu leiden haben und ich habe auch auf die hohen finanziellen Aufwendungen hingewiesen, die den Wiener Stadtwerken für die durch keinerlei Rücklagen gedeckten Altpensionen hingewiesen.

Ich glaube, heuer auf diese Dinge nicht mehr näher eingehen zu müssen. Ich kann wohl annehmen, daß sie Ihnen allen in Fleisch und Blut übergegangen sind und keiner unserer Gemeinderäte annimmt, daß Mißwirtschaft und schlechte Betriebsführung Ursache der nicht gerade rosigen wirtschaftlichen Lage unserer Wiener Stadtwerke sind. Diese drei vorhin aufgezeigten Komponenten vor allem sind es also, die, wie schon gesagt, den Weg so mühsam und lang werden lassen. Daß dieser mühsame Weg einmal - und ich hoffe in nicht allzu ferner Zeit - ein Ende haben und zum Ziel führen wird, hat der von uns in der letzten Gemeinderatssitzung verabschiedete Jahresabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1962 gezeigt, der mit dem absolut erfreulichen Ergebnis eines Abganges von nur rund sieben Millionen Schilling abschloß.

./.

Auch der für das Jahr 1963 beschlossene Wirtschaftsplan ließ berechtigte Hoffnungen aufkommen, sah er doch bei äußerst vorsichtiger Kalkulation einen Abgang von lediglich fünf Millionen Schilling vor. Leider erfüllten sich diese Hoffnungen nicht, da den Wiener Stadtwerken in Form von wesentlich höheren Personalkosten ein schwerer Brocken auf den Kopf fiel, den zu verdauen sie heuer nicht in der Lage sind. Wenn trotzdem nach den bisher vorliegenden Ergebnissen geschlossen werden kann, daß die Wiener Stadtwerke 1963 mit einem Abgang von 60 bis 70 Millionen Schilling abschließen werden, so ersehen wir daraus, daß sie ohne diese eingetretenen Erhöhung der Personalkosten einen absolut erfreulichen aller Wahrscheinlichkeit nach aktiven Jahresabschluß ausweisen könnten. Wir sind also ohne Zweifel auf dem richtigen Weg, es kommen nur immer wieder einige große Steine, die aus dem Weg zu räumen derzeit noch größere Schwierigkeiten bedeutet. Aber die Zeit arbeitet hier ohne Zweifel für uns. Der Absatz von Gas und Strom weist eine ständig steigende Tendenz auf und nach dem alten kaufmännischen Grundsatz "je höher der Umsatz, umso größer der Nutzen" werden diese beiden großen Teilunternehmungen immer lukrativer, wobei vor allem die Entwicklung auf dem Personalsektor, der ja bei unseren Stadtwerken von so ungeheurer Bedeutung ist, äußerst interessant ist. Ich habe bei der letzten Feier der 40jährigen Dienstjubilare Vergleiche zwischen den Personalständen und den Produktionszahlen 1923 und 1963 gezogen, welche folgenden äußerst interessanten Tatbestand ergeben: Das Elektrizitätswerk erzeugte 1923 mit einem Personalstand von 3.560 Bediensteten 313 Millionen kWh Strom, 1963 mit einem Personalstand von 3.956 Bediensteten 2.400 Millionen kWh, das heißt, daß in diesen 40 Jahren die Stromerzeugung um 670 Prozent, oder das 7,7fache, der Personalstand jedoch nur um elf Prozent gestiegen ist. Noch interessanter liegen die Dinge beim Gaswerk. Dieses erzeugte im Jahre 1923 mit 2.929 Bediensteten 183,5 Millionen Kubikmeter Gas, während im Jahre 1963 mit 2.177 Bediensteten 690 Millionen Kubikmeter erzeugt werden, das heißt also, daß in diesem Zeitraum die Erzeugung um rund 270 Prozent gestiegen, der Personalstand aber um 752 Mann oder rund 25 Prozent gesunken ist. Und diese Entwicklung zeigt anhaltende

./.

Tendenz, was aber nicht heißt, daß wir heute die Leute wesentlich mehr ausnützen als dies 1923 geschehen ist, sondern es sind dies die Vorteile der fortschreitenden Rationalisierung und Mechanisierung in diesen Unternehmungen und eben die Auswirkungen des Grundsatzes 'je größer der Umsatz, umso größer der Nutzen'. Dieser Umstand ermöglicht es auch diesen beiden Unternehmungen ohneweiteres, die angeführte eingetretene Erhöhung der Personalkosten ohne größere Schwierigkeiten zu verkraften. Ein ähnliches Beispiel zeigt auch die Entwicklung bei den Wiener Verkehrsbetrieben. 1923 beförderten die Wiener Verkehrsbetriebe mit einem Personalstand von 15.119 Bediensteten und 108,8 Millionen gefahrenen Wagenkilometern 459,6 Millionen Fahrgäste. 1963 werden sie bei einem Personalstand von 11.688 Bediensteten und 109 Millionen gefahrenen Wagenkilometern 475 Millionen Fahrgäste befördern. Hier muß man allerdings berücksichtigen, daß die Wiener Verkehrsbetriebe einen Personalunterstand von rund 500 Bediensteten im Fahrdienst haben. Wenn man dies einkalkuliert, so ergibt sich, daß bei fast gleicher Anzahl der gefahrenen Wagenkilometer jedoch eine Steigerung der beförderten Fahrgäste um rund 15 Millionen eine Personalverminderung - hier ist es vor allem der moderne Wagenpark, Ein-Mann-Betrieb usw. - um rund 23 Prozent. Allerdings ist die Personaltangente so hoch, daß die Verkehrsbetriebe trotz größten Anstrengungen die Erhöhung der Personalkosten nicht zu verkraften in der Lage sind, sondern diese in Form einer Erhöhung des Abganges zum Ausdruck kommen.

Stadtwerke-Budget 3.786,5 Millionen

Im kommenden Wirtschaftsjahr wird der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke die Höhe von 3.786,5 Millionen Schilling erreichen, dem Einnahmen von 3.701,7 Millionen Schilling gegenüberstehen. Es ergibt sich für 1964 somit ein Abgang von 84,8 Millionen Schilling, das sind 2.2 Prozent des Gesamtaufwandes. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1963 war ein Abgang von nur 5,1 Millionen Schilling oder 0.15 Prozent präliminiert, demnach ist der vorliegende Wirtschaftsplan für das Jahr 1964 leider wieder schlechter, und zwar um 79,7 Millionen Schilling als der für das Jahr 1963. Diese Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Wiener Stadtwerke ist allein auf die im heurigen Jahr erfolgte Lohn- und Gehaltserhöhung zurückzuführen, die den Wiener Stadtwerken 1964 mindestens 134 Millionen Schilling zusätzliche Lasten bringen wird. ./.

Es ist ein Spiel mit Zahlen, aber doch interessant, zu untersuchen, wie aller Voraussicht nach der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke aussehen würde, wenn diese Gehaltserhöhungen, die ich, das sei ganz offen zugegeben, unseren Bediensteten von Herzen vergönne, nicht eingetreten wären. Der Wirtschaftsplan für 1964 weist ohne den Beitrag der Hoheitsverwaltung einen Abgang von 134,9 Millionen Schilling aus, die Gehaltserhöhung bringt zusätzliche Lasten von 134 Millionen Schilling, das heißt also, daß unsere Stadtwerke ohne jeden Zuschuß von seiten der Hoheitsverwaltung lediglich einen Abgang von einer runden Million Schilling hätten. Wenn wir unter dieser Voraussetzung einen Vergleich mit dem Jahresabschluß 1962 herstellen, so ergibt sich folgendes Bild: Ohne Zuschuß der Hoheitsverwaltung, der, wie Ihnen bekannt, 100 Millionen Schilling betrug, hätten wir einen Abgang von 108 Millionen Schilling, das heißt, daß das Jahr 1964, unter den Voraussetzungen, also ohne Gehaltserhöhungen, den Wiener Stadtwerken eine Ertragssteigerung von 107 Millionen Schilling gegenüber dem Abschluß 1962 gebracht hätte. Wieder ein Beweis, daß wir auf dem absolut richtigen Weg sind!

Günstige Prognose für die Zukunft

Daß wir aber auch diese Lohnerhöhung in sehr kurzer Zeit verkraften werden, zeigt das Beispiel 1960. In diesem Jahr mußten die Wiener Stadtwerke den 14. Monatsgehalt und die Mehrkosten für die 45-Stundenwoche im Gesamtbetrag von 84 Millionen Schilling zusätzlich aufbringen und das Defizit betrug 197 Millionen Schilling. 1962 war trotz dieser bleibenden Belastung der Abgang, wie Ihnen ja bekannt, nur mehr rund sieben Millionen Schilling. Nun aber wieder zurück zu den Wirtschaftsplänen 1964. Bei allen vier Teilunternehmungen konnte ein Mehrerlös gegenüber 1963 von insgesamt 292,9 Millionen Schilling in Ansatz gebracht werden, denen Mehraufwendungen in der Höhe von 372,6 Millionen Schilling gegenüberstehen; aus der Differenz ergibt sich die Verschlechterung um 79,9 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag für 1963. Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke für 1964 weist gegenüber dem Budget für 1963 eine Steigerung um rund 8.8 Prozent, die Erträge weisen eine Steigerung um rund 6.6 Prozent auf. Im Verhältnis zum Budget der Hoheitsverwaltung, welches eine 8.4prozentige Steigerung gegenüber dem Budget für 1963 aufweist, ist der veranschlagte Abgang der Wiener Stadtwerke mit 2.2 Prozent immerhin noch unter dem Prozentsatz der Hoheitsverwaltung gelegen, welches bekanntlich einen Abgang von 2.7 Prozent der Ausgaben vorsieht. Die Wiener Stadtwerke erreichen

./.

1964 49.9 Prozent der Ausgaben des Budgets der Hoheitsverwaltung und rund 50.1 Prozent der Einnahmen.

Die Elektrizitätswerke präliminieren für 1964 Aufwendungen ohne Subventionen in der Höhe von 1.504,9 Millionen Schilling, denen Erträge in der Höhe von 1.712,2 Millionen Schilling gegenüberstehen, sie rechnen daher mit einem Betriebsgewinn von 207,3 Millionen Schilling.

Die Gaswerke weisen einen Aufwand ohne Subvention von 828,8 Millionen Schilling und Erträge von 909,6 Millionen Schilling aus, rechnen ebenfalls mit einem betrieblichen Überschuß von 80,8 Millionen Schilling.

Die Städtische Bestattung präliminiert Aufwendungen in der Höhe von 106,2 Millionen Schilling und Erträge von 106,7 Millionen Schilling, woraus sich ebenfalls ein Gewinn in der Höhe von 0,5 Millionen Schilling ergibt.

Die Verkehrsbetriebe weisen einen Aufwand von 1.527,3 Millionen Schilling, denen Erträge ohne Subventionen und Zuschuß in der Höhe von 1.103,9 Millionen Schilling gegenüberstehen, aus, der betriebliche Abgang wird sich somit 1964 auf rund 423,4 Millionen Schilling belaufen. Dieser betriebliche Abgang von 423,4 Millionen Schilling, mit dem Betriebsabgang von 1963 mit 320,3 Millionen Schilling verglichen, ergibt eine Zunahme des Abganges um 103,1 Millionen Schilling. Davon entfallen allein über 80 Millionen Schilling auf den Personalsektor, 3,5 Millionen Schilling auf das höhere Entgelt an die Österreichischen Bundesbahnen für die Personenbeförderung auf der Schnellbahn, der Rest auf verschiedene Aufwandposten. Die Einzelergebnisse der Teilunternehmungen einschließlich der Subventionen und Zuschuß zeigen in Gegenüberstellung zum Budget 1963 und Abschluß 1962 folgendes Bild:

Die Elektrizitätswerke weisen für 1964 einen Gewinn von 117,3 Millionen S aus - 1963 78,4 Millionen S, im Abschluß 1962 72 Millionen S.

Die Gaswerke weisen einen Gewinn von 20,8 Millionen S aus - 1963 war ein Verlust von 3,4 Millionen S ausgewiesen und der Abschluß 1962 weist einen Gewinn von 32,8 Millionen S aus.

Die Verkehrsbetriebe weisen für 1964 einen Verlust von 223,4 Millionen Schilling aus, 1963 war der Abgang 80,3 Millionen S und der Abschluß 1962 brachte einen Verlust von 113 Millionen S. Die Bestattung präliminiert 1964 einen Gewinn von 0,5 Millionen S, 1963 war ein Gewinn von 0,2 Millionen S eingesetzt und der Abschluß 1962 brachte einen solchen von 0,5 Millionen S.

./.

Erfolgspläne der Teilunternehmungen

Die Elektrizitätswerke konnten im Jahre 1962 1.950 Millionen kWh Strom verkaufen. Der voraussichtliche Stromverkauf im laufenden Wirtschaftsjahr wird mit 2.122 Millionen kWh angenommen und um 122 Millionen kWh größer sein als im Wirtschaftsplan für 1963 angenommen worden war. Für das kommende Wirtschaftsjahr rechnen nun die Elektrizitätswerke mit einem Stromverkauf von 2.297 Millionen kWh, das ist um 175 Millionen kWh oder um 8.2 Prozent höher als für 1963 angenommen war. Von diesen 2.297 Millionen kWh können die Elektrizitätswerke 45.7 Prozent in ihren eigenen Werken erzeugen, während sie 54.3 Prozent von der Verbundgesellschaft beziehen und hierfür nicht weniger als 445 Millionen Schilling bezahlen müssen. Der Prozentsatz hat sich wieder etwas zu ungunsten der Elektrizitätswerke verschoben, weil zur Deckung des erhöhten Strombedarfes unsere eigenen Werke nicht ausreichen und daher Strom bei der Verbundgesellschaft gekauft werden muß.

Die Gaswerke haben im Jahre 1962 657,4 Millionen Kubikmeter Gas erzeugt, die Verkaufsmenge betrug 637,6 Millionen Kubikmeter Stadtgas. Der Erfolgsplan für 1963 sah eine Gaserzeugungsmenge von 670 Millionen Kubikmeter vor, und für 1964 veranschlagen die Gaswerke eine zu erwartende Gasabgabemenge von 750 Millionen Kubikmeter, das ist um 80 Millionen Kubikmeter oder zwölf Prozent mehr als für 1963 angenommen wurde. Die eingesetzte Erdgasmenge erfährt auch 1964 wieder eine Steigerung, und zwar von 315,3 Millionen Kubikmeter auf 350,4 Millionen Kubikmeter, ebenso der Ansatz für die zur Entgasung eingesetzte Kohle, und zwar von 310.000 Tonnen im Jahr 1963 auf 350.000 Tonnen 1964, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß der Durchschnittspreis der Kohle pro Tonne 1964 niedriger ist als 1963. Der Anfall von Koks wird entsprechend dem höheren Kohlendurchsatz etwas höher sein, und zwar 277.000 Tonnen gegenüber 250.000 Tonnen 1963. Der Durchschnittserlös für Koks steigt gegenüber 1963 wieder an, ebenso verbessert sich das Preisverhältnis Kohle zu Koks.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben im Jahr 1962 insgesamt 472,7 Millionen Fahrgäste befördert und nach den Beobachtungen im laufenden Wirtschaftsjahr ist wieder ein leichtes Steigen der Frequenzen zu verzeichnen, sodaß man rechnen kann, daß der zahlenmäßige Rückgang der Frequenzen nun endgültig zum Stillstand gekommen ist. Die Verkehrsbetriebe rechnen daher für 1964 mit 454 Millionen Fahrgästen im Einheitstarif (1963 waren es ebenfalls 454 Millionen) und mit 20,7 Millionen Fahrgästen im Sondertarif (innerstädtischer Autobus) - 1963 waren es 21 Millionen Fahrgäste - zusammen also mit 474,7 Millionen gegenüber 1963 mit 475 Millionen Fahrgästen.

Als Durchschnittserlös pro Fahrgast werden 1964 185 Groschen auf Straßenbahn und Stadtbahn eingesetzt, 1963 waren es ebenfalls 185 Groschen. Beim innerstädtischen Autobusbetrieb hat sich der

./.

Durchschnittserlös von 186,3 auf 180,6 Groschen pro Fahrgast vermindert.

Diese Verminderung des Durchschnittserlöses auf 180,6 Groschen ist auf ein zunehmendes Überwandern von den Autobuskurzstreckenkarten auf Straßenbahn-Kurz- und Teilstreckenkarten zurückzuführen. Es zeigt sich, daß die 1.50 und 2.50 Schilling Karten des innerstädtischen Autobusses zurückgehen, der Fahrgast fährt vom Ring auf der Straßenbahn mit einem Ein Schilling-Kurzstreckenfahrschein weiter.

Die Städtische Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan pro 1964 die Ansätze für die voraussichtliche Anzahl der Bestattungsfälle gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 27.600 Fällen angenommen.

Der Gesamtaufwand aller vier Teilunternehmungen einschließlich der Subventionen summiert, beziffert sich für 1964 auf 4.117,2 Millionen Schilling gegenüber 3.784,6 Millionen Schilling im Erfolgsplan 1963, das ergibt eine Steigerung um 8.8 Prozent. Die Erträge aller vier Teilunternehmungen ebenfalls einschließlich der Subventionen summiert, erhöhen sich von 3.779,5 Millionen Schilling auf 4.032,5 Millionen Schilling, die Steigerung ergibt hier 6.6 Prozent. Während die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke von 1962 auf 1963 um 5.9 Prozent und die Erträge um 6 Prozent gestiegen sind, so sind die Prozentsätze, die zwischen den Erfolgsplänen für 1963 und 1964 aufscheinen, schon wieder schlechter geworden, da einerseits die neuen Personallasten den Aufwandsprozentsatz erhöhen, andererseits die Erträge bei den Verkehrsbetrieben durch die Kürzung des Zuschusses seitens der Hoheitsverwaltung auf 50 Millionen Schilling absinken.

Die Entwicklung der einzelnen Teilunternehmungen, immer einschließlich der Subventionen, zeigt folgendes Bild: Bei den Elektrizitätswerken steigen die Aufwendungen gegenüber 1963 um 10 Prozent, bei den Gaswerken um 8.9 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben um 7.6 Prozent und bei der Bestattung um 7 Prozent. Die Erträge dagegen erhöhen sich bei den Elektrizitätswerken um 12 Prozent, bei den Gaswerken um 11.9 Prozent, bei der Bestattung um 7.3 Prozent, bei den Verkehrsbetrieben vermindern sich jedoch die Erträge um 2.6 Prozent gegenüber den Ansätzen für 1963.

./.

Das Personal der Wiener Stadtwerke

Die Gesamtziffer inklusive Jugendlicher und fallweise Beschäftigter beträgt für 1964 insgesamt 19.577 Aktive gegenüber 19.550 Bedienstete im Jahre 1963. Es ergibt sich somit eine Erhöhung des Gesamtpersonalstandes der Wiener Stadtwerke um 27 Bedienstete, die aus einer Verminderung um 18 Bedienstete bei den Elektrizitätswerken, aus einer Erhöhung um je 25 Bedienstete bei den Gaswerken und Verkehrsbetrieben sowie aus einer Reduzierung des Personalstandes um 5 Bedienstete bei der Bestattung resultiert.

Im einzelnen entfallen auf die Elektrizitätswerke 3.990, auf die Gaswerke 2.235, auf die Verkehrsbetriebe 12.779 und auf die Bestattung 573 Bedienstete, In diesen Personalständen sind insgesamt 123 kaufmännische Lehrlinge enthalten.

Bei den Pensionsparteien wird 1964 eine Verminderung um 412 Pensionisten, und zwar von 19.224 auf 18.812 Pensionsparteien angenommen, wobei die Elektrizitätswerke eine Reduzierung um 36, die Gaswerke eine um 13, die Verkehrsbetriebe um 378, die Bestattung hingegen eine Zunahme um 15 Pensionisten verzeichnen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionsparteien bei den Wiener Stadtwerken wird 1964 38.389 gegenüber 38.774 pro 1963 umfassen. Der tatsächliche Stand an Aktiven wie Pensionsparteien, ermittelt per 31. Oktober 1.J. ist folgender: 18.692 Aktiven stehen 19.073 Pensionsparteien gegenüber, wobei bei den Gaswerken und Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive 111 Pensionsparteien entfallen.

Der gesamte Personalaufwand einschließlich des Aufwandes für die Pensionisten inklusive gesetzlichen und freiwilligen Sozialaufwand steigt für die Wiener Stadtwerke von 1.368,4 Millionen Schilling im Jahre 1963 auf 1.483,9 Millionen Schilling im Jahre 1964, das kommt einer Steigerung um 8,4 Prozent gleich. Diese Steigerung ist bedingt durch die mehrmals erwähnte Lohn- und Gehaltserhöhung.

Die Investitionspläne

Die Wiener Stadtwerke haben die Absicht, im Jahre 1964 Investitionen für insgesamt 867,9 Millionen Schilling durchzuführen.

Die Situation für die Wiener Stadtwerke sieht auf dem Investitionssektor im Jahre 1964 leider nicht besser als in den vergangenen

./.

Wirtschaftsjahren aus. Von dem vorgesehenen Investitionsvolumen von 867,9 Millionen Schilling müssen vorderhand 47,2 Millionen Schilling gesperrt werden, sodaß an freien Beträgen 820,7 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Im einzelnen stehen den Teilunternehmungen in Gegenüberstellung zu den Investitionen des ablaufenden Wirtschaftsjahres folgende freie Mittel zur Verfügung:

Die Elektrizitätswerke präliminieren für 1964 493,4 Millionen Schilling, 1963 konnten sie für 512 Millionen Schilling Investitionen durchführen, die Gaswerke planen 1964 Investitionen im Betrage von 155,4 Millionen Schilling, im ablaufenden Wirtschaftsjahr 1963 standen ihnen insgesamt 179,6 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Verkehrsbetriebe haben für 1964 einen Investitionsaufwand von 166,6 Millionen Schilling vorgesehen, im Jahre 1963 konnten sie lediglich 140 Millionen Schilling investieren, da sie infolge der Lohn- und Gehaltserhöhung noch zusätzlich Investitionen im laufenden Jahr sperren mußten.

Die Bestattung sieht wie 1963 wieder 5 Millionen Schilling für Investitionen vor. Die Investitionspläne der Teilunternehmungen zeigen im einzelnen folgendes Bild:

Die Elektrizitätswerke verwenden die frei verfügbaren 493,4 Millionen Schilling folgendermaßen: Im ordentlichen Investitionsprogramm sind für den Ausbau der Kraftwerke (Simmering und Engerthstraße) 76,3 Millionen Schilling, für Umspann- und Unterwerke 98,7 Millionen Schilling vorgesehen. Für Leitungsnetze müßten rund 167 Millionen Schilling bereitgestellt werden, leider mußten gerade bei dieser wichtigen Post 33,4 Millionen Schilling gesperrt werden, sodaß die Elektrizitätswerke lediglich 133,6 Millionen Schilling für den Ausbau des Kabel- und Freileitungsnetzes zur Verfügung haben. Für die Energieversorgung der Verkehrsbetriebe sind 6,1 Millionen Schilling, für Ortsnetze 18,2 Millionen Schilling, für den Kundendienst, Zähler und Zeitschalter 17,1 Millionen Schilling und für sonstige Dienststellen Transportmittel und Restzahlungen zusammen 12,9 Millionen Schilling präliminiert. Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für die Weiterführung der Bauarbeiten der 100/110 MW-Dampfanlage in Simmering 130 Millionen Schilling vorgesehen. Entsprechend dem nach wie vor stark ansteigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1964 der Bau von Umspann- und Unterwerken in erhöhtem Tempo

./.

fortgesetzt. Fertiggestellt werden das Umspannwerk Liesing sowie die Schaltstelle Gumpoldskirchen, fortgesetzt wird der Bau der Umspannwerke Gaudenzdorf, Leopoldstadt, Mariahilf, Michelbeuern, Währing sowie die Erweiterung der 110 kV-Anlage im Umspannwerk Süd.

Die Umschaltungen von Gleich- auf Wechselstrom werden voraussichtlich im Jahre 1964 beendet werden.

Die den Gaswerken frei für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden 155,4 Millionen Schilling verteilen sich auf folgende große Gruppen: Für das Werk Simmering sind 27,3 Millionen Schilling vorgesehen, für das Werk Leopoldau 32,7 Millionen Schilling, für das Straßenrohrnetz 77,1 Millionen Schilling, für Gaszähler 16 Millionen Schilling und für sonstige Betriebsstellen, Betriebsgeräte und Kraftwagen 2,3 Millionen Schilling. Da die Bevölkerung in zunehmendem Maße zur bequemen Raumheizung mit Gas übergeht und dadurch bei Einbruch der kälteren Jahreszeit der Gasverbrauch enorm ansteigt, sind die Gaswerke gezwungen, zur Bewältigung dieser Verbrauchsspitzen in Leopoldau wie in Simmering weitere Erzeugungsanlagen zu bauen. So werden im Werk Simmering die Anlagen V und VI, mit deren Bau bereits begonnen wurde, 1964 fertiggestellt. Im Werk Leopoldau wird voraussichtlich die Rundkipperanlage fertiggestellt werden können, die Errichtung einer Koksaufbereitungsanlage wird weitergeführt, ebenso der Bau einer Perox-Gasentschwefelungsanlage. Besonders hervorzuheben unter den Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für das Straßenrohrnetz und Druckregler, wofür 77,1 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Hievon werden für die Auswechslung alter Rohre 24 Millionen Schilling aufgewendet.

Jede Stadt braucht öffentliche Verkehrsmittel

Bevor ich auf die Investitionstätigkeit der Wiener Verkehrsbetriebe im Jahre 1964 näher eingehe, möchte ich doch einige Worte zur Verkehrssituation in Wien sagen.

Der bekannte deutsche Verkehrsfachmann Professor Lehner, Hannover, hat in einem seiner grundlegenden Referate klar aufgezeigt, daß die Lösung der städtischen Verkehrsprobleme in einer richtigen Aufteilung zwischen dem individuellen und dem öffentlichen Verkehr gefunden werden muß. Keiner von beiden allein kann die mannigfaltigen Verkehrsaufgaben im Großraum einer Stadt erfüllen.

./.

Es geht daher einerseits um die Aufgabenteilung und andererseits um die Zusammenarbeit. Die Lösung ist also nicht in einem "Entweder - oder" sondern in einem "Sowohl - als auch" zu suchen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Individualverkehrs für die moderne Stadt wird von niemandem bestritten. Es sind aber dem Einsatz der Kraftwagen Grenzen gesetzt, die dort liegen, wo sein großer Straßenflächenbedarf eben nicht mehr befriedigt werden kann. Dies trifft besonders für die Innenräume einer Stadt zu. Hier liegt auch das wichtigste Arbeitsfeld des öffentlichen Verkehrs, weil dieser allein bei geringster spezifischer Straßenflächenbeanspruchung und größter Leistung je Spur in der Lage ist, den Massenverkehr, insbesondere während der Spitzenstunden, zu befriedigen. Daher ist auch in allen Großstädten der Welt - abgesehen von Autostädten wie Los Angeles - der Anteil am öffentlichen Verkehr in den Stadtinnenräumen auch heute noch beachtlich hoch. Er hängt von der Größe der Stadt, der Bevölkerungsdichte, dem Grad der Motorisierung, den Straßen- und Parkverhältnissen, dem Vorhandensein von Schnellbahnen usw. ab. Es ist interessant, daß die öffentlichen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr in Hamburg mit 81 Prozent, in London mit 93 Prozent, in New York mit 81 Prozent, in Wien mit 80 Prozent beteiligt sind, wenn man die Fußgänger nicht miteinrechnet. Diese Statistik zeigt, daß die Verkehrsschwierigkeiten, wie wir sie täglich während der Spitzenstunden in den zentralen Räumen erleben, durch eine kleine Zahl von Menschen ausgelöst werden, die sich nicht mit einem Platz in einem öffentlichen Verkehrsmittel begnügen, sondern einen Sitzplatz im Auto einnehmen. Einen besonders geringen Anteil an PKW-Fahrern hat London mit nur sieben Prozent. Und doch reichten diese sieben Prozent aus, um die Innenstadt zu verstopfen und die Flüssigkeit des Verkehrs weitgehend zu lähmen. Als dieser Anteil während des Busstreikes im Jahre 1958 auf 14 Prozent anstieg, waren die Verkehrsverhältnisse bereits katastrophal.

Das Leben fast aller Großstädte wäre hoffnungslos gelähmt, wenn nicht noch immer der weitaus größte Teil des Verkehrs von den öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt würde.

Man könnte hier einwenden, daß es trotz alledem in Amerika eine Anzahl von Städten gibt, in denen der Verkehr zu den Zentralräumen vorwiegend durch Autos bedient wird. In einigen Städten erreicht der Anteil der Autobenützer sogar 70 Prozent und mehr. Wir

./.

dürfen dabei aber nicht übersehen, daß es sich hier um junge Städte mit aufgelockerter Besiedlung handelt, die bereits unter dem gestaltenden Einfluß des Autos gewachsen sind und in denen man dem Auto jeden Tribut zollt, ohne daß auf eine historische Substanz Rücksicht genommen werden muß. Anders liegen eben die Verhältnisse in den europäischen Großstädten, deren Innenräume auch heute noch an die alten historischen Gegebenheiten gebunden sind.

Der Ausbau der vorhandenen Verkehrsflächen hat noch in keiner Stadt die erhoffte Erleichterung gebracht, da durch den zuströmenden Neuverkehr der Straßenraum auch weiterhin überbeansprucht wird. Auf diese Art und Weise wuchs zwar der Anteil des Individualverkehrs am Gesamtverkehr langsam in den Innenräumen, die verkehrlichen Verhältnisse haben sich aber nicht gebessert. Sie bewegen sich, solange die Zunahme der Motorisierung anhält, immer am Rande des Chaos bis der Verkehr eines Tages ganz zum Erliegen kommen wird.

In Wien, aber auch in keiner anderen europäischen Großstadt wird es möglich sein, den Verkehrsraum des Innengebietes so auszuweiten und die erforderlichen Parkplätze in einem derartigen Umfang und Ausmaß zu schaffen, daß auf die öffentlichen Verkehrsmittel verzichtet werden könnte. Auch dann nicht, wenn die Geschäftsgebiete weitgehend aufgelockert und dezentralisiert werden, eine Maßnahme, für deren Durchführung allein im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen von Haus aus Beschränkungen auferlegt sind. Die City braucht daher, um leben zu können, den öffentlichen Verkehr. Sie braucht ihn sogar in einem verstärkten Maße, weil nur in der Rückkehr zu flächensparenden Verkehrsmitteln die Chance liegt, die Verkehrsnot zu mildern.

Unser Jahrhundert steht jetzt bekanntlich im Zeichen der Rationalisierung. Auch die Wiener Verkehrsbetriebe machen davon Gebrauch, zum Beispiel durch großräumige Fahrzeuge und Doppeldecker, Motorisierung des Überwachungsdienstes, Einsatz von Funksprechanlagen, automatische Verkehrskontrolle, elektronische Fahrplan- und Dienstgestaltung, Totmann-Einrichtung, Ein-Mann-Bedienung, usw. Nun muß der Rationalisierungsgedanke aber auch bei der Neuordnung des Verkehrs durchdringen, das heißt, daß die Planungen so auszurichten sind, daß mit wirtschaftlich tragbaren Mitteln der größte Verkehrseffekt und der beste Wirkungsgrad im Hinblick auf die nun einmal begrenzten Verkehrsflächen erreicht wird. Immer aber muß man sich vor Augen halten, daß die Aufgabe heißt 'Menschen und nicht Fahrzeuge zu bewegen'.

./.

Wenn man die Reisegeschwindigkeiten in den ausgesprochenen Stadtzentren betrachtet, so kann man ja wirklich nicht mehr von einem rationellen Betrieb sprechen. Wir sehen hier Reisegeschwindigkeiten, die während der Spitzenstunde im Durchschnitt auf acht Kilometer heruntergesunken sind. Die Einhaltung des Fahrplanes ist somit nicht nur bei uns, sondern in den meisten Städten in den Flutstunden zu einem ernsten Problem geworden. Durch die zweifellose Benachteiligung der Signalisierung (die grüne Welle kommt ihnen kaum zugute) sind die öffentlichen Verkehrsmittel stärkeren Behinderungen unterworfen als die individuellen. Die Anstrengung der Verkehrsbetriebe, die Verkehrsabwicklung durch technische Verbesserungen zu beschleunigen und die Unregelmäßigkeiten auszugleichen, waren nicht ganz ohne Erfolg. Trotzdem können die Geschwindigkeitsverluste in den Innenbezirken nur zum Teil durch schnelleres Fahren in den äußeren Bezirken wieder aufgeholt werden. Abgesehen davon, daß diese Mängel der Verkehrsbedienung die Abwanderung der Fahrgäste zu den privaten Verkehrsmitteln fördert, wird der Betrieb durch die Unregelmäßigkeiten und das Sinken der Reisegeschwindigkeit verteuert, da bei gleichem Platzangebot mehr Fahrzeuge und mehr Personal eingesetzt werden müssen.

Im Rahmen der Verkehrsrationalisierung gehört in erster Linie die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für den öffentlichen Verkehr in den Stadtinnenräumen. Dies kann geschehen:

durch Zurverfügungstellung der gesamten Straßenfläche für den fließenden Verkehr, durch Parkverbote, insbesondere in Straßen mit Straßenbahnen und Autobussen,

durch horizontale Trennung der Verkehrsarten, wie zum Beispiel durch Sperrung von Straßen für den Autoverkehr, besondere Bahnkörper für Straßenbahnen, besondere Fahrspuren für Autobusse,

durch vertikale Trennung der Verkehrsarten durch Herausnahme des öffentlichen Verkehrs aus der Oberfläche und Verlegung in die zweite Ebene. Diese Maßnahme ist wohl die wirksamste, um die zuverlässige und schnelle Bedienung der Stadtinnenräume zu erreichen. Generell ist festzustellen, daß Städte, die bereits über Hoch- oder Untergrundbahnen verfügen, wie London, Berlin, Hamburg, Stockholm, Madrid, Barcelona, Lissabon, Moskau, Leningrad und Kiew in der Nachkriegszeit ihre Netze erweitert haben oder ihren Ausbau planen. Mailand, Rotterdam und Oslo haben bereits mit den Bauarbeiten für ein Schnellbahnsystem in der zweiten Ebene begonnen. ./.

Städte wie München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Hannover, Bremen und Basel beabsichtigen auf großen Strecken den Straßenbahnbetrieb unterirdisch zu führen, während die verbleibenden restlichen Strecken vorwiegend auf selbständigem Gleiskörper verlegt werden sollen. Die Unterpflasterstraßenbahnen haben eben den großen Vorteil, daß die vorhandenen Fahrzeuge, Betriebsbahnhöfe, Werkstätten und die Stromversorgungsanlagen weiterhin verwendet werden können und daß die Einheit des Netzes mit seinen bewährten alteingefahrenen Verkehrsbedingungen nicht zerrissen wird. Auch kann ein jeweils fertiggestellter Streckenabschnitt mittels provisorischer Rampen sofort in Betrieb genommen werden und der Entlastung der Oberfläche nutzbar gemacht werden. Besonders vorteilhaft erscheint es, daß mit der Unterführung überlasteter Verkehrsknotenpunkte wie zum Beispiel am Schottentor begonnen wurde. Gleichzeitig erscheint stets eine Überprüfung der Liniennetze erforderlich. Der öffentliche Verkehr muß wieder attraktiv und wettbewerbsfähig werden. Er muß wieder zu seiner einstigen, nunmehr schon Jahrzehnte zurückliegenden Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit auch in der Spitzenstunde zurückfinden. Nur sichere, wirtschaftliche und leistungsfähige Verkehrsmittel mit guten Fahreigenschaften, ausreichendem Fahrkomfort und hoher Reisegeschwindigkeit werden in der Lage sein, diese Aufgaben zu meistern. Der individuelle Verkehr muß aber verstehen, daß er allein die verkehrlichen Aufgaben in den Städten und Ballungsräumen nicht übernehmen kann. Der Individualverkehr muß sich damit abfinden, daß das Auto in den Stadtinnenräumen bereits seine wesentlichen Vorzüge, wie die hohe Geschwindigkeit, das von Haus-zu-Haus-Fahren usw. verloren hat und daß er im Interesse der Erhaltung der Lebenskraft der zentralen Räume als Wirtschafts- und Kulturzentren manche Beschränkung hinnehmen muß, die ihn entmutigen soll, die Innenräume aufzusuchen.

Die Neuordnung des öffentlichen Verkehrs erfordert somit hohe finanzielle Aufwendungen. Es sei hier in erster Linie an den Bau der zweiten Ebene gedacht, an die bauliche Anpassung der Verkehrsanlagen an städtebauliche Maßnahmen usw. Die hohen Kosten für diese Investitionen können keinesfalls von den Betrieben selbst getragen werden, das gilt für alle Städte und genauso für Wien. Eine solche Belastung würde weit über die Finanz-

./.

kraft auch eines finanziell gut fundierten Unternehmens hinausgehen. Hierauß den Verkehrsbetrieben weitgehendst finanzielle Hilfe geleistet werden. Wenn ein öffentliches Verkehrsunternehmen die Bitte und Forderung um Unterstützung mit starkem Nachdruck verbringt, so geschieht dies aus der Verantwortung heraus, die es als Träger des öffentlichen Verkehrs der Bevölkerung gegenüber hat.

Der Wiener Gemeinderat hat am 30. November 1961 zum städtebaulichen Grundkonzept des Stadtplaners Professor Rainer Stellung genommen, wobei hinsichtlich der Vorsorge für den Massenverkehr folgender Antrag genehmigt wurde: "Um eine möglichst reibungslose und wirtschaftliche Verbindung aller Stadtteile zu gewährleisten, ist in erster Linie die Entwicklung aller öffentlichen Verkehrsmittel erforderlich. Hierbei gilt es, jedes weitere Abwandern von Fahrgästen vom Massenverkehr zum Individualverkehr durch Verbesserung des Massenverkehrs in jeder Hinsicht möglichst hintanzuhalten, soll nicht die schon jetzt strecken- und zeitweise prekäre Verkehrssituation auf den Straßen noch wesentlich verschärft werden. Dies gilt insbesonders auch für die Verbindungen zu den städtebaulichen Entwicklungsgebieten; aus diesem Grunde wird eine der wichtigsten Maßnahmen der Verkehrspolitik die Verlängerung der Stadtbahn nach Süden über die Philadelphiabrücke in den Raum von Liesing und nach Norden bis zur Engerthstraße mit Anbindung an die Schnellbahn nach Floridsdorf durch ein leistungsfähiges schienengebundenes Massenverkehrsmittel sein. Ich möchte hier einfügen, daß dieses Massenverkehrsmittel nur eine Verlängerung der Stadtbahn nach Süden und Norden sein kann und ein anderes System nicht in Frage kommt. Durch die Umgestaltung einer Reihe von Verkehrsknoten müssen die Umsteigeverbindungen für die Teilnehmer am Massenverkehr verbessert werden, wie überhaupt dem Schutz der Fußgänger besonderes Augenmerk zuzuwenden ist. Dem Ausbau der Massenverkehrsmittel auf der Lastenstraße in geeigneter Form kommt in diesem Zusammenhang gleichfalls große Bedeutung zu".

So richtig dieser Teil des Grundkonzeptes Professor Rainers ist, steht heute bereits fest, daß nicht nur in der Lastenstraße der öffentliche Verkehr in die zweite Ebene verlegt werden muß. Schon hat die städtische Planungskommission den Bau eines rund zwei Kilometer langen Straßenbahntunnels am Gürtel zwischen Südtiroler

./.

Platz und Eichenstraße beschlossen. Die zweckmäßigsten und auf die Dauer haltende Lösung des Problems Karlsplatz wird wohl nur dann gefunden werden, wenn man sich entschließt - sowie es das ursprüngliche Projekt Professor Rainers vorsah - die Favoritner Straßenbahnlinien zumindest ab Paulanerkirche in die zweite Verkehrsebene hinunter zu legen. Dieselbe Notwendigkeit wäre heute schon gegeben für die Linien der Währinger Straße und der Burggasse - Siebensterngasse. Ungeheure Aufgaben, verbunden mit schweren finanziellen Opfern, die von der Wiener Stadtverwaltung in nächster Zukunft in Angriff genommen werden müssen. Die Kosten werden beträchtlich sein, das ist jedoch ein sehr relativer Begriff. Ein Maximum der Wirtschaftlichkeit in der Investition öffentlicher Mittel für den Verkehr kommt dann zustande, wenn sie in erster Linie zum Ausbau derjenigen Verkehrsart verwendet werden, die den verfügbaren Verkehrsraum am günstigsten ausnützt. Je mehr und je schneller das öffentliche Verkehrsmittel gefördert, erweitert, modernisiert und durch bauliche Maßnahmen vom übrigen Verkehr getrennt wird, desto eher zeigt sich im Nutzeffekt eine Investitions-Einsparung, die den Städten nicht nur die Erhaltung des Stadtbildes, sondern vor allem den Stadtzentren ihre Wertsubstanz und ihre Wirtschaftskraft erhält. Die anerkannten Fachexperten Bockemühl und Bande kommen zu dem zwingenden, wenn auch revolutionären Schluß: "Die Notwendigkeit, den Ausbau weiterer Autostraßen zugunsten von U-Straßenbahnen einzuschränken, liegt auf der Hand, weil in der heutigen kritischen Lage jene Gesundungsmaßnahmen getroffen werden müssen, die den raschesten Erfolg versprechen. Auch der Bau von U-Straßenbahn-Tunnels ist Straßenbau, jedoch mit sechs-bis achtfachem Nutzeffekt!" Leider hat sich diese wichtige Erkenntnis der modernen Verkehrsplanung in unserer Stadtverwaltung noch nicht durchgesetzt. Wir vernachlässigen derzeit immer noch sträflich den Ausbau und die Modernisierung unseres öffentlichen Verkehrs, bauen aber mit einem Aufwand von hunderten Millionen eine Autostraße um die andere. Es ist in dieser Budgetdebatte sehr viel von der Rangordnung der Probleme unserer Kommunalpolitik gesprochen worden. Im Gegensatz zu einem sozialistischen Debattenredner muß ich feststellen, daß unser Generalredner Präsident Mühlhauser eindeutig dem Wohnungsbau Rangnummer eins gegeben hat.

./.

Die Rangnummer 2 gehört meiner Ansicht nach unbedingt dem verstärkten Ausbau unseres öffentlichen Verkehrs. Leider muß ich feststellen, daß dieser meiner Forderung das Budget 1964 absolut nicht gerecht wird. Während allein für den Straßen- und Brückenbau 294,1 Millionen Schilling ausgewiesen werden, die zum allergrößten Teil dem Individualverkehr dienen, steht den Wiener Verkehrsbetrieben für den gesamten Investitionsaufwand, also nicht nur für verkehrsverbessernde Investitionen, sondern auch für die Erhaltung der bestehenden Anlagen, des Wagenparkes usw. ein Betrag von nur 166,8 Millionen Schilling zur Verfügung! Diese Diskrepanz ist unwahrscheinlich groß und ich kann nur hoffen, daß sich über kurz oder lang - je früher umso besser - in unserer Stadtverwaltung die richtige Wertigkeit dieser Dinge durchsetzt und dann wird auch das für die Rettung unseres öffentlichen Verkehrs notwendige Geld zur Verfügung stehen.

Allen Ernstes wird aber auch die Frage zu prüfen sein, und ich habe dies schon einmal zum Ausdruck gebracht, ob die Rettung des öffentlichen Verkehrs unserer Bundeshauptstadt Wien einzig und allein Sache der Wiener Stadtverwaltung ist, oder ob nicht auch der Bund hier helfend einzugreifen hat. Viel zu stark ist die Verflechtung zwischen Verkehr und Wirtschaft. Ein gut funktionierender Verkehr hebt die Ertragslage unserer Wirtschaft und stärkt damit deren Steuerkraft, ein schlecht funktionierender Verkehr hemmt und schwächt beides! In Amerika hat sich diese Erkenntnis bereits durchgesetzt und in einer Botschaft an den Kongreß hat Präsident Kennedy am 4. April 1962 zum Ausdruck gebracht, daß es, um die Verkehrsnot in den Städten zu beheben, notwendig sei, "diesen langfristige finanzielle und technische Hilfeleistung seitens des Bundes zu gewähren, damit ein umfassendes und wohl ausgewogenes städtisches Verkehrssystem, das so dringend notwendig ist, geplant und entwickelt werden kann." So wie die Behebung der Wohnungsnot schon längst nicht nur die Sache der Städte, sondern auch der Länder und des Bundes geworden ist, so wie in Westdeutschland auf Grund beschlossener Gesetze, Bund, Länder und Städte sich gemeinsam bemühen, die Verkehrsnot der Städte zu beheben, müßten auch bei uns im Interesse der Gesamtbevölkerung und im Interesse der Wirtschaft möglichst bald ähnliche Wege beschritten werden. Man kann auf die Dauer die Städte

in dieser ihrer Not nicht allein lassen, da ansonsten die Gefahr besteht, daß der Verkehr zum Chaos wird und dadurch ungeheure Verluste für unsere Wirtschaft und damit für uns alle entstehen.

Ich kann in diesem Zusammenhang nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es Dank der Initiative und der unnachgiebigen Haltung der Wiener ÖVP-Fraktion im Gemeinderat und Parlament endlich gelungen ist, zum ersten Schritt zur Gleichberechtigung des Landes Wien mit den übrigen Bundesländern in punkto Übernahme von Landesstraßen in die Obhut des Bundes gekommen ist. Mit dieser Feststellung möchte ich aber gleich die Hoffnung verknüpfen, daß die vielen, vielen Millionen, die sich dadurch das Land und die Stadt Wien in Zukunft ersparen werden, einzig und allein für den verstärkten Ausbau und die verstärkte Förderung des öffentlichen Verkehrs verwendet werden.

Führen wir den öffentlichen Verkehr aus dem Engpaß, in den ihn der ungeheuer angeschwollene Individualverkehr gedrängt hat, wieder heraus und er wird seine Fahrgäste, so wie er es ja schon Jahrzehnte lang getan hat, schneller, sicherer, bequemer und auch billiger an ihr Reiseziel bringen als jedes Privatauto! Wer könnte wohl leugnen, daß zum Beispiel vom Schwedenplatz die Meidlinger Hauptstraße nicht nur zur Zeit der Verkehrsspitze, sondern wohl zu jeder Tageszeit am schnellsten, bequemsten und sichersten und darüber hinaus auch am billigsten mit der Stadtbahn in ihrer Unabhängigkeit vom Individualverkehr erreicht werden kann. Befreien wir also unseren öffentlichen Verkehr von den Fesseln, die ihm angelegt wurden, geben wir ihm wieder den für ihn unbedingt notwendigen Verkehrsraum - in der heutigen Situation kann dies wohl nur mehr die zweite Ebene sein und er wird die Aufgabe, seine Fahrgäste schnell und sicher, aber auch bequem und billig an ihr Fahrziel zu bringen, hundertprozentig erfüllen.

Die Investitionen der Verkehrsbetriebe

Und nun zum Investitionsplan der Wiener Verkehrsbetriebe für das Jahr 1964. Die Verkehrsbetriebe hätten für das laufende Wirtschaftsjahr 1963 157,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Infolge der im heurigen Jahr erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhung, für die keine Bedeckung vorgesehen war, mußten die Verkehrsbetriebe intern Investitionen sperren, sodaß sie voraussichtlich

./.

nur 140 Millionen Schilling für Investitionen ausgeben können. Für das Jahr 1964 sind Investitionen in der Höhe von 170,7 Millionen Schilling vorgesehen, davon jedoch 3,9 Millonen Schilling gesperrt, sodaß 166,8 Millionen Schilling frei zur Verfügung stehen. Davon entfallen auf substanzerhaltende und verkehrsverbessernde Investitionen 90,7 Millionen Schilling. Groß ist im kommenden Jahr der Anteil der Investitionen, die durch Umbauten des Stadtbauamtes verursacht werden, und zwar insgesamt 55,6 Millionen Schilling. Im Rahmen des Fünf-Jahresplanes werden 1964 noch 20,4 Millionen Schilling ausgegeben.

Im einzelnen sind für Gleisanlagen (Projekte der Verkehrsbetriebe) 20 Millionen Schilling vorgesehen, für Gleisanlagen, durch Umbauten der Magistratsabteilung 28 verursacht, 48.2 Millionen Schilling wovon 20,4 Millionen Schilling allein für den Umbau der Quellenstraße von der Favoritenstraße bis zur Triester Straße inklusive Gleisprovisorien am Matzleinsdorfer Platz benötigt werden. Weiter wird die Taborstraße von der Heinestraße bis zur Nordbahnstraße umgebaut, wofür acht Millionen Schilling bereitgestellt sind, das Gleisprovisorium Auerspergstraße-Museumstraße-Messeplatz wird 4,9 Millionen Schilling kosten, für die Unterfahrung der Donauländebahn an der Breitenfurter Straße sind 8,7 Millionen Schilling vorgesehen und die Fertigstellung der Gleisanlagen in der Erzherzog Karl-Straße wird noch 3,3 Millionen Schilling kosten.

Für die Fertigstellung des Umbaues der Stadtbahnhaltestelle Hietzing sind 1964 5,1 Millionen Schilling vorgesehen und im Zusammenhang mit dem Umbau der Lobkowitzbrücke ist der Neubau eines Stellwerkes für die Stadtbahn in Meidling notwendig geworden, das 2,3 Millionen Schilling kostet. Für den Ersatz für auszuscheidende überalterte Straßenbahnwagen sind 34,5 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Fortführung des Umbaues des Bahnhofes Grinzing-in eine Autobusgarage sind 1964 sechs Millionen Schilling ausgeworfen. Der Umbau der Stadtbahntriebwagen auf Totmanneinrichtung wird 1964 mit einer ersten Rate mit zehn Millionen Schilling begonnen.

Die zweite Rate von zwölf Millionen Schilling kann erst 1965 bereitgestellt werden, sodaß sich erst ab Frühjahr 1966 diese Rationalisierungsmaßnahmen auswirken kann. Wie ich Ihnen ja schon einmal berichtet habe, ersparen sich die Verkehrsbetriebe mit der Einführung der Totmanneinrichtung rund 100 Bedienstete, das sind jährlich zirka 4,5 Millionen Schilling, sodaß sich diese Investition in fünf Jahren bezahlt gemacht haben wird.

Für die Anschaffung großräumiger Autobusse sind 10,4 Millionen Schilling vorgesehen und es ist beabsichtigt, dafür acht Gelenkautobusse anzuschaffen.

./.

Im vorigen Jahr habe ich Ihnen in meiner Budgetrede einen Versuch der Verkehrsbetriebe angekündigt, der zum Ziele hat, einen Beitrag zur Verbesserung der Luft in den Wiener Straßen zu leisten. Es wurde nun vor einigen Monaten ein Autobus der Verkehrsbetriebe für den Mischbetrieb-Flüssiggas-Dieselöl umgebaut, der Probebetrieb verlief in Holland zur vollsten Zufriedenheit. Der erste Zwischenbericht brachte mehr als erwartet wurde. Bei dem Mischbetrieb mit 40 Prozent Flüssiggas und 60 Prozent Diesel konnte folgendes erreicht werden: erstens eine zehnprozentige Leistungssteigerung, zweitens eine zehnprozentige Senkung des Treibstoffverbrauches, drittens eine Verringerung des Motorgeräusches und viertens eine Verbesserung der Verbrennung mit einer 65prozentigen Senkung der Rußbildung. Die gesammelten Erfahrungen sind durchwegs positiv, sodaß die Verkehrsbetriebe daran gehen werden, in nächster Zeit weitere Autobusse mit den Zusatzgeräten auszustatten und wenn sich diese Versuchsumbauten in Wien weiter bewähren, wird daran gedacht, den gesamten Autobuspark mit den Zusatzgeräten auszustatten.

An interessanten Details enthält der Investitionsplan der Verkehrsbetriebe noch folgendes: Die Fertigstellung der baulichen Umgestaltung der Autohauptwerkstätte. Damit wird eine 40prozentige Kapazitätserhöhung bei nur 15 Prozent Personalmehrbedarf erreicht.

Die Schleifenanlage in Stammersdorf wird fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, damit können auch auf dieser Linie moderne Einrichtungsgroßraumwagen zum Einsatz gebracht werden. Für den Umbau von Beiwagen für schaffnerlosen Betrieb sind 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Es sollen nach Genehmigung des bereits umgebauten Probewagens durch die Aufsichtsbehörde vorderhand zirka 20 Beiwagen umgebaut werden, um eine Linie für einen schaffnerlosen Beiwagenbetrieb auszustatten, um so Erfahrungen sammeln zu können.

Die Bestattung sieht Investitionen im Betrage von fünf Millionen Schilling vor. Diese werden für die Ausgestaltung von Filialen, für verschiedene Anschaffungen im Sargerzeugungsbetrieb und in der Bestattungsabteilung zur Anschaffung von fünf Totentransport-Spezialkraftfahrzeugen, drei Blumenwagen und verschiedene Aufbahrungsgegenstände verwendet.

Sie ersehen aus meinen Ausführungen, daß die Wiener Stadtwerke mit diesen Investitionssummen ebenfalls einen hervorragenden Anteil an der Vollbeschäftigung unserer Wirtschaft haben und damit zum Wohlstand unserer Bevölkerung einen wesentlichen Beitrag leisten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

85. Geburtstag von Karl Przibram

19. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Physiker Univ.Prof.i.R. Dr. Karl Przibram das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er sich 1905 habilitierte und seit 1920 auch am Radiumforschungsinstitut arbeitete. 1938 außer Dienst gestellt, ging er 1940 nach Brüssel und kehrte 1946 in seine Heimatstadt zurück. Ein Jahr später erfolgte seine Ernennung zum Ordinarius für Physik und zum Vorstand des II. Physikalischen Institutes sowie seine Wahl zum wirklichen Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sein spezielles Forschungsgebiet sind Kernphysik und die Luminiszenz. Weiter beschäftigte er sich mit den elektrischen Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten sowie mit allen Fragen, die Jonen betreffen. Professor Przibram gehört zu den bedeutendsten österreichischen Physikern. Er ist mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetreten und hat sich auch als Lehrer hohe Wertschätzung erworben. 1955 wurde ihm der Preis der Stadt Wien für Naturwissenschaften verliehen.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in dieser Woche

19. Dezember (RK) In dieser Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Freitag, 20. Dezember:

19.30 Uhr, Währing, Martinstraße 100, 2. Stock, Festsaal.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 23. Dezember bis 5. Jänner

19. Dezember (RK)

Freitag, 27. Dezember:

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Dianko Iliew; nachgeholt vom 8. Dezember 1963 (Mozart: Sonate a-moll KV 310; Beethoven: Mondscheinsonate cis-moll op. 27/2; Debussy: Trois Préludes; Chopin: Nocturnes)

19.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Konzerthausgesellschaft: 4. Konzert im Zyklus II; Klavierabend Jörg Demus (Haydn: Andante von Variazioni f-moll; Beethoven: Sonate A-dur op. 2/2; Schubert: Wanderer-Phantasie C-dur; Mozart: Phantasie c-moll KV 475, Rondo a-moll KV 511, Eine kleine Gigue G-dur KV 574; Beethoven: Waldstein-Sonate C-dur op. 53)

19.30 Uhr, Schubertsaal (KH): Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert

Samstag, 28. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 5. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Schubert: Ouverture "Der häusliche Krieg"; Mozart: Violinkonzert G-dur KV 216; Bruckner: 4. Symphonie Es-dur)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus XIV; Klavierabend Jörg Demus (Schubert, Schumann, Chopin)

Sonntag, 29. Dezember:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Schubert, Mozart, Bruckner)

19.30 Uhr, Kammersaal (MV): Ensemble Ella Kasteliz: Weihnachtskonzert

Montag, 30. Dezember:

10.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Voraufführung des Silvesterkonzertes der Wiener Philharmoniker für das österreichische Bundesheer

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus III A (Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Schubert, Mozart, Bruckner)

./.

Dienstag, 31. Dezember:

15.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus III B (Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Schubert, Mozart, Bruckner)

18.00 Uhr, Loggia des Rathausturmes: Kulturamt der Stadt Wien: Silvester-Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien, Leitung Josef Hadraba

20.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Mittwoch, 1. Jänner:

11.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Donnerstag, 2. Jänner:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Österreichs Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Schubert, Mozart, Bruckner)

Freitag, 3. Jänner:

19.30 Uhr, Kammersaal (MV): Klavierabend Jenny Protopapa (Werke von Frédéric Chopin)

Samstag, 4. Jänner:

19.30 Uhr, Gr.M.V.Saal: Volksbildungskreis: 4. Konzert im Zyklus "Musik der Meister"; Wiener Symphoniker, Linzer Singakademie, Wiener Kammerchor, Ursula Rhein (Sopran), Sonja Kolisko (Alt), Erich Kienbacher (Tenor), Royce Reaves (Baß), Dirigent Kurt Wöss (Beethoven: 1. Symphonie und 9. Symphonie)

Sonntag, 5. Jänner:

10.30 Uhr, Mozartsaal (KH): Wiener Kammerorchester: 4. Konzert im Matineen-Zyklus; mitwirkend Marianne Bonnet (Klavier), Dirigent Edgar Seipenbusch (Fasch: Sonata a 4 für Streicher, Mozart: Klavierkonzert B-dur KV 465 und Symphonie Es-dur KV 297; Haydn: Symphonie Nr. 44)

16.00 Uhr, Gr.M.V.Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Mimi Coertse (Sopran), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Mozart: Symphonie KV 550; Mahler: 4. Symphonie)

19.30 Uhr, Brahmssaal (MV): Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Hans Hotter, am Flügel Walter Klien; nachgeholt vom November 1963 (Schumann: Dichterliebe; Brahms: Vier ernste Gesänge; Schubert: ausgewählte Lieder)

\- - -

Die Straßenbahn zu Weihnachten und Neujahr

19. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 25. (Christtag) und Donnerstag, dem 26. Dezember (Stephanitag) sowie am Mittwoch, dem 1. Jänner (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. An diesen Tagen gelten daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer-Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf", außerdem die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II. Ungültig sind die Kurz- und Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Drei-Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Autobus-Anschlußlinien der Drei Schilling-Fahrschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Dienstag, dem 24. Dezember 1963, von 6.30 bis 14 Uhr, Dienstag, dem 31. Dezember 1963 von 6.30 bis 16 Uhr und Mittwoch, dem 1. Jänner 1964, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Mittwoch, dem 25. und Donnerstag, dem 26. Dezember 1963 bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse 6, Rahlgasse 3, ist am Dienstag, dem 24. und Dienstag, dem 31. Dezember 1963 von 8 bis 15 Uhr geöffnet, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Donnerstag, den 9. Jänner 1964 statt.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über die Städtischen Unternehmungen

19. Dezember (RK) GR. Adelpoller (SPÖ) verweist auf die gigantischen Leistungen der Städtischen Unternehmungen seit 1945. Für den Aufbau und den Ausbau der Stadtwerke wurden seit dieser Zeit 7,7 Milliarden Schilling investiert. Ein Betrag, der natürlich zur Gänze der Wirtschaft zugeflossen ist. Die E-Werke erzeugen fast achtmal mehr Strom als in der Vorkriegszeit und die Gaswerke haben ihre Produktion fast verdreifacht. Die ungünstigere Situation der Verkehrsbetriebe ist ja vor allem durch die sozialen Tarife verursacht.

Der Redner verweist auch auf die hohen Personalkosten der Stadtwerke. Die Bezahlung der Gehälter und Pensionisten der 19.400 Aktiven und 19.073 Pensionisten erfordert mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben der Unternehmungen.

GR. Kowarsch (ÖVP) betont, daß die Stadtwerke gesund sind und drei Unternehmungen hoch aktiv genannt werden können. Die E-Werke haben einen Gewinn von 207,3 Millionen Schilling, die Gaswerke von 80,8 Millionen und die Bestattung von 0,5 Millionen Schilling. Nur die Verkehrsbetriebe sind passiv, dies allerdings in einem erschreckenden Ausmaß. Die Sozialtarife sollten daher von der Hoheitsverwaltung getragen werden. Gas- und E-Werke müssen einen Teil ihres Gewinnes, und zwar 150 Millionen Schilling, an die Verkehrsbetriebe abliefern. Dieses Geld würden sie aber selbst für Investitionen brauchen, um die Produktion erweitern zu können. Die Gaswerke brauchen neue Erzeugungsanlagen für den steigenden Bedarf und auch die E-Werke werden dem wachsenden Strombedarf Rechnung tragen müssen. Außerdem sollte man das Verhältnis Fremdstrom-Eigenstrom durch den stärkeren Ausbau der eigenen Anlagen verbessern. In diesem Zusammenhang: Es heißt, daß die Verbundgesellschaft den Stromvertrag mit Wien nicht verlängern will, der 1968 abläuft. Es wird dabei von einer Tariferhöhung gesprochen.

Die Umstellung von Gleich- auf Wechselstrom sei erfreulicherweise fast abgeschlossen. Überhaupt müßte die ausgezeichnete Arbeit bei den Gas- und E-Werken gewürdigt werden. Die letzte

./.

Gaspreiserhöhung hat im Jahre 1958 stattgefunden, wobei der Preiserhöhung von acht Prozent eine Erhöhung des Kalorienwertes um 9.5 Prozent gegenüberstand. (Die letzte wirkliche Preiserhöhung war somit schon 1951!) Die seit 1958 erfolgten Preis- und Lohnerhöhungen konnten somit ohne Verteuerung des Stadtgases aufgefangen werden. Die Produktionssteigerung von 503 auf 750 Millionen Kubikmeter konnte sogar bei einer Senkung des Personalstandes erbracht werden.

Auch bei den E-Werken sei die letzte Preiserhöhung 1958 erfolgt und der Strompreis trotz Lohnerhöhungen gehalten worden. Der Redner lobte, daß es nicht viel so erfolgreiche Unternehmungen in Österreich gäbe. Nach dem Hinweis auf die Nützlichkeit eines neuen Laufkraftwerkes für Wien schloß der Redner mit dem Dank für ihre ausgezeichnete Arbeit an die Arbeiter, Direktoren sowie an den Amtsführenden Stadtrat.

Der nächste Debattenredner ist GR. Peter (FPÖ), der eingangs betont, daß Kritik nicht mit Anschuldigung zu verwechseln sei. Er bezieht sich auf die vorjährige Budgetdebatte und meint, daß die darin geforderten "endgültigen Sanierungsbeschlüsse" noch nicht gefaßt worden seien. Nach dem Hinweis auf den Gebarungsabgang wird festgestellt, daß dieser ausschließlich auf die Verkehrsbetriebe zurückgehe, welche allein aus Darlehenstilgungen eine Belastung von 74 Millionen Schilling im letzten Jahr zu tragen gehabt hätten. Diese Belastungen müßten den Stadtwerken abgenommen werden. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Von wem?)

Der Redner schneidet die Frage der Sozialtarife an, die er als ungelöstes Problem bezeichnet. Auch seien manche Anregungen, die Kommerzialisierung der Stadtwerke betreffend, nicht aufgegriffen worden. Der Redner bemängelt, daß das Personal dem Personalstadtrat, und nicht den Ressortstadträten unterstehe. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Weil's praktisch ist!) Durch Modernisierungen sei der Strom- und Gasbedarf weiter steigerungsfähig. GR. Peter regt abermals die Schaffung kalorischer Kraftwerke an, auf deren Vorteile er hinweist. Er streift ferner die Beschwerden über die zahlreichen Aufgrabungen und fordert eine Koordination der Maßnahmen. Bezugnehmend auf das Defizit der Verkehrsbetriebe rügt der Redner dessen Bedeckungsform durch Darlehen, die dann gestundet werden und schließlich doch in Schenkungen umgewandelt werden müßten. Er bezeichnet diese Vorgangsweise als Spiegelfechterei.

./.

Das Defizit ist bedauerlich, es kann nur durch Einsparungen verringert werden. Diese können nur erzielt werden durch Vergrößerung des Fassungsraumes, durch Steigerung der Geschwindigkeit und möglichste Typenvereinigung beim Wagenpark, durch Abbau der vielen verschiedenen Typen. Da in stark verbauten und stark frequentierten Gebieten die Verkehrsgeschwindigkeit nicht mehr erhöht werden kann, muß man sich der zweiten Verkehrsebene zuwenden. Sie soll eine Entlastung des Verkehrs auf der ersten Ebene bringen und zweitens möglichst viele Personen möglichst schnell befördern. So sehr wir für die in Bau befindliche Unterpflasterbahn sind, kann sie die zweite Bedingung nicht erfüllen. Es wäre daher unbedingt notwendig, den von uns schon verlangten Generalverkehrsplan für die zweite Verkehrsebene zu erstellen, um so ein ganzes Netz zu schaffen, in dem dann möglichst viele Fahrgäste befördert werden können. Die Überfüllung der Straßenbahnen könnte bei einiger vorausschauender Planung da oder dort vermieden werden. Die Freiheitlichen könnten bedauerlicherweise auch diesem Kapitel nicht zustimmen, solange ihre Kardinalforderungen, die auch jene vieler Fachleute sind, nicht erfüllt werden.

GR. Gockner (ÖVP) setzt sich für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im 22. Bezirk ein, den er als ein Stiefkind der öffentlichen Verkehrsmittel bezeichnet. Obwohl der 22. Bezirk flächenmäßig ein vielfaches von anderen Bezirken umfaßt und auch die Besiedlung weit verzweigt ist, besteht außer einer privaten Autobuslinie lediglich östlich der Ostbahn eine Straßenbahnlinie sowie eine Autobuslinie. Besonders zu erwähnen sind die Siedlungsgebiete vom Stadlauer Kloster bis zur Lobau und der Biberhaufen, der vergangenes Jahr als Bauland umgewidmet wurde. Es ist dringend notwendig, diese Gebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschließen. Die Gehzeiten, die die Bevölkerung dieser Siedlungsgebiete bis zum nächsten öffentlichen Verkehrsmittel zurückzulegen hat, betragen zwischen 20 und 40 Minuten. Außerdem sind im Raume zwischen Aspern und Stadlau große Neubauten der Gemeinde Wien im Entstehen. Es wäre zweckmäßig, die Straßenbahnlinie 16 bis nach Aspern zu führen. Der Redner schließt mit der Bitte, den 22. Bezirk mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser zu erschließen, da auch die Bevölkerung

dieses Bezirkes ihr Scherflein sowie alle anderen Bürger dieser Stadt zum Budget beiträgt.

GR. Maria Hirschler (SPÖ) dankt unter dem Beifall des Hauses den Straßenbahnern und Straßenbahnerinnen, die in dieser sibirischen Kälte ihren Dienst versehen müssen. Zu der immer wieder erhobenen Kritik, daß die Verkehrsbetriebe zusammen mit E-Werk und Gaswerk budgetieren, stellt sie fest, daß, wenn dem nicht so wäre, die Verkehrsbetriebe von den Sozialtarifen abgehen müßten. Solange aber Sozialisten in dieser Stadt regieren werden, werden wir an den Sozialtarifen festhalten! (GR. Nesset, FPÖ: Es geht nicht um die Sozialtarife, es geht um eine ehrliche Buchhaltung!) Auch Sie als Kaufmann müßten wissen, daß nicht jede Filiale gleich gut funktioniert und manchmal von dem einen Betrieb in den anderen etwas hineingepumpt werden muß. Genau dasselbe machen wir auch bei der Gemeindeverwaltung. Der Finanzreferent teilt genau ein, was er den Verkehrsbetrieben an Zuschüssen geben kann. Sollte bei ihnen einmal eine Notlage eintreten, wird er auch den richtigen Weg finden, sie aus dieser schweren Situation herauszuführen.

Auch die Sozialisten können keine Wunder wirken. Wenn man aber immer wieder hört, daß alles nur auf Initiative der ÖVP geschieht, dann muß man sagen: In Wahrheit ist es so, daß die sozialistische Gemeindeverwaltung mit Unterstützung der ÖVP das Beste für unsere Wiener Bevölkerung tut. (GR. Leinkauf, ÖVP: Wir haben schon noch eine Koalition - weil Sie Sozialistische Gemeindeverwaltung sagen!) Ich habe ausdrücklich gesagt: mit Unterstützung der ÖVP. Sie können nicht behaupten, daß in diesem Hause die Minderheit anschaffen wird.

Auch GR. Hirschler setzt sich für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im 22. Bezirk ein und schließt mit der Mahnung, niemals zu vergessen, daß die Gemeinderäte Volksvertreter sind und nach bestem Wissen und Gewissen für die Erfüllung der Wünsche der Bevölkerung zu sorgen haben.

GR. Maller (KLS) erklärt, er sei gegenüber Kollegin Hirschler, die in ihrer Debattenrede gesagt hatte, sie arbeite mit Liebe im Gemeinderatsausschuß XII mit, im Nachteil. Er habe nicht die Absicht, dem Herrn Stadtrat eine "Liebeserklärung" zu machen.

Zum Kapitel Gaswerke stellt GR. Maller die Frage an Stadtrat Schwaiger, ob tatsächlich die Absicht besteht, die Kohlengas-

./.

erzeugung im Simmeringer Kraftwerk aufzulassen, Kohlengas nur mehr im Leopoldauer Werk zu produzieren und im Simmeringer Werk nur mehr Spaltgas aus Erdgas zu erzeugen. Eine weitere Frage sei, ob dadurch nicht die Anlagen zur Kohlengaserzeugung verlorengingen.

Ebenso wie die Gaswerke arbeiten auch die E-Werke gewinnabwerfend und sind doch arm dran, meint GR. Maller anschließend. E-Werke und Gaswerke seien Opfer der Finanzpolitik Slaviks. Ihnen werden alle Mittel entzogen, die sie selbst für Investitionen dringend brauchen würden, man entzieht ihnen Millionen an Gebrauchsgebühren, die in die Stadtkasse wandern. Kurz, es wird ihnen das Leben schwer gemacht. Sie dürfen zwar nicht mit eigenen Geldern investieren, kostspieliges Fremdkapital aber dürfen sie aufnehmen. Sie verdienen Geld, um ein anderes Unternehmen, die Verkehrsbetriebe, zu subventionieren. Das ist zweifellos ein unwirtschaftlicher Weg.

Zum Verkehrsproblem sagt GR. Maller: Bei der Lösung dieses Problems, das ja nicht erst seit heute besteht, geht es in erster Linie um eine grundlegende Verbesserung der Massenverkehrsmittel, um die Anschaffung eines modernen Fuhrparks, um den Ausbau des Verkehrsnetzes usw. Die Voraussetzung dafür aber ist die Trennung des Massenverkehrs vom Individualverkehr.

Seit zehn Jahren wird immer wieder festgestellt, was getan werden müßte. Seit zehn Jahren aber harren die Probleme ihrer Lösung. Die Bevölkerung hat nichts davon, wenn immer nur geredet wird. Man muß endlich einmal etwas tun. 244 Straßenbahnkilometer gibt es in Wien, aber wieviele Kilometer wurden schon unter die Erde verlegt? Auch hier hat man in der Vergangenheit immer nur davon gesprochen.

GR. Maller meint sodann, es freue ihn, daß sich StR. Schwaiger an die Bundesregierung gewandt habe. Auch er, GR. Maller, sei der Meinung, daß der Ausbau des Wiener Verkehrsnetzes nicht allein Aufgabe der Stadt Wien sei. Auch der Bund habe dabei Verpflichtungen. Jedenfalls müßte sich der ganze Gemeinderat dafür einsetzen, daß die Interessen der Wiener Bevölkerung wahrgenommen werden und auch der Bund sein Scherflein dazu beiträgt.

Ein guter Anfang im Zusammenhang mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ist mit der Wiener Schnellbahn gemacht worden. Die Schnellbahn hat sich bisher außerordentlich gut bewährt.

./.

Schon im ersten Betriebsjahr wurde sie von 20 Millionen Fahrgästen benützt. Sie ist jedoch nur ein Bruchstück. Die Notwendigkeit, weitere Schnellbahnlinien zu errichten, bleibt bestehen. Wien braucht ein ganzes Schnellbahnsystem, das den innerstädtischen Verkehr mit dem Nahverkehr organisch verbindet. Es ist schade, daß die mit den Trassen der Vororte- und Verbindungsbahn bereits vorhandenen Möglichkeiten nicht ausgenützt werden.

Es sei löblich, so fährt GR. Maller fort, daß Stadtrat Schwaiger die Autofahrer zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel wieder zurückgewinnen will. Man dürfe dabei jedoch Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Viele Kraftfahrer haben ja nicht gleich mit dem Auto begonnen, sondern sie waren zuerst Straßenbahnfahrer und dann kauften sie sich Mopeds oder Roller, da diese billiger als die Straßenbahn kamen. Nach jeder Tariferhöhung wanderten dann weitere Straßenbahnfahrer zum Individualverkehr ab. Heute ist das Auto ein arger Konkurrent der Verkehrsbetriebe. Der Slogan "Lass' das Auto stehen, fahr' mit der Straßenbahn!" bleibt ohne Wirkung, solange der Massenverkehr nicht anziehender gestaltet wird. Im Auto hat man es natürlich bequemer, vor allem aber braucht man keine großen Umwege machen, um zum Ziel zu kommen. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist das nicht so - man bedenke zum Beispiel, welchen Umweg man machen muß, wenn man von Floridsdorf nach Döbling kommen will.

Auch wir sind der Meinung, sagt GR. Maller, daß die öffentlichen Verkehrsmittel vorzuziehen sind. Es ist jedoch klar, daß viele Voraussetzungen dafür fehlen. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind zu teuer, einheitliche Tarife fehlen. Die öffentlichen Verkehrsmittel müßten mehr Sicherheit und Bequemlichkeit bieten - und sie müßten schneller sein. In erster Linie wären daher kürzere Intervalle und mehr Sitzplätze notwendig. Es gibt zu große Wartezeiten auch auf der Stadtbahn. Möglichkeiten zur Verkürzung der Wartezeiten sind sicherlich vorhanden, aber es geschieht nichts. Es wird nichts getan, um allen diesen Forderungen nachzukommen. Im Gegenteil, es sieht so aus, als ob der nächst Slogan heißen müßte: "Zahl' den Fahrpreis und geh' zu Fuß!"

Der auch von der FPÖ geforderte Abbau der Sozialtarife wäre natürlich unsozial und hätte einen weiteren Verlust von Fahrgästen zur Folge.

./.

Der Redner stellt fest, daß es hoch an der Zeit wäre, die Finanzen der Verkehrsbetriebe in Ordnung zu bringen. Die Kredite und die Schuldenlast der Verkehrsbetriebe sind bereits auf eine Milliarde Schilling angewachsen. Allein die Zinsen machen pro Jahr 75 Millionen Schilling aus. Das ist ein alarmierender und besorgniserregender Zustand. Tariferhöhungen dürften jedoch keinesfalls als Ausweg aus dieser schlechten Lage betrachtet werden. Die Stadtverwaltung und der Bund müßten unbedingt einen finanziellen Beitrag für die Wiener Verkehrsbetriebe leisten. Die Mehrheit der Steuerzahler benützt schließlich die öffentlichen Verkehrsmittel und hat daher ein Recht darauf, daß diese entsprechend organisiert und ausgestaltet sind. Wo bleibt sonst die Gleichheit der Bürger? Für 15 Prozent der Bevölkerung, die im eigenen Auto fährt, baut man - sicherlich zu Recht - mit ungeheuren Aufwendungen Autostraßen. Für 60 Prozent der Bevölkerung, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, will man jedoch keinen Beitrag leisten. Verschiedene von seiner Fraktion vorgeschlagene Maßnahmen zur Lösung der Verkehrsmisere wurden ebenso wie Vorschläge, die aus der Bevölkerung kamen, nicht gehört. Die beiden Koalitionsparteien selbst haben aber kein Konzept für die Lösung der Wiener Verkehrsfragen. Es werden zwar da und dort große Baustellen geschaffen, damit die Bevölkerung das Gefühl hat, es geschehe ohnedies etwas. Der Redner fordert die Berufung einer Gemeinderatskommission, die ein brauchbare Konzept für die Lösung der Wiener Verkehrsmisere zu entwerfen hätte und dessen Durchführung man ehestens in Angriff nehmen müßte.

Auf Grund der vielen aufgezeigten Mängel könne die KLS den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Haag (ÖVP) stellt fest, daß die Wiener Stadtwerke, wären nicht die Gehaltserhöhungen erfolgt, ein fast ausgeglichenes Budget hätte erstellen können. Das Defizit der Stadtwerke wurde für 1964 mit 134 Millionen Schilling veranschlagt, die Gehaltserhöhungen machen 130 Millionen Schilling aus.

./.

Es ist zu hoffen, daß diese Ansätze gehalten werden können und 1964 keine neuerlichen Gehaltserhöhungen eintreten, die die Berechnungen wieder über den Haufen werfen würden.

Die Elektrizitätswerke haben bei einem Gewinn von 207 Millionen Schilling 90 Millionen an die Verkehrsbetriebe abgegeben und die Gaswerke bei einem Gewinn von 80 Millionen 60 Millionen Schilling. Der Finanzplan der Verkehrsbetriebe sieht einen Geldbedarf von 261 Millionen Schilling vor, abzüglich 50 Millionen der Hoheitsverwaltung. Es wird 1964 wieder ein Bankenkredit in Höhe von 100 Millionen Schilling aufgenommen werden. Das bedeutet Zinsen von 6.5 Prozent. Im Investitionsplan der Stadtwerke sind 47,3 Millionen Schilling gesperrt. Dieser Betrag erscheint nicht allzu hoch. Im Laufe des Jahres wird es sicher möglich sein, die Sperre teilweise aufzuheben.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß der Fahrgastschwund zum Stillstand gekommen ist. Eine gewisse Propaganda für die Verkehrsbetriebe und die Tatsache, daß man heute vielfach mit einem öffentlichen Verkehrsmittel geschwinder weiter kommt als mit dem eigenen Auto, werden sich auf die Fahrgastzahl sicher günstig auswirken.

Der Redner stellt in diesem Zusammenhang fest, daß Gewerbe- und Handelstreibende des 1. Bezirkes oft selbst die Schuld an der Verkehrsmisere tragen. Sie fahren in der Früh mit ihrem Auto in die Innenstadt, parken es dort bis zum Abend, und vertreiben damit ihre eigene Kundschaft. Dabei ist es so billig, mit dem Autobus in die Innenstadt zu kommen. Die wenigsten Wiener wissen anscheinend, wie weit man mit einem städtischen Autobus um einen Schilling fahren kann.

Die Feststellung von Vizebürgermeister Slavik, daß das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital bei unseren Stadtwerken nicht ungünstig ist, kann man nur unterstreichen. Trotzdem muß man feststellen, daß die Stadtwerke aus eigenem nicht mit den zur Verfügung stehenden Mitteln werden auskommen können. Die Ausführungen des GR. Maller, die ÖVP wäre gegen die Sozialtarife, müßte man energisch zurückweisen. GR. Mühlhauser hat bereits in der Generaldebatte festgestellt, daß der Vorrang dem öffentlichen Verkehrsmittel zukommt und sich für die Sozialtarife ausgesprochen. Ein Teil dieser Sozialtarife müßte jedoch von der Hoheitsver-

./.

waltung getragen werden. Es sei schließlich besser, die Gesamtheit unserer Bevölkerung einen Beitrag für die öffentlichen Verkehrsmittel mittragen zu lassen, als nur jene damit zu belasten, die sie täglich benützen müssen. Die Verkehrsbetriebe sind ein äußerst lohnintensiver Betrieb und die Einnahmen decken nicht einmal die Löhne. Rationalisierungsmaßnahmen, die sich vor allem auf den Personalsektor günstig auswirken, müßten daher getroffen werden. Es wurden auf diesem Gebiet, wie der Referent bereits mitgeteilt hat, schon gute Erfolge erzielt. Bedeutende Mittel wurden bereits für Großraumautobusse, für die Erneuerung des Wagenparks, für die Autobusse, für Gleiserneuerungen und das Schienenbremsenprogramm aufgewendet. Trotzdem sind wir bei den Gleiserneuerungen in Europa nicht führend. Andere Städte wenden dafür jährlich perzentuell weitaus höhere Beträge auf. Durch die verschiedenen Umbauarbeiten des Stadtbauamtes entstehen für die Verkehrsbetriebe Belastungen in Höhe von 28 Millionen Schilling. Über diesen Betrag sind die Verkehrsbetriebe nicht besonders erfreut, dienen diese Umbauten doch meistens dem Individualverkehr. Neugierig kann man darauf sein, wie die Wiener auf den Versuch reagieren, den schaffnerlosen Beiwagen einzuführen.

Auf die großen Verkehrsbauvorhaben unserer Stadt wurde bereits hingewiesen. Notwendig wäre es noch, die Straßenbahnlinie 16 bis Aspern auszubauen. Eine Verbesserung ist die Verlängerung der Linie 60 bis Rodaun. Die eingleisige Strecke der Linie 360 von Rodaun nach Mödling müßte noch zweigleisig ausgebaut oder durch Autobusse ersetzt werden. Das Gebiet dieser Linie liegt zwar auf niederösterreichischem Boden. Die angrenzenden Gemeinden werden aber sicherlich an dem Ausbau der Linie interessiert sein.

Als unerfreulich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß im Budget 1964 nichts für die Hauptwerkstätte der Straßenbahn und zu wenig für die der städtischen Autobusse in Favoriten vorgesehen sei. Auch gäbe es noch 915 Wagen mit Holzaufbauten, die durch modernere ersetzt werden müßten. Die Gürtelverlängerung der Stadtbahn bis Meidling wäre notwendig. Der Redner begrüßt die Verhandlungen mit den ÖBB zur Übernahme der Gürtellinie.

./.

Jedoch sei es erforderlich, bei den notwendigsten Dingen zu beginnen. In dem Zusammenhang werden die Schnellbahnstrecke nach Liesing, eine Verbindung nach Klosterneuburg sowie eine Verbindung vom Südbahnhof nach Stadlau genannt. Zu all diesen Projekten werde auch Wien finanziell beitragen müssen.

GR. Haag stellt die Frage, was mit der Schnellbahnstation am Rennweg geschehe. Er fordert deren Fertigstellung, die nach dem schon bestehenden Rohbau nicht mehr allzu kostspielig sein könnte.

Heute enden die Straßenbahnlinien nicht mehr im Grünen, so wie es zur Zeit deren Anlage der Fall war. An den entsprechenden Verlängerungen seien die Verkehrsbetriebe wegen des Einheitstarifes nicht interessiert. Darum müsse in diesen Fällen die Hoheitsverwaltung finanziell eingreifen. Der Redner weist ferner auf den Verlust früher existierender Verkehrslinien hin. Die Großraumzüge bei Straßenbahn und Autobus hätten sich sehr bewährt. Den älteren Menschen, die sich darinnen schwer tun, sollten die jüngeren entsprechend beistehen.

Zur Frage der Wagentypenbereinigung widerspricht GR. Haag seinem Vorredner GR. Peter hinsichtlich der Auffassung, es werde zu einer Einheitstype kommen. Vielmehr werde es mehrere rationalisierte Typen nebeneinander geben. Auch sei es nicht richtig, daß die Wagentype C unbenützt stehe, wie GR. Peter behauptet hat.

Der Sprecher regt die Ausgabe verbilligter Fahrscheine für an der Schneeräumung beteiligte Soldaten an. (Ein Zwischenruf von GR. Nesset, FPÖ, weist darauf hin, daß ein derartiger Antrag von seiner Fraktion im Ausschuß XII eingebracht und damals von den Koalitionsparteien niedergestimmt worden sei.) GR. Haag begründet dies mit damals vorgelegenen finanziellen Verhältnissen.

An das Aufsichtspersonal der Verkehrsbetriebe wird der Appell gerichtet, in den Abendstunden die Verkehrsanschlüsse abzuwarten. Abschließend meint der Redner, es sei zwar viel geschehen, aber angesichts der großen Aufgaben müßte man für die Verkehrsbetriebe die Mittel reichlicher und vor allem rechtzeitger bereitstellen und spricht die Hoffnung aus, daß in dringenden Fällen auch noch nachträglich Mittel flüssig gemacht werden können.

GR. Liwanec (SPÖ) trifft eingangs grundsätzliche Feststellungen über die Aufgabe kommunaler Betriebe. Diese bestehe in der Versorgung der Bevölkerung zu erträglichen Tarifen. Diese

./.

Aufgabe ist durch die Wiener Stadtwerke gut gelöst worden. Auch die Verkehrsbetriebe sind nicht die schlechtesten der Welt und werden hinsichtlich des Wagenparkes bald noch besser werden. Wir müßten also über die Verwaltungsarbeit der Gruppe XII stolz sein. Aber die Opposition stellt es immer wieder so dar, als gäbe es in Wien kein Konzept sondern nur Misere und Chaos.

In der Frage der Reingewinne weist der Sprecher auf die Steuerprobleme hin. Bezüglich der Verkehrsnöte muß eine dauernde Diskriminierung Wiens durch den Bund festgestellt werden. Wien ist im Kampf um gerechte Lösungen bisher allein gelassen worden. Erfreulich sei ein Antrag im Parlament, daß das Bundesministerium für Handel und Verkehr schon jetzt die durch Wien führenden Autobahntrassen festlegen möge. Wenn auch die ÖVP die Unterstützung des Bundes fordere, so ist zu hoffen, daß dies nicht nur im Hinblick auf die kommenden Gemeinderatswahlen geschieht.

Das ist nur ein Teil der Diskriminierung. Wien bringt jährlich rund eine Milliarde Schilling für Mineralölsteuer und Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer auf, davon kommen Wien aber nur ganze 78 Millionen Schilling zugute. Es ist die Pflicht eines Vertreters der Wiener Bevölkerung, darauf hinzuweisen, daß das ein Unrecht ist, daß das eine Diskriminierung der Wiener ist, die beseitigt werden soll. Hier müssen wir eine Generallösung anstreben.

Von den Rednern der anderen drei Parteien wurden der Hoheitsverwaltung immer neue Aufgaben vorgelegt. Es werden Subventionen verlangt, die Autobahn soll mit Geldern der Hoheitsverwaltung gebaut werden, die Sozialtarife sollen von der Hoheitsverwaltung zur Gänze getragen werden, und nun soll auch noch eine Straßenbahnlinie auf Kosten der Hoheitsverwaltung gebaut werden. Wie stellen Sie sich das vor? Das wären Milliardenbeträge, die den Haushalt unserer Stadt zur Gänze zerschlagen würden. Es wäre unmöglich, überhaupt noch Leistungen zu erbringen, wollte man das alles der Wiener Bevölkerung, dem Wiener Steuerzahler zur Gänze auferlegen. Es sind große Bauprojekte in Durchführung - Hietzinger Brücke, Lastenstraße, Lobkowitzbrücke -, aber das ist nicht ausschließlich Aufgabe der Gemeinde Wien und nicht ausschließlich Aufgabe der Wiener Verkehrsbetriebe. Die Einfahrt der Autobahn muß jetzt schon eingeplant werden. Aber das sind Durchzugsstraßen! Und hier fehlt bis heute die deutliche Forderung

./.

der anderen Parteien: Hier hat der Bund beizutragen! Das ist auf der ganzen Welt so, daß solche große Bauvorhaben nicht ausschließlich mit Geldern der betreffenden Stadt durchgeführt werden. Es ist zu hoffen, daß völlig unabhängig von jeder politischen Überlegung die Interessen Wiens und seiner Bevölkerung von den beiden großen Parteien dieses Hauses in Zukunft gemeinsam vertreten werden können.

Wenn in der Debatte festgestellt wurde, daß die Einnahmen der Verkehrsbetriebe nicht die Lohnkosten decken, so ist dazu zu sagen: Die Verkehrsbetriebe sind der lohnintensivste Betrieb der Städtischen Unternehmungen. Aber während 1955 die Einnahmen aus den Fahrterlösen die Ausgaben auf dem Personalsektor wirklich nicht gedeckt haben, zeigt der Rechnungsabschluß für 1962, daß die Einnahmen aus der Beförderung 878,6 Millionen Schilling ausmachen, die Personalausgaben dagegen 809,9 Millionen betragen haben. Das ist ein Verdienst der bei den Verkehrsbetrieben angestellten, der Straßenbahner, der Arbeiter und selbstverständlich auch der kaufmännischen und technischen Fachleute. Dabei haben die Verkehrsbetriebe seit 1949 trotz Einführung der 45-Stunden-Woche um 1.666 Angestellte weniger. GR. Haag hat auch von 147 Millionen Schilling für Sozialtarife gesprochen. Ich habe bereits 1959 nachgewiesen, daß ein Betrag von rund 15 Millionen vom Bund vergütet werden müßte - eine Forderung, die von der ÖVP-Fraktion nie unterstützt wurde -, denn dabei handelt es sich um die Fahrpreisbegünstigung für Schwerkriegsbeschädigte, um Begünstigungen für die Polizei und andere kleinere Ermäßigungen. Das ist mit eine Forderung an den Bund. Eine weitere Forderung betrifft die Beförderungssteuer. Anderen Lokalbahnen hat sie das Finanzministerium bereits erlassen oder sistiert, während wir in Wien immerhin auf einen Betrag von rund 13 bis 14 Millionen Schilling im Jahr kommen.

Die abgeführte Debatte habe gezeigt, daß Wien demokratisch verwaltet wurde. Mit uns sollen alle Wienerinnen und Wiener stolz auf die Demokratie in Wien, auf die Demokratie im Wiener Rathaus sein.

./.

Hier wird der Bevölkerung Wiens und darüber hinaus der Bevölkerung Österreichs von der sozialistischen Mehrheit vordemonstriert, wie wir uns vorstellen, daß eine Zusammenarbeit funktionieren soll. Wenn wir von den gestrigen Auseinandersetzungen im Niederösterreichischen Landtag hören, dann kann unser Stolz noch etwas berechtiger sein. (Beifall bei der SPÖ.) Was wir als Mehrheit hier an demokratischer Zusammenarbeit demonstrieren, zeigt, daß Demokraten, wo sie die Mehrheit haben, immer Verteidiger und niemals Beseitiger der Demokratie waren. (Neuerliche Zustimmung bei den Sozialisten.) Unsere Fraktion hat ihre Mehrheit nie schamlos ausgenützt, wie es leider in unserem Nachbarland der Fall ist.

Zehntausende Menschen mühen und plagen sich in Wien auf dem sehr schwierigen Gebiet der öffentlichen Unternehmungen und sind bestrebt, das Beste zu leisten. Weil wir Sozialisten das Gefühl haben, daß in dieser Verwaltungsgruppe gut gearbeitet wird, werden wir den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Stadtrat Schwaiger verweist in seinem Schlußwort auf die Notwendigkeit eines zweiten Investitionsprogrammes. Er teilt mit, daß man bereits mit der Ausarbeitung beschäftigt sei.

Es sei richtig, daß die Subventionen an die Verkehrsbetriebe die Gas- und E-Werke schwer treffen. Trotzdem müsse er festhalten, daß noch nie in den letzten Jahren so viel investiert wurde wie jetzt.

Der Stadtrat kündigt auch an, daß in absehbarer Zeit ein neuer Gasbehälter gebaut werden wird. Als Standort ist das Gaswerk Simmering vorgesehen, und es wird sich um einen sogenannten Schrauben-Gasbehälter handeln, mit einem Fassungsraum von 250.000 Kubikmeter. Dieser Behälter wird kleiner, wenn wenig Gas gespeichert wird.

Ziel im Verhältnis Eigenstromerzeugung- Verbundstrom wird es sein, 75 Prozent selbst zu erzeugen. Es existieren bereits Pläne für ein fünftes Kraftwerk in Simmering. Was den Vertrag mit der Verbundgesellschaft betrifft, so wurde nur ein Bonifikationsvertrag gekündigt. Verhandlungen sind jedoch im Gange.

./.

GR. Peter habe sich darüber beklagt, daß er im Vorjahr von mir schlecht behandelt wurde, wendete sich der Referent dann den Ausführungen des FPÖ-Redners zu. Entschuldigen Sie mein Temperament. Aber auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, oder "wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus". Da Peter jedoch heute sehr ruhig gesprochen habe, werde er sich kaum über schlechte Behandlung beschweren können:

Ob die Verkehrsbetriebe ihre Schulden zahlen können? Sie haben sich immer bemüht, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Sicher ist die errechnete Durchschnittsgeschwindigkeit der Verkehrsbetriebe in manchen anderen Städten größer. Man darf aber nicht vergessen, daß das der Durchschnitt aller Verkehrsmittel ist. In Hamburg also auch der U-Bahn und der Schnellbahn. Und deshalb ergibt sich eine höhere Zahl.

Auflösung von Straßenbahnhaltestellen: Rund 70 Prozent unserer Vorschläge wurden von den Bezirksvertretungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Geschwindigkeit der Straßenbahn wird sich unter der Erde zweifellos erhöhen, weil die Beeinträchtigung durch den Individualverkehr und durch die Kreuzungen wegfällt.

Auch in Wien ist man bestrebt, eine möglichste Einheitlichkeit der Wagentypen zu erreichen.

Neue Hauptwerkstätte: Er hoffe, daß die Errichtung im neuen Investitionsprogramm drin sein wird.

Verkehrserschließung des 22. Bezirkes: Wir sind daran den Sechzehner weiterzuführen. Und wenn die vierte Donaubrücke fertig ist, dann wird sicher auch ein öffentliches Verkehrsmittel darübergeführt werden.

Die Kohlengaserzeugung in Simmering: wird wahrscheinlich aufgelassen werden und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit auf Leopoldau konzentriert. Der Anteil des Kohlengases beträgt ja nur mehr 16 Prozent, alles andere ist Erdgas.

Lange Wartezeiten auf der Stadtbahn: Das Intervall muß sich dem Verkehrsbedürfnis anpassen. Wir können die Züge nicht leer fahren lassen.

Er habe nie behauptet, daß die Sozialtarife abgebaut werden sollen. Sein Standpunkt sei vielmehr: wer anschafft, soll zahlen,

./.

und wenn der Gemeinderat so hohe Sozialtarife beschließt, dann müßte er den Verkehrsbetrieben den Einnahmenentfall abgelten. Von sich aus können die Verkehrsbetriebe das unmöglich tragen. Sie sind kein Wohlfahrtsinstitut sondern ein wirtschaftlich zu führendes Unternehmen. Das wird ja schließlich von den Verkehrsbetrieben immer wieder verlangt.

Zur Forderung, eine Gemeinderätliche Kommission zur Behebung der Verkehrsmisere einzusetzen, gibt der Berichterstatter bekannt, daß schon seit einiger Zeit sehr intensive Verhandlungen zwischen Bundesbahnen, Baudirektion und Verkehrsbetrieben stattfinden, mit dem Ziel, einen einheitlichen Generalverkehrsplan für Wien zu erstellen.

Schaffnerloser Beiwagen: Die Aufsichtsbehörde hat leider noch immer keine Bewilligung für die Einführung eines schaffnerlosen Beiwagens gegeben. Während solche Straßenbahnwagen in vielen Städten Westeuropas bereits gang und gäbe sind, werden in Wien leider Schwierigkeiten gemacht. In Kürze wird es möglich sein, der Aufsichtsbehörde den endgültig umgebauten schaffnerlosen Beiwagen vorzuführen.

Hauptwerkstätte: Bekanntlich ist die Hauptwerkstätte ein ehemaliger Pferdestall. Sie genügt den Anforderungen nicht mehr. Sie ist nur ein Provisorium. Da der Bau einer neuen Hauptwerkstätte unbedingt erforderlich ist, wird gegenwärtig in der alten nur das Allernotwendigste getan.

Es ist richtig, daß es noch immer 915 Straßenbahnwagen mit Holzaufbau gibt. Im Investitionsprogramm ist jedoch bereits die Erneuerung der zweiten Hälfte des Wagenparks vorgesehen. Dies wird etwa eineinviertel Milliarden Schilling kosten.

Leider stimmt es auch, daß wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, notwendige Verlängerungen von Straßenbahn- und Autobuslinien durchzuführen. Ein großes Hemmnis dabei ist, daß jede solche Verlängerung zusätzliche Kosten verursacht, aber keine zusätzlichen Einnahmen bringt.

Verbilligte Fahrscheine für Soldaten: Dieses Problem wurde dem Städtebund überantwortet. Die Verhandlungen in diesem Gremium haben jedoch noch keine konkreten Ergebnisse gezeitigt. Ich jedenfalls bin dafür, daß man den Soldaten ermöglicht, billiger zu fahren. Die zusätzlichen Kosten müßte jedoch die Hoheitsver-

./.

waltung tragen (Wien ist Garnisonstadt!), nicht die Verkehrsbetriebe.

Übernahme von Landesstraßen in Bundeshoheit: Die Wiener ÖVP hat sich hier in den letzten drei Jahren nur deshalb nicht eingeschaltet, weil vor drei Jahren im Nationalrat der Beschluß gefaßt wurde, erst nach Ablauf des Finanzausgleiches die neuen Landesstraßen in Bundeshoheit zu übernehmen. (Zwischenruf von Stadtrat Heller, SPÖ: Das stimmt ja nicht!) Das stimmt schon, und deshalb hat die ÖVP bisher nicht darüber gesprochen.

Über die Frage, ob der Autobus- oder der O-Bus-Betrieb besser ist, sind sich auch die Experten nicht ganz einig. Wir haben uns für die Autobusse entschieden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe XII mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, erklärt, daß damit die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für 1964 genehmigt und die Voraussetzungen für die Arbeit im nächsten Jahr geschaffen sind.

Damit sind die Budgetberatungen für 1964 abgeschlossen. Aus diesem Anlaß hält Bürgermeister Jonas abschließend folgende Rede:

"Wir wollen die Harmonie der Stadt erhalten!"

"Der umfangreiche Haushaltsplan einer Großstadt verlangt mühsame Kleinarbeit ebenso wie vorausschauende Planung in großen Zügen. Diese scheinbaren Widersprüche können nur dann auf einen Nenner gebracht werden, wenn der mit den Vorarbeiten betraute Beamtenstab ebenso aufopferungsvoll und verläßlich arbeitet wie die Politiker, die als Vertrauensleute ihrer Wähler ihre verfassungsmäßige Kontrollfunktion auszuüben und die Richtlinien für die künftige Arbeit der Stadtverwaltung zu geben haben. Meine Abschlußansprache will ich daher mit Dankesworten einleiten, die ich an alle Mitglieder des Wiener Gemeinderates ebenso richte wie an die Beamtenschaft des Magistrates. Der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen hatte gemeinsam mit den Herren der zuständigen Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe II die Hauptlast der Vorarbeit zu tragen. Die Amtsführenden Stadträte mit ihren Abteilungsleitern vollbrachten in engem Kontakt mit dem Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor, dem Generaldirektor der Wiener

./.

Stadtwerke und mit dem Stadtbaudirektor unter Mitwirkung ihres Mitarbeiterstabes eine große Aufgabe, ohne die eine geregelte rationelle Arbeit der einzelnen Gemeindedienststellen im kommenden Jahr unmöglich wäre. Die Bediensteten, die im Präsidialbüro, im Stenografenbüro und in der Pressestelle tätig sind, sorgten in verdienstvoller Weise für den glatten Ablauf der Debatte und die ausführliche Information der Öffentlichkeit. Dabei leisteten die Kommunalberichterstatter der Wiener Zeitungen wertvolle Mithilfe.

Vor allem aber danke ich allen Wienerinnen und Wienern, deren Arbeitskraft und Steuerleistung es zu verdanken ist, daß wir hier im Gemeinderat Pläne für das Jahr 1964 festlegen konnten. Wir wollen unsere Stadt umgestalten, ohne ihren ureigensten Charkater zu beeinträchtigen. Das ehrwürdige, traditionsreiche Wien soll in schonender Weise so umgeformt werden, daß der ständig stärker werdende Großstadtverkehr sie nicht abwürgt und erstickt, sondern ihr im Gegenteil kräftiges, pulsierendes Leben zuströmen läßt. Große Bauvorhaben sind erforderlich, und es wird viele Jahre dauern, bis die wichtigsten Brennpunkte des Verkehrs in ihrer neuen Form endgültig fertiggestellt sein werden. Wir wollen die Harmonie der Stadt erhalten, das Stadtbild schonen und dort, wo es vertretbar ist, mit neuen Akzenten moderner Architektur bereichern und beleben. Die Harmonie soll aber nicht nur im Stadtbild merkbar sein, sondern vor allem im Familienleben der Bewohner, und deshalb wollen wir das soziale Wohnbauprogramm mit dem nötigen Nachdruck weiter vorantreiben, denn dort, wo glückliche Menschen in schönen und gesunden Wohnungen leben, herrscht jene Zufriedenheit und Harmonie, die zu erfolgreicher Arbeit und zu der Bereitschaft führt, verantwortungsvoll seinen Teil zum Wohle der Gesamtheit zu leisten.

Für diejenigen unserer Mitbürger, die von Krankheit oder Alter geplagt sind, haben wir im Rahmen unseres Sozialfürsorgeprogrammes Pflege und Betreuung bereitzustellen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, dessen Planung und Vorbereitung uns schon so lange beschäftigt, nimmt immer greifbarere Formen an und wird zusammen mit anderen Vorhaben bestimmt dazu beitragen, das Gesundheitswesen in Wien entscheidend zu bessern und zu modernisieren.

Es bleibt noch immer viel zu tun übrig, und das kommende Jahr

./.

wird uns wieder vor viele neue Probleme stellen. Wichtig ist und bleibt, daß die sachliche Atmosphäre, in der die diesjährige Budgetdebatte abgewickelt wurde, erhalten bleibt. Wie intensiv die Beratungen geführt wurden, geht daraus hervor, daß sich insgesamt 116 Redner an den Debatten beteiligt haben.

Abschließend wünsche ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, recht frohe und glückliche Feiertage. Für das Jahr 1964 wünsche ich Ihnen allen Glück und Gesundheit. Es sei wieder ein Jahr friedlicher gemeinsamer Arbeit im vollen Genuß des höchsten Gutes der Demokratie, nämlich der uneingeschränkten Freiheit!

Der Wiener Bevölkerung in ihrer Gesamtheit wünsche ich im Namen des Wiener Gemeinderates fröhliche Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr, das alle Erwartungen und Hoffnungen in vollem Umfang erfüllen soll. - Die Sitzung ist geschlossen!"

Nach den Worten des Bürgermeisters erheben sich alle Gemeinderäte unter lebhaftem Beifall von ihren Sitzen. Die Klubobmänner der vier Fraktionen begeben sich zum Bürgermeister, um ihm ihre besten Glückwünsche auszusprechen: für die sozialistische Fraktion GR. Dr. Stemmer, für die ÖVP Gr. Mühlhauser, für die Freiheitlichen GR. Dr. Schmidt und für die KLS GR. Lauscher.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rindernachmarkt vom 19. Dezember

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Inland: 5 Stiere, 1 Kalbin, Summe 6. Neuzufuhren Ungarn: 1 Ochse, 5 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 10. Gesamtauftrieb: 1 Ochse, 5 Stiere, 5 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 16..Verkauft wurdes.

Marktverkehr ruhig. Inländische Rinder notierten zu Hauptmarktpreisen. Ungarischer Ochse12.70 S, ungarische Kühe 11 S, ungarische Kalbinnen 12.70 S.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 19. Dezember

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 485. Polen 615, Gesamtauftrieb: 1.100. Verkauft wurde alles.

Ponische Schweine notierten 14 bis 15.30 S.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 19. Dezember

19. Dezember (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 33 Stück aus der CSSR, 6 bis 7.90 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Silvester auf dem Rathausplatz

20. Dezember (RK) Auch heuer wird zu Silvester das traditionelle Turmblasen von der Loggia des Rathausturmes zu hören sein. Das Silvesterturmblasen ist für Dienstag, den 31. Dezember, in der Zeit von 18 bis 18.30 Uhr festgesetzt. Der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Prof. Hadraba wird folgendes Programm bieten:

Konzertfanfare von Josef Hadraba, Fanfare von Friedrich Kellner, Musik nach Motiven der Oper "Die Meistersinger von Nürnberg" von Richard Wagner, Prinz Euge -Fanfare, Weihnachts- und Kinderlieder, Johann Strauß-Fanfare.

Im Anschluß an das Konzert wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas auf den Rathausplatz übertragen. Sollte das Musizieren auf der Loggia infolge besonders schlechten Wetters unmöglich sein, spielt der Trompeterchor in der Turmnische des Festsaales im Rathaus. In diesem Fall wird das Konzert auf den Rathausplatz übertragen. Im Anschluß an die Ansprache des Wiener Bürgermeisters um 18.35 Uhr wird ein Musikstück vom Carillon des Turmes zu hören sein.

Am späten Abend, in der Zeit von 23.50 bis 24 Uhr meldet sich das Carillon abermals mit Silvestermusik, anschließend ertönen 12 Glockenschläge, die den Beginn des neuen Jahres anzeigen. Daraufhin folgt der Donauwalzer. Die "kleine Rathausbeleuchtung" erlischt in der Silvesternacht um 0.15 Uhr.

\- - -

231,8 Millionen für 1.247 Wohnungen

20. Dezember (RK) Unter den Geschäftstücken, die noch vor Weihnachten vom Wiener Gemeinderat einstimmig und ohne Debatte genehmigt wurden, befanden sich auch vier neue Wohnbauvorhaben. Der Gemeinderat bewilligte für die Errichtung von 1.247 Wohnungen 231,760.000 Millionen Schilling.

Es handelt sich im einzelnen um folgende Projekte:

10. Bezirk: Raxstraße-Holbeingasse, eine Wohnhausanlage mit 117 Wohnungen, drei Geschäftslokalen und Einstellplätzen für 29 Pkws; Kosten 21,120.000 Schilling.

11. Bezirk: Weißenböckstraße - Wilhelm Kreß-Platz, 2. Bauteil einer städtischen Wohnhausanlage mit 300 Wohnungen und Einstellplätzen für 87 Pkws; Kosten 51,800.000 Schilling.

Dorfgasse-Kopalgasse, ebenfalls 2. Bauteil mit 299 Wohnungen, einem Geschäftslokal und Einstellplätzen für 80 Pkws; Kosten 55,540.000 Schilling.

22. Bezirk: Viktor Kaplan-Straße südlich der Erzherzog Karl-Straße, 531 Wohnungen und Einstellplätze für 150 Pkws; Kosten 103,300.000 Schilling.

\- - -

Weihnachtslieder und Glückwünsche für den Bürgermeister

20. Dezember (RK) Auch heuer stellten sich vor Weihnachten wieder zahlreiche Gratulanten beim Wiener Bürgermeister ein. Als erste kamen Schülerinnen und Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien und entboten Bürgermeister Jonas mit ihren besten Wünschen auch einen musikalischen Weihnachtsgruß. Dann kamen eine Abordnung von Jugend am Werk, Kinder aus den Wiener Kindergärten, drei Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf, eine Abordnung des Jugendhilfswerkes und ein Bursch und ein Mädchen als Vertreter des Schulgemeindereferates.

\- - -

"Christkindl" für 35 Schwesternschülerinnen

Bürgermeister Jonas überreichte Schwesterndiplome

20. Dezember (RK) "Das ist das schönste Christkindl für uns" ist die einhellige Meinung der 35 Schwesternschülerinnen der Krankenpflegeschule am Lainzer Krankenhaus, die ihre Diplomprüfung mit Erfolg in diesen Tagen abgelegt haben. Zwölf von ihnen konnten sogar ein "sehr gut" einheimsen.

Die Diplomfeier verbunden mit einer kleinen Weihnachtsfeier fand heute nachmittag in der Krankenpflegeschule in der Jagdschloßgasse in Hietzing statt. Bürgermeister Jonas ließ es sich nicht nehmen, den jungen Schwestern die Diplome persönlich zu überreichen. Er wünschte den jungen Frauen viel Freude und Erfolg in ihrem verantwortungsvollen Beruf. Die Stadt Wien ist froh über jede neue Diplomschwester, weil der ständige Ausbau des Gesundheitsdienstes immer mehr gut geschultes Pflegepersonal benötigt.

Den Glückwünschen des Bürgermeisters schloß sich auch Gesundheitsstadtrat Dr. Glück an.

\- - -

"Das gute Bild für jeden":

Bisheriger Verkaufserlös 170.000 Schilling

20. Dezember (RK) In der Verkaufsausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien "Das gute Bild für jeden" im Französischen Saal des Wiener Künstlerhauses wurden bis gestern abend Werke um insgesamt 170.000 Schilling verkauft. Besonderes Interesse besteht für Ölbilder, wobei schon jetzt die Verkaufszahl des Vorjahres wesentlich überschritten wurde.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" ist am Goldenen Sonntag, also am 22. Dezember, von 10 bis 20 Uhr, am 24. Dezember von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Am 25. und 26. Dezember bleibt sie geschlossen. Vom 27. bis 29. Dezember gelten wieder die normalen Eintrittszeiten von 10 bis 20 Uhr.

\- - -

Anton Michael Storch zum Gedenken

20. Dezember (RK) Auf den 22. Dezember fällt der 150. Geburtstag des Komponisten Anton Michael Storch.

Der Musiker, der zur Zeit seines Wirkens hohes Ansehen genoß, wurde in Wien geboren und bildete sich zum Konzertgeiger aus. 1842 wurde er Solospieler und Orchesterdirektor des Theaters an der Wien. Diese mit Kompositionsverpflichtung verbundene Stellung füllte ihn bald so aus, daß er die Violine mit dem Taktstock vertauschte und sich fortan nur mehr als Dirigent betätigte. In der Folge übersiedelte Storch ans Carl-Theater und schließlich ans Theater in der Josefstadt. 1843 beteiligte er sich an der Gründung des Wiener Männergesangvereines und übernahm das Amt eines Chormeisters. Auf dem Gebiet des Männergesangs errang er eine weit in den deutschen Sprachraum hinausreichende Popularität. 1864 wurde er zum Bundeschormeister des gesamtösterreichischen Sängerbundes gewählt und dirigierte in dieser Eigenschaft auch das erste Sängerbundesfest in Wiener Neustadt. Am 31. Dezember 1887 ist er hochgeehrt in Wien gestorben. Storch hinterließ ein umfangreiches kompositorisches Oeuvre. Der Theatersphäre gehören mehrere Opern und Operetten sowie die Vertonungen von rund 100 Bühnenwerken, darunter der Nestroy-Posse "Frühere Verhältnisse" an. Dazu kommen Sakralkompositionen, Lieder und gegen 1.000 Chöre, die seinerzeit weit verbreitet waren. Nach einer zeitgenössischen Statistik rangierten seine Chorwerke hinter jenen von Schubert und Herbeck an dritter Stelle. Ein großer Teil seiner handschriftlich erhaltenen Kompositionen befindet sich in der Musiksammlung der Wiener Stadtbibliothek.

\- - -

Gestern Stromverbrauchsrekord

20. Dezember (RK) Gestern, Donnerstag, den 19. Dezember, überschritt der Tagesbedarf an elektrischer Energie im Wiener Versorgungsgebiet erstmalig seit dem Bestehen der Wiener E-Werke die Höhe von zehn Millionen Kilowattstunden bei einer ebenfalls bisher nicht erreichten Spitzenleistung von 538.000 Kilowatt. Wie rasch der Strombedarf im Wiener Versorgungsgebiet steigt, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Die Fünf-Millionen-Kilowattstunden-Grenze des Tagesbedarfes im Wiener Versorgungsgebiet wurde 1955, die Sechs-Millionen-Kilowattstunden-Grenze 1957, die Sieben-Millionen-Kilowattstunden-Grenze 1959 und die Acht-Millionen-Kilowattstunden-Grenze erstmalig im Jahre 1961 überschritten.

Am 14. Jänner dieses Jahres wurde zum erstenmal die Neun-Millionen-Kilowattstunden-Grenze überschritten, sodaß also das Jahr 1963 zwei Rekorde brachte.

Von besonderem Interesse ist, daß ein maximaler Tagesbedarf von einer Million Kilowattstunden erstmalig im Jahre 1922 erreicht wurde. In 41 Jahren hat sich also der maximale Tagesbedarf des Wiener Versorgungsgebietes verzehnfacht.

\- - -

Schneeabfuhr geht weiter

20. Dezember (RK) In der Nacht arbeiteten 396 Mann der Stadtreinigung mit einer Großlademaschine, vier Ladegeräten und 33 Lastwagen an der Schneeabfuhr. Tagsüber waren 2.188 Arbeitskräfte eingesetzt, darunter 1.257 aufgenommene Schneearbeiter, die mit drei Lademaschinen, 19 Ladegeräten und 230 Lastkraftwagen die Schneeabfuhr fortsetzten.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Anerkennungspreise für Wiener Ärzte

21. Dezember (RK) Schon wie in den beiden vergangenen Jahren wurde auch heuer wieder eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, deren Verfasser Ärzte in den Wiener Gemeindespitälern und sonstigen Institutionen der Stadtverwaltung sind, mit Anerkennungspreisen aus dem wissenschaftlichen Fonds bedacht. Die Namen der Preisträger sind:

Dr. H. Partilla, Allgemeines Krankenhaus; Dr. H. Denck, Krankenhaus Lainz; Dr. P. Seiler, Krankenhaus Lainz; Dr. W. Kutschera, Krankenhaus Lainz; Dr. O. Lofferer, Wilhelminenspital; Dr. G. Prichta, Franz Josef-Spital; Dr. I. Tham, Franz Josef-Spital; Dr. O. Greinecker, Rudolfstiftung; Dr. G. Hitzenberger, Rudolfstiftung; Dr. G. Zinner, Rudolfstiftung; Dr. E. Götz, Elisabethspital; Dr. H. Redtenbacher-Däubner, Elisabethspital; Dr. H. Rieder, Elisabethspital; Dr. E. Sieberth, Sophienspital; Dr. K. Baumgarten, Semmelweisklinik; Dr. K. Loew, Frauenklinik Gersthof; Dr. G. Roth, Nervenheilanstalt Rosenhügel; Dr. E. Neumayer, Altersheim Lainz; Dr. A. Mostbeck, Wilhelminenspital; Dr. H. Radl, Wilhelminenspital; Dr. P. Hermanek, Poliklinik; Dr. H. Hackl, Psychiatrisches Krankenhaus; Dr. M. Fischnaller, Lungenheilstätte Baumgartner Höhe.

\- - -

"Grüne Galerie" diesmal im Donaupark

21. Dezember (RK) Im März nächsten Jahres wird die neue Galerie in Ljubljana eine Auswahl slowenischer Graphik im Wiener Künstlerhaus ausstellen. Diese Ausstellung, die ein interessanter Querschnitt durch das umfangreiche graphische Schaffen jugoslawischer Künstler zu werden verspricht, stellt einen "Gegenbesuch" für jene Graphikausstellung dar, die vom Kulturamt der Stadt Wien im November 1962 in Ljubljana veranstaltet worden ist. Damals fand die Graphik der Wiener Künstler in der slowenischen Hauptstadt bei den offiziellen Stellen und beim Publikum besondere Beachtung.

Das Kulturamt beginnt zur Zeit mit den Vorarbeiten für die "Grüne Galerie 1964", die nicht wie bisher üblich in der zweiten Sommerhälfte den Stadtpark bereichern soll, sondern deren Eröffnung bereits für den 16. April auf dem Gelände der Wiener Internationalen Gartenschau im Donaupark geplant ist.

Hiebei handelt es sich um eine Exposition zeitgenössischer Plastiken, die von der Stadtverwaltung zum Schmuck öffentlicher Bauten angekauft werden oder Leihgaben der betreffenden Bildhauer sind. Unter den Künstlern, die auf dem WIG-Gelände vertreten sein werden, befinden sich prominente Namen wie Bertoni, Leinfellner, Pillhofer, Prantl, Kedl, Bottoli und andere.

\- - -

Glückwunsch für Heinz Conrads

21. Dezember (RK) Vizebürgermeister Mandl nahm den 50. Geburtstag von Heinz Conrads zum Anlaß, diesem besonders beliebten Wiener Conferencier auf schriftlichem Wege herzlich zu gratulieren.

\- - -

Ein "Haus der Begegnung" in Mariahilf

21. Dezember (RK) Gestern fand in der Bezirksvorstehung Mariahilf die Konstituierung des Vorstandes des Vereines "Haus der Begegnung" Mariahilf statt. In Anwesenheit von Vizebürgermeister Mandl wurde zum Obmann Bezirksvorsteher Krammer und zum Obmann-Stellvertreter Landtagspräsident Marek einstimmig gewählt. Der Verein hat die Aufgabe, die vor der baulichen Fertigstellung stehenden Säle und Klubräume des renovierten Gebäudes Wien 6, Königseggasse 10, zu verwalten und für ihre zweckmäßige Verwendung vorzusorgen. Die Räumlichkeiten stehen allen demokratischen und konfessionellen Organisationen zur Mitbenützung offen. Der Verein wird dazu beitragen, das kulturelle Leben des Bezirkes anzuregen und zu fördern. Die Stadt Wien hat für die Renovierung des Gebäudes 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

\- - -

369.000 S für Wiener Sport

21. Dezember (RK) In seiner letzten Sitzung hat der Kulturausschuß Kostenbeiträge aus dem Wiener Sportfonds an 53 Vereine beschlossen. Für neun Vereinigungen sind 172.000 Schilling vorgesehen, die für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen und deren Einrichtung Verwendung finden sollen. 39 Vereine erhalten 137.000 Schilling für den Ankauf von Sport-Utensilien und die Durchführung des Sportbetriebes. Vier Vereinen werden 60.000 Schilling zugewiesen, womit Ausbildungslehrgänge, Organisationskosten, Propaganda usw. finanziell gesichert werden sollen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIG-Bus von 10.000 Kilometer Werbefahrt durch Europa zurückgekehrt

23. Dezember (RK) Eine Strecke von mehr als 10.000 Kilometer hat der WIG-Konferenzbus auf seiner viermonatigen Europa-Tournee hinter sich gebracht und dabei in fast 200 Städten in Deutschland, Holland, Belgien, Dänemark, Südschweden und der Schweiz für den Besuch der Wiener Internationalen Gartenschau (16. April bis 11. Oktober 1964) geworben. Auf allen Stationen wurden im Bus Empfänge für die Stadtoberhäupter und Konferenzen für Presse, Rundfunk und Fernsehen abgehalten.

Nun ist der Bus wieder nach Wien zurückgekehrt. Unter dem großen Weihnachtsbaum auf dem Rathausplatz begrüßte heute vormittag Bürgermeister Jonas den Reiseleiter Ing. Kreiner, die beiden Hostessen Karin und Maria sowie die beiden Chauffeure, die den WIG-Bus und das Begleitfahrzeug sicher durch Europa geführt hatten. Der Reiseleiter überreichte dem Bürgermeister ein Gästebuch mit Grüßen zahlreicher Stadtoberhäupter und anderer prominenter Besucher des WIG-Busses. Die Bus-Mannschaft erzählte dem Bürgermeister, daß sie überall herzlich empfangen wurde und gesehen habe, welch guten Eindruck man von Wien im Ausland hat. Nicht nur im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gartenschau erwarten sich die Ausländer von Wien "etwas ganz Besonderes". Viele Ausländer erklärten nämlich, daß sie im nächsten Jahr nicht nur die WIG besuchen, sondern auch ihren gesamten Urlaub in Wien verbringen wollen.

Bürgermeister Jonas gab seiner Freude über die erfolgreiche Fahrt Ausdruck und sagte, der gute Ruf, den Wien im Ausland besitze, sei unser bestes Kapital. Anschließend dankte er der ge-

./.

samten Busmannschaft für ihre anstrengende Tätigkeit und wünschte ihr auch für alle weiteren Fahrten viel Erfolg.

Für den WIG-Bus gibt es nämlich nur einen kurzen Weihnachtsurlaub, denn schon Anfang Jänner startet er wieder zu einer Fahrt, und zwar zunächst nach Innsbruck, wo er sich während der ganzen Dauer der Olympischen Winterspiele aufhalten wird, anschließend geht er bis knapp vor Beginn der WIG auf eine Österreich-Tournee. Dies wird bereits die zweite Fahrt durch Österreich sein, da er schon vor der Europa-Fahrt mehrere österreichische Städte besucht hatte.

Der WIG-Bus in Zürich

Aus den zahlreichen begeisterten Pressestimmen über den Besuch des WIG-Busses in den ausländischen Städten sei im folgenden ein Artiel aus der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 18. Dezember zitiert, der über seinen Aufenthalt in Zürich berichtet:

"Der rot und weiß gestrichene Autobus mit einer österreichischen Kontrollnummer, der dieser Tage für einige Stunden in der Stadthausanlage stand, trug auf seinen Längsseiten in großen Buchstaben die Aufschrift 'WIG 64, Wiener Internationale Gartenschau, 16. April bis 11. Oktober 1964'. Er war nach einer Fahrt, die er am 4. September in Wien begonnen und die ihn durch Westdeutschland, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und die Westschweiz geführt hatte, in unsere Stadt gekommen. Wenn die Fahrt am 20. Dezember in Innsbruck beendet sein wird, wird der 'WIG-Konferenzbus' rund 10.000 Kilometer zurückgelegt und etwa 200 Städte besucht haben.

In diesem Wagen ist ein Ingenieur des Wiener Gartenamtes mit einigen Mitarbeitern unterwegs. Sie wollen die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Öffentlichkeit jetzt schon auf die Internationale Gartenschau, die nächstes Jahr in Wien stattfindet, lenken und für einen regen Besuch aus dem Ausland werben. Sie veranstalten zu diesem Behuf in ihrem Autobus Pressekonferenzen. In Zürich erschienen auch Garteninspektor P. Zbinden und der Direktor des Verkehrsvereines Dr. B.H. Anderegg.

Das Ausstellungsgelände liegt vier Kilometer vom Siedlungsgebiet entfernt, im sogenannten Donaupark, der bis vor kurzem zum Teil noch der Ablagerung von Müll diente. Ein anderer Teil war

./.

Rekord auch in den Gaswerken

23. Dezember (RK) Nicht nur die E-Werke, auch die Gaswerke hatten vergangenen Donnerstag, den 19. Dezember, einen Rekord zu verzeichnen: sie gaben 4,154.900 Kubikmeter Stadtgas ab. Bereits im Jänner 1963 wurde zweimal die Vier-Millionen-Grenze überschritten, ein drittes Mal am Mittwoch, dem 18. Dezember. Am 19. Dezember aber wurde der bisherige Rekord (vom 15. Jänner) um etwa 30.000 Kubikmeter übertroffen.

Interessant ist der folgende Vergleich: Würde man die in dieser Stadtgasmenge enthaltene Wärme durch elektrischen Strom ersetzen, so wären hierzu nicht weniger als 20,7 Millionen Kilowattstunden notwendig.

Das Gaswerk wird im Jahr 1963 erstmalig mehr als 700 Millionen Kubikmeter Stadtgas abgeben und damit den Rekord des Jahres 1962 (657 Millionen Kubikmeter) um etwa sieben Prozent übertreffen.

\- - -

Gratulation an Professor Karl Friedl

23. Dezember (RK) Zum 65. Geburtstag von Professor Dr. phil.Dr.h.c.mont.Karl Friedl hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben übermittelt.

Professor Friedl entdeckte bei seinen Forschungen um den geologischen Aufbau des Wiener Beckens die Erdöl- und Erdgasfelder bei Zistersdorf und Matzen. Auch in nächster Zeit werden Bohrungen auf Grund seiner wissenschaftlichen Tätigkeit durchgeführt werden.

\- - -

Die Infektionskrankheiten im November

23. Dezember (RK) Der Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien für November verzeichnet folgende Zahlen über anzeigepflichtige Infektionskrankheiten: Scharlach 225, Typhus drei (zwei Todesfälle), Papageienkrankheit drei, Ruhr zwei (ein Todesfall), Grippe zwei, infektiöse Leberentzündung 101 (ein Todesfall), Keuchhusten 18, Diphtherie und Bang'sche Krankheit je ein Fall. Erfreulich, aber fast schon selbstverständlich: kein einziger Fall von Kinderlähmung!

Bei einer Gesamtzahl von 7.039 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.048. In 93 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 3.705 Röntgendurchleuchtungen und 607 Röntgenaufnahmen gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.057. Von 555 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren zehn, von 130 untersuchten Geheimprostituierten 29 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 105 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 52 Mutterberatungsstellen wurden 10.453 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 863 Fällen wurde Vitamine D zur Rachitisvorbeugung verabreicht.

In den acht Schwangerenberatungsstellen wurden im November 720 Frauen untersucht. Bei 95 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 15.418 Kinder untersucht, in der Augenärztlichen Zentrale 866.

Im Rahmen der systematischen Schulzahnpflege wurden in den Schulzahnkliniken 8.598 Kinder untersucht und 1.631 Kinder behandelt.

In den beiden Beratungsstellen der Fürsorge für Alkoholkranke wurden in 21 Gruppen-Therapiestunden 295 Patienten behandelt.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 506 Personen, darunter 160 Männer, untersucht worden. Dabei wurden zehn geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 243 Personen wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren sieben Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 113 Sportler untersucht.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 23. Dezember

23. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 46 Ochsen, 93 Stiere, 324 Kühe, 74 Kalbinnen, Summe 537; Polen 15 Stiere. Gesamtauftrieb: 46 Ochsen, 108 Stiere, 324 Kühe, 74 Kalbinnen, Summe 552. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 11.50 bis 14 S, Stiere 11.90 bis 14 S, extrem 14.30S, Kühe 9.80 bis 11.30 S, extrem 11.50 bis 12S, Kalbinnen 11.50 bis 13.50 S, extrem 13.70 bis 14 S, Beinlvieh Kühe 7.50 S bis 9.80 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 11.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 31 Groschen, bei Stieren um 19 Groschen, bei Kühen um 18 Groschen je Kilogramm, er ermäßigte sich bei Kalbinnen um 11 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Ochsen 12.06 S, Stiere 13.20 S, Kühe 10.04 S, Kalbinnen 12.09 S, Beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

Auslandsschlachthof: Polnische Stiere 12.50 bis 12.80 S.

In der Woche vom 14. bis 20. Dezember wurden 270 Rinder außer Markt bezogen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Fremdenverkehr im November

24. Dezember (RK) Der Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien über den Fremdenverkehr im November bringt im einzelnen folgende Angaben:

Insgesamt kamen 49.457 Besucher nach Wien, um 217 mehr als im November 1962. Davon waren 29.638 Ausländer (November 1962: 28.120) und 19.819 Österreicher (November 1962: 21.120). Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 151.853 (November 1962:143.972).

Bei den ausländischen Gästen waren wieder wie im Vorjahr die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland mit 7.920 (November 1962: 8.001) an erster Stelle, gefolgt von 4.152 Amerikanern (November 1962:4.037) und 2.165 Italienern (November 1962: 2.617). Die vierte Stelle nahm die Schweiz ein, und zwar mit 1.651 Besuchern (November 1962: 1.776). An fünfter Stelle kamen die Engländer mit 1.428 Besuchern (November 1962: 1.469).

Aus den östlichen Nachbarländern kamen insgesamt 3.883 Besucher nach Wien, und zwar aus Ungarn 2.508, aus Jugoslawien 980 und aus der Tschechoslowakei 395 Reisende.

In den Jugendherbergen waren 2.323 Jugendliche einquartiert, um 650 mehr als im November 1962.

\- - -

Historisches Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz

Führungen im Jänner 1964

24. Dezember (RK) Im Historischen Museum der Stadt Wien werden nunmehr Führungen in größerem Umfang durchgeführt werden. Die Führungen werden auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten stattfinden. Sie sind kostenlos, es wird lediglich der normale Eintrittspreis für den Museumsbesuch eingehoben (Erwachsene fünf Schilling, für Kinder bis zum 14. Lebensjahr, für Schüler unter Führung einer Lehrperson sowie für Militär ist der Eintritt frei).

Sa 4. Jänner	10 bis 11.30 Uhr	Das mittelalterliche Wien
So 5. Jänner	11 bis 12 Uhr	Vor- und Frühgeschichte
So 12. Jänner	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit
So 12. Jänner	11 bis 12 Uhr	Vor- und Frühgeschichte
Sa 18. Jänner	10 bis 11.30 Uhr	16. bis 18. Jahrhundert
So 19. Jänner	11 bis 12 Uhr	Vor- und Frühgeschichte
So 26. Jänner	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit
So 26. Jänner	11 bis 12 Uhr	Vor- und Frühgeschichte
Do 30. Jänner	17 bis 18 Uhr	Die Türkenbelagerung.

\- - -

Bürgermeister Jonas überreichte Ehrenzeichen

24. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat dem ärztlichen Direktor und Abteilungsvorstand im Wilhelminenspital Professor Dr. Hermann Zischinsky das Große Ehrenzeichen und dem Oberamtsrat der Wiener Verkehrsbetriebe Johann Reingruber das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Bürgermeister und Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh im Rathaus die hohen Auszeichnungen.

\- - -

Anton Dreher zum Gedenken

24. Dezember (RK) Auf den 27. Dezember fällt der 100. Todestag des Industriellen Anton Dreher sen.

Er wurde am 7. Juni 1810 in Klein-Schwechat als Sohn eines Brauers geboren und erlernte das väterliche Gewerbe. Er machte sich in England mit den dortigen Braumethoden bekannt und übernahm nach seiner Rückkehr das aus dem 17. Jahrhundert stammende Schwechater Brauhaus als Pächter. Trotz seiner Kapitallosigkeit steigerte Dreher die Produktion in kürzester Zeit so sehr, daß er mit dem Bedarf nicht mehr Schritt halten konnte. Bald wandte er sich seiner Spezialität, dem untergärigen Lagerbier, zu und schlug damit sämtliche Konkurrenten aus dem Feld. Seine Brauereierzeugnisse wurden weit über Österreich hinaus bis nach Afrika und Südamerika abgesetzt. Das Gebäude der Brauerei war inzwischen durch den Erwerb zahlreicher Liegenschaften, Hopfengärten, Malztennen und Fuhrwerkshallen so stark gewachsen, daß die Anlage bald einer kleinen Stadt glich. Trotz seines labilen Gesundheitszustandes gelang es Dreher innerhalb von 20 Jahren, fast sämtliche Schwechater und Simmeringer Brauereien aufzukaufen, seinem Betrieb einzugliedern und zahlreiche Lokalitäten für sein Bier zu eröffnen. Die berühmtesten Etablissements, der Dreher-Park und die Rosensäle, sind unter seinem Sohn entstanden. Die Brauerei Schwechat hat im Lauf der Zeit in verschiedenen Ländern der Monarchie Filialunternehmungen eröffnet. Anton Dreher sen. wurde Reichsratsabgeordneter und erhielt viele Auszeichnungen. Sein Bier trug auf den meisten Ausstellungen die ersten Preise davon. Anton Dreher liegt in dem Mausoleum auf dem Zentralfriedhof begraben.

\- - -

Früherer Bezirksvorsteher vom Alsergrund Johann Rajnoha gestorben

24. Dezember (RK) Der frühere Bezirksvorsteher des 9. Bezirkes Johann Rajnoha ist gestern im 66. Lebensjahr gestorben. Er war Mandatar der SPÖ und bekleidete das Amt eines Bezirksvorstehers des Bezirkes Alsergrund vom April 1946 bis April 1950 und vom Dezember 1954 bis Dezember 1959. Dazwischen war er Bezirksvorsteher-Stellvertreter.

Johann Rajnoha wurde am 27. März 1898 in Wien geboren. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, schloß er sich bereits als 14jähriger der Sozialistischen Arbeiterjugend an. Er erlernte das Friseurhandwerk, rückte 1916 zu den Tiroler Kaiserjägern ein und wurde an der italienischen Front von einer Lawine verschüttet. Wegen der erlittenen schweren Erfrierungen mußte er seinen Beruf aufgeben und wurde schließlich Skontist im Giro- und Kassenverein. Später arbeitete er bei der "Gesiba". 1933 war er einer der Mitbegründer der Gruppe der Revolutionären Sozialisten. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stellte er sich sofort dem Wiederaufbau der Verwaltung der Bundeshauptstadt zur Verfügung und leistete für seinen Bezirk ersprießliche Arbeit.

\- - -

Gemeinde Wien gibt Landwirten Beitrag zur Hagelversicherung

24. Dezember (RK) In der unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte Vizebürgermeister Slavik eine Subvention in Höhe von 135.000 Schilling für die Wiener Landwirte, wodurch sich eine Ermäßigung ihrer Prämien für die Hagelversicherung ergibt.

Wie Vizebürgermeister Slavik ausführte, wird die Gewährung einer Bundesbeihilfe zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien davon abhängig gemacht, daß von den einzelnen Bundesländern ein gleichhoher Beitrag zur Verfügung gestellt ist. Der Hundertsatz der Prämienverbilligung ist unter Zugrundelegung der vom Bund und vom einzelnen Bundesland gewährten Beihilfe jährlich für die einzelnen Bundesländer durch Verordnung festgesetzt. In den Vorjahren machte der Beitrag des Landes Wien zehn Prozent der Prämien aus. Unter Berücksichtigung eines gleichhohen Beitrages des Bundes ergab sich daher eine Verbilligung der Prämien um 20 Prozent.

Nunmehr ist die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs an das Land Wien wegen Gewährung einer Beihilfe auch für das Jahr 1964 herangetreten. Auf Grund der Berechnung der Hagelversicherungsanstalt ist voraussichtlich mit einer Prämiensumme von 1,350.000 Schilling zu rechnen. Bei einer Beibehaltung des bisherigen Stützungsausmaßes durch das Land Wien in Höhe von zehn Prozent ergibt sich der von Vizebürgermeister Slavik beantragte Förderungsbeitrag von 135.000 Schilling.

In der gleichen Sitzung beantragte Vizebürgermeister Slavik eine Subvention in Höhe von 10.000 Schilling für den Österreichischen Juristentag, der vom 17. bis 20. Juni 1964 in Wien abgehalten wird. Auf dem Programm stehen Themen aus verschiedenen Rechtsgebieten, die auch für Juristen der Verwaltung wegen ihres verwaltungsrechtlichen, verfassungsrechtlichen und sozialrechtlichen Inhaltes interessant sind.

\- - -

Gründliche Ausbaggerung des Wienerwaldsees

24. Dezember (RK) Bereits im Sommer dieses Jahres wurde mit der Ausbaggerung des Wienerwaldsees begonnen. In dem bei der Wienflußeinmündung gelegenen Teil des Sees wurden bisher 80.000 Kubikmeter Ablagerungen, meist Sand, Lehm und Humus herausgeholt. Nun sollen aber auch noch weitere Teile des Wienerwaldsees ausgebaggert werden, wie zum Beispiel der bei der Zuflußseite des Wolfsgrabenbaches. Der Zeitpunkt für diese Arbeiten ist jetzt besonders günstig, weil durch die umfangreichen Rohrauswechslungen am Hauptrohrstrang der Wientalwasserleitung auf der Bundesstraße 1 in Purkersdorf die Wasserlieferung vom Wientalwasserwerk praktisch eingestellt werden mußte. Aus diesem Grund ist der Seespiegel tief abgesenkt worden.

Mit der Wiederauffüllung des Sees und der Wiederaufnahme der Wasserlieferung nach Wien kann frühestens mit Ende März 1964 gerechnet werden. Bis dahin soll der Wienerwaldsee gründlich ausgebaggert sein. Man rechnet mit insgesamt 140.000 Kubikmeter Ablagerungen, die bis zu diesem Zeitpunkt aus dem See gehoben werden, und mit Gesamtkosten für diese Arbeiten von drei Millionen Schilling.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Die Rathaus-Korrespondenz" wünscht allen ihren Abonnenten ein schönes Weihnachtsfest. Unsere nächste Ausgabe erscheint am Freitag, dem 27. Dezember.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Stadtrat Hans Riemer gestorben

Vom Rathaus wehen heute Trauerfahnen

27. Dezember (RK) Gestern Donnerstag, den 26. Dezember, um 14 Uhr, ist der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Hans Riemer, im 63. Lebensjahr im Lainzer Krankenhaus an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben.

Hans Riemer wurde am 2. August 1901 in Steyr als Sohn eines Handwerkers geboren. Er kam bald nach Wien, besuchte hier die Volks- und Hauptschule und ergriff als Lehrling den kaufmännischen Beruf. Nach dem ersten Weltkrieg schloß er sich der sozialistischen Jugendbewegung an, in der er Funktionär, Ortsgruppenobmann und schließlich im Alter von 21 Jahren Vorsitzender der Organisation Wien wurde. Von 1922 bis 1932 wirkte er als Beamter der Sozialistischen Bildungszentrale, in der er die Abteilung für Lichtbild und Film einrichtete.

Im Herbst 1932 wurde er als Sekretär der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und als Leiter des Sekretariats des Österreichischen Städtebundes ins Rathaus berufen. Nach den Februarereignissen 1934 mußte er das Rathaus verlassen und trat als Beamter in die Dienste der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt. Die beiden letzten Jahre des zweiten Weltkrieges war er beim Militär, geriet schließlich in amerikanische Kriegsgefangenschaft, kehrte aber bereits Ende Mai 1945 nach Wien zurück und meldete sich sofort wieder zur Mitarbeit im Rathaus. Bürgermeister Körner betraute ihn mit dem Wiederaufbau des kommunalen Pressewesens. Als Leiter der Pressestelle der Stadt Wien und der Wiener "Rathaus-Korrespondenz" entwickelte er eine umfangreiche journalistische

./.

Tätigkeit. Sein Buch "Ewiges Wien", das im Herbst 1945 in vier Sprachen erschien, war die erste größere journalistische Arbeit über das Wien der Nachkriegszeit und fand weit über die Grenzen der Republik hinaus große Verbreitung. Diesem Werk folgten weitere kommunalpolitische Wien-Bücher.

Vom August 1948 bis November 1957 wirkte Riemer als Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Als Vertreter Wiens gehörte er von 1949 bis Mitte 1956 dem Bundesrat an und war dessen Vorsitzender in der ersten Hälfte des Jahres 1955, als das Land Wien turnusmäßig zum Vorsitz im Bundesrat berufen war. Diese Funktion fiel mit dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zusammen, sodaß Riemer Gelegenheit hatte, an diesem bedeutendsten Ereignis nach dem zweiten Weltkrieg unmittelbar teilzunehmen. Am 13. April 1956 wurde Hans Riemer vom Wiener Gemeinderat in den Stadtsenat berufen und mit der Führung der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, betraut. Ferner war Riemer Präsident der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien, Präsident des Vereins "Wiener Symphoniker", Präsident der Hugo Breitner-Gesellschaft und Aufsichtsrat des "Wiener Vereins".

In seiner Funktion als Amtsführender Stadtrat galten seine Bestrebungen vorzüglich der Vermenschlichung des Verwaltungsapparates und der Schaffung eines guten Betriebsklimas in den Dienststellen der Stadt Wien. Sein großer Gerechtigkeitssinn, seine sprichwörtliche Gewissenhaftigkeit und sein Einfühlungsvermögen ließen ihn all die schwierigen Probleme, die mit der Führung eines so umfangreichen Personalstandes zusammenhängen, mustergültig lösen.

Die Trauerfeierlichkeiten

Die Trauerfeier für den Verstorbenen findet am Donnerstag, dem 2. Jänner, um 16 Uhr in der Feuerhalle der Stadt Wien statt. Die Beisetzung der Urne in einem Ehrengrab der Stadt Wien erfolgt am Freitag, dem 3. Jänner, um 11 Uhr im Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 14 c.

\- - -

Wieder ein Rekord in den E-Werken

27. Dezember (RK) Am Freitag, dem 20. Dezember, wurde erstmalig seit Bestehen der Wiener Elektrizitätswerke eine Spitzenleistung von 541.000 Kilowatt erreicht. Die Spitzenleistung des Vorjahres betrug 480.000 Kilowatt. Der Leistungszuwachs innerhalb des letzten Jahres erreichte also 61.000 Kilowatt, das ist so viel wie die Leistung des neuen Blocks III im Kraftwerk Simmering.

\- - -

Großeinsatz gegen Schnee und Eis

27. Dezember (RK) Gegen den Schnee und vor allem gegen das Glatteis sind heute 2.187 Mann der Wiener Stadtreinigung eingesetzt, darunter 1.374 aufgenommene Schneearbeiter. Die Schneeabfuhr und die Glatteisbekämpfung erfolgt mit Hilfe von sieben Ladegeräten und 176 Lastkraftwagen.

\- - -

Ballkalender

27. Dezember (RK) In der Zeit vom 30. Dezember bis 5. Jänner finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Freitag: Casino Zögernitz (Kameradschaft Heldendenkmal im Österreichischen Kameradschaftsbund).

Samstag: Kolpinghaus (Polizeisportgruppe Mariahilf), Wimberger (Schirmfabrik Flesch), Simmeringer Hof (Berufsgruppe der städtischen Schulwarte).

Sonntag: Hofburg (Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer), Kursalon (Landesinnung Wien der Bäcker), Sofiensäle (Polizeimusik Wien), Wimberger (Post- und Telegrafen-Bedienstete).

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Radiorede des Bürgermeisters

28. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, gibt Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" einen Rückblick auf das Jahr 1963.

\- - -

Die Straßenbahn in der Silvesternacht

28. Dezember (RK) In der Silvesternacht vom 31. Dezember auf den 1. Jänner wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis auf der Straßenbahn beträgt für jede Person sechs Schilling. Tagesfahrscheine, Kinderfahrscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit. Im Autobus-Nachtverkehr gilt der normale Nachtfahrpreis.

\- - -

Zum Begräbnis von Stadtrat Riemer:

Keine Kranzspenden!

28. Dezember (RK) Im Sinne des verstorbenen Stadtrates Hans Riemer und über Wunsch seiner Familie wird gebeten, von Kranzspenden Abstand zu nehmen und hiefür in Aussicht genommene Beträge an die Wiener Kinderfreunde (Postsparkassenkonto Nr. 194.460/6625) überweisen zu wollen.

\- - -

Kondolenzen

28. Dezember (RK) Anläßlich des Ablebens des Amtsführenden Stadtrates Hans Riemer hat Bürgermeister Jonas eine Reihe von Beileidstelegrammen und -briefen erhalten. Das erste Telegramm, das eintraf, war von Bundespräsident Dr. Schärf. Ferner kondolierten unter anderen die Ärztekammer für Wien, der Österreichische Gemeindebund, das Erzbischöfliche Seelsorgeamt, die I. Chrirurgische Universitäts-Klinik, der Verband der sozialistischen Gemeindevertreter des Burgenlandes, die Stadt und der Magistrat Krems, die Landeshauptstadt Innsbruck und die Gesellschaft der Musikfreunde.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Franz Jonas:

Wiener Erfolge durch Fleiß und Verantwortungsbewußtsein

Sparen ist wieder modern geworden! - 1963: 20.400 Geburten

30. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 29. Dezember, einen Rückblick auf das Jahr 1963.

Der Bürgermeister führte aus: "Wie rasch das Jahr 1963 vergangen ist, kam mir bei der Vorbereitung meiner heutigen Sendung recht deutlich zum Bewußtsein. Der Wiener Gemeinderat hat in der vergangenen Woche die Beratungen des Budgets für das Jahr 1964 beendet und es zeitgerecht noch vor Ablauf des Kalenderjahres beschlossen. Es handelt sich um die gewaltige Summe von 11.372 Millionen Schilling, die im nächsten Jahr von der Gemeindeverwaltung für die vielfältigsten Aufgaben und Verpflichtungen ausgegeben werden wird. Davon entfallen 3.786,5 Millionen auf die Stadtwerke und 7.585,5 Millionen auf die Hoheitsverwaltung. Wenn man diese Zahlen hört, dann kann man sich einen Begriff machen, wie sehr die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung für das Funktionieren unserer Millionenstadt von lebenswichtiger Bedeutung ist. Es müssen die verschiedensten Bedürfnisse aller Bevölkerungskreise berücksichtigt werden, ob es sich nun um die kranken oder gesunden, um die alten oder jungen Wiener handelt. Für Arbeitsplätze soll gesorgt werden, ebenso für Sport und Erholung, für die kulturellen Interessen wie für die Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel. Die Wohnungswünsche dürfen nicht geringer eingeschätzt werden als die Vorsorge für die Hilfsbedürftigen und für die Altgewordenen.

./.

Niemand dürfte sagen, daß Kindergärten und Schulen unwichtig seien, oder gar, daß es gleichgültig ist, wie unsere Stadt mit Gas und elektrischem Strom, mit Wasser und mit öffentlichen Verkehrsmitteln versorgt wird. Da nun der Gemeinderat das Budget verabschiedet hat, sind die Voraussetzungen für ein sehr arbeitsreiches und - wie wir hoffen - auch sehr erfolgreiches Jahr 1964 gegeben. Allerdings hat sich wieder gezeigt, daß nicht alle Wünsche bei der Aufstellung des Budgets berücksichtigt werden konnten. Wie könnte es auch anders sein. Der Gemeinderat muß wie ein gewissenhafter Familienvater dafür sorgen, daß der Haushalt nicht in Unordnung kommt und trotzdem für jeden das Notwendige getan wird.

Der Abschluß eines Kalenderjahres ist für mich immer der willkommene Anlaß, einen kurzen Überblick über einige Entwicklungserscheinungen unserer Stadt zu geben. Sie sollen wissen, was sich in Wien zugetragen hat, ob es besser oder schlechter geworden ist und wie wir mit den Aufgaben fertig werden konnten. Natürlich ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt eines der wichtigsten Merkmale für unsere wirtschaftliche Lage. Ich verwende immer die Meldung der Wiener Gebietskrankenkasse über den Stand ihrer erwerbstätigen Mitglieder. Ich mußte schon im vergangenen Jahre ein leichtes Absinken am Ende der Saison feststellen; leider trat eine ähnliche Entwicklung auch heuer wieder ein, und zwar sogar stärker als im Vorjahr. Für Ende November meldet die Gebietskrankenkasse Wien 651.400 erwerbstätige Mitglieder, was einen Rückgang von 11.067 gegenüber dem gleichen Tag des Vorjahres bedeutet. Es ist das wohl nur ein Rückgang um 1.7 Prozent. Ich kann noch nicht sagen, ob dieser nun auf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist oder ob er eine Abwanderung in den Kreis der öffentlich Bediensteten oder der Selbständigen bedeutet, oder ob es sich um eine größere Zahl von Pensionierungen handelt. Die Lage ist aber im Augenblick nicht ganz übersichtlich, weil eben die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden gegenüber dem Vorjahr nicht um diese 11.000, sondern nur um 416 gestiegen ist, und zwar auf 12.719. Auf jeden Fall wird es gut sein, wenn wir diese Entwicklung sehr genau beobachten und nötigenfalls wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen. Wenn sich in den kommenden Wochen aus den Saisonberufen eine Vermehrung der Arbeitsuchenden

./.

ergeben wird, so ist das ein Vorgang, der sich jedes Jahr wiederholt. Die Gemeinde Wien wird wie in den vergangenen Jahren auch dieses Mal wieder durch Verlagerung von Bauaufträgen in die Wintermonate dazu beitragen, eine möglichst hohe Zahl von Arbeitskräften im Baugewerbe und in den Baunebengewerben zu beschäftigen.

Trotz der leichten Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt hatten wir heuer doch wieder ein gutes Jahr, das der privaten und der öffentlichen Wirtschaft viele Erfolge brachte. Die seit zehn Jahren anhaltend gute Wirtschaftslage drückt sich nicht allein in den Beschäftigtenzahlen aus. Es wurde nicht nur viel gearbeitet, sondern auch fleißig gespart. Wenn das Volkseinkommen steigt, dann nehmen die Spargelder zu. Wenn die Bevölkerung Vertrauen in die Währung hat, dann gibt sie das Geld nicht zur Gänze aus, sondern legt es in die Sparkasse, um für die künftigen Jahre vorzusorgen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß trotz der manchmal unruhigen Entwicklung in der Weltpolitik bei uns der Sparwille ungebrochen ist. Das ist ein sehr schönes Zeichen. So meldet mir die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, daß am 30. November die Spareinlagen die Rekordhöhe von 5.600 Millionen Schilling erreichten, was gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine Vermehrung um 874 Millionen bedeutet. Erfreulicherweise steigt auch die Spartätigkeit der Kinder und Jugendlichen. Ihre Einlagen erhöhten sich von 65 auf 85 Millionen Schilling. Angesichts dieser Entwicklung kann man wohl sagen: Sparen ist wieder modern geworden!

Die schönste Zahl, die ich mir jedes Jahr für meinen Bericht vorbereite, bezieht sich auf die Zahl der Geburten in unserer Stadt. Denn darin zeigt sich am deutlichsten, daß die Wiener Vertrauen in die Zukunft haben. Ich bin richtig stolz darauf, daß ich Ihnen, schon seit neun Jahren immer wieder berichten kann, daß sich die Zahl der Geburten neuerlich erhöht hat. Bis Ende dieses Jahres werden wir ungefähr 20.400 Geburten haben, was gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um 850 ergibt. Das bedeutet, daß heuer monatlich um 70 Kinder mehr geboren wurden als im Vorjahr. Wenn wir das Ergebnis von heuer mit dem Jahr 1954 vergleichen, als wir mit 11.216 Geburten den tiefsten Stand verzeichneten, denn können wir mit großer Befriedigung feststellen, daß wir heuer um ungefähr 9.250 Kinder reicher sind als 1954. Ich hoffe, daß

./.

in den Wiener Familien der Wille zum Kind unverändert groß bleibt, so daß wir noch lange nicht am Ende dieser glücklichen Entwicklung sind.

Um die wirtschaftliche Entwicklung und die Hebung des Lebensstandards zu kennzeichnen, berichte ich jedes Jahr auch über die Vermehrung der motorisierten Fahrzeuge. Heuer hat das Tempo dieses Prozesses etwas nachgelassen. Die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge einschließlich Mopeds stieg um 16.540 auf 305.620. Das Charakteristische an dieser Entwicklung ist, daß die Zahl der Personenkraftwagen am stärksten zunimmt, während zur gleichen Zeit eine Verminderung der Motorräder eintritt. Wir haben also im abgelaufenen Jahr eine monatliche Zunahme von 1.380 Motorfahrzeugen und dementsprechend ist auch die Parkraumnot gewachsen. Glücklicherweise hatten wir weniger Unfälle. Vom November 1962 bis zum Oktober dieses Jahres verminderte sich die Zahl der Verkehrsunfälle um 1.085 auf 13.890. Die Zahl der Verletzten ging um 786 auf 9.181 zurück, worunter die Zahl der tödlich Verletzten um 18 auf 178 Fälle sank.

Den Rückblick auf das ablaufende Jahr verbinde ich jedes Mal mit einem Bericht über die Entwicklung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß wir im April 1963 die 70.000ste Wohnung nach dem zweiten Weltkrieg an ein glückliches junges Elternpaar übergeben konnten. Diese 70.000 Wohnungen sind nicht nur ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot, sie bringen auch einen völlig neuen Zug in das Antlitz unserer Stadt. Die Gemeinde wird die eigene Wohnbautätigkeit und die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues auch in Zukunft mit aller Kraft fortsetzen. Im nächsten Jahr werden wir bereits die 75.000ste Gemeindewohnung der Benützung übergeben können. Leider ist unsere jahrelange Forderung nach der Erlassung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes vom Nationalrat noch immer nicht behandelt worden, sodaß die Gemeindeverwaltung bei der Beschaffung des notwendigen Baugrundes weiterhin mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Ich wollte Ihnen mit meinem kurzen Rückblick zeigen, daß wir mit dem ablaufenden Jahr doch wieder zufrieden sein können. Dank der Zusammenarbeit und dem Verständnis aller Wiener haben wir wieder einen kräftigen Schritt nach vorwärts getan und konnten das Leben

./.

in unserer Stadt wieder etwas schöner und besser machen, obwohl es nicht immer bequemer war. Wir dürfen uns über die erreichten Erfolge aufrichtig freuen und es drängt mich, bei diesem Anlaß allen Mitbürgern den herzlichsten Dank für ihr Verantwortungsbewußtsein und für ihre Mitarbeit auszusprechen. Im Zeichen der gemeinsamen Arbeit werden wir sicher auch im kommenden Jahr manchen erhofften Erfolg erreichen können.

Gemeinsame Gespräche und erfolgreiches Verhandeln mit Niederösterreich

Der letzte Teil meiner heutigen Sendung richtet sich ausnahmsweise an die verantwortlichen Funktionäre in der niederösterreichischen Landesregierung. Vor einigen Wochen haben einige Probleme, die mit der Erbauung einer dritten Wasserleitung für Wien zusammenhängen, viel Aufregung verursacht. Einige Zeitungen sprachen in überflüssiger Weise sogar von einem Wasserkrieg zwischen Wien und Niederösterreich. Ich will auf Einzelheiten dieser Angelegenheit gar nicht eingehen, sondern nur sagen, daß niemand ein Interesse daran haben kann, die Bevölkerung zu beunruhigen oder gar irrezuführen. Vor allem würde es niemand verstehen, wollte man rein sachliche Fragen zu politischen Streitfragen machen. Die Bevölkerung hätte keinen Vorteil, würden statt nutzbringender Arbeit politische Streitgespräche geführt werden. Gewiß gibt es zwischen den beiden Bundesländern wegen der Besonderheit ihrer Lage mehr Probleme als bei den anderen. Aber die Beispiele der vergangenen Jahre zeigen uns, daß es sehr wohl möglich ist, auch schwierige Probleme einvernehmlich zu lösen. Ich verweise da insbesondere auf die vom Handelsministerium ins Leben gerufene Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens, an der neben den Vertretern Niederösterreichs und Wiens auch alle anderen interessierten Stellen mitarbeiten. Ich verweise auch auf die gemeinsame Planungskommission zwischen Wien und Niederösterreich, die vor allem die Planungsfagen im Gebiet des Wienerwaldes zu lösen hat. Ich erinnere daran, daß die beiden Bundesländer bezüglich Laxenburgs eine Lösung gefunden haben, die in der ganzen Öffentlichkeit begrüßt wurde und vor allem verweise ich auf die sehr schwierige Frage der finanziellen Auseinandersetzungen, die mit der Rückkehr der Randgemeinden von Wien nach Niederösterreich verbunden waren. Ich denke deshalb, daß man diese Methode

./.

der gemeinsamen Gespräche und des erfolgreichen Verhandelns auch bei allen zukünftigen Auseinandersetzungen anwenden soll. Beide Bundesländer sind mit dieser vernünftigen Methode noch immer gut gefahren. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung es uns allen danken wird, wenn wir uns zusammensetzen und vernünftig verhandeln. Nichts für ungut!

Und nun, zum Abschluß. Obwohl ich am Silvesterabend die Gelegenheit habe, Ihnen die Neujahrsgrüße der Stadtverwaltung zu übermitteln, nehme ich schon die heutige Sendung zum Anlaß, Ihnen alles Gute für das kommende Jahr zu wünschen. Ich danke Ihnen, daß Sie Ihr Interesse für unsere schöne Heimatstadt Wien bekundet haben. Ich hoffe, daß meine Sendereihe einen bescheidenen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis geleistet hat. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

\- - -

Die Wiener Bevölkerung im November 1963

30. Dezember (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien haben im November 943 Brautpaare geheiratet, 1.610 Kinder wurden geboren, die Zahl der Sterbefälle betrug 2.147.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit jenen vom November des Vorjahres ergibt, daß im abgelaufenen Monat um 132 Kinder mehr geboren und um 35 Ehen weniger geschlossen wurden; die Zahl der Sterbefälle war um 56 niedriger.

Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion sind im November 8.836 Personen nach Wien zugewandert, 6.818 Personen wanderten ab.

\- - -

Bürgermeister Jonas im Rundfunk:

"In memoriam Hans Riemer"

30. Dezember (RK) "In memoriam Hans Riemer" heißt eine Sendung des Österreichischen Rundfunks, in der Bürgermeister Jonas anläßlich des Ablebens von Stadtrat Riemer sprechen wird. Die Sendung wird am Donnerstag, dem 2. Jänner, um 15.45 Uhr, vom Zweiten Programm ausgestrahlt.

\- - -

"My Fair Lady" bis 19. Jänner prolongiert

30. Dezember (RK) Die Direktion des Theaters an der Wien hat beschlossen, das "My Fair Lady"-Gastspiel bis einschließlich Sonntag, den 19. Jänner, zu prolongieren.

Bisher wurden mehr als 80.000 Besucher bei den "My Fair Lady"-Aufführungen im Theater an der Wien gezählt.

\- - -

2.000 Mann gegen Schnee und Eis

30. Dezember (RK) 2.028 Mann, darunter 1.129 aufgenommene Schneearbeiter, mit elf Ladegeräten und 180 Lastkraftwagen hat die Wiener Stadtreinigung heute seit 6 Uhr früh gegen Schnee und Eis eingesetzt.

\- - -

Oskar Benda zum Gedenken

30. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 10. Todestag des Literarhistorikers und Pädagogen Univ.-Prof. Dr. Oskar Benda.

Er wurde am 24. Mai 1886 zu Rakaza in Ungarn geboren, studierte in Wien, Oxford und Prag Germanistik und betätigte sich als Mittelschullehrer. 1919 gründete er in Wien den Verband deutsch-österreichischer Mittelschullehrer, der sich bald zu einer angesehenen Akademikerorganisation entwickelte. 1924 wurde er Landesschulinspektor und war in dieser Eigenschaft für den Gedanken der Schulreform sowie der Lehrerbildungsreform in praktischer Weise tätig. Besondere Bedeutung hat Oskar Benda durch seine wissenschaftlichen Arbeiten erlangt. Er suchte und fand die Synthese der empirischen Erkenntnisse in dem Zusammenfügen der positiven Erfahrungstatsachen der Literatur-, der Kultur- und der Wirtschaftsgeschichte sowie der Geschichte überhaupt, verwertete aber auch im gleichen Maße die realen Faktoren des Zusammenlebens in der menschlichen Gesellschaft. In den Zwanzigerjahren hat Benda eine Reihe von Schriften veröffentlicht, die ihn als einzigartigen Methodiker der Literaturwissenschaft kennzeichnet. Sein 1928 erschienenes Büchlein "Der gegenwärtige Stand der Literaturwissenschaft" ist auch heute noch ein maßgeblicher Führer durch die Lehrmeinungen der Germanisten. Seine Schulausgabe "Die Lyrik der Gegenwart" gibt einen klaren Überblick über die einzelnen Richtungen vom Impressionismus bis zur Ausdruckskunst. Die mutige Publikation "Die Bildung des dritten Reiches. Zum gesellschaftsgeschichtlichen Sinnwandel des deutschen Humanismus" hat ihm den erbitterten Haß der Nationalsozialisten zugezogen. Benda wurde nach der Besetzung Österreichs sofort entlassen und konnte sich seiner Einlieferung ins KZ nur durch die Flucht entziehen. In den letzten Kriegsjahren mußte er als U-Boot leben. 1945 erhielt er an der Wiener Universität einen Lehrstuhl für neuere deutsche Literatur. Seine nach seiner Denkmethode zusammengefaßten Vorlesungen ergaben ein neues Bild der deutschen Literaturgeschichte. Als er am 2. Jänner 1954 in Wien starb, ist einer der bedeutendsten österreichischen Vertreter der Germanistik allzu früh dahingegangen.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 30. Dezember

30. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 63 Ochsen, 201 Stiere, 551 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 947. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 11.80 bis 14 S, extrem 14.20 bis 14.50 S, Stiere 12 bis 14 S, extrem 14.20 bis 14.50 S, Kühe 10 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 12.30 S, Kalbinnen 12 bis 13.80 S, extrem 14 S, Beinlvieh Kühe 7.50 bis 10 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 11.50 S.

Bei ruhigem Marktverkehr erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 26 Groschen, bei Stieren um zehn Groschen, bei Kühen um 26 Groschen und bei Kalbinnen um 70 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt bei: Ochsen 12.32 S, Stieren 13.30 S, Kühen 10.30 S, Kalbinnen 12.79 S. Beinlvieh verteuerte sich um 30 Groschen je Kilogramm.

In der Woche vom 21. bis 27. Dezember wurden 161 Rinder außer Markt bezogen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis 18.30 Uhr:

Die Silvesteransprache des Bürgermeisters

31. Dezember (RK) Am Silvesterabend wurde auf den Rathausplatz folgende Ansprache von Bürgermeister Jonas übertragen - sie war kurz vorher auch im Ersten Programm des Österreichischen Rundfunks zu hören:

"Ein Rückblick auf das abgelaufene Jahr macht uns offenbar, in welchem Ausmaß und in welchem Tempo sich unsere Welt verändert. Neue Erfindungen und Ereignisse haben den technischen Fortschritt wieder weitergetrieben, wieder sind einige Kolonialvölker frei und selbständig geworden und wieder ist die Welt um einige große Persönlichkeiten ärmer geworden. Der Kampf gegen Hunger und Krankheit, gegen Unwissenheit und soziales Unrecht geht weiter und vor allem zeigt sich immer wieder dringend und warnend, daß die Menschheit den Frieden braucht, um nicht unterzugehen. Deshalb das Bemühen aller Gutgesinnten in der Welt, den Frieden zu erhalten und die Kriegsgefahren zu beseitigen. Wir werden uns der Tatsache immer stärker bewußt, daß die Menschheit ein Körper und eine Familie ist. Wenn auch nur ein Teil davon krank oder in Bedrängnis ist, dann sind alle Völker in Gefahr, dann kann das Verhängnis über alle hereinbrechen.

Vor dem grandiosen Hintergrund der Menschheitsentwicklung spielt sich das im Vergleich zu den weltpolitischen Ereignissen relativ bescheidene Geschehen und Arbeiten in Wien ab. Und doch, wie wichtig ist gerade dieses Wiener Geschehen für jeden einzelnen von uns, weil ja unser persönliches Wohl und Wehe davon abhängt. Deshalb ist es unser aller Bestreben, den Ausbau Wiens und seine erfolgreiche Entwicklung weiterzutreiben. Am letzten Tag des Jahres

./.

können wir ohne Übertreibung, aber mit innerer Genugtuung feststellen, daß wir dank der gemeinsamen, fleißigen Arbeit wieder einen großen Schritt nach vorwärts tun konnten und viele Aufgaben erfüllt haben. Wir wissen, daß unsere Stadt nie fertig sein wird. In besonders aufopferungsvoller Arbeit haben wir in den vergangenen Jahren den Schutt und die Ruinen des Krieges überwunden. Und nun fordern die Entwicklung und der Fortschritt von uns neue Anstrengungen, denn immer neue Aufgaben treten an uns heran und deshalb hat Wien schon längst sein Antlitz der Zukunft zugewendet. Die gemeinsame, kraftvolle Arbeit am heutigen Wien soll die Grundlagen für das künftige Wien und für die künftigen Wiener schaffen. So danke ich am Silvesterabend allen Mitbürgern für ihre verständnisvolle Mitarbeit, auf der sich unser ehrlich erworbener und bescheidener Wohlstand gründet. Ich bitte um weitere gemeinsame Arbeit, damit die Erneuerung Wiens nicht unterbrochen wird, sondern erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Zum bevorstehenden Jahreswechsel übermittle ich im Namen der Bundeshauptstadt Österreichs unseren Landsleuten in allen Bundesländern die herzlichsten Neujahrsgrüße im Zeichen der Verbundenheit aller Österreicher. Ich übermittle heimatliche Grüße auch an alle Österreicher, die im Ausland leben und arbeiten und damit für den guten Ruf Österreichs in der Fremde wirken.

Liebe Wienerinnen und Wiener! Das Jahr 1963 ist um, es hat uns viel Arbeit und Erfolg gebracht, es war trotz alledem ein gutes Jahr. Das Neue Jahr wollen wir mit dem festen Willen beginnen, alles zu tun, um die erfolgreiche Entwicklung unseres schönen Wien fortzusetzen. Ihnen allen wünsche ich für das kommende Jahr 1964 viel Glück, Erfolg und Gesundheit. Uns und der Menschheit bleibe der Frieden erhalten! Prosit Neujahr!"

\- - -

Prosit 1964:

Schwarze Männer bei Bürgermeister Jonas

31. Dezember (RK) Wie jedes Jahr zu Silvester fanden sich auch heute wieder schwarze Männer bei Bürgermeister Jonas ein, um ihm Glück für das kommende Jahr zu wünschen. Eine Abordnung der Landesinnung Wien der Rauchfangkehrer, mit Innungsmeister Dipl.-Ing. Quester an der Spitze, sowie ein Vertreter der Bundesinnung überreichten dem Bürgermeister mit den Neujahrswünschen einen riesigen, mit einer rot-weißen Schleife verzierten Azaleenstock. Der Innungsmeister bat den Bürgermeister, allen Beamten des Rathauses die besten Glückwünsche für 1964 und den Dank der Rauchfangkehrer für die gute Zusammenarbeit zu bestellen. Bürgermeister Jonas dankte den russigen Gesellen für ihren Besuch und wünschte ihnen seinerseits alles Gute für das Neue Jahr.

\- - -

Stadtreinigung für Silvester gerüstet

31. Dezember (RK) Mit einem Großaufgebot von 2.177 Schneearbeitern, 191 Lastkraftwagen und sieben Ladegeräten blickt die Wiener Stadtreinigung heute den "himmlischen Ereignissen" des Silvesterabends gefaßt entgegen.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Die "Rathaus-Korrespondenz" wünscht allen ihren Abonennten ein erfolgreiches Neues Jahr! Unsere nächste Ausgabe erscheint am Donnerstag, den 2. Jänner 1964.

\- - -

60984 81800

Großbuchbinderei
Guido Beer
Wien XX.